



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
 der 13. Sitzung – Teil 1
 - endgültige Fassung* -
3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den, 17. Dezember 2020, 11.00 Uhr
 10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
 Paul-Löbe-Haus, Saal 2.600

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einziger Punkt der Tagesordnung	Seite
<u>Öffentliche Zeugenvernehmung</u>	
Karl-Theodor zu Guttenberg (Beweisbeschluss Z-2)	9
Michael Papageorgiou (Beweisbeschluss Z-34)	101
Jan-Ole Peters (Beweisbeschluss Z-52)	131
Wolfgang Schmidt (Beweisbeschluss Z-9)	180
Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllner (Beweisbeschluss Z-15)	siehe separates Protokoll 19/14
Joschka Langenbrinck (Beweisbeschluss Z-30)	siehe separates Protokoll 19/14
Ole von Beust (Beweisbeschluss Z-29)	siehe separates Protokoll 19/14

* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses*

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias	Brehm, Sebastian Müller, Sepp Radwan, Alexander Brand, Michael
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	König, Jörn
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fraktionsmitarbeiter*

CDU/CSU	Gerster, Cornelius Brandt, Wolfgang Becker, Johannes Grzyska, Felix Günther, Kevin Genske, Marlene Feser Dr., Andreas
SPD	Hawxwell, Anne Schauhoff, Lenard Schneider, Yannik Sacharow, Alexander Gallander, Markus
AfD	Buchholtz, Immanuel
FDP	Reuss, David Iza Schilling, Philipp
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung*

BMF	ORR Rosenberger RD Fritz
BKAmt	RD Mai MRn Dr. Bosch
BMI	ORRn Allabaei
AA	LR I Gloßner

Teilnehmer Bundesrat*

Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	RD Simon

* anwesend laut Unterschriftenliste



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.04 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere 13. Sitzung, die zugleich tatsächlich unsere 5. Beweisaufnahme ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt wurde - ich sehe ein Kopfnicken - und begrüße zunächst noch mal ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich die anwesenden Vertreter des Bundesrates herzlich willkommen. Ebenso begrüße ich recht herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer in den Sälen E 600, E 800, 4.400 und 4.600, in die unsere Sitzung heute gestreamt wird. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten. Für die Pressevertreter: Dies ist tatsächlich ein Rekord; in so viele Säle ist noch nie ein Untersuchungsausschuss gestreamt worden.

Nun die Hinweise, die für alle gelten. So sind eigene Ton- oder Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr - er ist schon eingetreten - unseren **einzigsten Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Karl-Theodor zu Guttenberg
(Beweisbeschluss Z-2)

Michael Papageorgiou
(Beweisbeschluss Z-34)

Jan-Ole Peters
(Beweisbeschluss Z-52)

Wolfgang Schmidt
(Beweisbeschluss Z-9)

Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller
(Beweisbeschluss Z-15)

Joschka Langenbrinck
(Beweisbeschluss Z-30)

Ole von Beust
(Beweisbeschluss Z-29)

Vernehmung des Zeugen Karl-Theodor zu Guttenberg

Ich begrüße recht herzlich unseren ersten Zeugen, Herrn zu Guttenberg. - Moin!

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Morgen!

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich hoffe, Sie hatten eine gute Anreise so weit.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich hatte eine wunderbare Anreise. Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Klasse. - Und er hat auch bereits Platz genommen. - Und neben Ihnen hat auch Ihr Rechtsbeistand, Herr Professor Schertz, Platz genommen. - Herr Professor Schertz, ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen und hoffe, auch Sie hatten eine vernünftige und gute Anreise.

RA Prof. Dr. Christian Schertz: Da ich in [REDACTED] lebe, ging es.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist dann - - aber muss auch nichts heißen; manchmal braucht man in [REDACTED] länger als von Hamburg nach Berlin.

RA Prof. Dr. Christian Schertz: Da haben Sie recht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten, Herr Professor Schertz, Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- oder Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant aber eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit ihm beantragen. - Gibt es dazu noch Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Wunderbar. - Herr zu Guttenberg, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke. - Sie haben sich vor diesem Hintergrund - und da bedanke ich mich recht herzlich - mit dem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in dieser Sitzung einverstanden erklärt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Klasse. Danke. - Nun hat der Ausschuss eben gebeten, einmal für die Öffentlichkeit - insoweit trifft Sie es als Ersten - - dass ich noch einmal diese Belehrung verlese, damit die Öffentlichkeit auch Kenntnis hat, was allen Zeugen vorher schriftlich zugegangen ist. Insoweit fange ich jetzt, obwohl Sie drauf verzichtet haben, noch einmal kurz an, der Öffentlichkeit das kundzutun, was wir Ihnen zugeschickt haben. Daher verlese ich noch mal zur Kenntnisnahme der Öffentlichkeit, was wir allen Zeugen zugeschickt haben.

Belehrung über Rechte und Pflichten als Zeuge: Zeugen vor einem Untersuchungsausschuss sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 StGB strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Zeugen allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen ge-

mäß § 22 Absatz 2 PUAG für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu. Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen gemäß § 22 Absatz 1 PUAG in Verbindung mit §§ 53, 53a StPO grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die Ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

So weit für die Öffentlichkeit noch einmal verlesen, was den Zeugen entsprechend schriftlich zugegangen ist. - Und noch mal meinen Dank - weil das spart für die Zukunft Zeit -, dass Sie sich damit einverstanden erklärt haben.

Gut, dann kann ich mich auf technische Hinweise beschränken. Aber jetzt kommt ein Antr-

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Wenn Sie Ihre technischen
Hinweise verlesen haben!)

- Dann - - Okay.

Werden Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin entsprechend die Unterlagen auch vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung der Auffassung sein oder zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann die Möglichkeit, über Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, keine Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Herr zu Guttenberg - - Kommt jetzt - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Bevor wir in die Beweis-
aufnahme jetzt oder die
Vernehmung eintreten,
möchte ich vorher gern den
Antrag stellen!)

- Ich würde jetzt in die Vernehmung - - Des-
wegen, genau.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich möchte gern, Herr Vorsitzender, wie angekündigt, auch im Namen der Kollegen De Masi und Bayaz beantragen, gemäß § 13 PUAG Ausnahmen vom Verbot der Bild- und Tonaufzeichnungen der Zeugenvernehmung zuzulassen. Wir haben ja schon dargestellt, dass wir drei der Auffassung sind, dass generell, nicht nur jetzt in diesem Fall, sondern generell, bei Angehörigen der Bundesregierung, politischen Beamten und Personen der Zeitgeschichte eine Übertragung notwendig ist.

Wir glauben, dass das auch dem heutigen Informations- und Transparenzinteresse der Öffentlichkeit entspricht und dass dieser Fall deswegen auch so bedeutsam ist, dass man bei diesem Zeugen, wo gewissermaßen auch eine gewisse qualifizierte Position, auch gegenüber der Öffentlichkeit, gegeben ist, eben auch eine Übertragung gewährleistet.

Wir werden das insofern auch bei vergleichbaren Fällen künftig beantragen; das will ich auch sehr deutlich sagen. Aber jetzt konkret, bevor Sie in die Vernehmung eintreten, stelle ich eben den Antrag in Bezug auf diese Zeugenvernehmung, vom grundsätzlichen Verbot von Bild- und Tonaufnahmen abzuweichen und sie hier zuzulassen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Kollege Toncar. - Wir hatten ja - und auch das ist Ausdruck des kollegialen Umgangs in diesem Ausschuss miteinander - vorher drüber gesprochen; insoweit ist das jetzt nicht überraschend. Das heißt, wir haben uns vorbereitet, rechtlich beraten, auch rechtlich noch mal dazu weitere

Expertise eingeholt: Diesen Antrag können Sie stellen.

Der Ausschuss hat nunmehr über die Zulassung einer Ton- und Bildübertragung zu beschließen. Gemäß § 12 Absatz 1 PUAG sind die Beratungen und Beschlussfassungen des Untersuchungsausschusses allerdings nichtöffentlich. Das heißt, für die Entscheidung über diesen Antrag müssen wir eine nichtöffentliche Beratungssitzung noch mal anberaumen, eine außerordentliche. Daher muss ich jetzt tatsächlich noch mal die Beweisaufnahme unterbrechen. Eine nichtöffentliche Sitzung heißt, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: ... wir dürfen wieder verschwinden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - Professor Schertz, Herr zu Guttenberg, dass ich Sie noch einmal, so gern ich Sie jetzt auch vernehmen würde - - Sie tun was Gutes; die Fotografen freuen sich und können dann noch mal ein paar Aufnahmen schießen. Und ich bitte Sie dann, für diese - -

(Alexander Radwan
(CDU/CSU): So schnell war
noch keiner draußen! - Ver-
einzelt Heiterkeit)

Ja, nicht dass Sie jetzt sagen: „Wir haben beendet, wir sind glücklich“, und Sie fahren wieder nach Hause.

(Alexander Radwan
(CDU/CSU): Dank der FDP
beendet!)

- Genau. - Also: Halten Sie sich bitte bereit. Wir treten kurz in eine Beratungssitzung ein und bitten Sie dann wieder in den Sitzungssaal.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
11.12 Uhr - Folgt
Beratungssitzung)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:
11.27 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Karl-Theodor zu Guttenberg

Vorsitzender Kay Gottschalk: Zunächst, bevor ich jetzt zur Einvernahme komme: Wir haben uns beraten, wir haben darüber abgestimmt. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit bekommen, und insoweit bleiben wir in dem Format. Das heißt, wir streamen in die Öffentlichkeit - das ist so weit öffentlich -, aber ohne Bild und Ton über Bundestags-TV.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Ja, Herr zu Guttenberg, ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitteilen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Karl-Theodor zu Guttenberg. Ich bin - -

(Zuruf: Mikrofon bitte!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ach so, ja. Das habe ich tatsächlich vergessen; das ist meine Schuld; mea culpa. Da wir ja den Ton an die Öffentlichkeit übertragen, bitte ich Sie, den Knopf am Mikrofon zu betätigen. Sie kennen das ja noch: Das rote Licht muss leuchten, damit alle Sie verstehen können.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Mikrofone sind offensichtlich noch die gleichen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Mein Name ist Karl-Theodor zu Guttenberg. Ich bin 49 Jahre alt, wohnhaft in [REDACTED]. Und mein Beruf ist: Ich bin Chairman von Spitzberg Partners.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann, Herr zu Guttenberg, können Sie jetzt, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist, und Sie hätten dann jetzt das Wort.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das mache ich sehr gerne, Herr Vorsitzender. - Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke für die Einladung und gebe Ihnen heute gerne Auskunft in der Hoffnung, einen Beitrag leisten zu können, der der Erfüllung Ihres wichtigen Untersuchungsauftrages dient sowie der Aufklärung dieses offenbar beispiellosen Betrugsfalles. Es gibt mir zudem die Möglichkeit, teilweise bemerkenswert falsche und verzerrende Berichterstattung der letzten Monate über die Tätigkeiten von mir und meiner Firma richtigzustellen.

Ich teile mit Ihnen das Interesse an einer umfassenden Aufklärung. Denn: Säße ich heute hier, wenn Aufsicht, staatliche Kontrolle und Wirtschaftsprüfung im Falle der Wirecard AG sorgsam und zuverlässig funktioniert hätten? Sicherlich nicht. Das Beratungsmandat mit meiner amerikanischen Firma Spitzberg Partners LLC wäre unter solchen Umständen niemals zustande gekommen. Weder hätten wir dieses Unternehmen in Nordamerika noch in China unterstützt, noch hätten wir die Bundesregierung bezüglich des Markteintritts der Wirecard in China informiert. Mit anderen Worten: Hätten wir gewusst, dass das Geschäftsmodell von Wirecard offenbar auf Betrug basiert, hätten wir dieses DAX-Unternehmen niemals beraten. Aber leider haben wir von den offensichtlich höchst kriminellen und illegalen Handlungen genauso spät erfahren wie zahllose andere Geschäftspartner und Anleger auch.

Sie haben mich, meine Damen und Herren Abgeordneten, zum gesamten Untersuchungsauftrag eingeladen; das ist Ihr gutes Recht. Als einer von offenbar zahlreichen externen Beratern mit einem begrenzten Aufgabenfeld sind der Rahmen und das Ausmaß der Information von Spitzberg jedoch sehr überschaubar. In aller Deutlichkeit: Zu Ihrem Untersuchungsauftrag bezüglich möglicher Bilanzfälschung, Geldwäsche und anderer rechtswidriger Aktivitäten werde ich nicht beitragen können. Meine Firma und ich hatten als externe



Nur zur dienstlichen Verwendung

Berater zu keinem Zeitpunkt und in keiner Weise Zugang zu Indizien bzw. Kenntnis von Diskrepanzen in der Bilanzierung von Wirecard, von Geldwäsche oder anderen Straftatbeständen. Die Berichterstattung über das mutmaßliche Ausmaß krimineller Machenschaften bei Vertretern von Wirecard hat mein Team und mich wie so viele andere vollkommen überrascht. Einen derartigen Betrug konnte man als Geschäftspartner trotz gewisser Mutmaßungen in der britischen „Financial Times“ nicht erahnen - nicht bei einem DAX-Unternehmen bzw. der zeitweise wertvollsten Bank in der Bundesrepublik Deutschland. Das war einfach nicht vorstellbar.

Es ist selbstredend, meine Damen und Herren Abgeordneten: Spitzberg Partners ist keine Staatsanwaltschaft, nicht die BaFin und kein Wirtschaftsprüfer. Und natürlich haben wir uns auf die offiziellen Bewertungen des Unternehmens bzw. die Verlautbarungen der relevanten öffentlichen und staatlichen Stellen verlassen, verlassen müssen. Selbstverständlich haben wir unseren Vertragspartner Wirecard bei kritischen Medienberichten, insbesondere der „Financial Times“, wiederholt im direkten Gespräch mit den dort aufgebrachten Vorwürfen konfrontiert. Diesen wurde seitens der Ansprechpartner bei Wirecard stets mit aus unserer damaligen Sicht plausibel klingenden Verweisen gerade auf staatliche Kontrollstellen, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen die „FT“, KfW-Kredite und die Testate der Wirtschaftsprüfer begegnet.

Wenn ich richtig informiert bin, wurden Wirecards Abschlüsse zehn Jahre lang uneingeschränkt testiert, ein Umstand, der mir heute angesichts der nunmehr vorliegenden Erkenntnisse so unverständlich ist wie Ihnen. Bis zum Zusammenbruch des Unternehmens im Juni 2020 wurde uns gegenüber wie allen anderen seitens Wirecard kommuniziert, dass man fest von einem erneuten uneingeschränkten Testat ausgehe. Und ja, wie fast alle Medien, die BaFin, die Staatsanwaltschaft, die Politik, die Wirtschaftsprüfer und viel zu viele private Anleger haben auch wir das von Wirecard in die Welt gesetzte Märchen vom bösen Shortseller, der gezielt Unwahrheiten und Gerüchte verbreitet und damit Kurse manipuliert, geglaubt.

Ich staune, wenn ich lese, dass man mir oder meinem Team vorwirft, wir hätten schon zu einem viel früheren Zeitpunkt von Betrug und kriminellen Handlungen wissen müssen. Das entbehrt jeder Grundlage; schließlich trage ich Verantwortung für ein Beratungsunternehmen und nicht für die BaFin oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Spitzberg Partners hat Wirecard - mit Unterbrechung - zwischen 2016 und 2020 als sogenannter External Consultant unterstützt. Auf die Begrenzung unserer Mandate habe ich bereits hingewiesen. Zusammengefasst umfassten unsere Dienstleistungen die Unterstützung bei der Identifikation und Anbahnung neuer industrieller und technologischer Partnerschaften und der Platzierung von Wirecard als Partner von Konferenzen sowie Technologieberatung. Dabei hat Spitzberg die Wirecard anfangs durch die Vermittlung potenzieller Partner und Akquisitionsziele in den USA und in Kanada unterstützt, Beratung bezüglich der sogenannten Blockchain-Technologie geleistet und im Anschluss den Markteintritt in China mit dem Kauf des chinesischen Payment-Dienstleisters AllScore begleitet.

Nach den uns vorliegenden Informationen entsprach der Kaufpreis von AllScore, unter anderem angesichts eines überaus attraktiven Lizenzportfolios, marktüblichen Konditionen. Aus unserer heutigen Sicht und nach unserem Kenntnisstand hätte diese Akquisition im Übrigen nicht dazu beigetragen, die bislang bekannten und mutmaßlich höchst kriminellen Akte auszuweiten. Dies liegt unter anderem an sehr strenger chinesischer Regulierung.

Spitzberg Partners ist - das will ich an dieser Stelle unterstreichen - entgegen der Mediendarstellung kein Lobbyunternehmen, und wir schließen auch keine Verträge über aktive Lobbydienstleistungen ab. Trotzdem - trotzdem - haben wir die Bundesregierung über den geplanten Markteintritt in China unterrichtet und die Möglichkeit wohlwollender Begleitung im bilateralen Verhältnis mit China abgefragt. Der Eintritt eines DAX-30-Unternehmens in den chinesischen Markt hat fraglos eine politische Dimension, weshalb uns diese Unterrichtung und Abstimmung



Nur zur dienstlichen Verwendung

geboten erschien. Und um es deutlich zu sagen: Deutsche Unternehmen sind bei einem beabsichtigten Markteintritt in eine staatlich geleitete Wirtschaft wie China auf politische Unterstützung angewiesen. Diese Unterstützung der Wirtschaft durch die deutsche Politik ist grundsätzlich sinnvoll und angemessen; eine Abstimmung macht daher absolut Sinn.

Insofern war nach dem damaligen Kenntnisstand die Unterstützung der Bundeskanzlerin ebenso richtig wie die Unterstützung von Wirecard durch Außenminister Heiko Maas, der bereits 2018 einen Vertreter von Wirecard auf eine Delegationsreise einlud, oder die Unterstützung von Olaf Scholz beim 2nd High Level China-Germany Financial Dialogue [sic!]* bereits Anfang 2019 in Peking. An der Organisation der letzten beiden Ereignisse war Spitzberg übrigens nicht beteiligt.

Ich möchte darüber hinaus daran erinnern, dass die Information und die Einbindung der Botschaft bei bedeutenden Auslandsaktivitäten großer deutscher Unternehmen eine völlige Normalität ist. Zudem sind auch Regierungen auf Hinweise zu gewissen Unternehmensaktivitäten im Ausland angewiesen und können sich nicht alleine auf ihre Intuition verlassen. Die Unterstützung deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland durch die Botschaft und damit auch durch die Bundesregierung ist von daher für sich genommen und seit Jahrzehnten ebenso wenig ein Skandal wie die gute Praxis, dass Regierungsmitglieder sich von Wirtschaftsdelegationen begleiten lassen und im Gastland für deren Anliegen werben. Zum Skandal wird es nur dann, wenn wider besseren Wissens die Regierung zur Unterstützung lediglich vordergründig redlicher Wirtschaftsinteressen gebeten oder tätig wird.

Mir oder meinem Team vorzuwerfen, wir hätten es besser gewusst, mag aus unterschiedlich niedrigen Motiven reizvoll sein; es ist aber eine falsche, substanzlose und böartige Unterstellung. Ich gehe davon aus, die Bundesregierung wird ähnlich auf diesen Vorwurf reagieren.

Interessanter ist sicherlich die Frage, meine Damen und Herren Abgeordneten, nach dem Sie hätten-es-besser-wissen-Können. Und glauben

Sie mir: Diese Frage habe ich mir selbst während dieses Sommers nicht nur einmal gestellt. Ich kann nur hoffen, dass sich die staatliche Aufsicht, unzählige Analysten, hochdekorierte Wirtschaftsprüfer, Kreditgeber, auch staatliche wie die KfW, renommierte Investoren, aber auch Politiker und Journalisten die gleiche Frage stellen. Auch ich habe mich auf das Urteil jener Instanzen verlassen, die über weit umfassendere Ressourcen zur Überprüfung der Vorwürfe verfügten.

Wirecard hat uns alle getäuscht und über seine nunmehr aufgedeckten Geschäftspraktiken im Dunkeln gelassen. Selbstverständlich sind wir darüber extrem verärgert, da unsere Beratungsdienstleistungen, für die wir uns nicht schämen müssen, auch Gegenstand falscher Berichterstattung wurden.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, gestatten Sie mir nun, im Einzelnen und weitgehend chronologisch* auf unsere Tätigkeiten für die Wirecard AG einzugehen.* Lassen Sie mich auch feststellen: Überall, wo ich in dieser Stellungnahme Wirecard und ihre Vertreter mit potenziellen Straftatbeständen in Verbindung bringe oder bereits gebracht habe - in den ersten Worten, jetzt -, geschieht dies angesichts der bis zur Verurteilung gültigen Unschuldsvermutung mit dem auch unausgesprochenen Attribut „mutmaßlich“. Darauf wurde ich auch hingewiesen, dass ich das so machen soll.

Der erste Kontakt zwischen Spitzberg und Wirecard kam im Februar 2016 im Rahmen eines Gesprächs am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz zwischen dem damaligen Wirecard-CFO, Burkhard Ley, sowie dem Managing Partner von Spitzberg, Dr. Ulf Gartzke, zustande. Dieser initiale kurze Dialog wurde einen Monat später im Rahmen einer Konferenz am Tegernsee zwischen Dr. Gartzke und Georg von Waldenfels, der damals Executive Vice President Business Development bei Wirecard war - ein langer Titel -, sowie Burkhard Ley fortgesetzt. Gegenstand des Austausches war die Frage, ob Spitzberg die Expansion des Unternehmens in Nordamerika - in Nordamerika - unterstützen könne. Dies sollte die Identifikation und Vermittlung von potenziellen Industriepartnern umfassen, auch gegebenenfalls



Nur zur dienstlichen Verwendung

M-&-A-Aktivitäten; zudem war man an unserer Blockchain-Expertise und an dem Intro zu der Firma Ripple Labs interessiert.

Ich selbst war auch auf dieser Konferenz und erinnere mich in diesem Zusammenhang an ein kurzes Meet and Greet mit von Waldenfels, nicht aber mit Burkhard Ley. Dr. Gartzke verhandelte im Anschluss mit von Waldenfels einen Dreimonatsvertrag über Beratung und Partnersuche in Nordamerika, was die USA und Kanada umfasste, zum Thema Blockchain. Dieser Vertrag beginnt 23.* Juni 2016, wurde dann noch um einen Monat bis Oktober verlängert. Die Tätigkeiten wurden unter Federführung von Dr. Gartzke mit bis zu zwei Mitarbeitern erbracht. Ich selbst habe in dieser Zeit nach meiner Erinnerung lediglich das Intro zu der Führung von Ripple in San Francisco gemacht.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine allgemeine Anmerkung zu den Rollen bei unserer Firma Spitzberg, weil auch da unterschiedliche Dinge geschrieben und beschrieben werden. Federführend zuständig für den Account war das Washingtoner Büro der in den USA ansässigen Spitzberg Partners LLC, eine Boutique-Advisory- und Investmentfirma, die in New York City ihr Headquarter hat.

Die Zahl der Mitarbeiter, die seitens der LLC mit Unterstützung unserer deutschen Tochtergesellschaft* mit dem Wirecard-Account befasst waren, bewegte sich zwischen zwei und sieben Mitarbeitern. Spitzberg Partners hat, wie in den meisten Mandaten, auch für die unterschiedlichen Projekte mit Wirecard jeweils kleine interdisziplinäre Arbeiterteams zusammengestellt bzw. auf Expertise aus unserem internationalen Beraternetzwerk zurückgegriffen. Wir arbeiten projektgebunden mit einer nicht unerheblichen Zahl von Strategic Advisors und Strategic Partners in unterschiedlichen Jurisdiktionen zusammen. Der Projekt-Lead, wie man das heute neudeutsch ausdrückt, lag bei meinem Geschäftspartner Dr. Gartzke, Managing Partner von Spitzberg Partners. Wie bei allen unseren Projekten seit der

Unternehmensgründung 2013 hat er das sogenannte Client Relationship Management, in dem Fall bei Wirecard, übernommen.*

Meine Rolle als Chairman ist etwa mit der eines Verwaltungsratsvorsitzenden zu vergleichen. Das heißt, ich fokussiere mich nicht im Detail auf die Day-to-Day-Beratungsleistungen für unsere Kunden; aber natürlich lasse ich mich regelmäßig über die Entwicklung und den Stand unserer Mandate briefen. Ich werde in der Regel eingeschaltet, wenn es darum geht, etwa Kontakte zu CEOs oder der Führungsebene anderer Unternehmen, auch potenzieller Klienten, herzustellen, oder zur Kontaktaufnahme zu den Organisatoren wichtiger Veranstaltungen wie dem World Economic Forum oder der Münchner Sicherheitskonferenz. Dies erklärt auch, weshalb ich über die vier Jahre* nur wenige Termine für unser Mandat mit Wirecard wahrgenommen habe. Ich werde darauf gerne im Einzelnen zu sprechen kommen.

Mir ist auch wichtig, an dieser Stelle erneut festzuhalten: Ich stelle mit einem gewissen Erstaunen fest, dass wir mittlerweile in den Medien lediglich als erfolgreiche Lobbyfirma beschrieben werden. Spitzberg Partners ist entgegen dieser Darstellung kein Lobbyunternehmen, und wir schließen auch keine Verträge über aktive Lobbydienstleistungen ab. Kontaktaufnahmen zu Regierungsstellen, wie im Fall der Akquisition in China geschehen, werden nur in absoluten Ausnahmefällen vorgenommen und wenn wir nach einer gründlichen Abwägung zu dem Schluss kommen, dass ein Einbringen auch im Interesse der Regierung stehen müsste. In wahrscheinlich 99 Prozent aller Fälle, in denen wir um Lobbydienstleistungen ersucht werden - sicher auch aufgrund meiner Vergangenheit -, verweist Spitzberg Partners auf andere Dienstleister.

Wir nehmen also die Charakterisierung der Firma mit einem gewissen Befremden zur Kenntnis. Das ist in etwa so, als wenn Sie einen Malereibetrieb, der gelegentlich eine Tür abschleift, als Schreinerei bezeichnen oder einen, ich weiß nicht, Abgeordneten, der ab und zu eine mehr oder weniger gelungene Kolumne schreibt, als Publizisten -



Nur zur dienstlichen Verwendung

um es etwas einzuordnen; das ist möglicherweise eine hinkende Analogie.

Die nächste Phase, meine Damen und Herren Abgeordneten, der Zusammenarbeit zwischen Spitzberg Partners und Wirecard begann am 1. Februar 2017. Das war im Anschluss an ein Treffen mit von Waldenfels und Burkhard Ley am 23. Januar 2017 in Aschheim, an dem ich, gemeinsam mit Dr. Gartzke, auch selbst teilnahm, um die* Parameter unseres Engagements zu besprechen.

Wir wurden gebeten, bei der Identifikation von Industriepartnern sowie Technologiepartnern und potenziellen Übernahmekandidaten in Nordamerika zu unterstützen. Wirecard war auch interessiert, Intros zu Top Companys im Tech-Sektor wie Uber, Facebook, Apple und anderen zu bekommen, denen sie dann in anderen Märkten innerhalb und außerhalb der USA als Payment Provider dienen wollten. Zudem war Wirecard an einer Banklizenz in den USA interessiert sowie an allgemeinen außen- und geopolitischen Briefings. Diese Phase der Zusammenarbeit mit dem alleinigen Fokus auf Aktivitäten im transatlantischen Verhältnis dauerte bis März 2018.

Ich selbst machte nach meiner Erinnerung und Aufzeichnungen einige Introductions zu mir bekannten CEOs und Führungskräften in der amerikanischen Tech-Szene. Im Rahmen zweier Reisen von Wirecard-Verantwortlichen fanden zahlreiche der angefragten Treffen auch statt; ich selbst nahm an den Reisen allerdings nicht teil. Mit von Waldenfels und Burkhard Ley hatte ich in diesem Jahr nach meiner Erinnerung noch zweimal persönlichen Kontakt in Form einer direkten Konversation: einmal während eines sogenannten außen- und geopolitischen Update-Telefonats - das war Teil unserer Vertragsleistungen - am 21.11.2017, das sich im Wesentlichen nach meinen Erinnerungen aber mit Einschätzungen zur deutschen Politik befasste. Ich bin mir allerdings auch nicht mehr sicher, ob Burkhard Ley überhaupt teilgenommen hatte; ich erinnere mich noch an Herrn von Waldenfels.

Am 14.12. gab es dann ein Treffen im „Bayerischen Hof“ in München mit Georg von Walden-

fels und Burkhard Ley. Themen waren nach meinen Aufzeichnungen der Tech Outreach USA, Facebook, Uber, Apple und andere, eine etwaige Roadshow in Kanada, Investitionsziele. Für mich überraschend sprach Burkhard Ley sehr allgemein auch Pläne an, enger mit Banken zu kooperieren; auch eine Übernahme sei nicht ausgeschlossen.* Das war aber das einzige Mal bis zum Zusammenbruch des Unternehmens, dass ich darüber hörte.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, es bleibt an dieser Stelle noch einmal festzuhalten, dass mein Unternehmen in den ersten zwei Jahren der Arbeit mit Wirecard in dieser Sache weder Kontakte zur Bundesregierung oder anderen Regierungen aufgenommen noch für Wirecard solche Kontakte vermittelt hat. So viel zu der leider falschen Berichterstattung, Spitzberg sei nur als Lobbyist verpflichtet worden.

Zum Jahr 2018. Am 2. März 2018 gab es eine meiner zwei außenpolitischen Update-Telefonkonferenzen in diesem Jahr; die zweite fand am 16. August statt. Die genauen Teilnehmer weiß ich nicht mehr; ich nehme aber an, dass Herr von Waldenfels und Herr Ley an beiden teilnahmen.

Im März 2018 kam zu dem amerikanischen Schwerpunkt noch der Plan des Markteintritts in China hinzu. Wir haben Wirecard bei diesem strategischen Markteintritt in China beraten. Zu unseren Aufgaben gehörte dabei eine Analyse des chinesischen Payment- und E-Commerce-Marktes, die Identifizierung und Kontaktaufnahme zu potenziellen Industriepartnern und Übernahmekandidaten sowie aktuelle - erneut - geopolitische Einschätzungen.

Für den Markteintritt Chinas* hatten wir von diesem Zeitpunkt an mit einer Beraterin aus unserem internationalen Netzwerk an Strategic Partners und Advisors kooperiert - ich habe darauf vorhin schon hingewiesen -, einer amerikanischen Beraterin chinesischer Abstammung mit Erfahrung unter anderem im Private-Equity-Bereich, um auch über Sprach- und Kulturbarrrieren hinweg eine direkte Vor-Ort-Perspektive auf den chinesischen Payment-Markt zu bekommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Erste Gespräche über einen potenziellen Markteintritt Wirecards in China fanden im Februar/März 2018 statt, allerdings ohne mich. Hier war man nach den Aufzeichnungen meines Teams zunächst analog zu den USA an strategischen Industriepartnerschaften etwa mit Tenpay, JD, auch Alipay interessiert, zudem an M-&A-Zielen und Informationen über regulatorische Voraussetzungen für solche Schritte.*

China war und ist unzweifelhaft einer der Märkte mit dem stärksten Wachstum im Technologie- und Payment-Bereich. Bis Anfang 2018 war es für ausländische Firmen ausgeschlossen, Payment-Lizenzen in China zu erwerben bzw. Firmen im Bereich „Financial Services“ mehrheitlich zu übernehmen. Im März 2018 wurde jedoch auf Initiative von Präsident Xi Jinping beschlossen, den chinesischen Finanzmarkt auch für internationale Anbieter schrittweise zu öffnen.

Vom 21. bis 24. Mai 2018 fand dann eine erste Reise nach China statt, die von* Spitzberg* und unserer Partnerin vor Ort organisiert wurde. Es war die einzige Reise, an der auch ich teilnahm. Hierbei wurden in hochrangigen Meetings Industriepartnerschaften, etwa mit Tencent und JD, ausgelotet. Und um Informationen über regulatorische Fragen des Markteintritts zu gewinnen, hatte Wirecard auf Anraten und mit Empfehlungen unserer Partner vor Ort* auch Treffen mit ehemaligen politischen Verantwortungsträgern und etwa Handelskammervertretern* organisiert.

Im Anschluss an die Reise und im Lichte der Entscheidung Xi Jinpings reifte bei Wirecard die Entscheidung, neben den ursprünglich genannten Zielen einen starken Kooperationspartner mit den notwendigen Lizenzen zu finden bzw. sogar eine direkte Mehrheit an einem chinesischen Unternehmen im Bereich Finanzdienstleistung anzustreben. Wirecards klares Ziel war es, ein Unternehmen in China zu identifizieren, das die Parameter eines attraktiven Lizenzportfolios, einer kompatiblen Technologieplattform sowie vielversprechende Wachstumsprognosen vereinte. Ab Juni 2018 evaluierte Wirecard mit Unterstützung von Spitzberg Partners potenzielle chinesische

Ziele, die für die Wirecard die wichtigen Lizenzen hielten. Dazu zählt neben der sogenannten Acquiring- und Issuing-Lizenz auch die für das internationale Geschäft wichtige Cross-Border-Lizenz.

Der geplante Markteintritt in China wurde uns als integraler Bestandteil der Wachstumsstrategie der Wirecard geschildert. Er würde das Unternehmen im internationalen Vergleich in eine klar exponierte Position bringen. Die deutsche Wirecard wäre wohl zu diesem Zeitpunkt das erste kontinentaleuropäische Unternehmen gewesen, das eine direkte Mehrheit an einem chinesischen Unternehmen im Bereich Zahlungsdienstleistung gehalten hätte. Daran richtete sich unser Mandat aus, soweit wir mit unseren Kapazitäten dazu in der Lage waren.

Ich will, meine Damen und Herren, bereits an dieser Stelle festhalten: Eine vertiefte Due Diligence des oder der Zielunternehmen im kommerziellen, rechtlichen sowie finanziellen Bereich lag weder in unserem Verantwortungs- noch Aufgabenbereich. Das war die Aufgabe von Wirecard selbst bzw. seiner zahlreichen externen Anwälte und Finanzberater, die seitens des Unternehmens mit einer holistischen und fachspezifischen Beurteilung des Akquisitionsziels beauftragt wurden. Spitzberg Partners hat im Rahmen seines begrenzten Beratungsmandates im Jahre 2018 den chinesischen Payment-Sektor näher analysiert und, basierend auf dieser strategischen Analyse für Wirecard, eine Shortlist an potenziellen Akquisitionszielen bzw. Beteiligungen erstellt. Die letztendliche Auswahl bzw. Entscheidung wurde alleinig seitens Wirecard getroffen. Im Zuge der Analyse wurden neben dem letztendlichen Übernahmekandidaten AllScore freilich noch weitere Unternehmen identifiziert.

Anfang März 2019 beschloss Wirecard, Gespräche mit dem chinesischen Zahlungsabwickler AllScore Payment Services Co Ltd., nachfolgend AllScore, aufzunehmen. Ein erstes Kennenlernen mit dem Unternehmen hatte bereits im August sowie im September 2018 im Rahmen der Shortlist-Erstellung stattgefunden. AllScore hatte dabei auch aus unserer Sicht und auf Basis der uns zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Informationen die



Nur zur dienstlichen Verwendung

beste Wachstumsprognose, ein attraktives Lizenzportfolio und eine offenbar kompatible Technologieplattform. Die vertiefte Evaluation bzw. Validierung dieser Erfolgsfaktoren oblag im Rahmen der Due Diligence Wirecard selbst.

AllScore wurde im September 2007 gegründet und war als solches wohl einer der Pioniere der chinesischen Zahlungsabwicklungsindustrie. Das Unternehmen besaß zum Zeitpunkt der Aufnahme der Gespräche mit Wirecard circa 140 Mitarbeiter sowie acht Büros in großen und semigroßen Städten - wobei das mit „semigroß“ in China so eine Sache ist.

Die Due Diligence beinhaltete nach unseren Kenntnissen eine äußerst umfangreiche Anforderungsliste in allen relevanten Unternehmensbereichen. Nur um Ihnen einen Eindruck zu verschaffen: Die Liste - so hat es mir mein Team berichtet - hatte im Verlauf der Due Diligence allein etwa 320 verschiedene Anforderungen an Dokumentation bzw. Nachweise in den Bereichen Recht, Commercial, Technical, Financial und Tax. Alleine auf den rechtlichen Bereich entfiel die Hälfte der Anfragen. Zudem kamen seitens Wirecard sehr viele und detaillierte Anfragen abseits der Due-Diligence-Liste - abseits der Due-Diligence-Liste! -, die nach unseren Informationen seitens AllScore beantwortet wurden.

Lassen Sie mich nochmals klarstellen: Spitzberg war an der vertieften Due Diligence inhaltlich nicht beteiligt. Vielmehr war es unser Auftrag, die vielen Anfragen* zentralisiert zu sammeln und auch an das Target weiterzuleiten. Eine tiefer gehende inhaltliche Due Diligence war die Aufgabe der zahlreichen Anwälte, Wirtschaftsprüfer und Finanzspezialisten, die von Wirecard für das Projekt engagiert wurden, und das waren nicht wenige.

Die auf uns gründlich wirkende Art und Weise, wie hier seitens Wirecard und seiner rechtlichen Berater gearbeitet wurde, ließ für Spitzberg damals keine Zweifel an der Seriosität des Unternehmens Wirecard aufkommen bzw. keine Hinweise erkennen, dass an anderer Stelle im Unternehmen offensichtlich in höchst betrügerischer Manier agiert wurde.

Meine Damen und Herren, es mag vor dem Hintergrund der Erkenntnisse, die wir jetzt seitens der zuständigen Ermittlungsbehörden haben, paradox bis absurd klingen, aber Wirecard mitsamt seinen rechtlichen Beratern erschien, soweit wir dies beurteilen konnten, sogar fortwährend risikoavers in China. Im Laufe der rechtlichen Due Diligence wurde nach Erkenntnissen meines Teams überdies zu einem frühen Zeitpunkt sehr gründlich und transparent über vergangene und zum damaligen Zeitpunkt noch anhängige Gerichtsverfahren von AllScore gesprochen. Der Verkäufer hatte hierzu neben mündlichen Erläuterungen auch eine umfassende Liste an vergangenen und noch anhängigen Gerichtsverfahren abgegeben. Diese Liste wurde eingehend von den rechtlichen Beratern analysiert und dann unter akribischer Anpassung des Kaufpreises bzw. Einforderung von Garantien akzeptiert.

Spitzberg hat in der Beurteilung von anhängigen Gerichtsverfahren sowie der assoziierten Rechtsrisiken zu keiner Zeit eine Rolle gespielt; das war die Aufgabe der zahlreichen Rechtsanwälte, die seitens Wirecard mandatiert wurden. Seitens Wirecard wurde uns jedoch im Verlauf der rechtlichen Due Diligence mehrfach signalisiert, dass die rechtlichen Risiken aus anhängigen Gerichtsverfahren unter Verwendung von entsprechenden Absicherungsmechanismen, wie zum Beispiel Garantien oder Zurückhaltung von Geldern, hinnehmbar waren. Es war auch nicht unsere Aufgabe, zu bewerten, wie sich die potenzielle rechtliche Situation des Gründers von AllScore in China gestaltet. Dafür ist im Rahmen der rechtlichen Due Diligence vor allem spezialisierte anwaltliche Expertise aus China verantwortlich und nicht die strategische Unternehmensberatung Spitzberg.

Der Kaufpreis für AllScore war vor dem Hintergrund des überaus attraktiven Lizenzportfolios - darauf wurde auch immer wieder hingewiesen seitens Wirecard - marktüblich. Das zeigt auch ein vergleichender Blick auf Akquisitionen von und bei Wettbewerbern. Zudem hat sich Wirecard nach der Einschätzung meines Teams während des Verhandlungsprozesses als durchweg hartnäckig erwiesen - erstaunlich, nicht wahr? Man wollte dem Target keinen Euro schenken



Nur zur dienstlichen Verwendung

bzw. sich durch wiederkehrende Kaufpreisanpassungen nach unten zusätzlich absichern. Ich denke, meine Damen und Herren, man hätte sich anders verhalten, wenn man ein Interesse daran hätte, sich selbst an einem Deal zu bereichern, wie dies offenbar in Indien geschehen ist.

Im Zuge der Kaufpreisanpassungen wurden auch die Schulden von AllScore berücksichtigt. Lassen Sie mich hierzu deutlich klarstellen: Es ist nicht unnormal, dass ein Unternehmen Schulden hat. Ungewöhnlich wäre eher, wenn sich diese Schulden nicht im Kaufpreis widerspiegeln. Als solches wurden nach eingehender Analyse seitens der Finanzexperten sämtliche Nettoschulden vom Kaufpreis abgezogen und noch weitere Gelder zurückgehalten. Die geschuldeten Gegenleistungen betrugen, wie in der Ad-hoc-Meldung seitens Wirecard dann am 05.11.2019 kommuniziert, bis zum Closing maximal 72,4 Millionen Euro. Dies inkludierte einen Mindestbetrag von 38,6 Millionen Euro, der dem Verkäufer sicher war.

Lassen Sie mich hierzu jedoch meinen vorigen Gedanken noch mal fortführen. Die über den Mindestbetrag von diesen 38,6 Millionen Euro hinausgehenden Closing-Zahlungen wurden Wirecard-intern - so wurde es uns kommuniziert - aufgrund von Anpassungen für Nettoschulden, akkumulierte Verluste sowie temporäre Zurückhaltungen auf lediglich 10,1 Millionen Euro geschätzt. Das heißt, demnach hätten die Zahlungen insgesamt 48,7 Millionen Euro statt 72,4 Millionen in der Ad-hoc-Mitteilung betragen. Auch wenn diese Schätzungen auf den Finanzzahlen im Juli 2019 basierten und am letztendlichen Closing-Stichtag kalkuliert worden wären, gibt es Ihnen einen guten Eindruck, mit welchem systematischem Vorgehen hier seitens Wirecard und der beteiligten Experten gearbeitet wurde. Ob dieses Bild passt - Oder: In dieses Bild passt, dass die nachfolgenden Zahlungen für die Earn-out-Komponente und die Call Option offenbar ebenfalls komplexen Mechanismen - bzw. Konditionierungen unterbunden wurden sowie an Stichtage in der Zukunft und damit für den Verkäufer an Ungewissheit gekoppelt waren. Für Details zu diesem Komplex würde ich Sie aber dennoch bit-

ten, die beteiligten Rechtsanwälte bzw. Wirtschaftsprüfer zu befragen; ich kann Ihnen wirklich hier nur das mitteilen, was mir auch so weitergegeben wurde und so wie das in der Ad-hoc-Mitteilung dann auch dargestellt wurde.

Ob aber nun 72,4 Millionen oder 48,7: Das ist zweifelsohne noch viel Geld. Aber lassen Sie mich wiederholen: Die Attraktivität des Unternehmens für den Markteintritt von Wirecard in China - und damit einhergehend auch der Kaufpreis - begründete sich vor allem in einem überaus attraktiven Lizenzportfolio. Darauf können wir gerne auch im Einzelnen noch eingehen; meine Mitarbeiter haben mich hier mit weiteren Details versorgt. In dieser ersten Runde will ich Ihnen das jetzt ersparen; ich glaube, das ist in Ihrem Interesse auch.

Mein Team hat mir zudem mitgeteilt, dass die nach umfangreichen Kaufpreisanpassungen deutlich reduzierte Summe in der geplanten Struktur vollumfänglich der Zielgesellschaft oder den Aktionären der Zielgesellschaft zugutegekommen wäre, also auch hier die Abgrenzung zu diesem sogenannten Indien-Deal. Aber erneut muss ich Sie für Details an die beteiligten Rechtsanwälte bzw. Wirtschaftsprüfer verweisen.

Ermutigend und wichtig war, dass der maßgebliche Regulierer, nämlich die chinesische Zentralbank, die PBoC, auf der Grundlage neuer Richtlinien zu erkennen gegeben hatte, dass vor einer Übernahme jedes chinesische Unternehmen für etwaige Verfehlungen der Vergangenheit belangt werden würde bzw. Kunden des Unternehmens, die nicht dem Geist des Gesetzes - das sind jetzt meine Worte - entsprechen würden, von der Plattform abgeschaltet würden, was bei AllScore übrigens auch geschah. Grundsätzlich wurde uns mehrfach signalisiert, dass die PBoC offenbar ein politisches Interesse hatte, dass bei diesem historischen Schritt, der Übernahme eines chinesischen Finanzdienstleisters von einem Europäer, der westliche Käufer eine - ich setze es in Anführungszeichen - saubere und gute, das heißt eine von früheren Verfehlungen bereinigte Company übernehmen sollte. Klingt irgendwie mit Blick auf Wirecard alles absurd; aber es war so.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dies - so wurde uns gesagt - würde auch die Strafe erklären, die AllScore vor Einreichung der PBoC-Application erhielt, und die so lange herausgezögerte Einreichung. Diese dann erst im Mai 2020 - Sie werden sich erinnern - ausgesprochene Strafe von circa 15 Millionen Euro bezog sich nach Angaben von Wirecard übrigens ausschließlich auf Aktivitäten der Vergangenheit. Eine solche Strafe war offenbar schon während der Due Diligence seitens Wirecard erwartet worden. Die Höhe der Strafe war jedoch für Wirecard und auch für uns überraschend und hat zu Irritationen geführt. Die PBoC hatte wohl in diesem Zusammenhang - so kann gemutmaßt werden - ein großes Interesse daran, dass Wirecard als ausländischer Investor ein sauberes Unternehmen übernehmen konnte. Als solches wurde auch die Bewerbung für den mehrheitlichen Aktientransfer so lange ausgesetzt, bis ein Zahlungsplan der Strafe seitens des Gründers präsentiert werden konnte. Im Übrigen und auch zur Einordnung: Auch das von PayPal im September 2019 akquirierte Unternehmen - ich erspare Ihnen jetzt den chinesischen Namen; in Englisch hieß das GoPay - erhielt schon 2018 eine Strafe in Höhe von 6,6 Millionen US-Dollar für intransparente Zahlungsflüsse im Zuge der industrieweiten Verschärfungen.

All das klingt aus heutiger Sicht und angesichts des Jahrhundertbetruges von Wirecard wie eine bittere Ironie. Es zeigt aber auch, dass man es auf chinesischer Seite neuerdings mit einer Regulierung zu tun hatte, die nicht auf beiden Augen blind war.

Die beteiligten Personen seitens Wirecard - so hat es mir mein Team berichtet - erschienen während der Due Diligence besonders vorsichtig bzw. wollten kategorisch ausschließen, dass die Bereiche Onlinecasinos, Trading- und Pornoseiten inklusive ihrer im Grau- bis Schwarzbereich agierenden Pendants in irgendeiner Art und Weise mit den AllScore-Händlern in Verbindung stehen. Auch diese Tatsache trug zum im Nachhinein täuschenden Eindruck eines seriös agierenden Unternehmens bei.

In den Medien, meine Damen und Herren, wurden zuletzt Mutmaßungen laut, dass der Eintritt

in den chinesischen Markt für die Wirecard auch nur ein Vehikel gewesen sei, um den atemberaubenden Bilanzbetrug weiter zu verdecken und das in der Tat höchst dubiose Drittpartnergeschäft anzukurbeln. Hierfür gibt es für uns keinerlei Anzeichen, auch nicht rückblickend mit der Kenntnis von heute.

Gerade der Vergleich mit den Drittpartnergeschäften, diese sogenannten TPAs, kommt hier nach unserem Kenntnisstand gar nicht zum Tragen. Durch die Transaktionsstruktur war nämlich von vornherein klar, dass Wirecard dieses Mal sich nicht langfristig auf einen lokalen Drittpartner im Acquiring-Geschäft verlassen wollte, sondern durch die Komplettübernahme eine vollständige Integration bzw. Kontrolle durch die dann Wirecard-eigenen Lizenzen erlangen wollte. Als solches hat der Deal nichts mit dem fragwürdigen Drittpartnergeschäft zu tun. Kurzgefasst: Wirecard hätte plötzlich eigene Lizenzen durch die Akquisition gehabt.

Zudem: Die PBoC als zuständiger Regulator für den chinesischen Payment-Sektor zeigte sich im Verlauf der intensivierten Gespräche mit AllScore zwischen dem Sommer 2018 und Frühjahr 2020 als äußerst bedacht darauf, dass die industrieweiten Verschärfungen in Bezug auf die Abwicklung von Zahlungen, insbesondere im Bereich Händler-Onboarding und KYC, also die Know-your-Customer-Regelung, eingehalten werden. Im Rahmen von Informationsgesprächen über den Genehmigungsprozess der Transaktion wurde auch Wirecard gegenüber signalisiert, dass die PBoC nicht nur an einer vollumfänglichen Aufarbeitung der Vergangenheit aller chinesischen Zahlungsabwickler interessiert war, sondern auch fortan jedweden noch so kleinen Verstoß erheblich sanktionieren würde. Angesichts des rigorosen Kurses der chinesischen Zentralbank - zumindest der - erscheint auch aus heutiger Sicht eine eventuell parallel aufzubauende Analogie zu den nunmehr bekannten Taten wie der Abwicklung von illegalen Geschäften oder dem Aufbau von Scheinumsätzen relativ schwer vorstellbar.

Interessant ist in dem Kontext vielleicht ein vordergründig nebensächliches Detail - das kam mir



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt in der Vorbereitung, dem Kontext -: Einige unserer Ansprechpartner haben sich wiederholt über mangelndes Interesse des Wirecard-Vorstandes am China-Geschäft beklagt. Ich lasse das mal so im Raum stehen.

Als die Verhandlungen und die Due Diligence zwischen Wirecard und AllScore im Juni 2019 bereits weit fortgeschritten waren, hat mein Team den Vertretern von Wirecard dazu geraten, das Bundesministerium der Finanzen zu informieren, zum einen aufgrund der geopolitischen Relevanz, zum anderen, nachdem es sich um ein deutsches Finanzinstitut und DAX-Unternehmen handelte, schließlich weil erkennbar war, dass ein erfolgreicher Akquisitionsprozess ohne den Segen der PBoC und damit der chinesischen Regierung nicht denkbar war. Die PBoC wiederum hatte Wirecard klar zu erkennen gegeben, dass sie auch ein Signal der positiven Begleitung der deutschen Regierung erwarte. Wirecard fragte mein Team, ob wir bereit wären, das BMF zu kontaktieren, was wir zunächst ablehnten. Die Information der deutschen Botschaft durch Dr. Gartzke sei bereits weit über unsere Vertragsverpflichtung hinausgegangen.

Zur Klarstellung: In unseren Verträgen mit Wirecard steht neben all den bereits beschriebenen Tätigkeiten, den vordergründigen und wichtigen Tätigkeiten, dass wir lediglich „advice on engagement with governmental authorities“ geben* und nicht* „engagement with governmental authorities“ (?)* selbst vornehmen.

Über die Botschaftskommunikation von Dr. Gartzke habe ich erst im Nachhinein erfahren. Ich bin auch erfolgreich gegen ein Nachrichtenmagazin mit einer Gegendarstellung vorgegangen, in welcher ich festgestellt habe, dass ich bei der Vermittlung eines Treffens von Wirecard-Managern in der deutschen Botschaft in Peking persönlich nicht tätig geworden bin, vielmehr erst im Nachhinein hierüber informiert wurde. Ich stand mit der deutschen Botschaft bezüglich Wirecard nie in Kontakt.

Ich halte die Einbindung nichtsdestotrotz aus oben genannten und anfangs bereits genannten

Gründen für angemessen und richtig, wohl-gemerkt in damaliger Unkenntnis der unfassbaren Machenschaften bei Wirecard. Auch wurden unsere Diplomaten, die einen hervorragenden Job machen, in keinsten Weise von Spitzberg in etwas hineingetrieben, wovon diese kein Bild gehabt hätten. Im November 2018 war Burkhard Ley bereits ohne Zutun von Spitzberg Partners Delegationsmitglied auf der China-Reise von Außenminister Heiko Maas. Zudem stand die Botschaft nach unserer Information Ende 2018 und 2019 in direktem Kontakt mit Wirecard, um sicherzustellen, dass Wirecards geplanter Markteintritt in China indirekt auch im Joint Statement des am 18. Januar 2019 gehaltenen Financial Dialogue in Peking zwischen Bundesminister Scholz und seinem chinesischen Counterpart Eingang findet. Auch daran war Spitzberg Partners nicht beteiligt.

Dr. Gartzke hatte davor, am 29. August 2018, beim neuen deutschen Botschafter in China, Herrn von Goetze, eine Reise von Waldenfels und Ley im September nach China angekündigt und ein Treffen angefragt, um, so wörtlich, „über den aktuellen Stand bzw. die zukünftigen Perspektiven der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zu sprechen“. (?)* Dieses Treffen kam wegen Terminkollisionen des Botschafters nicht zustande, sollte aber nach einer weiteren Anfrage vom 5. Oktober 2018 bei der nächsten Reise der Wirecard-Vertreter, nämlich am 29. Oktober, stattfinden. Jetzt musste Botschafter Goetze diesen Termin dann allerdings auch kurzfristig absagen, da just in dem Moment seine ganzen Umzugskartons in Peking ankamen. Er vermittelte jedoch den Leiter der Wirtschaftsabteilung - ich glaube, den hören Sie heute auch noch, wenn ich richtig informiert bin - bzw. den Finanzreferenten der deutschen Botschaft als Gesprächspartner. Von Dr. Gartzke wurde mir geschildert, dass es sich um ein sehr positives und konstruktives Gespräch handelte, mit hohem Interesse und Bereitschaft der deutschen Botschaft, das neue DAX-Unternehmen Wirecard beim Markteintritt in China zu unterstützen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Am 12.12.2018 nahm Dr. Gartzke mit von Waldenfels und Ley an einer Weihnachtsfeier im Privathaus des Finanzreferenten in Peking teil. Er brachte übrigens kein Geschenk mit. Zum ersten Treffen der beiden Wirecard-Vertreter mit dem Botschafter kam es schließlich, nach einer Anfrage Gartzke vom 11. Januar 2019, am 24. Januar 2019, wo nach unseren Informationen hohe Bereitschaft, den Wirecard-Markteintritt in China weiterhin zu unterstützen, signalisiert worden sei.

Interessant ist, meine Damen und Herren Abgeordnete, dass Wirecard und auch den Spitzberg-Vertretern wiederholt von Botschaftsvertretern bestätigt wurde, dass bilaterale politische Begleitung - man sprach von „diese Form der politischen Indossierung“; ich zitiere hier - *erfahrungsgemäß „*eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Geschäftstätigkeit in China“ sei - ein Zitat auch aus einer E-Mail seitens der Botschaft.

Zwischen Januar und November 2019 gab es offenbar regelmäßigen Kontakt zwischen Wirecard und der Botschaft; daran war Spitzberg aber nicht beteiligt. Erst am 13. November 2019 bietet Dr. Gartzke dem Botschafter ein Telefonat an, um über die am 5. November öffentlich verkündete AllScore-Transaktion zu informieren. Das Telefonat fand am Folgetag statt. Laut Dr. Gartzke bietet der Botschafter an, bei Bedarf auf politischer Ebene den PBoC-Prozess zu begleiten. Dr. Gartzke dankte dem Botschafter für sein Angebot und sagte, dass er ihm gegebenenfalls ein kurzes Signal in diese Richtung geben wird. Seitdem gibt es, seitdem gab es seitens Spitzberg keinen Kontakt mehr mit der deutschen Botschaft.

Ein Schlückchen Wasser. - Es wird nicht so schlimm wie bei Herrn Schily. Der hatte damals, glaube ich, nach vier Stunden gesagt, er sei jetzt mit der Einleitung fertig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wasser ist genug da.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Prima. Danke. - Zurück zum Bundesministerium der Finanzen, das vor dem Hintergrund des gerade Gesagten bereits spätestens um die Jahreswende von

den Plänen des Markteintritts gewusst haben muss. Entgegen unserer anfänglichen Skepsis beschlossen wir dann doch, die von Wirecard erbetene Kontaktaufnahme selbst in die Hand zu nehmen, aus zwei Gründen: Zum einen wäre der Verweis auf eine professionelle Lobbying-Firma, wie wir das üblicherweise machen, angesichts der Komplexität der Materie nicht ohne Risiken für Missverständnisse im heiklen deutsch-chinesischen Verhältnis gewesen, und Dr. Gartzke war mit den Grundlagen der Materie vertraut und konnte problemlos für Rückfragen aus dem Ministerium zur Verfügung stehen.

Der Umstand, dass sich Dr. Gartzke und der zuständige Mann im Bundesministerium der Finanzen, Staatssekretär Wolfgang Schmidt, seit Jahren kennen, spielte bei der Entscheidung übrigens keine Rolle, war aber, objektiv gesehen, positiv zu werten. Warum? Auch und gerade vor dem Hintergrund, dass eine ablehnende Entscheidung seitens des BMF sicher unverblümt und zügig kommuniziert worden wäre.

Mitte Juni 2019 - das genaue Datum kann nicht rekonstruiert werden - telefonierte Dr. Gartzke mit Staatssekretär Schmidt, um den geplanten Markteintritt in China anzukündigen und die Sachlage mit der PBoC zu schildern. Staatssekretär Schmidt bittet offensichtlich um die Begründungslinien des Sachverhaltes; dieser wird in Form eines Blankobriefs an die E-Mail angehängt. Ich hatte darüber keine Kenntnis. Nach meiner Information hat Staatssekretär Schmidt nicht um einen Blankobrief gebeten; aber das können Sie ihn ja heute auch noch selbst fragen, nachdem er offensichtlich heute auch kommt. Ich habe dem Gespräch ja auch nicht beigewohnt; deswegen kann ich das auch in der Form nicht komplett Ihnen wiedergeben. Dr. Gartzke sah dies lediglich als Hilfestellung im Bewusstsein, dass der Briefentwurf mit großer Sicherheit umformuliert oder sogar verworfen werden würde. Ob einzelne Formulierungen letztlich genutzt wurden oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis; ich nehme aber an, dass die Experten im BMF sehr wohl eigene Formulierungen im Lichte ihrer eigenen Recherchen und Prüfungen des ihnen nicht unbekannten Sachverhaltes gefunden haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Betreffend die Kommunikation zwischen Dr. Gartzke und Staatssekretär Wolfgang Schmidt und der deutschen Botschaft in Peking kann ich Ihnen hier nur die Informationen geben, die ich selbst von Dr. Gartzke erhalten habe, da ich selbst nicht an der Kommunikation beteiligt war und im Falle der Botschaft sie auch nicht mitinitiiert hatte. Prinzipiell halte ich aber auch rückblickend die Information und Einbindung des BMF und der Botschaft beim geplanten Markteintritt eines DAX-Unternehmens aus dem Finanzsektor in China nicht nur für richtig, sondern für absolut geboten. Ich wiederhole noch einmal, worauf uns selbst die Botschaft hingewiesen hatte: Deutsche Unternehmen sind bei einem beabsichtigten Markteintritt in eine staatlich geleitete Wirtschaft wie im Falle Chinas auf politische Unterstützung angewiesen.

Nun zu der Frage: Wie war das mit der Frau Bundeskanzlerin am 3. September 2019? Der Termin stand nach meiner Erinnerung schon länger fest und war wie andere Besuche in den Jahren vorher ohne kommunizierte Agenda als ein Austausch über aktuelle, meist außenpolitische, technologiebezogene und sehr persönliche Themen angedacht. Ursprünglich hatte ich gar nicht geplant, die Bundeskanzlerin über Wirecards China-Pläne zu unterrichten, da ich es beim BMF in den richtigen Händen wähnte. Meine Mitarbeiter, die von dem Termin wussten, sagten mir dann kurz vor diesem Termin, dass sie den Hinweis über ihre Kontakte vor Ort bekommen hätten, dass ein Schritt von dieser Tragweite in ihren Augen der Kenntnis und Zustimmung der politischen Spitze bedürfte und dass sich dafür die anstehende Reise anbieten würde. Das klang nicht abwegig. Oder umgekehrt formuliert: Wenn es Zweifel gegeben hätte in der politischen Führung, hätten wir Wirecard von der Weiterverfolgung abgeraten.

Die Frage, ob die PBoC der Wirecard als erstem Unternehmen aus Kontinentaleuropa Zutritt in den sehr attraktiven, weil bis dato nahezu komplett abgeschotteten chinesischen Zahlungsmarkt gibt, ist letztlich eine politische Entscheidung mit hoher Signalwirkung für die deutsch-chinesischen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen. Ich hatte meinem Team aber gesagt, dass ich es nur

eventuell anspreche, wenn es sich passt und ich mich daran erinnern sollte, auch vor dem Hintergrund, dass dieses Treffen eben keine Agenda hatte. Im Laufe unseres Gesprächs erwähnte die Frau Bundeskanzlerin dann auch die anstehende Reise nach China. Daraufhin berichtete ich, dass wir bei Spitzberg gerade einem jungen DAX-Unternehmen helfen, erstmals die Mehrheit eines chinesischen Zahlungsdienstleisters mit der Aussicht auf entsprechende Lizenzierung zu übernehmen. Dies laufe derzeit normalerweise andersherum, nämlich: Chinesische Unternehmen übernehmen europäische. Nach meiner Erinnerung sagte ich etwas wie: Wenn das auch eurer Überzeugung entspricht, könnte ein Hinweis bei deinen Gesprächen für den Genehmigungsprozess sicher hilfreich sein, da eine so politisch relevante Frage kaum ohne den Segen der Führung in Peking laufen wird.

Die Frau Bundeskanzlerin wusste natürlich von dem DAX-Unternehmen Wirecard; ob sie sich aber bereits im Detail damit befasst hatte, war für mich nicht erkennbar. Sie sagte allgemein so etwas wie: „Ja, das könnte hilfreich sein“, explizit aber ohne sich festzulegen, und bat mich, Herrn Dr. Röllner den Sachverhalt zu schildern, damit dieser ihr gegebenenfalls eine Formulierungshilfe geben könnte. Das Gespräch, meine Damen und Herren, über Wirecard dauerte vielleicht höchstens zwei, drei Minuten. Die Frau Bundeskanzlerin ist also nicht mit wehenden Fahnen aufgesprungen, sondern hat das wohl Vernünftigste bei einer solchen Anfrage gemacht, nämlich auf ihre Fachleute verwiesen.

Direkt im Anschluss an das Gespräch bat ich mein Team, mir eine tagesaktuelle Zusammenfassung des Sachverhaltes zu geben. Dies taten sie, ich ging noch mal kurz drüber und fand es als naturgemäß grobe Zusammenfassung akzeptabel. Als ich hierüber mit Dr. Gartzke telefonierte, teilte er mir auch mit, dass er von Wirecard erfahren habe, dass demnächst auch ein Treffen zwischen Herrn Ley und Herrn Röllner angesetzt sei. Wir waren über diesen Umstand erstaunt, ich nahm dies aber noch in die E-Mail an Dr. Röllner mit auf. Über die Organisation seitens Herrn Fritsche haben wir erst über die Medien im Sommer 2020 erfahren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mir ist es wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, meine Damen und Herren Abgeordneten: Ich habe zur Frau Bundeskanzlerin in all den Jahren, die wir uns kennen, ein außergewöhnlich großes professionelles und auch persönliches Vertrauen entwickelt. Ich würde dieses Vertrauen nie für einen Klienten aufs Spiel setzen. Wenn ich auch nur den leisesten Zweifel an der Seriosität von Wirecard gehabt hätte, wäre es zu dem Gespräch mit der Frau Bundeskanzlerin über dieses Thema deshalb niemals gekommen.

Auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Auch am 3. September 2019 und bis ins Jahr 2020 habe ich mit Blick auf die Vorwürfe in der „Financial Times“ wie fast alle den offiziellen Bewertungen der Wirtschaftsprüfer vertraut und mich auf die staatliche Aufsicht und deren Kontrollinstanzen verlassen. Wir haben die Bundeskanzlerin mit Blick auf das Übernahmeziel AllScore auch nicht in irgendeinen dubiosen Deal verwickelt, wie ich bereits oben geschildert habe. Das Unternehmen AllScore hatte das Lizenzportfolio, die Technologiekompatibilität etc. Und der zu diesem Zeitpunkt verhandelte Preis war nach professioneller Einschätzung mehr als marktüblich. Zudem war es das klar erklärte und auch durchgesetzte Ziel der PBoC, eine möglichst saubere Firmenübernahme zu ermöglichen.

Im Übrigen erinnere ich mich aus meiner aktiven Zeit in der Politik - das ist zwar schon lange her -, dass sich weder das BMF noch das Bundeskanzleramt noch die Auslandsvertretungen in irgendein drängen oder überfallen lassen, wie dies irgendjemand geschrieben hat, sondern ihre Entscheidungen von ihrer eigenen Einschätzung abhängig machen. Ich glaube nicht, dass sich das in den letzten zehn Jahren fundamental verändert hat.

Es kann auch ganz objektiv nicht die Rede davon sein, dass Spitzberg die Bundesregierung in etwas hineingedrängt hätte. Im Gegenteil: Wir haben den Kontakt mit einer Regierung gesucht, die über die bis dahin bekannte Entwicklung und die Vorwürfe bezüglich Wirecard voll im Bilde war, zumindest an den fachlichen zuständigen Stellen, nicht zuletzt durch Kleine Anfragen aus dem Bundestag. Von Ihnen gab es welche im Jahr

2019, von Ihnen gab es welche in 2019, von Ihnen

(Der Zeuge zeigt auf einzelne Abgeordnete)

gab es auch Anfragen bereits im Jahr 2019 an die Bundesregierung. Im Bilde war man.

Nachdem bereits staatliche Kontrollstellen wie die BaFin, aber auch die KfW involviert waren und einer der damals renommiertesten - damals renommiertesten! - Wirtschaftsprüfer die Testate vornahm, musste man davon ausgehen können, dass die Bundesregierung über die notwendigen und bei Weitem umfangreichere Informationen verfügte. Nichtsdestotrotz hätte mit dem Wissen von heute schon deshalb keine Kontaktaufnahme zu BMF, Bundeskanzleramt und der Botschaft stattgefunden, da wir das Wirecard-Mandat nie angenommen hätten bzw. bei Kenntnis sofort gekündigt hätten.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, Spitzberg hat übrigens keine Lobbyarbeit bei offiziellen chinesischen Stellen unternommen - weil das möglicherweise auch eine Frage ist. Nach meiner Information hat unsere Beraterin vor Ort Wirecard den Kontakt zu Personen vermittelt, die über die entsprechenden Beziehungen zu Behörden und Institutionen verfügten, die für den Genehmigungsprozess oder regulatorische Fragen etc. zuständig waren.* Wirecard trat dann mit diesen Personen direkt in Verbindung, um Gesprächswünsche oder Informationsbitten zu adressieren, etwa wenn es darum ging, Sach- und Zwischenstände über regulatorische Fragen zu erhalten, mehr über den Genehmigungsprozess zu erfahren, Applications, insbesondere bei der PBoC, einzureichen oder Änderungsfragen zu kommunizieren, und um auf Anforderungen direkt reagieren zu können.

Der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, dass Dr. Gartzke im Anschluss an eine China-Reise Mitte September 2018 einen kurzfristig organisierten Daytrip mit Herrn von Waldenfels nach Japan unternommen hatte, um dort Möglichkeiten potenzieller Industriepartnerschaften zu eruieren. Hier hat sich allerdings



Nur zur dienstlichen Verwendung

nach unserer Kenntnis nichts materialisiert. Ansonsten gab es seitens Spitzberg keinerlei Tätigkeiten in anderen asiatischen Ländern im Rahmen des Wirecard-Mandates.

Nun zur Frage der Kompensation von Spitzberg. Hierzu will ich festhalten, nachdem es auch hierüber vor einigen Tagen grob falsche Berichterstattung gab, inklusive sogar falsch recherchiertem Namen unseres Unternehmens: Spitzberg Partners traf die unternehmerische Entscheidung, ab 2016 primär mit einem für vergleichbare Beratungsmandate relativ geringen monatlichen Retainer vergütet zu werden. Das waren je nach Intensität des Beratungsmandates zwischen 10 000 und 20 000 Euro pro Monat.

Darüber hinaus gab es auch eine meilensteinbasierte Kompensationskomponente für die Erreichung bestimmter Ziele, also etwa die Etablierung von Partnerschaften, LoIs, Unterzeichnung von MoUs etc. Die Spitzberg-Kompensation für das sogenannte Projekt „Heron“ - das war die geplante Akquisition von AllScore - -

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): „Heron“?)

- „Heron“, Projekt „Heron“ wurde das genannt. Das ist ja - - Solche Projekte werden bei Unternehmen immer mit einem gewissen Namen belegt; da hieß es „Heron“. Ich glaube, „Heron“ ist ja momentan auch relativ diskussionsreich hier im Bundestag, nicht?

Die Spitzberg-Kompensation für das sogenannte Projekt „Heron“, also die geplante Akquisition von AllScore, wäre ausschließlich auf einem erfolgsbasierten Vergütungsmodell erfolgt. Der Vertrag für diese Komponente wurde erst im Dezember 2019 unterzeichnet. Wirecard begrüßte diese unternehmerische Entscheidung, da nur im Erfolgsfall entsprechende Vergütungen geleistet werden mussten. Spitzberg hat letztlich für Projekt „Heron“ keinerlei erfolgsbasierte Kompensation erhalten bzw. sogar bewusst auf eine uns zustehende Kompensation, auf die erste Tranche, verzichtet bzw. sie nicht mehr geltend gemacht.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Wesentliche Teile der Vergütung durch Wirecard waren an den Erfolg der Akquisition gekoppelt. Wir haben durch den weiteren Verlauf der Ereignisse im Sommer 2020 Verluste in Kauf nehmen müssen, weil das Projekt damit nicht wie erwartet verlief. Hätten wir zum Zeitpunkt des Abschlusses des entsprechenden Vertrages auch nur den geringsten Zweifel an der Bonität oder der Zuverlässigkeit von Wirecard gehabt, hätten wir natürlich niemals einer erfolgsbasierten Kompensation zugestimmt. Das machen Sie - - Wenn Sie entsprechend zynisch veranlagt sind, machen Sie dann Vorkasse.

Angesichts leider grob fehlerhafter Berichterstattung in einer Sonntagszeitung vom vergangenen Wochenende will ich zudem feststellen: Weder ich noch Spitzberg Partners LLC haben knapp 1 Million Euro für Lobbydienste für Wirecard kassiert. Richtig ist hingegen: Spitzberg Partners LLC hat für Beratungsdienstleistungen in Nordamerika und China erheblich weniger erhalten, im Schnitt pro Jahr 190 000 Euro. Da die benannte Sonntagszeitung auch nur auf den Markteintritt in China Bezug nimmt: Hierfür wurden insgesamt über die Jahre maximal 590 000 Euro eingenommen. Über den gesamten Zeitraum von knapp vier Jahren inklusive der Dienstleistungen für Nordamerika, der Blockchain-Beratung und der Platzierung auf Konferenzen waren es nicht mehr als 760 000 Euro*. Aktive Lobbyleistungen waren von den Zahlungen überhaupt nicht erfasst und auch nirgends vertraglich vereinbart.

Meine Damen und Herren, ich schulde Ihnen auch noch* meine* weitere Interaktion mit Wirecard im Jahre 2019 und 2020. Mit Burkhard Ley und Georg von Waldenfels gab es erneut nur zwei außen- und wirtschaftspolitische Update-Telefonate in diesem Jahr, eines am 21.* Januar 2019 und das zweite am 23. Juli 2019, sowie ein In-Person-Treffen mit beiden am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz am 13.02.2019. Ich hatte* zwei E-Mail-Austausche mit von Waldenfels und Ley - einer davon war ein Follow-up zum Update-Telefonat - am 29.07.2019 sowie am 21.10.2019* dieser E-Mail-Austausch, wo ich angesichts der - milde ausgedrückt - sehr schwachen Kommunikation von Wirecard ein Treffen



Nur zur dienstlichen Verwendung

zwischen Dr. Markus Braun und Richard Edelman, CEO von Edelman, anregte. Edelman ist eine global führende PR- und Kommunikationsfirma, und ich sitze auf dem Board dieser New Yorker Firma. Zu dem Treffen im Rahmen einer Roadshow von Edelman in Europa im November dieses Jahres kam es aber nicht.

Mit Herrn von Waldenfels traf ich mich am 17.12.2019 in Aschheim. Themen waren China, deutsche Innenpolitik und Entwicklungen in den USA und die Platzierung von Wirecard auf Konferenzen wie dem World Economic Forum und der Münchner Sicherheitskonferenz; hier lief ja unser Mandat auch noch weiter.

Wenn es aktuell negative Berichterstattung, etwa initiiert durch die „Financial Times“, gegeben hatte, habe ich die immer angesprochen. Den Vorwürfen aus den Medien wurde mit den bereits geschilderten Begründungsmustern begegnet.

Im Jahre 2020 gab es nach meiner Erinnerung keine persönliche Interaktion mehr mit Burkhard Ley. Mit* Georg von Waldenfels hatte ich kurz vor dem Zusammenbruch von Wirecard ein Telefonat, weil ich hoffte, mehr zu erfahren. Er wirkte zu diesem Zeitpunkt aber auch glaubwürdig überrollt und geschockt von einer Situation der Ungewissheit und Gerüchte.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich will auch betonen, dass es für mich und meine Teammitglieder - ich habe mich da auch nochmals rückversichert - weder bei Georg von Waldenfels noch bei Burkhard Ley irgendwelche Anzeichen gegeben hat, die uns an der Redlichkeit der beiden hätten zweifeln lassen. Herr von Waldenfels ohnehin - gegen ihn liegt ja ohnehin auch nichts vor -, aber auch Herr Ley haben bei uns immer einen überaus korrekten, seriösen und professionellen Eindruck hinterlassen. Ich selbst hatte über die Jahre lediglich zu drei führenden Wirecard-Mitarbeitern persönlichen Kontakt - zwei davon waren Herr von Waldenfels und Herr Ley -, meine mit dem Portfolio befassten Teammitglieder noch mit jenen, die mit der Akquisition in China befasst waren. Dies umfasste aber keine Vorstandsmitglieder, sondern lediglich die

sogenannte Arbeitsebene. Und nur der Vollständigkeit halber: Zu einem Herrn Marsalek hatten weder ich noch mein Team jemals irgendeinen Kontakt.

Das, meine Damen und Herren, bringt mich zu dem dritten Kontakt - einen schulde ich Ihnen ja noch -, den ich bei Wirecard hatte, nämlich Dr. Markus Braun. Mit dem hatte ich einige wenige kurze, eher bizarre Zusammentreffen, die ich Ihnen aber gerne schildern will.

Das erste Treffen fand erst am 20. Januar 2019 am Rande der sogenannten DLD-Konferenz in München statt, in der Lobby des „Sofitel“, initiiert seitens Wirecard, nach meiner Erinnerung mit der Zielsetzung, die sich abzeichnende China-Perspektive mit dem CEO zu diskutieren. Über China sprachen wir etwa eine Minute, der Rest war im Wesentlichen ein erstaunlich entrücktes Gespräch über weltpolitische und philosophische Aspekte neuer Technologien und die Rolle Europas in diesem Kontext. Während des Gesprächs und ohne jeden Kontext bot mir Herr Braun das Du an. Ich fand das eher befremdlich; in der deutschen Tech-Szene ist dies aber offensichtlich so üblich wie in unseren Parteien. Ich fragte auch, wie man mit den medialen Vorwürfen umgehe. Es folgten sehr verkürzt die üblichen Begründungen. Wir sprachen vielleicht 40 Minuten und brachten die Hoffnung einer gelegentlichen Fortsetzung zum Ausdruck. Meine erste und nachhallende Reaktion war: Was für ein seltsames Gespräch - nicht unsympathisch, aber sehr ungewöhnlich.

Es sollte dann bis zum 17. Dezember 2019 dauern, dass sich unsere Wege wieder kreuzten. Ich hatte, wie bereits gerade geschildert, ein Update-Gespräch mit Herrn von Waldenfels über die USA und China in Aschheim; ersteres Update über die USA gab ich, das zweite er. Er bat dann darum, dass noch ein Austausch mit Herrn Braun stattfinden sollte, der im Hause war, um die Bedeutung der China-Perspektive zu unterstreichen. Wenn ich mich richtig erinnere, vermisste man in dem China-Team die unbedingte Unterstützung der Unternehmensspitze. In dem sehr kurzen Gespräch kam ich nach meiner Erinnerung



Nur zur dienstlichen Verwendung

allgemein auf das wirtschaftliche Wachstumspotenzial in China zu sprechen, und ich sprach ihn auf die fatale Medienlage und die Kurs-sprünge an.

Von ihm kamen die üblichen Begründungen - von Shortsellern über BaFin etc. - und der Verweis auf eine zusätzliche Sonderprüfung durch die KPMG. Ich fand die Argumentation schlüssig, empfahl ihm aber dringend, die Kommunikation des Unternehmens zu professionalisieren, die ich schon vorher als unterirdisch empfand. In einer Textnachricht nach diesem Treffen empfahl ich Dr. Braun eine unabhängige Advisor-Gruppe, mit denen er sich regelmäßig und offen über Medienstrategie, aber auch seine eigene Positionierung austauschen könnte. Daraus wurde freilich nichts. Ich glaube, ich erhielt nicht mal eine Antwort. Ich muss aber auch sagen, dass ich die Textnachricht nicht mehr finden konnte, weil das lief irgendwie über Signal oder Telegram, und die Dinger wurden abgeschaltet. Also, da war nichts mehr zu finden.

Um die Jahreswende erhielt ich eine Einladung von Edelman, die offenbar erfolgreich einen Vertrag mit Wirecard abschließen konnten, für eine Telefonkonferenz am 13.01.2020 mit unter anderem Dr. Markus Braun zur Kommunikationsstrategie des Unternehmens. Ob dieser Vertrag auf meinen Vermittlungsversuch vom November zurückzuführen war, vermag ich nicht zu sagen; eine Provision gab es nicht, wenn Sie es interessieren sollte. Obwohl diese Telefonkonferenz nichts mit unserem Spitzberg-Mandat zu tun hatte, wollte ich teilnehmen, um die beiden Hauptprotagonisten Richard Edelman und Dr. Braun einander vorzustellen. Ich tat das und verließ nach meiner Erinnerung die Schaltkonferenz vor dem Gesprächsende, nachdem das Gespräch im Wesentlichen um das Serviceangebot und eine Abbildung der Medienlage mit erneut den bekannten Gegenargumenten kreiste.

Am 18.02.2020 sollte es einen zweiten Conference Call geben, zu dem ich erneut eingeladen wurde. Nachdem ich im Zuge der Münchner Sicherheitskonferenz ohnehin in München war und neugierig, ob es im Rahmen dieser Konstellation vielleicht weitere Erkenntnisse geben könnte

als das, was uns als Spitzberg von Wirecard geboten wurde, bat ich mein Team, zu fragen, ob ich das Meeting auch persönlich in Aschheim wahrnehmen könnte. Dem wurde entsprochen, und ich nahm in einem Konferenzraum mit Dr. Braun an dem Call teil. Um es kurz zu machen, hier das Wesentliche: Die damals bekannten Vorwürfe kamen auf den Tisch. Seitens Edelman wurde um Bereitstellung aller relevanten Informationen gebeten, um eine entsprechende Kommunikationsstrategie entwerfen zu können. Rückblickend wurde aber auch Edelman sicherlich nur selektiv informiert und offenbar dreist belogen. Alles sei in Ordnung, das uneingeschränkte Testat werde kommen, BaFin etc.: Es wurden die gleichen einseitigen Erklärungsmuster genutzt, keine Hinweise auf potenziell kriminelles Handeln gegeben und die klare Erwartung von positiven Testaten der Wirtschaftsprüfer formuliert.

Die bittere Wahrheit war: In diesen beiden Edelman-Calls wurde rückblickend exakt der gleiche Mist, das gleiche Lügengebilde erzählt wie uns über die Zeit vorher: die bösen Shortseller, die gute BaFin und die gute Staatsanwaltschaft, die Verleumdungskampagne der „FT“ und die wiederum erwarteten uneingeschränkten Testate der Wirtschaftsprüfer. Richard Edelman schäumt heute so wie wir, weil er sich ebenso eiskalt getäuscht fühlt. Zu einem vertiefenden Gespräch zwischen mir und Dr. Braun kam es an dem Tag nicht mehr.

An einer dritten Telko, die für den 17.03. terminiert war, habe ich wegen eines Terminkonflikts dann nicht mehr teilgenommen. Für den 21.04.2020 schließlich hatte ich im Rahmen unseres Spitzberg-Mandates eine Telefonkonferenz zwischen dem President des World Economic Forums - das ist Børge Brende - und Dr. Braun organisiert. Wirecard wollte Partnerorganisation des World Economic Forum werden; das Forum selbst zeigte sich zu diesem Zeitpunkt sehr interessiert. Ich stellte beide Herren bei dieser Telefonkonferenz gegenseitig vor, bevor die beiden sich über Wirecard und das World Economic Forum austauschten.

Anfang Juni 2020 schließlich kontaktierte ich angesichts der wabernden Gerüchteküche Dr. Braun



Nur zur dienstlichen Verwendung

und bat dringlich um einen persönlichen Termin. Dieser wurde mir überraschend zügig für den 09.06. in Aschheim avisiert. Der Termin dauerte circa 20 Minuten. Ich traf auf einen - auch rückblickend - komplett positiv gestimmten CEO, der angesichts der bestehenden Druckszenarien eine fast unheimliche Ruhe ausstrahlte. Er gehe mit größter Sicherheit von einem positiven Testat der Wirtschaftsprüfer aus, die Ungereimtheiten würden alle geklärt, der Aktienkurs würde sich in diesem Jahr noch extrem gut weiterentwickeln, der Aufsichtsrat würde schrittweise professionalisiert und der Vorstand mit noch größerer Expertise erweitert etc.

Ich teilte ihm nach meiner Erinnerung mit, zutiefst beunruhigt zu sein, und wies explizit darauf hin, dass die Öffentlichkeit Erklärungen erwarte, etwa zum Drittpartnergeschäft, das damals durch die Medien geisterte. Daraufhin sagte er nach meiner Erinnerung, das sei leicht zu liefern, nachdem dies ein Modell sei, dessen sich zahllose andere große Techkonzerne - er nannte etwa Microsoft - auch bedienen würden. Als ich ihn fragte, was denn ein nicht uneingeschränktes Testat bedeuten würde - ein nicht uneingeschränktes Testat bedeuten würde -, mit welcher Strategie er dann vorgehen würde, gab er lediglich die kurze Antwort: Dann werde ich zurücktreten. - Damit war dieser letzte kurze Austausch nach meiner Erinnerung auch beendet. Beim Abschied vermittelte er einen unerschütterlichen Optimismus.

Wie Sie feststellen können, meine Damen und Herren, habe ich Dr. Braun insgesamt viermal persönlich getroffen. Dem „Spiegel“ habe ich im Juli dieses Jahres allerdings mitgeteilt, es wären nur drei Treffen gewesen. Bevor jetzt wieder einige „Skandal, Skandal!“ rufen, hier die Begründung: Der Termin am 17.12.2019 war im Kalender als Termin mit Georg von Waldenfels vermerkt, und angesichts der Kürze und der vergleichsweisen Belanglosigkeit dieses Zusammentreffens mit Dr. Braun habe ich mich zum Zeitpunkt der Anfrage nicht mehr daran erinnert. In der Vorbereitung auf den heutigen Ausschuss hat mir mein gut arbeitendes Team den Hinweis gegeben.

Meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen nun sage, dass ich auch rückblickend bei allen Treffen mit Dr. Braun das Gefühl hatte, es mit einem seltsam vergeistigten, durchaus freundlichen und komplett untypischen CEO, aber nicht mit einem eventuell hochgradig Kriminellen zu tun gehabt zu haben, mögen Sie mich als blauäugig, gutgläubig und naiv bezeichnen. Es entspricht aber der Wahrheit. Die Wahrheit über Wirecard, sein Management, das Ausmaß des Betruges ist allerdings so atemberaubend, dass auch ich mir wiederholt die Frage gestellt habe und stelle, weshalb man das nicht in den Augen und im Auftreten seines Gegenübers lesen konnte. Ich weiß es schlicht nicht.

Am 23. Juni 2020 beendet Spitzberg Partners aufgrund der im Raum stehenden Anschuldigungen offiziell sein Beratungsmandat. Meine Damen und Herren, ich habe mir oft in diesem Sommer die Frage gestellt: Waren wir zu leichtfertig? Wollten wir nicht genau hinsehen? - Nur so viel vorab: Nein, wir wurden offensichtlich arglistig getäuscht. Wir haben seit Beginn unserer Beratungstätigkeit für Wirecard Mitte 2016 den Aufstieg des Unternehmens zur wertvollsten deutschen Finanzinstitution bzw. in den DAX 30 miterlebt und auch gesehen, dass renommierte internationale Investoren bei Wirecard eingestiegen sind und bis zum Schluss an Wirecard geglaubt haben.

Morgan Stanley und Goldman Sachs hielten zur Zeit des Kollapses zusammengerechnet knapp 25 Prozent der Stimmrechte an Wirecard, Société Générale hielt rund 6 Prozent. Auch der Ausstieg aus dem 900-Millionen-Euro-Investment von SoftBank - Einstieg im April 2019 - wurde erst am 2. Juli 2020 angekündigt. Zudem haben wir uns nach den veröffentlichten Vorwürfen auch bei bekannten Sell-Side-Analysten gezielt und wiederholt informiert. In zahllosen Studien zu Wirecard von Bankhäusern wie der Commerzbank, Warburg, Goldman Sachs etc. wurde bis ins Jahr 2020 positiv berichtet.

Auf unsere wiederholten kritischen persönlichen Rückfragen direkt nach Veröffentlichungen diverser „FT“-Artikel bzw. anderer Anschuldigungen wurde Spitzberg Partners von Wirecard-Seite in



Nur zur dienstlichen Verwendung

diversen Gesprächen sehr glaubhaft und nachdrücklich versichert, dass an den Vorwürfen nichts dran sei und es sich vielmehr um eine von Shortsellern geführte, zielgerichtete Verleumdungskampagne gegen Wirecard handle. Diesem Narrativ haben wir, genau wie viele andere renommierte Investoren sowie die eigentlich für die Prüfung dieser Anschuldigungen rechtlich zuständigen Wirtschaftsprüfer bzw. regulatorische Instanzen, BaFin etc., bzw. auch die Staatsanwaltschaft München mit ihren Ermittlungen gegen die „FT“, Glauben geschenkt. Man verwies bis zum Schluss auch auf den Umstand, dass Wirecard eine Banklizenz halte und somit der Aufsicht der Bundesbank und der BaFin unterworfen sei. Der Verweis von Wirecard wiederum auf diese Stellen ist freilich an Perfidie kaum zu übertreffen.

Gerne wurde auch die KfW bemüht. Deren KfW IPEX hatte Wirecard 2018 einen Kredit über 100 Millionen Euro gewährt, ohne dafür Sicherheiten zu verlangen. Wir erfuhren, dass im Sommer 2019 die - wohlgerne - Staatsbank KfW das Darlehen verlängerte. Und das, könnte man heute sagen, trotz der vermehrten Berichte in der Presse über mutmaßliche manipulierte Geschäftszahlen bei Wirecard seit Anfang 2019. Man sagte uns, dass die KfW für die Verlängerung des Kredites die im Raum stehenden Vorwürfe so wie die BaFin und andere umfassend geprüft hätte und sich diese nicht bestätigt hätten. Ein „SZ“-Artikel von letzter Woche, den 06.12.2020 [sic!], unterstreicht diese traurige Erkenntnis - ich zitiere -:

Doch die KfW-Ipex stützte sich unter anderem auf die von Hufeld geleitete Bafin, die

- WDI schützte -

Wirecard schützte

- ich habe es hier abgekürzt -

und stattdessen gegen Kritiker des Zahlungsdienstleisters vorgeht. Das zeigt ein 20-seitiger Vermerk der Staatsbank vom 13. Juni 2019,

in dem Für und Wider einer Kreditverlängerung erörtert worden waren.

Dem Vermerk zufolge hatte die Staatsbank sehr wohl die FT-Berichte über Hinweise auf Bilanzfälschungen, Betrug und Geldwäsche bei Wirecard in Singapur studiert. Das wurde auch fein säuberlich unter „kritische Punkte“ notiert. Dem folgten jedoch sieben Punkte, die „positiv anzumerken“ seien, die also für eine Darlehensverlängerung sprächen. An erster Stelle wird die Bafin genannt. Die Finanzaufsicht habe bei Wirecard „erstmalig“ ein Leerverkaufsverbot für Aktien erlassen sowie Strafanzeige gegen Journalisten und Börsenhändler bei der Staatsanwaltschaft München gestellt, heißt es im Vermerk.

„Zusammenfassend

- laut Vermerk -

lässt sich Folgendes sagen: Der Umfang und die Auswirkungen der Vorwürfe haben sich nicht bestätigt.“ Gemeint

- das ist wieder die „SZ“ -

waren die Vorwürfe in der Presse gegen Wirecard. Ein Trugschluss, wie man heute weiß.

Zitat Ende. - Meine Damen und Herren, hätte ich gerne die Erkenntnis und Weisheit gehabt, dass die „FT“ richtiglag und die überwältigende Mehrheit belogen wurde? Gewiss. Hatte ich sie? Nein.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich habe versucht, Ihnen mit dieser sehr detaillierten Stellungnahme einen umfassenden Überblick zu geben, an welchen Stellen und in welchem Umfang Spitzberg und ich selbst mit Wirecard zu tun hatten. Ich habe dies nach bestem Wissen und Gewissen getan. Wir waren ein externer Berater mit einem klar definierten, sehr begrenzten Aufgabengebiet, das wir redlich und unabhängig vom



Nur zur dienstlichen Verwendung

heute bekannten Wahnsinn bei Wirecard mit sehr guten und vorzeigbaren Ergebnissen erfüllt haben. Und lassen Sie mich nochmals betonen: Meine Firma und ich hatten zu keinem Zeitpunkt und in keiner Weise Zugang zu Indizien bzw. Kenntnis von Diskrepanzen in der Bilanzierung von Wirecard, von Geldwäsche oder anderen Straftatbeständen. Wir sind von den Entwicklungen ebenso überrollt und geschockt worden wie mehr oder weniger alle anderen. Und wenn ich mir heute diese Wir-haben-es-schon-immer-gewusst-Sätze einiger Diskutanten vergegenwärtige bzw. die Sie-hätten-es-alle-wissen-müssen-Rufe, dann vermisste ich die erforderliche Differenzierung und Sachlichkeit in der Bewertung. Ich freue mich aber auf eine differenzierte, sachliche und respektvolle Aufklärungsarbeit mit Ihnen. Dafür bin ich heute hier. Und dafür bin ich gerne auch heute lange mit Ihnen hier. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr zu Guttenberg. Das waren in der Tat sehr ausführliche, umfängliche Ausführungen. - Insoweit fangen wir jetzt mit der Beweisaufnahme und der Fragerunde an. Ich würde gern als Vorsitzender eröffnen, und dann folgen die Kollegen der CDU/CSU, FDP, SPD usw.

Ja, viele Fragen haben Sie in der Tat - ich habe mich auch sehr gewissenhaft vorbereitet - abgenommen. Aber dennoch, ich denke, wir müssen alle zusammen ermitteln, wie jeder doch irgendwie unbewusst oder vielleicht in Zukunft durch gegenwärtigeres Handeln nicht Teil eines Getriebes oder einer Maschine wird, die dann zu dem Ergebnis, was wir hier alle heute auf dem Tisch liegen haben, wird. Und deswegen eine Frage, die sich mittlerweile bewährt hat, die manchmal zur Verwunderung wird, und ich habe sie mir jetzt als Standardfrage auch notiert: Hatten oder haben Sie Aktien, Derivate etc. der Wirecard AG im fraglichen Untersuchungszeitraum 1. Januar 2014 bis Oktober 2018 besessen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nach meiner Kenntnis: Nein. Das Einzige, was ich - - Also, sicher keine aktiv gekauften und irgend so etwas. Was ich für die Jahre 2014 bis 16 nicht weiß, ob ein ETF mal beispiel- - ich bin noch nicht mal in ETFs so - - investiert. Also, ich würde mit einem klaren - - hier sogar nach meiner Kenntnis mit einem klaren Nein antworten.

Ich will auch, Herr Vorsitzender, gleich antworten zu meinem Team, wenn sich da möglicherweise auch die Frage ergeben sollte. Da gibt es eine klare Maßgabe bei uns, dass von Klienten - außer wenn die Spitzberg Company selbst investiert in eine Company - keine Aktien oder Anteile gehalten werden dürfen, um gerade nicht möglicherweise in eine Insiderproblematik oder Ähnliches hineinzurauschen. Ich selbst habe bewusst nie Wirecard-Aktien gehalten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Das, erlauben Sie mir, ist mir dann schon mal ein Fortschritt zu manchen Behörden, was wir hier kennengelernt haben zum Thema Compliance. - Wie oft - und das ist für mich so, was ich eben meinte: wie können sich Mechanismen, Zahnräder, die ineinandergreifen, vielleicht auch unbewusst ergeben? - finden in etwa diese vertrauten, freundschaftlichen Gespräche im Kanzleramt statt? Ist das ein Rhythmus? Einmal im Jahr? Zweimal im Jahr? Oder ergibt sich das aufgrund von Sachlagen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich würde mal sagen, dass das in den letzten zehn Jahren wahrscheinlich einmal pro Jahr war. Aber da können auch mal 14 Monate dazwischengelegen haben. Es können auch mal acht Monate dazwischengelegen haben. Vielleicht waren auch mal zwei Jahre dazwischen. Also, ich - - Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sind diese Gespräche dann generell - jetzt für mich nur im Untersuchungszeitraum - ohne Agenda, ohne - - Ich hatte das von - - Dr. Hoppenstedt hatte das, glaube ich, ausgeführt. Er hat ja so sinngemäß gesagt: „Na ja, da kommt jemand, der mit uns irgendwo befreundet ist, mit dem wir ein gutes



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verhältnis haben“, er war ja mal Regierungsmitglied, „ohne Agenda gibt es dann keine Aufzeichnungen, weder in Ton oder in Protokoll“. Ist das so üblich? Oder heißt das im Umkehrschluss, wenn ich die Medaille umdrehe, was Dr. Hoppenstedt gesagt hat: Wenn Sie eine Agenda schickten, gäbe es dann Protokolle und Aufzeichnungen zu diesen Gesprächen, die im Kanzleramt stattfinden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Also, ich habe bei - - zu keinem der Treffen, die ich mit der Frau Bundeskanzlerin hatte, jemals eine Agenda geschickt. Und diese Treffen waren tatsächlich immer vertraulich zu zweit. Da waren auch keine weiteren Mitarbeiter zugegen. Und es gab von mir in den Jahren nach meinem Rücktritt in dem Sinne kein - wie Sie es vielleicht dann nennen wollten - offizielles Treffen mit irgendwelchen Protokollen, von denen ich wüsste.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie hatten das geschildert - hätte mich auch überrascht, ich habe die Kanzlerin, glaube ich, einmal nur beim Fußball in Brasilien so vom Stuhl springen sehen -, dass sie jetzt nun nicht gerade vom Stuhl sprang oder Begeisterung - - sondern gesagt hat, sie würde das entsprechend weitergeben. Fand noch mal nach diesem Gespräch im Kanzleramt mit der Kanzlerin ein Austausch - ist ja auch schon wieder jetzt ein Jahr her - oder eine Wertung zu den Vorgängen rund um Wirecard statt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Andersrum: Wir alle, glaube ich - - Und das war jetzt tatsächlich mein Eindruck, dass wir alle ernsthaft bemüht sind und geschockt sind über die Vorgänge um Wirecard. Wäre es nicht - - Das ist eine Wertung, ich weiß; aber mal angenommen, Sie schickten ein Protokoll über die vertraulichen Inhalte, die Sie mit Frau Merkel besprächen: Wäre als Compliance und Transparenz da nicht auch vielleicht für die Zukunft von Ihnen gewünscht, ein Protokoll anfertigen zu lassen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Vorsitzender, ich glaube, das ist eine relativ hypothetische Frage. Ich bin - - Ich sehe, dass eine Diskussion stattfindet - und das ist sicherlich auch eine notwendige Diskussion -, ob man künstlich Lobbyarbeit entsprechend auch in ein Regelwerk einfasst. Und, glauben Sie mir, das hat durchaus meine Sympathie. Ich will da aber noch mal betonen: Es fand sich tatsächlich um eines dieser Treffen - - statt, die wir privat vereinbart hatten, also ein Treffen ohne Agenda. Und ich weiß nicht, ob man - aber das müssen Sie die Bundeskanzlerin selber fragen - der Bundeskanzlerin am Ende des Tages - - jedes Treffen, das im Kanzleramt stattfindet, letztlich ein Protokoll abverlangen will und kann. Wird sie Ihnen sicher Auskunft dazu geben. Wenn ich dazu verpflichtet würde, würde ich es selbstverständlich machen, klar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Interessant fand ich bei Ihren Ausführungen, dass Juli 2019 - das haben wir ja am 14. Januar, den Bankenkomplex - die - wir greifen da ein bisschen vor - KfW IPEX-Bank 100 Millionen Euro Kredit ohne Sicherheiten als Staatsbank verlängerte mit Verweis auf die BaFin und Felix Hufeld. Darf ich das so verstehen, dass auch Ihre Firma und das kritische Verhältnis - wir haben das bei den Wirtschaftsprüfern letzte Woche gehabt: diese kritische Grundhaltung, die wir alle, glaube ich, in Zukunft hinterfragen müssen - - dass die durch so was schon zerstreut wird? Würden Sie das bejahen, wenn so ein Vorgang geschieht, dass eben so etwas als eine Art von, nennen wir es, Garantie als Form „Da ist schon alles in Ordnung“ gewertet wird von Outstanding Persons?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe jetzt nicht ganz genau Ihre Frage verstanden. Können Sie das noch mal wiederholen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, wäre Ihr Verhältnis - - Sie sagen ja auch: Wir sind alle getäuscht worden. Wir waren alle kolossal überrascht. - Werten Sie schon dieses Handeln einer staatlichen Bank, einen 100-Millionen-Euro-Kredit ohne Garantie zu verlängern, obwohl, Sie haben ja gesagt, Gerüchte in Umlauf waren, sehen Sie so was als, nennen wir es mal, beruhigende



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nachricht? Oder dass man sagt: Na ja, also, ich habe jetzt schon das Gefühl, das ist so wie ein Prospekt, da wird ja auch immer fälschlich - - Wenn die BaFin eine Prospekthaftung postuliert und einen Prospekt ausfüllt, dann wird das ja von vielen Geneigten, die nicht so informiert sind, so gewertet: Mensch, da gibt die BaFin ja quasi eine Qualitätserklärung über das Unternehmen ab. - Würden Sie auch sagen, so einen Kredit - der ist ja noch gewichtiger -, den haben Sie schon als eine Art Vertrauensbeweis gewertet?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich bin - - Beruhigend ist daran nichts, Herr Vorsitzender, nicht an einer solchen - - an der ganzen Geschichte der letzten Jahre. Und beruhigend ist es nicht, wenn man selbst Vertrauen geschenkt hat Kontrollorganen bzw. Organen, die über weit umfassendere Möglichkeiten der Überprüfung verfügen, als wir das je könnten. Trotzdem gebe ich meiner Hoffnung Ausdruck, dass - ohne dabei zynisch klingen zu wollen, gerade mit Blick auf die ganzen geprellten kleinen Anleger, die da auch mit drinstecken - das ein Wake-up Call in der Form sein mag und sein sollte. Aber beruhigend ist daran mit Sicherheit gar nichts.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann würde ich gern zu einzelnen Dingen, die Sie hier sehr umfänglich genannt haben - - Da habe ich schon noch die eine oder andere Nachfrage. Also, zum Beispiel führen Sie auf dieses Treffen am 29. Oktober 2018 mit Vertretern von Spitzberg Partners, Wirecard - - Es war auch zugegen Herr Jan-Ole Peters, Finanzreferent der Deutschen Botschaft in Peking. Es war auch weiter zugegen Robert Dieter, zum damaligen Zeitpunkt Gesandter bei der Deutschen Botschaft in China im Bereich Wirtschaft. Das ergibt sich aus der E-Mail von Herrn Peters vom 22. Juli, nachzulesen auch hier auf MAT A AA-3.08c, Blatt 120 [sic!] ff. Mich würde jetzt noch mal genau interessieren: Wie kommt dieses oder kam dieses Treffen zustande? Wie darf man sich das vorstellen, wenn ein Kontakt vermittelt wird Ihrerseits oder vielleicht auch durch den Kollegen Gartzke?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich werde, nachdem noch - - Ich muss noch mal wiederholen: Ich habe die

Kommunikation mit der Botschaft weder initiiert, noch habe ich da selbst in irgendeiner Form in einem direkten E-Mail-Kontakt oder in einem Kontakt gestanden. Deswegen konnte ich hier auch nur das zitieren, was ich von meinem Mitarbeiter Dr. Gartzke erfahren habe. Und ich will gerne noch mal auf diesen einen Punkt dieses ersten Outreaches zurückkommen. Das war am 29. August 2018, wo Dr. Gartzke eine Reise der beiden Herren Waldenfels und Ley nach China angekündigt hatte und ein Treffen angefragt hatte. Und mir wurde hier auch das Zitat aus der E-Mail gegeben; aber ich schätze, das liegt Ihnen auch vor:

... um über den aktuellen Stand bzw. die zukünftigen Perspektiven der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zu sprechen.

So. Und dann hat sich das Ganze ja mehrfach verschoben, bis es dann schließlich zu dem Zusammentreffen mit dem Botschafter kam - - aber mit dem Herrn Peters, nicht wahr?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, mit dem Herrn Peters fand stattdessen das Treffen statt. - Das, was ich Ihnen jetzt hier geschildert habe, ist umfänglich das, was ich an Auskunft von meinem Mitarbeiter bekommen habe. Und der E-Mail-Verkehr liegt Ihnen ja vor. Also darüber hinaus habe ich auch keine weiteren Kenntnisse, weil ich auch nicht zugegen war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Jetzt habe ich in der Politik in den letzten Jahren auch gelernt, dass da jetzt nicht immer der direkte Kontakt zielführend ist. Deswegen - - Sie hatten das ja auch klar gesagt: Es gab dann seitens Ihrer Person zur Botschaft oder auch zu bestimmten Personen der Regierung keine Kontakte mehr. - Haben Sie dann versucht, in diesem fraglichen Zeitraum - also, ich frage immer zum Erhebungszeitraum und zur Zeit Ihrer Mandatierung - seitens Spitzberg Partners indirekt, also über Bande, vielleicht über die Bayerische Staatskanzlei - also,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich denke mal, dass die CSU ja immer gut vernetzt ist in Bayern -, dort vielleicht Kontakte oder Hinweise oder Bälle ins Spielfeld zu bringen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Nachfrage. - Ich hatte zum Themenkomplex Wirecard nach meiner Erinnerung nicht ein einziges Mal mit Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung noch mit CSU-Parteifreunden gesprochen. Also, es wäre für mich sehr verwunderlich. Nein, gibt es nicht. Also, es gab von meiner Seite kein Gespräch oder Kontakt nach meiner besten Erinnerung mit einem Mitglied der Bayerischen Staatsregierung oder einem anderen in Rang und Würden stehenden CSU-Politiker.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Auch nicht mit ehemaligen übrigens, weil ja da mit, ich glaube, noch ein paar andere Namen rumgeisternten. Also, auch da nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann würde mich noch mal interessieren, weil die BaFin und das BMF stehen ja doch hier auch mit deutlich im Rampenlicht, so will ich das mal nennen, wenn es auch ein unrühmliches ist - - Nochmals im fraglichen Zeitraum, der mich hier jetzt interessiert, zwischen 2017 und 2019 - Sie sprachen ja die Konferenz in Hamburg an, wir haben ja auch heute noch einen hochrangigen Vertreter aus dem BMF hier -: Gab es da je einen direkten Kontakt mit Herrn Scholz oder noch anderen Vertretern des BMF zwischen Ihnen und eben vielleicht anderen fraglichen Vertretern des BMF?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, mit meinem ehemaligen Kollegen und dem heutigen Vizekanzler Bundesminister Scholz erinnere ich mich nicht an ein Treffen in dem besagten Zeitraum. Ich will nicht ausschließen, dass wir uns beispielsweise auf der Münchner Sicherheitskonferenz über den Weg gelaufen sind; aber ich kann mich auf keinen Fall an eine Unterhaltung erinnern, die Wirecard zum Inhalt gehabt hätte. Ich kann mich auch aus heutiger Sicht in diesem Zeitraum an kein Treffen oder eine Unterhaltung

erinnern. Ich glaube, das einzige Mal, dass wir uns unterhalten hatten, aber über komplett andere Themen, war - - Nee, das war dann 2016. Wann wurde Trump gewählt? 2016.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, 2016, Januar [sic!].

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, 2016. So. Da waren - deswegen erinnere ich mich dran - wir am Vorabend beide Sprecher auf einer Konferenz in Hamburg. Und das war, glaube ich, das letzte Mal, dass ich ihm in einem Gespräch begegnet bin, Bundesminister Scholz. Ich glaube, er wurde nicht dafür bezahlt. Und ich glaube, er war damals noch -

Vorsitzender Kay Gottschalk: ... Bürgermeister.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - Bürgermeister, aber - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Wir haben das Datum aus
einem anderen Kontext,
Warburg, in guter Erinnerung!
- Heiterkeit)

- Ach so? Ja.

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Das hat gar nichts mit
Ihnen zu tun!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da fallen mir 47 Millionen ein oder so.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aber das - - War das Warburg? Weiß ich gar nicht. Aber ich glaube, es war nicht War - - Also, das war - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, nein, ist hier ja auch nicht Gegenstand, ist hier ja auch nicht Gegenstand.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So. Dann - der Frage bin ich natürlich auch nachgekommen - bin ich zu sonstigen Mitgliedern, glaube ich, nicht in irgendeinem anderem - - Also, ich kann nur sagen: Ich habe über Wirecard nach meiner Erinnerung mit keinem Mitglied des



Nur zur dienstlichen Verwendung

BMFs in dem besagten Zeitraum einmal gesprochen. Den Einzigen, den ich einmal traf im besagten Zeitraum, und das war Ende 2019 auf der - - Es gibt eine kleine Konferenz der Münchner Sicherheitskonferenz, die im Dezember immer in Elmau stattfindet. Und da war auch auf dieser Konferenz eine breite Vertretung aus allen Parteien und ein internationales Publikum. Und da war auch an einem Abend, soweit ich mich erinnere, Wolfgang Schmidt. Und mit Wolfgang Schmidt habe ich an dem Abend - - kann ich mich erinnern an einen freundlichen, persönlichen Austausch. Ich kenne ihn auch schon seit vielen Jahren. Aber ich glaube nicht, dass ich auch nur eine Silbe über Wirecard mit ihm gesprochen hätte. Also, das war das einzige Treffen, an das ich mich erinnere: mit Wolfgang Schmidt. Auch hier kann es sein, dass wir uns auf der Sicherheitskonferenz oder ähnlich irgendwo mal über den Weg gelaufen sind; aber ich kann mich auch hier an kein Gespräch erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann noch mal zu den Gesprächen mit Herrn Braun. Also, da - - Sie haben den Eindruck ja abschließend beschrieben. Er hat weiter auch keine - - in diesen Gesprächen auch, als Sie in Aschheim waren, noch mal zu bestimmten Geschäftsaktivitäten mit Ihnen das Gespräch gesucht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann würde ich abschließend noch gerne wissen: Gibt es weitere Kontakte bezüglich Wirecard und anderen Kollegen, die entsprechend im unternehmerischen Bereich - - Sie haben Edelman genannt, aber es gibt ja noch weitere auch, wenn ich jetzt so schaue, wo Ihr Headquarter in New York sitzt. Gab es da weitere Gespräche mit anderen Vertretern oder anderen Verfassungsorganen zum Thema Wirecard? Also, ich spiele hier in dem Zusammenhang an, dass es durchaus ja im neuen World Trade Center - - illustre Partner auch angesiedelt sind. Also, gab es darüber hinaus zwischen zum Beispiel Wolfgang Haupt und anderen Gesprächen, wenn Sie in den Vereinigten Staaten waren, zum Thema Wirecard? Dass man da mal vielleicht was aufgeschnappt haben könnte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, meines Wissens nicht. Das hat in meinen Augen überhaupt nichts miteinander zu tun.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gut. - Dann wäre ich jetzt erst mal so weit durch und würde an den Kollegen Hauer von der CDU/CSU übergeben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr zu Guttenberg, erst mal war es sehr interessant, Ihr ausführliches Statement anzuhören. Das kann unsere Befragung sicherlich erleichtern, wenn wir da schon mal im Zusammenhang einiges erfahren haben.

Ich hatte den Eindruck, Sie legen großen Wert darauf, dass Sie nicht im Lobbyismus unterwegs sind. Vielleicht können Sie uns da noch mal aus Ihrer Sicht die Abgrenzung erklären. Was ist Lobbyismus aus Ihrer Sicht? Was ist Beratung? Und - das wäre dann die Folgefrage - Sie haben ja geschildert, dass Sie ganz bewusst, als diese Verträge abgeschlossen wurden - - es aus Ihrer Sicht nicht um Lobbyismus ging, sondern um Beratung, und das auch in den Verträgen so dargelegt ist. Und dann gab es irgendwann den Zeitpunkt, wo dann ja die Entscheidung kam. Sie hatten da zwei Gründe genannt. Vielleicht können Sie das noch mal darlegen, was diese beiden Gründe waren, wo Sie sagen: Nicht nur Advice, sondern auch Engagement. - Vielleicht das als Erstes.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, vielen Dank. - Ich glaube, über die Definition von Lobbyismus können wir wahrscheinlich bis morgen früh sprechen und werden wahrscheinlich nie eine komplette Einigung bekommen. Ich bin bei Ihnen, dass man - - Oder ich bin bei all denen, die sagen, dass die Kontaktaufnahme meines Mitarbeiters in der deutschen Botschaft, die Kontaktaufnahme mit dem BMF und mein Gespräch mit der Bundeskanzlerin durchaus in die Definition von Lobbyismus fallen. Damit habe ich auch überhaupt kein Problem. Ich wollte aber auch deutlich machen, ich wollte auch deutlich machen, dass wir uns nicht als Lobbyisten haben anstellen lassen und dass die vertraglich vereinbarten Dienstleistungen Lobbyismus nicht umfassen und dass wir uns für



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lobbyismus auch nicht* haben* bezahlen lassen. Und das ist mir eine wichtige Abgrenzung.

Die Gründe, Herr Abgeordneter, weshalb ich es für richtig gehalten habe, mich an die Frau Bundeskanzlerin zu wenden, bzw. dass sich das Team - - Im Nachhinein, wo ich dann gesagt habe: Ich bin bereit - - Ich finde den Outreach, den es zur Botschaft gab - - hielt ich für richtig im Nachgang, weil ich ja da im Vorfeld nicht informiert war. Und den Outreach, den es gab zum Bundesministerium der Finanzen, wo ich auch gesagt habe: „Das ist richtig“, habe ich damit begründet - und habe ich ja auch, glaube ich, ausgiebig begründet - - vor dem Hintergrund der Bedeutung dieses Markteintrittes, der eine hohe politische Dimension hat in China, und dass ein deutsches Unternehmen in einem staatlich kontrollierten Wesen, wie wir es mit China zu tun haben, auf die Unterstützung der Bundesregierung angewiesen ist. Und ich glaube, dass vor dem Hintergrund es vertretbar ist, die Bundesregierung nicht nur zu informieren, sondern auch abzufragen, ob sie bereit ist, genau diese Unterstützung zu geben. Und deswegen dieser Kontext. Also das wäre meine Antwort zu Ihrer Frage.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Würden Sie heute sagen, dass Sie bereuen, die Bundeskanzlerin auf das Thema Wirecard angesprochen zu haben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nach dem damaligen Kenntnisstand - - Drücken wir es so aus: Hätte ich - - Würde ich heute den gleichen Kenntnisstand haben wie damals und würde ich vor der gleichen Frage stehen: „Machen wir es, oder machen wir es nicht?“, würde ich es erneut wieder machen. Mit dem heutigen Kenntnisstand, den wir heute haben, ist jede Handlung, die man für Wirecard unternommen hat, eine Handlung, wo man sich fragt: Was für eine furchtbar vergeudete Zeit. - Und, ja, jetzt kann man natürlich sagen: Auch Zeit wurde natürlich honoriert in gewissen Bereichen, ohne Frage. - Aber, ich habe es schon so ausgedrückt: Wenn wir nicht von der Seriosität des Unternehmens überzeugt gewesen wären, hätten wir niemals eine Bundeskanzlerin, einen Finanzminister oder eine Botschaft überhaupt kontaktiert. Und wir hätten keinen anderen Kenntnisstand.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten ja bei dem Gespräch mit der Bundeskanzlerin am 03.09.2019 - - hatten Sie das Gespräch so geschildert, dass die Bundeskanzlerin - so habe ich Sie jedenfalls verstanden - ihrerseits erwähnt hat, dass sie nach China reist, und darauf anknüpfend, haben Sie sie dann auf Wirecard angesprochen. Ist das richtig? Also, es - - Wie kommt das Gespräch auf China?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe das ja geschildert, Herr Abgeordneter, dass wir hier einen Austausch hatten über aktuelle, auch außenpolitische Themen. Und ich habe hier gesagt: Im Laufe unseres Gespräches erwähnte die Frau Bundeskanzlerin auch die anstehende Reise nach China. Daraufhin berichtete ich, dass wir bei Spitzberg gerade einem jungen DAX-Unternehmen helfen, erstmals die Mehrheit eines chinesischen Zahlungsdienstleisters zu übernehmen. Und dies laufe über* - - andersherum. So. Also, das ist genau der Kontext, wie es sich abgespielt hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, erst hat die Bundeskanzlerin erwähnt, dass sie nach China fährt, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Bundeskanzlerin - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): - und dann kam Wirecard zur Sprache.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, wir haben - - Also, Herr Abgeordneter Hauer, ich kann mich nicht mehr genau erinnern, ob wir einen allgemeinen längeren Dialog über beispielsweise das transpazifische Verhältnis hatten oder ob wir gesprochen hatten über das Spannungsfeld zwischen Trump - wir haben viel über die USA gesprochen in diesem Gespräch, daran erinnere ich mich noch; aber das lag auch in der Natur der Sache, als ich dort lebte - - und ob es darum ging, wie sich dieses Spannungsfeld, dieses sich verschärfende Spannungsfeld zwischen den USA und China auch auf Deutschland auswirkt. So. Ich kann mir vorstellen, dass das der Hintergrund war, wie sie letztlich darauf zu sprechen kam, dass sie demnächst nach China reist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie sich bei diesem - - zu diesem Gespräch irgendwelche Notizen danach gemacht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter. Das habe ich auch bei keinem der anderen Gespräche.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde gern noch mal auf das Gespräch kommen, was Sie - das ist ja noch recht wenig weit zurückliegend - mit Herrn Dr. Braun geführt haben, als Sie auch schilderten, Sie hätten ihn dann mit diesen Vorwürfen konfrontiert und er habe dann gesagt: Alles in Ordnung, das wird sich schon regeln. - Die „gute BaFin“ haben Sie da erwähnt, die „gute BaFin“. Und da würde mich doch mal interessieren, was der Herr Dr. Braun da konkret zur BaFin gesagt hat: dass sie da im engen Austausch seitens Wirecard mit der BaFin sind? Oder was muss ich mir da vorstellen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen genau das geschildert, woran ich mich in diesem Gespräch erinnere. Alles andere wäre jetzt wirklich Spekulation von meiner Seite. Und ich trage Ihnen das aber gerne noch mal vor. Eine Sekunde.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also daran, was Sie berichtet haben, erinnere ich mich. Insofern würde ich da auf den nochmaligen Vortrag verzichten. - Also, darüber hinausgehend erinnern Sie sich nicht - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das war auch - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): War das jetzt flapsig dahergesagt mit „gute BaFin“?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe - - Es ist - - Also, ich glaube nicht, dass er wörtlich die „gute BaFin“ gesagt hat, aber dass er den Hinweis darauf gegeben hat, dass die BaFin entsprechend - - Das wurde immer wieder gegeben, der Hinweis: Von Wirecard-Vertretern wurde die

Rolle der BaFin betont und eine Rolle dahin gehend, dass man sich - - dass man im Grunde ja das staatliche - - mehr oder weniger das staatliche Plazet habe hier, ja, und dass die BaFin gegen die bösen Journalisten der „FT“ vorgehen würde. Und, also, ich meine, es sind immer wieder dieselben Muster bedient worden hier. Ob das - - Wie genau sich Herr Braun geäußert hat? Ich habe kein Aufnahmegerät mitlaufen lassen. Also, ich kann Ihnen hier wirklich nur eine Zusammenfassung eines, ich sage auch noch mal, sehr kurzen Gesprächs, das maximal 20 Minuten gedauert hatte, geben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben ja deutlich gemacht, dass - so würde ich es mal zusammenfassen - Sie da in gutem Glauben gehandelt haben, für ein Unternehmen tätig zu sein, was, ja, legal unterwegs ist und auch auf die Vorwürfe, mit denen es konfrontiert war, gewisse Erklärungsansätze Ihnen geliefert hat, und dass - haben Sie auch genannt - die BaFin und die Aufsichtsbehörden und die Wirtschaftsprüfer da ja auch Sie quasi, sage ich mal, bestärkt haben in dieser Auffassung. Was wäre Ihr konkreter Vorwurf an die Genannten, also BaFin, Aufsicht, Wirtschaftsprüfer? Mit Ihrem Wissen von heute: Was, meinen Sie, hätte da anders laufen müssen? Wer hätte was früher merken müssen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nun, Herr Abgeordneter, ich kenne die inneren Abläufe bei der BaFin nicht. Die kennen Sie besser, weil Sie da im Verwaltungsrat sitzen. Von daher ist es für mich ein bisschen schwierig zu beurteilen. Ich kann nur sagen, dass es an Stellen, die über zumindestens mehr Zugang zu Informationen verfügen als beispielsweise Sie persönlich oder ich jetzt als Berater, an diesen Stellen oder in diesen Stellen oder in diesen Behörden aus heutiger Sicht offensichtlich hätte mehr gemacht werden können. Was und wie diese Abläufe genau sind, wer für welche Zuständigkeiten sich in welcher Form zu verhalten hat, das entzieht sich meiner Erkenntnis.

Nur, ich muss - - Wenn ich eine Berichterstattung sehe, in der Vorwürfe getätigt werden, und sich das Unternehmen wehrt gegen diese Bericht-



Nur zur dienstlichen Verwendung

erstattung - das soll ja vorkommen; und Berichtserstattungen können ja wahr sein, und sie können unwahr sein, das gibt es ja beides; und es gibt auch so Zwischenformen immer wieder -, dann fragt man sich: Wo holt man sich die entsprechenden Informationen, um zu überprüfen, ob an dieser Berichterstattung was dran ist oder nicht, und wem glaubt man dann? Und bisher war mein Vertrauen in diese Institutionen, die sich mit Wirecard befasst haben - ob nun mandatiert, also eine Staatsanwaltschaft, oder eine BaFin oder eine KfW, die einen Kredit gibt und Ähnliches -, sehr, sehr hoch. Und wenn wir heute zurückblicken, glaube ich, gibt es schon die Möglichkeit, dass da etwas versäumt wurde. Was genau in den Abläufen versäumt wurde, noch mal: Da fehlt mir der Zugang zu den Institutionen. Das weiß ich nicht. Aber ich glaube, man muss auch als deutscher Staatsbürger - - darf man ja, sage ich mal, nicht blind vertrauen allem; aber ein Grundvertrauen in unsere Institutionen, die grundsätzlich über die letzten Jahrzehnte ja auch nicht schlecht gearbeitet haben, darf schon gegeben sein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist ja auch Bestandteil unseres Auftrags hier als Untersuchungsausschuss, dieses Vertrauen in Institutionen aufrechtzuerhalten, wiederherzustellen, an manchen Stellen vielleicht auch zu reparieren. Denn es ist natürlich nicht nur der größte Skandal, den wir im Finanzbereich in der Nachkriegszeit haben, sondern es ist eben auch sehr viel, was Einzelanleger betrifft, die sehr viel Geld verloren haben. Und da haben Sie sicherlich, wenn man jetzt unterstellt, dass - - Ich unterstelle jetzt erst mal, dass das zutrifft, was Sie uns berichtet haben: dass Sie darauf vertraut haben, mitunter auch enttäuscht wurden von Wirecard. Aber am Ende haben Sie trotzdem Geld von Wirecard bekommen für Ihre Leistungen, und einzelne Anleger haben viel Geld verloren, im Zweifel ihre ganze Altersvorsorge. Insofern ist die Perspektive da doch nicht ganz vergleichbar. Das als Statement. - Mich würde interessieren - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Da muss ich aber, Herr Abgeordneter - - Das habe ich aber auch nicht gesagt. Also das will ich schon festge-

stellt haben. Also das, was Sie jetzt gerade meinen, das habe ich so nicht gesagt, ja? Und ich finde auch - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe Ihnen auch nichts in den Mund gelegt, sondern ich habe mein Statement gemacht. Und ich darf das ja auch bewerten, was Sie hier erörtern. - Der Bericht der KPMG, diese Sonderuntersuchung - gab es ja irgendwann so einen Bericht dann, als das Ganze fertig war -, wann ist Ihnen der bekannt geworden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Über die Medien.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie sich den dann mal angeschaut, diesen Bericht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe mir das angesehen, was in den Medien dargestellt wurde. Also, mir wurde von der KPMG kein Bericht in die Hand gedrückt, auch nicht von der Wirecard.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Also, Sie haben sich auf die Medienberichterstattung dabei beschränkt, die zur Kenntnis zu nehmen dazu. Das hat Sie ja sicherlich interessiert, weil Sie natürlich auch durch die Vorbefassung da sensibilisiert waren bei dem Thema.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, das ist richtig. Und ich habe aber auch festgestellt, dass wir und ich und wir auch als Team, wenn es kritische Medienberichterstattung gab, das auch bei den Wirecard-Verantwortlichen, mit denen wir zu tun hatten, zur Sprache gebracht haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das habe ich auch nicht in Abrede gestellt. Ich wollte nur wissen, wann Sie oder ob Sie den KPMG-Bericht zur Kenntnis genommen haben. Ich habe jetzt gehört, dass Sie den aus der Presse wahrgenommen haben. Der wurde ja auch sehr unterschiedlich interpretiert, diese Ergebnisse, was KPMG da geliefert hat. Einige haben das als Katastrophe für das Unternehmen Wirecard wahrgenommen. Andere, also vor allem aus dem Hause Wirecard, haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

das quasi als Freispruch wahrgenommen. Da gab es ja in der Öffentlichkeit auch einen großen Interpretationsspielraum, was diese Ergebnisse anging.

Sie hatten berichtet, dass Sie den Herrn Marsalek nie getroffen hatten, keinen Kontakt hatten. Hatten Sie den Namen denn schon mal gehört vorher? Oder hatten Sie - - wussten Sie, wer das ist, was der so macht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter, ich habe den Namen auch im Grunde irgendwann aus den Medien genommen; wann, kann ich Ihnen allerdings auch nicht mehr sagen. Also, er spielte auch in unseren Gesprächen, die wir mit Wirecard hatten, nie eine Rolle.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat Wirecard denn Ihre Rechnungen alle bezahlt? Also, 760 000 - habe ich das richtig verstanden? - war quasi das Gesamtvolumen dessen, was abgerechnet und dann auch bezahlt wurde.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Rechnungen für unsere Leistungen, Herr Abgeordneter - und das unterscheidet uns von einem Anleger, das will ich vielleicht auch noch mal kurz zur Differenzierung sagen -, wurden bezahlt; ja, das ist richtig. Ich habe allerdings auch darauf hingewiesen, dass wir eine erste Tranche für eine vereinbarte Upside nicht mehr abgerufen haben, weil das in die Masse des Insolvenzverfahrens gefallen wäre und wir auch mit Blick auf den Wahnsinn, dem sich dieses Unternehmens heute ausgesetzt fühlt, überhaupt nicht mehr abgerufen haben, auch nicht als Anspruch wahrgemacht haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten berichtet von einem Gespräch im „Münchner Hof“ im Dezember 2017. Da sei es auch um die Übernahme von Banken gegangen. Ist da eine konkrete Bank genannt worden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter. Ich meine, mich zu erinnern, dass zunächst gesprochen wurde - weil das war ja noch während der Dienstleistungen, die wir in den USA und für den Markt in den USA erbracht

haben - - dass das Gespräch zunächst kreiste - aber das ist wirklich eine Erinnerung, die ich nicht mehr genau bestätigen kann - um die Citibank - nicht zur Übernahme, also um Himmels willen -, damals um die Citibank. Weil Wirecard hatte - - befand sich entweder noch im Akquisitionsprozess oder hatte bereits übernommen eine Prepaid-Card-Tochter, glaube ich, von der Wirecard*. Und über dieses Gespräch über die Citi, wenn ich mich richtig erinnere, kam eben das für mich, wie ich es auch ausgedrückt hatte, überraschende Statement, dass man sich auch nicht nur für Partner oder Kooperationen mit Banken interessiere, sondern sogar für eine Übernahme.

Aber ich habe in meiner Stellungnahme, glaube ich, auch deutlich gemacht, dass ich dann bis zum Zusammenbruch des Unternehmens und das für mich dann auch in den Medien wiedergegebene überraschende Ziel mit der Deutschen Bank - davon war nie die Rede - - das nächste Mal überhaupt erst dieses Thema erfahren hatte. Aber ich wollte es Ihnen nicht hier vorenthalten, weil das etwas war, was in der Vorbereitung in meiner Erinnerung noch mal auftauchte, und deswegen habe ich das genannt. Ich dachte, es ist vielleicht für Ihre Findung hier möglicherweise bedeutend. Das ist der Grund, weshalb ich es benannt habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die Abrechnung seitens Spitzberg Partners ist mit der Wirecard AG getroffen worden, oder?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist* richtig, Herr Abgeordneter.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Als es um das Vertragsverhältnis mit Wirecard ging und diese Anbahnung oder, ich nenne es mal, diesen ersten Kontakt 2016 - hatten Sie geschildert - zwischen Herrn Ley und Herrn Gartzke: Von wem ist das ausgegangen? Ist der Herr Gartzke da auf den Herrn Ley zugegangen, um eine Vertragsanbahnung in irgendeiner Weise zu machen? Oder gab es einfach ein Gespräch, und daraus hat sich das entwickelt, und ist der Herr Ley auf den Herrn Gartzke zugegangen? Wissen Sie das?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich war da nicht dabei. Ich kann sozusagen nur die Schilderung dessen wiedergeben, der dieses Treffen hatte. Ich meine, mich zu erinnern, dass Herr Dr. Gartzke gesagt hatte, dass es ein mehr oder weniger zufälliges Zusammentreffen am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz war. Ob jemand die beiden miteinander vorgestellt hat oder nicht, das weiß ich nicht, und auch nicht, wer mit dem Gespräch begonnen hatte. Und ich kann mir vorstellen, dass, wenn man ein solches Gespräch führt, der jeweils andere etwas über seine Firma sagt und dass im Zuge dessen sich das Interesse gerührt hatte bei dem Gesprächspartner von Herrn Gartzke, Hilfestellung auf dem amerikanischen Markt zu bekommen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Als Sie das erste Mal - - Als es diesen Kontakt zwischen Spitzberg Partners und Wirecard gab, da wurden Sie ja wahrscheinlich irgendwann mal gebrieft zum Thema Wirecard. Wie erfolgt das bei Ihnen im Hause? Macht das dann Ihr Team? Wie werden Sie darauf vorbereitet? Wie ist das hier bei Wirecard passiert?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wie das genau passiert ist, weiß nicht mehr. Aber wir haben regelmäßige Briefings, Teambriefings. Und ob das damals im Zweiwochentakt oder im Wochentakt stattfand, kann ich nicht mehr sagen. Und in solchen Briefings wird dann auch in der Regel darauf angesprochen, dass es einen Outreach von einem interessierten Klienten gab. So, nehme ich mal an, dass das so auch da stattgefunden hat. Ob es genauso war, kann ich aber aus heutiger Sicht nicht mehr sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mich würde noch mal dieser Kontakt zwischen Herrn Gartzke und Herrn Schmidt interessieren. Da gab es ja auch den Mailverkehr. Sie hatten das gerade mit diesem Blankobrief und dieser Hilfestellung erwähnt. Können Sie das noch mal etwas detaillierter darlegen? Auch wenn Sie da jetzt persönlich nicht dran beteiligt waren, aber was Ihnen dazu bekannt ist und ob das üblich ist, dass da so eine „Hilfestellung“ - in Anführungszeichen - beigelegt wird.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Sozusagen ich kann es Ihnen nicht detaillierter wiedergeben, weil ich habe Ihnen - - Die Details, die ich habe, habe ich Ihnen tatsächlich so vorgetragen. Ich trage es Ihnen gerne noch mal vor, also, wenn Sie wollen, der Vollständigkeit halber.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, bitte.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das muss ich mal hier finden. Sekunde mal eben.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

22.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das hatten Sie kurz vor dem Thema „Besprechung mit der Bundeskanzlerin“ -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielen Dank, es ist schon da.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - vorgetragen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So. - Zurück zum BMF, das vor dem Hintergrund des gerade Gesagten bereits spätestens um die Jahreswende von den Plänen des Markteintritts gewusst haben muss. Entgegen unserer anfänglichen Skepsis beschlossen wir dann doch, die von Wirecard erbetene Kontaktaufnahme selbst in die Hand zu nehmen, aus zwei Gründen: Zum einen wäre der Verweis auf eine professionelle Lobbying-Firma, wie wir das üblicherweise machen, angesichts der Komplexität der Materie nicht ohne Risiken für Missverständnisse im heiklen deutsch-chinesischen Verhältnis gewesen. Und Dr. Gartzke war mit der Grundlage der Materie vertraut und konnte problemlos für Rückfragen aus dem Ministerium zur Verfügung stehen. Der Umstand, dass sich Dr. Gartzke und der zuständige Mann im BMF, Wolfgang Schmidt, seit Jahren kennen, spielte bei der Entscheidung übrigens keine Rolle, war objektiv gesehen positiv zu werten, auch und gerade vor dem Hintergrund, dass eine ablehnende Entscheidung seitens des BMF sicher



Nur zur dienstlichen Verwendung

unverblümt und zügig kommuniziert worden wäre.

Mitte Juni 2019 - das genaue Datum kann nicht rekonstruiert werden; das hatte ich auch nachgefragt, aber das konnte nicht rekonstruiert werden - telefoniert Dr. Gartzke mit Staatssekretär Schmidt, um den geplanten Markteintritt in China anzukündigen und die Sachlage mit der PBoC zu schildern. Staatssekretär Schmidt bittet offensichtlich um die Begründungslinien des Sachverhaltes. Dieser wird in Form eines Blankobriefes an die E-Mail angehängt. Ich hatte darüber keine Kenntnis. Nach meiner Information hatte Staatssekretär Schmidt nicht um einen Blankobrief gebeten. - Dann habe ich, glaube ich, darauf hingewiesen, dass Sie ihn das heute am besten selber fragen, weil ich ja nicht dabei war. - Dr. Gartzke sah dies lediglich als Hilfestellung - im Bewusstsein, dass der Briefentwurf mit großer Sicherheit umformuliert oder sogar verworfen werden würde. Ob einzelne Formulierungen letztlich genutzt wurden oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich nehme aber an, dass die Experten im BMF sehr wohl eigene Formulierungen im Licht ihrer eigenen Recherchen und Prüfung des ihnen nicht unbekannten Sachverhaltes gefunden haben.

So viel zu der Kommunikation. Und das, Herr Abgeordneter, ist tatsächlich das, was ich davon weiß. Also darüber hinaus habe ich keine tiefer gehenden Kenntnisse.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke. - Dann geht das Fragerecht jetzt an den Kollegen Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Gerne.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr zu Guttenberg, einer Ihrer drei Kontakte, mit denen Sie persönlich zu tun hatten bei Wirecard, war Georg von Waldenfels. So heißt auch, wenn ich recht informiert bin, einer Ihrer Vorgänger als Vorsitzender der CSU Oberfranken. Ist das richtig? Kennen Sie die Familie?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich kenne die Familie. Ich kenne den

Vater von Georg von Waldenfels seit vielen Jahren. Wann genau der Zeitpunkt war, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe den Georg von Waldenfels junior das erste Mal in meinem Leben auf der Konferenz in Tegernsee getroffen; das war tatsächlich das erste Mal. Das war auch der Grund, warum ich dieses Meet and Greet da relativ neugierig wahrgenommen habe, weil für mich schon mal in meinem Ministerium ein Waldenfels gearbeitet hatte, der aus der Familie ist, ich den Vater sehr lange kenne und ich neugierig war auf den anderen Waldenfels, der dort war. Also, so kam das zustande. Ich habe ihn zum ersten Mal im März 2017* getroffen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Hatten Sie Kenntnis von dem Besuch von Frau Staatsministerin Bär bei Wirecard im November, am 19. November 2019?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter.

Dr. Florian Toncar (FDP): Auch hinterher erst erfahren, später?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Erst jetzt im Sommer im Zuge der ganzen Aufarbeitung erfahren.

Dr. Florian Toncar (FDP): War Ihnen bekannt, dass das Büro von Markus Braun im Büro der Bundeskanzlerin im November 2018 um einen Termin gebeten hatte mit der Bundeskanzlerin?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter.

Dr. Florian Toncar (FDP): Auch nicht. - Und dann - - War Ihnen bekannt, dass stattdessen - na, wahrscheinlich dann auch nicht, ne? - ein Gespräch mit Herrn Röller 2019, zwischen Herrn Braun und Herrn Röller, nicht zustande kam?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Davon wusste ich auch nichts, Herr Abgeordneter. Wie gesagt, alles erst auch in der Berichterstattung nach dem Zusammenbruch des Unternehmens.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben angedeutet oder ausgesagt, dass Herr Braun Ihnen bei Ihrer ersten Begegnung das Du angeboten hat. Ich habe das so verstanden, dass Sie darauf eingegangen sind und Sie seitdem per Du waren. Ist das zutreffend?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das ist richtig, Herr Abgeordneter. Ich meine - - Das ist - - Da haben Sie ja immer bei solchen Gelegenheiten zwei Möglichkeiten, dass Sie sagen: -

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben es erklärt mit den Gepflogenheiten.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - „Aus tiefem Respekt vor Ihrer Lebensleistung lehne ich das Du ab“, oder Sie sagen: „Okay“, nicht? Also, in dem Fall habe ich Okay gesagt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nur noch mal zur Präzisierung: Wann war denn Ihr letzter persönlicher Kontakt zu Herrn Braun?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So wie geschildert, am -

Dr. Florian Toncar (FDP): Das war der -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - 9. Juni 2020.

Dr. Florian Toncar (FDP): - 09.06. Danach nichts mehr? - Gut. - Nun waren Sie ja dieses Jahr doch zweimal persönlich in Aschheim: am 18.02. und am 09.06. Waren Ihnen die Dinge so wichtig, dass Sie da extra hingefahren sind? Hätte man nicht auch, wenn man so sagt: „Ich bin einfach neugierig, weil das Unternehmen kenne ich ja“ - - auch ein Anruf irgendwie genügt? Aber es war ja offensichtlich doch bedeutsamer für Sie.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Der 18.02. - - habe ich ja geschildert: Ich war auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Ich war ohnehin in München und war, ich glaube, sogar auf dem Weg zum Flughafen; Aschheim liegt auf dem Weg zum Flughafen. Und da war diese Telefonkonferenz angesetzt mit Edelman. Da habe ich

gesagt: Gut, das trifft sich, und dann fahre da vorbei. - So.

Das Gespräch am 09.04.* [sic!] war mir wichtig, ja, und zwar auch in Aschheim. Ich wollte angesichts dessen, was da im Juni bereits herumwaberte - - Ich wollte Herrn Braun sehen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. - Sie haben ja im Grunde doch, zumindest was den Edelman-Bezug angeht, damals Kommunikationsverbesserungen vermittelt, angestoßen, wie auch immer. Nun haben Sie ja auch einmal, und zwar am 02.04.2020 [sic!], einen Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschrieben, Titel: „Ein Virus namens Leerverkäufe“. Und da wird kein Unternehmen namentlich genannt; aber es wird zum Beispiel im letzten Absatz ausgeführt:

In Zeiten von Corona ist der Kapitalmarkt für Gerüchte empfänglich, und damit erhöht sich die Gefahr von Marktmanipulation und anschließendem Marktversagen.

Und so weiter und so fort. Das war ja ein paar Wochen, nachdem Sie bei Herrn Braun in Aschheim waren am 18.02. Hatte dieser Aufsatz einen Zusammenhang mit Wirecard oder Erfahrungen, die aus Sicht von Wirecard auf Sie übertragen worden sind, übergegangen sind?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Selbstverständlich, Herr Abgeordneter, weil ich auf das Thema Leerverkäufe in dem Jahr davor immer wieder mit der Nase gestoßen wurde, auch unter anderem von Wirecard-Mitarbeitern, weil die das Thema Leerverkäufe immer wieder thematisiert hatten, um damit den Vorwürfen aus der „FT“ zu begegnen. Und deswegen war mir das Leerverkaufsthema gerade aufgrund der Diskussionen mit Wirecard geläufig. Also, deswegen gibt es - - Ja, diesen Zusammenhang gibt es; aber es ist jetzt keiner, auf den jetzt - - wo jetzt mir Herr Braun gesagt hätte: „Schreib mal einen Artikel zu Leerverkäufen!“, nicht? Also, die Entscheidung treffe ich schon noch selber.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, nun gut, also klar; aber die These, dass das Leerverkäufe waren - haben Sie ja mehrfach auch geschildert -, ist Ihnen von Wirecard immer wieder - im Dezember 19 und dann auch bei dem Treffen im Februar 2020 - ja doch wahrscheinlich relativ massiv vorgetragen worden. Insofern, ja, war das eigentlich meine Frage, ob da einfach auch ein Zusammenhang besteht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, wenn ich das sozusagen auch noch präzisieren darf: Die These „Leerverkäufe“ ist uns bereits sehr viel früher nahegebracht worden. Das war immer, dass es hieß: Es handelt sich hier um eine gezielte Manipulierung von Kursen. - Das hat ja - - Ich meine, diese Debatte ist ja - ich kann jetzt nicht das genaue Datum sagen - aber sicher im Jahre 2018 schon geführt worden aufgrund - - oder wahrscheinlich frühestens oder spätestens 2019 mit der BaFin, die sich ja auch genau mit diesem Thema befasst hatte. Also, der Themenkomplex Leerverkäufe ist mir spätestens im Jahr - - Anfang 2019 bereits, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, klar, klar.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - und zwar nicht von Herrn Braun, sondern damals wahrscheinlich von Herrn Waldenfels und Herrn Ley bereits nahegelegt worden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. - Nur, Sie haben sich natürlich positioniert letzten Endes mit Blick auf Verbote auch von Leerverkäufen. Das ist der Inhalt des Artikels.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, zu der Positionierung, Herr Abgeordneter, stehe ich aber auch, weil ich halte es weiterhin für richtig.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist Ihnen bekannt, dass es tatsächlich dann doch noch zu einem Gespräch zwischen Herrn Braun und Herrn Röllner gekommen ist im Jahr 2020, nämlich im Mai?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben - obwohl Sie Kommunikation aufgegriffen haben als Thema

und ja ganz klar auch gerade das Thema Marktgerüchte, Vorwürfe gegen Wirecard dabei eine wichtige Rolle spielte, wenn nicht die entscheidende - keine Tipps gegeben, wie Wirecard vielleicht sich verhalten könnte, kommunikativ, oder mit wem man noch sprechen könnte, um das zu entkräften?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Zu entkräften?

Dr. Florian Toncar (FDP): Na ja, die - - Wirecard musste ja aus ihrer Sicht und in ihrer betrügerischen Logik die Betrugsvorwürfe - - gegen diese Betrugsvorwürfe angehen. Und da habe ich nur die Frage an Sie, ob Sie Wirecard bestimmte Gegenstrategien empfohlen haben oder ob Sie Wirecard empfohlen haben, auf bestimmte Menschen wie zum Beispiel Herrn Röllner zuzugehen und seine Sicht der Dinge dort noch mal zu hinterlegen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also Letzteres, Herr Abgeordneter, ist abwegig. Also, ich habe Wirecard nicht vorgeschlagen, zu Herrn Röllner zu gehen, in dem Kontext. Und ich habe Ihnen bereits geschildert in meinen Ausführungen, dass ich - wann war es? - am 17.12., nachdem ich die Kommunikation von Wirecard unterirdisch fand, so habe ich es, glaube ich, beschrieben, gesagt habe: Ihr müsst etwas verbessern mit eurer Kommunikation. - So. Und ich habe auch geschildert, dass ich im November 2017, ich glaube, dem Herrn von Waldenfels und Herrn von* Ley [sic!]* eine E-Mail geschrieben hatte, wo ich gesagt habe: Zur Verbesserung der Kommunikation empfehle ich, dass sich - - Und ich glaube noch nicht mal, ich habe empfohlen, ich habe gesagt: Es gibt eine Roadshow von Richard Edelman in Europa, und ich würde empfehlen, dass sich der CEO und der mal treffen. - So.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Die Kommunikation war ja leider aus heutiger Sicht viel zu erfolgreich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Kollege.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber ich suche nur nach Erklärungen, warum ein Gespräch mit Herrn Röllner 2019 sozusagen protokollarisch nicht statthaft war aus Sicht von Herrn Braun und 2020 wiederum plötzlich von ihm selbst nachgesucht wurde. Aber ich entnehme Ihrer Aussage, dass Sie dazu nichts beitragen können.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Es tut mir leid, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - kann ich leider nichts dazu beitragen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Wer möchte? - Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr zu Guttenberg, ich würde auch noch mal auf den „FAZ“-Artikel eingehen. Mich würde einfach noch mal prinzipiell interessieren: Wie viele weitere vergleichbare Namensartikel haben Sie in diesem Jahr, in 2020, noch so veröffentlicht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weiß ich nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ungefähre Größenordnung.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich kann Ihnen noch nicht mal eine ungefähre Größenordnung sagen. Ich glaube, ich habe in diesem Jahr, wenn es hochkommt, einen oder zwei Namensartikel verfasst. In den Jahren davor bewegt sich das etwa im selben Rahmen, mal mehr, mal weniger, also - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Ja, das ist, meine ich, ein relevanter Punkt, weil, ich sage mal, Sie haben sehr klar natürlich das, würde ich mal - - Multiinstitutionenversagen geschildert. Und die Frage ist ja: Wir schauen momentan ja an verschiedenen Rädchen in diesem Gebilde.

Und jetzt haben Sie gesagt, Sie schreiben pro Jahr ein bis zwei vergleichbare Namensartikel. Und 2020 haben Sie sich dazu entschieden, einen Namensartikel genau zu diesem Spezialthema Leerverkäufe zu verfassen. Das ist Ihr gutes Recht sozusagen. Es ist immer - - Wenn man dann vor dem Untersuchungsausschuss sitzt, kriegt man eben dann diese Fragen gestellt. Und die möchte ich schon stellen. Ich meine, Sie sind - - Sie haben uns ja geschildert sozusagen, wo Ihre Expertise liegt: im Techbereich, in transatlantischen Beziehungen usw. Und Sie entscheiden sich dazu, zum Thema Leerverkäufe einen Artikel zu schreiben.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich habe zu den unterschiedlichsten Themen schon Namensartikel geschrieben, die Sie vielleicht jetzt nicht unmittelbar mit dem, was Sie von mir wissen, in Verbindung bringen. Also, das war ein Thema, das mich zu dem Zeitpunkt umgetrieben hat. Ich glaube, der Bezugspunkt war auch - - waren andere zu dem Zeitpunkt, und zwar - - Ich versuche, das gerade mal zu rekapitulieren. Es war also - - Mit Sicherheit war der Ausgangspunkt für mich nicht in dem Moment Wirecard, sondern das war etwas, wo ich, glaube ich, eher darauf - - Ich suche gerade - - Vielleicht hat es einen Coronabezug gehabt, dass wir gesagt hatten: Da werden irgendwelche - - War es - - Ich muss - - Ich habe den Artikel auch nicht mehr genau im Kopf. Ich kann mich echt nicht mehr erinnern. Also, ich glaube, dass mir - - Für mich war die Sorge gegeben, dass es einen - - Das weiß ich noch: die Sorge für die - -

Also, der Ausgangspunkt war die Sorge, dass über Leerverkäufe deutsche Unternehmen plötzlich zu Übernahmezielen und Übernahmekandidaten werden könnten. So. Und dafür hatte ich, ich glaube, einige Beispiele genannt. Wenn ich mich richtig erinnere, kann das auch der Automobilsektor gewesen sein oder andere, die da - - So. Und ich glaube, es war eine Debatte, die sich im Frühjahr - aber das muss ich noch mal nachgucken - - Also, das war nicht - - Also, den Kontext, den Sie möglicherweise insinuierten, gab es für mich nicht. Ich habe mich mit Leerverkäufen aber natürlich auch im Kontext - das habe ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Herrn Abgeordneten Toncar ja schon geschildert - mit Wirecard natürlich zwangsläufig befassen müssen, weil es immer wieder hochkochte entsprechend.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber Sie sind auch quasi der Argumentation, wenn ich - - Also, ich will Ihnen nichts in den Mund legen; aber sind Sie auch der Argumentation damit von Wirecard quasi gefolgt, die ja sozusagen gesagt haben: „Das sind Attacken, das sind Shortseller-Attacken“? Die „FAZ“ hat wenige Wochen vor Ihrem Artikel auch geschrieben, dass Leerverkäufe für Shortseller-Attacken missbraucht werden, als sie über das Leerverkaufsverbot berichtet hat. Sind Sie auch dieser Auffassung damals gewesen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich bin mit Sicherheit nicht der Auffassung von Wirecard bei meinem Artikel gefolgt, sondern meiner Überzeugung, die sich komplett unabhängig von diesem Fall tatsächlich ja auch so ergibt und die für manche in meiner Partei sogar recht überraschend kam, weil die da ganz anders ticken als ich. Also das war der auslösende Punkt. Und ich kann auch noch sagen: Ich stehe da ja auch nicht so ganz alleine. Also, das ist - - Also, wenn - - Weil Sie es benennen, weil Sie sagen, da war in der Woche davor ein „SZ“-Artikel oder Ähnliches: Das mag auch noch mit hineingespielt haben. Es war eine Zeit, wo über dieses Thema sehr viel diskutiert wurde und, ich glaube, unabhängig von Wirecard über dieses Thema diskutiert wurde.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, wir stellen uns ja auch die Frage: Wie hat es - - Wie hat Wirecard - - Also, sozusagen, das war ja auch hochspannend, was Ihr persönlicher Eindruck der handelnden Akteure war. Weil wir fragen uns ja auch: Wie haben die so münchhausenmäßig das geschafft, alle zu täuschen sozusagen? Und es sind mit Sicherheit viele ungewollt auch Teil dieses Konstruktes geworden. Und das ist - - Deswegen versuchen wir, das ja herauszufinden.

Aber mich würde noch mal - sorry, wenn ich da noch mal nachhaken - interessieren: Haben Sie sonst schon mal im Kontext von anderen Mandaten irgendwo mal etwas veröffentlicht, also zum

Beispiel zu - - Sie haben gesagt, Sie beraten zum Beispiel, haben Sie gesagt, im Bereich Blockchain. So. Haben Sie im Kontext anderer Mandate möglicherweise auch schon mal - - Ich will nicht wissen, zu welchem Mandat, und ich will nicht wissen, was Sie geschrieben haben. Ich möchte nur wissen: Könnte es möglicherweise zu Ihrer Geschäftstätigkeit gehören, auch mal irgendwo einen Artikel zu platzieren?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also nach meiner Kenntnis nicht. Also, ich platziere meine Artikel, wenn ich das Gefühl habe, ich habe etwas zu sagen, es entspricht meiner Überzeugung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es könnte ja auch - - Also, ich sage mal, das muss ja nichts Ehrwürdiges sein. Es könnte ja sein, dass Sie einfach irgendwo als Unternehmen einen guten Job gemacht haben und sozusagen das nach außen tragen oder dass ein Unternehmen, das Sie beraten, irgendwas erfolgreich gemacht hat. Aber sozusagen, haben Sie ja gesagt, machen Sie nicht.

Dann würde mich - - Um noch mal bei Veröffentlichungen zu bleiben, aber keine von Ihnen, sondern die Frage: Kennen Sie ZDNet? zdnet.com, das ist eine Internetseite, Technologie-, Finanzbereich. Ist jetzt nicht ganz klein. Hat, glaube ich, zu CBS bis vor Kurzem gehört. Ist dann jetzt verkauft worden.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Sagt mir jetzt unmittelbar nichts, Herr Abgeordneter.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Also, stolpert man manchmal vielleicht bei Google-Suchen drüber. Ist sicher nicht so bekannt in Deutschland wie die „FAZ“. Ich frage deswegen, weil im Kontext des AllScore-Deals hat im November 2019 - - gab es einen Artikel bei ZDNet und - - Also, die haben irgendwie so 39 Millionen Aufrufe. Also, das ist jetzt nicht so - - Es ist kein Untergrundblog oder so was in der Richtung. Ist eben genau über die Frage diskutiert worden, ob die Akquisition von AllScore jetzt eine gute Idee ist oder nicht. Und da werden auch verschiedene Trader erwähnt. Und da wird gesagt, dass das als eine Überraschung kommt, diese Akquisition,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und dass in einer Analystennotiz steht, dass All-Score Payment und der Deal mehr Fragen als Antworten hinterlassen, vor allem weil die Research, was offenbar den Analysten und ZDNet vorlag, nicht mehr als - und ich zitiere es mal auf Englisch - just „a generic Chinese website“ - - Also, ein Finanztechberichterstattungsorgan zitiert hier Finanzmarktakteure, Analysten, die sagen: Das kommt als eine Überraschung, und von dem, was wir wissen, ist AllScore nicht mehr als irgendeine chinesische Internetseite.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Also zunächst einmal: Ich schaue mir das gerne an. Ist mir jetzt nicht bekannt. Ich bin auch, sagen wir mal - - Ich habe ein begrenztes Vertrauen, wenn sich jetzt irgendwelche Trader äußern zu einer gewissen Geschichte. Aber noch mal: Ich schaue mir das gerne an. Ich will aber auch noch einmal sagen: Also das insinuierte - - von diesem Artikel offensichtlich insinuierte Ziel, dass es sich hier lediglich um eine Website handeln sollte, habe ich, glaube ich, durch meine Darstellung entsprechend deutlich gemacht, dass das nach unserer Kenntnis nicht der Fall war, sondern wir es hier mit einem Unternehmen zu tun haben, das insbesondere seinen Wert über das Lizenzportfolio entsprechend erhalten hat, das sehr wohl eine Historie hatte - in Teilen auch eine fragwürdige Historie, die ja dann auch entsprechend aufgearbeitet wurde und sich im Kaufpreis dann entsprechend niedergeschlagen hat, und dass sich eine relative Heerschar von Experten mit diesem Unternehmen auseinandergesetzt hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Da würde ich direkt auch ansetzen. Sie hatten vorhin mit Rücksicht auf uns die ganzen Details der Due Diligence und was sich da sonst noch abgespielt hat - - ja gesagt, Sie haben das ein bisschen kürzer gehalten. Jetzt müssen wir entscheiden, wer das auf seine Redezeit nimmt, die Rückfragen dazu. Aber wer hat denn welche - - Also, weil Sie da auch, sage ich mal, im Ungefähren geblieben sind: Welche Unternehmen, welche Berater, welche Rechtsanwälte, Kanzleien - wer war genau Ihres Wissens nach daran beteiligt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich weiß nicht, ob ich das sozusagen im Sinne der beteiligten Unternehmen darf hier. Da bin ich mir jetzt rechtlich nicht sicher. Ich habe kein Problem, es Ihnen mitzuteilen. Also, ich habe hier eine Liste von einigen. Ob das vollständig ist, weiß ich nicht, ja, aber - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich glaube, das ist in Ordnung, wenn Sie sagen, Sie wissen nicht, ob es vollständig ist, und teilen uns mit, was Ihnen erinnerlich ist.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich kann Ihnen sagen, dass eine relativ umfangreiche Truppe der Company Baker Tilly oder Baker Tilly Roelfs daran beteiligt war, auf chinesischer Seite eine Kanzlei, die sich K&L Gates nennt, und dann eine sozusagen Gruppe aus dem Bereich Wirecard selber und dann jeweils Partner auch dieser - - der Baker Tillys und andere in den jeweiligen Ländern. Aber das ist alles, was ich Ihnen aus heutiger Sicht hier sagen kann. Noch mal: Ich war da nicht dabei. Also, ich habe mir da eine Liste geben lassen von meinem Team. Und das ist das, was hier steht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist überhaupt nicht schlimm. Aus meiner Sicht relevante Unternehmen haben Sie genannt. - Kennen Sie einen Herrn Stahl von Baker Tilly?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nie getroffen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Nee, treffen ist ja das eine. Es hätte ja sein können - - hätte ja irgendwo mal zur Sprache kommen können auf Unterlagen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich weiß, dass Herr Stahl beteiligt war in dieser - - Wie heißt das? In der Due Diligence war der mitbeteiligt, das ist wohl wahr, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, der hat - - Das ist ganz interessant, weil der hat auch vorher das Unternehmen - - den Jahresabschluss mal gemacht und - - Also, der ist - - Aber wir streiten uns noch mit ihm, ob er uns was sagen muss,



Nur zur dienstlichen Verwendung

darf oder nicht. - Aber Sie haben gesagt - - Vielleicht, wenn Sie das noch mal kurz schildern könnten: Was ist Ihnen von diesem ganzen Due-Diligence-Prozess eigentlich persönlich sozusagen bekannt geworden? Also, Sie waren überhaupt nicht daran beteiligt? Oder haben Sie sich dann von Ihrem Team briefen lassen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe mich von meinem Team grob darüber briefen lassen, weil das auch gar nicht meine Aufgabe ist. Und es war auch nicht die Aufgabe meines Teams - das habe ich Ihnen ja auch schon mal gesagt -, diese Due Diligence vertieft durchzuführen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das Durchführen, das ist vollkommen angekommen. Aber es wirkte ja so, dass Sie durchaus auch Ergebnisse am Ende vielleicht bekommen haben, zusammengeführt haben und dann ja auch mit Wirecard darüber gesprochen haben.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen sozusagen genau das geschildert, was wir als Kenntnis haben. Und das habe ich wirklich so detailliert und so gewissenhaft wie möglich versucht. Also, das ist - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, wobei den Teil - - Der Teil, also, sozusagen, der war für mich jetzt erst mal - deswegen frage ich ja auch nach - nicht hundertprozentig verständlich. Vielleicht habe ich auch einfach nicht hingehört. Dann entschuldige ich mich. - Aber sozusagen welche Rolle hatte Spitzberg Partners im Kontext der laufenden Due Diligence mit den verschiedenen Beteiligten? Wann ist sozusagen bei Ihnen was angekommen? Wo waren Sie in diesem Prozess einfach? Dass Sie es nicht durchgeführt haben, ist klar. Waren Sie dann aber bei sozusagen am Ende der finalen Entscheidung gemeinsam mit Wirecard noch?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nein, waren wir nicht beteiligt, auch nicht* an der finalen Entscheidung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Das Wort hat Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Bevor wir die Zeit laufen lassen, möchte ich gerne eine Frage klären: Bei Akten mit der Einstufung VS „amtlich geheim gehalten“ müsste ich den stillen Vorhalt wählen, vermute ich. Bei VS-NfD, wie ist da der Kommentar? Genauso?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Für den Dienstgebrauch: zitieren. Vertraulich: nicht; stiller Vorhalt. Und Geheim: auch stiller Vorhalt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr zu Guttenberg, bei dem Gespräch mit der Kanzlerin: Hat die Kanzlerin Ihnen denn offenbart, mit wem sie auf der politischen Ebene in China über das Anliegen von Wirecard sprechen wollte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich habe Ihnen - - Herr Abgeordneter De Masi, ich habe Ihnen sozusagen das, was ich in Erinnerung habe als Satz, der von der Frau Bundeskanzlerin kam, den habe ich Ihnen geschildert. Und darüber hinaus gab es keinerlei Interaktion zu dem Thema noch in einem Dialog.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, Sie haben ja auch - - Sie haben keinen Wunsch geäußert.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Verzeihung, darf ich Sie fragen: In den Unterlagen finden wir den Status eines China Senior Advisor bei Spitzberg. Wer diese Person ist, können Sie den Namen hier nennen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das würde ich schon machen. Ich frage mich nur, ob ich das muss, Herr Abgeordneter. Weil ich möchte ein bisschen sozusagen die Leute auch schützen, die mit uns verbunden waren, also, dass die jetzt sozusagen nicht noch mal einer doppelten Scrutiny ausgesetzt werden. Aber ich kann das gerne machen. Also, das ist - - Ich weiß nicht - - Aber wenn Sie wollen, ja, klar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, sonst hätte ich nicht gefragt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, die Dame heißt - - Nach meiner Kenntnis heißt sie Jiang - J - I - A - N - G - und mit Vornamen Marina.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hat diese Person in Verbindung auch der Aktivitäten für Wirecard - - war die da auch in diesem Zusammenhang mit Aktivitäten für die Firma Augustus Intelligence befasst?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr zu Guttenberg, Sie haben vorhin darüber gesprochen, dass Sie nicht im Austausch mit Parteifreunden über Wirecard gestanden hätten. Nun gibt es sehr, ich sage mal, dehnbare Begriffe von „Parteifreund“. Das wissen wir alle, die wir im politischen Geschäft sind. Was war denn damit gemeint? Parteimitglieder generell?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Jetzt - - Also, damit war gemeint, dass ich mich nach meiner Kenntnis mit weder einem Abgeordneten noch mit einem Funktionsträger, hervorgehobenen Funktions- - Aber was ich nicht ausschließen kann, ist, dass, wenn ich mal irgendjemandem gesagt habe: „Wir beraten Wirecard“, der gleichzeitig CSU-Mitglied ist. Das kann ich nicht ausschließen. Und am Ende gräbt noch einer der Freunde da ein CSU-Mitglied aus, der hat mal gesagt: Der Herr zu Guttenberg hat mit uns mal über Wirecard gesprochen. - So. Aber - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber - Verzeihung, wenn ich Ihnen ins Wort falle - auch nicht mit früheren Funktionsträgern?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also nicht mit Herrn Beckstein oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das habe ich auch jetzt, glaube ich, gestern das erste Mal gelesen irgendwo.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Haben Sie sich mit Herrn Fritsche jemals über Wirecard ausgetauscht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie sich mit Herrn Kai Diekmann jemals ausgetauscht über Wirecard?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das weiß ich nicht. Erstens: ob es zum Thema gehört. Zweitens: Kann ich nicht ausschließen, weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, das gehört schon zum Thema, weil Herr Diekmann hat ja auch Beziehungen zu Edelman. Und Edelman ist ja hier thematisiert. - Deswegen möchte ich gerne noch einmal nachfragen: Haben Sie sich mit Herrn Diekmann dazu ausgetauscht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Welche Beziehungen hat Kai Diekmann zu Edelman?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das erläutere ich Ihnen gerne, wenn Sie mir die Frage beantwortet haben.

(RA Prof. Dr. Christian Schertz: Vielleicht sollten Sie es erst mal erläutern!)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich kann - - Nein, das ist ja - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dass der Rechtsvertreter üblicherweise kein Rederecht hat vor diesem Ausschuss.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich antworte gerne selber. Es ist wirklich kein Problem. - Ich weiß es schlicht nicht, ob ich mich mit Kai Diekmann wann und wie mal auch über Wirecard unterhalten habe. Aber ich meine, wir sehen uns gelegentlich über das Jahr hinweg, und es kann durchaus sein, dass dieses Thema mal eine Rolle gespielt hat. Aber ich kann mich schlicht nicht dran erinnern. Ich weiß es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Ich komme dann noch mal auf das Thema zurück. Ich möchte Sie zum jetzigen Zeitpunkt noch einmal fragen: Sie haben vorhin dargestellt, dass Herr Gartzke, als er dieses Schreiben an Herrn Schmidt, den Staatssekretär von Olaf Scholz, richtete - - dass das nicht auf Anforderung von Herrn Schmidt erfolgt sei. Woraus schließen Sie das? Haben Sie sich mit Herrn Gartzke darüber ausgetauscht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war die Erinnerung von Herrn Gartzke, den ich befragt habe, weil ich Sie an diesem heutigen Tage zu dem Thema ja auch informieren wollte. Und die Information habe ich - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, das ist aufschlussreich für mich. Ich sage das nur deshalb, weil ich hätte - - Ich will jetzt hier nicht private Kommunikation öffentlich machen, aber ich habe in diesem Telefon, übrigens auf Twitter, für Fritz Güntzler einen Austausch mit Herrn Wolfgang Schmidt, wo er darlegt, dass er dieses Schreiben - - dass er dies erbeten hätte. Das heißt, das befindet sich dann im Widerspruch zu dieser Information. Das ist nicht Ihnen anzulasten - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielleicht hat er es; aber ich weiß es nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielleicht erinnert er sich ja falsch. Ich wollte es nur - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, es kann auch sein, dass Herr Gartzke sich falsch erinnert. Also, es ist - - Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen nur wiedergeben, was mir geschildert wurde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sind Sie in Ihrer Arbeit jemals auf den in Mauritius registrierten Fonds EMIF gestoßen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein. - An dem Artikel, den Sie geschrieben haben zu Leerverkäufen, hat da Ihr jüngster Doktorvater Richard Werner dran mitgewirkt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Auch nicht beratend tätig gewesen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich Sie fragen - - Da möchte ich jetzt gerne einen Aktenvorhalt machen, wenn das möglich ist. - Nein, das ist eine VS-NfD-Unterlage, das heißt, ich kann zitieren. Hier befindet sich eine Unterlage in den Akten, MAT-Nummer MAT A AA-3.08c, Blatt 29. Es geht um eine E-Mail des Finanzattachés Jan-Ole Peters. Darin wird unter anderem zitiert:

Am 14.11.2019 ereignete sich ein Telefonat mit Herrn Gartzke von Spitzberg mit dem Botschafter und Herrn Fuhrmann ... In dem Telefonat wurden wir im [sic!]

- um -

aggressive politische Flankierung der Allscore-Übernahme bei der chinesischen Zentralbank durch Herrn Gartzke gebeten. Sogar die Möglichkeit eines gemeinsamen Besuchs von Herrn zu Guttenberg mit dem Botschafter bei der PBoC

- also der People's Bank of China -

wurde vorgeschlagen. Bo äußerte sich dahingehend äußerst zurückhaltend und sagte keine direkte Unterstützung zu (zu diesem Telefonat existiert ein Protokoll, auf welches ich aktuell nicht zugreifen kann).

So führt der Schreiber der E-Mail aus. - Ich möchte Sie fragen: Inwiefern waren Sie in diesen Vorgang eingebunden? Haben Sie jemals die Absicht geäußert, bei der People's Bank of China in Begleitung des Botschafters vorstellig zu werden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter. Den Vorgang höre ich heute zum ersten Mal.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann habe ich eine letzte Frage: Haben Sie sich jemals im Nachgang zu der Medienberichterstattung über Ihre Rolle oder zu dem Austausch mit der Bundeskanzlerin mit aktuellen oder früheren Mitgliedern der Bundesregierung, mit Staatssekretären oder leitenden Beamten über die Vorgänge ausgetauscht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Können Sie die Frage noch mal stellen, bitte? Entschuldigung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ob Sie sich jemals im Nachgang - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Im Nachgang? Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein. - Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke. - Das Wort hat Dr. Bayaz, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr zu Guttenberg, vielen Dank, dass Sie uns als Zeuge heute hier zur Verfügung stehen und auch schon mal einen sehr breiten Abriss Ihrer Kenntnisse zu dem Zusammenhalt dargelegt haben. - Ich will noch mal zu diesem Gastbeitrag kommen zu den Leerverkäufen - ich habe ihn auch ausgedruckt und natürlich gelesen -, weil das lässt mich doch ein Stück weit, ja, zurück, weil ich noch nicht jede Frage beantwortet bekomme. Das ist ein Zeitpunkt, wo Sie den veröffentlichen, im April, wo wir über Corona sprechen, über den Lockdown, über mögliche Impfstoffe. Und das ist ja ein megatechnisches Thema, ja. Experten der Bundesbank und der BaFin setzen sich damit auseinander. Sie haben ja vorhin gesagt: Dinge, mit denen Sie sich jetzt auch nicht tagtäglich beschäftigen. - Sie schreiben einen oder zwei Meinungsbeiträge. Und gerade einer dieser Meinungsbeiträge geht um das Thema Leerverkaufsverbot. Und jetzt haben Sie ja sehr bestechend ehrlich gesagt: „Ja, da gab es einen Wirecard-Zusammenhang“, obwohl der Name des Unternehmens hier gar nicht drin auftaucht. Können Sie diesen Zusammenhang uns noch mal erklären?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe gesagt: Wirecard war nicht der Auslöser für diesen Artikel. Ich habe vorhin gesagt, dass ich mit Wirecard - - über Wirecard mit dem Thema Leerverkäufe auch konfrontiert wurde. Aber das ist ein Thema, ich meine, das begleitet uns ja nicht nur erst seit Wirecard, sondern schon eine ganze Weile. Also - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wobei zu dem Zeitpunkt, wo Sie das veröffentlicht haben, wurde über alles diskutiert - ich weiß, Sie sind meinungsfreudig und wollen dann auch einen Punkt setzen -, aber es wurde über alles diskutiert, nur Leerverkaufsverbote habe ich in der Coronakrise überhaupt nicht von gelesen. Da muss ja eine Intention gewesen sein, was Sie - ich sage das jetzt mal flapsig - getriggert hat, diesen Beitrag zu verfassen. Und da finde ich es schon seltsam, wenn man sich die Zeitpunkte anschaut: Sie haben am 18. Februar ein Gespräch mit Herrn Braun und Edelman. Ist in dem Gespräch, ist das Wort „Leerverkauf“ - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das thematisiert worden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, meines Wissens nicht. Das Einzige, was - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das Wort ist nicht gefallen in dem Gespräch.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe Ihnen meine Erinnerung an das Gespräch, Herr Abgeordneter, geschildert. Und ich habe sie Ihnen so umfassend wie möglich geschildert. Und ich kann mich nicht erinnern, dass in dem Gespräch ausgiebig über Leerverkäufe gesprochen - - Noch mal: Am 18.02. ging es um einen Austausch zwischen Edelman und Dr. Braun, wo ich als Zuhörer dabei war. Und ich bin mir sehr sicher oder ganz sicher, dass dieses Gespräch nicht ausschlaggebend für diesen Artikel war. Ich meine, noch mal, das war ein Thema, das mich in dieser Zeit interessiert hatte. Und ich habe



Nur zur dienstlichen Verwendung

mich, auch wenn Sie das nicht mitbekommen haben - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wegen Wirecard? Wegen Wirecard hat Sie das interessiert?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, es hat mich nicht wegen Wirecard interessiert, sondern es hat mich interessiert, weil - - Ich habe jetzt vorhin schon gesagt: Ich kann mich nicht mehr genau daran erinnern, was der genau auslösende Punkt war. Aber ich glaube, dass es eine nicht unerhebliche Debatte in der Zeit gab auch über Leerverkäufe, die überhaupt nichts mit Wirecard zu tun hatten. Kollege hatte ja vorhin selbst sogar auf einen „SZ“-Artikel in der Woche vorher hingewiesen. Also, so ganz aus dem Himmel gegriffen war das sicher nicht.

Und ich weiß - - kann jetzt auch heute nicht mehr sagen, mit wem ich mich noch mal rückgekoppelt hatte von meinen Freunden aus dem Finanzbereich, um zum Beispiel die eine oder andere These zu testen. Es war nicht mein neuer Doktorvater, das weiß ich. Also, mit dem habe ich - - Weil ich glaube, dass der da anders denkt in der Frage als ich. Aber es hat - - Das kann ich Ihnen versichern: Dieser Artikel ist weder von Wirecard erbeten oder in Auftrag gegeben worden, noch hat er seinen Auslöser in einem der Treffen, die ich im Februar gehabt hätte oder im Januar gehabt hätte.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Hat sich denn jemand von Wirecard bei Ihnen oder bei einem Ihrer Teamleute gemeldet und bedankt oder gesagt: „Super Artikel, den ich da gelesen habe von Ihnen“? Hat sich da jemand gemeldet bei Ihnen? Oder haben Sie vielleicht sogar, sage ich mal, ein Rezensionsexemplar - - Wenn ich den Kollegen ärgern will und glaube, einen geilen Gastbeitrag geschrieben zu haben, schicke ich dem ja auch und sage: Schau mal, was ich Tolles gemacht habe. - Haben Sie da so eine Art Belegexemplar dort hingeschickt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich habe keine Belegexemplare verschickt. Ich habe keine Erinnerung, dass ich jetzt

mit - - auch im Nachgang mit jemandem darüber gespr- - Vielleicht, weiß ich nicht. Ich weiß es nicht. Ich habe - - Auf jeden Fall war Wirecard für diesen Artikel nicht der Auslöser, Herr Abgeordneter, mit Sicherheit nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, ich finde es trotzdem spannend, den Zeitpunkt. Denn wenige Tage später - zwei, drei Wochen, fairerweise - wurde das KPMG-Sondergutachten ja veröffentlicht, was ja auch - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Okay.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: An dem ich nicht beteiligt war.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, ja, ich sage es ja auch nur - - Ja, aber das ist natürlich eine enorm wichtige Kommunikation an den Kapitalmarkt gewesen. Weil das war ja der Anfang vom Ende - ich sage das mal jetzt so flapsig - und sicherlich auch der eine oder andere vielleicht am Markt genau erwartet hat: Was macht möglicherweise die Finanzaufsicht? - Zu dem Zeitpunkt war das Leerverkaufsverbot auf Wirecard ja aufgehoben. Das gilt ja immer nur für eine gewisse Zeit. Das heißt, es war not in place. Deswegen ist das für mich einfach ein, ich sage jetzt mal, zumindest mal spannender Zeitpunkt gewesen von dieser Veröffentlichung genau zwischen der TK und diesem Sondergutachten.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, es fällt mir schwer, den Zusammenhang jetzt zum KPMG-Gutachten herzustellen; aber da helfen Sie mir sicher noch mal.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Na ja, das KPMG-Sondergutachten - - Bis auf einige wenige Leiter einer Behörde - - haben sich ja von Wirecard-Aktien getrennt und sind nicht eingestiegen. Das ist natürlich schon auch ein Zeitpunkt, wo der Markt reagiert, wo Leerverkäufe eine besondere Rolle spielen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und einfach für den klaren Hintergrund - Sie haben ja vorhin auch auf die Versäumnisse der Finanzaufsicht hingespochen -: Wenn man viele geschädigte Kleinanleger - - jetzt mit denen sich unterhält, dann war natürlich der Zeitpunkt im Jahr davor - jetzt reden wir ein Jahr vorher -, als das Leerverkaufsverbot der BaFin erstmalig verhängt wurde, sozusagen der Turning Point, wo sich eine Behörde, eine Bundesbehörde, vor Wirecard gestellt hat. Und deswegen ist das natürlich auch wichtiger Teil unseres Untersuchungsauftrages. Und Lobbyismus lässt sich ja nicht nur damit machen, indem man Klinken putzt bei welchen Ministerien, sondern indem man auch die öffentliche Meinung beeinflusst. Und ich sehe mit diesem Meinungsbeitrag eben auch einen Versuch, die Meinung in Richtung Leerverkäufe zu shapen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ist mir offensichtlich gut gelungen, Herr Abgeordneter.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar, nehme ich zur Kenntnis. - Noch eine letzte Frage, wenn ich darf - das Thema Augustus Intelligence hat der Kollege angesprochen: Gab es da persönliche, politische, wirtschaftliche Kontakte zwischen Wirecard und diesem Unternehmen Augustus Intelligence?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Bayaz. - War ja mal Usance, wenn ich eröffne, dann verzichte ich im Appendix sozusagen auf meine sieben Minuten. Und wer will? - Kollege Radwan für CDU/CSU. Bitte schön.

Alexander Radwan (CDU/CSU): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte jetzt den Fokus mehr dann auf DAX und BaFin wenden. Herr von und zu Guttenberg, Ihre Aussage war ja: In der Vertragsanbahnung und dann in den weiteren Entwicklungen und Vertragsunterzeichnung hat das eine Rolle gespielt, dass eben Wirecard

im DAX gelistet ist und dass BaFin sich entsprechend positioniert hat. - Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Der Vertrag wurde bereits - der erste Vertrag, der erste Dreimonatsvertrag, der sich im Wesentlichen, wie ich geschildert habe, damals um Beratung im Bereich Blockchain und den Markt in den USA drehte - im Jahre 2016 geschlossen. Und da war nach meiner Erinnerung - - war Wirecard da noch gar nicht im DAX gelistet zu dieser Zeit.

Alexander Radwan (CDU/CSU): Also, meine Frage geht dann auch in die Richtung: Welche Prüfungen unternehmen Sie möglicherweise im Unternehmen auf potenzielle Vertragspartner? Schauen Sie sich an, wo die, wie gesagt, gelistet sind, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja.

Alexander Radwan (CDU/CSU): - wie die Reaktionen sind, wie sie sich im Markt befinden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, natürlich schauen wir uns diese - - Also, Unternehmen, die wir - - Wir sind nicht mit wehenden Fahnen - - unterwerfen uns nicht jedem Klienten, der bei uns anfragt, sondern natürlich schauen wir uns an: Handelt es sich um einen - hoffentlich - seriösen Klienten? Ist das ein Unternehmen mit einer entsprechenden Zukunft? Ist das ein Unternehmen, das entsprechend stark und stabil bereits auf dem Markt aufgestellt ist? Wie ist die Reputation von einem Unternehmen? - So. Da gab es bei Wirecard bei mir am Anfang auch Fragen, die wir einem - - die ich, das erinnere ich mich auch, im Jahre 2016 meinem Team zunächst gestellt habe und 2017, in dem einen Treffen, das ich hatte, in diesem initialen Treffen für den Vertrag dann im Januar 2017 in Aschheim mit dem Burkhard Ley und mit dem Georg von Waldenfels, wo ich nicht nur vor dem Hintergrund, dass ich mich nicht mehr nach Hause hätte trauen können, gefragt habe nach der Vergangenheit des Unternehmens, nämlich - das wusste man zu der damaligen Zeit, wenn man ganz normal recherchiert hatte und gegoogelt hatte - dass Wirecard offensichtlich in seinen Gründungsjahren Abrechnungen im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Glücksspielbereich und in dem Pornografiebereich - - verwickelt war, in welcher Form auch immer. Und das war eine Frage, die ich explizit gestellt hatte, ob das immer noch der Fall ist, weil das wäre für mich ein No-Go gewesen, sich da zu engagieren, weil allein auch durch das ehrenamtliche Engagement meiner Frau das nicht infrage gekommen wäre. Und das wurde klar verneint und auch auf Nachfrage noch mal klar verneint. Heute wissen wir wahrscheinlich, dass über diese Drittpartner, wenn das alles so stimmt, was berichtet wird, es trotzdem gemacht wurde. Trifft einen natürlich noch härter und macht das gesamte Unterfangen noch ein Stück missvergnügender.

Alexander Radwan (CDU/CSU): Gibt es denn jetzt aufgrund der Entwicklungen von Wirecard, das ja jetzt im DAX gelistet war, und dass BaFin sich ja entsprechend vor den Konzern gestellt hat - wobei aus meiner Einschätzung das Problem nicht war, sich gegen die Thematik Leerverkäufe zu stellen, sondern dann auf der anderen Seite nicht hingeschaut zu haben -, Konsequenzen bei Ihnen intern, wo Sie sagen: „Wir werden zukünftig unsere interne Prüfung noch weiter verschärfen“? Welche Konsequenzen ziehen Sie denn daraus?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Frage haben wir uns auch gestellt. Aber wir haben - - Die Frage ist dann auch: Inwieweit kann man überhaupt noch einem Urteil draußen trauen? Also, darf und kann man sich mit einem Unternehmen verbinden, das eine negative Berichterstattung in gewissen Teilbereichen hat und wo eine große Mehrheit dieser Berichterstattung widerspricht, übrigens auch ein nicht unerheblicher Teil beispielsweise der konkurrierenden Medien sich nicht in dem gleichen Rahmen mitbewegt haben? Und deswegen ist das eine Frage, die sehr, sehr schwierig zu beantworten ist. Natürlich zieht man alle Stellschrauben an nach einer solchen Erfahrung. Natürlich möchte man nicht noch einmal mit einem Unternehmen in einen Geschäftskontakt treten, das möglicherweise auch wieder - - das möglicherweise eine höchst negative Entwicklung nimmt.

Aber ich will auch noch einmal sagen: Für uns war das in dem besagten Zeitpunkt schlicht nicht erkennbar. Und ich habe vorhin ja auch in meiner Stellungnahme deutlich gemacht, dass wir uns sehr intensiv mit der Frage befasst haben: Haben wir leichtfertig etwas übersehen? Hätten wir eigentlich nicht das und dies erkennen müssen? Und so bitter das ist, da kann man uns mangelnde intellektuelle Strahlkraft und all das vorwerfen; aber wir kamen zu dem Ergebnis, vor dem Hintergrund, so wie sich das öffentlich dargestellt hat und wie dieses Unternehmen es geschafft hat, selbst staatliche Stellen an der Nase herumzuführen, hätte es für uns einen - - gab es für uns keinen Anlass, dass wir gesagt hätten: Wir hätten es fundamental besser machen können. - Wir hätten es gerne besser und anders gemacht; aber wir konnten nicht.

Alexander Radwan (CDU/CSU): Na gut, bei dem Thema „staatliche Stellen“ werden wir dann ja hoffentlich entsprechend auch nachschärfen. - Jetzt ist ja Ihr Unternehmen sehr stark auch in den USA unterwegs. Und dort gibt es ja die entsprechenden amerikanischen gelisteten Unternehmen, gibt es ja die entsprechenden Aufsichtsorganisationen. Sehen Sie da einen Unterschied in der Wahrnehmung, wie diese Unternehmen dort behandelt werden, zu Deutschland?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Systeme sind schon unterschiedlich. Ich glaube, dass wir beispielsweise so etwas wie eine SEC in Deutschland so nicht haben. Also, wir haben andere Modelle und andere Ansätze. Aber das ist nur ein Beispiel.

Trotzdem: Es ist Äpfel und Birnen vergleichen. Also, es ist - - Wir haben es nicht komplett mit zwei analogen regulatorischen Einheiten hier zu tun, sondern die sind natürlich auf einer ganz unterschiedlichen Historie gewachsen. Das Rechtssystem ist unterschiedlich etc. Also, es ist ein bisschen schwierig, das zu vergleichen; aber es ist sicher nicht schädlich, mal den einen oder anderen Aspekt sich auch mal da drüben anzuschauen. Nur, wenn man ehrlich ist: Auch in den USA, die hatten auch ihre Enrons und andere, die ihnen lange durch die Lappen oder durch die Finger geglitten sind und wo es Skandale gibt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wo man sagt: Wie konnte das nur passieren? - Ich meine, schauen Sie sich auch in unserem Land an. Ich meine, auch Volkswagen - nicht? - und andere Unternehmen, wo wir sagen: „Das sind Unternehmen mit Strahlkraft und einer entsprechenden Positionierung und Ähnlichem“, haben auch kräftig mit Skandalen zu arbeiten. Und im Übrigen wurde für die natürlich dann gleichzeitig trotzdem auch weiterhin in China und an anderer Stelle geworben.

Alexander Radwan (CDU/CSU): Okay. Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kollege Güntzler, bitte schön.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch Ihnen vielen Dank, Herr zu Guttenberg, auch für die umfassende Einführung, weil die ja schon viele Dinge vorweggenommen hatte, auch noch mal im Zeitstrahl die Dinge sehr schön dargestellt hat.

Ich hätte eine konkrete Nachfrage. Wenn ich es richtig mitbekommen habe, haben Sie die Beratungstätigkeit, das Mandat, zum 23. Juni 2020 gekündigt, zwei Tage vor dem eigentlichen Insolvenzantrag. Der KPMG-Bericht ist ja schon mehrfach angesprochen worden, weil der ja so einen Meilenstein in der Geschichte, sage ich mal, oder in der Abwicklung der Wirecard AG ist. Haben Sie zwischen diesem 28. April, dem Erscheinen des KPMG-Berichtes, und diesem 23. Juni in diesem Prozess öfter schon mal drüber nachgedacht in Ihrem Hause, das Beratungsmandat zu kündigen? Oder was war denn der entscheidende Punkt, es dann am 23. Juni zu tun?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Na gut, der entscheidende Punkt war, ich glaube, das nicht gegebene Testat, wenn ich mich richtig erinnere, nicht? Und insbesondere wenn man ein paar Wochen vorher noch die blanke Fantasie in die andere Richtung geschildert bekommt von dem CEO des Unternehmens, war zu dem Moment klar, dass das nicht weitergeführt werden kann und darf.

Natürlich habe ich mir in den Wochen, wo diese Medienlandschaft oder die Medienbegleitung

auch - wir waren ja da auch Rezipienten dessen, was geschrieben wird - - wo das mit Blick auf Testate - ja oder nein? - auch immer härter wurde - - einer der Gründe, weshalb ich dann den Termin hier auch Anfang Juni gesucht hatte mit dem CEO, was ja Ihnen auch deutlich macht, dass man sich sehr wohl Gedanken gemacht hat: Wie geht das mit dieser Company da weiter?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Im Nachgang: Sie haben ja auch mehrfach in Ihrem Bericht erwähnt, dass man in den Sommermonaten die Zeit genutzt hat, darüber auch mal nachzudenken, wie das alles passieren konnte. Und wir versuchen das ja auch zu verstehen. Gibt es sozusagen für Sie eine einfache Erklärung, warum dieses ganze Lügengerüst eigentlich so lange halten konnte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Die einfache Erklärung, die man sich gelegentlich macht, ist, dass sich eine Vielzahl - inklusive unserer Medien, inklusive der Analysten, inklusive all jener, von denen, die es auch heute ganz, ganz genau und sehr gut und sehr viel besser wissen, inklusive auch gewisser Teile in der Politik, inklusive uns allen auf eine gewisse Weise - möglicherweise auch von einer sehr geschickt erzählten Geschichte* plus das Faktum: Mensch, hier haben wir erstmalig auch ein deutsches, europäisches Techunternehmen, und es gibt nicht nur die Amazons und Facebooks und Googles da draußen - - Ich kann mir vorstellen, dass das eine gewisse Rolle gespielt hat. Und: Ich kann mir vorstellen.

Das hat für uns sicher weniger oder so gut wie keine Rolle gespielt, weil wir sind um einen klaren Auftrag gebeten worden, Dinge im Rahmen unseres Beratungsmandats zu machen. Aber natürlich hatten wir auch eine ähnliche Perspektive vor Augen, dass wir gesagt haben: „Das wird ein Unternehmen sein, das Potenzial hat, wirklich noch erheblich zu wachsen“, und wir das Gefühl hatten, es mit einem hochseriösen Unternehmen zu tun zu haben. Deswegen: Anders hätten wir uns ja auch gar nicht in der Form verpflichtet, wie wir uns verpflichtet haben.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Würden Sie sagen, dass das Handeln der BaFin dazu beigetragen hat,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass das so lange halten konnte - Leerverkaufsverbot, andere Dinge?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich glaube, ja. Also, auf uns hat das Eindruck gemacht.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, okay. - Sie haben vorhin auch noch mal dargestellt, dass Sie sehr zurückhaltend sind mit staatlichen Stellen, Kontakte aufzunehmen, zu lobbyieren, wenn man den Begriff hier übernehmen möchte. Sie haben dann darauf hingewiesen, dass Sie es in diesem Fall gemacht haben, auch weil es von besonderer strategischer Bedeutung wäre, dass, ich sage jetzt mal, ein deutsches Unternehmen oder ein europäisches Unternehmen es schafft, in den chinesischen Markt, in den Finanzsektor einzudringen. Könnten Sie uns noch mal darstellen, wo genau Sie diese große Bedeutung drin sehen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Na gut, ich will zunächst noch mal festhalten, dass der Eintritt eines westlichen Unternehmens in den chinesischen Markt - umgekehrt zu dem, was die Chinesen bei uns machen - im Übrigen gar nicht gelingt ohne staatlich- - ohne politische Begleitung des jeweiligen Landes, aus dem das Unternehmen kommt, vollkommen wurscht, ob das Unternehmen jetzt aus - -

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Können
Sie ein bisschen näher ans
Mikro gehen?)

- Dass der Eintritt in den chinesischen Markt gar nicht gelingt - Entschuldigung, Frau Abgeordnete - und gar nicht gelingen kann ohne die Unterstützung der jeweiligen Regierung, egal ob das Unternehmen jetzt aus Frankreich kommt, aus England oder Ähnliches. Es gibt, also in meinen Augen, kaum Geschichten, zumindest für eine gewisse Größenordnung und bei dem Themenkomplex, der Relevanz - - Dass ein Unternehmen, das sich im Finanzmarkt bewegt, eine politische Relevanz hat, glaube ich, erschließt sich aus sich selbst heraus. Aber auch unabhängig davon kann man eine Litanei von Unternehmen aus unserem Land aufmachen, die, wenn sie einen erstmaligen Eintritt in den chinesischen Markt wollten - -

Übrigens, das ist ja auch meinen Mitarbeitern so von der Botschaft geschildert worden und anderen, die alle ausdrücklich gesagt haben: Es geht nicht ohne diese Begleitung.

Und dass man gerade auch im Bereich eines Technologieunternehmens mit dem Kenntnisstand, den wir damals hatten - immer vorausgesetzt: der Kenntnisstand, den wir damals hatten -, gesagt hat: „Es sind nicht nur die Alibabas, die jetzt Europa überrollen, sondern wir haben hier“, so dachten wir, „ein seriöses europäisches Unternehmen, das den chinesischen Markt entsprechend eben auch bespielen kann“, ist etwas, das Teile Ihrer Frage mitbeantwortet.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay.

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Herr Vorsitzender, dann würde ich
übernehmen!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Hauer, bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten uns vorhin geschildert, Herr zu Guttenberg, dass Sie keinen Kontakt zu dem Herrn Marsalek hatten. Es ging ja hier um den Markteintritt in China maßgeblich. Und was mich dabei so ein bisschen irritiert, ist, dass uns halt mehrere Zeugen hier in dem Untersuchungsausschuss gesagt haben, dass man bei Wirecard so eine räumliche Aufteilung hatte, also nach dem Motto: Der Marsalek war für das Asien-Geschäft zuständig. - Und Asien, China, wäre ja jetzt ganz passend, zu sagen: Ja, dann war er da ja vielleicht auch irgendwie beteiligt. - Also, aus Ihrer Wahrnehmung war er da mit diesem China-Thema gar nicht befasst, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aus meiner Wahrnehmung überhaupt nicht, Herr Abgeordneter. Und ich will das auch noch mal in den Kontext bringen, den ich vorhin angedeutet habe. Ich kann ihn allerdings auch nur andeuten, weil mir der Einblick fehlt, wie die Stellschrauben in den Köpfen veranlagt waren bei den Herren bei Wirecard. Aber das China-Geschäft, so wie es sich uns dargestellt hat, passt nach dem, was wir heute



Nur zur dienstlichen Verwendung

wissen, gar nicht in das Muster von Herrn „Marschalek“ oder „Marsalek“, oder wie auch immer er heißen mag, ja? - „Marschalek“.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das haben wir bisher auch nicht geklärt, wie er richtig heißt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Sagen wir mal: Marschalek.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Steht auch nicht im Auftrag, dass wir das klären müssen!)

- Vielleicht sollten Sie es. Ich kann nur hoffen, dass er irgendwann hier sitzt, nicht? Aber das ist noch mal eine andere Frage. - In meinen Augen passt - und auch nach unserer Einschätzung; ich habe das vorhin ja auch dargestellt - - ist das eben gerade nicht dieses System gewesen, über das ja dann später berichtet wurde, wie das beispielsweise in den Emiraten sich dargestellt hat mit diesen Firmen oder Scheinfirmen, die ja dann über das Drittpartnergeschäft und Ähnliches - - Das habe ich ja versucht vorhin auch noch mal entsprechend darzulegen. Also, das mag der Grund sein, warum wir nie in irgendeiner Form in Kontakt mit diesem Herrn gekommen sind, weil - - Und ich habe ja auch gesagt: Ich fand es auffällig, dass seitens der Gesprächspartner, die wir hatten, man auf das Desinteresse des Vorstandes immer wieder hingewiesen hat, was dieses China-Geschäft anbelangt. Und das fand ich überraschend.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat man Ihnen dieses TPA-Geschäft seitens Wirecard mal erklärt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Also, ich habe - - Das erste Mal, dass ich das - - Ich kann das genaue Datum nicht mehr sagen. Ich glaube, irgendwann im Jahre 2020. Aber das war schon später; das war wahrscheinlich erst im April/Mai, wo ich darüber gelesen hatte. Ich kann mich erinnern, dass, ich glaube, die „Wirtschaftswoche“ mal einen Artikel geschrieben hatte über das TPA-Geschäft; aber das mag auch schon im Mai 2020 gewesen sein.

Und dann habe ich mein Team gefragt, ob die mir das erklären können. Mein Team konnte es mir nicht erklären. Dann habe ich gebeten, ob sie uns mal eine Erklärung besorgen könnten, um was es da geht. Und dann habe ich - das habe ich ja auch in meiner Stellungnahme vorhin gesagt - das Thema angesprochen bei dem letzten Treffen mit Herrn Dr. Braun am 09.04.2020, wo ich gesagt habe: „Ich verstehe schon“, also vergleichsweise; wahrscheinlich habe ich gesagt: „Ich verstehe schon nicht, um was es hier geht. Ihr müsst das erklären, um was es da geht bei diesem TPA-Geschäft.“ Also, ich kann mich erinnern, dass ich darüber gelesen - - ich meine, es sei wohl in der „Wirtschaftswoche“ gewesen - ein horrend schlecht geschriebener Artikel, aber gut recherchiert, „for a change“.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, gut. EY hätte es Ihnen wahrscheinlich auch nicht erklären können. - Wie bewerten Sie das Vorgehen Ihres Kollegen Herrn Gartzke gegenüber der Botschaft in Peking? War das aus Ihrer Sicht professionell, oder war das mit Ihnen so abgestimmt, was da so besprochen wurde?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, wie ich bereits gesagt habe: Es war mit mir nicht abgestimmt. Aber ich habe überhaupt kein Problem damit, dass die Botschaft kontaktiert wurde, weil ich es auch im Nachhinein, so wie ich es gesagt habe, für einen richtigen und gebotenen Schritt hielt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hielten das für erforderlich, damit man bei dem Thema überhaupt was erreichen kann in China.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Botschaft selbst hat zum Ausdruck gegeben, dass sie das für erforderlich hält, Herr Abgeordneter.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten vorhin gesagt: Die Kommunikation von Wirecard, die haben Sie als schlecht empfunden, und haben dann ja auch entsprechende Hinweise gegeben, dass man sich da Unterstützung holen sollte. Können Sie das etwas konkretisieren: Was haben Sie da als schlecht empfunden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich meine, wenn Ihre Kurse dauernd in den Keller rutschen, dann wird die Kommunikation schon nicht die beste sein. Also, das war das, was ich - - Also, ich habe gesagt, die Kapitalmarktkommunikation muss offensichtlich verbessert werden, wenn man solche Achterbahnen fährt wie die. Und das war für mich der wesentliche, ausschlaggebende Punkt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, Sie konnten sich nicht erklären, wie so ein innovatives DAX-Unternehmen so einen Kursverfall hinlegen kann. Und Sie haben das auf die Kommunikation projiziert, dass das an der Kommunikation liegt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, sicherlich. Ich meine, welche Anhaltspunkte hatte ich? Die, die ich Ihnen geschildert hatte, Herr Abgeordneter, nicht? Und dass die Kommunikation von diesem Unternehmen, so wie es sich nach au- - Also, wenn man ein Unternehmen ist, das offensichtlich die Unterstützung der breitesten Front da draußen bekommt, mit ein paar Ausnahmen, die es offensichtlich gemerkt haben - da sitzt einer -

(Der Zeuge deutet auf
Abg. Fabio De Masi
(DIE LINKE))

die sich mal geäußert haben - - Eine „FT“ hat sich geäußert, und ansonsten waren die Äußerungen schon sehr dünn, auch von vielen, die sich heute damit sehr vertieft beschäftigen und befassen. Und vor dem Hintergrund nehmen Sie wahr, dass das Unternehmen Unterstützung selbst von staatlicher Seite erfährt, regulatorisch, und dass die Kurse trotzdem runtersausen. Da ist erst mal das Naheliegendste - das mag banal sein -, dass auch mit der Kommunikation was nicht sauber läuft dort, nicht? Und dass ich den Hinweis gegeben habe: Ich glaube, den würde ich jederzeit wieder geben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde gern noch mal auf das Gespräch, das Sie mit der Bundeskanzlerin geführt haben, zurückkommen. Das war ja ein sehr kurzer Teil Ihres Gesprächs, wie Sie schilderten, wo es um Wirecard ging. Dieses

Target, also AllScore, haben Sie da irgendwas - - haben Sie den Namen gesagt, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - oder haben Sie irgendwas über dieses Unternehmen gesagt? Oder ging es nur abstrakt um ein chinesisches Unternehmen? Oder ist das irgendwie konkretisiert worden im Gespräch?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe im Gespräch nicht mehr konkretisiert als das, was ich Ihnen mitgeteilt habe. Ich habe Ihnen wirklich umfassend über diese zwei, drei Minuten, um die es sich da handelte, Auskunft gegeben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es ist ja dann nachher mit dem Unternehmen AllScore dann auch finalisiert worden. Aber es gab ja wohl vorher noch Überlegungen, andere Unternehmen stattdessen zu übernehmen. Da gab es ja immer die verschiedenen Lizenzsituationen, ob drei Lizenzen oder vier Lizenzen. Können Sie dazu konkreter etwas sagen, welches andere Unternehmen das war, und noch mal diese Lizenzportfolio-situation darstellen? Worum ging es Wirecard? Welche Lizenzen waren benötigt, wofür? Was wollten die damit machen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das mache ich gerne, Herr Abgeordneter. - Also, wie ich gesagt hatte, hatten wir damals ja den Auftrag, eine sogenannte Shortlist zusammenzustellen. Und dafür wurden sich - ich kann Ihnen die Zahl nicht nennen, wie viele - aber unzählige Unternehmen angeschaut, die über die Technologiekompatibilität verfügten. Das hatten sehr wenige zu bieten offensichtlich, nach meiner Information. Die Wachstumsgeschichte - - Es ist natürlich immer so gewiss hypothetisch - - als wenn man da mal genauer reinschaut, um zu sehen: „Was ist da wirklich an Wachstumspotenzial gegeben?“, und das Wichtigste war dieses Lizenzportfolio.

Und jetzt schaue ich eben mal gerade, wo mir das mit den Lizenzen aufgeschrieben wurde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielleicht kann ich die Zwischenzeit nutzen, zu erwähnen, warum ich das nachfrage. Es gibt nämlich ein Schreiben „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ - da darf ich dann ja entsprechend zitieren - von Herrn Peters. Das ist ein Schreiben vom 3. September 2020, wo er die Chronologie noch mal darstellt. Und da ist unter anderem eine Anmerkung von Herrn Peters drin zum 14. Mai 2019. Da schreibt er:

Hier war noch der Erwerb einer anderen Firma - nicht Allscore - geplant gewesen, welche alle vier benötigten Lizenzen hielt.

Also, das ist jetzt der Anknüpfungspunkt für meine Frage.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich weiß, dass man in Gesprächen noch bis in das Jahr 2019 parallel auch in Gesprächen mit anderen Firmen war. Ich glaube, eine davon, wenn ich richtig erinnere, hieß „Ginkgo“ in der Abkürzung. Ich weiß nicht, wie sich das dann weiter darstellt, aber ich meine, die hieß „Ginkgo“. Und inwieweit und warum von dieser Firma Abstand genommen wurde und zugunsten von AllScore sich entschieden wurde, kann ich Ihnen nicht sagen. Also, das weiß ich im Detail nicht; aber dafür wird es plausible Gründe gegeben haben.

Ich glaube, wenn ich mich richtig erinnere, das ganz Maßgebliche war diese Cross-Border-Lizenz. Die war wichtig; die war außerordentlich wichtig. Kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, inwieweit Ginkgo die hatte. Ich kann mich erinnern, dass in einem Gespräch mir mal mitgeteilt wurde, dass es sehr darauf ankam, ob die Lizenzen in gewissen Regionen in China nur gelten oder ob sie für ganz China gelten und welche Regionen davon - ja oder nein? - betroffen sind. Das mag ausschlaggebend für diese Entscheidung gewesen sein; aber im Detail kann ich es nicht sagen. Das müssen sie die Beteiligten fragen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielleicht noch einmal, weil das noch zur Frage dazugehörte, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz kurz.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - was Wirecard mit diesen Lizenzen bewerkstelligen wollte. Wissen Sie da was Konkreteres als das, was Sie gerade gesagt haben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das wollte ich Ihnen gerade raussuchen. Warten Sie mal, da wurde mir, glaube ich, auch was zusammengeschrieben.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen und berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Ja, ich werde gerade darauf hingewiesen - ich sage es Ihnen trotzdem gerne -, dass ich Ihnen nur Dinge sagen muss, zu denen ich eigene Erkenntnisse habe. Aber hier sind die Erkenntnisse jetzt mir von meinem Team gegeben worden, und die würde ich Ihnen gerne auch weitergeben. Aber die Zeit müssen Sie mir jetzt geben, dass ich das hier finde. - Ah ja, hier. Moment.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da meine Fragezeit sowieso schon lange abgelaufen ist, können Sie sich sehr viel Zeit lassen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ein Schlitzohr hier. Aber das stimmt.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):
Wir haben von der Opposition gelernt!)

Ich habe dann mal gestoppt.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, Herr Abgeordneter - - Herr Vorsitzender, darf ich das vortragen, ja?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, natürlich.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg:

AllScore war hauptsächlich in drei Unternehmensbereichen tätig,



Nur zur dienstlichen Verwendung

an denen sich auch die assoziierten Lizenzen orientierten. Zum einen Internet-Payment-Business, zum Zweiten Prepaid-Card-Business, zum Dritten Cross-Border-Payment-Business. Mit einer chinaweiten Internet-Payment-Lizenz

- chinaweit -

war es dem Unternehmen und folglich auch Wirecard im Zuge einer Akquisition möglich, Internetzahlungen zwischen Händlern und Endkonsumenten in China über eine Vielzahl von Kanälen - Onlinebanking, WeChat Pay und Alipay - und vor allem landesweit, unabhängig von der Provinz, abzuwickeln. Mit einer Prepaid-Card-Lizenz für die Provinzen Peking, Guangdong und Qinghai war es dem Unternehmen möglich, Zahlungskarten für Konsumenten und Unternehmen herauszugeben. Und mit einer äußerst wertvollen Cross-Border-RMB-Lizenz in der Provinz Guangdong war es AllScore möglich, Renminbi-Zahlungen grenzüberschreitend abzuwickeln. Damit wäre es für Wirecard möglich gewesen, international tätigen chinesischen Händlern Cross-Border-Zahlungsdienstleistungen sowie Auszahlungen ihrer lokalen Währung anzubieten, multinational tätigen Kunden künftig einen einfacheren Zugang zu chinesischen Konsumenten inklusive der Akzeptanz der weit verbreiteten digitalen mobilen Zahlungslösungen in China sowie der Auszahlung in ihrer jeweiligen nationalen Währung zu bieten.

Das ist wirklich die Kenntnis, die ich bekommen habe. Das hätte ich Ihnen aber aus dem Ärmel so jetzt nicht alleine sagen können.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, vielen Dank. - Ich hätte jetzt noch mal eine Frage: Meine Mit-

arbeiter - - Bei mir war das so im passiven Gedächtnis eben - - Das war der 12.12.18, von dem Sie gesprochen haben, ein Tag, den ich mir auch immer gut merken kann, da ich da Geburtstag habe. Da haben Sie mit Vehemenz vorhin gesagt: Wirecard - und hier geht es um das Treffen zwischen Waldenfels/Ley -, habe beim Besuch im Privathaus von Jan-Ole Peters, deutsche Botschaft Peking, keine Geschenke mitgebracht. - Jetzt haben meine Mitarbeiter auf MAT A AA-3.08c, Blatt 73, wiederum gefunden, dass sich Herr Peters mit Mail am 18.12.18 für die Geschenke bedankt. Jetzt stellt sich mir logischerweise dann die Frage, woher Sie jetzt wissen, dass es keine Geschenke gab. Also insoweit: Sind Sie denn doch da gebrieft worden, wenn diese Meetings stattfinden, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - oder rauschen die dann eher in der Flying-over-Perspektive an Ihnen vorbei?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Vorsitzender. Ich habe mit Interesse einen Artikel eines deutschen Nachrichtenmagazins - ich glaube, von letzter oder vorletzter Woche - gelesen, wo über - oder war es die „Wirtschaftswoche“? keine Ahnung; „Wirtschaftswoche“ war es, glaube ich, sogar, nicht? - diesen Umstand berichtet wurde, dass offensichtlich - - nee, es war, glaube ich, sogar das Nachrichtenmagazin, wo offensichtlich Geschenke mitgebracht wurden. So. Diese Geschenke wurden, wohl ebenso offensichtlich und aufgrund auch der Kommunikation, die dort zitiert wurde, von Herrn Ley und von Waldenfels mitgebracht. Herr Dr. Gartzke ist nicht Mitarbeiter bei Wirecard, sondern Herr Dr. Gartzke ist Managing Partner von Spitzberg Partners, und er kam ohne Geschenk dort an.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Etwas lauter für die Kollegen bitte.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Dr. Gartzke ist nicht Mitarbeiter von Wirecard. Er ist Managing Partner von Spitzberg Partners und kam ohne Geschenk dort an. Also, das ist - - Des-



Nur zur dienstlichen Verwendung

wegen: Ich habe den Artikel gelesen, habe deswegen bei ihm speziell noch mal nachgefragt, und deswegen habe ich diesen Passus „Er kam ohne Geschenk dort an“ in die Stellungnahme mit aufgenommen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann könnten diese Geschenke mutmaßlich - das ist jetzt natürlich nur mutmaßen - von dem Kollegen Ley beispielsweise gewesen sein.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe keine Ahnung. Ich war nicht dabei.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich sage es ja nur, weil Herr Peters bedankt sich ja. Für irgendwas muss er sich ja bedanken.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe das - - Wie Sie bin ich da nur Konsument dessen, was das Nachrichtenmagazin aufgeschrieben hat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Klar, das sind wir natürlich nur. Aber für mich ist es natürlich ein Beleg, wenn Herr Peters sich für Geschenke bedankt. Irgendwo muss, keine Ahnung, ja dann eins herkommen, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Sicher, aber ich glaube, das ist etwas, das müsste man wahrscheinlich Herrn Ley und Herrn Waldenfels fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - wenn nicht von Herrn Waldenfels dann oder Herrn Gartzke. Okay, das ist das; gut. - Ich würde noch mal die Frage vertiefen - ich habe sie vorhin angerissen; der Kollege De Masi ist da auch schon so drauf eingegangen - - Ich hatte ja auch gefragt: Andere Parteifreunde, über Bande, das kann man ja auch spielen. Im März, so sagen meine Recherchen, 2019 wurden Sie Aktionär bei der in New York ansässigen Technologiefirma Augustus Intelligence. Das ist richtig.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das ist richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Späterhin sind Sie dann in dem Unternehmen aufgerückt und haben

Vorstandsabteilung und Vorstand für General Affairs - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nee, machen Sie mal weiter. Aber ich glaube, das hat mit dem Untersuchungsthema gar nichts zu tun.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, ja; gut. - Jetzt meine Frage: Ist Ihnen dann, weil dieses Unternehmen - - Da ist ja - der Name fiel von mir: Herr Haupt - - Und da wird ja auch gesagt, er hat beispielsweise auch Kontakte zu anderen CDU-Politikern. Hier wird einmal Philipp Amthor genannt, der ja auch im Zusammenhang in den letzten zwölf Monaten etwas unglückliche Presse hatte. Also, Sie schließen da jede Querverbindung über Ihre Firmen oder dass über Bande hinsichtlich gespielt wurde, dann aus.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aus meiner Sicht komplett.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Komplett.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann habe ich mir hier noch notiert - - Sie haben wirklich sehr umfänglich alles abgeräumt. Kompliment! Mich interessiert noch mal der Kontakt - oder wenn es denn keinen gab, ist das ja dann auch schnell für Sie - - Gab es nochmals Kontakt im Untersuchungszeitraum zu Herrn Professor Röllner?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Über den bekannten E-Mail-Austausch hinaus: Nein.*

Vorsitzender Kay Gottschalk: Auch nicht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das schließen Sie auch aus, okay. - Dann bin ich so weit glücklich und zufrieden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Alexander Radwan
(CDU/CSU): Das ist selten!)

- Das ist selten, das stimmt. - Und ich schaue zu den Kollegen. - Dann ist das Cansel Kiziltepe, bitte schön, für die SPD-Fraktion.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr zu Guttenberg, in den Medien wird über Sie als „Lobbybaron“ geschrieben. Sind Sie Lobbyist?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich begreife mich nicht als Lobbyist; aber ich sage, dass ich in diesem Fall den Kontakt zur Bundesregierung gesucht habe. Und ich verstehe auch, dass man genau das als Lobbying beschreiben kann. Aber der überwältigende Großteil meiner Tätigkeiten hat mit Lobbyarbeit nichts zu tun.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben ja auch gesagt, vertraglich sind keinerlei Leistungen über Lobbying vereinbart. Haben Sie das aus freien Stücken gemacht, Ehrenamt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, wenn es vertraglich nicht vereinbart ist, dann können Sie dafür auch kein Geld verlangen. Und dann ist das im Zweifel pro bono geschehen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wir haben ja im Zuge auch eine öffentliche Debatte in Deutschland über Lobbyismus gehabt. Auch die Sache um Philipp Amthor, Augustus Intelligence hat die Sache noch mal hochgekocht. Wir diskutieren aber seit Längerem über ein Lobbyregister in Deutschland und haben auch jetzt mit dem Koalitionspartner eine Einigung, dass wir eins wollen. Sind Sie auch für ein Lobbyregister?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Da haben Sie meine Sympathien.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sehr gut.

(Heiterkeit)

Laut Organigramm von Wirecard war Georg von Waldenfels nicht der Vorstand, sondern unter

Herrn Marsalek die nächste Arbeitsebene. Wie erklären Sie sich, dass Sie nie - - Also, soweit ich Sie in Ihrem Statement verstanden habe, haben Sie Jan Marsalek nie getroffen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So ist es.

Cansel Kiziltepe (SPD): Warum gibt man Sie mit der Arbeitsebene ab?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir arbeiten mit denen zusammen, die zuständig sind für den Auftrag, für den wir beauftragt sind, ja? Und - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben gesagt, Sie kannten Georg von Waldenfels nicht. Der stammt ja von einem fränkischen Adelsgeschlecht. Haben Sie mit seinem Vater, den Sie auch getroffen haben, über diesen Auftrag gesprochen, bevor dieser Vertrag vorlag?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Bevor der Vertrag vorlag, sicher nicht. Und ich habe seinen Vater in den letzten Jahren, glaube ich, auch wenn es hochkommt, vielleicht einmal getroffen. Ich habe die letzten Jahre in den USA verbracht und sein Vater im Wesentlichen in Deutschland. Also von daher gibt es da keinen Zusammenhang.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ein Punkt wundert mich trotzdem: Sie haben gesagt, dass Sie sich einen Betrug bei Wirecard nicht haben vorstellen können. Das haben viele gesagt. Mich erinnert das auch an Ihre Dissertation. Damals hätte auch niemand gedacht, dass Sie Ihre Promotion plagiiert haben könnten. Sind Sie seitdem vorsichtiger als damals, wenn es um Einordnung, Einschätzung, aber auch insbesondere jetzt im Fall von Wirecard, ging? Also, geht man da mit Vorsicht ran?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Frau Abgeordnete, ich verstehe Ihre Frage nicht so ganz, versuche Sie aber trotzdem zu beantworten und in meine Antwort auch einfließen zu lassen. Nach meiner Kenntnis haben Sie viele Jahre bei VW gearbeitet. Ich schätze, dass Sie auch vorsichtiger geworden sind nach dem, was sich bei VW abgespielt hat. Also, um jetzt, sagen wir mal,



Nur zur dienstlichen Verwendung

diesen Kontext auch mal in diese Richtung zu spielen und - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben sich aber über alle hier gut informiert, muss ich sagen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Na, Sie haben sich ja auch über mich informiert.

(Heiterkeit)

Cansel Kiziltepe (SPD): Allerdings.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Und von daher: Ich kann Ihnen eines versichern - ich glaube, das gilt für uns alle hier -: Viele, die jetzt - - Es sitzen ja auch hier einige, die ein paar Jahre sich bereits im Finanzausschuss befinden und die - - Jetzt mal mit Ausnahme von einem - das sind Sie;

(Der Zeuge deutet auf Abg.
Fabio De Masi (DIE
LINKE))

wir ticken ja nicht in dieselbe Richtung politisch - gab es erstaunlich viele dürre Stimmen, auch aus der zuständigen Ecke in der Politik. Ich sage das nicht vorwerfend, weil ich selbst auch so dürre war, ja? Ich glaube, da sitzen wir alle im selben Boot. Es gibt ganz wenige Ausnahmen: die „FT“ und der eine oder andere, der sich kritisch geäußert hat. - Ich bin mit der Erfahrung wahrscheinlich in Zukunft noch mal ein ganzes Stück vorsichtiger geworden. Ja, das mag so sein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Sie haben ja dann erneut promoviert. Zu welchem Thema eigentlich?

(RA Prof. Dr. Christian
Schertz: Das gehört nicht
zur Sache!)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist - - Ich kann das schon selber sagen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das gehört auch zur Sache. Also, ich frage deshalb, weil es zur Sache gehört.

(RA Prof. Dr. Christian
Schertz: Das gehört nicht
zur Sache, nein!)

- Doch.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich habe zu einem finanzpolitischen Thema promoviert, das mit Correspondent Banking zu tun hat. Und Correspondent Banking ist in meinen Augen mit Wirecard, glaube ich, nur mit einer unfassbaren Streckung in Einklang zu bringen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber es geht da auch um Geldwäsche, oder?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, das finde ich jetzt - - Da würde ich jetzt gerne von Ihnen - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Wie oft kommt das Wort „Geldwäsche“ in Ihrer Promotion vor? Was meinen Sie?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Dürfte ich zunächst einmal - - Bevor ich diese private Frage beantworte, möchte ich von Ihnen gerne den Kontext geschildert bekommen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Es geht um Geldwäsche. Bei Wirecard geht es auch um Geldwäsche. Es geht um die Geldwäschereaufsicht in Bayern. Es geht um die Geldwäschereaufsicht in Deutschland. Also - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So, und was ist der - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie sind als strategischer Unternehmensberater unterwegs. Meine Frage wird darauf hinauslaufen, ob Sie bei Wirecard überhaupt mal daran gedacht haben, dass es hier auch um Geldwäsche gehen könnte.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, zu keinem Zeitpunkt habe ich daran gedacht, dass es da um Geldwäsche gehen könnte. Und wenn in „FT“-Artikeln irgendwas auftauchte, habe ich das mit Sicherheit nicht mit meiner Arbeit an meiner Promotion in Verbindung gebracht. Also, das



Nur zur dienstlichen Verwendung

halte ich für wirklich nachgerade abwegig, Frau Abgeordnete.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Wussten Sie eigentlich, dass sich in Deutschland für die Geldwäscheaufsicht, was die Wirecard AG angeht, niemand für zuständig erklärt oder sieht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich mit einem gewissen Erschrecken im Nachhinein auch den Medien entnommen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aus unserer Sicht sind die bayerischen Behörden zuständig, weil es eben ein Technologieunternehmen ist. Aber zum Bayern-Komplex im Januar mehr. - Wussten Sie, dass Wirecard sich in den Anfängen seiner Geschichte im Pornogeschäft und mit Gambling beschäftigt war?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich schon beantwortet, Frau Abgeordnete. Und ich habe dem Abgeordneten - ich glaube, Hauer - vorhin schon gesagt gehabt - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Da war ich, glaube ich, Essen holen; Entschuldigung.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aber da gebe ich Ihnen gerne noch mal die Auskunft. - Wir haben bei unseren Recherchen, als wir um den ersten Vertrag uns Gedanken gemacht hatten mit Wirecard - - das war relativ leicht herauszufinden mit einer Google-Recherche sogar; da musste man, glaube ich, nicht sehr weit gehen. Ich habe die nicht selber gemacht; aber das wurde mir gesagt, dass da auch bereits von Anwürfen, ich glaube, aus den - - Wann war denn das jetzt? Ich glaube, noch vor 2010; aber ich weiß es nicht genau - - die Rede war, dass Wirecard seine Gelder unter anderem übers Glücksspiel und die Pornografie auch mit verdient hatte. Und ich habe bei dem Gespräch, das ich mit Herrn Ley und Herrn von Waldenfels hatte, klipp und klar deutlich gemacht, dass für mich es nicht infrage kommt, mich mit einem Unternehmen zu verbinden, das weiterhin genau damit zu tun hat. Und das wurde mir ebenso klar gesagt, dass das nicht mehr der Fall sei, dass das Geschichte sei und lange vorbei.

So. Jetzt kann man sich natürlich die Frage stellen, Frau Abgeordnete: Darf man überhaupt mit einem Unternehmen arbeiten, das eine Vergangenheit hatte, die möglicherweise grauselig ist? Dann kann ich bei VW bei Ihnen aber auch wieder ansetzen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das sehe ich nicht so.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Und das ist - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Abgeordneter, ich wollte noch mal darauf hinaus - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das bin ich lange nicht mehr.

Cansel Kiziltepe (SPD): „a. D.“, habe ich vergessen, Entschuldigung; genau. - Aber, Herr zu Guttenberg, war es deshalb Wirecard so wichtig, dass man hier versucht hat, kommunikativ auszuschießen, dass AllScore irgendetwas mit Porno und Gambling zu tun hat, um Sie an Bord zu halten, oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Nein, nein. Das ist mir ja auch erst im Nachhinein kommuniziert worden, jetzt in der Vorbereitung, wo ich gesagt habe: Ich bringe Ihnen die ganzen Details, die mein Team mir mitteilt. - Darauf habe ich vorhin hingewiesen, um zu sagen, dass es ja aus heutiger Sicht fast absurd klingt, dass die Vertreter dieses Unternehmens, denen man aber bislang - mit denen wir zu tun hatten - nicht das vorwerfen kann, was momentan einem Braun und anderen vorgeworfen wird - - dass die sich vor Ort so darum bemüht haben, dass diese Geschichten bei einer Übernahme eines chinesischen Unternehmens nicht vorkommen. Und das habe ich deswegen genannt, um noch mal zu zeigen, dass wir den Eindruck hatten - mein Team den Eindruck hatte -, dass man bei Wirecard enorm darauf bedacht war, dass da alles so sauber wie möglich läuft. Und das hat bei uns zu dem Eindruck der Seriosität des Unternehmens beigetragen. Dass wir am Ende falschlagen, ist richtig. Aber deswegen habe ich das auch noch mal in der Form geschildert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Und umgekehrt: Haben Sie als strategischer Berater Ihren Mandanten davor gewarnt, dass Wirecard sich da auch warm anziehen muss, weil die Chinesen alles durchleuchten werden, jetzt mal abgesehen vom Porno- und Gambling-Geschäft? Aber was Sie damals nicht wussten: die Geldwäschevorwürfe etc.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nachdem die Vorwürfe für uns nicht erkennbar waren, gab es für uns ja auch keinen Grund, Frau Abgeordnete, darauf hinzuweisen, dass es jemanden gibt, der sie bei Geldwäsche und anderen Sachen entsprechend am Kragen packen wird.

Was sich für uns erschlossen hatte damals, war, dass die PBoC bei diesen Themen, bei dem Übernahmeziel extrem genau hingeschaut hat und dass daraus natürlich erkenntlich wurde, dass, egal wer in China agiert, sich einer entsprechenden Regulierung und einer entsprechend harten Herangehensweise zu unterwerfen hat. Ich meine, ich bin fern davon, jetzt die chinesischen Umstände mit unseren hier zu vergleichen; aber man hat da eine relativ harte Gangart an den Tag gelegt aus unserer Sicht und Erkenntnis.

Cansel Kiziltepe (SPD): Mir ist auch aufgefallen zu den anderen Zeugen von EY, aber auch bei Herrn Stahl: Diese haben sich auf ihre Verschwiegenheitspflicht berufen. - Sie berichten hier sehr ausführlich.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, weil ich das auch als meine staatsbürgerliche Pflicht erachte in einem solchen Fall. Punkt! Und zum Zweiten habe ich auch darum gebeten - - Ich habe dem Insolvenzverwalter auch geschrieben, dass ich davon ausgehe, dass ich von meinen Verschwiegenheitspflichten, wenn es denn irgendwelche in den Verträgen geben möge, auch entbunden bin, und ich habe dann von ihm nichts mehr gehört. Also, da kann man sich es natürlich leicht - - Ich hätte mich berufen können, sicherlich, auf diese Vertragsgeschichten. Aber ich glaube, das ist dann ein interessanter juristischer Fall; aber das kann wahrscheinlich das Sekretariat besser beurteilen. Ich glaube mal, dass am Ende da auch juristisch der Untersuchungsausschuss vorgeht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. - Nun haben wir über Shortseller gesprochen, über Artikel der „Financial Times“, und Sie haben hier einen Rechtsbeistand, der in dem Bereich Kommunikation auch sehr versiert ist. Sie haben gesagt, Wirecard hatte auch ein Kommunikationsproblem. Sind Sie mal auf die Idee gekommen, mit der „Financial Times“ Kontakt aufzunehmen in der ganzen Phase jetzt seit 2017?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich hatte mit der „Finan- - Übrigens habe ich gelegentlich auch mal ein „op-ed“ bei der „Financial Times“ geschrieben. Also, ich hatte mit denen immer mal wieder auch Kontakt.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber nicht zu Leerverkäufen!)

Cansel Kiziltepe (SPD): Haben Sie die dann auch angesprochen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wie bitte?

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber nicht zu Leerverkäufen!)

- Nicht zu Leerverkäufen; da haben Sie wohl recht, ja. Ich habe es ihnen auch nicht angeboten. Aber das ist - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr zu Guttenberg, wenn Sie etwas näher ans Mikro kommen. Wir streamen hier in sechs andere Säle. Und mir wurde gerade zugetragen, je weiter Sie vom Mikro weggehen, desto schlechter wird der Ton.

(Heiterkeit - Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was für eine physikalische Erkenntnis! - Gegenruf der Abg. Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hammer, oder?)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Man könnte das aber auch mal länger machen hier, für die Zukunft; sonst muss man immer so sitzen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Man kann nicht wirklich bequem sitzen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich bin für vieles hier zuständig, aber nicht für die baulichen Maßnahmen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, gerne. Ich spreche etwas lauter ins Mikrofon, dass die Kollegen von der schreibenden und sendenden Zunft es dann nebendran auch entsprechend mitbekommen. - So. Wir waren jetzt wo?

Cansel Kiziltepe (SPD): Ob Sie zur „Financial Times“, zu Dan McCrum oder irgendwelchen Shortsellern, die -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Frau - -

Cansel Kiziltepe (SPD): - damit konfrontiert waren, hier zu spekulieren, Kontakt aufgenommen haben.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Es gab ja, wie ich geschildert habe, für uns auch keinen Anlass und Grund, es zu tun. Ich hätte, wie gesagt, gerne wie, glaube ich, alle anderen und viele auch aus dem journalistischen Bereich - das muss man auch mal sagen - die - - Ich kann mich an nicht nur eine Stimme - - mehrere Stimmen letzten Jahres, gerade aus der Zunft, die vor Häme gar nicht genug Purzelbäume machen konnten, was die „FT“ anbelangte, ja - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich meine, Sie haben auch erzählt vom World Economic Forum und hier und da. Sie sind ja viel unterwegs auf dem internationalen Parkett und treffen ja auch die ganzen Journalisten. Da hätte man ja mal fragen können.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, aber noch mal: Ich bin jetzt nicht jemand, der sagt: Ich habe jetzt einen kritischen Artikel einer Zeitung gele-

sen über ein Unternehmen, mit dem wir verbunden sind - in irgendwelcher Form auch immer -, jetzt gehe ich ganz gezielt mal auf die Zeitung zu.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, Sie haben nicht gefragt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, die „FT“ habe ich nicht gefragt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Ich habe noch eine letzte Frage, zur Bezahlung. Sie haben gesagt, Sie hatten eine erfolgsabhängige Vergütung. Können Sie zu den einzelnen Komponenten noch mal was sagen? Gab es da auch Stock-Options oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das ist die eine Frage. - Die zweite Frage: Haben Sie auch darüber gesprochen, wenn der Markteintritt in China erfolgreich ist, dass man über weitere Aufträge dann noch mal zusammenkommt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nach meiner Erinnerung: Letzteres nein. Also, aber, ich meine, das ist ja nie auszu- - Wir sind ja immer davon ausgegangen, als wir diesen Vertrag geschlossen haben, dass wir es mit einem seriösen Unternehmen zu tun haben und dass wir uns grundsätzlich dann - etwas, was wir immer sagen - gerne auch langfristig an ein Unternehmen binden, wenn man sich gegenseitig vertraut. Dass dieses Vertrauen mittlerweile fundamental erschüttert ist, darüber brauchen wir nicht reden.

Die erfolgsabhängige Komponente war an das China-Geschäft gebunden, und sie war - ich habe aber jetzt hier die genauen Zahlen nicht im Kopf - daran gebunden, dass man in - - Ich glaube, es war begrenzt auf einen Zeitraum von vier Jahren, nachdem das Closing von diesem Deal stattgefunden hätte, und wäre gebunden gewesen dann an die Erfolgsentwicklung dieses Unternehmens. Die Zahlen habe ich aber genau nicht im Kopf. Dass es dazu nicht kam, wissen wir auch, und ich glaube, da mit Zahlen um sich zu schmeißen, was das in der Konsequenz bedeutet hätte, wäre reine Hypothese jetzt hier.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber hätten Sie auch Stock-Options gehabt, also - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Gar nicht. Okay. - Und wenn alles gut gegangen wäre, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Kiziltepe.

Cansel Kiziltepe (SPD): - wie viel Geld hätten Sie bekommen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Bitte?

Cansel Kiziltepe (SPD): Wenn alles gut gegangen wäre, wie hoch -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Letzte Frage.

Cansel Kiziltepe (SPD): - wäre die Vergütung gewesen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Och, wissen Sie, am liebsten hätten wir, glaube ich, wahrscheinlich 100 Milliarden verdient. - Nein, ich weiß es nicht. Es ist eine Hypothese. Ich weiß es nicht. „Wenn alles gut gelaufen wäre“: Das ist eine hypothetische Frage, und ich könnte es Ihnen nur hypothetisch beantworten. Das will ich hier nicht machen.

(RA Prof. Dr. Christian Schertz: Sie müssen es auch eigentlich nicht!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Kollegen der FDP-Fraktion. Dr. Florian Toncar, bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich will noch mal zurückkommen auf den 03.09. und noch mal rekapitulieren. Sie hatten vorhin ausgesagt, dass Sie zunächst einmal sich nicht sicher waren, ob es eine Gelegenheit geben würde, der Bundeskanzlerin gegenüber das Thema Wirecard anzusprechen, dass Sie aber vorbereitet gewesen seien. Aber wenn ich es auch richtig aufgefasst habe, waren Sie ja noch auf mindestens ein anderes

Unternehmen gewissermaßen vorbereitet, hatten das dabei. Der Name wurde vorhin schon genannt; will ich gar nicht vertiefen. Wie viele Unternehmensportfolien, Kurzinformationen hatten Sie sozusagen in Reserve für den Fall, dass sich eine Gelegenheit zur Ansprache geboten hätte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, das ist nun wirklich nach meiner Einschätzung nicht Gegenstand.

(RA Prof. Dr. Christian Schertz: Nee!)

Aber ich bin trotzdem - - Ich sage jetzt auch noch mal gerne einen Punkt: Ich habe in dem Gespräch mit der Frau Bundeskanzlerin - - weil Sie ja jetzt insinuiert auf das ominöse Unternehmen Augustus, nehme ich mal an, oder?

Dr. Florian Toncar (FDP): Darauf kommt es mir nicht an.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Doch, doch, darauf - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Mir geht es um was ganz anderes, und deswegen ist übrigens Ihre Einschätzung auch falsch, dass es nicht relevant ist.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Okay; aber dann gebe ich Ihnen trotzdem kurz dazu sozusagen noch mal - - Das Unternehmen Augustus habe ich im Gespräch mit der Bundeskanzlerin als Unternehmen überhaupt nicht angesprochen. Wir hatten über neue Technologien gesprochen, und wir hatten über Artificial Intelligence gesprochen. Und im Rahmen der Diskussion über Artificial Intelligence hatte ich gesagt, dass ich momentan in New York mit einem Unternehmen verbunden bin, das von zwei jungen deutschen Gründern, von zwei Deutschen, gegründet wurde. Und darauf hat sie so was Ähnliches gesagt: „Ist ja interessant; wir machen jetzt auch relativ viel in der Regierung mit AI“, ob ich denn die beiden Namen der beiden Gründer nicht mal an Frau Christiansen weitergeben könnte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

So. Und genau das habe ich danach - - Und diese zwei Gründer habe ich dann in einer E-Mail entsprechend weitergeleitet. So. Das ist der gesamte Hintergrund zu dem Komplex, der auch in wildesten Wirrungen und Schleifen, in den tollsten Artikeln durch die Medien gejagt wurde. Und das zu dem Hintergrund. Also - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber meine Frage haben Sie natürlich jetzt trotzdem nicht beantwortet, sondern Sie haben noch mal was gesagt, was ich gar nicht gefragt hatte, weil Sie vermutet haben, dass ich Sie da irgendwo - - Das geht mir gar nicht darum.

Meine Frage ist eigentlich was anderes. Wenn jemand sagt: „Eigentlich kam ich ein bisschen so dazu, spontan, dass es eine Gelegenheit gegeben hätte, das anzusprechen; aber es war nicht die Absicht“, und gleichzeitig hat er fünf Portfolien dabei, dann ist das was anderes, als wenn er eins dabei hatte. Sie verstehen das sicher.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich hatte keine fünf Portfolien dabei, auch keine drei - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber zwei.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich hatte auch keine zwei dabei. Ich hatte - - Das Einzige, was ich gesagt habe, ist: Wenn es passt und wenn ich mich dran erinnere, dann würde ich das China-Thema ansprechen, so wie ich es hier geschildert habe. Das andere war überhaupt nicht geplant, mit keinem Portfolio versehen, und das hatte auch überhaupt keinen Kontext gehabt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Einverstanden. Das ist für mich auch eine Aussage. Genau darauf wollte ich ja auch raus. - Dann würde ich gerne noch mal wissen: Sie haben die Strenge der People's Bank of China betont und da vor allem darauf abgestellt, dass man Wert drauf gelegt hat, dass AllScore seine Verpflichtungen, Strafen etc. erfüllt, und weiterhin auch, dass das Thema Glücksspiel oder Pornografie irgendwie im Griff ist. Hat denn die People's Bank of China darüber hinaus sich auch mal für die Solidität des Erwerbers, also der Wirecard AG, interessiert?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nach meiner Kenntnis nicht. Aber ob sie es letztlich getan hat, weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Was eigentlich in solchen Verfahren - jedenfalls in Deutschland - die erste Frage wäre: Was ist denn das für ein Erwerber? Und wir hatten im Herbst ja nun auch, zumindest im Oktober, mit dem „FT“-Bericht vom 15.10. tatsächlich den Bilanzfälschungsvorwurf unter Nennung der Tochtergesellschaften, in denen das ablief.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist eine sehr berechtigte Frage, Herr Abgeordneter; aber ich bin kein Mitglied der People's Bank of China.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut. Nein, nur, Sie hatten die These vertreten, dass die so streng gewesen seien, was in Ihrem Beobachtungsbereich - ich will das nicht in Abrede stellen - so gewesen sein mag. Aber mich verwundert das trotzdem ein bisschen, dass sie sich mehr um das Thema Glücksspiel als um das Thema Bilanz gekümmert hat. Aber was soll man sagen? Unsere deutschen Aufsichtsbehörden haben es ja nun auch nicht besser gemacht.

Ist Ihnen irgendwie aufgefallen möglicherweise - ist eine offene Frage -, dass sich die Haltung der deutschen Botschaft in Peking im Laufe des Novembers skeptischer dargestellt hat gegenüber dem AllScore-Erwerb als vorher?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ist es mir nicht, weil mir ja auch über diesen gesamten Komplex mit der deutschen Botschaft erst dann nachher sozusagen Bericht erstattet wurde.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben im Zuge der AllScore-Übernahme bei der Vorbereitung Erwägungen auch eine Rolle gespielt, dass das mögliche Synergien auch mit anderen Teilen des Asien-Geschäfts begründen könnte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nicht nach meiner Kenntnis.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Sie haben erwähnt, dass Bundesfinanzminister Scholz Anfang 2019 - das ist ja auch bekannt - sich eingesetzt hat für das Thema. Haben Sie von irgendeinem Engagement des heutigen Bundesfinanzministers Olaf Scholz zwischen Januar 2019 und September 2019 was mitbekommen? Hat er da noch mal eine persönliche Rolle gespielt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Sie haben angesprochen, dass es der Plan gewesen ist von Wirecard, in Nordamerika an, sagen wir mal, sehr prestigeträchtige Kunden wie Uber oder - - ich glaube, Facebook war es, jedenfalls bekannte, große Kunden zu kommen. Was ist daraus geworden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Unsere Aufgabe war es, die Introductions zu machen dort, und das ist dann die Aufgabe des Unternehmens von Wirecard gewesen, sich entsprechend um das Follow-up zu kümmern. Also, ich weiß nicht, in welcher Form es zu Kooperationen kam oder ja oder nein; das weiß ich nicht. Da fehlt mir die Kenntnis.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nun haben Sie, wenn Sie das Nordamerika-Geschäft ja dort auch sozusagen unterstützen wollten bei der strategischen Entwicklung oder der Gewinnung von Kunden oder Industriepartnerschaften, wie Sie ausgesagt haben - - hatte Wirecard ja auch vor 2016 schon eine Historie in Nordamerika. Sie mussten das Thema Onlinegambling dort irgendwann beenden, weil das lange schon illegal war. Und dort gab es also ganz dubiose Zahlungsströme auch. Hat das 2016 irgendwo noch eine Rolle gespielt? Ist das irgendwo aufgetaucht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nichts zu meiner Kenntnis.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nichts. Okay. - Dann habe ich noch eine Frage: Wie oft werden Sie generell so für Edelman tätig? Sie haben ja gewissermaßen dann irgendwann im Dezember mit der

SMS oder mit der Textnachricht, die Sie geschildert haben, an Herrn Braun mit der Anregung, kommunikativ was zu machen, im Grunde den Hut von Spitzberg abgesetzt und sind eher so in eine Rolle in Bezug auf Edelman gelangt und in Richtung Kommunikation. Wie oft passiert das?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich sitze, Herr Abgeordneter, auf dem Board von Edelman, also - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich weiß; das haben Sie ja ausgesagt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So. Und da werden Sie halt schon einmal so oft tätig, wie Sie Board Meetings haben. Die sind ein paarmal - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich meinte jetzt eher in Bezug auf konkrete Mandate, die Sie vielleicht anbahnen, vermitteln oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, ich meine, natürlich - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist kein Vorwurf. Sie fühlen sich so ein bisschen - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir sind in einer freien Wirtschaft - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Mir geht es eher um eine objektive Darstellung.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir sind in einer freien Wirtschaft, und wenn ich das Gefühl habe, dass man, ich weiß nicht, mit einem CEO spricht und sagt: „Hier, man merkt, dass es möglicherweise eine Verbesserung in der PR, in der Kommunikation geben könnte“, ist es etwas, was man anspricht. Aber wie oft ich das mache, kann ich nicht sagen. Manchmal macht man vier Monate gar nichts, und manchmal macht man an einem Abend, wo man eine Runde hat mit zehn Wirtschaftsführern - - hat man plötzlich sechs, die es interessant finden, sich mit Edelman auseinanderzusetzen. Ich habe Ihnen aber auch gesagt, dafür gibt es allerdings keine Provision.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Habe ich auch verstanden und auch nicht insinuiert. Und das steht auch nicht mit mir nächste Woche irgendwo in der Presse. Aber noch mal die Frage: Wie viele Edelman-Tätigkeiten hatten Sie denn, wo Sie aktiv eine Rolle gespielt haben Anfang 2020? Dass man das einordnen kann: War das das Einzige? Dann fände ich es auffälliger, als wenn Sie sagen: 10, 20.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein,* das war ja in dem Sinne auch keine Edelman-*Tätigkeit.* Ich wurde von Edelman gefragt, ob ich an diesen beiden Telefonkonferenzen teilnehmen will. Und das hatte ich dann zugesagt. Ansonsten beschränkt sich meine Edelman-Tätigkeit* auf das Board, ja? Und wenn Sie als Board- - Aber das wird im Zweifel von jedem Board Member - - Das werden Sie in jedem Unternehmen haben: Wenn Sie sehen, dass es eine Business Development Opportunity irgendwo gibt, dann sprechen Sie die an.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich entnehme dem jetzt: Sie haben kein weiteres Beispiel genannt. Das halte ich einfach fest, und das ist dann doch auch zum Einordnen hilfreich.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Also, Herr Toncar, wenn Sie jetzt insinuiieren wollen sozusagen, dass die Konzentration Anfang 2020 bei mir im Wesentlichen auf dem Wechselspiel von Edelman und Wirecard lag und Sie das sozusagen entsprechend so nach außen tragen wollen, dann ist das falsch. Ich habe sehr wohl mit Edelman auch - - Also, Sie denken an die Unternehmen, mit denen Sie verbunden sind, wenn Sie Gespräche führen. Ich kann sicher sagen, dass ich im Januar, Februar mehrere Gespräche über Edelman mit anderen auch geführt habe. Aber das hat hier in diesem Untersuchungsausschuss überhaupt nichts zu suchen, mit Verlaub, ja?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr zu Guttenberg, haben Sie denn die PR-Agentur

Edelman für das Wirecard-Mandat vermittelt oder dafür Leistungen erhalten?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich habe dafür keine Leistungen erhalten. Und ich habe vorhin in meiner Aussage relativ deutlich gesagt, dass ich nicht weiß, ob das Mandat letztlich auf meine Vermittlung zustande kam, weil ich im November einmal dieses Schreiben - - gesagt habe: Ich würde empfehlen, dass es bei der Roadshow in Europa, die stattgefunden hat, auch zu einem Treffen zwischen Richard Edelman, dessen Roadshow - - neben anderen CEOs auch zu einem Treffen mit dem CEO von Wirecard kommt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, das reicht mir. Aber es floss kein Geld. - Haben Sie bzw. Ihre Gesellschaften Markus Braun oder ihm zurechenbare Personen oder Gesellschaften zusätzlich zum Wirecard-Mandat beraten?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Warum sollte ich?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Kann ja sein. Gut. - Dann möchte ich Sie noch fragen: Haben Sie Kenntnisse davon, dass die Agentur StoryMachine für Wirecard tätig war?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann würde ich Sie gerne fragen, ob Sie zu irgendeinem Zeitpunkt sich mit österreichischen Politikern oder ehemaligen österreichischen Politikern oder Vertretern aus dem österreichischen Sicherheitsapparat über Wirecard ausgetauscht haben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich gerne über meinen Mitarbeiter eine Akte vorhalten lassen. Ich würde um die Unterbrechung der Zeit bitten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Unterlagen)

- Die MAT-Nummer?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Bitte?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Welche Nummer?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Die trage ich nach. - Dort befindet sich auf der linken Seite ein Absatz 2. Wenn Sie sich den kurz durchlesen würden.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Absatz oder Punkt 2?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Punkt 2, Verzeihung; Nummerierung 2. - Okay, ich würde Sie gerne dazu fragen, ob nach Ihrer Kenntnis der Aktivitäten auch der Bundesregierung im Zusammenhang mit Wirecard - dort wird ja von einem Treffen zwischen einer chinesischen Amtsperson und einer deutschen Amtsperson gesprochen - - ob Sie eine Idee, Vorstellung haben, welche deutsche Amtsperson gemeint sein könnte?

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Noch mal, Entschuldigung. Jetzt habe ich zwei Sachen gehört. Verzeihen Sie bitte, Herr De Masi. Noch mal, bitte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dort wird ja von einem Treffen zwischen einer chinesischen Amtsperson gesprochen und einer mit einer Abkürzung, einem Buchstaben, versehenen Amtsperson. Würden Sie meine Einschätzung teilen, dass es sich dort um Olaf Scholz handelt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter De Masi, Entschuldigung, ich kann es nicht einordnen; deswegen weiß ich es nicht. Also - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, das reicht ja.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, gut, also, ich kann es tatsächlich nicht einordnen, und ich weiß auch wirklich nicht, welche Treffen der Bundesminister in China in den letzten Jahren hatte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich Sie nur fragen: Aus der Kenntnis Ihrer Tätigkeiten oder von Spitzberg für Wirecard, würden Sie den Eindruck bestätigen, dass eben Wirecard nicht zufällig priorisiert wurde im Rahmen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs, sondern es auch einen aktiven Austausch mit Wirecard darüber gab, dass der deutsch-chinesische Finanzdialog in Ihrem Interesse gestaltet werden könnte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Darauf habe ich in meinem Statement bereits hingewiesen, Herr Abgeordneter, dass wir den Eindruck hatten und dass während des Jahreswechsels nach unserer Kenntnis auch Gespräche direkt zwischen Wirecard und der Botschaft stattfanden über eine Positionierung, zumindest des Anliegens, in dem Finanzdialog. Nach unserer Kenntnis ist zwar Wirecard in diesen - wie sagt man da? - Findings oder was auch immer nicht explizit genannt worden; aber es war wohl ein Punkt, der genau diesem Anliegen entsprach.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Darauf will ich auch hinaus.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist unser Kenntnisstand.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Verzeihung, ich falle nicht gerne aus Unhöflichkeit ins Wort, sondern aus zeitökonomischen Gründen. - Mein Eindruck aus den mir bekannten Akten ist, dass Wirecard durchaus als eine Priorität behandelt wurde, durchaus als ein politischer Erfolg, den man auch vorweisen wollte im Rahmen dieses Finanzdialogs, und das auch so verstanden wurde, auch von der Botschaft. Und deswegen: Was ich noch nicht zusammenbekomme, ist, dass einerseits über einen sehr langen Zeitraum dieser Prozess



Nur zur dienstlichen Verwendung

vorbereitet wird, Wirecard aber immer wieder ein Thema ist, und dann sind Sie rein zufällig bei der Kanzlerin. Deswegen will ich hier noch mal ansetzen mit meiner Frage: Sie hatten auch gar nicht im Blick, dass der Zeitpunkt Ihres Treffens sich ja auch anbietet, weil die Kanzlerin ja bald nach China fahren wird, was ja eine öffentlich bekannte Information war?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich hatte Ihnen das ja geschildert. Ich hatte das vorhin auch - - Ich lese Ihnen das gerne noch mal vor. Warten Sie schnell.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie brauchen das nicht vorlesen. Also, es - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nein. Wir sollten da schon sehr genau sein. Warten Sie mal schnell.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie mal die Zeit stoppen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ursprünglich hatte ich nicht geplant, sie zu unterrichten, weil ich es im BMF in den richtigen Händen gewähnt habe. - Hatte ich gesagt gehabt. So.

Meine Mitarbeiter, die von dem Termin wussten, sagten mir dann kurz vor diesem Termin, dass sie den Hinweis über ihre Kontakte vor Ort bekommen hätten, dass ein Schritt von dieser Tragweite in ihren Augen der Kenntnis und Zustimmung der politischen Spitze bedürfte und dass sich dafür die anstehende Reise anbieten würde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich gern noch einmal fragen, ob Ihnen - - Da Sie ja sich auskennen auch in den technologischen Aspekten auf dem Finanzmarkt in den USA: Sind Ihnen bekannt, sage ich mal, die Rahmenbedingungen für die Behandlung von Onlineglücksspielen in den USA gemäß Unlawful Gambling Act aus dem Jahre 2005, 2006?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, da bin ich noch nicht mal im Detail bewandert, was das anbelangt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Das heißt, Sie hatten bislang auch keine Kenntnisse, dass die Zahlungsabwicklung für Onlineglücksspiele in den USA verboten ist.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich habe zumindest jetzt keine aktive - - Ich habe mich damit wirklich nicht in der Form befasst.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie jemals Treffen mit Vertretern des Wirecard-Managements in den USA gehabt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich selbst nicht nach meiner Kenntnis, nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hat Ihre - - Spitzberg oder andere, haben Sie da Kenntnisse von solchen Treffen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, wir wurden ja unter anderem gebeten, diese Infos* zu den Techunternehmen an der Westküste, unter anderem an der Westküste, und auch an der Ostküste zu machen. Und ich glaube, dass bei mindestens einer dieser Reisen, ob es jetzt Herr Gartzke war oder ein anderer meiner Mitarbeiter, durchaus dabei war.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich frage deswegen, weil es bekannt ist, dass zum Beispiel Vertreter des Wirecard-Managements sogar befürchtet haben sollen, in den USA verhaftet zu werden bei Einreise, weil Zahlungsabwicklung für Onlineglücksspiel - Poker ist ein umstrittener Bereich; das wird oft als Geschicklichkeitsspiel gewertet - in den USA strafbewehrt ist. Und man ging davon aus, dass Wirecard gerade durch diese Verschärfung der Gesetzgebung sich neue Geschäftsfelder erschließen musste. Das war das erste Puzzlestück, über das die Marktbeobachter stolpten. Deswegen frage ich mich, wenn Sie so eine intensive Recherche machen, auch in China, warum Ihnen das nicht bekannt war, wenn Sie so ein - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war mir nicht bekannt. Und das, was Sie gerade schildern, ist mir tatsächlich auch nicht bekannt. Das höre ich zum ersten Mal.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. Meine Zeit ist um. Vielen Dank. - Ich werde die MAT-Nummer noch gerne nachtragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Gut, dann ist jetzt Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen dran.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr zu Guttenberg, Sie hatten ja in Ihren Ausführungen auch auf den deutsch-chinesischen Financial Dialogue verwiesen. Ich zitiere ihn da mal. Da heißt es in Punkt 30:

The Chinese side welcomes capable and willing German-funded enterprises to enter the Chinese payment service market on a nationwide scale to enhance the overall strength of the industry.

Das liest sich ja so für mich, dass der Punkt speziell für Wirecard da aufgenommen wurde. Können Sie rekonstruieren, wie dieser Punkt 30 es in die Abschlusserklärung geschafft hat?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter Dr. Bayaz, wie ich bereits gesagt habe, waren wir sozusagen an dieser Formulierung weder beteiligt, noch haben wir sozusagen da irgendjemandem die Hand oder die Schrift geführt, sondern das ist offensichtlich zustande gekommen in dem direkten Dialog, der zwischen Wirecard und der Botschaft bestand.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben auf die Meilensteine vorhin verwiesen, also die Sie mit Ihrem Mandanten, mit Ihrem Kunden, haben, dass sozusagen die Erwähnung oder irgendwie auch nur in die Richtung - - war nicht Teil -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, war nicht Teil.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - eines Meilensteins. - Lassen Sie uns noch einmal kommen zu der Telefonkonferenz Herr Braun und Herr Edelman. Das war ja ein besonderer Zeitpunkt, ja? Die warten da auf ein Sondergutachten. Also, da ging es um Krisenkommunikation. Wie muss ich mir das vorstellen? Also, es sollte ja um kommunikative Beratung gehen. Können Sie dazu vielleicht noch mal was sagen? Sie sagten vorhin, Sie können sich nicht an alles erinnern; aber vielleicht bemühen Sie sich noch mal.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja. Nein, ich bemühe mich dahin gehend, dass ich Ihnen das noch mal vorlese, weil das wirklich meiner Erinnerung entspricht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee, vorlesen - - Ich glaube, dann - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, gut. Dann muss ich es dabei belassen, nicht? Also, das ist - - Wissen Sie, Herr Dr. Bayaz, ich werde jetzt nicht in eigenen Worten noch mal schildern, was ich wirklich versucht habe mit sehr viel Intensität hier niederzuschreiben.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. Dann springe ich auch, nicht weil ich unhöflich bin. Es ist halt: kleine Fraktion, sechs Minuten, wenig Zeit. Sehen Sie es mir nach. - Okay. Sie sagten, am 22. oder 23.06. diesen Jahres haben Sie das Mandat beendet.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Am 23.06. dieses Jahres.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer genau hat das beendet? Sie haben das entschieden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nee, das hat Herr Dr. Gartzke beendet, glaube ich, mit einem - - nehme ich an, also, dass er das - - weil er da auch sozusagen der unterschreibende Vertragspartner auf den Verträgen jeweils war.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in der Laufzeit von vier Jahren: Gab es einen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Moment, wo Sie intern diskutiert haben, erörtert haben, vielleicht auch mal informell mit Herrn Gartzke „one-on-one“, ob man sich von dem Mandat trennt? Oder war das bis zu dem Zeitpunkt nie ein Thema?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Es war, ich würde mal sagen, bis zu dem Zeitpunkt, wo ich das Gespräch, dieses letzte Gespräch mit dem CEO von Wirecard, gesucht habe, kein Thema.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anfang Februar.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das letzte, im Juni.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die 760 000 Euro, die Sie sozusagen Gesamt-Revenues mit Wirecard gemacht haben, lässt sich das ausdrücken in Beratungsstunden, die Sie da vielleicht gebucht haben? Also, wie viel - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das hatte ich ja vorhin auch schon geschildert. Übrigens, die habe nicht ich eingenommen, sondern die hat die Company eingenommen, und die hat ja tatsächlich auch Mitarbeiter und Ähnliches. So. Also, im Wesentlichen war es von der Komponente geprägt, die einen „monthly retainer“ betraf. Also - - Und da habe ich ja gesagt, der bewegte sich meistens im Rahmen 10 000 Euro, und bei besonderen Anforderungen ging der auch mal auf 20. Und dann gab es eine Komponente, die an gewisse Benchmarks gebunden war. Das war dann wiederum nur mit dem China-Geschäft verbunden. Und, wie ich sagte, zu der dritten Komponente kam es ja letztlich nicht mehr, weil es ja auch nicht zu dem AllScore-Deal dann kam.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sagten „ergebnisorientiert“. Heißt für mich - das Projekt „Heron“, hieß es, ne? - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Projekt „Heron“, richtig.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Also, wenn das sozusagen erfolgreich über die

Bühne gegangen wäre, dann hätte das noch mal weitere Zahlungen ausgelöst.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das ist aber auch nicht unnormal in diesem Geschäft.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stelle ich auch nicht infrage. Ich wollte es verstehen, ja? Wir lernen ja alle gerne dazu. - War Ihnen - Sie hatten vorhin den Indien-Deal angesprochen - diese Indien-Geschichte zu dem Zeitpunkt bekannt, vielleicht auch, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass dort ein Unternehmen gekauft wurde, was dann wenige Monate später für den zehnfachen Kaufpreis veräußert wurde?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nach meiner Erinnerung nicht. Und ich habe das bewusst auch in meine Stellungnahme, diesen Indien-Deal, noch mal eingebaut, weil ich glaube, dass in den beiden Punkten, wo ich das benannt habe, man da tatsächlich auch eine Abgrenzung sehen kann. Aber die Kenntnis, die ich über den Indien-Deal habe, habe ich lediglich aus der Medienberichterstattung nach dem Zusammenbruch des Unternehmens.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten vorhin auch gesprochen, es gab Übernahme an Banklizenzen, an Banken. Sagt Ihnen in dem Kontext das „Project Panther“ etwas?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da geht es um die Idee der Übernahme der Deutschen Bank durch Wirecard.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ach, so wurde das genannt. Okay, also das ja. Das habe ich aber auch nur den Medien entnommen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war sozusagen, bevor das öffentlich war, auch nie Thema; Name „Deutsche Bank“ ist da nicht gefallen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ist nie gefallen. Aber ich habe eben aus der Kenntnis, die ich aus den Medien jetzt wiederum nach dem Zusammenbruch hatte, wo diese Deutsche-Bank-Geschichte auftauchte, kurz diese eine Erinnerung noch mit hineingenommen aus dem Gespräch damals im „Bayerischen Hof“, wo eben auch über Übernahmen mit Banken gesprochen wurde; aber da wurde nie - - da wurde keine Deutsche - - da wurde überhaupt keine Bank benannt. Also, das kann ein völlig banaler Punkt gewesen sein; aber es kann auch ein Punkt gewesen sein, der vielleicht schon in irgendwelchen Köpfen geboren war. Das kann ich nicht sagen; das weiß ich nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit einem deutschen führenden Banker, also Bankvorstand, mal über Wirecard gesprochen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten vorhin gesagt: drei Kontakte direkt zu Wirecard. - Nur damit ich sichergehe: Mitglieder des Aufsichtsrates auch nicht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie irgendwie mit der Wirecard Bank zu tun?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Meines Wissens nicht. Unser Vertrag war lediglich mit der Wirecard AG.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es in dem Kontext Wirecard Kontakt, den Sie initiiert haben oder dergleichen mit US-amerikanischen oder österreichischen Politikern oder Spitzenbeamten?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und allerletzte Frage - sehen Sie es mir nach -, einfach nur, um genau zu sein, weil wir haben in

dem Ausschuss auch schon vieles erlebt. Sie sagten vorhin, Sie haben keine Aktien. Jetzt ist die Frage: Schreibt man „Sie“ klein oder groß, also auch Spitzberg als Investor? Auch nicht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. Vielen Dank. - Keine weiteren Fragen.

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ihre
Frau auch nicht?)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Meine Frau auch nicht, nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Dr. Bayaz. - Ich frage jetzt mal unseren Zeugen und seinen Rechtsbeistand - wir haben so die magische Vierstundengrenze der Beweisaufnahme überschritten -: Brauchen Sie eine kurze Pause, oder sagen Sie: „Eine Runde können wir noch durchziehen“?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Machen wir weiter; machen wir noch eine Runde. Ich habe hier einen Müsliriegel dabei. Wenn ich den Kolleginnen und Kollegen mit vollem Mund antworten kann, ist alles gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich bin da ganz leidenschaftslos. - Dann nehmen Sie mir das Magenknurren nicht übel, und dann passt das. - Dann ist jetzt dran CDU/CSU, Matthias Hauer. Bitte schön.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr zu Guttenberg, Sie hatten geschildert, dass der Vorstand, also der Vorstand von Wirecard, an der China-Thematik nicht besonders interessiert schien aus Ihrer Sicht. Wie haben Sie sich das damals erklärt? Ist Ihnen das nicht irgendwie komisch vorgekommen, weil es war ja schon ein wichtiges Thema sicherlich für Wirecard, und die gingen sogar davon aus, dass so ein Markteintritt auch schwierig wäre, wenn man das nicht auch politisch in irgendeiner Weise flankiert. Und dann ist der eigene Vorstand noch nicht mal so richtig da begeistert dahinter. Wie haben Sie sich das erklärt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Damals war meine Erklärung die, dass ich davon ausging, dass es einfach auch eine hanebüchene Unkenntnis über die chinesischen Potenziale und den Markt geben könnte. Im Nachhinein - aber das ist jetzt auch wirklich nur Spekulation; aber deswegen habe ich es auch genannt - mag es sein, dass dieses China-Geschäft eben tatsächlich nicht in das übliche Konzept hineingepasst hat.

Ich gebe aber wirklich auch nur das wieder, was meine Eindrücke sind. Insbesondere hat der Herr von Waldenfels in dem einen Gespräch eben explizit darum gebeten, noch mal das Gespräch mit dem Dr. Braun über diese China-Perspektive zu suchen, weil er eben nicht die entsprechende Unterstützung dort fühlte oder sieht; die genauen Worte habe ich jetzt nicht mehr im Kopf. Und das habe ich gerne wahrgenommen; aber ich habe mir jetzt dann da auch nicht mehr noch tagelang danach den Kopf zerbrochen, warum.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Der Herr Ley hat ja Ende 2018, im November, Bundesaußenminister Maas nach China begleitet im Rahmen einer Delegationsreise. Waren Sie da einbezogen als Spitzberg Partners?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, das habe ich bereits in meiner Stellungnahme gesagt: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann frage ich mal anders: Wissen Sie, ob das von einem anderen Mitbewerber von Ihnen vielleicht begleitet wurde?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie kam das überhaupt dazu? Sie hatten ja gesagt, Sie waren von 2016 an mit Spitzberg Partners da in Beratungsleistungen gegenüber Wirecard. „Mit Unterbrechungen“, haben Sie gesagt. Gab es da irgendwelche Erklärungen für diese Unterbrechungen oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war tatsächlich projektgebunden. Das Erste war die explizite Bitte - - Und das ist ja auch nicht unnormale, dass man sagt: Wir machen erst mal etwas ganz gezielt. Das war damals auf das Thema Blockchain-Beratung plus die Identifizierung eventueller Ziele - - Die waren aber eben auch interessiert, in den Blockchain-Bereich in den USA damals hineinzugucken, waren aber auch ganz schön ahnungslos, was Blockchain anbelangte. Daran erinnere ich mich noch, also zumindest aus der Rückkoppelung, die ich von meinem Team bekommen habe. Und das Projekt war schlichtweg nach drei Monaten abgeschlossen oder nach vier Monaten; einen Monat wurde es ja noch verlängert. Der Vertrag wurde auch nur auf diese drei Monate geschlossen, dass man sagt: So lange läuft das Projekt, und bis dahin habt ihr hoffentlich anständige Ergebnisse durch die Expertise, und dann sieht man weiter.

Und dann waren ein paar Monate Pause. Und dann hat nach meiner Erinnerung - - weiß ich nicht, wer den Kontakt wieder gesucht hat, ob das dann Wirecard oder Dr. Gartzke war; das weiß ich nicht - - fand man sich wieder zusammen und hat dann sich deren Wünsche angehört, und die waren eben ganz gezielt auf den nordamerikanischen Kontinent - - Also, das war dann Kanada, USA mit den Zielen, die ich Ihnen vorhin geschildert hatte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hatten Sie diese Überlegung, Thema „Lobbying oder Beratungstätigkeit“, diese Entscheidung, jetzt in diesem einen Fall dann doch ein Stück weit Lobbying zu machen, mit dem Herrn Gartzke erörtert, oder wie ist das abgelaufen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So wie ich es Ihnen geschildert hatte: dass das Team mich ja kurz vorher noch mal darauf hingewiesen hatte, dass das durchaus nutzbringend sein könnte, und ich dem Team dann eben gesagt habe - ich glaube, das war Herr Gartzke, mit dem ich da gesprochen hatte -, dass ich das tatsächlich aufgrund des Charakters dieses Gesprächs, das wir da führen - - höchstens zur Sprache kommt, wenn ich mich dran erinnere.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ihre Vergütung bei - - Also, Spitzberg Partners' Abrechnungen gegenüber der Wirecard AG hatten Sie uns ja gerade erläutert: im Wesentlichen monatliche Zahlungen. - Aber dann gab es eben, so habe ich Sie verstanden, für das China-Thema Benchmarks oder Meilensteine, die dann vergütet wurden. Können Sie noch mal sagen, was denn diese Meilensteine waren?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Alle habe ich jetzt nicht im Kopf; aber das war beispielsweise der Abschluss eines LoIs oder der Abschluss eines MoUs. Also, das sind so typische Beispiele, dass man halt - - und dann entsprechende Elemente des Closings und, und, und. Aber es war jetzt da in meinen Augen wirklich nichts Ungewöhnliches dabei.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber zum Beispiel jetzt nicht die Ergebnisse des Finanzdialogs.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich schon angesprochen, Herr Abgeordneter: Das war explizit nicht Teil. - Und wir waren daran ja, an diesem Finanzdialog, auch nicht beteiligt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten ja vorhin gesagt zu dem Thema Lobbyarbeit: Das war nicht im Vertrag, und da wurde ich auch nicht für bezahlt. - Aber das ist natürlich vor dem Hintergrund, wenn man Meilensteine vereinbart, nicht ganz so abgrenzbar. Da geht es ja um den Erfolg, den man erzielt. Und wenn dann vielleicht Lobbyarbeit doch zum Erfolg beiträgt, würden Sie das dann nicht doch auch als Bezahlung dieser Lobbyarbeit verstehen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Die Erwartungshaltung wurde* auch ganz klar von Wirecard nicht geäußert. Und wir haben auch eines deutlich gemacht: Wir sind bereit, zu unterstützen bei einer Strategie - und das ist bei einem Eintritt in China oder in einen schwierigen Markt überhaupt nicht ungewöhnlich -, wie man beispielsweise letztlich auch die entsprechende politische Unterstützung bekommt. Wir sind aber nicht bereit, diese politische Unterstützung selbst zu geben oder das sozusagen selbst vorzunehmen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir wären dann so weit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Ich gucke noch mal zum Kollegen Brehm. - Gut, CDU/CSU ist durch. Dann bin ich dran. - Ich habe eigentlich nur noch mal ein paar Verständnisfragen. Sie haben ja gesagt: Wir wollen da besser werden. - Jetzt hatten Sie den Artikel, den Sie verfasst hatten zu Leerverkäufen. Wir hatten ja Dan McCrum hier, und ich habe auch mit vielen Ex-Kollegen darüber gesprochen, auch in Übersee mit einigen Kollegen mal gesprochen, und die testieren unisono Deutschland eine viel zu positive Haltung gegenüber Menschen, die „lang“ gehen, also einen Call erwerben. Und die Shortys oder diejenigen, die dann eben entsprechend so agieren am Markt, die haben von vornherein ein schlechtes Image. Nun ist mir dann noch mal erläutert worden: Die gehen mit einem viel größeren Risiko eigentlich rein. - Es gibt wie sicherlich auf jeder Seite gute und schlechte Absichten. Also, das könnte ich mir bei Calls oder wenn jemand „lang“ geht im Markt, auch vorstellen. Würden Sie nicht als Erkenntnis nennen, wenn wir jetzt „Financial Times“ nehmen - Sie haben es jetzt zwar anders geschrieben -, aber dass wir doch mal eine andere Sicht der Dinge auf Menschen und Unternehmen haben sollten, die auch durchaus aggressiv dann natürlich Leerverkäufe eingehen und damit eben „short“ gehen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Vorsitzender, ich habe wirklich meine Grundüberzeugung, was Shortselling anbelangt, in diesem Artikel kundgetan. Und davon rücke ich nicht ab. Das hat natürlich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich hatte jetzt einen Erkenntnisprozess mit den Dingen, die wir jetzt seit Frühjahr bis heute erlebt haben und dass da einige wohl eine gute Expertise hatten mit der „Financial Times“ zusammen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich glaube, dass - - Also, ich bin immer noch nicht überzeugt davon, dass das Prinzip Shortselling eines ist, was durchgehend nur nutzbringend ist, sondern ich - - Und insbesondere glaube ich mich richtig



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu erinnern, dass in dem Artikel, den ich allerdings, seitdem ich ihn verfasst habe, jetzt auch mir nicht mehr angeguckt habe - - Deswegen kam der für mich heute auch wirklich überraschend, ja? Vielleicht kann mir mal jemand noch mal eine Kopie geben, auch dass ich vielleicht auch noch mal drübergucken kann. Also, irgendjemand wird den ja haben hier. Dass ich vor dem Hintergrund - - Also, vom Grundsatz her bleibe ich bei meiner Aussage hier. Ich glaube mich aber auch zu erinnern, dass ich nach einer entsprechenden Regulierung da verlangt habe in dem Artikel bzw. ich einfach als Gegner da eine relativ klare Haltung habe.

Es gibt insgesamt aus der Erfahrung Wirecard unzählige Sachen, die es zu verbessern gilt, unzählige Dinge. Und in manchen mag ich eine kleine Expertise mitbringen, in anderen habe ich überhaupt keine Expertise. Also, wenn mich jetzt noch mal jemand fragt, wie man die BaFin letztlich besser aufstellen kann, dann werde ich sie weiter mit so hohlen Augen anschauen, wie ich es bereits getan habe, weil ich mich da einfach nicht auskenne. Und wenn ich mir allerdings - -

Ich meine, ich war beispielsweise damals auch im Verwaltungsrat von der KfW. Da sind einige Mitglieder in dieser Runde auch drin oder einer zumindest oder war einer zumindest drin; ich weiß es jetzt nicht. Also, ich meine, das ist halt immer die Frage: Was hätte man tun können oder müssen, auch da? Und 100 Millionen ungesicherter Kredit ist etwas, was nach meiner Erinnerung damals der Verwaltungsrat schon mitbekommen hat. Und - - So. Also, die Frage muss sich halt wirklich jeder selber stellen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Für mich jetzt noch mal wichtig, weil ich möchte tatsächlich - vielleicht ist das auch naiv -, dass wir alle was mitnehmen und dass wir eine kritische Grundhaltung alle zusammen entwickeln: Wie sieht so ein Tag bei Ihnen aus? Also, ich gehe jetzt davon aus - ich schließe jetzt mal von meiner Person auf Ihre Person -, dass man da morgens schon mit einer Presseschau beginnt und sagt: Okay, das, was in meinem wirtschaftlichen oder in meinem Ressort liegt - für Sie als Unternehmensberatung -, scanne ich durch. - Vielleicht gehört für uns alle

dann zukünftig die „Financial Times“ mit einer anderen Gewichtung ihrer Glaubwürdigkeit dazu. Wäre das ein Erkenntnisgewinn?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Dass man, ich glaube, rückblickend die „Financial Times“ nicht genug preisen kann, erschließt sich für uns alle, und dass man sich auch Gedanken machen muss, inwieweit es mit dem investigativen Journalismus im eigenen Lande gediehen ist, darf man sich vielleicht auch mal fragen.

Ich meine, da kam außer der „FT“ nun tatsächlich keiner drauf. Und wenn ich mich erinnere: Die nächste investigativ interessante Frage, die man irgendwo lesen konnte, war in der „Wirtschaftswoche“ vom Mai 2020. Und davor, wie ich gesagt habe, gab es nicht wenige, die auch ihrer Häme gegenüber der „FT“ Ausdruck gegeben haben. Egal, es ist ja auch wurscht.

Aber die - - Weil Sie die Frage gestellt haben, wie das bei mir ist: Ja, natürlich lassen wir uns auch vom Team zu den Mandaten, die wir haben, wenn es da irgendwelche Nachrichten gibt - - Und ich habe auch gesagt: Jedes Mal, wenn es aus der „FT“ oder woanders entsprechende kritische Berichterstattung gab, haben wir den Klienten damit auch entsprechend konfrontiert, wie wir es bei anderen auch machen. Die Aussagen und Reaktionen waren so, wie sie waren. Aus heutiger Sicht sind wir da alle, ja, hinter die Fichte geführt worden, und zwar gewaltig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Eine Frage noch - auch das fürs Protokoll dann -: Sind Sie zufrieden, im Berichtszeitraum mit Ihrer Compliance zu sagen: „Dort, wo wir tätig sind, dort, wo wir beraten, dort, wo wir uns engagieren - - ein absolutes Kaufverbot der Unternehmen oder entsprechender Derivate auf das Unternehmen“?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe ja Ihnen die Policy des eigenen Unternehmens schon geschildert, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - dass auch unsere Mitarbeiter dazu gehalten werden, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

keine - - irgendwelche Anteile von Klienten gehalten werden und für uns auch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wie überwachen Sie das?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, gut. Ich meine, Sie können die Mitarbeit - Ich meine, wir lassen uns von den Mitarbeitern nicht ihre Portfolios vorlegen; aber es ist eine klare Ansage.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, alles klar. Gut. - Dann letzte Frage: Sie sind da sehr auch drauf eingegangen auf die Prüfvermerke hier von EY. Speziell die testierte Bilanz 2018 der Wirecard AG wurde im April 2019 veröffentlicht. Hatte man in Ihrem Unternehmen auch ein Exemplar? Oder hat Wirecard Ihnen da eins zukommen lassen? Oder haben Sie sich eins irgendwo besorgt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, wir hatten uns weder eins besorgt noch eins zukommen lassen, noch hatten wir eins. Und noch mal: Zu diesem Zeitpunkt stellte sich für uns auch die Frage nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, zu dem Zeitpunkt ging man davon aus, dass EY eine entsprechend renommierte und sauber arbeitende Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Gut, das ist eine Punktlandung. Ich muss mich auch an die Zeit halten. - Dann schaue ich. - Dr. Zimmermann, bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr zu Guttenberg, klar, wir betreiben ja auch jetzt Textexegese von all dem, was Sie gesagt haben. Das ist klar. Aber Sie hatten vorhin gesagt, Sie würden das Gespräch mit der Bundeskanzlerin als „pro bono“ bezeichnen. Würden Sie dabei bleiben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich darf noch mal wiederholen, dass wir uns nicht kompensieren lassen für irgendeine aktive Lobbyarbeit.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich glaube, das ist eine sehr präzise Beschreibung: Sie lassen sich nicht aktiv dafür kompensieren.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Entschuldigung: Ich lasse mich nicht kompensieren für aktive Lobbyarbeit. - So habe ich das gesagt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau, Sie werden indirekt für passive Lobbyarbeit kompensiert.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich habe - noch einmal - gesagt, wir geben normalerweise - - Also, ein Teil dessen, was wir anbieten - und das ist ein geringer Teil dessen, was wir anbieten -, ist Beratung dahin gehend, wie man auch, wenn es notwendig ist, entsprechend mit regulatorischen Fragen und Regulatoren umgeht. Aber wir selbst leisten diesen Umgang nicht. Und wir selbst leisten das auch nicht, sondern verweisen in der Regel dann auf andere, die diese Dienstleistungen erbringen. Aber noch mal: Das ist ein untergeordneter Teil zu den normalen Dienstleistungen, die wir erbringen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sozusagen ich verstehe, dass Ihnen das wichtig ist, und ich erkenne auch von dem, was Sie geschildert haben, an, dass es definitiv viele andere gibt, die das ganz anders betreiben, die das als Hauptgeschäft betreiben. Allerdings will ich auch sagen: Am Ende - wie soll ich sagen? - kann ich Sie damit nicht so ganz durchkommen lassen, weil am Ende des Tages ist es natürlich so, dass Sie kompensiert werden für Ihre Beratungsleistung für Wirecard, dass Sie am Ende des Tages eine erfolgsabhängige Bezahlung bekommen hätten für den Deal in China. Und wenn Sie Ihre guten Kontakte - an denen ich überhaupt nichts verwerflich finde; will ich auch noch mal sagen -, nutzen, damit am Ende dieser Deal glattgeht, weil die Kanzlerin mit ihrem chinesischen Counterpart darüber spricht - und Sie haben das ja selbst gesagt, dass das wichtig war, die politische Begleitung -,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann haben Sie natürlich am Ende des Tages einen auch finanziellen Erfolg. Der ist nicht messbar, und das ist kein direkter Zusammenhang. Aber die Frage, die muss ja erlaubt sein: Wer sonst hat die Möglichkeit, beim Kaffee mit der ehemaligen Chefin - und das ist ja ein sehr hohes Privileg - zu sagen: „Ich komme bei der Bundeskanzlerin mal auf ein Gespräch vorbei und kann dann so ein Thema dort platzieren“? - Noch mal: Ich - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, sozusagen ich verstehe Ihren Ansatz; den kann ich nachvollziehen. Ich will allerdings auch noch mal ganz klar zum Ausdruck bringen: Wir sind nicht ansatzweise mit der Erwartung angeheuert worden, dass wir unsere Beziehungen - sei es ins Kanzleramt oder ins BMF oder mit einer Botschaft oder was auch immer - für diese Dienstleistung, für die wir vertraglich verpflichtet wurden, ins Spiel bringen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vollkommen d'accord.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Und deswegen habe ich gesagt, dass das von den Vertragsleistungen nicht umfasst ist und dass es etwas ist, was ich nicht betrachte als etwas, wofür ich Geld bekommen habe.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das sei Ihnen zugestanden. Ich betrachte es eben so nicht, weil Sie werden von Mandantinnen, Mandanten angeheuert aufgrund Ihrer Expertise als Team. Da gehören auch Sie als Person dazu. Und Sie werden am Ende auch in Zukunft oder wurden auch in der Vergangenheit aufgrund Ihres Track Records angeheuert. Wenn Sie am Ende aufgrund der Möglichkeiten, die Sie haben, dazu beitragen können, dass solche Engagements oder Beratungsmandate erfolgreich zu Ende gebracht werden, dann haben Sie am Ende natürlich auch einen finanziellen Nutzen daraus.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter Dr. Zimmermann, helfen Sie mir mal jetzt auf die Sprünge.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich irgendwo in einem deutschen Medium oder woanders in den Jahren*, bevor ich die Frau Bundeskanzlerin im September 2019 - wohlgemerkt acht Jahre nach meinem Rücktritt - in den Jahren davor die Frau Bundeskanzlerin für irgendwelche sozusagen unternehmerischen Tätigkeiten, Lobbytätigkeiten oder ein anderes Ministerium besucht hätte, geschweige denn versucht hätte, irgendwas durchzusetzen. Also, was Sie gerade aufbauen hier - - Das heißt, ich werde genau für etwas angestellt, wofür wir weder geworben haben, worüber nichts irgendwo gestanden hat. Sie sagen nur: Jemand, der früher Minister war, von dem geht man aus und dem stellt man an - auch wenn er vor acht Jahren Minister war -, dass der selbstverständlich Zugang zur Kanzlerin oder zu anderen hat. - Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie beschuldigen sich jetzt Dingen, die ich Ihnen gar nicht vorwerfe. Also, darum geht es gar nicht. Mein Punkt ist ganz einfach sozusagen: Sie haben einen Joker in der Hinterhand, um die Dinge, für die Sie angeheuert wurden, besonders gut umsetzen zu können. Und deswegen sage ich einfach nur - -

(RA Prof. Dr. Christian Schertz: Was ist die Frage?)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aber, Herr Dr. Zimmermann - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Meine Frage ist einfach - - Ich möchte herausarbeiten sozusagen, wo Ihr finanzielles Interesse möglicherweise gelegen haben könnte. Und ich finde, Sie haben das sehr elegant geschildert; aber es überzeugt mich nicht. Es überzeugt mich nicht, wenn Sie sagen, Sie waren bei Frau Merkel „pro bono“ unterwegs.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist Ihr gutes Recht - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber wenn der Rechtsbeistand mitdiskutieren will, sollten wir vielleicht eine Beratungssitzung machen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Zuruf von RA Prof.
Dr. Christian Schertz)

- Nö, ist es nicht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Alles gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr zu Guttenberg antwortet und - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So. Dadrauf lege ich auch Wert. - Herr Abgeordneter Dr. Zimmermann, wenn ich tatsächlich die Beziehung, die vertrauensvolle Beziehung, die ich zu der Frau Bundeskanzlerin habe, nutzen wollte, um daraus ein Geschäft zu machen, dann wäre es erstens mit dem Vertrauen schnell vorbei, und zweitens würde ich dann Preise aufrufen, die aber so fern von dem liegen, über was wir hier reden, und wo sich auch keine Firma darüber beschweren würde, wenn man solche Preise aufriefe, wenn man plötzlich mit einer Regierungschefin oder Ähnlichem über eine Firma redet. Also, von daher ist sozusagen Ihr - - Ich verstehe es ja, dass Sie es politisch machen wollen. Aber es ist vom - - Ich verstehe - - Ich kann Ihnen nur sagen: Es ist - - Dieser Winkelzug ist einer, der in meinem Kopf nicht vorkommt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es ist total witzig, weil Sie permanent auf Dinge antworten, die ich - - Ich versuche Ihnen nicht mal irgendwas in der Richtung unterzuschieben. Ich versuche, Ihnen unterzuschieben, dass sozusagen es für Sie - - Das finanzielle Interesse bei Ihnen liegt daran, die Leistungen, die Sie Ihren Geschäftspartnern angeboten haben, möglichst effektiv umzusetzen, weil daran der wirtschaftliche Erfolg Ihres Unternehmens hängt. Das ist das Einzige, und ich finde, das ist ja kein - - Also, deswegen hätte ich nicht gedacht, dass wir so lange darüber streiten. Das ist, finde ich ja, ein No-Brainer. Das ist doch vollkommen klar. Ihr Interesse ist gewesen, dass Sie das Mandat Wirecard als Spitzberg Partners so gut wie möglich betreuen.

Und jetzt will ich aber doch noch mal auf einen Punkt kommen, wo wir jetzt doch so ins Detail gehen. Um herauszufinden, wie groß Ihr finan-

zielles Interesse wirklich war, weil, wenn Sie sagen: „Na ja, also, andere würden da ganz andere Summen aufrufen“ - da haben Sie recht - - würde ich doch gerne noch mal wissen - das haben Sie vorhin bei meiner Kollegin so ein bisschen abgetan - die Frage, wie potenziell Ihre Kompensation für das Closing des AllScore-Deals gewesen wäre. Das würde mich interessieren.

Ich weiß, dass es zum Teil Spekulation ist, weil es erfolgsabhängig in die Zukunft Komponenten innehatte. Deswegen will ich im Zweifel gar keinen Euro- oder Dollarbetrag erfahren, sondern ich wüsste gerne: „Wie genau war das gestrickt?“, weil das natürlich schon eine Frage ist, also sozusagen: „Ja, wir haben irgendwie - - Was haben Sie gesagt? - 760 000 Euro für Ihr Unternehmen über vier Jahre; da steht sehr viel Arbeitsleistung dagegen; das ist - - Haken dran. Aber die Frage, die sich mir schon stellt, ist: Was wäre für Ihr Unternehmen drin gewesen, wenn die Nummer gelaufen wäre?“

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wenn die Nummer gelaufen wäre, Herr Abgeordneter, wäre sicher mehr drin gewesen als das, was wir erhalten haben bis dahin, vorausgesetzt dass Wirecard aus diesem China-Geschäft einen Erfolg gemacht hätte. Und das kann ich aus heutiger Sicht einfach nicht abschätzen, ja? Das kann ich nicht abschätzen. Und es war verhandelt, was ich weiß, in einem begrenzten Zeitraum.

Was ich hier nicht jetzt sozusagen abrufbar habe, ist genau wiederum: Waren da noch mal Benchmarks dabei? War da ein erstes Closing, zweites Closing? In welchem Jahr gab es einen Prozentsatz x, in welchem jenen? Das habe ich hier jetzt nicht abrufbar. Aber es ist - -

Natürlich wäre der Betrag höher gewesen. Und da kann ich auch nur sagen, das erwarte ich auch von meinem Team, dass ein solcher Vertrag so verhandelt wird, wenn man in der Kompensation über den Retainer vergleichsweise weit runtergeht - ich meine, es gibt ja auch - - und dass man dann einfach in diese Richtung geht, nicht? Ist normal.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und das, was ich vorhin auch gesagt habe, das unterstreicht ja auch noch mal die Gestaltung dieses Vertrages, unterstreicht ja auch noch mal, dass - - Wenn wir Ahnung gehabt hätten, was da in diesem unfassbaren Unternehmen abläuft, dann wären wir mit Sicherheit nicht auf eine Erfolgskomponente in die Zukunft gegangen, nicht? Also, das wäre ja völlig absurd gewesen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Klar. Also, ich meine, da bin ich sehr nahe bei Ihnen sozusagen, wer heute schon immer alles gewusst hat, also überhaupt keine Frage. Da sind Sie genauso Teil davon wie ich auch. - Mich würde, um den Punkt zu verlassen - - Also, es wäre deutlich mehr, wenn alles gut gelaufen wäre, als das drin gewesen, was Sie schon erhalten hatten. Das ist zumindest ja mal eine Richtung.

Eine Detailfrage: Hatten Sie - das ist mir vielleicht entfallen - mit Herrn Röllner mal telefoniert gehabt? - Nein.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Dann: Bei den anderen Kandidaten in China, die Ihr Unternehmen in dieser ersten Phase versucht hat zu identifizieren, andere Übernahmekandidaten - das war ja sozusagen Teil oder das war, wenn ich es richtig sehe, der Teil, den Ihr Unternehmen ja federführend gemacht hat -: Wie ist das abgelaufen? Wie viele andere Unternehmen waren da noch im Spiel? Was waren die Kriterien? Also, wie findet man diese Übernahmekandidaten in China?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen die wesentlichen Details geschildert, die ich weiß. Ich schaue gerade, ob ich noch eine zusätzliche Information hier habe.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Die wesentlichen Kriterien waren zunächst einmal - um das, was ich schon geschildert habe - -

Technologiekompatibilität - ein unaussprechbares Wort -, zum Zweiten ganz wesentlich die Lizenzen und zum Dritten natürlich eine gewisse Wachstumsperspektive. Dann erinnerte ich mich - - Also, die Liste war erst mal lang, und die wird halt dann immer kleiner, nicht? Also, ich glaube, am Anfang haben die sich 30 Companys angeschaut oder irgend so was.

Aber ich weiß die genaue Zahl auch nicht. Und ich glaube, genauer hat sich das Team mit Wirecard dann wahrscheinlich mit zwei Handvoll - vielleicht waren es ein paar weniger; vielleicht waren es ein paar mehr - befasst.

Ich hatte die Erinnerung eben, dass es para- - Ich weiß nicht, ob es parallel war oder ob es vorher diese intensiven - - Einer der Kollegen hat ja die Frage gestellt mit Ginkgo. Ich glaube, Sie waren das, nicht? - Nee. Wir sitzen schon zu lange zusammen. Sie waren es, Herr Hauer. Da gab es mit denen Verhandlungen, mit der Company Ginkgo. Ich glaube, dass das daran scheiterte, weil das Port- - das Lizenzportfolio offensichtlich nur auf ein paar Provinzen da zugeschnitten war. Aber das weiß ich jetzt heute auch nicht mehr ganz genau.

Ich meine mich aber zu erinnern, dass noch eine andere Company genannt war, die die sich auch näher angeschaut hatten noch dann in der letzten - in diesen Schlussrunden.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Moment, jetzt habe ich es, glaube ich, sogar gefunden. Ja, ich habe es, glaube ich, sogar gefunden. Will mal schauen. - Ein weiteres potenzielles Akquisitions*... (akustisch unverständlich) war die Beijing Huiyan Technology Company.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Das Wort hat Kollege Toncar, FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Ich will einfach auch noch mal bei den Meilensteinen ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

paar Dinge abklären final. Können Sie sagen, welche Meilensteine sozusagen 2020 noch unerfüllt waren, noch ausstanden, also welche definierten Meilensteine da noch zu erfüllen waren?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter Toncar, das kann ich Ihnen aus dem Ärmel jetzt nicht sagen. Ich weiß auch nicht, wann genau jetzt - - tatsächlich wann genau das MoU unterschrieben wurde.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wann genau, das weiß ich jetzt nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Waren die Meilensteine ausschließlich transaktionsbezogene Eckdaten, LOI oder MoU oder Closing oder was auch immer? Oder waren Meilensteine auch darüber hinaus bestimmte künftige geschäftliche Entwicklungen, das Erreichen bestimmter Kennzahlen bei dem Übernahmeziel?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nein, die Meilensteine sind - - Die Meilensteine sind ja in dem, was ich Ihnen als Betrag geschildert habe, bereits inbegriffen gewesen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, nur, was - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, so. Und natürlich ging es dann in der Frage des - - Mit dem Projekt „Heron“ ging es am Ende des Tages darum, wie sich das Geschäft entwickelt in den kommenden Jahren.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, auch nach Abschluss gewissermaßen der Transaktion hätte es sein können, wenn es erfreulich verlaufen wäre, dass es weitere Meilensteine gegeben hätte, die erreicht wurden.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist eine völlig normale Vertragsstruktur, die Sie machen bei solchen - - bei solchen Dingen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hätte sich die Geschäftsentwicklung nur auf die Tochtergesellschaft AllScore oder auch auf den Wirecard-Konzern insgesamt bezogen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das, ganz ehrlich, weiß ich jetzt auch aus dem Ärmel nicht. Ich nehme mal an, auf die reine Geschäftsentwicklung - - Also sozusagen, was ich weiß, ist, dass es sich wohl lediglich auf den chinesischen Raum bezogen hätte. Ob das - das weiß ich jetzt - - kann ich Ihnen aber jetzt rechtlich nicht beantworten - - Ob dann Wirecard als Company in China tätig gewesen wäre oder ob das Ganze eine neue Company unter einem neuen Namen als Tochtergesellschaft von Wirecard gewesen wäre, das weiß ich jetzt nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, danke schön. - Dann habe ich noch eine Frage zu den Von-Kleist-Dinners. Können Sie zu dem Themenkomplex überhaupt was sagen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Zu dem Thema* kann ich gar nichts sagen, weil das auch* völlig entkoppelt ist von Spitzberg. Das ist etwas, was Herr Gartzke privat macht. Das ist eine - - Ich glaube, es gibt dieses - - ein Potsdam-Institut, das dahintersteht. Und dazu kann ich nix sagen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann geht das Wort an Fabio De Masi, die Fraktion Die Linke. Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr zu Guttenberg, ich möchte noch einmal auf die E-Mail zurückkommen von diesem Botschaftsmitarbeiter, die ich Ihnen vorhin vorgelesen hatte, wo dieses Gespräch geschildert wurde, in dem Herr Gartzke aggressiv lobbyiert haben soll, so die Darstellung, und die Möglichkeit des gemeinsamen Besuchs mit dem Botschafter bei der People's Bank of China in Aussicht gestellt hat. Auch nach diesem Gespräch hat Herr Gartzke sich nie über dieses Gespräch mit Ihnen ausgetauscht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich habe das tatsächlich jetzt heute zum ersten Mal gehört.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Sie haben dargestellt, dass Sie vor allem im Rahmen Ihrer Beratungsleistungen auch Technologieberatung gemacht haben. Könnten Sie denn mal so klassisch schildern, also im Bereich der Blockchain, was das hieß in China? Also, was - - welchen Added Value haben Sie sozusagen hinein-gebracht, den Wirecard selber nicht hatte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das war ganz interessant. Wir waren relativ überrascht, diesen Auftrag da im Jahre 2016 zu bekommen, weil wir dachten, es mit einem hochmögenden Technologieunternehmen zu tun zu haben, das eigentlich genau diese Frage voll abdecken könnte. Und es wurde - - wir wurden gezielt darum gebeten, selbst die Basics von Blockchain in Memos darzustellen, sodass man letztlich die Blockchain als eine potenzielle Option auch sehen könnte für die Tätigkeiten von Wirecard.

Und da wurden dann regelmäßige, auch geschriebene Memos produziert. Da wurde - - Da ist, glaube ich - das weiß ich jetzt aber - - Nee, ich glaube, das war sogar - - Einer oder zwei unserer Mitarbeiter, die die Expertise aus New York haben, waren dafür auch mal in Aschheim und haben das vorgestellt. Und das war - - Also, das war aber alles im Jahre 2016/2017. Also, das - - Wann genau, weiß ich jetzt auch nicht. Und ich erinnere mich aber, dass - - Da erinnere ich mich an meine Reaktion, dass ich gesagt habe: Hier sprechen wir von dem neuen deutschen Technologie- Traum, und die sind erstaunlicherweise unbeleckt, was Blockchain angeht.

Ich meine, das mag ein unfaires Urteil sein, und man hat in den „ranks and files“ von Wirecard irgendwo hervorragende Blockchain-Experten. Diejenigen, die uns beauftragt haben, waren ahnungslos.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mit anderen Worten: Man hätte da jetzt, sage ich mal, für so eine

PowerPoint-Karaoke auch irgend so einen Praktikanten dransetzen können, der dann mal ein bisschen was zu Blockchain aufschreibt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das haben wir nicht. Ich glaube, da sind wir schon etwas besser.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Na ja, weil ich ja auch frage - - Weil, ich sage mal, die Rechnung, die Sie dann gestellt haben, die, vermute ich mal, ja auch diesen Auftrag umfasste, die muss ja irgendwie gerechtfertigt sein.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, sicherlich. Aber sie umfasste ja nicht nur ein Memo für die Blockchain - übrigens ein, ich glaube - - wirklich eine sehr, sehr gute und wirklich sehr detaillierte und exzellente - - Briefing, was dieses Thema anbelangt -, sondern sie umfasste ja auch als Teil des Vertrages bereits die Identifizierung von Zielen in den USA für die. Es waren Intros, die in dem Rahmen ja auch schon gemacht wurden. Und da kann ich nur sagen: Also, das, was wir da aufgerufen haben, ist am unteren Rand dessen, was wir aufrufen normalerweise für solche Dinge.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Welche Bank wurde denn in den USA als mögliches Übernahmeziel identifiziert?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir haben sozusagen keine Banken - - Also, das weiß ich jetzt nicht. Da war ich jetzt auch nicht beteiligt. Aber ich glaube nicht, dass wir Banken identifiziert haben in der Zeit. Wir waren - - Das, was ich vorhin angesprochen habe mit der Bank, das war in der Zeit, als von der Citibank diese Tochtergesellschaft übernommen wurde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Diese Prepaid - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Genau. Das spielte da mit hinein.

Aber ich meine, für das, was wir - - Also, ich muss noch mal sagen: Für das, was wir da abgeliefert haben, auch an Qualität abgeliefert haben, ist das Pricing mehr als angemessen gewesen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, ich meine, wenn ich das vergleiche mit Unternehmensberatungen - ich meine, Sie waren Projektleiter bei BCG, wenn ich das richtig weiß -, da, glaube ich - - da hätten Sie - -

(Dr. Danyal Bayaz (BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN):
Nicht VW!)

- Wie bitte?

(Dr. Danyal Bayaz (BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN):
Nicht VW!)

- Na, aber BCG. Nee, nee, aber Sie waren ja bei BCG. Ich meine, da hätte - - Ich glaube, da würde man sich vor Lachen wegschütten für das, was wir da aufgeb- - was wir da aufgerufen haben. Aber gut, das können Sie besser beurteilen als ich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Könnten Sie noch mal darstellen - - Bei diesen Übernahmen - - Sie haben ja gesagt, vor allem die Payment-Lizenzen waren wichtig.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie im Rahmen dieser Frage der Payment-Lizenzen irgendwie mitbekommen, dass es Wirecard wichtig war, dass hinterher die Payment-Transaktionen auch über das eigene System, über die eigene IT abgewickelt werden, über Rechenzentren?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter, das ist ein Detail, das mir weder bekannt ist noch womit ich mich befasst hätte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und dann würde ich gerne noch einmal wissen: Können Sie diese Zahlungsstränge noch mal darstellen? Sie haben ja gesagt, am Ende - - Ich glaube, Sie haben auf ein- - Sie haben dann keine weiteren Tranchen mehr in Auszug- - nicht mehr beansprucht eine Tranche, die Ihnen zugestanden hätte.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war eine Tranche, die bereits den Aspekt „Heron“ betraf-

fen hätte. Also, das war sozusagen schon eine Erfolgstranche, die jetzt nicht an diese erste Benchmark-Vereinigung - - Vereinbarung getroffen war, sondern die in die Zukunft gerichtet war. Das war ein - - Eine Tranche war mit irgendeinem Closing verbunden, das stattgefunden hatte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und wie hoch war diese Tranche - ungefähr?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Tranche, um die es da ging, wären - - Also, den Anspruch, den wir da gehabt hätten, wären vielleicht noch mal 140 000 Euro gewesen oder so was. Aber ich weiß es nicht genau.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und das haben Sie dann zurücküberwiesen an - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, wir haben es nicht bekommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach, Sie haben es nicht bekommen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, wir haben es nicht bekommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir hatten den Anspruch, und wir haben den Anspruch nicht in Rechnung gestellt. Punkt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach so. Gut. - Dann hätte ich noch - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aber nageln Sie mich jetzt auf die genaue Zahl nicht fest, ob das - - Das weiß ich jetzt wirklich nicht. Also, das - - Aber es ist in dem Rahmen irgendwo. Also, es war jetzt nichts Absurdes, sondern das war jetzt ein - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wenn Sie Zahlungen erhalten haben von Wirecard, wissen Sie zufällig, ob die über die Wirecard Bank kamen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass der Vertrag mit der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard AG abgeschlossen wurde. So wurde mir das bestätigt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich bin über der Zeit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann Dr. Bayaz. Bitte schön.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, ich gebe das Rederecht an die Kollegin ab. Die Zeit noch nicht loslaufen lassen!

Gerade wurde mein Atmosfair-Jahresausgleich quasi von meinem Konto abgezogen, und das lief über die Wirecard Bank. Das habe ich auch in dem Kontext gelernt. Nur als kleine Info an den Kollegen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wunder-schönen guten Tag auch von mir! Ich wollte noch mal fragen - - Sie hatten jetzt gesagt, Sie konnten das auch nicht richtig sehen, oder im Nachhinein denken Sie auch, ob Sie es sehen hätten können; sozusagen die staatliche Aufsicht usw. hat auch versagt.

Wie wählen Sie denn grundsätzlich Ihre Geschäftspartner aus? Ich frage das auch vor dem Hintergrund, weil auf das Amerika-Geschäft, was Wirecard ja früher schon mal hatte, bevor Sie 2016 mit denen in Kontakt getreten sind - - Hat das sozusagen 2016 bei der Kontaktaufnahme eine Rolle gespielt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, bei der Kontaktaufnahme hat es nach meiner Erinnerung keine Rolle gespielt. Es kann aber durchaus sein, dass, weil die Vertragsverhandlungen wurden von Dr. Gartzke geführt, und der ist Managing Partner - - dass er möglicherweise das auch zur Sprache gebracht hatte.

Ich habe vorhin gesagt, ich wusste davon nichts; mir war das nicht bekannt. Und von daher hat

das bei der Auswahl für mich keine Rolle gespielt. Ich glaube auch nicht, dass es Dr. Gartzke wusste; es würde mich wundern. Aber gut, egal.

Wie wählen wir generell aus? Natürlich danach, dass wir überhaupt kein Interesse daran haben, ein Unternehmen uns ans Bein zu binden, das plötzlich eine solche wunderbare Medien-aufmerksamkeit bekommt und mit Skandalen verwickelt sein könnte. Das ist das Letzte, was wir wollen. Das Letzte, was wir wollen, ist - - Ich meine, ich genieße das mit Ihnen hier, aber vor Weihnachten kann man sich auch eine andere Beschäftigung vorstellen. Und - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es da irgendeine Art von Überprüfung, außer Schufa oder so?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Natürlich. Ich meine, das ist ein - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder mit solchen Leuten haben Sie eh nichts zu tun.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ein Team - - Wenn ein potenzieller Klient an uns herantritt, dann wird natürlich genau geguckt, so genau wie möglich und nach bestem Wissen und Gewissen dann auch hoffentlich im Rückblick, dass man sagt: Ist das - - Was ist die Story dieses Unternehmens? Was ist das Geschäftsmodell dieses Unternehmens? Ist es - - Gibt es irgendwelche „red flags“, wie man das neudeutsch heute so sagt?

Und es kommt relativ häufig vor, dass es „red flags“ dann bei Unternehmen gibt und wir sagen: Machen wir nicht. - Es ist - - Und Sie können mir glauben: Ich habe ein Interesse daran, nicht wegen - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es da eine Abteilung in Ihrer Company oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir nennen das nicht „Abteilung“, aber es gibt Mitarbeiter, die genau dafür zuständig sind und die in der Regel eine exzellente Arbeit machen und denen ich bei Wirecard nichts vorwerfen kann, wirklich nichts vorwerfen kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich noch mal fragen zum Thema Lobbying, und Sie haben ja gesagt: Das war pro bono. - Da hatten Sie auch mit Herrn Zimmermann sich jetzt schon intensiver ausgetauscht.

Sie haben ja sozusagen auch - - Sie gehören zu einem amerikanischen Unternehmen. In den USA ist es ja so, dass Lobbytätigkeiten dann ja auch ausgewiesen werden müssen mit entsprechenden Beträgen. Und deswegen wollte ich einfach wissen: Ist das grundsätzlich Standard, dass Sie das nicht machen, also dass Sie das - - sozusagen dass es dafür keine Inrechnungstellung gibt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So wie ich es Ihnen vorhin schon geschildert habe, ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das hat nichts zu tun sozusagen mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die das auch - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das hat etwas mit meiner Unlust, das zu tun, zu tun.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hatten Sie noch mal gesagt, Sie hätten das auch explizit formuliert, dass Sie nicht bereit seien, Lobbying zu betreiben. Können Sie das noch mal erläutern?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das erläutere ich gerne noch mal. Ich gebe Ihnen auch noch mal sozusagen den mir hier vorliegenden Wortlaut, der mir da gegeben wurde, dass wir sagen, dass wir eben - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Das Höchste der Gefühle, das wir machen, ist, dass wir „advise on - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben Sie es ja geändert. Dann haben Sie ja gesagt, das war der Grund sozusagen, dass Sie gesagt haben, es gäbe ein besonderes staatspolitisches Interesse. Das war die Formulierung; so ungefähr muss es - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war sozusagen - - Wir haben gesagt: Vertraglich ist das erstens nirgends festgelegt, war auch keine Erwartungshaltung. - Und ich habe Ihnen vorhin ja geschildert, warum ich persönlich zu der Entscheidung kam, dass das in diesem Fall richtig war.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Können Sie noch mal sagen grundsätzlich: Was ist Ihre Aufgabe bei Spitzberg Partners?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich Ihnen auch schon geschildert, welche Aufgabe ich als Chairman bei Spitzberg habe. Aber ich lese es Ihnen gerne noch mal vor.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine jetzt so im normalen Doing.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich Ihnen vorhin auch schon gesagt. Ich verweise gerne noch mal auf meine Aussage. Ich lese es Ihnen auch gerne noch mal vor.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihnen wirklich sehr intensiv zugehört. Ich habe vor allen Dingen wahrgenommen, dass Sie ja doch vor allen Dingen sozusagen Termine ermöglichen haben. Das ist bei mir hängen geblieben. Und deswegen wollte ich eben noch ein bisschen einen Eindruck haben von Ihrem Alltag, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich lese es Ihnen gerne - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - inwieweit Sie eben dabei sind, sozusagen Termine zu ermöglichen, wie sozusagen Ihre zeitliche Aufteilung ist in Ihrem Job.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Frau Abgeordnete, ich werde also selbstverständlich zu meinem Alltag Ihnen heute keine Auskunft heute hier geben, weil das ist wirklich nicht der Auftrag des Untersuchungsausschusses. Ich glaube, das ist im Interesse auch der Kollegen, nehme ich mal an, dass mein Alltag vielleicht auch privat bleiben darf.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr beruflicher Alltag interessiert mich.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Auch der berufliche Alltag muss nur so weit vorgetragen werden, als es wirklich relevant fürs Thema ist, nach meinem Verständnis. Ich habe allerdings vorhin über meinen beruflichen Alltag schon mehr Auskunft gegeben, als ich eigentlich müsste, und ich lese Ihnen das gerne noch mal vor.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das müssen Sie nicht. Das kann ich gern im Protokoll noch mal nachlesen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Okay.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, dann hatten Sie gesagt, Sie wussten nichts von den weiteren Terminen, dass Herr Braun selber um einen Termin bei der Kanzlerin gebeten hatte, den er nicht bekommen hat, dass Herr Fritsche einen Termin gemacht hat, dass Herr von Beust - - Diese anderen Aktivitäten, die kannten Sie jetzt nicht. Wie bewerten Sie das?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Frau Abgeordnete, davon wusste ich nichts. Und wie bewerte ich das? Ja, dass es auch Dinge auf dieser Welt gibt, von denen ich mal nichts erfahre. Also, ich habe davon nichts erfahren, und mir wurde es nicht mitgeteilt. Aber es ist auch nicht meine unbedingte Erwartungshaltung gewesen, dass uns Wirecard mitteilt, mit wem sie alles noch so zusammenarbeiten und Ähnliches.

Also, das Einzige, worüber ich - - wo ich gesagt habe, dass ich überrascht - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ging ja um den gleichen Fall. Es ging ja um das Projekt „Heron“. So. Und in dem Projekt „Heron“ hat ja offenbar Wirecard, der Vorstand, der sich offenbar ansonsten nicht so interessiert, sich doch dann bemüht, entsprechende Kontakte zu machen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war, was ich Ihnen vorhin geschildert habe, wo ich gesagt habe, dass ich überrascht war, dass ich an dem

Tag, als ich bei der Frau Bundeskanzlerin war, im Nachhinein in einem Telefonat erfahren habe, von Herrn Gartzke, der offensichtlich an dem Tag darüber informiert wurde - wann genau, weiß ich nicht -, dass in etwa einer Woche oder so was ein Gespräch im Kanzleramt stattfinden sollte zwischen Herrn Ley und Herrn Dr. Röllner. So. Das habe ich - - Das habe ich vorhin auch gesagt: Darüber war ich überrascht.

Und das war das Einzige, was ich erfahren hatte - und da würde ich jetzt mal - - da hätte ich jetzt mal gesagt - - Aber ich weiß auch nicht, was da lief, weil es war - - Im Vorfeld war nicht bekannt meines - - nach meinem Wissen zumindestens, dass ich dieses - - bei Wirecard nicht bekannt, dass ich dieses Gespräch bei der Kanzlerin habe.

Und wenn aber der Gartzke an dem Nachmittag möglicherweise dem Ley gesagt hat, dass ich die Anfrage gestellt habe, um die Unterlagen zu bekommen, die ich dem Dr. Röllner weitergeben kann, dass er, wenn er ihm das da gesagt hatte, wenn dann zum gleichen Zeitpunkt ein Ley oder wer auch immer - - Wahrscheinlich hat er nicht mit Ley gesprochen; ich schätze, dass er mit Waldenfels gesprochen hat und* gesagt hat: Da findet demnächst ein Gespräch noch mal statt. Dann kann es - - Dann würde ich - - hätte ich mal gesagt, dass der Gartzke sagt: Es wäre mal interessant, dass wir das auch wüssten, wenn ihr über China spricht mit irgendjemandem, nachdem ich mit dem Bundesfinanzministerium gesprochen hatte in den letzten Tagen. - So. Gartzke. Aber ich extemporiere jetzt. Also, das ist - - Ich war in den Gesprächen nicht dabei. Es ist eine Annahme, eine Hypothese meiner Seite.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist um.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann schaue ich noch mal in die Runde. - Möchte die CDU/CSU noch mal? - Matthias Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr zu Guttenberg, Sie hatten ja gerade verdeutlicht, dass zum Thema Blockchain Sie da etwas überrascht waren, dass man da noch - - „Bei null anfangen“



Nur zur dienstlichen Verwendung

will ich jetzt nicht sagen, aber „die Basics erklären“ hatten Sie es genannt. Sie hatten gesagt: Tech-Traum und dann trotzdem unbeleckt, was Blockchain angeht. - So hatten Sie das geschildert. Und vor dem Hintergrund - wir reden ja jetzt über einen Zeitraum etwa 2016/2017 -: Wie haben Sie sich auf der Basis, dass Sie diese Einschätzung damals hatten, erklärt, dass dieses Unternehmen ja doch einen rasanten Aufstieg hingelegt hat? Der Technologievorsprung kann es ja jetzt nicht gewesen sein, fasse ich das jetzt mal zusammen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Na ja, wenn man - - Ich glaube, den Technologievorsprung kann man jetzt nicht nur alleine an einer Technologie aus Hunderten, Tausenden anderen Technologien herauslesen. Ich glaube - - Also, wir hatten damals schon den Eindruck vermittelt bekommen, dass dieses Unternehmen mit ihrer Kernleistung, die sie damals erbracht haben, diesem Payment-Bereich - - dass die da sehr wohl State of the Art waren. Und auch entsprechend traten die ja auf: dass man entsprechend weltweit tätig - - Und all das und jenes. So.

Also, ich war bloß - - Wie ich es Ihnen geschildert habe: Meine erste Einschätzung war: Wenn man ein Unternehmen hat, das ja damals auch schon eine nicht unerhebliche Zahl an Mitarbeitern hatte und sich im Technologierahmen bewegt, und es eine Zeit war, wo Blockchain so einen ersten großen Hype hatte - - Dass man sich damit einfach so wenig befasst hatte, das hatte mich gewundert. Aber das hat mir jetzt nicht den Eindruck hinterlassen, dass ich es mit einem Unternehmen zu tun hatte, das den ganzen Rest einfach komplett aufgeblasen hätte nur. Das war nicht der Eindruck, der sich daraus unmittelbar ergeben hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hatten Sie während der vier Jahre Tätigkeit irgendwann mal Kontakt mit jemandem von EY im Zuge von Wirecard?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, sicher nicht im Zuge von Wirecard. Ob ich irgendwann mal einen EY-Mitarbeiter getroffen habe, kann sein; weiß ich jetzt nicht mehr.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war auch nicht meine Frage. Das war schon bezogen auf Wirecard.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nee, sicher nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dieses Tätigwerden für Wirecard zu China und die AllScore-Übernahme, das war ja - - Das machte ja erst mal einen erfolgreichen Verlauf. Wenn das jetzt nicht so gut gelaufen wäre, hätten Sie dann - - Was hätten Sie dann für andere Möglichkeiten noch gehabt, da beratend tätig zu werden, dass es vielleicht doch noch zum Erfolg kommt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, wenn AllScore nicht gut gelaufen wäre, dann wäre unser Vertrag wahrscheinlich da entsprechend ausgelaufen und beendet gewesen. Also, das ist - - Aber auch das ist eine Hypothese. Ich bin - - Wir hatten sozusagen eine klar formulierte - Wir hatten klar formulierte Vertragsziele offensichtlich oder Dinge, die von uns erwartet wurden, und die waren in dem chinesischen Bereich an die Übernahme AllScore dann letztlich gebunden.

Kann es sein, dass wir noch weiter mit der Company, wenn sie denn so sauber gewesen wäre, wie sie dann nicht war, wenn sie jetzt immer noch tätig wäre - - ob wir - - Also, spielen wir mal die Hypothese weiter: AllScore hätte nicht geklappt. Wirecard wäre ein nur von Engeln geführtes Unternehmen und nichts wäre passiert: Hätten wir uns in dem Fall bemüht darum, zumindestens eine weiterhin „retainer-based“ Aufgabe mit denen durchzuführen? Vielleicht. Aber - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): War Ihr Vertrag denn irgendwie zeitlich befristet oder nur an diese Meilensteine geknüpft?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Meistens war - - Also, nach meiner Erinnerung, kann ich jetzt nur sagen, weil ich habe es jetzt hier nicht vorliegen - - Aber nach meiner Erinnerung waren die Verträge sowohl Meilenstein - - als auch zeitlich befristet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Sie wissen nicht, wann das ausgelaufen wäre?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann Sebastian Brehm.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Ja, herzlichen Dank. - Ich habe noch mal eine Nachfrage zu dem AllScore-Geschäft an sich. Ich weiß nicht, ob man das noch mal in der Klarheit vorhin dargestellt hat, wie der Auftrag zustande gekommen ist und wie Sie die Akquisition gemacht haben des AllScore-Unternehmens und wie es dann letztlich auch zu diesem ganzen Preisgefüge von über 100 Millionen Euro für die 80 Prozent der Anteile kam. Vielleicht können Sie da noch mal erhellen, weil das war, glaube ich, noch nicht in der - - in dem Detail.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, was das Preisgefüge anbelangt, war ich, habe ich vorhin schon gesagt, in so viel Detail, wie ich habe, und daraus ist aber auch deutlich geworden, dass die Zahl 100 Millionen in der Form so nicht zutrifft, also dass das ja noch erheblich geringer war. Auch da ist teilweise sehr - - Nach unseren Erkenntnissen ist da teilweise sehr - - oder zumindest viel zu vage berichtet worden, wenn nicht teilweise falsch.

Zustande kam das so, wie ich es auch geschildert hatte, dass wir im Jahre 2018 gebeten wurden, den Markt in China entsprechend zu screenen für möglicherweise - - mögliche Kooperations-, aber auch mögliche Übernahmekandidaten. Die Xi-Jinping-Entscheidung stand da mit im Hintergrund auch, die Erleichterung des - - potenzielle Erleichterung des Eintritts in den Markt. Und vor dem Hintergrund wurden wir dann eben gebeten, auch die Möglichkeit von Übernahmekandidaten zu identifizieren, diese Shortlist aufzustellen.

Und dann, wie es dazu letztlich kam, auch zu der Transaktion und Transaktionsstruktur - das habe ich ja auch relativ ausführlich geschildert -, das

war nicht unsere Aufgabe, sondern das ist etwas, wo wirklich die entsprechenden Fachleute - mit den Finanzen, auch die Anwälte als diejenigen, die - - die Wirtschaftsprüfer, die mit Wirecard verbunden waren - diejenigen waren, die das entsprechend auf den Weg zu heben hatten.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Wissen Sie, wer die Due Diligence gemacht hat für die Transaktion?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war eine Mischung aus unterschiedlichen Beteiligten. Also, da waren - - Natürlich hat die Due Diligence selbst ein Team von Wirecard verantworten müssen, und das war ein ziemlich großes Team, das daran beteiligt war. Dann war an der Due Diligence meines Erachtens Baker Tilly genauso beteiligt. Dann waren an der Due Diligence, in gewissen Aspekten der Due Diligence, chinesische Partnerkanzleien und Ähnliches mit beteiligt, möglicherweise noch andere Wirtschaftsprüfer. Also, das war ein Haufen Leute.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Das heißt, der Auftrag an sich ist sozusagen - - Das Screening ist von Ihnen erfolgt, aber die Feinanalyse des Unternehmens ist dann letztlich durch die rechtlichen - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich sogar gesagt: Wir wissen auch, was wir nicht können. Also, das ist - - Das hätte völlig - - Das wäre völlig jenseits unserer Kapazitäten gewesen.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Noch mal, um den - - Sie haben vorhin zum letzten Termin mit Herrn Braun noch mal gesagt, dass der doch relativ eigenartig war oder dass er zwar noch selbstbewusst war, aber trotzdem ein Stück weit aus Ihrer Wahrnehmung ein bisschen, wie auch immer, weg von der Realität oder wie auch immer war. So habe ich das zumindest verstanden. Vielleicht schildern Sie noch mal - - Was mich gewundert hat, ist: Sie haben vorhin gesagt, Sie haben auf der Arbeitsebene mit von Waldenfels usw. gearbeitet, also immer unter dem Vorstand, den Herrn Marsalek nicht getroffen als China-Verantwortlichen, obwohl er es vielleicht gar nicht war nach der Schilderung heute.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber wie kam es dann zu diesen Vorstandsterminen mit Herrn Braun? Weil wenn es auf der Arbeitsebene sozusagen in der Abarbeitung der Aufträge ist und man kommt nicht zu dem Vorstand, der für China zuständig ist, warum kommt man dann zum Vorstandsvorsitzenden? Oder was ist die Begründung?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich will noch mal sagen: Wir haben generell mit meiner Company mit denen zu tun, die unser Counterpart im Auftrag sind. Und das waren in dem Fall - - Also, das war am Anfang - - Nee, es war eigentlich immer im Wesentlichen der Herr von Waldenfels, weil - - Der Ley war ja am Ende ja noch - - Der war ja, glaube ich, nur noch Berater von - - Also, der war zwar immer wieder mit dem China-Geschäft mit befasst, aber im Wesentlichen als Berater. Und er war - - Am Anfang unserer Zeit war er noch CFO, in dem Fall auch Vorstandsmitglied. Punkt eins.

Punkt zwei. Wie kam es zu dem Gespräch mit Dr. Braun? Das habe ich ja geschildert, das erste Gespräch, das - - Genau vor dem Hintergrund, den Sie gerade genannt haben, nämlich um das China-Geschäft - - Das war ja die Zielsetzung von denen, die das Gespräch vermittelt haben. Wer das war, weiß ich nicht, ob das Waldenfels war oder ob das - - Ich glaube, es war Waldenfels, der das wollte, aber ich weiß es nicht mehr, weil der Termin von Wirecard - - die Anfrage kam. Ich weiß aber, dass mir der Waldenfels gesagt hat, ich sollte auf jeden - - es sei ihm wichtig, dass ich das Thema China da anspreche - weil, wie ich vorher gesagt hatte, offensichtlich der Vorstand das Thema relativ stiefmütterlich behandelt hatte -, was ich dann, wie ich auch festgestellt habe, mit ein paar Sätzen mehr oder weniger machen konnte, um dann in dieses relativ seltsame andere Gespräch abzudriften.

Nach meiner Erkenntnis gab es - also, so wurde das uns geschildert - eben gerade keinen für China zuständigen Vorstand. Und ich glaube, es gab auch immer wieder mal eine Diskussion oder eine Debatte darüber - aber das ist wirklich ganz weit in meiner Erinnerung hintendrin -, dass ein - und ich weiß auch nicht mehr, ob es genau so war - - aber dass ein Herr von Waldenfels und

andere in meinen Augen wahrscheinlich zu Recht gesagt haben, diese Position müsste auf jeden Fall mal besetzt werden oder zumindest im Vorstand abgebildet werden, weil das - - die Option China einfach eine so maßgeblich wichtige sei für das Unternehmen.

Ich schnitze mir jetzt hier meine Dinge zurecht im Rückblick, wo ich sage: Es erschließt sich so gewissermaßen das Desinteresse für China daran, dass es offensichtlich eben gerade nicht dem üblichen Geschäftsmodell, dem verlausten und betrügerischen Geschäftsmodell des Unternehmens entsprach. - Aber noch mal: Das ist alles - - Das sind jetzt von meiner Seite Hypothesen. Da kann ich darüber hinaus wenig sagen.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Wir wollen ja ein bisschen den Charakter auch dieser Vorstandschaft und der einzelnen Typen, sage ich mal, dort untersuchen, wie das überhaupt funktionieren konnte, dass diese Geschichte aufgeht.

Aber der Herr Marsalek, sagen Sie - haben Sie ja nicht getroffen; ist auch alles einleuchtend - - aber er wird ja bei allen anderen immer beschrieben als derjenige, der für den kompletten asiatischen Raum zuständig ist.

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Und trotzdem ist er eigentlich nicht zuständig. Das zeigt ja eigentlich, dass er wahrscheinlich ganz andere Zuständigkeiten hatte. Aber da wissen Sie wahrscheinlich nix drüber.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Entschuldigung, Herr Abgeordneter, darüber weiß ich wirklich nichts. Also, mir ist dieser Mann genauso ein Rätsel wie Ihnen.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Gut. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann schaue ich noch mal: Noch jemand von der CDU/CSU? - Gut.

Dann hätte ich noch zwei Fragen, die jetzt bei mir aufgekommen sind, kleinere allerdings: Sind



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie, Ihr Unternehmen oder auch Augustus je von einem Brigadier Gustenau oder einem Herrn Gattringer aus Österreich kontaktiert worden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wer ist das?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Brigadier Gustenau ist jemand, der der Wirecard AG mehr oder minder helfen sollte, nach Aussagen eines Sachverständigen hier, ein Projekt in Libyen zu verfolgen, und der auch nach unserem Kenntnis- und meinem Kenntnisstand nach wie vor Mitglied - - im Innenministerium der Republik Österreich arbeitet.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich kann Ihre Antwort* [sic!] relativ kurz und knapp beantworten: Nachdem mir die beiden Namen schon nichts sagen - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, damit hat sich auch meine zweite Frage erledigt: Kennen Sie die beiden? Das hätte ja auch umgekehrt mal komplementär sein können. - Okay, dann sind meine Fragen beantwortet.

Dann schaue ich in Richtung SPD. - Cansel Kiziltepe, bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal zurückkommen auf die Vergütungsstruktur; die habe ich nicht ganz verstanden. An was war die Vergütung gekoppelt, die Kompensation?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Frau Abgeordnete, ich habe Ihnen zu der Vergütungsstruktur das gesagt, was ich Ihnen heute sagen kann, auch umfassend bereits dazu Stellung genommen. Dabei kann ich es jetzt auch heute hier nur belassen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Sie haben sich hier wirklich sehr umfangreich vorgestellt, Herr zu Guttenberg. Sie haben hier fast zwei Stunden über diesen Vertrag sich geäußert. Sie sind Chairman von Spitzberg Partners. Wer unterschreibt eigentlich diese Verträge?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nicht ich, und deswegen kann ich mich eben auch nicht so äußern, wie Sie es heute gerne wollen. Die Verträge werden verhandelt und unterschrieben vom Managing Partner Dr. Gartzke.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie unterschreiben diese Verträge nicht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber Sie müssten ja als Chairman, als Unternehmensgründer Interesse daran haben, dass sie auch vergütet werden, gut vergütet werden.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, sicher. Aber ich habe auch ein gewisses Vertrauen in meine Mitarbeiter, dass sie das anständig machen, und sie haben das in den letzten Jahren sehr anständig gemacht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber Sie haben eben auch gesagt: Die Vergütung war erfolgsabhängig.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ein Teil der Vergütung war erfolgsabhängig; das ist richtig. Aber ich kann Ihnen heute und hier nicht sagen, -

Cansel Kiziltepe (SPD): Können Sie sich - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - wie ich es Ihnen vorhin schon dargestellt habe, wie es sich im Einzelnen genau gestaltete. Ich bin Ihnen hier sozusagen zur Wahrheit verpflichtet in diesem Ausschuss, nehme das gerne wahr, aber ich werde mich nicht in Hypothesen bewegen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, können Sie sich vielleicht daran erinnern - - War das so: „Wenn der Kurs x ist, ist die Vergütung y“, „wenn der Kurs z ist, ist die - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Frau Abgeordnete, ich bitte um Verständnis, dass ich mich auf dieses Spiel hier nicht einlassen kann.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich möchte nur auch ein bisschen darlegen - - Weil das Problem solcher



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vergütungsstrukturen ist ja vielleicht, dass auch Lobbying befördert wird dadurch oder die Beeinflussung der öffentlichen Meinung dadurch befördert wird. Also, ich arbeite ja dann sehr viel stärker daran, dass dieses Unternehmen auch noch mehr Erfolg hat, im Vergleich zu einem Fix- - zu einer fixen Vergütung, dass meine Gesamtvergütung am Ende auch besser wird.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, der Rückschluss, bei allem Respekt, Frau Abgeordnete, erschließt sich mir nicht. Mein Verständnis von einer Dienstleistung ist die, egal ob das nun erfolgsvergütet ist oder ob das rein an einen Retainer gebunden ist, dass man für alles, was man macht - weil man hat auch als Unternehmen einen Ruf zu verlieren -, verdammt noch mal das Beste tut. Und daran ist das gekoppelt, und daran bleibt es auch gekoppelt.

Deswegen kann ich diesen Rückschluss nicht unterstreichen, und der gilt auch nicht für mich und mein Unternehmen. Aber ich finde es trotz allem vollkommen normal, dass man auch eine - - dass man auch mit Erfolgsvergütungen arbeitet. Ich meine, so funktioniert das da draußen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja. Ich will es ja nur wissen, wie es war. Und es wundert mich halt, dass Sie als Chairman von Spitzberg Partners über die Vergütungsstruktur, über das Vergütungsmodell nicht informiert sind.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe Ihnen das - - Frau Abgeordnete, ich darf Ihnen noch mal sagen: Das Modell habe ich Ihnen geschildert, und ich kann Ihnen nur nicht die entscheidenden Zahlen schildern, weil wir hier in die Zukunft gucken müssen und die Zukunft sich als solche nicht ereignet hat.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben ja diesen Artikel in der „FAZ“ über das Leerverkaufsverbot geschrieben, als es das Leerverkaufsverbot schon gab, und der KPMG-Bericht folgte ja dann einen Monat später etwa. Und es ist ja - - Wenn man sich mal so Leerverkaufsverbote anschaut - das gab es ja auch schon mal -, dann ist es oft so, dass sie sich nicht auf eine einzelne Aktie beziehen.

Haben Sie über das Verbot auch mal sich ausgetauscht mit dem BMF oder mit der BaFin?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Meines Wissens habe ich mich weder mit dem BMF noch mit der BaFin über das Leerverkaufsverbot ausgetauscht, also auch in meiner politischen Zeit nicht - meines Wissens. Das ist aber ein paar Jahre her.

Cansel Kiziltepe (SPD): Jetzt gab es ja auch viele Versuche, die Kanzlerin darin zu bestärken, sich für Wirecard einzusetzen. Herr Fritsche war bei ihr, Sie waren bei ihr. Und Sie haben ja auch gesagt, Sie wussten nichts von diesen Terminen, Sie waren verwundert darüber. Von wem kam eigentlich der Vorschlag, dass Sie dieses Thema auf die Agenda bei der Bundeskanzlerin setzen sollen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich ausgiebig - - Dazu habe ich ausgiebig Stellung genommen. Ich lese es Ihnen aber gerne noch mal vor, wenn Sie wollen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Nein, danke. - Besaßen Sie Anteile an den Unternehmen, für die Sie bei der Kanzlerin geworben haben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Noch mal - also, wir müssen ja genau differenzieren -: Ich habe - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Nicht nur über Wirecard. Sie haben ja auch verschiedene andere Unternehmen - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe vorhin schon gesagt, dass ich bei diesen Treffen für kein anderes Unternehmen geworben habe. Ich habe für zwei - - Ich habe zwei Mit- - zwei Gründer eines Unternehmens benannt. Und daraufhin wurde ich gebeten, diese beiden Namen weiterzugeben. So. Deswegen habe ich da nicht geworben.

Wenn Sie aber auf das Unternehmen Augustus anspielen, ist es richtig: Daran halte ich Anteile.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Haben Sie nach dem Ge- - Haben Sie Frau Bundeskanzlerin Merkel getroffen jetzt in der jüngsten Zeit oder nach dem September 2019?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das habe ich nicht, Frau Abgeordnete.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben nicht mit ihr darüber gesprochen, über diesen Bilanzbetrug?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Ich habe sie auch nicht in der Uckermark besucht. Ich war - - Nichts dergleichen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. Danke schön.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Gerne.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön, Frau Kiziltepe. - Jetzt schaue ich noch mal zum Kollegen Toncar. - Der lächelt; dann will er fragen. Bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ich habe noch eine Nachfrage, auch noch mal zu dem Thema „Meilensteine und erfolgsabhängige Vergütung“. Wie hätten sich denn die Meilensteine - - An was wären denn die Meilensteine bemessen worden nach einer Verschmelzung der AllScore auf die Wirecard AG?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das weiß ich nicht; kann ich Ihnen nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Weil man ja letztlich damit den isolierten Erfolg der AllScore gar nicht mehr messen kann.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich kann Ihnen - - Wie gesagt, ich kann Ihnen nicht die genaue Struktur und die - - An was das genau gebunden war und Ähnliches, kann ich Ihnen wirklich nicht schildern. Ich weiß es nicht. Also, es ist - - Ich würde es Ihnen jetzt gerne sagen, aber - - Also, das ist ja auch so ein abstraktes Element, das ich Ihnen gerne sagen würde, aber ich weiß es nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Fabio De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr zu Guttenberg, ich möchte jetzt noch mal fragen, auch vor dem Hintergrund Ihres politischen Erfahrungsschatzes - Sie waren ja auch mal Wirtschafts- und Verteidigungsminister -: Wenn so eine Bundeskanzlerin nach China fährt und auf politischer Ebene verhandelt, dann tut sie das nach meiner Erfahrung oder meiner Einschätzung nicht, ich sage mal, mit dem Hausmeister der People's Bank of China, sondern doch auch - das ist der Comment - mit jemandem, der auf einer ähnlichen protokollarischen Ebene ist. Wer wäre das denn nach Ihrer Einschätzung?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich kann da nur die gleiche Einschätzung wie Sie abgeben: dass üblicherweise die Treffen von der Frau Bundeskanzlerin sich jetzt nicht mit dem Bademeister aus Schanghai abspielen. Also, das ist - - Wahrscheinlich würde sie es sogar gerne machen, aber es ist - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Verzeihung, ich muss lächeln. Ich stelle mir das gerade bildlich vor.

(Heiterkeit)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: In der Regel - aber da sind wir doch beide nur Beobachter - finden diese Gespräche mit dem Staatspräsidenten und mit dem Ministerpräsidenten statt oder nur mit einem von beiden. Ich weiß noch nicht mal, wie ihr Programm da war, mit wem sie sich da getroffen hat. Wie gesagt, manchmal macht sie auf der - - an der Uni irgendwas oder - - Also, ich kannte noch nicht mal sozusagen, auch im Nachgang nicht, den Ablauf ihrer Reise; weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, vielen Dank. - Ich habe abschließend noch wenige Fragen. Sie haben ja berichtet, dass es doch sehr viele Beteiligte gab in diesem Prozess, auch der Due Dilligence, in China. Auch die Tatsache, dass AllScore auch Zahlungsabwicklung im Bereich Onlinepayment macht, ist da nie aufgestoßen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

war nie ein Thema in dieser Due Diligence, wenn da so viele Kanzleien und so beteiligt waren.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das mag ich nicht ausschließen, aber das kann ich Ihnen auch jetzt so nicht beantworten, weil ich da nicht beteiligt war. Also, deswegen weiß ich das nicht. Ich habe sozusagen das, was ich weiß, was da sich abgespielt hat - - habe ich Ihnen heute mitgeteilt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weil, ich sage mal, wenn man da so viel Manpower dransetzt, müsste das ja eigentlich aufgefallen sein, und auch in China gibt es ja offenbar da eine sehr strenge Regulierung. Es wurde ja eine Strafe verhängt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, aber was ich Ihnen hier mitgeteilt habe, Herr De Masi, war - - Also, das, was mir auch mitgeteilt wurde, war, dass man - - dass diese Firma - - AllScore war mit Händlern verbunden. Und da gab es - - In diesen Strukturen gab es nicht nur kleine Fragezeichen. Und da hat die PBoC klipp und klar gesagt: „So nicht!“, und hat diese Händler in großen Teilen abgeschaltet. Also, das war dann erst mal auch etwas, wo dann, als das offensichtlich wurde - - wo dann die Vertreter dort, die die Verhandlungen jetzt da für die Wirecard geführt hatten und das auch uns so mitgeteilt - - wo wir gesagt haben: So, und jetzt? Und dann haben die gesagt: Nee, nee, im Grunde ist uns das lieber so; wir wollen das eben wirklich sauber haben, dass da jetzt nicht irgendwelche alten Leichen da im Keller mit rüberkommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also „dirty business“ eben auch.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: „Dirty business“ raus! Das war die Maßgabe von der PBoC, aber so kommuniziert - deswegen habe ich vorhin ja gesagt: da wird man zum Zyniker - auch von der Wirecard. - Also, das ist der Kenntnisstand, den ich dazu habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann möchte ich Sie noch fragen: Kennen Sie den CSU-Stadtverordneten aus München Michael Dzeba? Also „D - Z - E - B - A“ gesprochen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sind Sie nie begegnet.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie hatten auch keinen Kontakt mit der Felix-Somary-Stiftung?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Was ist das?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist eine Stiftung, die ein Essen, bei dem auch Herr Stoiber und andere zugegen waren, Leute aus dem Sicherheitsbereich, für Herrn Marsalek organisiert hat, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Kenne ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - das wohl mit diesem Stadtverordneten in Verbindung steht.

Dann möchte ich gerne nur noch wissen: Waren Sie in München schon öfters in der Prinzregentenstraße?

(Heiterkeit)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Beim Friedensengel? - Ach so, jetzt weiß ich, worauf Sie hinauswollen: weil da offensichtlich das Wohnhaus von diesem Herrn M. ist, über den wir heute schon gesprochen haben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Da ist eine Villa. Da wollte ich zunächst noch fragen: Kennen Sie denn Herrn Aleksander Vucak, den ehemaligen TUI-Manager?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der soll da Mitbewohner gewesen sein. Die hatten so eine wilde WG offenbar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nee. Die Prinzregentenstraße ist verdammt lang.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Die ist sehr lang. Da ist nämlich auch P1.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ganz unten. Deswegen heißt es auch „Prinzregentenstraße 1“. Da war ich aber auch seit 25 Jahren nicht mehr oder länger nicht mehr.

(Sebastian Brehm
(CDU/CSU): Da kommen
wir auch nicht mehr rein!)

- Ja, da kommt man nicht mehr rein. Seit 40 Jahren nicht mehr.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber Sie kennen Oliver Kahn. Nein, Spaß beiseite!

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, nein. Um Ihre sozusagen - - Sie haben die Frage nicht gestellt, aber ich habe - - Wie gesagt, ich hatte mit Herrn Marsalek nichts, also gar nichts, zu tun, null. Null.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. Von meiner Seite keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Wer möchte? - Okay.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde eine Frage stellen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Dr. Bayaz, bitte schön.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach dem UA und wenn die Läden wieder auf sind, muss Herr De Masi, glaube ich, einmal ins P1.

(Fabio De Masi (DIE
LINKE): Das machen wir
zusammen, oder?)

- Auf deine Kosten dann natürlich.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):
Florian auch! Zu dritt!)

Spaß beiseite! Es ist ja ein ernstes Thema.

Herr zu Guttenberg, eine Frage hatte ich noch mal: Sie hatten gesagt - - Sie hatten ja von sich aus angesprochen auch die Delegationsreise von Herrn Maas, wo Herr Ley mit dabei gewesen ist. Wie ist die Teilnahme von Herrn Ley da zustande gekommen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das weiß ich nicht. Ich habe vorhin nur gesagt, dass wir an dieser Reise und an der Reiseorganisation nicht beteiligt waren.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und mit Herrn Maas oder dem AA in irgendeiner Form hatten Sie auch - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Über diese Reise, nein. Mit Herrn Maas habe ich, ich glaube, das letzte Mal zu meiner aktiven Zeit was zu tun gehabt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. Den Rest macht Frau Paus. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte schön, Frau Paus.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann sein, ich brauche noch eine - - Also, ich brauche noch mehr. Könnt euch schon mal drauf einstellen, ob ihr noch eine Runde wollt oder ob ich dann zweimal darf.

Sie hatten schon gesagt, dass Sie von den anderen Terminen da nichts wussten. So, jetzt ist ja da seitdem ein bisschen Zeit auch ins Land gegangen. Haben Sie sich danach dann auch mal - Sie kennen ja Herrn Fritsche, Sie kennen auch Herrn von Beust - mit denen darüber ausgetauscht? Und haben Sie sich auch - - Ja, genau. Die nächste Frage kommt dann gleich.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Frau Abgeordnete.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen ja auch Roland Berger, nicht? Sie kennen auch August Hanning, und Sie kennen auch Stefan Klestil. Haben Sie sich mit denen jemals über Wirecard unterhalten?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich will Ihrer letzten Aussage widersprechen: Ich kenne Herrn Klestil nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Und ich habe mit Herrn Berger - - Wann habe ich denn den das letzte Mal gesehen? Vor ein paar Monaten. Haben wir da über Wirecard gesprochen? Kann ich nicht ausschließen, aber auf jeden Fall nicht irgendwie in einer Form inhaltlich, wie es hier relevant wäre.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wussten nicht, dass er auch Beratungstätigkeiten gemacht hat für Wirecard?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das ist mir neu.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Und wer war der andere?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): August Hanning und dann auch Ihr ehemaliger Mitarbeiter Ferdinand Prinz von Schönburg-Hartenstein.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Den Letzteren kenne ich auch wiederum nicht. Und Hanning kenne ich, aber mit Hanning habe ich über Wirecard nie gesprochen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann wüsste ich gerne noch von Ihnen - - Noch ein letzter Versuch zu dem erfolgsabhängigen Vertrag: Sie haben ja gesagt, er hat so verschiedene Stufen; aber eine zentrale Stufe ist ja, wenn das Geschäft zustande kommt. Da hatten Sie jetzt schon gesagt, da haben Sie jetzt aber keine Vorstellung, was dann für Sie dabei rausgekommen wäre. Aber ein erfolgsabhängiger Vertrag, da

kriegt man ja noch mal irgendwie Prozente vom Kaufvertrag - - ist jetzt keine gängige Kategorie. Ich nehme mal an, da hatten Sie doch wahrscheinlich einen Standardvertrag, und Ihre Standardverträge kennen Sie doch. Da müsste es doch eigentlich eine Orientierung geben, was bei Kaufabschluss zustande kommt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Frau Abgeordnete, ich verstehe sozusagen den Versuch, es sozusagen erneut - - Ich kann nur das wiederholen, was ich vorhin schon gesagt habe, und insbesondere will ich auch Ihnen sagen: Nein, es gibt in dem Geschäft sehr selten *den* Standardvertrag, sondern jeder Vertrag wird für sich verhandelt. Und jeder Vertrag folgt seinen eigenen Parametern. Und da habe ich das entsprechende Vertrauen in meinen Mitarbeiter, der das in den letzten Jahren exzellent gemacht hat und der dafür gesorgt hat, dass es der Firma nicht schlecht geht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn den Vertrag unterschrieben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Habe ich auch schon gesagt. Ich habe keinen dieser Verträge unterschrieben.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann trotzdem noch mal die Frage, weil es ja ein erfolgsabhängiger Vertrag war und weil ja jetzt doch rausgekommen ist, dass Sie ziemlich viel Zeit da investiert haben jetzt für ziemlich wenig Ertrag am Ende des Tages - das hat sich ja da unterwegs auch schon abgezeichnet, insbesondere als Ihnen klar wurde, dass der Vorstand nicht wirklich stramm hinter diesem Projekt steht -: Gab es da irgendeinen Zeitpunkt, wo Sie nicht Sorge hatten, dass dann sozusagen der Vertrag nicht zustande kommt? Hat das Diskussionen bei Ihnen in der Firma ausgelöst?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das hatte es nicht, weil wir in den Jahren, in denen wir mit unseren Ansprechpartnern zusammengearbeitet hatten, das Gefühl hatten, dass sehr wohl das Projekt voranschritt. Und dass es Hindernisse in einer Firma gibt, was gewisse Projekte anbelangt, das ist nun wirklich nicht nur eine, sagen wir mal, Wirecard-spezifische Angelegenheit,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sondern das haben Sie woanders auch. Und dass man die dann tunlichst überwinden sollte, insbesondere die Leute, die dafür in einer Firma zuständig sind - - das auch.

Ich habe Ihnen auch gesagt: Ich wurde ja dann einmal gebeten, das spezifisch auch anzusprechen, dieses Thema China. Das hatte ich am 17.12.2019 dann auch gemacht, und ich hatte zumindestens nicht den Eindruck, dass nach dem Gespräch da eine Abwehrhaltung darüber entstanden wäre. Das hatte ich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten ja schon erläutert: Ihr Treffen mit Herrn Braun jedenfalls, da war jetzt der Gesprächsinhalt China, glaube ich, eine Minute; kann ich mich erinnern.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Bitte noch mal sozusagen genau differenzieren, Frau Abgeordnete, wie ich es dargestellt habe: Der Gesprächsinhalt China beim ersten Treffen, was eigentlich für das Thema China vorgesehen war, war vielleicht eine Minute. Beim zweiten Treffen, zwölf Monate später, am 17.12., worüber ich berichtet hatte, hatte Herr von Waldenfels um das gar nicht vorgesehene, sondern dann spontane Gespräch mit ihm gebeten wegen China. Da ging aber die Initiative von Herrn von Waldenfels aus.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber das war ja auch nicht - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war dann ein sehr kurzes Gespräch, -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - aber wo ich noch mal zusätzlich auch darauf hingewiesen habe, dass das ein wichtiger Markt sei und dass es auch für Wirecard ein wichtiger Markt sei, nach meiner Erinnerung; ich weiß jetzt auch den genauen Ablauf da auch nicht mehr. Und das ist entsprechend aufgenommen worden, so wie ich es Ihnen gerade geschildert habe: dass ich nicht das Gefühl hatte, dass da plötzlich ein negatives Sentiment da gewesen war.

Das negative Sentiment, was mir von dem Herrn von Waldenfels geschildert wurde, das habe ich Ihnen gesagt, einfach noch mal in den Kontext hineingesetzt, um zu sagen - noch mal: das ist aber von meiner Seite eine Hypothese -, dass man das Gefühl hat, dass dieses Geschäft nicht in das, was man heute über potenzielle betrügerische Absichten weiß, in irgendeiner Form hineingepasst hätte. Aber da stelle ich jetzt eine Hypothese auf.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir ging es jetzt nur darum, dass es ja dann normal ist, wenn Sie dann mitbekommen, dass eben der Chef nicht da so super interessiert ist und auch bei dem zweiten Termin ein Jahr später auch das Gespräch mit Herrn Braun zu China relativ kurz ist, dass man dann sich Sorgen macht als Vertragspartner, dass eben womöglich der Vertrag am Ende nicht erfolgsorientiert zu Ende kommt, und dass Sie das dann auch notieren und zurückmelden in Ihr Unternehmen, dass es womöglich nix wird mit der erfolgsabhängigen - - Vertragsabschluss.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Sie nehmen jetzt eine Interpretation sozusagen meiner Aussagen vor, die ich so nicht interpretiere. Und von der - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage ist: Aufgrund dieser Wahrnehmung, die Sie uns hier geschildert haben, hat es daraufhin eine Rückmeldung von Ihnen, eine E-Mail, eine - - irgendwas in das Unternehmen hinein, eine Frage noch mal gegeben, inwieweit man das Engagement mit der Wirecard AG zum China-Auftrag überdenken muss, weil es offenbar zu wenig Interesse von der Spitze gibt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Ich sage noch mal: Es gab für mich keinen Anlass nach diesem Treffen am 17.12., das China-Engagement zu überdenken, sondern es war ein Gespräch, wo ich versucht habe, den CEO darauf hinzuweisen, dass es wichtig ist, und ich habe von dem CEO nicht das Gefühl bekommen, dass diese Nachricht bei ihm nicht angekommen sei. Also, von daher gab es überhaupt keinen Grund,



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt noch mal das alles infrage zu stellen. Im Gegenteil: Es wurde einfach weitergearbeitet.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann noch eine Frage: Sie hatten ja - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Paus, ganz kurz. - Ich frage mal jetzt rum, weil die Zeit ist jetzt schon etwas rum: Wie ist das Interesse bei CDU/CSU? War kein Interesse mehr, eine Frage zu stellen?

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Das Interesse
ist groß, aber wir haben die
Fragen gestellt!)

- Alle gestellt so weit. - Ich gucke mal rüber zu den Kollegen der SPD: Dr. Zimmermann? - Ich habe auch keine Fragen mehr. Dr. Toncar? - Fabio De Masi? - Dann noch mal sechs Minuten. Gut.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Dann noch mal: Sie hatten ja gesagt, dass Sie Ihre Geschäftspartner doch intensiv auswählen, dass es auch Zuständige gibt bei Ihnen. So. Jetzt war die Geschäftsbeziehung mit Wirecard ja schon ein bisschen länger. Trotzdem: Dieses Engagement zu China ging ja erst dann 2018 los.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Richtig.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal zu der Frage, die auch Herr Brehm schon gestellt hatte: Herr Marsalek war ja der Zuständige für das Asien-Geschäft. Zu Beginn des Projektes: Warum haben Sie nicht - - Waren Sie nicht überrascht, dass der Zuständige im Vorstand für das Asien-Geschäft überhaupt nicht an Bord ist, dass er gar nicht auftauchte in der ganzen Auseinandersetzung?

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Das dritte
Mal!)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe die Frage schon beantwortet: weil er gar nicht in unserer Wahrnehmung auftauchte, auch weil sozusagen für uns nicht klar war, dass es überhaupt einen Zuständigen für das Asien-Geschäft gibt

und für China oder irgendwas. Das war gar nicht unser zuständiger Ansprechpartner.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten doch gesagt, Sie überprüfen genau, mit - - wenn Sie in solche Geschäfte und Projekte reingehen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, noch mal: Aber zu dem damaligen Zeitpunkt haben wir die Überprüfung so vorgenommen, Frau Abgeordnete, dass man - - Wer wusste zu dem damaligen Zeitpunkt, als wir da im Jahre 2018 das China-Geschäft - - wer wusste damals von den Machenschaften von Herrn Marsalek? Sie? Sie nicht, ich auch nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war öffentlich, glaube ich, wissbar, dass er das Asien-Geschäft betreut in der Wirecard AG.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, aber es war - - Noch mal: Die Frage hat sich für uns überhaupt nicht gestellt, weil er nicht unser Counterpart, unser Ansprechpartner war. Und es gab für uns keinen Anlass im Jahre 2018, mit Herrn Marsalek in Kontakt zu treten. Für was?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil er der Zuständige im Vorstand ist fürs Asien-Geschäft.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, die zuständigen Leute für das China-Geschäft, Frau Abgeordnete, waren mit uns direkt in Kontakt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann noch eine allerletzte Frage: Sie hatten ja mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie finden, dass - - also dass der Schritt sozusagen, mit der Kanzlerin darüber zu sprechen, war, dass das im Sinne sozusagen der Bundesrepublik Deutschland gewesen ist. Wenn Sie anderer Meinung gewesen wären, hätten Sie das nicht getan. Und Sie haben auch gesagt: Es ist völlig klar, muss auch so sein, dass eben ab einer gewissen Größenordnung Unternehmen, deutsche Unternehmen in China keinen Erfolg haben, wenn sich die Bundesrepublik Deutschland, die Regierung nicht darum kümmert. - So.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Würden Sie jetzt heute sagen: „Die Standards in der Betreuung dieser Aufgabe des politischen Supports für deutsche Unternehmen, der Standard der Bundesregierung ist derzeit ausreichend“, oder hätten Sie da für uns noch Hinweise, was da verbessert werden sollte bei der Überprüfung im Vorfeld, welche Unternehmen man unterstützt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist eine sehr gute Frage, Frau Abgeordnete.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ihre anderen waren auch exzellent.

(Heiterkeit)

Also, ich habe ja vorhin schon mal einen leisen Hinweis darauf gegeben, dass ich gesagt habe: Wir mussten darauf vertrauen, dass wir es, sagen wir mal, mit Counterparts zu tun haben, die im Zweifel über sehr viel mehr Informationen oder Zugang zu Informationen verfügen als beispielsweise jetzt ein Berater. - Trotzdem, glaube ich, müssen wir uns alle im Zuge dieser wahnsinnigen Geschichte hier die Frage stellen: Was kann man besser, was kann man mehr machen? Ich glaube, diese Aufgabe kommt sicher auch auf die Bundesregierung zu. Also, dass man Lehren aus dem Fall Wirecard zieht, versteht sich in meinen Augen von selbst.

Und dass es - - dass man - - Und jetzt bewegen wir uns wirklich in der Frage des „Hätten-wissen-Können“. Ich habe das ja versucht heute mal so ein bisschen zu differenzieren.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir machen ja auch Politikempfehlungen. Wir wollen ja auch was entwickeln für die Zukunft.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Beim „Hätten-wissen-Müssen“ ist das, glaube ich, schwierig. Oder: Sie wussten. Das können wir, glaube ich, ausschließen. Ein „Hätten-wissen-Müssen“ - - Wahrscheinlich geht es darum, wie man ein „Hätte-wissen-Müssen“ für die Zukunft ent-

sprechend einpackt. Und ein „Hätte-wissen-Können“, glaube ich - - müssen wir uns alle die Frage stellen: Hat man das Notwendigste getan? Und auf wen oder was hat man sich dabei verlassen?

Ich kann mir jetzt - - Und das wünsche ich mir jetzt nicht nur als einer, der jetzt nicht bei einem nächsten Klienten wieder fröhlich vor einem Untersuchungsausschuss sitzen will, sondern das wünsche ich mir jetzt als Staatsbürger dieses Landes, dass ich sage: Wenn ein großes Unternehmen, insbesondere das es in den DAX schafft, über Jahre hinweg mit so was durchkommt und im Grunde eine gesamte Nation inklusive ihrer hochmögenden wen auch immer, inklusive uns, der Medien, Ihnen, allen, entsprechend mit einer Geschichte zu täuschen weiß, dann wünsche ich mir, dass daraus Lehren gezogen werden, dass man Unternehmen, die man im Ausland unterstützt und wenn die dann auch entsprechend mit einer entsprechenden Größe oder entsprechenden Sichtbarkeit, etwa im DAX, abgebildet sind - - dass man die wahrscheinlich noch intensiver unter die Lupe nimmt, als das bislang der Fall war.

Also, das Vertrauen, dass ein DAX-Unternehmen als solches im Grunde allen Standards entsprechen könnte oder müsste - - Ich meine, das haben wir auch schon bei anderen Unternehmen gesehen, dass es vielleicht nicht immer der Fall ist, aber das ist schon, sagen wir mal, eine Geschichte, die mich bis heute, wahrscheinlich ähnlich wie Sie, sprachlos macht. Aber ich - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es noch weitere Standards, die Sie meinen, die man da beachten müsste?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aus dem Ärmel fallen mir jetzt hier keine ein, aber, ich meine, ich kann Ihnen allen nur wirklich eine gute und eine gesegnete Hand hier wünschen, dass Sie das herauskitzeln in Ihren Untersuchungen und dass das, was heute hier spürbar ist, dass es jetzt hier nicht um ein rein parteipolitisches Instrument geht, was vor Wahlen in einem Untersuchungsausschuss nicht immer ganz leicht ist - aber das war ja heute explizit nicht der Fall - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

und dass der Untersuchungsauftrag, wie er formuliert ist, so wie ich ihn verstanden habe, ja zur Verbesserung dieser Standards am Ende dienen soll - - kann ich Ihnen nur eine gute Hand wünschen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten gesagt, das BMF haben Sie als stark unterstützend wahrgenommen. Insbesondere ist ja Wolfgang Schmidt hier sozusagen präsent. Sie hatten jetzt selber gesagt, Sie hatten jetzt keinen Kontakt zu Scholz oder so. Aber haben Sie - - Können Sie uns trotzdem noch mitgeben: „Gab es sozusagen in Ihrem Team weitere Hinweise, sozusagen welche Stellen im BMF noch zusätzlich, außer Herrn Wolfgang Schmidt, unterstützend waren?“

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, da habe ich jetzt keine Kenntnis. Aber ob es in meinem Team Kenntnis gibt, das weiß ich nicht. Also, das - - Aber ich selber habe da keine aktive Kenntnis.

Ich habe übrigens das auch nicht so formuliert, dass ich gesagt habe, dass das - - ich hätte gesagt, das BMF hätte stark unterstützt. Ich habe es so formuliert, wie ich - - Sie haben unterstützt. Aber ich habe diese Formulierung nicht so gewählt, wie Sie es jetzt gerade gesagt haben.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten einmal auf Herrn De Masi geantwortet. Da war eine andere - - etwas - - nicht genau „unterstützt“, aber unterstützend.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Paus, die sechs Minuten sind schon wieder rum.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann eine allerallerletzte Frage: Das Leerverkaufsverbot der BaFin - das hatten Sie auch in Ihrem Statement erläutert - war für Sie doch wichtig und einschneidend. Können Sie dazu noch zwei Sätze mehr sagen, welche Bedeutung Sie diesem Verbot zumessen würden in der ganzen Geschichte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Na ja, es hat die Argumentation und die Kraft des Artikels der „Financial Times“ nachhaltig geschwächt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte noch eine allerallerletzte. Zur „Financial Times“ - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist aber sehr lang. Aber weil heute Weihnachten ist - - Wenn es denn die allerallerallerallerletzte ist, -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ist es wirklich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - dann bin ich dabei.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil er es selber angesprochen hat, die „Financial Times“. Sie lesen ja die „Financial Times“, nehme ich an.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nicht jeden Tag, aber schon gelegentlich.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, so. Also, wir hatten jetzt schon den Eindruck: Ansonsten wird sie in deutschen Behörden nicht gelesen. - Und da wollte ich einfach noch mal fragen: Als ehemaliger Minister, könnten Sie da uns noch was dazu sagen? Wie ist sozusagen die Wahrnehmung der nichtdeutschen Presse sozusagen in deutschen Behörden? Sehen Sie da auch Verbesserungsbedarf?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Och, das weiß ich wirklich nicht. Also, ich kann mich erinnern, dass zu meiner kurzen, dünnen Zeit als Kabinettsmitglied ich Wert darauf gelegt habe, auch die wesentlichen internationalen Briefings zu den Themen zu bekommen, und ich hatte jetzt nicht den Eindruck, dass man über diesen Wunsch jetzt über alle Maßen überrascht gewesen sei.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Dann schaue ich noch mal in die Runde. - Kopfschütteln überall. Gut. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne allerdings ist Ihre Vernehmung noch nicht abgeschlossen. Vielmehr wird



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich an dieser Stelle recht herzlich bei Ihnen bedanken, wünsche Ihnen nicht nur einen guten Tag, eine gute Heimreise und zur fortgeschrittenen Vorweihnachtszeit gesegnete Weihnachten, guten Rutsch! Bleiben Sie beide gesund! - Vielen Dank, dass Sie hier waren, im Namen des Ausschusses und der Abgeordneten.

Jetzt würde ich im eigenen Interesse ganz kurz mal bitten - Viertelstunde vielleicht -, dass wir um 17 Uhr fortsetzen. Ich würde mir einfach gerne einen Kaffee holen, was zu essen. Und ich glaube, vielleicht tut den anderen Kollegen eine Viertelstunde Pause auch ganz gut. Sie können die Presse informieren.

(Zuruf)

- Statements sind gewünscht; umso besser.

Dann bitte ich um sensible Handhabe und würde bis 17 Uhr in etwa unterbrechen. Und dann bitte ich trotzdem schon - der Kollege ist der Nächste, Papageorgiou -, dass der sich mit rechtlicher Vertretung dann bereithält. - Danke.

(Unterbrechung von
16.43 bis 17.11 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Michael Papageorgiou

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut; ich würde sagen, wir setzen jetzt fort. Ich bitte dann den Zeugen Papageorgiou zu uns, nebst Rechtsbeistand. - Kein Rechtsbeistand, ist alleine hier. Auch gut.

Ich hatte gesagt: „17 Uhr“; es ist jetzt 17.10 Uhr. Ich beginne schon mal mit dem Protokollarschen, damit sich die Kollegen dann einfinden.

(Sebastian Brehm
(CDU/CSU): Ich bin schon
da!)

- Ich sehe das schon. Sebastian Brehm ist da, Matthias Hauer, Cansel Kiziltepe; da kommt Dr. Zimmermann. Ich hatte aber noch mal draußen gesagt: Jetzt geht es einfach mal weiter, weil ich wollte nicht bis sechs hier sitzen.

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Michelbach fehlt! Das heißt
ja für Sie, Sie sind uner-
setzlich heute!)

Der Zeuge hat Platz genommen. - Herr Papageorgiou, dann heiße ich auch Sie herzlich im Namen des Ausschusses, der Kollegen, des Bundesrates, der Vertreter der Ministerien hier willkommen!

Herr Papageorgiou, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung und zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt. Auch da mein Dankeschön zur Kooperation. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit dem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt.

Damit kann ich auf einige technische Hinweise zu sprechen kommen. Werden Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur

Sprache bringen müssten, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hat dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Keine Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Keine Fragen. - Dann möchte ich Sie noch bitten, darauf zu achten - Sie haben das eben schon wunderbar getan -, immer wenn Sie sprechen, das Mikro auch einzustellen. Denn unsere Zeugeneinvernahme wird in mehrere Säle, Räumlichkeiten hier gestreamt, wie es so neudeutsch heißt. Und außerdem läuft ja auch immer ein Tonprotokoll mit. Also insoweit genau das, was Sie eben getan haben. Gut.

Herr Papageorgiou, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf, Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja. Mein Name ist Michael Papageorgiou. Ich bin 32 Jahre, geboren am [REDACTED]. Der Dienstort ist die Deutsche Bundesbank, Wilhelm-Epstein-Straße 14, 60431 Frankfurt am Main. Dort bin ich als Volkswirt tätig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. Vielen Dank. - Herr Papageorgiou, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort. Vielen Dank.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja. Ich möchte zu Anfang eine kurze Erklärung gerne abgeben. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine Erklärung beschäftigt sich mit meiner Tätigkeit im Bundeskanzleramt, aber auch ganz grundsätzlich mit meiner Befassung mit dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard-Konzern. Ich bin Mitarbeiter der Bundesbank und war vom 17. Juli 2017 bis 16. Juli 2020 zum Bundeskanzleramt abgeordnet. Dort war ich im Referat „Finanzmarktpolitik; Finanzmarktrecht“ tätig. Zu meinen Aufgaben zählte die Koordinierung der Gesetzgebung, die Erstellung von Entscheidungs- und Unterrichtsvorlagen, von Redeentwürfen und Sprechvorschlägen sowie die Beantwortung von Bürgereingaben.

Nach meiner Erinnerung habe ich lediglich eine begrenzte Anzahl an Dokumenten zum Wirecard-Konzern verfasst und war ab Mitte Mai nicht weitergehend mit dem Thema befasst. Das wäre meines Erachtens angesichts meines regulären Ausscheidens aus dem Bundeskanzleramt am 16. Juli 2020 auch nicht ratsam gewesen.

Zwar habe ich im Juli 2020 an einer Zulieferung des Bundeskanzleramts auf eine - - an einer parlamentarischen Anfrage zu Terminen, Gesprächen, Treffen mit Vertretern der Wirecard AG gearbeitet. Dabei handelte es sich jedoch in erster Linie um eine Recherchetätigkeit. Gerne gebe ich zu den von mir verfassten Beiträgen und Hintergründen Auskunft.

Damit möchte ich an dieser Stelle meine einleitenden Bemerkungen schließen und mich für die Gelegenheit bedanken, Ihnen diese zu Anfang vortragen zu können.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sehr gerne. - Ja, dann würde ich starten. Einiges, was ich so zum Auftakt, zum Warmlaufen sozusagen hätte fragen wollen, haben Sie schon beantwortet.

Ich würde mich gerne auf die „Financial Times“ - - Das ist hier ja mittlerweile ein doch interessantes Objekt der Begierde geworden. Ist Ihnen der Artikel der „Financial Times“ vom 24. April 2019, in dem das Geschäftsmodell von Wirecard beschrieben wird, bekannt oder bekannt gewesen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Der spezielle Artikel, den Sie genannt haben, der ist mir jetzt nichtinnerlich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Sind Sie sonst von anderen Kollegen vielleicht mal darauf angesprochen worden im Kanzleramt - ich denke, da spricht man ja auch mal - auf diese Berichterstattung zu Wirecard als ein deutsches DAX-Unternehmen, nachdem sicherlich ja auch die China-Reise Thema war? Sind Sie da mal angesprochen worden? Was war da so Inhalt der Gespräche?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich auf das Thema angesprochen worden bin. Aber ich verfolge natürlich die Presse mit Blick auf das Geschehen an den Finanzmärkten. Aber konkrete Gespräche zu dem Thema, daran kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aus Ihrer Vorlage für die Antwort auf die Anfrage eines Gesprächstermins der Wirecard AG bei der Bundeskanzlerin vom 10. Januar 2019 auf MAT A BKAm-7.01, Blatt 7, geht hervor, dass Ihnen schon damals Berichte aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom August 2018 bekannt waren, nach denen die Staatsanwaltschaft München ein Verfahren gegen Wirecard prüft. Vor diesem Hintergrund sei ein Gespräch der Bundeskanzlerin und des Chefs des Bundeskanzleramtes mit Dr. Markus Braun nicht ratsam. Ist Ihnen bekannt, dass die Bundeskanzlerin Wirecard in ihrer China-Reise vom 5. bis 7. September 2019 thematisiert hat?

Zeuge Michael Papageorgiou: Mir ist bekannt, dass die Bundeskanzlerin das Thema „Übernahme von AllScore durch Wirecard“ bei ihrer China-Reise angesprochen hat. Auf die Vorlage würde ich aber gerne auch noch mal eingehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne.

Zeuge Michael Papageorgiou: Und zwar hatte ich den Termin ja negativ votiert. Das wurde vielfach so aufgefasst, als ob ich mich dabei lediglich auf die Artikel beziehe. Deshalb möchte ich gerne noch mal aus dem Votum zitieren: Ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin oder dem Chef des Bundeskanzleramts erscheint mir - - Eine Sekunde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne. Nehmen Sie sich Zeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Michael Papageorgiou: Genau. Entschuldigung, falsche Passage.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, ist gut.

Zeuge Michael Papageorgiou:

Wir empfehlen **Absage des Gesprächs aus Termingründen**. Der Aufstieg des 1999 gegründeten ... Unternehmens ist beeindruckend. Ein **Gespräch mit AL 4**, beispielsweise über Geschäftsmodell und Zukunftsaussichten, erscheint [mir] jedoch angemessen. Ein Gespräch mit BK'in und ChefBK ist zudem vor dem Hintergrund des SZ-Berichts über ein mögliches Verfahren der Münchener Staatsanwaltschaft nicht ratsam.

Zur Einordnung: Ich habe also einen Termin mit der Bundeskanzlerin und dem Chef des Bundeskanzleramts angesichts ihrer umfangreichen terminlichen Verpflichtungen für nicht angemessen gehalten. Der „SZ“-Bericht bzw. die Berichte, nach denen die Staatsanwaltschaft München noch immer ein Verfahren im Zusammenhang mit Vorgängen aus dem Jahr 2017 prüft, waren ein weiterer Aspekt. Ich hätte jedoch ohnehin ein negatives Votum verfasst.

Zur Einordnung: Die verkürzte Darstellung in der Vorlage erweckt gegebenenfalls den Eindruck, dass ich mich hier auf einen absolut Wirecard-kritischen Bericht bezogen habe. Das trifft meines Erachtens aber nicht zu. Ich zitiere noch mal ein paar Passagen aus dem Zeitungsartikel. Überschrift: „Gegen alle Widerstände“, Unterzeile:

Der Bezahl dienstleister Wirecard aus der Nähe Münchens hat beste Chancen, die alt-ehrwürdige Commerzbank aus dem Dax zu verdrängen. Es wäre ein Triumph für Konzernchef Markus Braun, der mit der Firma einst in der Schmutzlecke des Internets angefangen hat.

Dann weiter:

Die anrühigen Anfänge und die hemdsärmelige Art Brauns hinterlassen ihre Spuren. Über Jahre sind die Anleger zwar stets begeistert von den Erfolgen, aber eben auch immer höchst misstrauisch. Das macht Wirecard anfällig für Spekulanten. 2008 greifen sie zum ersten Mal an: Sie wetten erst auf einen Absturz der Aktie und prangern dann auf der Hauptversammlung die Bilanzierung an und überschütten den Vorstand mit Vorwürfen.

Weiter an anderer Stelle:

Die Spekulanten hinter der ersten Attacke werden später sogar verurteilt ...

Im Bezug auf das Jahr 2006 an andere Stelle:

An einem verregneten Mittwoch im Februar beginnt der bis dato größte Angriff auf Wirecard. Über Nacht veröffentlicht das bis dahin völlig unbekannte „Analysehaus“ Zatarra einen 100-seitigen Bericht. Darin wirft Autor Fraser Perring Wirecard und dem Vorstand alles mögliche vor: Korruption, Betrug, Geldwäsche, illegales Glücksspiel.

Weiter an anderer Stelle dazu:

Am Ende kann Wirecard die Vorwürfe entkräften ...

Und noch weiter an anderer Stelle:

Dass die unsauberen Wetten gegen Wirecard überhaupt funktioniert haben, liegt auch an den Bilanzen des Konzerns: Zu jedem Zeitpunkt fließt extrem viel Geld durch die Firma, nicht immer ist aber klar, was davon Wirecard gehört. Gestandene Analysten haben sich an den Zahlenwerken aus Aschheim schon die Zähne ausgebissen.

Und ein letzter Abschnitt:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Heute bescheinigen Analysten dem Unternehmen astreine Bilanzen, hunderte internationale Großkonzerne setzen auf die Dienste des Zahlungsdienstleisters, und der Aktienkurs kennt scheinbar nur [eine] Richtung: aufwärts. Auch in der deutschen und internationalen Start-up Szene besitzt Wirecard einen exzellenten Ruf.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie hatten eben so gesagt, auch das Geschäftsmodell - - im Votum - - Haben Sie sich das - - Heißt das, dass Sie auch in Ihr Votum einfließen ließen eigene Analysen vielleicht zum Geschäftsmodell? Sie hatten eben nämlich - das war in einem Nebensatz; ich habe da sehr aufmerksam zugehört - - auch zum Geschäftsmodell. Können Sie das näher erläutern?

Zeuge Michael Papageorgiou: Analysen zum Geschäftsmodell habe ich nicht in die Bewertung einfließen lassen. Ich war - - Wie üblich, wenn ich eine Vorbereitung erstelle, betreibe ich dann in der Regel mal eine kurze Presserecherche, hatte den Artikel gefunden und hatte den - - einen Aspekt rausgegriffen, den man als kritisch ansehen könnte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Hatten Sie aber trotzdem für sich durch das Lesen - - Man guckt ja dann wahrscheinlich ein bisschen umfänglicher. Man hat diesen Bericht. Sie sind Volkswirt. Das heißt, man schaut ein bisschen größer im Scope heran. Hatten Sie zu dem Zeitpunkt Gedanken oder einer - - Gedanken klar zu dem Geschäftsmodell von Wirecard?

Zeuge Michael Papageorgiou: Einen klaren Gedanken zu dem Geschäftsmodell habe ich mir im Zusammenhang mit der Erstellung der Vorlage nicht gemacht. Der Artikel war ja insgesamt eher sehr positiv. Von daher gab es für mich jetzt keinen Anlass, das Geschäftsmodell jetzt weiter zu prüfen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja. - Sie hatten ja dann Ihr Votum abgegeben; die China-Reise fand ja dann statt. Ist Ihnen bekannt, was sich so zwischen Ihrem Votum, sich nicht mit Dr. Braun zu

treffen, und der Reise der Bundeskanzlerin ereignet hat, was vielleicht diese leichte Kursänderung hätte ermöglichen können?

Zeuge Michael Papageorgiou: Also, als Kursänderung würde ich das jetzt nicht bezeichnen, da ich ja, wie gesagt, ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem Chef des Bundeskanzleramts aufgrund der umfangreichen terminlichen Verpflichtungen der Kanzlerin und des Chefs des Kanzleramts abgelehnt hatte. Wie gesagt, das - - Die Berichte waren ein weiterer Aspekt. Aber ich hatte den Termin ja auch nicht vollumfänglich abgelehnt, sondern mich für ein Gespräch auf Ebene des Abteilungsleiters ausgesprochen. Von daher würde ich darin jetzt keine Kursänderung sehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich finde es immer schon gut, wenn Presse so gelesen wird. Sprachen Sie zumindest zu diesem Artikel, wenn nicht generell zu Wirecard - - Aber sprachen Sie jetzt speziell zu diesem Artikel, der zu Ihrem Mitvotum vielleicht doch führte plus der Anspannung und terminlichen Verpflichtungen der Kanzlerin, mit Vorgesetzten oder Kollegen im Kanzleramt, exakt nur über diese Berichterstattung, die Sie eben auch in Teilen vorgetragen haben?

Zeuge Michael Papageorgiou: Mir ist nicht Erinnerung, dass ich mit Kollegen über diesen Artikel gesprochen habe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Sie waren nach unserer Kenntnis für die Vorbereitung des Telefonats von Professor Dr. Röller und Dr. Markus Braun am 20. Mai 2020 dann zuständig. Das ist den Unterlagen zur Vorbereitung dieses Telefonats auf MAT A BK Amt-7.01, Blatt 29, zu entnehmen. Was können Sie zu diesem Telefonat entsprechend sagen und auch da zur Vorbereitung? Gab es da andere Dinge, die Sie vielleicht da dann wieder haben einfließen lassen, wie jetzt zum Votum die „Süddeutsche“?

Zeuge Michael Papageorgiou: Also, das ist eine Vorlage, die habe ich verfasst zusammen mit der Leiterin des Referats „Finanzmarktpolitik; Finanzmarktrecht“. Und das ist eine Vorlage vom



Nur zur dienstlichen Verwendung

15. Mai, verfasst für ein Telefonat, was am 20. Mai stattgefunden hat. Und davor lag ja am 28. April die Veröffentlichung des KPMG-Sonderberichts der KPMG-Sonderprüfung zu Wirecard. Und die Sprache in dieser Vorlage würde ich als vorsichtiger bezeichnen. Ich zitiere mal aus der Vorlage:

Die im Raum stehenden Vorwürfe der Bilanzfälschung wiegen schwer. Eine Marktmanipulationsuntersuchung der BaFin läuft, darüber hinaus Schadensersatzklagen deutscher Anleger.

Von Bewertungen der Vorgänge raten wir ab.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sprachen - - 15. Mai. Jetzt würde mich einfach mal interessieren: Haben Sie in den KPMG-Bericht reingeschaut, sich den näher anschauen können? Hatten Sie Zugang dazu oder auch der Presse jetzt entnommen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das habe ich der Presse entnommen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Ich springe noch mal in den Zeitpunkt zurück: Kanzlerreise 2019, im September, nach China. Ausweislich einer Mail vom 5. September 2019 auf MAT A BKAm-7.25, Blatt 20, von der Regierungsdirektorin Dr. Melcher an ihre Kollegin Dr. Koikkara aus dem Referat „Finanzmarktpolitik; Finanzmarktrecht“ im Bundeskanzleramt soll das Vorzimmer von Professor Dr. Röller ausgerichtet haben, man solle „nicht bei Herrn Fritsche um Konkretisierung des Gesprächswunsches ‚Geschäfte mit Fernost‘ bitten“. Dabei geht es um einen Termin von Professor Röller mit Herrn Fritsche und Vertretern von Wirecard am 11. September 2019. Sie waren in dieser Mail cc gesetzt. Können Sie sich an diesen Vorgang erinnern? Und wie oft kam es vor, dass von einer Konkretisierungsbitte auf Wunsch von Professor Dr. Röller abgesehen wurde?

Zeuge Michael Papageorgiou: An diese Mail kann ich mich nicht erinnern. Ich muss allerdings ergänzen, dass ich vom 29. August bis 18.

September 2019 urlaubsbedingt nicht im Büro war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, das muss auch mal sein. - Das heißt, Sie können auch zu dem Termin am 11. September 2019 logischerweise dann nichts sagen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann würde ich, bevor ich jetzt gleich weitergebe, eine - - Ich habe hier zwar noch viel, aber die Frage würde ich gern noch stellen. Ihr Name findet sich als ein Unterzeichner in einem Mailverkehr zwischen Dr. Bastian Alm, Referent im Bundeskanzleramt, und der stellvertretenden Leiterin des Kanzlerbüros, Petra Rülke, sowie Julius Eisenreich, dem stellvertretenden Leiter des Büros des Chefs der Bundeskanzlerin [sic!]. Die Mail ist auf MAT A BKAm-7.27, Blatt 88, zu finden. Es geht um einen täglichen Überblick „im Auftrag von Herrn Röller ... insb. über aktuelle Entwicklungen ... der Wirtschaft ... an den Finanzmärkten“. In diesem Überblick wird auch der Aktienkurs von Wirecard thematisiert. Ab wann versendeten Sie diesen täglichen Überblick?

Zeuge Michael Papageorgiou: An den genauen Zeitpunkt, wann wir den täglichen Überblick versendet haben, kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Können Sie sich vielleicht noch erinnern, ob Wirecard dort das erste Mal mit erwähnt wurde, speziell?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich in diesem - - im Zusammenhang mit dem Briefing einen Beitrag über Wirecard aufgenommen habe oder verfasst habe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Und im Nachgang danach oder in weiteren Berichterstattungen: War die Wirecard-Aktie öfter Bestandteil dieses täglichen Überblickes? Wissen Sie das vielleicht zufällig noch?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Michael Papageorgiou: Das waren zahlreiche Briefings. Daran kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gut. - Dann hätte ich zunächst keine weiteren Fragen und übergebe an die CDU/CSU-Fraktion, an Matthias Hauer. Bitte schön.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Papageorgiou, vielen Dank, dass Sie uns Auskunft geben.

Gerade ist ja schon angesprochen worden, dass Sie am 10. Januar 2019 diesen Vermerk verfassten, in dem Sie davon abrieten, dass die Bundeskanzlerin und der Chef des Bundeskanzleramts ein von Wirecard erbetenes Gespräch führen sollten mit Herrn Dr. Braun. Sie haben da ja gerade schon dieses Thema - wie das gemeint war mit dem „aus Termingründen“ - genannt. Nur noch mal für meine Klarheit: Also, das war jetzt nicht eine bloße Ausrede, um sich nicht mit dem treffen zu müssen, sondern es ging um - - also, dieser Verweis auf die Termingründe - - sondern es war, weil die Bundeskanzlerin insgesamt viele terminliche Verpflichtungen hat und ebenso auch der Chef des Bundeskanzleramts.

Deshalb: Gibt es da eine gewisse Priorität, wer Termine bekommt und wer nicht? Und schon durch dieses Raster wäre diese Anfrage gefallen, unabhängig von irgendwelchen Berichten; da rede ich jetzt gleich drüber. Aber das wäre schon das K.-o.-Kriterium jetzt für diese Ebene gewesen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Nach meinem Ermessen trifft das absolut zu.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, dann habe ich das richtig verstanden. - Und dann hatten Sie noch ergänzend, ich sage das mal, als Nebenaspekt diesen Bericht in der „Süddeutschen“ erwähnt und dieses Verfahren Staatsanwaltschaft München. Da würde mich interessieren, was Sie zu dem Zeitpunkt über dieses Verfahren bei der Staatsanwaltschaft München I wussten und woher.

Zeuge Michael Papageorgiou: Was ich dazu wusste, wusste ich aus dem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“, und nicht mehr.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kommt es oft vor, dass ein erbetenes Gespräch der Bundeskanzlerin mit einem DAX-Vorstand abgelehnt wird?

Zeuge Michael Papageorgiou: Da ist meine Stichprobe jetzt nicht allzu groß. Aber -

Matthias Hauer (CDU/CSU): ... ab und zu kommt es vor.

Zeuge Michael Papageorgiou: - ich würde sagen: Ja, das kommt vor.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das angebotene Gespräch mit Herrn Abteilungsleiter Professor Dr. Röllner, das lehnte ja dann Wirecard zunächst ab. Können Sie sich vorstellen, warum das Angebot eines Gesprächs mit Herrn Dr. Röllner von Wirecard abgelehnt wurde?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das kann ich mir nicht vorstellen; da könnte ich nur spekulieren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): In dem Vermerk - immer noch 10. Januar 19 -, da haben Sie auch ein paar Fakten aufgeführt zum Aufstieg des Unternehmens. Sie verglichen da die Wirecard AG mit der Deutschen Bank. Ich zitiere jetzt mal:

Aktuell weist das Unternehmen eine Marktkapitalisierung von 17 Mrd. Euro auf. Das liegt knapp über der Marktkapitalisierung der Deutschen Bank (15,7 Mrd. Euro). 2017 beschäftigte das Unternehmen 4.500 Mitarbeiter, die Deutsche Bank hingegen 97.500.

Wie war Ihr Blick auf den Aufstieg von Wirecard? Und diese Zahlen alleine waren ja erst mal schon mal erstaunlich. Kamen Ihnen die Zahlen irgendwie komisch vor, oder wie war Ihre Sicht damals?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann nicht sagen, dass mir die Zahlen zu dem Zeitpunkt komisch vorkamen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Sie haben es ja eingeordnet. Wahrscheinlich haben Sie bewusst -

Zeuge Michael Papageorgiou: Genau.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - eine ähnliche Marktkapitalisierung genommen und dann festgestellt: Ups, da sind aber viel weniger Mitarbeiter.

Zeuge Michael Papageorgiou: Korrekt. Und die Aussage in meiner Bewertung, in der Vorlage, ich denke, die spiegelt das ganz gut wider:

Der Aufstieg des 1999 gegründeten Technologie- und Finanzdienstleistungs-Unternehmens ist beeindruckend.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hatten Sie vor Ihren Befassungen, die wir jetzt gerade ja schon erörtert haben, vorher schon mal was von Wirecard gehört oder - mit dem Unternehmen irgendwie in Kontakt geraten?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich würde davon ausgehen, dass ich davor schon von dem Unternehmen gelesen habe in der Presse. Berührungspunkte darüber hinaus sind mir nicht erinnerlich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): In dieser Gesprächsvorbereitung für Herrn Professor Röllner, da war die Anmerkung von Ihnen: „Eine Marktmanipulationsuntersuchung der BaFin läuft.“ Seit wann war Ihnen das bekannt, dass die läuft?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist mir nicht erinnerlich, seit wann mir das bekannt ist. Und, wie gesagt, es ist eine Vorlage, die ich zusammen mit meiner Vorgesetzten, der Leiterin des Referats, verfasst habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Den Akten entnehmen wir, dass Herr Dr. Braun in einem Telefonat am 20. Mai 2020 den Vorwurf der Bilanzfälschung zurückgewiesen und vollständige Aufklärung zugesagt haben soll. Und Herr Professor Dr. Röllner soll das lediglich zur Kenntnis genom-

men haben in diesem Telefonat. Wurde das Ergebnis des Telefonats mit Ihnen in irgendeiner Weise besprochen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das Ergebnis wurde nicht mit mir besprochen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es gab also auch keine Arbeitsaufträge danach oder Bewertungen von Professor Dr. Röllner?

Zeuge Michael Papageorgiou: An Folgeaufträge im Zusammenhang mit der Vorlage kann ich mich nicht erinnern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und an Bewertungen auch nicht.

Zeuge Michael Papageorgiou: An Bewertungen auch nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Für den Untersuchungsausschuss sind auch weitere Kontakte der Wirecard AG zu staatlichen und politischen Stellen von Interesse. Deshalb noch ein paar weitere Fragen. Hatten Sie Kenntnis von dem Treffen der Bundeskanzlerin am 3. September 2019 mit Herrn zu Guttenberg im Kanzleramt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist der Vorgang, der in meinen Urlaub fällt. Gegebenenfalls habe ich danach davon Kenntnis erlangt; das kann ich leider nicht reproduzieren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie Informationen zur im November 2019 erfolgten Übernahme von Anteilen AllScore durch die Wirecard AG? Und waren Sie selbst mit dem Thema irgendwie befasst?

Zeuge Michael Papageorgiou: Mit diesem Thema war ich nicht befasst nach meiner Erinnerung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hatten Sie in Ihrem Referat jemals Kontakt zu der Beratungsgesellschaft Spitzberg Partners oder Herrn zu Guttenberg?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich hatte nach meiner Erinnerung keinen Kontakt im Rahmen meiner Tätigkeit im Referat zu den Genannten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis davon, dass sich das Bundeskanzleramt oder das Bundesfinanzministerium für Wirecard in China eingesetzt haben?

Zeuge Michael Papageorgiou: Davon habe ich keine Kenntnis.*

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie von irgendwelchen anderen Kontakten der Wirecard AG zu staatlichen oder politischen Stellen Kenntnis?

Zeuge Michael Papageorgiou: Davon habe ich keine Kenntnis.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann schaue ich noch mal: Kollege Brehm? - Kollege Güntzler? - Nein. Gut. Dann Kollege Toncar von der FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ganz herzlichen Dank. - Herr Papageorgiou, mich würde noch mal interessieren: Erstens. Sind Sie Beamter bei der Bundesbank, oder sind Sie woanders beschäftigt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich bin Beamter bei der Bundesbank.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und Sie waren ans Kanzleramt ausgeliehen sozusagen - darf man das so sagen? -

Zeuge Michael Papageorgiou: Das kann man.

Dr. Florian Toncar (FDP): - oder abgeordnet oder so was?

Zeuge Michael Papageorgiou: Abgeordnet, genau.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. Aber Ihre Hauptbeschäftigung ist bei der Bundesbank.

Zeuge Michael Papageorgiou: Richtig.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Sie haben empfohlen - das haben Sie ja schon zitiert -: Absage aus Termingründen. Darf ich mal fragen, ob das Kürzel „aus Termingründen“ nicht eine höfliche Umschreibung sein könnte dafür, dass der Termin aus anderen Gründen nicht gewollt ist?

Zeuge Michael Papageorgiou: Nein, das ist es nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Es ist kein fester Begriff in der Verwaltung, zu sagen - - wenn die Absage aus Termingründen erfolgt, dass man den Gesprächspartner gewissermaßen nicht brüskieren möchte oder nicht zu sehr brüskieren möchte und die wahren Gründe nicht nennen möchte - - sondern dass das wirklich aus Termingründen ist.

Zeuge Michael Papageorgiou: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sehen Sie das so?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das sehe ich so. Wie gesagt, ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem Chef des Bundeskanzleramts habe ich aufgrund der zahlreichen Termine für nicht geboten gehalten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist es denn - - Ich bin da ein bisschen sozusagen noch mal - - Ich möchte gern noch ein bisschen nachbohren, weil ich mich ein bisschen darüber wundere in der Organisation einer so großen Behörde gewissermaßen, dass das Referat 433, in dem Sie gearbeitet haben, Empfehlungen gibt, welche terminlichen Prioritäten die Bundeskanzlerin setzen sollte.

Zeuge Michael Papageorgiou: Es ist nicht unüblich, dass wir - - dass eine Anfrage bezüglich eines Termins an die Bundeskanzlerin geht und wir diesen Termin votieren. Das haben wir hier gemacht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber haben Sie denn Leitlinien gewissermaßen, wie die Terminlage



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Bundeskanzlerin aussieht, sodass Sie qualifiziert über Termingründe schreiben können? Wissen Sie denn das?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich weiß, dass die Bundeskanzlerin zahlreiche Termine hat.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wir haben alle eine Vorstellung davon, aber - - Also, dann dürfte sie sozusagen nie Ter- - Dann hätte sie ja nie Zeit. Sie trifft ja aber DAX-Vorstände; also muss ja eine Selektion erfolgen. Und manchmal gibt es keine Termingründe, und manchmal gibt es welche. Haben Sie dafür irgendeine Maßgabe, dass Sie das beurteilen können in so einem Vermerk?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja. Das habe ich hier nicht für geboten gehalten und mich deshalb ja auch für einen Termin bei dem Abteilungsleiter ausgesprochen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das haben wir ja - - Klar, das haben wir gelesen. Aber ich wundere mich auch deshalb, weil unsere Aktenlage ergibt - wenn ich zitieren darf: MAT A BKamt-8.02, Blatt 21 -, dass ausweislich der persönlichen Referentin von Frau Staatsministerin Bär die Initiative zu dem Gespräch von Frau Staatsministerin ausging und dass es offensichtlich bereits so war, dass - ich darf das mal zitieren - - Schreibt die persönliche Referentin - ich nenne den Namen jetzt nicht - an die stellvertretende Leiterin des Büros der Bundeskanzlerin - ich zitiere -:

Staatsministerin Bär hatte Frau Bundeskanzlerin diese Woche vorgeschlagen, den Vorstandsvorsitzenden der Wirecard AG, Herrn Dr. Braun, zeitnah

- zeitnah! -

zu einem bilateralen Treffen ins Bundeskanzleramt einzuladen.

Und dann geht es weiter:

Frau Bundeskanzlerin hatte sich zu einem bilateralen Treffen mit Herrn Dr. Braun bereit erklärt.

Das finde ich verwunderlich, dass dann aus dem Referat 433 Termingründe genannt werden.

Zeuge Michael Papageorgiou: Wir sind das Fachreferat. Wir votieren nach fachlicher Maßgabe, und aufgrund der umfangreichen Verpflichtungen habe ich das vor dem Hintergrund der Anfrage für nicht geboten gehalten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wussten Sie denn gewissermaßen, dass, wenn die Darstellung der Büros so ist, es gewissermaßen bereits eine Vereinbarung der Bundeskanzlerin mit der Staatsministerin dazu gegeben hat?

Zeuge Michael Papageorgiou: Als Vereinbarung der Bundeskanzlerin habe ich das, was Sie gerade zitiert haben, jetzt nicht verstanden.

Dr. Florian Toncar (FDP): „Bundeskanzlerin hatte sich zu einem bilateralen Treffen mit Herrn Dr. Braun bereit erklärt.“ Also nennen Sie es ein Bereiterklären. Keine Vereinbarung, aber ein Bereiterklären. War Ihnen bekannt, dass es ein Bereiterklären gegeben hat?

Zeuge Michael Papageorgiou: Diese Details sind mir nicht mehr innerlich.*

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Wenn man dann sozusagen Ihren Vermerk sonst liest - - Sie beschreiben ja gewissermaßen den Aufstieg von Wirecard. Sie schreiben: Die Marktkapitalisierung übersteigt die der Deutschen Bank. - Das sind eigentlich alles Argumente für ein Treffen, weil die Relevanz des Unternehmens ja offenbar ganz erheblich ist. Und dann kommt ein Passus:

Nach [den] Berichten der Süddeutschen Zeitung ... prüft die Staatsanwaltschaft München ein Verfahren gegen Wirecard. Demnach wurden im Rahmen der Paradise Paper enthüllte Zahlungen ... an ein illegales Online-Kasino über Wirecard abgewickelt.

Das ist das einzige Gegenargument. Vorher wird das Unternehmen dargestellt als steigender Stern, mehr wert als die Deutsche Bank, und dann kommt ein Absatz mit einem Gegenargument.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Für mich liest es sich so, dass das der einzige Gesichtspunkt war, der dagegensprach.

Zeuge Michael Papageorgiou: Das trifft nicht zu. Wie ich vorhin schon ausgeführt habe, wäre auch ohne diese Berichte - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das habe ich - - Aber es ist für mich nicht stimmig, weil es aus dem Text ja nicht hervorgeht. Na ja, okay. Dafür fragen wir nach; dafür sind Sie ja auch da.

Wie haben Sie denn recherchiert? Also, Sie haben ja immerhin auch diese zwei Berichte gefunden. Und Sie haben sie auch für erwähnenswert gehalten, also für relevant genug, um sie da reinzuschreiben. Sie hätten ja - - Die Termingründe - - Wenn Sie sagen: „Die bestanden ohnehin, und ich war auch für Terminkalender der Kanzlerin irgendwie mit zuständig oder gefragt“, dann hätten Sie doch eigentlich sich gar nicht die Mühe machen müssen, überhaupt zu recherchieren, oder?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich halte es vor dem Hintergrund eines Votums für angemessen, zu recherchieren.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und wie haben Sie recherchiert?

Zeuge Michael Papageorgiou: Zu dem Unternehmen beispielsweise im Internet.

Dr. Florian Toncar (FDP): Google.

Zeuge Michael Papageorgiou: So bin ich auf die Artikel gestoßen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben die Artikel bei Google gefunden. Und gab es Kontakt mit dem BMF in der Frage? Sie spiegeln ja das BMF sozusagen so ein bisschen da in der Gruppe 43 im Kanzleramt.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich zu dieser Vorlage Kontakt mit dem BMF aufgenommen habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Sie waren am 03.09. im Urlaub, haben Sie gesagt. Ist Ihnen denn bekannt oder schon mal zu Ohren gekommen, dass es zwischen dem 03.09. und dem 05.09. - ich weiß, dass Sie in Urlaub waren; das habe ich gehört -, dass es in diesen eineinhalb Tagen oder zwei Tagen einen Prüfvorgang gegeben habe, was Wirecard angeht, und eine fachliche Prüfung, ob Wirecard in China angesprochen werden kann?

Zeuge Michael Papageorgiou: Könnten Sie die Frage noch mal wiederholen?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja. Also, am 03.09. war Herr zu Guttenberg, der gerade ja hier war, bei der Frau Bundeskanzlerin und sprach sie an auf die Möglichkeit, Wirecard in China anzusprechen. Und das erfolgte ja am 05.09. Also, es waren zwei Tage dazwischen. Da waren Sie in Urlaub; verstanden. Aber ist Ihnen zu Ohren gekommen oder zu Gesicht gekommen, dass man zwischen dem 03.09. und dem 05.09. noch mal eine Prüfung vorgenommen hat im Hinblick auf die Eignung des Unternehmens Wirecard, von der Bundeskanzlerin als unterstützenswertes Unternehmen in China angesprochen zu werden?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist mir nicht erinnerlich.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Dann bedanke ich mich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Toncar hat ganz viele meiner Fragen vorweggenommen. Mich würde noch mal interessieren: Mit wie vielen Kolleginnen und Kollegen arbeiten Sie in dem Referat an vergleichbaren Anfragen oder an vergleichbaren Themen da?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das schwankt, würde ich sagen. Das ist - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mir reicht eine Größenordnung. Meine Frage ist ja einfach nur



Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen: Sind Sie da mit zehn Personen, und das ist vollkommen zufällig sozusagen - eine Anfrage von der Deutschen Bank, die hätte auch bei Ihnen landen können -, oder sagt man: „Ah, da kommt was von Wirecard“, das landet bei Ihnen auf dem Schreibtisch? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Sie fragen jetzt bezüglich der Arbeitsteilung innerhalb des Referats.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich würde sagen, zu dem Zeitpunkt hätte die Vorlage bzw. das Votum auch bei einer meiner Kolleginnen landen können.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Bei einem Ihrer - wie viel ungefähr? - Kollegen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich habe zwei Kolleginnen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Das heißt, das ist ja eine überschaubare Zahl. - Wie oft waren Sie in der Zeit im Bundeskanzleramt insgesamt mit Wirecard befasst? Also, wir wissen ja: Sie haben diese Terminanfrage gemacht. Sie hatten dann noch mal daran gearbeitet bei einer weiteren Anfrage. Aber wissen Sie - - Wie oft waren Sie mit Wirecard befasst?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich erinnere mich an folgende Befassung: einmal die Vorlage zur Terminanfrage, dann die Vorbereitung des Telefonats des Leiters der Wirtschafts- und Finanzabteilung mit Dr. Markus Braun am 20. Mai, und ich erinnere mich an die Zulieferung von Antwortbeiträgen des Kanzleramts auf parlamentarische Anfragen im Juni.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Im Juni, okay. - Aber das heißt - - Und wissen Sie - - ist Ihnen innerlich, ob vielleicht eine Kollegin, ein Kollege mit Wirecard zu tun hatte?

Zeuge Michael Papageorgiou: Mir ist bekannt, dass eine Kollegin den Termin des Abteilungsleiters Herrn Professor Röllner am 11. September

vorbereitet hat. Und mir ist bekannt, dass die Referatsleiterin zusammen mit einer weiteren Referentin am 30. Juni eine Vorlage zu Wirecard verfasst hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was war das für eine Vorlage?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das war nach meiner Kenntnis eine Vorlage, in dem die Bundeskanzlerin und der Chef des Bundeskanzleramts über den Bilanzskandal und die Insolvenz des Unternehmens informiert wurden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie wissen aber nicht, wer möglicherweise eine Vorlage gemacht hat für diese China-Reise, wo Sie im Urlaub waren?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist mir nicht bekannt, nicht innerlich zumindest.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, das - - Ist ja - - Also, ich meine, das ist so eines der schon irgendwie bemerkenswerten Dinge, dass Sie just in der Zeit - also, da können Sie ja nix dafür - - aber dass Sie dann da gerade im Urlaub waren. Aber - - Okay.

Was ich mich aber wirklich frage - - Das ehrt Sie ja auch durchaus, aber Sie sind einer der ganz wenigen, die eigentlich hier sich zurücklehnen könnten und sagen könnten: Freunde der Sonne, ihr habt es hier schwarz auf weiß. Schaut in meinen Vermerk; ich habe da schon frühzeitig davor gewarnt. - Und jetzt sitzen Sie hier und erklären dem Kollegen Toncar, Sie kennen zwar den Terminkalender der Bundeskanzlerin nicht, eine Absage aus Termingründen ist keine interne Floskel. Und Sie verteidigen jetzt Ihre Entscheidung, dass Sie eigentlich nicht die Entscheidung getroffen haben, weil Sie gesagt haben: „Bei denen stimmt was nicht“, sondern weil Sie den Terminkalender der Kanzlerin schützen wollen, wo doch die Frau Staatsministerin mit ihr wahrscheinlich irgendwo am Rande des Kabinetts das eigentlich schon vereinbart hat. Sozusagen das - - Wie gesagt, das ist ja Ihr gutes Recht. Ich sage nur, dass es mich einfach wundert und - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist ja auch total plausibel. Sie haben eine Internetrecherche gemacht. Sie sind auf die Berichterstattung gestoßen und haben gesagt: Oh, da sollte man mal drauf schauen. - Ist das noch mal irgendwie weiterverfolgt worden bei Ihnen? Haben Sie vielleicht auch mit den Kolleginnen und Kollegen da noch mal drüber gesprochen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist nicht weiterverfolgt worden, und ich habe auch darüber nicht mehr mit den Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Zur Einordnung hilft es vielleicht aber auch noch mal zur Kenntnis, dass ich bei der Recherche für Vorlagen sehr asymmetrisch filterte. Ich hatte ja aus dem Bericht zitiert. Das ist ja, so gesehen, ein sehr positiver Bericht. Ich fasse mich jetzt nur noch mal kurz - - Nur noch mal die relevantesten Punkte:

Heute bescheinigen Analysten dem Unternehmen astreine Bilanzen, hunderte internationale Großkonzerne setzen auf die Dienste des Zahlungsdienstleisters ...

Das hätte ich ja auch in die Vorlage aufnehmen können. Ich halte es nur für die Bewertung nicht so relevant, weil ich sage: Das Positive ist nicht so wichtig. - Obwohl es jetzt hier in einem insgesamt sehr positiven Bericht nur ein Punkt war, ist es - - Aufgrund der Tatsache, dass ich für Vorlagen ja asymmetrisch filterte und versuche, auch negative Informationen zu erfassen, ist es so, dass ich eben diese Information aufgenommen habe, wodurch leicht der Eindruck entsteht, dass ich hier auf einen sehr kritischen Bericht verwiesen habe. Aber das trifft ja eben nicht zu, wenn man sich den Bericht anschaut.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja; da haben Sie recht. Aber umso größer ist Ihnen ja anzurechnen, dass Sie den kritischen Teil rausgefiltert haben, da reingeschrieben haben. Und jeder, der diesen Vorgang liest, würde sagen: Okay, Absage, weil wir wollen - - wir müssen die Kanzlerin schützen, dass sie mit irgendwelchen zwielichtigen Unternehmen in Kontakt kommt, und wir sagen freundlicherweise ab: Klappt nicht aus Termingründen. - Wird nie irgendjemand in Zweifel ziehen, weil es ja immer richtig ist.

Das ist interessant, weil eben saß der ehemalige Bundeswirtschaftsminister hier, und der hat die Unterlagen ganz anders gelesen als Sie. Der hat nämlich nur - - Also, so wie viele andere auch. Der hat nämlich alles andere gelesen, bis auf den - - oder hat sich von Herrn Braun, Herrn Ley sozusagen überzeugen lassen, dass die Anschuldigungen falsch sind.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ihre Ausführungen erwecken vielleicht den Eindruck, dass ich hier in der Vorlage schon sehr skeptisch gegenüber dem Unternehmen war. Aber das trifft so nicht zu, sondern der Bericht, den habe ich eben so verstanden, dass das sehr positiv ist. Und ich habe nur einen negativen Aspekt rausgegriffen. Aber zu dem Zeitpunkt ist es keineswegs so, dass ich den Eindruck gehabt habe, dass da etwas unsauber lief.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sind Sie eigentlich seitdem von jemandem aus dem Kanzleramt noch mal angesprochen worden auf diesen Vermerk - - oder in der Aufarbeitung oder in der Erstellung? Haben Sie gerade genannt: Es gab irgendwann im Juni da eine Unterrichtung der Kanzlerin und des Chefs BK über die Vorgänge bei Wirecard. - Ist da noch mal jemand auf Sie zugekommen und hat gesagt: „Hier, Sie haben damals das hier verfasst. Was hatten Sie da für Erkenntnisse usw.“?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich nicht erinnern, dass dazu jemand noch mal auf mich zugekommen ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Das ist ja interessant, weil sozusagen - - Ich meine, das haben wir in vielen Behörden: Wenn die Behörde wüsste, was die Behörde weiß, wäre super. - Haben wir in Untersuchungsausschüssen ganz oft.

Wir würden vielleicht in der zweiten Runde noch mal Fragen stellen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Danke, Dr. Zimmermann. - Dann schaue ich. - Dr. Toncar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Ich war schon dran, aber
ich kann jederzeit!)

- Ach ja, stimmt. Wir hatten - - Entschuldigung. -
Dann ist jetzt Fabio De Masi dran. Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Papageorgiou, Ihr Name ist uns bekannt geworden unter anderem, weil ich zu dem Vorgang, den Sie jetzt hier erläutern, damals eine Informationsfreiheitsanfrage gestellt habe. Deswegen freut es mich, dass wir uns jetzt persönlich treffen. - Ich will erst mal die Voraussetzungen sozusagen der Befragung abklären. Wer war denn die Referatsleitung bei Ihnen zu dem damaligen Zeitpunkt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Zu dem Zeitpunkt, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also 433.

Zeuge Michael Papageorgiou: - als ich das Votum erstellt habe, war nach meiner Kenntnis Herr Wolfgang Kiekenbeck Referatsleiter. Aktuell - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Also nicht Frau Bosch, die hinter Ihnen sitzt. Ich will nur absichern, dass Sie hier sozusagen unbefangen aussagen können. Okay, gut. - Dann würde ich Sie gerne fragen: Wie häufig mussten Sie denn in Ihrer Zeit einen Gesprächswunsch eines CEO eines DAX-30-Konzerns bescheiden?

Zeuge Michael Papageorgiou: Um das zuverlässig sagen zu können, müsste ich in die Unterlagen schauen; das kann ich Ihnen ad hoc nicht sagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, ich sage mal: Häufiger als einmal?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja, davon würde ich ausgehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Häufiger als fünfmal?

Zeuge Michael Papageorgiou: Gegebenenfalls.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Wie lange waren Sie im Bundeskanzleramt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Drei Jahre.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Also nicht so häufig. Ich würde mal sagen - - Also, wenn es gegebenenfalls sechsmal war, dann wäre es so zweimal pro Jahr gewesen, korrekt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Sie hatten gerade eingeschränkt auf die DAX-30-Unternehmen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Auf die DAX 30; die meine ich ja auch. Okay. - Ich frage nur, weil Sie haben ja nicht - darauf haben ja die Kollegen Toncar und Zimmermann hingewiesen - - Sie haben ja vermutlich nicht den Terminkalender der Kanzlerin. Das war nicht Ihre Aufgabe, den zu pflegen. Gab es denn da so ein Schema, also dass man sagt: „Absage aus Termingründen“, „Absage aus anderen Gründen“?

Zeuge Michael Papageorgiou: Die Entscheidung obliegt der Referatsleitung. Das Schema - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das weiß ich. Aber gab es ein Schema?

Zeuge Michael Papageorgiou: Mein Schema ist - - Also, es wurde ja paarmal betont, dass ich den Terminkalender der Kanzlerin nicht kenne. Ich muss nicht jeden einzelnen Termin kennen, um zu wissen, dass die Kanzlerin extrem viele Termine hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das kann ich mir vorstellen. Aber gab es denn, sage ich mal, Sprachregelungen, also irgendeine Vorlage, dass man weiß - so wie es bei uns Abkürzungen gibt: MdB, Mitglied des Deutschen Bundestages, oder - - In meinem eigenen Büro habe ich auch so Sprachregelungen, so für bestimmte Leute. Deswegen frage ich noch mal nach: Gibt es denn ein Schema, dass Sie da draufschreiben „Absage aus Termingründen“, „Absage aus diesem Grund“ oder „Zusage“?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich habe da kein festes Schema für mich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber existiert ein solches Schema im Haus? Gibt es einen Usus, ein Comment? Sind Sie, als Sie Ihren Job angetreten haben, eingeführt worden, und dann wurde gesagt: „Hier, so hat das zu erfolgen, die Notiz“?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist mir nicht innerlich,* dass ich da so eine Einführung erhalten hätte. Ich verfasse - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Es geht auch nicht darum, ob Sie eine Einführung erhalten haben, sondern ob ein solches Schema existierte.

Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist mir nicht bekannt, dass ein solches Schema existiert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist Ihnen nicht bekannt, okay. - Darf ich Sie fragen, ob Sie sich in Vorbereitung auf diesen Termin mit aktuellen oder früheren Mitgliedern der Bundesregierung, von Bundesministerien oder Mitgliedern des Deutschen Bundestages ausgetauscht haben über Ihren Auftritt heute im Untersuchungsausschuss?

Zeuge Michael Papageorgiou: Sie fragen bezüglich meiner Vorbereitung auf den heutigen Tag.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja, genau. Ich war letzte - - Letzte Woche bin ich nach Berlin gereist und habe am Nachmittag des 7. Dezember sowie am 8. Dezember die Akten des Referats „Finanzmarktrecht; Finanzmarktpolitik“ mit Fokus auf von mir verfasste Dokumente zum Wirecard-Konzern durchgeschaut. Eine vollständige Prüfung sämtlicher Akten war in diesem Zeitraum nicht möglich. Die Dokumente, an die ich mich erinnern konnte, habe ich in den Akten - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und wo haben Sie diese Einsichtnahme vorgenommen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Im Bundeskanzleramt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Im Bundeskanzleramt. - Und haben Sie sich dort unterhalten mit Personen im Bundeskanzleramt? Oder sind Sie

da schweigend rein, haben, weiß ich nicht, Etage soundso gedrückt und sind dann grußlos wieder gegangen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Nein. Ich habe mich mit meinen ehemaligen Kollegen unterhalten, darunter ein Gespräch mit meiner ehemaligen Vorgesetzten, der Leiterin des Referats „Finanzmarktpolitik; Finanzmarktrecht“. In dem Gespräch hat sie mir den Ablauf der Befragung erläutert. Sie hat mich zudem darauf hingewiesen, dass ich die Wahrheit zu sagen habe.

Selbstverständlich habe ich bei privaten, freundschaftlichen Gesprächen mit weiteren Kollegen auch über den Anlass meines Besuchs im Bundeskanzleramt gesprochen. Der Inhalt meiner Antworten im Untersuchungsausschuss war jedoch nicht Gegenstand dieser Gespräche.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie den Namen dieser Personen uns noch mal mitteilen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Wie bitte?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie uns den Namen dieser Personen mitteilen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Dieser Personen?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dieser Personen, die Sie gerade angesprochen haben. Ich kann - - Ich kenne mich nicht so gut aus im Organigramm des Kanzleramts. Ich war da noch nie eingeladen bisher. Deswegen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Die Leiterin des Referats „Finanzmarktrecht; Finanzmarktpolitik“ ist Frau Dr. Silvia Bosch.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also die Kollegin, die hinter Ihnen sitzt. - Und jetzt darf ich mal fragen: Sie haben, als Sie jetzt mir diese Antwort gegeben haben, auf so ein Blatt geschaut. Sie hätten das jetzt aber auch ohne Zuhilfenahme des Blattes so beantworten können, korrekt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Korrekt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich gerne noch einmal fragen: Diese Vorbereitung, die für Herrn Röllner stattgefunden hat, hat die nach Ihrer Erkenntnis auch der Bundeskanzlerin vorgelegen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Darüber habe ich keine Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Darüber haben Sie keine Kenntnis. Gut. - Dann würde ich Sie gerne fragen: Sind Ihnen denn vom Bundesfinanzministerium damals Unterlagen übermittelt worden im Zusammenhang mit dieser Gesprächsanfrage? Oder haben Sie, anders gefragt, im Zusammenhang mit Ihrer Aufgabe damals auch die Kleinen Anfragen zum Beispiel von FDP, Linken und Grünen, die vom Finanzministerium übermittelt wurden, zur Kenntnis genommen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Also, Sie fragen jetzt nach den parlamentarischen Anfragen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Es gab eine zum Beispiel von mir, ich glaube, aus dem Frühjahr 2019, überschrieben: „Geldwäschevorwürfe und Bilanzmanipulationen“ oder ähnlicher Titel.

Zeuge Michael Papageorgiou: Frühjahr 2019 ist mir jetzt nicht Erinnerung. Ich habe mich vorhin bezogen auf eine - - auf parlamentarische Anfragen vom Juni 2020. Da war das BMF nach meiner Erinnerung in Federführung, und wir haben einen Beitrag zu Terminen, Gesprächen, Treffen zugeliefert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. - Das BMF hat aber angegeben, dass es diese Anfragen aus dem Jahre 2019 damals an das Bundeskanzleramt übermittelt hätte. Und deswegen frage ich noch mal nach: Also, Ihnen wurden keine parlamentarischen Anfragen aus dem Jahr 2019 vorgelegt? Die sollen angeblich ja auch der Bundeskanzlerin - - Also, das war eine Informationsabfrage des Bundeskanzleramtes. Deswegen frage ich.

Zeuge Michael Papageorgiou: Sie beziehen sich auf die Vorbereitung des Termins meiner Kollegin.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Oder zu einem späteren Zeitpunkt, Vorbereitung des Termins mit Herrn Röllner. Weil die Gesprächsanfrage war ja Dezember 2018, wenn ich das richtig erinnere, von Herrn Braun. Gut, da waren die Anfragen noch gar nicht da; deswegen können Sie die auch noch nicht gekannt haben. Dann haben Sie im Januar 2019 den Termin beschieden. Aber sind Ihnen die Anfragen zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal übermittelt worden?

Zeuge Michael Papageorgiou: Können Sie die Frage bitte noch mal wiederholen?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, das Finanzministerium hat bisher angegeben, dass es unter anderem auf Bitte des Bundeskanzleramtes Informationen zur Wirecard AG zusammengestellt hätte, darunter drei parlamentarische Anfragen der von mir eben benannten Fraktionen, und das sei sozusagen wesentlicher Bestandteil eines Informationspaketes zur Wirecard AG für das Bundeskanzleramt gewesen. Sind Ihnen diese Informationen jemals untergekommen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Mir ist nicht Erinnerung, dass mir diese Informationen - - dass ich mich mit diesen Informationen beschäftigt habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Erst mal so weit. Ich bin schon über der Zeit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Danke. - Dann hat das Wort Dr. Bayaz, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Guten Abend, Herr Papageorgiou! Vielen Dank für Ihren Besuch hier als Zeuge im Untersuchungsausschuss. - Ich würde gerne noch mal verstehen: Sie hatten gesagt, verständlicherweise: Die Stichprobe ist überschaubar, aber es kommt regelmäßig vor, dass - der Kollege Hauer sagte vorhin: „Vorstände, DAX-Vorstände“; Herr Braun ist ja Vorstandsvorsitzender; ich finde, das ist ein Unterschied, macht es einfach in der Menge noch mal überschaubarer - Vorstandsvorsitzende bei der Kanzlerin aus Termingründen keinen Termin bekommen. Herr Sewing, Herr Diess, Herr



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kaaser, wenn die anrufen, denen sagt man auch mal Nein. - Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja, auch Termine für andere DAX-Vorstände würden von mir negativ votiert werden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind ja Finanzmarktreferent.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Anfragen von Unternehmen - weiß ich nicht - - Google hätte jetzt gefragt, die Suchmaschine, die Sie genutzt haben zur Recherche beim Termin. Wäre das auch auf Ihrem Tisch gelandet?

Zeuge Michael Papageorgiou: Eine Anfrage von Google wäre wohl nicht auf meinem Tisch gelandet.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Finanzmarktreferent - - Heißt aber: Für Sie war offenbar dann Wirecard auch ein Finanzkonzern und kein Technologieunternehmen. Und deswegen ist es bei Ihnen auf dem Tisch gelandet.

Zeuge Michael Papageorgiou: Es war ein Finanzbezug da, und dann liegt die Zuständigkeit nach meinem Verständnis beim - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Da fragen wir die BaFin-Kollegen auch noch mal an anderer Stelle, wie sie das sehen. Aber danke. Nein, ein ernstgemeintes Danke für die Einschätzung.

Sie sind ja Bundesbanker sozusagen von Haus aus. Gab es mit Kolleginnen und Kollegen der Bundesbank Austausch Ihrerseits zu Wirecard, sei es jetzt in Vorbereitung des Untersuchungsausschusses, aber eben auch zum damaligen Zeitpunkt, als die Anfrage kam?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich nicht erinnern, mich dazu mit Bundesbankkollegen ausgetauscht zu haben. Natürlich habe ich

mich mit Kollegen des Zentralbereichs Recht in Vorbereitung auf den Ausschuss ausgetauscht, zum Ablauf.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zentralbereich Recht der Bundesbank?

Zeuge Michael Papageorgiou: Der Bundesbank, korrekt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum das?

Zeuge Michael Papageorgiou: Bezüglich des Ablaufs des Untersuchungsausschusses.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einfach, weil das Ihre jetzt - - weil Sie dort jetzt beschäf-

(Der Zeuge nickt)

- Okay, verstanden. - Beschreiben Sie doch mal, wann Sie von dem Leerverkaufsverbot der BaFin erfahren haben.

Zeuge Michael Papageorgiou: Mir ist nicht Erinnerung, zu welchem Zeitpunkt ich davon erfahren habe.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wissen Sie, wie Sie darüber in- - Also, haben Sie das aus der Presse erfahren oder auf dem Dienstweg?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich würde davon ausgehen, dass ich das über die Presse erfahren habe.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trauen Sie sich eine Bewertung zu dieses Leerverkaufsverbots?

Zeuge Michael Papageorgiou: Damit habe ich mich nicht beschäftigt. Deswegen traue ich mir da keine fundierte Bewertung zu.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denn Sie haben ja durchaus in dem - - in der No-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tiz MAT A BKamt-6.01, Blatt 60, in diesem kleinen Dossier, was Sie zusammengestellt haben, das Wort benutzt - ich zitiere da kurz raus -:

In Kürze: Wirecard bietet aufgrund **mangelnder Transparenz** immer wieder große **Angriffsflächen für Spekulation** ...

Das ist ja durchaus dieses Narrativ: Short-Attacks; dem Unternehmen ist man ausgesetzt. Das heißt, dieses Narrativ, das die BaFin am Ende ja auch aufgestellt hat, das war auch Ihre Wortwahl, das war auch Ihr Verständnis von den Vorgängen, die da am Markt vor sich gehen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Das war mein Verständnis. Und das deckt sich auch mit dem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“, den ich zitiert hatte:

Dass die unsauberen Wetten gegen Wirecard überhaupt funktioniert haben, liegt auch an den Bilanzen des Konzerns: Zu jedem Zeitpunkt fließt extrem viel Geld durch die Firma, nicht immer ist aber klar, was davon Wirecard gehört. Gestandene Analysten haben sich an den Zahlenwerken aus Aschheim schon die Zähne ausgebissen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie noch mal, wo das steht. Jetzt konnte ich Ihnen gerade nicht ganz folgen.

Zeuge Michael Papageorgiou: „Süddeutsche“-Artikel.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Der liegt mir nicht vor; okay. Ich dachte, das war hier auch an dem Dokument drangeheftet. - Aber können Sie noch mal zitieren?

Zeuge Michael Papageorgiou: Aus dem Artikel?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Michael Papageorgiou:

Dass die unsauberen Wetten gegen Wirecard überhaupt funktioniert haben, liegt auch an den Bilanzen des Konzerns: Zu jedem Zeitpunkt fließt extrem viel Geld durch die Firma, nicht immer ist aber klar, was davon Wirecard gehört. Gestandene Analysten haben sich an den Zahlenwerken aus Aschheim schon die Zähne ausgebissen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Sie hatten vorhin gesagt, Sie haben recherchiert, klassisch, so wie jeder wahrscheinlich von uns eine Recherche irgendwie beginnen würde: Mal im Netz suchen. - Erinnern Sie sich an Artikel, über die Sie gestolpert sind möglicherweise, wo es um kritische Berichterstattung ging, beispielsweise einen Artikel aus dem „manager magazin“ von 2017, wo es schon um die Bilanzmanipulation ging?

Zeuge Michael Papageorgiou: Einzelne Artikel, auf die ich bei der Recherche gestoßen bin, sind mir nicht Erinnerung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie erinnern sich, dass es immer wieder kritische Hinweise gab mit Blick auf Wirecard.

Zeuge Michael Papageorgiou: Es gab immer wieder kritische Berichte. Da vielleicht auch kurz zur Einordnung: -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bitte.

Zeuge Michael Papageorgiou: - Im Zusammenhang mit der Insolvenz des Wirecard-Konzerns wird eben vielfach auf die vorausgegangenen kritischen Presseberichte verwiesen. Das ist mit Blick auf die Vorgänge, die seit Juni 2020 ans Licht gekommen sind, auch nachvollziehbar. Nach meiner Erinnerung war die Berichterstattung im Jahr 2019 aber durchaus kontrovers. Ich erinnere mich beispielsweise an einen weiteren Artikel, der darauf hinwies, dass die Anschuldigungen nie bewiesen wurden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass die Anschuldigungen ...



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Michael Papageorgiou: ... nie bewiesen wurden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, an die Artikel erinnern Sie sich. Gut. - Haben Sie mit Herrn Röllner über das Leerverkaufsverbot in irgendeiner Art einmal gesprochen, diskutiert?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich darüber jemals mit Herrn Röllner diskutiert hätte.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber ich bin auch am Ende mit meiner Zeit. Dann sage ich erst mal herzlichen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Dann geht das Wort an Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Herr Papageorgiou, noch mal zurück zu dem Stand Ihrer Kenntnis 10.01.2019, als Sie diesen Vermerk verfasst haben. Sie haben ja gerade noch mal die einen oder anderen Presseberichte zitiert, und am Ende ist da ja ein positives Fazit zu dem Unternehmen oder zumindest ein beschwichtigendes Fazit zu etwaigen Vorwürfen drin. Also, kann ich das dann so verstehen, dass Sie zum damaligen Zeitpunkt an der Integrität dieses Unternehmens keinerlei Zweifel hatten?

Zeuge Michael Papageorgiou: Von möglichen schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten bin ich nicht ausgegangen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mögliche schwere - - Also, vielleicht können Sie es noch mal - - was Sie da vermutet haben und was nicht.

Zeuge Michael Papageorgiou: Es gab ja immer wieder kritische Berichte, dass es gegebenenfalls kleinere Unregelmäßigkeiten gegeben haben könnte; das konnte ich auch nicht beurteilen. Das konnte ich nicht beurteilen. Aber von schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten bin ich eben nicht ausgegangen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und das waren auch - - Also, ich sage mal jetzt die Stichworte: dass da irgendwie Geschäftspartner erfunden wurden, dass dieses Drittpartnergeschäft irgendwie problematisch ist, dass vielleicht überhöhte Kaufpreise für Beteiligungen vereinbart wurden, um vielleicht Geld aus dem Unternehmen herauszuziehen. Das waren alles so Themen, die hätten Sie sich jetzt nicht vorstellen können bei dem Unternehmen, sondern es bezog sich eher auf das, was Sie in diesem „SZ“-Artikel gelesen haben.

Zeuge Michael Papageorgiou: Können Sie die Frage noch mal wiederholen?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, ich habe jetzt nur mal kurz zusammengefasst, was so die schwerwiegenden Themen sind, die wir im Zusammenhang jetzt wissen, in der Nachschau Stand heute: dass wir ein TPA-Geschäft haben, also ein Drittpartnergeschäft, in Asien, was höchst problematisch war, dass da Geld auf Treuhandkonten wahrscheinlich nie vorhanden war, zuerst in Singapur, später dann auf den Philippinen, dass wir über den Kauf einer Beteiligung sprechen, wo zuerst ein Betrag bezahlt wurde, der 300 Millionen weniger war als dann später, und dadurch vielleicht Geld aus dem Unternehmen gezogen wurde. Das sind ja alles sehr schwerwiegende Vorwürfe, die jetzt im Raum stehen gegen Wirecard. Aber das waren alles Themen - deshalb habe ich es jetzt noch mal erwähnt -, die jetzt damals für Sie nicht zu erraten gewesen sind, sondern Sie hatten sich auf das bezogen, was Sie da gerade unmittelbar in der Presse zitiert haben.

Zeuge Michael Papageorgiou: Also, bezüglich der Punkte, die Sie genannt haben: Die Stichhaltigkeit dieser Vorwürfe vermochte ich schlicht nicht einzuschätzen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Könnten Sie noch mal in Ihrem Bereich sagen, in Ihrem Tätigkeitsbereich, welche Anfragen Sie erreicht haben und welche Ihre Zuständigkeit nicht betroffen haben? Also, Google, haben Sie gerade gesagt, nicht, weil da ist zu wenig Bezug zu Finanzen; so



Nur zur dienstlichen Verwendung

habe ich Sie verstanden. Können Sie das noch mal ein bisschen beschreiben?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja. Also, die - - Mein Verständnis ist, dass die schlichte Regel gelten würde: Wenn ein Bezug zu den Themen des Referats - sprich: wenn ein starker Finanzbezug - da ist, dann landet die Anfrage auch in meinem ehemaligen Referat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann übergebe ich jetzt an den Kollegen Brehm.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Vielen Dank. - Wir waren ja trotzdem alle ein bisschen überrascht, weil wir eigentlich davon ausgegangen - - Oder zumindest aus meiner Sicht, wenn man das so sagen kann, war auch der erste Eindruck eigentlich der, dass die Absage aus Termingründen eher sozusagen eine offizielle Absage war, die man halt höflich verpackt.

Aber Sie haben ja erläutert, dass Sie eigentlich von der Story der Wirecard eigentlich überzeugt - oder zumindest in dem Moment, wo Sie damals den Vermerk geschrieben haben, noch vollständig überzeugt waren, obwohl es schon negative Berichte gab. Also, kann man dann sagen, dass man sich vielleicht in der Einschätzung aus heutiger Sicht - nicht aus damaliger Sicht, aus heutiger Sicht - deutlich verschätzt hat?

Zeuge Michael Papageorgiou: Aus heutiger Sicht trifft meine Einschätzung zum Unternehmen vom Januar 2019 sicherlich nicht zu.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Wir hören das ja allgemein bei allen, die wir befragen und vernehmen, dass letztlich der - - die Story so gezogen hat oder so gut war, dass man zunächst erst mal überhaupt nicht auf die Idee kam, dass es überhaupt zu solchen skandalösen Vorgängen kommt.

Aber ich will noch mal - Sie hatten ja viele Presseartikel auch - - oder „Süddeutsche“ und anderes erwähnt - auf den Bericht damals von der „Financial Times“ - - Den hatten Sie nicht vorher zur Kenntnis gehabt oder - -

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich nicht erinnern, ob ich mich mit diesem Artikel beschäftigt habe.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Weil das war ja doch der größte letztlich, sage ich mal, Aufdeckungsartikel in dem ganzen Wirecard-Bereich, wenn man das so sagen kann.

(Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Bundesbank hat ein Abo, nicht? - Matthias Hauer (CDU/CSU): Nach dem Vermerk!)

- Ja, genau, nach dem Vermerk. - Gut. Von meiner Seite wäre es so weit. - Fritz, du noch? - Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Dann stelle ich fest: CDU/CSU ist durch.

Also, ich komme da nicht drauf klar, weil, wie gesagt - ich plaudere jetzt bestimmt nicht aus dem Nähkästchen -, wenn ich keine Zeit hatte, dann habe ich meinem Sekretariat gesagt: terminliche Gründe. - Okay, also das scheint dann im Kanzleramt anders zu sein.

Ich verstehe aber auch nicht: Sie könnten hier heute eigentlich ganz locker - und dann hätte ich gar keine Fragezeichen gehabt - - ich sage es mal etwas flapsig, hier als Held vom Platz gehen können, indem Sie sagen: Ich habe es gewusst, ich habe den kritischen Teil reingepackt, ich wollte freundlich sein. - Da habe ich schon so meine Fragen oder Fragezeichen zumindest mal im Kopf, weil Sie sagen ja, Sie würden heute revidieren zu dem, was Sie im Januar gesagt haben.

Ich frage aber mal andersrum: Wenn jetzt der Commerzbank-Vorstand zur Kanzlerin gewollt hätte, wie wäre denn da Ihr Bescheid gewesen, oder wäre der an das Finanzministerium und dort an Herrn Kukies gleich weitergereicht worden?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das würde ich auf Basis der Anfrage im Einzelfall entscheiden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Also da könnte es sein, dass ein Terminfenster für die Commerzbank wegen der Beteiligung vielleicht da gewesen wäre?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das würde ich abhängig von der Anfrage entscheiden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Nur zum Verständnis - - Nee, ich muss es so verstehen; ich muss es so zur Kenntnis nehmen. Okay.

Dann frage ich noch mal die Standardfrage, der ich jetzt alle hier unterziehen werde - da bin ich jetzt schmerzfrei -: Haben Sie Wirecard-Aktien besessen oder Derivate davon, oder haben Sie auch, wie alle deutschen Beamten - so habe ich das jetzt entnommen in der letzten Donnerstagnacht - - Da hat man gar keine Aktien.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich habe zu keinem Zeitpunkt Aktien der Wirecard AG besessen, auch keine Derivate auf die Wirecard AG.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Sie sind ja jetzt drei Jahre dann im Kanzleramt gewesen. Es gab auch 2015 schon kritische Berichte der „Financial Times“ zur Wirecard AG. Nun sind Sie ein junger Mensch, so sage ich das mal. Haben Sie zu dem Zeitpunkt vielleicht schon Kenntnis über die Serie von Dan McCrum und „House of Wirecard“ oder Ähnliches gehabt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich jetzt nicht positiv daran erinnern. Ich kann es aber auch nicht ausschließen, dass ich Kenntnis von diesen Artikeln erlangt habe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Da komme ich nicht weiter. - Insoweit bin ich jetzt auch mit meinem Fragelatein erst mal am Ende und schaue mal zu den Kollegen der SPD. Cansel Kiziltepe, bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wie wird Ihr Name ausgesprochen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Papageorgiou.

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Papageorgiou, Sie sind ja relativ jung und haben eine beachtliche Karriere, waren auch abgeordnet ins Bundeskanzleramt. Was haben Sie bei der Bundesbank in welchem Referat - - Also, seit wann sind Sie in der Bundesbank tätig, in welchem Referat, und wofür waren Sie zuständig?

Zeuge Michael Papageorgiou: In der Bundesbank müsste ich beschäftigt sein seit 2013 oder 2014, dort im Zentralbereich „Banken- und Finanzaufsicht“ in der Abteilung „Risikoanalysen“.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau die richtige Abteilung, würde ich mal sagen, für den Fall, oder?

Zeuge Michael Papageorgiou: Die Abteilung beschäftigt sich primär mit Querschnittsanalysen, nicht mit einzelnen Instituten. Deshalb - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Aber Sie waren ja dann drei Jahre da und haben in diesem Bereich gearbeitet.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja, im Bereich der Abteilung „Risikoanalysen“; das ist korrekt, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): War der Fall Wirecard in diesen drei Jahren Thema in irgendeiner Form? Ich meine jetzt gar nicht die negative Berichterstattung, sondern den Aufstieg und die Leerverkäufe.

Zeuge Michael Papageorgiou: Während meiner Tätigkeit bei der Bundesbank habe ich mich fachlich nicht mit dem Thema Wirecard beschäftigt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Haben Sie in der Zeit, als Sie beim Bundeskanzleramt waren - und das Leerverkaufsverbot war ja letztes Jahr -, davor, währenddessen, danach sich mal mit Kollegen von der Bundesbank ausgetauscht dazu, also aus Interesse? Es muss ja jetzt kein Auftrag von der Bundeskanzlerin sein.

Zeuge Michael Papageorgiou: Sie meinen, vor meiner Abordnung ans Kanzleramt vor - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Nee, danach, als Sie schon beim Kanzleramt waren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Michael Papageorgiou: Als ich zurückgekommen bin?

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, das Leerverkaufsverbot war ja letztes Jahr.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ach, Sie meinen, in Bezug auf das Leerverkaufsverbot? Ich kann mich nicht erinnern, dass ich mich zum Leerverkaufsverbot nach meiner Rückkehr zur Bundesbank mit Kollegen ausgetauscht habe, zu dem Thema.

Cansel Kiziltepe (SPD): Welche Abteilung beschäftigt sich denn in der Bundesbank mit diesen Themen? Also nicht die Abteilung, die Sie genannt haben und wo Sie beschäftigt sind.

Zeuge Michael Papageorgiou: Meine Gruppe hat sich nicht mit dem Thema beschäftigt. Welche Abteilung sich mit dem Thema beschäftigt, das müsste ich erfragen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielleicht noch eine letzte Frage. Sie sind ja jetzt seit dem 16.07. wieder bei der Bundesbank.

Zeuge Michael Papageorgiou: Korrekt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und die Bundesbank hat sich ja laut Medienberichterstattung auf eine Anfrage nicht sehr positiv über das Leerverkaufsverbot ausgesprochen. Haben Sie sich seit dem 16.07. mit Ihren Kollegen bei der Bundesbank dazu ausgetauscht?

Zeuge Michael Papageorgiou: Zu der Haltung der Bundesbank zum Leerverkaufsverbot habe ich mich nach meiner Erinnerung nicht mit meinen Kollegen ausgetauscht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber es ist doch ein spektakulärer Fall, oder nicht? Ich meine, das ist der größte Bilanzbetrug. Also, dass man da so ein bisschen neugierig ist oder - - ist nicht der Fall gewesen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich habe mich nicht mit meinen - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Hat Sie unberührt gelassen, dieser Skandal.

Zeuge Michael Papageorgiou: Fachlich habe ich mich mit dem Thema nicht beschäftigt, und ich kann mich nicht erinnern, dass ich mich bei privaten Gesprächen mit Kollegen dazu ausgetauscht habe.

Cansel Kiziltepe (SPD): Haben Sie bei der Bundesbank in dieser Abteilung auch Experten für bestimm- - Also, wofür sind Sie zum Beispiel Experte in der Abteilung „Banken und Finanzen“ [sic!] bei der Bundesbank?

Zeuge Michael Papageorgiou: Sie meinen jetzt, nach meiner Rückkehr oder davor?

Cansel Kiziltepe (SPD): Davor, danach, also - -

Zeuge Michael Papageorgiou: Davor war ich in der Abteilung „Risikoanalysen“ in der Hauptgruppe „Bankaufsichtliche Stresstests und quantitative Risikoanalysen“ -

Cansel Kiziltepe (SPD): „Risikoanalysen“, ja.

Zeuge Michael Papageorgiou: - genau - tätig. Wie gesagt, der Fokus der Abteilung liegt eben auf Querschnittsanalysen, nicht auf Einzelinstituten. Und nach meiner Rückkehr bei der Bundesbank bin ich in der gleichen Abteilung tätig, jetzt aber in der Hauptgruppe für Supervisory Technologies und marktbasierte Risikoanalysen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ist Wirecard aus Ihrer Sicht ein Technologieunternehmen oder ein Finanz- - Zahlungsdienstleister?

Zeuge Michael Papageorgiou: Mit der regulatorischen Einstufung von Wirecard habe ich mich nicht beschäftigt und kann deshalb keine fundierte Auskunft dazu geben.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber Ihre persönliche Meinung? - Auch nicht. - Danke, keine weiteren Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön. - Dann geht das Wort an Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr Papageorgiou, war der Termin im Bundeskanzleramt am 07.12. der einzige Kontakt zum Bundeskanzleramt im Vorlauf zu dieser Sitzung heute? - Hier bin ich.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja, ich überlege.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie waren am 07.12. im Kanzleramt. Ist das richtig?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich war am 07.12. im Kanzleramt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja. War das der einzige Kontakt mit dem Kanzleramt zwischen Ihrer Ladung und dem heutigen Tag, oder gab es noch mehr?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist der einzige Kontakt, an den ich mich positiv erinnere.*

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Wer hat den Termin am 07.12. denn angeregt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das war meine Idee.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben sich gemeldet.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich wusste, dass ich zum Untersuchungsausschuss muss und über einen Vorgang aussagen, der lange zurückliegt. Da war es in meinem Interesse, mich noch mal mit den Akten zu beschäftigen, um hier sinnvoll Auskunft geben zu können.

Dr. Florian Toncar (FDP): An wen haben Sie sich denn gewendet?

Zeuge Michael Papageorgiou: Da hatte ich die Referatsleiterin „Finanzmarktrecht; Finanzmarktpolitik“ kontaktiert und ihr gesagt, dass ich beabsichtige, ins - - zur Akteneinsicht zu kommen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Wo genau hat im Kanzleramt denn der Termin stattgefunden? In einem Besprechungsraum, einem Büro, auf dem Flur? Wo war das?

Zeuge Michael Papageorgiou: Die Akten stehen - - standen bei einem Kollegen. Die habe ich abgeholt und am 7. Dezember in einem leeren Büro angeschaut und am 8. Dezember teilweise in der Bibliothek des Kanzleramts angeschaut.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hatten Sie am 07.12. auch persönlichen direkten Kontakt zu früheren Vorgesetzten?

Zeuge Michael Papageorgiou: Nur mit meiner ehemaligen Referatsleiterin, Frau Dr. Silvia Bosch, zu dem Gespräch, über das ich bereits - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Klar, kennen wir natürlich. - Wurde in dem Gespräch mit Frau Bosch auch über bisherige Sitzungen des Untersuchungsausschusses gesprochen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich darüber mit Frau Dr. Bosch gesprochen habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Na, das ist ja jetzt noch nicht so lange her, bitte - 7. Dezember. Da haben Sie keine Erinnerung mehr dran?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich habe keine Erinnerung, dass wir darüber gesprochen hätten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Über bisherige Sitzungen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Nach meiner Erinnerung haben wir nicht darüber gesprochen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Und über die Abgeordneten, die hier sitzen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Darüber haben wir nach meiner Erinnerung auch nicht gesprochen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Worüber haben Sie denn dann gesprochen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Michael Papageorgiou: Sie - das hatte ich schon kurz ausgeführt -

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen - Fabio De Masi
(DIE LINKE): Das kann
doch gar nicht alles auf
dem Zettel stehen!)

hat mir kurz den Ablauf der Befragung erläutert, und sie hat mir mitgeteilt, dass ich wahrheitsgemäß zu antworten habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Na, das hätte Herr Gottschalk auch - - Na, egal. - Ist denn sozusagen Ihre Abordnung zum Bundeskanzleramt in dienstlicher Hinsicht abgeschlossen, ist das alles erledigt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Die Abordnung ist in dienstlicher Hinsicht abgeschlossen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hat das Kanzleramt noch Beiträge zu Ihrer nächsten dienstlichen Beurteilung zu liefern?

Zeuge Michael Papageorgiou: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist auch abgeschlossen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist abgeschlossen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben auch schon eine Bewertung Ihrer Zeit beim Kanzleramt.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich habe auch schon eine Beurteilung für den Zeitraum erhalten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist Ihnen noch Rechtsrat zur Verfügung gestellt worden, Anwälte oder andere Unterstützung?

Zeuge Michael Papageorgiou: Nach Rücksprache mit dem Zentralbereich „Recht“ der Bundesbank kam ich zu dem Schluss, dass das nicht erforderlich ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke. Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Papageorgiou, Sie sind ja in der Belehrung, die Sie unterschrieben haben, auch darauf hingewiesen worden, dass Sie nichts Wesentliches weglassen dürfen. Können Sie denn noch mal in eigenen Worten, also auch im Blickkontakt mit mir, schildern, was denn Gesprächsgegenstand war mit Frau Bosch in diesem Gespräch?

Zeuge Michael Papageorgiou: Sie hat mir den Ablauf der Befragung erläutert in dem Gespräch, und sie hat mir mitgeteilt, dass ich wahrheitsgemäß zu antworten habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Warum war denn ein solcher Hinweis nötig? Das wissen Sie doch selbst, oder?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das weiß ich auch selbst.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Und können Sie mir sagen, wie lange dieses Gespräch gedauert hat?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ohne auf die Uhr geschaut zu haben, würde ich schätzen, dass das Gespräch etwa 10 bis 15 Minuten gedauert hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Das ist - - Wie viel Zeit davon hat der Hinweis eingenommen, dass Sie wahrheitsgemäß zu antworten haben?

Zeuge Michael Papageorgiou: In etwa so lange, wie Sie gerade gebraucht haben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und der Rest war also Schilderung hier der Abläufe.

Zeuge Michael Papageorgiou: Korrekt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich noch mal fragen: Können Sie - - Sie haben vorhin davon gesprochen, dass Sie ungefähr - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ach so, Verzeihung, noch eine Frage: Sie haben ja diese Akteneinsicht da genommen. Da waren auch VS-Akten dabei, korrekt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Da waren keine VS-Akten dabei.

Zeuge Michael Papageorgiou: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Keine einzige.

Zeuge Michael Papageorgiou: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, okay. - Entsprechend war das auch kein VS-eingestuftter Raum oder Ähnliches?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das waren die Akten, die im Raum meines Kollegen standen, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Wie hieß denn der Kollege?

Zeuge Michael Papageorgiou: Der Kollege heißt Stefan Mai.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mai. Wie der Monat oder - -

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja, nach meiner Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Gut. - Und Sie sagten vorhin: Ihre frühere Referatsleiterin. - Sie war aber nicht Referatsleiterin zu dem Zeitpunkt der Bearbeitung; das haben Sie ja vorhin ausgeführt. Also, ab wann war denn Frau Bosch Ihre Referatsleiterin?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich erinnere mich nicht genau. Ich schätze, etwa ab September/Oktober 2019.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Interessant. - Was hat denn Ihr voriger Referatsleiter danach gemacht?

Zeuge Michael Papageorgiou: Der ist im BMF tätig.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ah, okay. Sieh an! - Sagen Sie, bei der Bundesbank waren Sie im Bereich der Bankenaufsicht tätig, richtig?

Zeuge Michael Papageorgiou: Banken- und Finanzaufsicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Das ist also die Expertise, die man gerne von Ihnen auch im Bundeskanzleramt gesehen hat - ja, nein, vielleicht?

Zeuge Michael Papageorgiou: Kann ich nicht sagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, in Ihrer Stellenbeschreibung wird doch ausgeführt worden sein: Das ist jetzt ein super Typ für den Bereich, ich sage mal, Finanzmärkte im weitesten Sinne.

Zeuge Michael Papageorgiou: Aufgrund welcher Kriterien das Kanzleramt mich genommen hat, das - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber was war denn Ihr Aufgabengebiet? Das müssten Sie ja wissen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja. Das hatte ich ja auch kurz geschildert. Das war - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie können das gerne frei vortragen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Das war - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie müssen ja Ihr Aufgabengebiet kennen, wenn Sie drei Jahre in dem Job gewesen sind. Ich kann das frei.

Zeuge Michael Papageorgiou: Das waren die Koordinierung der Gesetzgebungen, die Erstellung von Entscheidungs- und Unterrichtsvorlagen, von Redeentwürfen und Sprechbeiträgen sowie die Beantwortung von Bürgereingaben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Zu welchem thematischen Bereich?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Michael Papageorgiou: Zu thematischen Bereichen, die das Aufgabengebiet des Referats „Finanzmarktrecht; Finanzmarktpolitik“ berühren.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, „Finanzmarktrecht; Finanzmarktpolitik“. Und dahin wurde dann eine solche Gesprächsanfrage der Wirecard AG auch delegiert.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Gut. - Das heißt: Wirecard AG als Akteur des Finanzmarktes, sonst wäre das nicht bei Ihnen gelandet. - Will ich noch mal rückversichern. Also, wenn es jetzt Volkswagen gewesen wäre, hätte man gesagt: Nee, ist, weiß ich nicht, Automobil- -

Zeuge Michael Papageorgiou: Es gibt einen Finanzmarktbezug.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Gut. - Dann will ich noch mal fragen - - Sie haben vorhin gesagt: so fünf, vielleicht sechs, vielleicht mehr Gesprächsanfragen von - ich will noch mal spezifizieren - CEOs von DAX-30-Konzernen. - Korrekt? Also nicht einfache Vorstandsmitglieder, CEOs von DAX-30-Konzernen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Wie gesagt - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Es waren auf keinen Fall mehr als zehn.

Zeuge Michael Papageorgiou: Wie gesagt, das müsste ich einsehen, um da eine zuverlässige Antwort zu geben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, Sie sagten vorher so: Vielleicht etwas mehr als - - Sie waren sich noch nicht mal sicher, ob es mehr als fünf waren. In wie vielen dieser Fälle haben Sie denn eine Gesprächsabsage empfohlen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Auch das müsste ich einsehen, um zuverlässig Auskunft zu geben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie öfters als dreimal eine Gesprächsabsage empfohlen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Da ich nicht zuverlässig sagen kann, wie viel Termine ich votiert habe, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Öfters als einmal eine Gesprächsabfrage empfohlen?

Zeuge Michael Papageorgiou: - kann ich auch nicht zuverlässig aussagen, wie viele Termine ich negativ - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie können nicht mal sagen, ob Sie öfters als einmal - - Also, in einem Fall wissen wir es ja.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also Sie wissen nicht, ob Sie in einem weiteren Fall - -

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich würde davon ausgehen, dass ich in einem weiteren Fall auch negativ votiert habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wissen Sie noch, welches Unternehmen? Können Sie einige der Unternehmen nennen, zu denen Sie eine solche Vorlage bekommen haben?

Zeuge Michael Papageorgiou: Nein, das müsste ich einsehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie können sich nicht an ein einziges Unternehmen erinnern. Aber Sie können sich noch an die Wirecard AG erinnern?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich bin mir auch nicht sicher, ob ich befugt wäre, hier über gegebenenfalls andere Unternehmen Auskunft zu geben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Es steht ja hier im Untersuchungszusammenhang. Wir müssen das ja einordnen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Wie gesagt, ich müsste auch die Akten - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und Sie sind nicht nur befugt, Sie sind sogar verpflichtet, das hier zu beantworten.

Zeuge Michael Papageorgiou: Und ich müsste auch dazu die Akten einsehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, die haben Sie doch eingesehen - das haben Sie doch gerade geschildert -, am 7. Dezember.

Zeuge Michael Papageorgiou: Die Akten mit Bezug zur Wirecard AG habe ich eingesehen, nicht bezüglich aller Terminvoten, die ich verfasst habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, Sie können sich nicht an einen einzelnen Namen, zu dem Sie einen Terminwunsch bescheiden mussten, erinnern, außer den von Dr. Markus Braun - nicht an einen einzigen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Nein, das müsste ich nachsehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist nicht Ihr Ernst, oder?

Zeuge Michael Papageorgiou: Doch, das ist mein Ernst.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Dann schildern Sie mir noch einmal: Aus welchen anderen Gründen haben Sie denn dann Absagen beschieden, außer Termingründen?

Zeuge Michael Papageorgiou: Auch dazu müsste ich die Akten entsprechend einsehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Und können Sie mir sagen, von wann Sie noch mal im Urlaub waren, von wann bis wann in dem Jahr 2019?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das war vom 29. August bis 18. September 2019.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und diese E-Mail, die Sie da bekommen haben, die vorher bereits, ich glaube, es war der Vorsitzende, vorgelesen hat, wir sollten „nicht bei Herrn Fritsche um

Konkretisierung des Gesprächswunsches ‚Geschäfte mit Fernost‘ bitten“, die haben Sie auch nicht nach Rückkehr aus Ihrem Urlaub gelesen.

Zeuge Michael Papageorgiou: Es ist mir nicht innerlich, dass ich die E-Mail gelesen hätte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich prüfe meinen Posteingang nach urlaubsbedingter Abwesenheit in der Regel kursorisch und erkundige mich bei Kollegen nach wesentlichen Vorgängen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und haben Sie sich noch mal nach dieser E-Mail erkundigt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich mich nach dieser E-Mail erkundigt hätte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich bin über der Zeit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön, Herr De Masi. - Dann hat das Wort der Kollege Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gern bei der Absagekultur zu Terminen noch mal nachfragen und habe verstanden, dass Sie jetzt, um konkrete Fälle oder Mengen herzuleiten, Akteneinsicht haben müssten.

Aber grundsätzlich: Jetzt wird ein Termin abgesagt, weil man den aus inhaltlichen Gründen nicht machen möchte. Ist das auch, was man dem Unternehmen, das anfragt, kommuniziert, oder verweist man dann vielleicht auch auf Termingründe? - Also, so was lässt sich doch jetzt auch ohne Akteneinsicht rekonstruieren, oder?

Zeuge Michael Papageorgiou: Der konkrete Grund, weshalb der Termin abgesagt wird, wird dem Unternehmen nicht unbedingt mitgeteilt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber man sagt ja mehr als Nein in der Regel.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Michael Papageorgiou: Gegebenenfalls verweist man auf Termingründe.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also „Termingründe“ kann dann schon doch eine Antwort dafür sein, dass man inhaltlich das Unternehmen - es muss ja nicht immer ein Unternehmen sein, kann ja eine Anfrage von wem auch immer sein - nicht wahrnehmen möchte, habe ich jetzt verstanden.

Gibt es - erklären Sie mal - so was, was vielleicht so Compliance oder Background Checks angeht? Im Kanzleramt arbeiten ja jetzt auch nicht gerade wenig Leute. Jetzt organisiert man Termine vor für die Kanzlerin des Landes. Da muss es doch gewisse Prozesse geben, um auch sozusagen net- und nagelfest zu sein, wenn man sie auf einen Termin schickt. Können Sie darüber was grundsätzlich - jetzt nicht nur in Ihrer Abteilung, wo Sie beschäftigt waren, sondern grundsätzlich - - zu der Philosophie im Haus was sagen? Werden solche Background Checks überhaupt durchgeführt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Sie meinen Background Checks in Bezug auf das anfragende Unternehmen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, oder wem auch immer, genau.

Zeuge Michael Papageorgiou: So ein Prozess ist mir nicht bekannt. Ich würde in der Regel vom Vorgesetzten oder der Vorgesetzten gebeten werden, ein Votum zu verfassen, würde das verfassen und dann an den oder die Vorgesetzte übermitteln.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gibt keine Prinzipien oder Guidelines? Also, wir Abgeordnete kriegen auch Hunderte von Anfragen, und über manche wundert man sich. Und dann macht man sie vielleicht und sagt: „Ja, doch, es hat sich gelohnt“, oder andere nicht. Aber gerade beim Bundeskanzleramt, wo es ja auch darum geht, sozusagen die Kanzlerin zu schützen und Schaden abzuwehren, hätte ich jetzt eine besondere Qualität dahinter verlangt.

Die gibt es nicht, sondern jemand wie Sie googelt - ich sage es jetzt mal ein bisschen flapsig - und sagt dann am Ende: „Daumen hoch“ oder „Daumen runter“.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich sammle Informationen. Darunter kann auch eben Internetrecherche ein Teil sein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab verschiedene Fraktionen, vor allem FDP, Linkspartei, Grüne, die über den Sommer vor diesem Untersuchungsausschuss ja viele parlamentarische Fragen auf den Weg gebracht haben, sozusagen auch zur Anbahnung dieses Untersuchungsausschusses. Da wollte ich - - Waren Sie da irgendwie eingebunden? Hat man Sie noch mal kontaktiert bei der Ausarbeitung oder Ausformulierung der Antworten auf diese Fragen? Das war im Juli/August diesen Jahres.

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich bezüglich Antworten auf parlamentarische Anfragen im Nachgang meiner Abordnung noch mal kontaktiert worden wäre.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie grundsätzlich in parlamentarische Anfragen, die den Wirecard-Komplex umfassen, involviert?

Zeuge Michael Papageorgiou: Da war ich involviert in eine Anfrage vom Juni. Das hatte ich kurz in meiner Einführung angeschnitten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie noch mal konkretisieren könnten, welche Anfrage das war.

Zeuge Michael Papageorgiou: Das war -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können wir kurz die Zeit stoppen.

Zeuge Michael Papageorgiou: - die mündliche Frage des Abgeordneten De Masi und die schriftliche Frage des Abgeordneten Bayaz.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus dem Juni, Juno diesen Jahres?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Michael Papageorgiou: Ja, korrekt - zu Terminen, Gesprächen, Treffen mit Vertretern der Wirecard AG.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie sagen, Sie sind jetzt im Bereich der Bankenaufsicht tätig. Waren Sie - Oder: Haben Sie mit Ihren Kollegen darüber gesprochen, dass die Bundesbank ja auch verschiedene Sonderprüfungen bei Wirecard durchgeführt hat? Das hat ja vor dieser Anfrage stattgefunden. War das mal irgendwie Gesprächsinhalt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich nicht erinnern, dass das jemals Gesprächsinhalt gewesen ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war das Leerverkaufsverbot, jetzt sozusagen nach Ihrer Rückkehr zur Bundesbank, dort ein Thema?

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich kann mich auch nicht erinnern, dass ich das mit den Kollegen besprochen hätte.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie vernommen, dass die Bundesbank sehr kritisch dieses Leerverkaufsverbot gesehen hatte, um nicht zu sagen, sie hätte das nicht hängt? Ist Ihnen das bewusst?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das habe ich der Presse entnommen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Presse haben Sie das entnommen. Aber aus dem Haus nicht.

Zeuge Michael Papageorgiou: Nicht aus dem Haus.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie die Einschätzung teilen, als interessierter Zeitungsleser?

Zeuge Michael Papageorgiou: Habe ich mich nicht näher mit beschäftigt. Daher kann ich da keine fundierte Einschätzung abgeben.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bewusst, dass es - - Also, es gab diesen deutsch-chinesischen Financial Dialogue. Ist Ihnen das Resultat bekannt und dass dort auch, sage ich mal, eine Formulierung - Punkt 30 - drinsteht, die sehr stark auf Wirecard referenziert, ohne den Namen zu nennen? Ist Ihnen das bewusst?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist mir nicht bewusst. Mir ist lediglich bekannt, dass die Bundeskanzlerin das Thema „Übernahme von AllScore durch Wirecard“ bei ihrer China-Reise angesprochen hat.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist Ihnen das aus behördlicher Kommunikation bekannt, oder ist das auch aus der Presse bekannt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Woher ich diese Information habe, kann ich leider nicht rekonstruieren.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie lesen sie ja gerade ab, also irgendwo muss sie da reinkommen in den Zettel.

Zeuge Michael Papageorgiou: Richtig.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie diesen Zettel verfasst, oder wurde er Ihnen - -

Zeuge Michael Papageorgiou: Ich habe den Zettel verfasst; das ist richtig. Mir ist nur nicht erinnerlich, ob ich das aus den Akten notiert habe oder ob ich das aus einem Presseartikel notiert habe.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Ich bin auch am Ende meiner Zeit und sage Danke.

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Ich möchte einen Antrag
stellen, Herr Vorsitzender!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich möchte den Antrag stellen, die Zeugeneinvernahme zu unterbrechen und eine Beratungssitzung durchzuführen. Ich stelle fest, dass der Zeuge vorbereitet worden ist von seiner früheren Vorgesetzten, Frau Bosch, die hier an allen Sitzungen teilnimmt, auch an nichtöffentlichen Beratungssitzungen. Und ich halte das für ein Thema, das so gravierend ist, dass wir das in einer Beratungssitzung jetzt mal besprechen sollten, zumal es auch Auffälligkeiten im Aussageverhalten des Zeugen gibt, so wie ich das wahrgenommen habe. Deswegen der Antrag, das jetzt bitte zu machen. Es muss nicht lang sein; aber wir haben - ich glaube, nicht nur ich - Gesprächsbedarf.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, ich würde dem Antrag zustimmen. Gibt es Einwände dagegen? - Das ist nicht der Fall.

Dann unterbrechen wir jetzt für eine Beratungssitzung. Ich möchte den Zeugen bitten und auch die Öffentlichkeit, dann entsprechend den Saal zu verlassen, und auch die Technik bitten, das Streaming in die Säle für die Nichtberechtigten, also für die Journalisten und Medienschaffenden, zu unterbrechen. Die Berechtigten selbstverständlich dürfen in ihrem Raum weiter zugeschaltet bleiben. Und dann ziehen wir uns jetzt quasi nicht zurück, aber wir schließen die anderen aus.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 18.40 Uhr -
Folgt Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 19.08 Uhr)

**Fortsetzung der
Vernehmung des Zeugen
Michael Papageorgiou**

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich begrüße Sie zurück, Herr Papageorgiou. Und wir haben gesagt, wir machen jetzt einfach weiter.

So, jetzt weiß ich noch nicht mal - - Doch, wir waren mit der Runde, glaube ich, durch, nicht? Das heißt, wir setzen ganz neu auf. Das heißt, die Kollegen der CDU/CSU wären jetzt am Zuge. Wer möchte, wer will? - Keine Fragen. Gut. Dann schaue ich mich an; ich habe auch keine Fragen mehr. Dann schaue ich zur SPD.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Dann schaue ich zur FDP.

Dr. Florian Toncar (FDP): Keine Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Zum Kollegen De Masi. - Bitte schön. Für Die Linke Herr De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ein paar abschließende Fragen. Also, Herr Papageorgiou, ich wollte Ihnen auch noch mal sagen vor der Befragung: Es erhebt keiner den Vorwurf, dass Sie in irgendeiner Art und Weise bei Wirecard oder so falsch gehandelt hätten - nur damit Sie auch beruhigt sind. Oder dass wir irgendwie Sie jetzt persönlich in die Enge führen wollen, das ist nicht Absicht der Befragung. - Das wollte ich Ihnen nur noch mal mitteilen.

Ich würde Sie trotzdem gern noch mal fragen: In der Vorbereitung jetzt hier auf dieses Gespräch - - Sie haben ja auch diese Vorlage; die haben Sie selber erstellt. Wann haben Sie die denn erstellt?

Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist die Vorlage vom 10. Januar 2019, meinten Sie?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nee, jetzt hier Ihre Gesprächsvorbereitung, die Sie vorhin benannt haben, die Sie selbstständig erstellt haben.

Zeuge Michael Papageorgiou: Also, ich war im Kanzleramt ja am 07./08., habe da die Akten gesehen, habe da ein paar Sachen schon abgeschrieben und habe aber diese Vorbereitung, die ich mir selbst erstellt habe, in den letzten Tagen erstellt. Auf Basis des Beschlusses zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses bin ich die Fragen durchgegangen, habe mir angeschaut, welche Fragen für mich potenziell relevant wären, und



Nur zur dienstlichen Verwendung

habe die mal niedergeschrieben, und um hier gut beitragen zu können, schon meine Antwort, die ich für korrekt und vollständig halte, nicht - - um möglichst nichts auszulassen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und diese Formulierung „ist mir nicht erinnerlich“, ist die Ihnen vielleicht auch nahegelegt worden, wenn Sie sich unsicher sind?

Zeuge Michael Papageorgiou: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Die haben Sie sich selber sozusagen überlegt, wenn Sie sich nicht hundert Prozent sicher sind in der Beantwortung einer Anfrage.

Zeuge Michael Papageorgiou: Richtig. Wenn ich Sorge habe, dass ich gegebenenfalls einen Aspekt vergessen haben könnte, dann verweise ich darauf, dass ich eben nach meiner Erinnerung antworte, weil es ja eben auch Vorgänge sind, die auch schon eine ganze Zeit zurückliegen, und ich mich ja zudem schon seit einer ganzen Weile wieder mit völlig anderen Themen beschäftige.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Das heißt auch, dass Sie sich mit meinem geschätzten früheren Kollegen, der jetzt Bundesbankvorstand ist, Herrn Burkhard Balz - ich kenne ihn noch aus dem Europäischen Parlament -, nicht ausgetauscht haben zum Beispiel über die Zusammenarbeit.

Zeuge Michael Papageorgiou: Nein, mit Herrn Balz habe ich mich nicht ausgetauscht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Aber Sie kennen sich auf jeden Fall, Sie kennen sich.

Zeuge Michael Papageorgiou: Persönlich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. Alles klar. - Dann will ich einfach nur noch mal bekräftigen aus meiner Sicht, dass es unproblematisch ist, auch vor einem Untersuchungsausschuss, wenn man auch darstellt, dass zum Beispiel eine Terminabsage vielleicht auch mal gewählt wird, weil man der Meinung ist, dass ein solcher Termin nicht förderlich ist für die Bundeskanzlerin.

Also, das ist meine Einordnung der Zusammenhänge, und das ist aber auch nichts Schlimmes, weil das Praxis ist im politischen Geschäft. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Kollege De Masi. - Dann Kollege Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe auch keine Fragen mehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Dann schaue ich ein letztes Mal ins Rund. - Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion mehr Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne allerdings ist Ihre Befragung noch nicht abgeschlossen; denn Ihnen wird noch das Protokoll dieser Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, über etwaige Protokollierungsfehler nachzudenken, zu gucken, zu schauen, sie zu monieren, Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich recht herzlich bei Ihnen bedanken für Ihr Kommen, wünsche Ihnen eine gute Vorweihnachtszeit, ein frohes Fest und einen guten Rutsch. Bleiben Sie gesund. Kein Grund, hier nervös zu sein!

Zeuge Michael Papageorgiou: Danke sehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kommen Sie gut nach Hause.

Dann bitte ich den nächsten Zeugen zu uns. Das ist der Kollege Jan-Ole Peters, den ich dann zu uns bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Jan-Ole Peters

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Peters, ich begrüße Sie recht herzlich.

Gleichfalls begrüße ich auch recht herzlich Ihren Rechtsbeistand Dr. Michael. Sie wissen, Sie dürfen den Zeugen beraten. Ihnen steht aber selbst kein Rede- oder Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie und Ihr Mandant aber natürlich eine kurze Unterbrechung beantragen und sich dann zum Zwecke der Beratung zurückziehen; das ist völlig klar und völlig in Ordnung.

Herr Peters, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund - und da bedanke ich mich und auch der Ausschuss - mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt.

Damit kann ich mich insoweit auf einige technische Hinweise beschränken, die aber auch notwendig und wichtig für Sie sind.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen.

Kommen Sie während Ihrer Vernehmung zur Auffassung, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie hierzu noch Fragen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. Dann möchte ich Sie noch bitten - und das haben Sie eben ja schon auch dann gemacht; insoweit kennen Sie sich ja wohl dann aus -, das Mikrofon immer zu betätigen, weil auch ein Tonmitschnitt gefertigt wird und sechs Räume sozusagen im Streaming heute Ihnen und uns an den Lippen hängen.

Herr Peters, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihren Beruf, Ihr Alter und Wohn- oder Dienort mitteilen.

Zeuge Jan-Ole Peters: Mein Name ist Jan-Ole Peters. Ich bin Beamter im Bundesfinanzministerium. Derzeit bin ich an die Botschaft Peking sekundiert, abgeordnet als Leiharbeiterdiplomate - das seit November 2017 bis noch zum 31.12. dieses Jahres. Ich befinde mich momentan in einem Status zwischen Wohnort [REDACTED] und Wohnort [REDACTED].

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Peters, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang zum Gegenstand der heutigen Vernehmung Stellung beziehen, und daher erteile ich Ihnen das Wort. Bitte schön.

Zeuge Jan-Ole Peters: Vielen Dank. - Sehr geehrte Abgeordnete! Ich habe mich bereits vorgestellt, bin tätig für das BMF. Vor meiner Tätigkeit habe ich Volkswirtschaft und Sinologie studiert, eine Zeit lang in China gearbeitet, für die Wirtschaftsförderung des Landes Schleswig-Holstein gearbeitet, bevor ich zum BMF gekommen bin.

Seit November 2017 habe ich an der Botschaft in Peking als Finanzreferent gearbeitet. Dort war meine hauptsächliche Tätigkeit eben die, ich würde es „Betreuung deutscher Firmen“ nennen, die Finanzmarktöffnung dort voranzutreiben. Ich habe des Weiteren volkswirtschaftliche Beobachtungen gemacht, den Finanzausschuss betreut bei einer Reise. Diejenigen von Ihnen, die auch im Finanzausschuss sind, werden mich daher kennen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Den Sommer habe ich damit verbracht, verschiedenste Fragen von Fraktionen, Informationsfreiheitsgesetzanfragen zu bearbeiten, Akten zusammenzutragen und diese dann an die zuständigen Stellen zu übermitteln. Insofern habe ich alle Akten, die Ihnen vorliegen, dann übermittelt bzw. war dort federführend an der Botschaft für zuständig.

Ab Januar 2021 werde ich ins BMF zurückkehren, dort im Referat I C 3 für Schulden, multinationale Entwicklungsbanken, Pariser Club zuständig sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Peters. Ja, das kann ich bestätigen.

Ich würde einfach mit allgemeinen Fragen zum Warmwerden anfangen. Wie haben Sie sich heute auf die Sitzung vorbereitet? Und hatten Sie auch die Möglichkeit, entsprechend alle einschlägigen Akten dann noch mal zu sichten?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja, die Möglichkeit bestand, insbesondere weil ich eben selbst federführend dafür zuständig war in der Botschaft, diese Akten alle zusammenzutragen und zu übermitteln.

Ansonsten bestand die Vorbereitung darin - das war allerdings schon ganz zu Anfang, ich würde jetzt sagen, im Juli ungefähr -, mit dem Botschafter gemeinsam und dem zweiten Finanzreferenten an der Botschaft, Herrn Fuhrmann, die Ereignisse zu rekonstruieren, wie sie an der Botschaft Peking sozusagen stattgefunden haben, nachzuvollziehen, was passiert ist, was nicht passiert ist.

Ansonsten habe ich mich mit den zuständigen Stellen im Auswärtigen Amt und im BMF getroffen und habe mir sozusagen die Formalia einer solchen Zeugenaussage erklären lassen und meine Rechte und Pflichten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mögliche Fragen haben Sie jetzt dazu nicht mehr. - Gut. Dann würde ich jetzt weitermachen.

Herr Peters, können Sie uns schildern, wie sich der Kontakt - wir hatten ja heute Herrn zu Guttenberg bei uns, und da gab es ja Kontakte auch mit Kollegen aus der Firma Spitzberg Partners -, wie sich, speziell eben gerade zum Fall Wirecard, da der Kontakt zu Spitzberg Partners aus Ihrer Sicht angebahnt hat?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja, kann ich tun. Im Oktober 2018 wurde der Botschafter kontaktiert von der Firma - - nein, in meiner Erinnerung einer anderen Firma, die wiederum an einen Mitarbeiter von Spitzberg Partners verwiesen hat und diesen Mitarbeiter mit dem Botschafter bekannt gemacht hat.

Daraufhin wurde der Botschafter, Clemens von Goetze, zu einem Gespräch angefragt durch die Firma Spitzberg Partners, zu der dann Mitarbeiter von Wirecard hinzustoßen sollten. Der Botschafter ist an dem Tag - - Als dieses Gespräch stattfinden sollte, wurde sein Mobiliar angeliefert, der Container ausgeladen. Er konnte also nicht diesen Termin wahrnehmen. Und deswegen habe ich diesen Termin in Vertretung mit meinem dortigen Abteilungsleiter „Wirtschaft“, Herrn Robert Dieter, wahrgenommen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie sich noch an Namen erinnern? Also, es war quasi eine Firma, die als Mittler zwischen der Botschaft und Spitzberg Partners auftrat. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß nicht, ob es eine Firma ist oder ein Verein - eine Organisation, die heißt ELNET und bezog sich auf die Tätigkeit von Herrn von Goetze als Botschafter in Tel Aviv, wo er vorher tätig war. Und mir sagt dieser Verein oder diese Firma nichts; aber in irgendeiner Art und Weise kannte man eben den Botschafter und hat dann Herrn Gartzke dort irgendwie vermittelt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Und das war dann Herr Gartzke, der dann quasi das Weitere übernommen hat - in Anführungsstrichen - für die Firma Spitzberg Partners.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß nicht, was Sie mit „das Weitere“ meinen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na ja, das Gespräch vorzubereiten, anzureisen und dann ein Gespräch zu führen.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie uns darlegen, wann genau Kontakte im Vorfeld des Finanzdialoges vom 18. Januar 2019 mit Vertretern von Wirecard sowie Spitzberg Partners stattfanden?

Zeuge Jan-Ole Peters: Die ganz genauen Daten müsste ich kurz nachschauen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne.

Zeuge Jan-Ole Peters: Es gab einen Termin am 29. Oktober mit Ulf Gartzke, einer Mitarbeiterin von Spitzberg Partners sowie Herrn von Waldenfels und Herrn Ley.

Am 13.11. ist Herr Ley mit Bundesminister Maas nach Peking gereist.

Am 12.12.18 - immer noch - waren Herr Gartzke, Herr von Waldenfels und Herr Ley bei einem dienstlichen Empfang bei mir zu Hause.

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Wann war
das?)

- Am 12.12.18 waren Herr Gartzke, Herr Waldenfels und Herr Ley bei einem dienstlichen Empfang bei mir zu Hause.

Sie fragten explizit nach Kontakten von Wirecard mit der Botschaft oder mit mir?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Jan-Ole Peters: Am 21.12. habe ich eine Anfrage an Wirecard für einen Gesprächspartner für den Abteilungsleiter Holle aus dem BMF aus dem Bereich Fintech für ein Gespräch beim Finanzdialog angefragt.

Am 21.12. habe ich für ein Gespräch, das Bundesminister Scholz in Peking führen wollte mit hochrangigen Vertretern chinesischer Finanzinstitute, um Werbung für den Finanzstandort Deutschland zu machen, bei Wirecard angefragt, ob sie einen hochrangigen Kontakt bei UnionPay haben.

Und am 18.01. war der hochrangige Finanzdialog. Ich glaube - - Das ist in meiner Aufführung hier nicht; aber ich erinnere mich noch an eine Mail, in der ich verschiedene Finanzdienstleister darauf aufmerksam machte, dass der Finanzdialog stattfindet und dass möglicherweise ein Abendessen stattfindet. Ich weiß jetzt akut nicht, ob ich auch Wirecard diese E-Mail geschrieben habe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nahmen an diesem Finanzdialog dann auch schon Vertreter von Wirecard teil?

Zeuge Jan-Ole Peters: An dem Finanzdialog direkt nahmen überhaupt keine Firmenvertreter teil.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeuge Jan-Ole Peters: Der Finanzdialog bezieht sich lediglich auf den Dialog zwischen Bundesminister Scholz, dem Präsidenten der BaFin und dem Präsidenten der Bundesbank mit Vertretern der chinesischen Regierung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Am 12.12., dieses Meeting bei Ihnen zu Hause, da war ja Herr Gartzke dann da. Es war Herr Ley da, so habe ich das verstanden, Herr von Waldenfels. Gab es weitere Teilnehmer?

Und mich würde noch mal interessieren - ich hatte das vorhin den Kollegen auch gefragt, zu Guttenberg -: Er wies so vehement zurück, dass an diesem Tag Geschenke überreicht worden seien. Mir liegt aber eine Mail und eine MAT vor, wo Sie sich für Geschenke bei irgendeinem Kollegen jetzt bedanken. Vielleicht können Sie da Licht ins Dunkel bringen, was da jetzt genau am 12.12. stattfand.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: Am 12.12.2018 -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Genau.

Zeuge Jan-Ole Peters: - fand ein dienstlicher Empfang bei mir zu Hause statt. Ein ganz normaler und üblicher Vorgang in der Diplomatie oder in der Repräsentanz im Ausland ist, dass wir die Möglichkeit - - oder dass wir Kontaktpflege betreiben, aber eben auch deutschen Firmen Kontaktpflege ermöglichen. Dazu gehören dienstliche Empfänge in unseren privaten Wohnräumen. Dazu werden uns auch gesondert Einrichtungs-pauschalen zur Verfügung gestellt und entsprechende Wohnungen - - die Anmietung entsprechender Wohnungen ermöglicht. Es wird also von uns erwartet, dass wir solche Empfänge geben.

Bei diesem Empfang waren außer Wirecard verschiedene Vertreter anderer deutscher Finanzdienstleister, die auch vor Ort Repräsentanzen pflegen, zugegen, andere Diplomaten anderer Länder, die ebenfalls sozusagen Finanzreferenten ihrer jeweiligen Länder dort waren. Es waren Vertreter der chinesischen Regierung vor Ort, der chinesischen Zentralbank, des chinesischen Finanzministeriums und der chinesischen Steuerbehörde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann kann man das schon in diesem unmittelbaren Zusammenhang zu dem Treffen noch mal im Januar 19 ansetzen, dieses Treffen bei Ihnen am 12.12.2018?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ob das im Zusammenhang mit dem Finanzdialog stand?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Jan-Ole Peters: Das würde ich so nicht sehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Wie häufig fanden in etwa Treffen mit Vertretern von Spitzberg Partners und/oder Wirecard sonst noch statt, im Rahmen größerer Empfänge oder bei Ihnen noch mal im Hause, und wer hatte an diesen etwaigen Treffen dann noch teilgenommen, und

worum ging es inhaltlich, wenn diese Treffen stattgefunden haben?

Zeuge Jan-Ole Peters: Es hat noch ein Treffen im Rahmen eines von mir initiierten Finanzforums an der deutschen Botschaft gegeben, im Nachgang des Finanzdialogs. Das muss im Sommer 19, Frühsommer 19 gewesen sein. Ich müsste genau nachschauen, wenn das genaue Datum relevant ist. Dort war Herr Ley zugegen, weil er an dem Tag zufällig in Peking war. Ich habe regelmäßig dieses Finanzforum abgehalten, um sozusagen den Kontakt zu den deutschen Finanzdienstleistern vor Ort zu suchen und auf dem Laufenden zu sein, wie die jeweiligen Marktzutritte dieser verschiedensten Unternehmen laufen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Waren zu diesem Treffen im Frühsommer 2019 neben Herrn Ley auch noch Vertreter von Spitzberg Partners zugegen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein. Ansonsten gab es noch ein Treffen mit der Mitarbeiterin von Spitzberg sowie Herrn Ley und seiner Assistentin in Peking, als er auf einer Dienstreise in Peking war, um mich über den Stand zum Markteintritt zu informieren. Der Unterschied von Wirecard und den vielen anderen deutschen Finanzdienstleistern, die ich dort vor Ort betreut habe, war, dass Wirecard eben keine eigene Repräsentanz vor Ort hatte und sozusagen immer nur ad hoc sagen konnte: Wir sind jetzt hier. Können wir uns unterhalten? - Das war - - Bei anderen Finanzdienstleistern konnte man täglich sich treffen, wenn es denn notwendig war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wenn Sie vom Eintritt in den Markt sprechen, dann meinen Sie AllScore?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich meine den Eintritt in den chinesischen Markt -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also mit dem Erwerb - -

Zeuge Jan-Ole Peters: - mit Geschäftstätigkeiten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Genau, mit dem Erwerb dieser Firma im Zusammenhang.

Zeuge Jan-Ole Peters: Aus den E-Mails, die ich übermittelt habe, geht hervor, dass ich, bis nachdem der Kauf stattfand, nicht wusste, welche Firma Wirecard kaufen wollte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann eine letzte Frage zunächst. Ausweislich einer von Ihnen verfassten Timeline, die Sie mit E-Mail vom 22. Juli 2020 an Herrn Regenbrecht, Gesandter und Vertreter des Botschafters von Goetze, sendeten, nahm Herr Burkhard Ley, ehemaliger Finanzvorstand der Wirecard AG, am Finanzforum der Botschaft gemeinsam mit anderen Vertretern deutscher Finanzdienstleister am 22. August 2019 teil. Auffindbar ist die Timeline auf MAT A AA-3.08b, Blatt 102 ff. Weshalb - nochmals - war Herr Ley zu diesem Finanzforum geladen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Dürfte ich einmal diese MAT sehen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wird gerade herausgesucht. Ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Jan-Ole Peters: Er war im ganz normalen üblichen Verfahren, wie ich mich mit allen anderen Finanzdienstleistern getroffen habe, bei einem regelmäßigen Treffen mit der deutschen Finanzdienstleistungscommunity eingeladen, um über den Verlauf der jeweiligen Markteintritte auf dem Laufenden zu sein, also ein regelmäßiges Treffen, das ich ungefähr einmal im Quartal, ziemlich ungefähr einmal im Quartal, geladen habe. Und zwischen November 2017 und 31.12. war Vertreter von Wirecard einmal dabei.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, Wirecard war da auch Gesprächsthema?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß nicht genau, wie ich die Frage beantworten oder verstehen soll.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na ja, Sie haben das Finanzforum, -

Zeuge Jan-Ole Peters: Die Vertreter der - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: - Herr Ley - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Beim Finanzforum waren die Finanzvertreter zugegen, um über allgemeine Problematiken beim Marktzutritt zu sprechen, sich auszutauschen, zu netzwerken und, wenn sie das wollten, mir Probleme zu schildern, die sie beim Marktzugang hatten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann letzte Frage zu diesem Punkt: Hatten Sie zum damaligen Zeitpunkt schon Kenntnis zu den kritischen Berichten der „Financial Times“ über den Wirecard-Konzern?

Zeuge Jan-Ole Peters: Meinen Sie die Berichte aus dem Frühjahr 2019?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Einmal die, genau. Und nun gab es ja auch schon früher entsprechende Berichte. Die meine ich jetzt nicht. Aber ich meine die aus dem Frühjahr 2019, genau, die dann ja in ein Leerverkaufsverbot mündeten.

Zeuge Jan-Ole Peters: Im August 2019 hatte ich Kenntnis von den Presseberichten aus dem Januar 2019 der „Financial Times“, dem Leerverkaufsverbot der BaFin und auch von den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die „Financial Times“.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haben Sie da mal einen Vertreter, zum Beispiel Herrn Ley, auf diesem Forum darauf angesprochen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Gut. Dann wäre ich zunächst mal mit meinem ersten Fragenblock durch. - Ich schaue, wer - - Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr Peters, vielen Dank, dass Sie uns Rede und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Antwort stehen. Mich würde zunächst interessieren, ob Sie neben Herrn Ley, Frau Valcea und Herrn Waldenfels von Wirecard noch andere Mitarbeiter von Wirecard kennengelernt haben.

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Auch nicht per Telefon oder per Mail?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich erinnere mich nicht daran. Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und bei Spitzberg Partners waren Ihre einzigen Kontakte der Herr Dr. Gartzke und die Frau Jiang. Ist das richtig?

Zeuge Jan-Ole Peters: Marina Jiang, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da gibt es auch keine weiteren Kontakte?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Zu Ihrem Treffen am 29. Oktober 2018: Da hatten Sie ja zu den gerade beschriebenen Personen Kontakt. Und da würde mich interessieren, wer Ihnen erstmals denn das Geschäftsmodell von Wirecard erklärt hat.

Zeuge Jan-Ole Peters: Das muss einer der beiden Mitarbeiter von Wirecard gewesen sein, Herr von Waldenfels oder Herr Ley. Aber ich weiß nicht, wer das von den beiden dann erstmals war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber einer der beiden Mitarbeiter von Wirecard hat Ihnen das erklärt. Und was hat man Ihnen da erklärt? Was haben Sie da rememberlich?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ehrlich gesagt, wenig. Wir haben allgemein darüber gesprochen, dass Wirecard als Zahlungsdienstleister nach China möchte, in einen Markt sozusagen, den größten Markt für digitale Finanztransaktionen. Das erschien mir auf Anhieb plausibel, ohne das genauere Geschäftsmodell von Wirecard dahinter zu verstehen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat Wirecard auch gesagt, was das genaue Anliegen ist, also das Stichwort „Lizenzen“ für - - also Payment-Lizenzen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich erinnere mich nicht, ob sie das am allerersten Gesprächstag gesagt haben. Aber ich würde das vermuten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wissen Sie noch, was Ergebnis des Gesprächs war, oder ist man einfach ohne Ergebnis auseinandergegangen und hatte einen schönen Abend?

Zeuge Jan-Ole Peters: An ein konkretes Ergebnis kann ich mich nicht erinnern, außer dass wir nicht am Abend uns getroffen haben. Aber wir haben generell Informationen ausgetauscht, Wirecard darüber, was sie in China vorhaben, und wir darüber, wie wir den chinesischen Markt einschätzen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben gerade geschildert, dass Herr Ley mit Herrn Bundesminister Maas im November 2018 in China war. Wie erfolgt die Auswahl der Teilnehmer bei diesen Delegationsreisen? Sind Sie da als örtliche Profis vor Ort mit einbezogen? Ich meine, Sie wissen ja, welche Unternehmen eine gewisse Relevanz haben, wer da in den Markt rein will, wer da schon aktiv ist. Es würde ja Sinn machen, vielleicht mal die Botschaft einzubeziehen.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja. Ich würde behaupten, die Botschaft wird einbezogen, aber hat nicht das letzte Wort.

Matthias Hauer (CDU/CSU): „Einbezogen“ heißt: Die macht einen Vorschlag oder macht - - Der Außenminister wird das ja nicht selbst machen, sondern irgendeiner wird ja einen Vorschlag machen oder - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Das genaue Prozedere kenne ich nicht. Ich habe ja schon gesagt: Ich bin nur Leiharbeiter-Diplomat und habe das nur einmal bisher gemacht. Also, bei der Reise konkret erinnere ich mich nicht mehr an die Zu- - Also, ich erinnere mich daran, dass ich gefragt wurde - und das liegt Ihnen ja auch in den Akten vor -



Nur zur dienstlichen Verwendung

und dass ich dagegenvotiert habe, Wirecard mitzunehmen, falls Sie darauf anspielen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das können Sie ja vielleicht noch mal ausführen, warum Sie dagegenvotiert haben.

Zeuge Jan-Ole Peters: Weil in dem Gespräch mit Herrn Ley, Herrn Waldenfels und Herrn Gartzke man sagte, dass eben der Markteintritt noch nicht an die große Glocke gehängt werden könne, man sei ein Aktienunternehmen und hätte ja gewisse Ad-hoc-Berichtspflichten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Bei welchem Treffen war das? Können Sie das Datum noch mal sagen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Am 29. Oktober.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also bei dem ersten Treffen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Richtig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Und dann fand ja ein Treffen noch am 12.12. statt.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): War da dieses Thema Markteintritt in China noch mal Thema?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich erinnere mich nicht an konkrete Gesprächsinhalte. Dort waren an die 30 Gäste. Ich kann mich nicht mehr an jedes genaue Gesprächsthema erinnern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie da überhaupt mit den Beteiligten von Wirecard gesprochen an dem Abend oder an dem Tag? Wenn da so viele anwesend waren, wissen Sie es ja vielleicht nicht mehr.

Zeuge Jan-Ole Peters: Wir haben sicherlich Worte, freundliche Worte ausgetauscht. Darüber hinaus wüsste ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber man ist dann nicht noch mal ins Detail gegangen in irgendeiner Weise?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ins Detail ist man auf jeden Fall nicht gegangen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil der Finanzdialog 18.01.2019, der stand ja doch recht kurz bevor. Und da waren ja auch hochrangige Vertreter, also Bundesminister Scholz, Bundesbankpräsident Weidmann, BaFin-Chef Hufeld und beide Staatssekretäre, Dr. Kukies, und Herr Schmidt kommt ja gleich auch zu uns. Könnten Sie uns noch mal was Näheres zu dieser Ziffer 30 sagen, die dann schlussendlich in den Joint Statement Eingang gefunden hat - das ist ja der für Wirecard relevante Punkt -, wie der da reingekommen ist, wie der zustande gekommen ist?

Zeuge Jan-Ole Peters: Die Inhalte des Joint Statements haben Kollegen, Kolleginnen des BMF, des Referats I C 2 ausgehandelt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wer war das? Können Sie da einen Namen sagen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß nicht, ob ich das darf, ehrlich gesagt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich meine, Sie müssen das sogar.

Zeuge Jan-Ole Peters: Das waren Frau Braun-Werner - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Noch mal der Name, „von Werner“?

Zeuge Jan-Ole Peters: Frau Braun-Werner und Frau Philippa Sigl-Glückner.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gab es da irgendeine Abstimmung mit Ihnen dazu? Hat man Sie da einbezogen? Ich meine, es würde ja Sinn machen.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich würde sagen: sporadisch. Allerdings habe ich mich eher auf die organisatorischen Dinge in Peking konzentriert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und die Inhalte dieses Dialogs wurden aus dem BMF koordiniert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat die Botschaft da in irgendeiner Weise - also, jetzt vielleicht nicht Sie persönlich, aber jemand anders aus der Botschaft - zugeliefert und gesagt vielleicht: „Diese Punkte sind besonders wichtig aus unserer Sicht; die sind nicht so wichtig“?

Zeuge Jan-Ole Peters: Konkret erinnere ich mich nicht. Ich glaube, ich hätte eine Meinung gehabt. Aber ich war sehr stark unter Wasser mit der Organisation.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Ich würde Ihnen gerne einen stillen Vorhalt machen. Ich muss einmal gucken, was hier draufsteht, wie ich es machen muss. Wobei: VS-Nur für den Dienstgebrauch. Dann darf ich auch zitieren. Und zwar ist das MAT A AA-3.02, Blatt 138. Ich lese das einmal vor. Dann gebe ich es Ihnen aber auch sofort. Dann können Sie auch selbst schauen. Das ist so eine Tabelle. Da ist fast alles geschwärzt, und eine Zeile in der Mitte ist nicht geschwärzt. Da steht bei „Forderung“:

Vier notwendige landesweite Payment Lizenzen (Wirecard)

Dann ist nächste Spalte: „Absatz“ - - steht dann da „30“. Ich nehme an, damit ist dann diese Ziffer 30 gemeint. Dann „Erläuterung“:

Mit Wirecard AG ganz neuer Player im CHN Markt

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Und „Bewertung“ steht dann ganz rechts:

Große Sache - Erwähnung reicht absehbar zur Erlangung der zum Markteintritt notwendigen Lizenz.

Haben Sie es mittlerweile bekommen? - Ah, super.

Da würde ich Sie mal gerne fragen, was das für ein Dokument ist, woraus das entstammt, ob Sie das schon mal gesehen haben und wer das erstellt hat.

Zeuge Jan-Ole Peters: So ganz ohne Zusammenhang fällt es mir auch schwer. Ich könnte mir vorstellen - - Soll ich spekulieren? - Also, ganz genau - - Ich könnte mir vorstellen, dass ich sogar die Bewertung geschrieben habe. Das ist eine - wie heißt das? - Nachhaltung, ein Nachhalten des Erreichten nach dem Finanzdialog, also die konkrete Umsetzung - - der Stand der konkreten Umsetzung der Forderungen, die wir im Joint Statement dort bei den Chinesen sozusagen erreicht haben. In China ist es häufig so, dass in solchen Dialogen Dinge vereinbart werden, die dann allerdings nicht eins zu eins umgesetzt werden, bzw. es dauert eine gewisse Zeit und teilweise auch sehr lange, bis diese Forderungen und Vereinbarungen eigentlich ja auch umgesetzt werden. Diese - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hatten Sie - - Entschuldigung.

Zeuge Jan-Ole Peters: Wirecard hat jedes Mal auf Nachfrage - ich habe sowohl Wirecard als auch alle anderen deutschen Finanzdienstleister vor Ort immer wieder gefragt, wie es denn mit den jeweiligen Forderungen steht - immer wieder darauf verwiesen, dass es aufgrund dieses § 30 gut steht und keine weitere Unterstützung erforderlich ist. Das geht auch aus den Akten hervor, glaube ich. Da ist jedes Mal mein Kommentar gewesen, dass auf Nachfrage es hieß: Es geht gut voran. - Und mehr habe ich nie wirklich erfahren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und warum waren Sie der Auffassung - - Ich meine, das ist ja eine große Sache, haben Sie ja selbst bewertet. Und ich sage mal, die Markteintrittsbarriere für diese Finanzthemen ist ja durchaus schwierig in China lange Zeit gewesen. Insofern: Dass das eine große Sache ist, die Bewertung kann ich sogar teilen. Deshalb würde mich interessieren, ob Sie da - - Dass man so der Auffassung war „Das läuft schon“, das ist ja eher ungewöhnlich dann, oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: Wenn Wirecard diese Lizenzen so bekommen hätte, wie das Unternehmen das geplant hätte, und wenn das Unternehmen nicht all diese Dinge getan hätte, die es getan hat, wäre das der erste ausländische Finanzdienstleister mit einer Cross-Border-Payment-Lizenz gewesen, noch vor PayPal und anderen. Deswegen wäre das eine große Sache.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das hatte uns gerade schon der Herr zu Guttenberg so ähnlich berichtet, dass es vor allem um die Cross-Border-Lizenz ging für Wirecard.

Wie eng haben Sie sich mit den beiden Damen, die Sie gerade genannt haben, also Frau Braun-Werner und Frau Sigl - - Wie heißt sie noch mal weiter?

Zeuge Jan-Ole Peters: Sigl-Glückner. S - I - G - L, Bindestrich Glückner, mit ck.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie eng haben Sie sich mit den beiden dazu ausgetauscht?

Zeuge Jan-Ole Peters: Kurz nach dem Finanzdialog war Frau Sigl-Glückner nicht mehr in dem Referat. Mit Frau Braun-Werner habe ich mich immer, zu jeder Zeit, sehr eng ausgetauscht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): „Immer, zu jeder Zeit“ heißt, davor - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Sie war meine zentrale Ansprechpartnerin im BMF.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie mit einem der beiden Staatssekretäre zu diesem Thema zu tun gehabt, Herrn Dr. Kukies oder Herrn Schmidt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Zum Thema Wirecard?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Jan-Ole Peters: Persönlich?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wissen Sie, wie die Aufteilung zwischen den beiden war zu dem Thema Wirecard? Wer hat sich da primär gekümmert, der Herr Dr. Kukies oder der Herr Schmidt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Herr Schmidt ist für die internationalen Themen zuständig, Herr Kukies für die Finanzmarktthemen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Und wer hat sich gekümmert?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das überschneidet sich in diesem Fall.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau. - Und deshalb - - Also wissen Sie nicht, wer sich gekümmert hat um Wirecard, von den beiden?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ehrlich gesagt, beide Staatssekretäre hatten nach dem Finanzdialog in Erwägung gezogen, nach China zu kommen und sicherlich auch über Marktöffnungsthemen zu sprechen. Beide Besuche sind nicht zustande gekommen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie viele andere Unternehmen betraf denn dieses Thema Marktöffnung bei diesem Finanzdialog?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich muss kurz an meinen Händen abzählen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Können wir Pause machen so lange mit der Uhr?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Klar.

Zeuge Jan-Ole Peters: In etwa sechs.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und die waren alle so in der Größenordnung, also was die Wichtigkeit angeht, so wie Wirecard, aber wahrscheinlich ja nicht so wichtig, oder? Also, Wirecard war ja schon, denke ich, eher der wichtigere Punkt. Oder wie würden Sie das einschätzen? Haben Sie die auch mit „Große Sache“ bewertet?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das würde ich entgegenteilig einschätzen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, es war eher eine kleine Sache, obwohl Sie geschrieben haben, Bewertung: „Große Sache“? Sie haben bewertet „Große Sache“, habe ich Ihnen ja gerade vorgelegt. Und „Große Sache“ ist jetzt eher nicht so wichtig für Sie dann gewesen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich habe das Gefühl, dass Sie mir das Wort im Mund umdrehen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann sprechen Sie doch mal deutlicher Ihre Punkte. Dann verstehe ich es vielleicht besser.

Zeuge Jan-Ole Peters: Alle anderen Unternehmen sind größer als Wirecard. Aber Wirecard ist ein neues Unternehmen in einem neuen Segment gewesen. Deswegen ist es eine große Sache.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau. Bis dahin habe ich es auch verstanden und teile es auch.

Zeuge Jan-Ole Peters: Okay.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nur, die anderen, die beim Thema Markteintritt da auch noch eine Relevanz hatten bei diesem Ereignis, da würde ich gerne wissen so von der Wichtigkeit in Relation zu Wirecard: Waren die eher wichtiger, die Themen, aus deutscher Sicht, aus nationalem Interesse, oder waren die eher nicht so wichtig wie dieses Wirecard-Thema?

Zeuge Jan-Ole Peters: Die anderen Unternehmen sind aus traditionellen Finanzmarktsegmenten, die insofern einfach - - Wie soll ich das formulieren? Das eine ist eben neu und daher eine große Sache, weil man dort das erste Unternehmen gewesen wäre als Wirecard weltweit.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Deshalb war es besonders wichtig, weil das neu war?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das war deswegen nicht wichtiger als andere.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es war also alles gleich wichtig?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß nicht, was ich darauf antworten soll.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Ich gebe mich jetzt mal widerwillig mit dieser Nicht-Antwort zufrieden.

Das Thema, dass die BaFin bei der DPR eine Verlangensprüfung hinsichtlich Wirecard durchgeführt hat im Nachgang zu den „Financial Times“-Berichten Anfang 2019, ist Ihnen das in irgendeiner Weise bekannt geworden?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ehrlich gesagt, nein. Ich weiß nicht, was eine Verlangensprüfung ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Oder ich formuliere es mal etwas einfacher: dass die BaFin zusammen mit der DPR im Rahmen des Enforcement-Systems der Rechnungsprüfung ermittelt hat gegen Wirecard. War Ihnen das bewusst?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kennen Sie die „Financial Times“-Berichte von Anfang 2019 zu Wirecard?

Zeuge Jan-Ole Peters: Im Groben, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die kennen Sie jetzt, weil Sie sich jetzt auf diesen Termin vorbereitet haben, oder kannten Sie die auch schon, als die gerade frisch waren?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein. - Die sind mir im Januar auch am Rande untergekommen. Ich habe mich nicht im Detail damit auseinandergesetzt. Aber mir war bekannt, dass es wie auch immer geartete Vorwürfe gegen das - ich glaube, im Januar war das - Singapur-Geschäft von Wirecard gab.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie haben Sie darauf reagiert, auf diese Berichte? Wie haben Sie das eingeschätzt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich habe damals nicht damit gerechnet, dass da was dran ist. Ich habe da-



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit - - Also, ich habe die zur Kenntnis genommen, aber nicht darüber hinaus der besondere Bedeutung zugemessen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war ja schon recht konkret, was da damals drinstand. Also, ich weiß, nachher ist man immer schlauer, und heute wissen wir alles und hätten es alles ganz anders bewertet. Aber dennoch, es gab ja auch konkrete Vorwürfe in diesen Berichten. Aber da haben Sie dann nichts weiter veranlasst oder mal irgendwo nachgefragt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wer war bei Wirecard aus Ihrer Wahrnehmung eigentlich zuständig für dieses China-Geschäft? War das der Herr Dr. Braun, der Herr Marsalek - also als Chef; wer hat es am Ende entschieden? - oder der Herr Ley?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass mein Hauptansprechpartner Herr Ley war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie schätzen Sie Ihren Kontakt zu der Beratungsgesellschaft Spitzberg Partners ein? Ist Ihnen da irgendwas aufgefallen, oder haben die so agiert wie alle Beratungsunternehmen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich hatte nach dem 29.10. auffallend wenig Kontakt zu Spitzberg, nämlich praktisch keinen, außer dem Termin, den ich eben erwähnte, eine Besprechung mit Herrn Ley, Frau Valcea, bei der auch Frau Jiang dabei war. Das war das einzige Mal, dass ich noch Kontakt zu jemandem von Spitzberg hatte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Ich möchte noch mal zurückkommen auf eine E-Mail vom 21. Februar. Da erkundigten Sie sich bei Herrn Ley nach den Fortschritten der Verhandlungen von Wirecard. Da haben Sie in der Mail unter anderem Folgendes geschrieben:

Herr Staatssekretär Schmidt bat darum eng auf dem Laufenden gehalten zu werden und ggf. direkt

bei der chinesischen Seite intervenieren zu können, wenn Versprechen aus dem Outcome Statement nicht eingehalten werden.

Das klingt ja danach, dass Herr Schmidt dem Thema Marktzugang von Wirecard eine besondere Bedeutung beigemessen hat. Das kann man so zusammenfassen, oder?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß nicht, ob mit dem Wortlaut. Aber das Gleiche habe ich allen anderen deutschen Finanzdienstleistern auch gesagt oder geschrieben. Also, das war kein Einzelfall, sondern ich habe bei allen Finanzdienstleistern in sehr regelmäßigen Abständen nachgefragt nach dem Fortgang dieses Outcome Statements und dieser verhandelten Einigung. Und da war Wirecard kein besonderer - - stach nicht besonders heraus.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist das jetzt Ihr Statement gewesen, oder hatten Sie den Auftrag von Herrn Staatssekretär Schmidt, das so zu schreiben?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das hier?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Was ich gerade zitiert habe.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich hatte den Auftrag von Staatssekretär Schmidt nicht persönlich, aber vom BMF, ganz eng nachzuhalten, wie die verhandelten Ergebnisse umgesetzt werden für jedes einzelne deutsche Finanzdienstleistungsunternehmen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, Sie haben jetzt gelacht, weil - - Also, hier steht: „Herr Staatssekretär Schmidt bat darum ...“. Also, ich verstehe das so: Er war das und nicht das BMF.

Zeuge Jan-Ole Peters: Da steht aber auch nicht: „Er bat mich darum“, wenn Sie es so genau nehmen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das stimmt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: Er bat darum, I C 2, das Referat, und das Referat I C 2 hat mich gefragt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber deshalb ist die Frage - - Die Frage ist ja durchaus legitim, zu fragen, ob er Sie persönlich gefragt - - Also, er hat Sie nicht gefragt, sondern das BMF. Wer war das?

Zeuge Jan-Ole Peters: I C 2, Frau Braun-Werner oder zu dem Zeitpunkt vielleicht noch Frau Sigl-Glückner; wahrscheinlich Frau Braun-Werner.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war also ein ganz üblicher Vorgang. Der ist im Hause des BMF dann auch nicht weiter erörtert worden aus Ihrer Sicht, oder ist das auch mal mit dem Minister vielleicht besprochen worden?

Zeuge Jan-Ole Peters: Mir fällt es schwer, zu antworten, weil ich die Frage sehr suggestiv finde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie schaffen das.

Zeuge Jan-Ole Peters: Der Finanzdialog ist kein normaler Vorgang. Das war eine große Sache, ein Staatsbesuch mit der Bundesbank, mit der BaFin und dem Minister, mit zwei Staatssekretären in Peking. Das ist kein normaler Vorgang. Das kommt nicht jedes Jahr vor.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da kann man doch davon aus- -

Zeuge Jan-Ole Peters: Insofern ist das eine besondere Sache, aber nicht Wirecard an sich, sondern alle anderen deutschen Finanzdienstleister im gleichen Maße.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Ich freue mich schon auf die nächste Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann geht das Wort jetzt an den Kollegen Toncar von der FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Ja, Herr Peters, ich würde auch gerne noch mal mich mit der einen oder anderen E-Mail beschäftigen, die uns auch vorliegt, unter anderem eine vom 14.05.2019 - die befindet sich auf MAT A AA-

3.08b, Blatt 93 -, die Sie an Frau Braun-Werner und Herrn Stremmel geschrieben haben. Da darf ich daraus kurz zitieren:

Man freut sich dort,

- gemeint ist bei Wirecard -

dass die Vereinbarung zwischen M und LIU He auf allen Ebenen der chinesischen Administration (inkl. PBoC) scheinbar als Weisung aufgefasst wird, der Wirecard AG keine Steine in den Weg zu legen.

Wer ist denn M in der E-Mail?

Zeuge Jan-Ole Peters: M wird der Minister gewesen sein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Der Minister. Und der hat was genau - - Welche Vereinbarung zwischen dem Herrn Minister Scholz und Herrn Liu He nehmen Sie da sozusagen in Bezug in der E-Mail?

Zeuge Jan-Ole Peters: Auf den Absatz 30 des Outcome Statements.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also dass - - Die Vereinbarung ist das Outcome Statement. Und erinnern Sie sich daran, dass sozusagen die Bewertung offenbar war, dass das Outcome Statement auf allen Ebenen der chinesischen Administration einschließlich People's Bank of China als Weisung aufgefasst wird? - So haben Sie es geschrieben.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja. Ich überlege gerade, wie ich es formuliere. - Ich habe ja schon mehrfach gesagt: Es gab sehr, sehr viele deutsche Finanzdienstleister, die in diesem Outcome Statement nicht namentlich, aber mit ihren Anliegen Erwähnung fanden. Und die - - Alle haben darüber geklagt, dass es nicht vorangeht. Und Wirecard hat jedes Mal gesagt, sie brauchen keine weitere Hilfe, es geht gut voran. Das war erstaunlich, aber natürlich für uns positiv.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber erinnern Sie sich, weil Sie das in Klammer ja gesetzt haben - - Hinter „allen Ebenen der chinesischen Administration“ haben Sie in Klammer gesetzt: inklusive People's Bank of China. - Hat sich Wirecard gesondert noch mal über das Verhalten der People's Bank of China positiv geäußert, oder warum haben Sie das sozusagen da noch mal ausdrücklich erwähnt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Weil die People's Bank of China in dem - - für dieses Segment der Finanzmarktregulierung zuständig ist und das insofern eine besondere Bedeutung für Wirecard hatte, dass die People's Bank of China hier nicht interveniert hat. Normalerweise ist die People's Bank of China der konservative Laden in China und nicht dafür bekannt, besonders die Öffnung voranzutreiben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und hier hat die People's Bank of China aus Ihrer Sicht die Öffnung eher vorangetrieben im Fall Wirecard?

Zeuge Jan-Ole Peters: Aus meiner Sicht nicht, sondern nach Rückmeldung von Wirecard. Wirecard hat mir das so berichtet.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wirecard hat Ihnen aber in der Tat dargestellt - - Das ist, glaube ich, noch mal eine ganz interessante Erkenntnis. Wirecard hat Ihnen dargestellt, wenn ich Sie jetzt richtig verstehe, dass die People's Bank of China eher ein Treiber in diesem Prozess gewesen ist, anders als bei anderen Unternehmen oder großzügiger oder zügiger als bei anderen Unternehmen.

Zeuge Jan-Ole Peters: Das könnte man wahrscheinlich so interpretieren aus der Mail.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das war die Rückmeldung. Okay. Danke schön. Das ist ja auch ganz interessant.

Dann haben Sie allerdings am 8. Juli eine E-Mail geschrieben. Die war sehr kurz. Die findet sich auf MAT A AA-3.08b, Blatt 96. Die stammt vom 8. Juli und ging an zwei Kollegen in der Bot-

schaft, Yan Wen und Herrn Fuhrmann. Da wurden Sie gefragt: Was sind denn die Ideen zum - - Oder:

... hast du vielleicht Ideen ... zum
Treffen Schmidt mit MoF Liu
Kun?

Und die Antwort war:

Themen werden sein:

Und dann sind vier Spiegelstriche aufgeführt, drei sind jetzt geschwärzt. Aber der vierte ist:

Payment Lizenzen für Wirecard

Und das kommentieren Sie dann mit dem Satz:

Alles sehr unbequeme Themen ...

Warum waren die Payment-Lizenzen für Wirecard denn im Juli unbequeme Themen für Herrn Staatssekretär Schmidt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das kann ich mir aus dem Zusammenhang, den wir eben diskutiert haben, auch nicht ganz genau erklären; denn nach meiner Rekonstruktion der Ereignisse mit Wirecard ging es regelmäßig gut voran für Wirecard. Dann werden die anderen drei andere Finanzdienstleister gewesen sein, wo es eben nicht voranging.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, die anderen drei müssen sozusagen entsprechend mehr unbequem gewesen sein.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber noch mal einfach - - Sie haben es schon angedeutet in der Antwort. Aber Sie haben, was den Juli angeht, keine Erinnerung, dass es irgendwie plötzlich unbequem wurde, schwierig wurde mit den Payment-Lizenzen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich müsste das in den ganzen E-Mails noch mal nachschauen. Aber ich glaube nicht, dass ich das irgendwo notiert habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Ihnen jetzt sozusagen nicht direkt - - Das springt Sie nicht direkt an. - Gut. Vielen Dank.

Wissen Sie eigentlich, ist Ihnen bekannt, wen genau die Bundeskanzlerin angesprochen hat am 5. September oder 6. September 2019 innerhalb der chinesischen Administration?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein. Ich war nicht dabei.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Gab es im Zuge des gesamten Sachverhaltskomplexes AllScore Kontakt zwischen der deutschen Botschaft und Vorstandsmitgliedern der Wirecard AG?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ist einer von den beiden, Herr Ley oder Waldenfels, Vorstandsmitglied?

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Ley war damals nur noch Berater. Das ist mir auch bekannt natürlich. Das war ja Ihr Hauptansprechpartner. Das haben Sie auch schon ausgesagt. Aber ich frage nach den Namen - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja, da stand, glaube ich, immer: Berater des Vorstands.

Dr. Florian Toncar (FDP): War er dann auch - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Aber wenn er nicht im Vorstand war, dann gab es den meines Wissens nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Er wechselte 2017 aus dem Vorstand in die Beraterrolle oder 2016. Ich glaube, 2017. Der Vorstand war damals Markus Braun, Jan Marsalek, Alexander von Knoop und Frau Susanne Steidl.

Zeuge Jan-Ole Peters: Meines Wissens keine Kontakte der Botschaft zum Vorstand von Wirecard.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Dann habe ich noch eine Frage. Erinnern Sie sich, dass der KPMG-Bericht bzw. nicht der KPMG-Bericht, sondern die Prüfung, die Sonderuntersuchung, die KPMG am 31. Oktober gestartet hat, in der

Botschaft zu einer veränderten Haltung zum AllScore-Erwerb oder zur Bereitschaft, ihn zu unterstützen, geführt hat?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja, daran erinnere ich mich.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wie lief das genau ab, und von wem ging das aus?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich war zu dem Zeitpunkt - Sie sehen ja an den ganzen E-Mails - Hauptansprechpartner von Wirecard, aber auf einer Fortbildung in Korea. Insofern hat mein Vertreter - in dem Fall Herr Fuhrmann - die Vorbereitung für ein Gespräch übernommen und ist bei den Vorbereitungen über diese Pressemitteilung gestolpert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nichtsdestotrotz kam es ja dann im Grunde dazu, dass am 27. November - das findet sich auf MAT A AA-3.08b, Blatt 147 - auch Herr Fuhrmann an Herrn Goetze geschrieben hat, es sei eben so, dass die Genehmigung durch die People's Bank of China noch nicht erteilt worden sei, dass es aber „no obstacles“, keine Hindernisse, für die Genehmigung gebe. Man müsse sie allerdings beantragen. Und da wird ja dann wiederum sozusagen - - Da ging es ja dann letzten Endes auch weiter. Und dann hat die Botschaft also in der Phase, wo die People's Bank of China signalisiert hat: „Mensch, wir würden ja. Aber es liegt noch gar kein richtiger Antrag vor“, noch mal flankiert, noch mal unterstützt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das ist nicht richtig.

Dr. Florian Toncar (FDP): Es war nicht so? Ich habe es - - Das war eine Frage. Also, hat die - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein. Wir haben nicht flankiert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben dann Ende November nicht mehr flankiert.

Ich glaube, ich bin schon über die Zeit. Wir machen dann einfach nachher weiter. - Vielen Dank schon mal.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion. - Dr. Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ich hatte die gleiche Mail gerade hier vorliegen, vom 22. November, als Herr Fuhrmann an Herrn Goetze schreibt. Vielleicht können Sie aber auch noch mal berichten - - Also, wir haben heute mehrfach interessante Konstellationen, wo zuständige Beamtinnen und Beamte nicht da waren, als was Interessantes passiert ist. Das ist auch hier so. Wie haben Sie sich mit Herrn Fuhrmann - - Haben Sie sich darüber dann ausgetauscht? Also, hat er Sie nach der Rückkehr von Ihrer Fortbildung da irgendwie gebrieft in der Sache? Haben Sie da noch mal drüber geredet?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich erinnere mich nicht. Ich würde vermuten, ja. Aber ich erinnere mich jetzt an keine konkreten Gesprächsinhalte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Weil die Frage ist ja so ein bisschen: Hat sich auch mit dieser Mail und zu diesem Zeitpunkt, Ende 2019, die Haltung der Botschaft gegenüber Wirecard verändert?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich würde sagen: die Haltung, ja, aber der Einsatz nicht; denn es gab ja auch vorher keinen. Wir haben regelmäßig nachgefragt, und die Antwort war regelmäßig: Es läuft. - Also sind wir nicht aktiv geworden. Und das sind wir danach auch nicht mehr.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber Sie hatten ja - - Also, ich meine, das fand ich sozusagen, weil Sie das jetzt so sagen, dass es davor - - dass Sie ja da auch nicht aktiv geworden sind. Aber Sie standen, fand ich doch, schon in einer regen Brieffreundschaft mit Herrn Ley. Also, da kann man ja jetzt nicht sagen, dass Sie für Wirecard nichts gemacht haben. Sie haben ja ständig ausgetauscht. Sie haben für die einen Empfang gegeben - - waren bei Ihnen zu Hause.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich finde das alles sehr suggestiv. Eine Brieffreundschaft war das nicht. Ich habe genauso wie mit allen anderen deut-

schen Finanzdienstleistern regelmäßig nachgefragt für Herrn Staatssekretär Schmidt. Und ich habe einen dienstlichen Empfang gegeben, aber nicht für Wirecard.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist auch, also sozusagen - - Es geht auch gar nicht darum, Ihnen da etwas vorzuwerfen, -

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein, nein. Das verstehe ich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - weil ich auch selber schon auf solchen dienstlichen Empfängen war. Das ist auch immer sehr schön, und ich sehe auch den Nutzen darin. Also, das ist überhaupt kein Vorwurf.

Die Frage, die sich aber ja stellt, ist sozusagen: Was haben Sie für Wirecard getan? Das kann ja auch dadurch erfolgt sein, dass Sie insgesamt was für die Unterstützung deutscher Finanzunternehmen, Technologieunternehmen im chinesischen Markt getan haben. Aber sozusagen: Ich will Sie nicht so leicht da rauslassen, zu sagen, Sie haben nichts für Wirecard gemacht.

Zeuge Jan-Ole Peters: Wir sind nicht mit chinesischen Regierungsstellen in Kontakt getreten nach diesem Outcome Statement, um in irgendeiner Art und Weise nachzufragen oder Druck zu machen. Haben wir nicht gemacht für Wirecard explizit, weil immer die Antwort war: Es läuft mit diesem § 30.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. - Aber Sie haben es nicht nicht gemacht, weil es Vorwürfe gegen Wirecard gab?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich habe ja schon gesagt, dass ich die im Januar gelesen, aber nicht für besonders, weiß ich nicht, glaubwürdig gehalten habe.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ab wann haben Sie sozusagen - - Ab wann war Wirecard für Sie aber ein - - Sozusagen wann haben die Alarmglocken geklingelt? Also, sagen wir mal: spätestens mit der Insolvenz. So. Logisch. Gehe ich mal von aus.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: Das war der 20. Juni?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Die Frage wäre jetzt, dass mit der Insolvenz die Alarmglocken klingeln müssen. Da braucht es jetzt keine erweiterte Kompetenz dazu. Die Frage wäre ja: War es vorher schon irgendwann der Fall?

Zeuge Jan-Ole Peters: Für mich persönlich war immer schwer vorstellbar, dass all diese Vorwürfe tatsächlich wahr sein sollen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Jan-Ole Peters: Also, mir war so viel kriminelle Energie sozusagen nicht wirklich begreiflich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sind Sie umgekehrt von chinesischer Seite darauf angesprochen worden, vor der Insolvenz?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein. Wir wurden einmal von der PBoC kontaktiert. Das liegt Ihnen auch vor. Da ging es darum, dass diese Lizenz noch nicht beantragt wurde und dass AllScore das in die Wege leiten sollte. Und das habe ich einmal weitergegeben an Wirecard, dass da irgendwie was zu tun wäre. Aber das war mehr oder weniger - - Da war ich Briefträger. Da habe ich nichts unternommen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Haben Sie dann nach der Insolvenz der Wirecard irgendwelche Aktivitäten entwickelt? Haben Sie - - Also, keine Ahnung. Was ist - - Ist danach irgendwas passiert? Haben Sie proaktiv irgendwas gemacht? Also, es gab dieses große - also, ich meine, es ist vollkommen klar - Thema deutsch-chinesischer Finanzdialog. Es gab dann im Payment-Bereich dieses vielversprechende Unterfangen, und dann scheitert das so grandios. Das ist für die Bundesrepublik ja auch definitiv ein Ansehensschaden, der entstanden ist. Und deswegen wäre meine Frage: Wie ist die Botschaft damit umgegangen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich wüsste nicht, dass wir irgendwelche besonderen Sachen dann unternommen haben. Wir sind damit nicht umgegangen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Na, ich - - Es hätte ja sein können, dass Sie sagen: Okay. Ich muss mal mit meinen Ansprechpartnern auf chinesischer Seite vielleicht mal, auch ohne das jetzt schriftlich zu verfassen - - Ich greife zum Telefonhörer und muss sagen: „Hier, hört mal zu, das ist uns furchtbar peinlich, aber - - Also sozusagen, ne?“

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich verstehe, was Sie meinen. Da wir vorher nicht wegen Wirecard mit denen geredet haben, weil wir nichts gemacht haben, war das so nicht notwendig. Ich würde aber auch sagen: Das ist nicht besonders chinesisch, anzurufen und zu sagen: Mir ist was peinlich oder unangenehm. - Also, was totschweigen ist, glaube ich, sehr chinesisch.

(Heiterkeit)

Da hinzugehen und zu sagen: „Wir haben hier Mist gebaut“, ist nicht sehr chinesisch.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist auch - - Also, das werde ich mir merken, weil das ist für Untersuchungsausschüsse eine total gute Antwort. - Nein. Verstehe ich. Das ist ja aber eine plausible Antwort.

Zeuge Jan-Ole Peters: Also, es wäre eher ein Affront gewesen, wenn ich mit einem - weiß ich nicht; wie auch immer; ich sehe da keinen Fehler bei mir -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Klar.

Zeuge Jan-Ole Peters: - Fehlereingeständnis der Bundesrepublik Deutschland zu irgendeiner Behörde gehe und sage: Hier ist irgendwas schiefgelaufen. - Das wäre, glaube ich, auf chinesischer Seite nicht besonders gut angekommen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Also, das heißt, nach der Insolvenz hat es eigentlich zu - - Ja, also, da haben keine Aktivitäten an der Botschaft in irgendeiner Form dann, was in Ihrem Zuständigkeitsbereich - - oder von dem, was Sie wissen - - ist nichts mehr weiter passiert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: Neben dem hektischen Zusammensuchen aller Akten, nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Interessant. - Vielleicht könnten Sie noch mal dieses Joint Statement schildern. Wie muss man sich das vorstellen, den Entstehungsprozess? Welche Rolle haben Sie darin gespielt? Aber vor allem vielleicht mal auch - - Also, es geht nicht um alle Details, aber mal einen Überblick zu geben: Wie müssen wir uns das vorstellen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Also, das beginnt sicherlich lange davor mit dem Zusammentragen der Anliegen der deutschen Finanzdienstleister. Das war mein Job. Und die Anliegen ans BMF zu übermitteln, war auch mein Job.

Danach - in irgendeinem Punkt - beginnen Verhandlungen bzw. ein Vorschlag der deutschen Seite gegenüber der chinesischen Seite oder - ich erinnere mich jetzt gerade nicht konkret - der chinesischen an die deutsche Seite. Ich glaube, weil die Gastgeber waren, haben die den ersten Vorschlag gemacht, setzen da ihre Anker. Dann kommen wir und sagen: Ja, das kommt auf jeden Fall nicht in die Tüte. - Das geht immer hin und her. Aber das geht - - Ich lese das vielleicht mit, aber auch nicht jedes Mal. Das geht zwischen der chinesischen Seite und dem BMF hin und her. Und in dem Fall ging das hin und her bis zum 18.01., wahrscheinlich so um 5 Uhr morgens. Da habe ich nicht mehr jede Version gelesen oder mitgelesen. Da habe ich gar nichts mehr gelesen. Aber das wird dann immer kleinteiliger und geht immer schneller hin und her.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Ich habe noch ein paar Einzelfragen für diese Runde, weil Sie haben vorhin, meine ich, die Frage des Vorsitzenden nicht beantwortet, welche hochwertigen Geschenke Sie bei diesem Empfang empfangen haben.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja. - Ich habe einen Raumduft mit diesen Stäbchen, die da so drinstecken, die da so diffundieren sollen, und eine Flasche Rotwein bekommen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Ich sage es ganz ehrlich: Wir haben uns irgendwie vielleicht - - Wir lesen - - Wissen Sie, wir lesen diese E-Mails.

Zeuge Jan-Ole Peters: Natürlich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und dann findet man so eine E-Mail und denkt man: Ha!

Zeuge Jan-Ole Peters: Jetzt haben wir ihn.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

(Heiterkeit)

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich habe die E-Mail auch gelesen und gedacht: Da kommen bestimmt noch mal Fragen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

(Heiterkeit)

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich habe in dem Fall mich gewissermaßen und aus heutiger Sicht sicherlich sehr unglücklich überschwänglich bedankt. Aber ich habe als Kind auch gelernt, dass man sich bedankt. Die Herren von Wirecard waren nicht immer in Peking. Insofern konnte ich mich auch nicht persönlich bedanken und habe das - aus jetziger Sicht vielleicht dummerweise - per Mail gemacht.

Ich habe mich vorab natürlich, aber auch im Nachhinein informiert. Und die Grenze sind 25 Euro, die stillschweigend angenommen werden darf. Die sind nicht überschritten worden. Ich habe noch mal nachgesehen. Dieser Duft kostet 20 Euro und der Wein 5.

(Heiterkeit)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Oh Gott!

Zeuge Jan-Ole Peters: Da „hochwertig“ reinzuschreiben - - Es war kein besonders guter Wein. Aber, also, ich weiß, dass das unglücklich aussieht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ist alles gut. Sie brauchen sich dafür nichts - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Aber ich bin mir da keiner Schuld bewusst.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es ist ja eine gute Antwort, die Sie - - eine gute Erklärung, die Sie liefern können. Aber, ja, das - - So, dann habe ich - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Darüber hinaus keine, die nicht erwähnt blieben oder so. Das ist alles.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann schreiben Sie in einer Mail von einem „Sturm“ an Herrn Ley:

Ich hoffe, Sie sind gut durch den Sturm gekommen.

Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Jan-Ole Peters: Sie kommen gut da durch. - Ja, das ist mehr so ein Wunsch. Ja, das ging, glaube ich, um diese „Financial Times“-Berichte, würde ich vermuten, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Es hätte ja auch sein können, dass irgendwo gerade ein Tai-fun war oder so.

(Heiterkeit)

- Na ja, das passiert in Südostasien ja häufiger mal. - Okay. Aber gut. Aber das ist sozusagen - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich war davon ausgegangen - das habe ich auch schon gesagt -, dass das eine Anschuldigung ist, die wahrscheinlich nicht der Wahrheit entspricht oder die sich auflösen wird oder wie auch immer, und habe insofern gewünscht, dass es eben vorbeigeht. Wie übrigens wahrscheinlich im Januar 2019 viele andere in Deutschland. Ich glaube, da war ich nicht allein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, definitiv. - Andere Leute haben Vermerke im Kanzleramt geschrieben, wo drinstand: Besser kein Treffen mit der Kanzlerin, weil da gibt es gerade so Anschuldigungen.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ein halbes Jahr später, ne?

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus Termingründen!)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ah ja, stimmt. Das war aus Termingründen. Na ja, gut, okay. - Aber hätten Sie auch ein halbes Jahr später ihm nicht mehr alles Gute durch den Sturm gewünscht?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ein halbes Jahr später hätte ich das wahrscheinlich immer noch gewünscht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut.

Zeuge Jan-Ole Peters: Aber irgendwann dann sicher nicht mehr. Mein Kollege Fuhrmann hatte da einen besseren Riecher als ich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Jan-Ole Peters: Acht Monate später.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich gehöre nicht zu der Fraktion, die der Meinung ist, es hätten alle wissen können, müssen und - -

Aber ich habe noch eine andere Frage, die auch vorhin - - Vielleicht habe ich sie nicht mitbekommen. Sie sind Leihdiplomate, haben Sie so irgendwas in der Richtung - -

Zeuge Jan-Ole Peters: „Leiharbeiter“, sage ich immer.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Leiharbeiter. Was haben Sie davor im BMF gemacht?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich war im Team G20-Präsidentschaft.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Und davor waren Sie in Schleswig-Holstein bei der - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Wirtschaftsförderung des Landes Schleswig-Holstein, WTSH.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Also, das ist Ihr - - Das war Ihr - - Sie haben Sinologie und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Volkswirtschaft studiert. Sie waren bei der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein, G20-Präsidenschaft im BMF und dann Leiharbeiter in Peking.

Zeuge Jan-Ole Peters: Direkt nach dem Studium war ich für eine deutsche Beratungsfirma als Bankenberater bei chinesischen Banken aktiv.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Und wissen Sie schon, was Sie jetzt machen werden?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ab Januar werde ich im Referat I C 3 landen und werde dort mich vorrangig mit der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank beschäftigen und mit dem Thema Schulden und Pariser Club.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ah ja. - Meine Zeit ist schon rum. Das machen wir in der nächsten Runde. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Danke, Dr. Zimmermann. - Dann geht das Wort jetzt an den Kollegen De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Moin, Herr Peters! Wir kennen uns ja noch von einer Delegationsreise aus dem Finanzausschuss des Bundestages. Ich habe noch mal eine Frage zu der Einordnung dieses deutsch-chinesischen Finanzdialogs. Wie viel weitere Erfolge würden Ihnen denn so einfachen im Rahmen dieses Finanzdialogs, die jetzt eine größere Rolle gespielt haben, auch, ich sage mal, in der Kommunikation zum Beispiel mit dem Finanzministerium?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich würde sagen: In der Zeit nach dem Finanzdialog bis jetzt gab es vier große Lizenzen an deutsche Finanzdienstleister.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Jan-Ole Peters: Die waren alle sehr große Sachen, für die jeweiligen Unternehmen große Sachen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich frage das auch deswegen, weil - wir machen das gleich noch mal im Wege des Aktenvorhalts - es ja auch

regelmäßige Berichte gibt über den Finanzdialog. Und ich habe da meistens nicht mehr als ein oder zwei weitere Punkte neben dem Punkt Wirecard gesehen. Deswegen fand ich die Aussage bemerkenswert, dass das jetzt, sage ich mal, ein relativ unaufgeregter Punkt gewesen sein wird, Wirecard.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ist das eine Frage? Soll ich - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na, ich wollte Ihnen einfach die Motivation meiner Frage noch mal erläutern. Wir machen das gleich noch mal mit dem Aktenvorhalt.

Ich stelle Ihnen diese Frage, weil wir die nach gewissen Erfahrungen hier im Ausschuss stellen müssen, also nicht persönlich nehmen: Haben Sie jemals Aktien oder Ähnliches von Wirecard besessen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja. Ich besitze Aktien von Wirecard, die nichts wert sind. Ich habe sie aber gekauft, als sie noch was wert waren.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Wann haben Sie denn diese Aktien gekauft?

Zeuge Jan-Ole Peters: Am 19.06., an dem Tag, an dem die auf 20 Euro gefallen waren. Am nächsten Tag waren sie dann nichts mehr wert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): 19.06. Können Sie das Jahr dazusagen?

Zeuge Jan-Ole Peters: 2020.

Fabio De Masi (DIE LINKE): 2020.

Zeuge Jan-Ole Peters: Damals hatte ich mit Wirecard schon nichts mehr zu tun. Und das ganze Thema war sozusagen vorbei.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Zu dem Zeitpunkt, wo Sie hier bei der Botschaft tätig waren, haben Sie also nie Aktien von Wirecard besessen, wo Sie tätig waren im Zusammenhang mit Wirecard?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: Das ist richtig. Da habe ich streng drauf geachtet.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Waren Sie denn bei der Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein jemals mit dem Thema Onlineglücksspiel und Lizenzen befasst?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich habe hier ein Dokument. Das trägt die MAT-Nummer MAT A AA-3.08b, Blatt 105. Ich gebe Ihnen das gerne auch noch mal gleich. Würde aber darum bitten, dass auch die Zeit entsprechend angehalten wird. Da steht - - Eine E-Mail, die Sie schreiben an einen Jochen Robert. Können Sie mir sagen, wo der arbeitet, der Jochen Robert?

Zeuge Jan-Ole Peters: Jochen Robert Elsen arbeitet bei der BaFin.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Lieber Robert,

- und dann nehmen Sie Bezug auf diese Tabelle, die wir hier schon thematisiert hatten -

ich habe nichts dagegen aber die Tabelle ist ja auch nicht von mir.

Ich hatte jetzt eben Sie so verstanden, dass die Tabelle von Ihnen sei. Können Sie diesen Widerspruch noch mal auflösen?

Zeuge Jan-Ole Peters: So, ohne es zu sehen, nicht. Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Dann könnten wir die Zeit kurz anhalten, und dann machen wir kurz - -

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen -
Abg. Fabio De Masi (DIE
LINKE) begibt sich zum
Platz des Zeugen und
spricht mit ihm)

Zeuge Jan-Ole Peters: Und das ist die Tabelle, auf die sich das bezieht?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist meine Vermutung ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß es nämlich nicht. Das ist eine andere Tabelle.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich gerne fortsetzen mit einem anderen Dokument, und zwar ist das MAT A AA-3.08c, Blatt 5. Da beantworten Sie die Anfrage eines Kollegen von mir, Stefan Liebich, wo es um Kommunikation mit Spitzberg geht. Und ich zitiere erneut - da ist eine E-Mail von Ihnen -:

Dear Mr. Ley, dear ...,

- und dann erfolgt eine Schwärzung -

we received a phone call by PBoC informing us that they are still waiting for an announcement by allscore that they have been taken over and I guess an application to transfer their licenses. Also they suggested it would be advisable that this does not come from wirecard as this would mean an additional ministry would have to be involved.

Ich habe im Zusammenhang mit dieser E-Mail zwei Fragen: Erstens. Was war damit gemeint, dass das nicht von Wirecard kommen sollte? Und zweitens. Im Zusammenhang mit dieser Schwärzung erwähnen Sie bei der Abfrage, dass man das ja eigentlich, weil Herr Ley nicht für Spitzberg tätig sei - - die Anrede von Herrn Ley eigentlich keine Rolle spielen müsse. Was war denn damit gemeint, mit der Anrede von Herrn Ley? Also, waren Sie mit ihm per Du zum Beispiel?

Zeuge Jan-Ole Peters: Die erste Frage war noch mal?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Die erste Frage war, was gemeint war mit der Formulierung:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also they suggested it would be advisable that this does not come from wirecard as this would mean an additional ministry would have to be involved.

Zeuge Jan-Ole Peters: Die Anfrage kam - - Nee, andersrum: In der Botschaft waren wir uns einig, nach den Recherchen von Herrn Fuhrmann, dass wir das Ganze nur noch auf kleiner Flamme weiterkochen. Dann hat Herr Fuhrmann eine Sachstandsabfrage bei der PBoC gemacht, ganz einfach: Wie ist denn der Fortgang? - Daraufhin kam die Antwort, die Sie dort vorgelesen haben, mit der Bitte, dass wir das weitergeben. Das habe ich dann getan. Weil ich natürlich nie mit AllScore in Kontakt war, habe ich das an Wirecard weitergegeben in Absprache mit Herrn Fuhrmann und eben die - wie heißt das denn? - Vorschläge der PBoC dort untergebracht, das sicher, weil die Lizenzbeantragung oder -übergabe eben vom chinesischen Unternehmen hätte kommen müssen. Das hat die PBoC so uns geschrieben. Das habe ich nicht weiter hinterfragt.

Bei der Anrede von Herrn Ley weiß ich gerade nicht, auf was sich genau die Anfrage von Ihrem Fraktionskollegen bezog. Ich glaube, das war die Anfrage, die explizit nur um Spitzberg ging, und deswegen die Frage, ob wir „Ley“ schwärzen, weil er nicht bei Spitzberg arbeitet.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kollege De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Bei den anderen kommt mir die Zeit immer so lang vor, bei mir selbst so kurz.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist immer so. Aber wir haben ordentlich gestoppt und alles. Aber es gibt noch eine Runde, glaube ich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte schön, Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, guten Abend, Herr Peters auch! Schön, Sie wiederzusehen. Wir hatten uns auch damals in

Peking kennengelernt. - Ich möchte noch mal anfangen mit der Frage, ob es eigentlich üblich ist, dass Botschaften sich so eng mit Beratungsagenturen wie Spitzberg austauschen, und ob es auch irgendwie eine Rolle gespielt hat oder dass die Tatsache, dass ein ehemaliger Bundesminister diese Beratungsagentur führt, einen Unterschied in der Frage gemacht hat: Wie geht man mit dieser Beratungsagentur um?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich würde die Frage so beantworten, wie ich es eben auch beim Abgeordneten Zimmermann gemacht habe: Mit Spitzberg hatte ich so gut wie gar keinen Kontakt. Herr Gartzke war beim Erstkontakt dabei. Dann habe ich diese eine Mail an Herrn Ley und Frau Jiang geschrieben. Ich habe noch einmal Frau Jiang getroffen. Über drei Jahre hinweg würde ich das nicht als besonders eng bezeichnen.

Aber wenn es darum geht, ob sich auch andere Botschaften so eng mit deutschen Finanzdienstleistern abstimmen, dann, würde ich sagen, ist China da eine Ausnahmesituation, weil der chinesische Finanzmarkt, wie Sie auch von Ihrer Reise und den Gesprächen mit den deutschen Finanzdienstleistern wahrscheinlich noch in Erinnerung haben, extrem abgeschottet ist, extrem reguliert ist und diese deutschen Finanzdienstleister ohne eine wie auch immer geartete politische Induzierung* dort vor Ort einfach keine wirtschaftliche Chance haben. Insofern ist das eine besondere Situation in China, dass wir dort unterstützend tätig werden müssen, wenn die überhaupt Erfolg haben wollen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten Herrn Fuhrmann auch schon erwähnt. Er ist ja Bundesbanker von Haus aus. Haben Sie oder Herr Fuhrmann sozusagen auch den Weg der Bundesbank genutzt, um mit der PBoC in irgendeiner Form zu interagieren oder da Kontakte herzustellen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ist mir nicht bekannt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagten, Herr Fuhrmann hat den besseren Riecher. Können Sie das noch mal ein bisschen ausführen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: Herr Fuhrmann hat neun Monate später sehr klar gesagt, was da in der Presse stand und dass wir uns zurückhalten sollen. Das habe ich im Januar noch nicht getan. Da hatte er einen besseren Riecher gehabt als ich, allerdings auch später.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das verstehe ich. - Und wie würden Sie - - War das ein Bauchgefühl? Hatte er sich einfach intensiver mit „FT“ und Co auseinandergesetzt, oder wo kam dieser bessere Riecher her?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das weiß ich nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagten, Ihr Hauptansprechpartner bei Wirecard war Herr Ley.

Zeuge Jan-Ole Peters: Mhm.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten gesagt, auch die „FT“-Berichterstattung war da ein Thema. Hat er irgendwie den Befreiungsschlag oder so angekündigt? Hat er einfach nur gesagt: „Das ist Fake News“ oder „Wir sind kurz davor, das alles aufzuklären“? Können Sie das vielleicht noch mal ein bisschen präzisieren?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nee. Ich hatte eben gesagt, dass wir da konkret über diese Vorwürfe nie gesprochen haben. Insofern - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte Sie so verstanden, dass die „FT“-Berichterstattung oder die Vorwürfe - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Dann haben Sie mich falsch verstanden. Also, ich habe gesagt - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben überhaupt keine Rolle gespielt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Konkret mit Wirecard-Mitarbeitern habe ich über diese Vorwürfe nie gesprochen. Ich habe ihnen eine E-Mail geschrieben, in denen ich ihnen sozusagen gewünscht habe, dass sie gut durch den Sturm kommen mögen. Aber darüber hinaus haben wir da nicht im

Detail über die Vorwürfe gesprochen oder ob die haltlos sind oder nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War im Gespräch mit Herrn Ley oder auch anderen Wirecard-Leuten - aber ich nehme an, Herr Ley, weil, wie gesagt, Ihr Hauptansprechpartner - - War die BaFin irgendein Thema? War Herr Hufeld irgendwie ein Thema?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch das Leerverkaufsverbot nicht?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War die Deutsche Bank jemals ein Thema vonseiten von Herrn Ley? Es gab ja die Diskussion „Project Panther“, zumindest später in der Presse zu vernehmen, dass Wirecard Pläne hatte, die Deutsche Bank zu übernehmen. Das war ja ein Zeitpunkt, wo es auch in Deutschland Diskussionen gab, übrigens auch politisch flankiert, Commerzbank/Deutsche Bank. Hat das Herrn Ley irgendwie interessiert?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich nicht dran erinnern oder definitiv nein.

Dann gebe ich noch die restlichen zwei Minuten - da geht noch ein bisschen was - meiner Kollegin Gelegenheit.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Hallo! Mal schauen. Ich wollte noch mal fragen: Wir hatten jetzt von Ihnen gesprochen und von Herrn Fuhrmann. Es ist ja auch in der ganzen Geschichte sozusagen die Rolle von Herrn Goetze, der Botschafter selber. Jetzt sind ja Botschafter sehr unterschiedlich. Ich glaube, es gibt wenige mit wirtschaftswissenschaftlichem Hintergrund. Also, die nehmen ja ihre Ämter auch unterschiedlich wahr. Jetzt habe ich immer wahrgenommen: Also, er war grundsätzlich eher skeptisch. Gilt das grundsätzlich sozusagen - - Also,



Nur zur dienstlichen Verwendung

können Sie mal schildern den Alltag in Bezug auf Unterstützung von deutschen Unternehmen in China? Wir haben von Herrn zu Guttenberg gelernt, dass ab einer gewissen Größenordnung kein einziges Unternehmen in China einen Fuß auf den Boden bekommt ohne politische Unterstützung und -

Zeuge Jan-Ole Peters: Das würde Herr von Goetze sicherlich genauso sehen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und deswegen ist ja die Frage: Gibt es dann aber entsprechende Kriterien und Standards, und welche Stufen sozusagen der Unterstützung gibt es denn da? Können Sie dazu was sagen? Also, erstens. Ab welcher Größe sozusagen setzen Sie sich ein? Wenn Sie sich einsetzen, gibt es da vorher eine Art Due Diligence - kommt jetzt aus einem anderen Bereich, der Begriff -, aber eine gewisse Überprüfung? Gibt es Kriterien, für was Sie sich bei Unternehmen nicht einsetzen und wo Sie Unternehmen unterstützen? Gibt es da irgendeine Art von Leitfaden oder Kriterien in der Zusammenarbeit und Unterstützung von deutschen Unternehmen in China?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich bin ja Finanzreferent in Peking. Und die deutschen Finanzdienstleister in China sind durchweg große Aktienkonzerne. Insofern stellt sich da die Frage für mich so eigentlich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die wurden grundsätzlich unterstützt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Auf jeden Fall fällt es mir schwer, da eine Unterscheidung zu treffen. Also, Wirecard in dem Fall, wenn wir darüber reden, war zwei Monate, bevor sie uns das erste Mal kontaktiert haben, in den DAX aufgestiegen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann ist die Zeit um. - Und ich schaue zur CDU/CSU. Matthias Hauer, bitte schön.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Peters, Sie hatten uns ja gerade gesagt, dass Sie Aktien von Wirecard halten, und hatten gesagt, dass Sie die

am 19.06.2020 gekauft haben und dass die damals 20 Euro wert waren. Aber Sie haben uns jetzt noch nicht verraten, in welchem Umfang. Es ist ja schon ein Unterschied, ob man jetzt eine Aktie hat oder ganz viele.

Zeuge Jan-Ole Peters: 100.

Matthias Hauer (CDU/CSU): 100. Okay. - Und haben Sie mal darüber nachgedacht, die zu verkaufen,

(Heiterkeit)

oder erwarten Sie noch einen Anstieg?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich glaube, es macht keinen Unterschied.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich widerstehe, jetzt da eine Einschätzung zu abzugeben.

Ich möchte noch mal zurückkommen auf den 14. November 2019. Da fand ein Gespräch statt, ein Telefonat zwischen Herrn Dr. Gartzke, dem Botschafter und Ihrem Kollegen Herrn Fuhrmann. Sie waren also nicht beteiligt. Und da hat Herr Dr. Gartzke die Bitte geäußert - - um eine aggressive politische Flankierung gebeten. Und da wollte ich Sie fragen, ob das so üblich ist, so eine Formulierung, was damit wohl gemeint war und ob das in der Botschaft diskutiert wurde, wie man damit umgeht.

Zeuge Jan-Ole Peters: Damit war wohl gemeint: Herr Gartzke hatte vorgeschlagen, ob nicht Herr zu Guttenberg mit dem Botschafter zur PBoC gehen könne. Der Botschafter hat das klar abgelehnt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und warum?

Zeuge Jan-Ole Peters: Weil Herr Fuhrmann vorher geschrieben hatte, dass die KPMG eine Sonderprüfung aufgrund eines Bilanzfälschungsvorwurfs - - aktiv wird und der Botschafter eben diese auch gelesen hatte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): War das diese Mail vom 22. November 2019, wo es um - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: Welche meinen Sie genau?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Zitat: „... unerhörter Vorgang zu werten ...“. Meinen Sie diese Mail?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß nicht genau, welche Mail Sie gerade meinen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich frage ja Sie, welche Mail Sie meinen. Sie haben ja gerade gesagt, der Herr Fuhrmann habe geschrieben, und deshalb sei der Herr Botschafter - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Die Mail in Vorbereitung auf den Besuch. Also kann sie nicht am 22. gewesen sein. Das muss am 13.11. gewesen sein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben völlig recht, dass das nicht sein kann. Deshalb frage ich nach, welche Mail Sie meinen.

Zeuge Jan-Ole Peters: Am 13.11. gab es eine Mail von Herrn Fuhrmann an den Botschafter als Vorbereitung auf das Telefonat. Darin hat er zur Vorsicht geraten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wurde das weitere Vorgehen dann in der Botschaft mit Ihnen auch diskutiert?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich war zu dem Zeitpunkt, als das diskutiert wurde, nicht dort. Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Im Anschluss an das Gespräch schrieb der Herr Fuhrmann ja verschiedene E-Mails an den Herrn Botschafter. Einen haben wir gerade schon auch gehört. Ich möchte aber noch mal auf diese zurückkommen vom 22. November. Darin heißt es unter anderem, die Vorwürfe gegen Wirecard seien als unerhörter Vorgang zu werten, zumal es sich um ein DAX-Unternehmen handle. Entweder sei das Unternehmen in den letzten Jahren zu schnell gewachsen und konnte die Anforderungen an die Compliance nicht schnell genug anpassen, oder das Unternehmen hat tatsächlich etwas zu verheimlichen. Das ist ja schon ein starker Tobak, was da so formuliert wird, dass man einem DAX-Konzern unterstellt oder in Erwägung zieht, dass

die was verheimlichen können. Stimmen Sie mir da zu? Das ist ja jetzt eher ungewöhnlich, ne?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, wie ich das einschätzen soll. Also, das ist ja eine interne Bewertung in dem Fall.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Aber ich frage Sie ja jetzt nach Ihrer Bewertung. Sie finden das also ganz normal, dass im Raum steht, dass da ein DAX-Konzern tatsächlich was verheimlicht hat, was dann Herr Fuhrmann als „unerhörter Vorgang“ formuliert?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß nicht, ob es in DAX-Konzernen üblich ist, dass sozusagen Sonderprüfungen wegen des Vorwurfs einer Bilanzfälschung angeregt werden. Das halte ich schon für einen außergewöhnlichen Vorgang, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie sich im Nachgang zu dieser Mail mal mit Ihren Kolleginnen im BMF ausgetauscht dazu?

Zeuge Jan-Ole Peters: Daran erinnere ich mich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie sich überhaupt an das weitere Vorgehen erinnern, nach dieser Mail? Wurde diese Mail auch noch mal diskutiert, oder waren Sie da auch nicht da?

Zeuge Jan-Ole Peters: Die Mail wurde nicht noch mal diskutiert. Ich wurde am 22. - - nein, falsch. - Ich habe es hier gerade nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die Mail?

Zeuge Jan-Ole Peters: Am 19.11. wurde ich noch mal von Herrn Ley kontaktiert, der mich da informierte, dass der Kauf von AllScore erfolgreich war. Das habe ich ans BMF weitergegeben. Das war zu dem Zeitpunkt allerdings auch schon pressebekannt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da haben Sie aber nur über diesen erfolgreichen Markteintritt berichtet, -

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): - jetzt nicht über die Vorwürfe und was da sonst so mit Herrn Fuhrmann ausgetauscht wurde?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nicht dass ich mich erinnern würde, nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann würde mich noch mal interessieren, diese Mail, über die wir vorhin gesprochen haben, vom 8. Juli 2019, weil mich das noch nicht so richtig loslässt. Wenn in einer ganz kurzen E-Mail, die aus drei Worten, danach einer Aufzählung mit vier Punkten und danach einem Satz, wenn man das Satz nennen darf - „Alles sehr unbequeme Themen“ - besteht, und das, was direkt davor, als letzter Punkt direkt vor dieser Bewertung „Alles sehr unbequeme Themen“ steht, das ist dieses „Payment Lizenzen für Wirecard“, dann kann ich mir irgendwie nicht vorstellen, dass Sie damit wirklich sagen wollen: Also, das war alles so kompliziert und alles so unbequem, nur das Letzte, das war eigentlich gar kein Problem. - Habe ich Sie da richtig verstanden, dass die ersten drei Punkte so problematisch waren, und der letzte Punkt war ganz easy, obwohl direkt danach steht: „alles“? Also, „alles“ lässt ja jetzt keinen Spielraum. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Jan-Ole Peters: Wir haben sicherlich das Thema noch mal angesprochen, um es den chinesischen Behörden im Kopf zu halten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also war es doch nicht so easy.

Zeuge Jan-Ole Peters: Aber die anderen Themen waren sicherlich unbequemer; denn Wirecard hat uns immer berichtet, dass es für sie gut vorangeht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber wenn es doch so gut vorangeht, wieso haben Sie es dann noch mal angesprochen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Weil unserer Erfahrung nach, speziell meiner Erfahrung nach, sobald man diese Themen einmal bei einer bilateralen Zusammenkunft nicht anspricht, sie schnell in

Vergessenheit geraten und sozusagen dieser Erwähnungsdruck, nenne ich es mal, aufrechterhalten werden sollte. Auch wenn es gut vorangeht, auch wenn uns die chinesischen Behörden und die deutschen - - die Finanzdienstleister sagen: „Es geht gut voran“, hilft es immer, es doch trotzdem noch mal zu erwähnen. Und in dem Zusammenhang war es natürlich insofern unbequem, dass die Lizenz eben noch nicht da war. Also, so kann man das auch verstehen. Aber das heißt nicht - - Es gab keinen besonderen Handlungsdruck für uns. Es wurde uns immer von Wirecard gesagt: Es geht gut voran.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, ich schätze jetzt die Begrifflichkeit „Alles sehr unbequeme Themen“ anders ein als Sie. Aber ich habe jetzt zumindest verstanden, wie Sie es darstellen.

Letzter Punkt von mir. Wenn sich auf der Leitungsebene eines Ministeriums bzw. ein Staatssekretär an sein Pendant im Ausland wendet, wie wird dann die deutsche Botschaft in einem solchen Fall in der Regel über so eine Kontaktaufnahme in Kenntnis gesetzt? Wie werden Sie da eingebunden als Botschaft?

Zeuge Jan-Ole Peters: In der Regel wäre es so, dass man über uns den Kontakt sucht. Manchmal kennen sich aber die Pendants so gut, dass sie sich persönlich direkt schreiben. Dann erfahren wir manchmal auch nichts davon.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Auch nicht im Nachhinein dann?

Zeuge Jan-Ole Peters: Manchmal auch nicht im Nachhinein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kommt das auch schon mal vor, dass Unternehmen eine Hilfestellung, nenne ich es jetzt mal, einreichen mit der Bitte, das könnte man ja so dem Ansprechpartner auf chinesischer Seite mitteilen, also quasi so einen vorformulierten Text?

Zeuge Jan-Ole Peters: Beim Staatssekretär oder bei mir?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Bei einem Staatssekretär zum Beispiel.

Zeuge Jan-Ole Peters: Das kann ich nicht beurteilen. Das weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und bei Ihnen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Die Versuche gibt es sicherlich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und da widerstehen Sie jedes Mal vollständig, oder übernehmen Sie auch schon mal einen guten Absatz, der Ihnen passt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Mein Job ist es ja, mich für die deutschen Finanzdienstleister dort einzusetzen und für deren Marktzugang. Insofern brauche ich unbedingt deren fachliche Expertise. Ich decke in China alle Themen ab, die das BMF in Deutschland abdeckt. Das heißt, Haushalt, Steuern - ich kann gar nicht so weit denken -, einige Zollthemen, die nicht der Zollreferent macht, Finanzmarktregulierung, den chinesischen Länderfinanzausgleich, den bis heute noch niemand verstanden hat. Und insofern: Beim Thema Finanzmarktregulierung geht es so schnell so sehr in die Details, dass ich natürlich - - Einige der konkreten Themen muss ich mir von denen erklären lassen, auch schriftlich. Dann formuliere ich die nicht immer ganz anders um. Das ergibt auch nicht immer Sinn, weil es dann ja auch falsch wird.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber dass jetzt so ein ganzes Schreiben -

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - weitgehend übernommen wird, wäre unüblich und kommt eher nicht vor?

Zeuge Jan-Ole Peters: Wüsste ich nicht, dass ich das je getan hätte. Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde Ihnen gern mal einen stillen Vorhalt machen und würde da einmal bitten, die Uhr zu stoppen, weil

das jetzt einen Moment dauern könnte. Es geht um eine E-Mail aus VS-Vertraulich. Für die Dokumentation hier: Das ist Tagebuchnummer 38/20. Das ist MAT A BMF-25.03, und das ist dort die Seite 75. Da würde ich Ihnen diese E-Mail gerne mal vorlegen, würde Sie bitten, die einmal in Ruhe durchzulesen. Das kann jetzt auch einen Moment dauern. Das ist eine ganze Seite. Und dann würde mich interessieren, ob das so ein üblicher Vorgang ist. Ich bitte Sie allerdings, nicht daraus zu zitieren. Sie können sich auch noch mal mit Ihrem Anwalt sonst vielleicht beraten, was Sie dazu antworten dürfen und was nicht.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Jan-Ole Peters: Die linke Seite?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die linke Seite.

(Der Zeuge und sein
Rechtsbeistand nehmen
Einblick - Der Zeuge berät
sich mit seinem Rechts-
beistand)

RA Dr. Gerhard Michael: Darf ich kurz den Hintergrund unserer Beratung erläutern? - Es geht hier um die Grenzen der Aussagegenehmigung, ob hier staatshohe Belange berührt sind und ob das sich inhaltlich auf die geheim zu haltenden hier klassifizierten Dokumente bezieht. Daher: Wenn Sie vielleicht die Frage formulieren und uns dann Gelegenheit geben, abzustimmen, ob die Antwort im öffentlichen Teil zulässig ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, die Frage war erst mal allgemein formuliert, ob so eine Mail üblich ist, dann konkreter, ob Sie persönlich diese Mail kennen, wie normalerweise so ein Vorgang eingeleitet, begleitet, nachbereitet wird, ob Sie als Botschaft davon Kenntnis erlangen, ob das Ihr Wunsch als Botschaft wäre, von solchen Mails Kenntnis zu erlangen. Das wären so erst mal die Fragen.

(Der Zeuge und sein
Rechtsbeistand blicken zu
RD Robert Fritz (BMF))



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Robert Fritz (BMF): Also, wenn das so ganz abstrakt bleibt - und der Einstufungsgrund ist der Schutz der deutsch-chinesischen Beziehungen -, denke ich, können Sie darauf antworten, wenn Sie darauf antworten können. Und wenn es nicht - - Also, eine Bewertungsfrage ist eigentlich keine zulässige Frage, ne?

RA Dr. Gerhard Michael: Herr Hauer, ich würde vielleicht darauf hinweisen: Wenn ich es bisher verstanden habe, zielt Ihre Frage eher auf eine Bewertung ab als auf eine Tatsachenaussage. Ich glaube - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, ob Herr Peters das kennt, diese E-Mail, ist, glaube ich, keine Bewertungsfrage.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich kenne die Mail nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie das begleitet wurde, vorbereitet wurde, nachbereitet wurde, ist sicherlich auch keine Bewertungsfrage. Da sind wir uns einig, oder? - Gut.

(RA Dr. Gerhard Michael:
Wenn die Frage so gefasst
ist!)

- Ja, es war nicht nur eine Frage; das waren ganz viele Fragen. Aber wir arbeiten uns vielleicht so nach und nach durch. Dann kommen wir vielleicht einer Beantwortung näher.

Also, Sie kennen sie nicht, habe ich festgestellt.

(Der Zeuge nickt)

Ist Ihnen jetzt auch nicht in Vorbereitung irgendwie -

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - zur Kenntnis gelangt.

Zeuge Jan-Ole Peters: Insofern habe ich sie auch weder vor- noch nachbereitet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau. - Auch die inhaltlich dort angesprochenen Themen, also eine Vorbereitung dieser Mail, ohne jetzt vielleicht konkret an der Mail mitgewirkt zu haben, sind Ihnen nicht bekannt.

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Und jetzt kommt meine Einschätzungsfrage - die dürfen Sie dann rügen -: Würde es nicht Sinn machen, dass eine Botschaft über so eine Mail Kenntnis erlangt?

RA Dr. Gerhard Michael: Ich glaube, wir brauchen jetzt nicht stille Post zu spielen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja. In dem Fall können Sie sich beraten.

RA Dr. Gerhard Michael: Ja, danke schön, Herr Vorsitzender. - Ich glaube, das ist eine reine Bewertung. Und ich würde das hier im Rahmen dieser Zeugenaussage nicht für geboten halten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Ich kann ja meine Schlüsse daraus ziehen und übergebe jetzt an den Kollegen Güntzler. Und die Akte wird wieder abgeholt. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Dann Herr Güntzler.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich versuche das Ganze mal für mich so ein bisschen einzuordnen. Wir haben ja jetzt viele Mails gehört und den Schriftverkehr. Wenn ich das jetzt für mich so richtig zusammenfasse, war das Entscheidende der Finanzdialog am 18. Januar 2019 für die Firma Wirecard.

Zeuge Jan-Ole Peters: Das wurde mir so immer kommuniziert.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also, durch dieses Anbahnungsgespräch, nenne ich das mal, bis hin zu diesem Finanzdialog, das war, wo eine politische Einflussnahme gewünscht war. Ich habe Sie so verstanden, dass ab einem gewissen Zeitpunkt



Nur zur dienstlichen Verwendung

keine politische Einflussnahme erst mal stattgefunden hat; wollen wir so sagen. Aber bis zu dem Zeitpunkt war es durchaus gewünscht von der Firma Wirecard.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja. Diese hochrangigen - deswegen heißt es ja auch hochrangig - Vereinbarungen werden von den - - werden auf chinesischer Seite häufig eben dann - - Also, wir nutzen die dann auch oder können die nutzen, um eben dann zu sagen: Hier, guck mal, das hat aber euer - wer auch immer - Liu Kun gut gefunden. Und insofern solltet ihr diese Sachen jetzt auch umsetzen für unser Unternehmen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie aber an der Vorbereitung dieses Finanzdialoges jetzt inhaltlich nicht mitgewirkt haben, sondern organisatorisch, aber jetzt nicht, was die inhaltliche Vorbereitung angeht?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nee, da haben Sie mich nicht richtig verstanden.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. Dann gebe ich Ihnen - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Die Inhalte habe ich über ein Jahr lang zusammengetragen von den deutschen Finanzdienstleistern, was deren Anliegen sind. Ich habe das weitergegeben. Und ab dann - - Die konkrete Ausverhandlung dieses Statements, daran war ich dann nicht mehr beteiligt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Und im Rahmen dieser Vorbereitung, als Sie das zusammengetragen haben von den deutschen Finanzdienstleistern, wo ja die Wirecard AG dann dazugehört hat, haben Sie nicht beim BMF zurückgefragt aufgrund der Dinge, die veröffentlicht wurden über die Wirecard, ob das einen Einfluss haben könnte für die Vorbereitung? Also, die „Financial Times“ hat ja 2015 begonnen, über die Wirecard AG zu berichten. Und Sie hatten vorhin ausgeführt, dass Sie Kenntnis davon hatten, ohne das jetzt einzeln in der Tiefe gelesen zu haben, aber - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Die Artikel aus 2015 kannte ich nicht. Ich kannte die im Januar, nach dem Finanzdialog.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also, vorher hatten Sie keine Kenntnisse -

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): - von irgendwelchen Vorwürfen und so, -

Zeuge Jan-Ole Peters: Überhaupt nicht.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): - sodass Sie auch keinen Anlass hatten, beim BMF nachzufragen. Aber Sie hatten auch keine Hinweise aus dem BMF bekommen, dass es bezüglich Wirecard unter Umständen Probleme geben könnte, gewisse Vorwürfe im Raum stehen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein. Daran erinnere ich mich nicht.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Sie haben dann ausgeführt, dass nach dem Finanzdialog es keine weitere politische Einflussnahme gab. Und Sie haben auch gesagt, Wirecard - - Sie haben das mit den Worten formuliert: Es geht gut voran. - Jetzt habe ich noch nicht so ganz verstanden - - Kollege Hauer hat ja vorgetragen - - Sie haben ja bezüglich des Telefonates am 14.11.2019, das Herr Gartzke von Spitzberg mit dem Botschafter und Herrn Fuhrmann geführt hat - - dass hier eine - Zitat - aggressive politische Flankierung notwendig wäre. Das ist doch ein gewisser Widerspruch zu dem Thema: Es geht voran.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja, das ist richtig.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wie löst sich der auf?

Zeuge Jan-Ole Peters: Kann ich nur spekulieren. Kann ich aber gern versuchen. Mein Eindruck war: Es ging um den Kauf von - nachträglich haben wir erfahren - AllScore. Aber die Übertragung der Lizenzen, dass eben dann ein nicht chinesisches Unternehmen diese Lizenzen nutzen darf, das war damit noch nicht automatisch verknüpft. Und da fehlte wahrscheinlich der letzte



Nur zur dienstlichen Verwendung

Push. Das ist meine Interpretation der Dinge. Das weiß ich aber nicht.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das BMF war ja da drüber informiert, dass Sie auch nach dem Finanzdialog im Kontakt mit der Wirecard AG stehen. Gab es denn danach irgendwelche Hinweise mal: „Achtung! Da ist ein bisschen aufzupassen. Da gibt es Berichterstattung. Da könnte es Probleme geben bei der Wirecard AG“, dass man Sie sozusagen sensibilisiert hat dafür, was da sein könnte? Haben Sie aus Berlin da irgendwas erhalten?

Zeuge Jan-Ole Peters: Keine, an die ich mich erinnere. Nein.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Ich hätte dann - - Sie haben ja in einer Mail vom 7. August an Herrn Schaich so eine Timeline gemacht zu der Wirecard-Geschichte. Und da ist das sehr schön alles aufgelistet. Und es war ja schon der Besuch des Finanzausschusses hier Thema. Ich sollte erst mitfahren, war dann leider nicht dabei. Und hier steht drin: Einladung an Herrn Ley zur Teilnahme an einem Abendessen mit Vertretern des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages. - Hat Herr Ley diese Einladung angenommen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Herr Ley war zu der Zeit im Urlaub und konnte deswegen nicht teilnehmen. Er hätte ja aus Deutschland - so wie Sie auch - anreisen müssen. Die dort vor Ort vertretenen Unternehmen waren in großer Zahl anwesend.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Was hat Sie motiviert, gerade Herrn Ley zu so einem Abendessen einzuladen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich habe versucht, alle deutschen Finanzdienstleister, -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ach so.

Zeuge Jan-Ole Peters: - die vor Ort aktiv werden oder sind oder sein wollen, dem Finanzausschuss als Gesprächspartner zur Verfügung zu stellen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - An dem Abendessen haben dann - wie gesagt, ich war nicht dabei - mehrere Finanzdienstleister teilgenommen, aber die Wirecard AG dann nicht, weil Herr Ley nicht konnte, und jemand anders war nicht dabei.

(Der Zeuge nickt)

Und das Thema Wirecard war an dem Abend auch mal irgendwie ein Thema. Haben Sie da eine Erinnerung dran? Weil wir jetzt ja - - So viele Leute wissen ja alles über Wirecard.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich erinnere mich nicht. Ich weiß nicht, ob sich die anderen anwesenden Abgeordneten erinnern. Aber ich erinnere mich nicht, dass wir konkret über Wirecard geredet haben.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. Gut. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann habe ich noch ein paar Fragen. - Sie sagten vorhin: Herr Fuhrmann, der hat dann schon irgendwo die Zeichen der Zeit aufgrund der KPMG-Sonderprüfung richtig gewertet. - Das sehe ich in der Nachbetrachtung auch so. Gab es da einen Austausch dann auch mit, ich nenne es mal, Mailkontakt nach Deutschland hin - ob nun ins Auswärtige, ob nun ins BMF -, dass man jetzt zunächst mal in Peking in der Botschaft, was die Bemühungen der Wirecard AG angeht, ich sage mal, ein Stoppzeichen gesetzt hat? Gab es da ein gegenseitiges Informieren?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein. Ich wüsste nicht. Nein. Eher nicht. Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Aber Sie würden sagen oder nicht nur „würden sagen“, sondern das ist ja so - - Sie haben gesagt: Ab November 2019 war im Prinzip der Vorgang aufgrund der Wertung durch den Kollegen Fuhrmann auf Eis gelegt, um es so neutral zu kommunizieren, um zu warten: Was kommt da denn jetzt eventuell raus bei KPMG?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja, das ist eine hypothetische Frage; denn es gab ja auch vorher nie Unterstützungsbitten an uns. Insofern sind wir vorher nie aktiv geworden und danach auch nicht mehr. Wie gesagt: Die Bewertung - das hatte ich eben so formuliert - hat sich geändert. Die Aktivitäten haben sich nicht verändert.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeuge Jan-Ole Peters: Die waren vorher auch nicht da.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann würde ich noch mal in demselben Jahr fragen. Das war ja - - 2019 war ja viel los. Wir waren ja, glaube ich, im September bei Ihnen in Peking oder in China und auch in Hongkong. Vor uns war die Kanzlerin da. Welche Vorbereitungen wurden denn seitens der deutschen Botschaft im Hinblick auf den China-Besuch der Kanzlerin getroffen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Wir werden regelmäßig mit Sachstandsanfragen versorgt, die wir dann ausfüllen. Aber die konkreten Gesprächsinhalte werden nicht in der Botschaft Peking vorbereitet.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ist Ihnen bekannt, was Frau Dr. Merkel über Wirecard bei ihrer China-Reise gegenüber chinesischen Vertretern geäußert hat, oder ist da mal irgendein Satz gefallen? Hier in Berlin wurde das ja am 3. September sozusagen vorbereitet.

Zeuge Jan-Ole Peters: Mir ist nicht bekannt, was die Kanzlerin wem gesagt hat. Wie gesagt: Das Thema - - Der Name der Firma AllScore ist mir erst viel, viel später bekannt geworden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Im Nachgang zu dieser China-Reise meldete sich Professor Dr. Hendrik Röller, Leiter der Abteilung Wirtschaft und Finanzen, noch mal am 11. September 2019 via Mail bei Herrn von Goetze, deutscher Botschafter in Peking. In der E-Mail bedankte er sich für - ich zitiere - „die gute Zusammenarbeit im Rahmen des Besuchs der BKIn“. Nachzulesen ist das auf MAT A AA-3.08b, Blatt 141. Können

Sie uns berichten, was in dieser Mail - - oder was die Zusammenarbeit konkret ausgestaltet hat?

Zeuge Jan-Ole Peters: Kann ich die Mail sehen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann bitte ich, die vorzulegen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Ole Peters: Genau. - Aus der Mail geht hervor, welche Einzelfälle zu flankieren sind. Und aus dieser geschwärzten Mail geht eben hervor, dass Wirecard einer der Fälle ist, wo nichts zu veranlassen ist; denn der nächste Schritt ist hier: „AL4 trifft Wirecard und wird über Ansprache BK'in berichten.“ Also, insofern haben der Botschafter und ich das so bewertet, dass hier zu nächst nichts zu veranlassen ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - War Ihnen zumindest dann bekannt nach dieser Mail - oder Sie haben ja gesagt: dort wusste man, es war jetzt AllScore -, welche finanziellen Zahlungen AllScore hauptsächlich abwickelt, und können Sie uns die Bereiche nennen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Der Name AllScore, den habe ich das erste Mal erfahren, nachdem Wirecard AllScore gekauft hat. Habe ich eben auch so gesagt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gut. - Das hatten Sie beantwortet.

Zeuge Jan-Ole Peters: Die Begründung der Firma Wirecard war immer, dass sie Ad-hoc-Berichtspflichten haben und mir deswegen da keine Namen oder Firmennamen sagen dürfen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm. - Ist Ihnen noch mal bekannt, im Nachgang jetzt, bis zum Oktober, warum die People's Bank of China nichts kommuniziert hat auch in Richtung deutsche Botschaft, oder werten Sie das konkret - - Wir kamen ja auch in einer Zeit, da gab es Spannungen wegen Hongkong - da kann ich mich



Nur zur dienstlichen Verwendung

noch erinnern -, und Sie mussten auch viel improvisieren. Könnte es auch damit einen Zusammenhang gegeben haben, warum in dieser Zeit die Kommunikation etwas schlechter zur deutschen Botschaft vielleicht war?

Zeuge Jan-Ole Peters: In der Zeit, als Sie da waren, September/Oktober, war es gerade ein bisschen schwieriger. Das ist richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - In der gleichen Mail empfiehlt die PBoC - - Das hatte schon der Kollege De Masi gemacht. Ja, dann wäre ich jetzt - und ich bin ja auch fast mit der Zeit wieder am Ende - so weit durch. - Und die Kollegin Kiziltepe, bitte schön, für die SPD-Fraktion.

Cansel Kiziltepe (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Peters, ich habe mich schon letzte Sitzung gefragt, warum der APAS-Chef Bose am 28. April Aktien erworben hat. Das ist der Tag, an dem der KPMG-Sonderbericht veröffentlicht wurde. Die Presse schreibt darüber: Die ganze Welt weiß Bescheid, und Herr Bose kauft Aktien an diesem Tag. - Und Sie haben heute gesagt, dass Sie die Aktien am 19.06. gekauft haben. Das ist ja noch mal ein paar Wochen später, wo der Bericht auch noch mal richtig analysiert werden konnte, wo es zusätzliche Berichte gab. Was war der Anlass dafür, dass Sie am 19.06. Aktien gekauft haben?

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ein bisschen billiger!)

Zeuge Jan-Ole Peters: Was der Anlass war?

Cansel Kiziltepe (SPD): Also - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja, der Kurs war gerade stark gefallen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Was dachten Sie sich dabei?

Zeuge Jan-Ole Peters: Dass er wieder steigt.

Cansel Kiziltepe (SPD): An diesem Tag - - Soweit ich mich erinnern kann, ist Markus Braun an diesem Tag auch zurückgetreten.

Zeuge Jan-Ole Peters: Am Tag danach leider, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Am 20.?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja. Schlechtes Timing, teures Timing.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich habe Herrn Bose auch gefragt, warum er nach der Veröffentlichung des Sonderberichtes Aktien gekauft hat. Und er hat gesagt, er hat an dieses Unternehmen geglaubt.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich konnte mir nicht vorstellen, dass das alles so ist und zutrifft, weil außerhalb meines Vorstellungsvermögens.

Cansel Kiziltepe (SPD): Haben Sie auch an die Geschichten geglaubt, die Wirecard über Jahre offenbar allen weisgemacht hat, Shortseller-Attacken?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß über diese Geschichten, auf die Sie jetzt anspielen, nichts.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, doch, zum Beispiel der Bericht „Financial Times“ im Januar 2019, den kennen Sie ja.

Zeuge Jan-Ole Peters: Mhm.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und daraufhin wurde ja auch Dan McCrum angezeigt. Und bis vor Kurzem lief ja das Verfahren noch, sagen wir mal. Und das waren ja alles Geschichten, die Wirecard allen weisgemacht hat und die geglaubt wurden und aufgrund dessen auch vieles so verlaufen ist, wie wir es erleben mussten leider. Also, Sie haben auch daran geglaubt, dass Wirecard da attackiert wird und dass das nicht Hand und Fuß hat, was die „Financial Times“ hier dem Unternehmen vorwirft.

Zeuge Jan-Ole Peters: Offensichtlich ja, sonst hätte ich nicht so eine schlechte Investitionsentscheidung getroffen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Wie fühlen Sie sich heute?

(Heiterkeit)

Also, nicht heute hier, sondern nach dem Bilanzbetrug. Ich meine, Sie hatten ja auch für eine gewisse Zeit Kontakt mit Herrn Ley, mit Herrn Waldenfels.

Zeuge Jan-Ole Peters: Klingt jetzt vielleicht ruppig, aber ich weiß nicht, was das mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat. Wie ich mich fühle, ist doch in dem Fall dann echt nicht wichtig, oder?

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, doch, -

Zeuge Jan-Ole Peters: Na ja, also, ich dachte, das ist ein großes deutsches Unternehmen -

Cansel Kiziltepe (SPD): - weil sich alle betrogen fühlen.

Zeuge Jan-Ole Peters: - in einem Bereich, der wichtig ist, zu besetzen, wo wir nur dieses eine Unternehmen hatten. Und ja, ich habe vielleicht daran - - auch einfach gehofft, dass dieses Unternehmen Erfolg hat, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, alle fühlen sich betrogen. Herr Guttenberg hat heute sich als Opfer dargestellt. Und ich finde, es ist schon wichtig, auch für die Öffentlichkeit, wie dieses Unternehmen agiert hat und - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja, wie gesagt, wir hatten nur dieses eine Unternehmen. Ich hätte das für wichtig gefunden, dass wir da ein erfolgreiches deutsches Unternehmen hatten. Insofern fühle ich mich natürlich schlecht, darauf bezogen. Aber da ist eben sehr viel schiefgelaufen, von dem ich mir nicht hätte vorstellen, nicht träumen lassen können, dass das so schief laufen kann.

Cansel Kiziltepe (SPD): Die E-Mail von Herrn Fuhrmann ist ja vom November 2019. Ab wann hatten Sie keinen Kontakt mehr zu Vertretern von Wirecard?

Zeuge Jan-Ole Peters: Darf ich nachgucken? - Das letzte Mal am 19.11., Telefonat mit Herrn Ley. Er berichtet, dass AllScore erfolgreich übernommen wurde.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das stimmte ja aber nicht.

Zeuge Jan-Ole Peters: Also, AllScore war übernommen, nur dieses Thema Lizenzen war noch offen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und dann gab es keinen Kontakt mehr? Hat Herr Ley versucht, Sie zu erreichen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Gar nicht?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und nach der Insolvenz oder bis zur Insolvenz hat Sie jemand versucht zu erreichen von Wirecard?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Dann wollte ich noch mal zurückkommen auf die China-Reise der Kanzlerin. Die hat ja stattgefunden, kurz nachdem der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages im Rahmen einer Delegationsreise vor Ort war. Das war, glaube ich, im August. Und hier wollte ich mal wissen, ob Sie organisatorisch, inhaltlich an der Vorbereitung dieser Reise beteiligt waren. Wussten Sie, um welche Inhalte es geht? Wer hat alles teilgenommen an den Terminen? Das war ja kein langer Besuch, aber - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Diese Besuche von sehr hohen Vertretern sind immer All-Hands-Manöver. Also, man braucht dann schon irgendwie fast jeden in der Botschaft für irgendeine Funktion. Ich habe da was gemacht. Aber ich weiß nicht mehr genau - - Ich habe die Wirtschaftsdelegation begleitet einen kleinen Teil der Strecke irgendwo vom Hotel zur Großen Halle des Volkes für den Deutsch-Chinesischen Beratenden Wirtschafts-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ausschuss. Da habe ich die im Bus begleitet irgendwohin. Also, da war ich einmal involviert, kann man nennen. Aber das war es auch.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und inhaltlich haben Sie das Anliegen von Wirecard platziert, Sie oder die Botschaft?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nicht dass ich mich erinnere. Ich weiß, dass ich am 26.08. für die Vorbereitung des Besuchs der Kanzlerin eine Mail geschrieben habe. Und da habe ich auf die Themen des Finanzdialogs verwiesen, dass die toll wären, wenn sie angesprochen würden. Aber am Ende, habe ich ja gesagt, haben wir auf die tatsächlichen konkreten Gesprächsvorbereitungen keinen Einfluss bei einer Botschaft.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber Sie haben ja auch gesagt, dass Sie lange im Dialog mit Vertretern von Wirecard waren, dass der Finanzdialog ein großer Erfolg war und dass Wirecard eben ein Unternehmen ist, das, wenn das alles geklappt hätte, als eines der ersten Unternehmen international diesen Markteintritt erreicht hätte. Haben Sie - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich habe nicht speziell für Wirecard Partei ergriffen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, dann kommt die Bundeskanzlerin - das passiert ja auch nicht häufig -, und sie kommt auch, um deutsche Unternehmen in China zu unterstützen, für sie einzutreten. Und da ist meine Frage eben: Hat die deutsche Botschaft den Mitarbeitern oder der Kanzlerin eine Vorlage gegeben, in der steht, dass - - ein Sachstand dazu, wie wichtig das ist? Gab es so was?

Zeuge Jan-Ole Peters: Meines Wissens nicht, nein. Also, die Priorisierung ist so - - Also, die Pyramide ist so eng, von wem die tatsächlich dann erwähnt werden, von so vielen Dingen, die erwähnt werden könnten, dass das sehr schwierig ist, da was wirklich unterzubringen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Man wird ja auch, wenn man solche Reisen macht - - Also, Unternehmen

werden ja auch gefragt oder Vertreter, Unternehmensvertreter, ob sie die Kanzlerin - - Zum Beispiel haben Sie gesagt: „Heiko Maas wurde begleitet von ...“. Haben Sie vorgeschlagen - Sie oder die deutsche Botschaft -, dass Vertreter von Wirecard die Kanzlerin bei dieser Reise auch begleiten?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein. Nicht, dass ich mich erinnere. Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wussten Sie von dem Treffen zwischen Herrn Guttenberg und der Kanzlerin im September?

Zeuge Jan-Ole Peters: Im September wusste ich nichts von dem Treffen. Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Nein. - Dass Herr Guttenberg im September kurz vor der China-Reise der Kanzlerin - - Ich glaube, das war im September, soweit ich - - Es sind auch so viele Daten.

Zeuge Jan-Ole Peters: Wusste ich nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Hatten Sie Kontakt zu Herrn Röller? Hat Herr Röller sich bei Ihnen gemeldet?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Gar nicht?

Zeuge Jan-Ole Peters: Bei mir? Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Bei der Botschaft?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich glaube, das ist die Mail, die mir hier eben vorgelegt wurde. Bei dem Botschafter hatte er sich gemeldet.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay.

Zeuge Jan-Ole Peters: MAT A AA-3.08b, Blatt 141, schreibt Lars-Hendrik Röller: „Lieber Herr Goetze ...“

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. Dann fragen wir Herrn Röller nachher noch mal.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben vorhin auch gesagt, dass AllScore Ihnen nicht bekannt war, dass für Sie aber ja eigentlich schon sehr wichtig ist: Finanzdienstleister und ein deutscher Zahlungsdienstleister, erster Marktzugang usw. Aber AllScore war Ihnen nicht bekannt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben auch keine potenziellen chinesischen Unternehmen aufgelistet bekommen von Wirecard, die infrage gekommen wären?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Vielen Dank, Herr Peters.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann ist jetzt Dr. Toncar für die FDP-Fraktion an der Reihe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön, Herr Gottschalk. - Ich möchte gern noch mal auf das gemeinsame Statement zurückkommen und auf den Punkt 30, Satz 2. Sie hatten vorhin ausgesagt, meine ich, dass unter anderem die Mitarbeiterin des BMF, Frau Sigl-Glückner, da beteiligt war an der Formulierung speziell von Ziffer 30. Habe ich das richtig in Erinnerung oder richtig aufgefasst?

Zeuge Jan-Ole Peters: Wir waren in den Verhandlungen des gesamten Outcome Statements federführend beteiligt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also bei allem federführend, okay, also damit ja auch bei Punkt 30. Aus welchem Referat wurde das damals gemacht? Also, welchem Referat im BMF gehörte sie damals an?

Zeuge Jan-Ole Peters: I C 2.

Dr. Florian Toncar (FDP): I C 2. - Das ist auch ein Referat, das in den Zuständigkeitsbereich von Staatssekretär Schmidt schon fällt, -

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): - oder ist das Kukies? - Okay. Gut.

Dann waren ja auch Herr Weidmann und Herr Hufeld zugegen und haben da bei diesem Abendessen und bei Gesprächen auch teilgenommen. Waren denn Bundesbank und BaFin auch in die, sagen wir mal, Entwicklung dieses gemeinsamen Statements einbezogen inhaltlich?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wissen Sie nicht.

Zeuge Jan-Ole Peters: Es kann sein, dass das BMF das abgestimmt hat. Das weiß ich aber nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): War denn der irgendwie ja scheinbar ungeschriebene Punkt oder Konsens, dass der Satz 2 der Ziffer 30 für Wirecard gedacht ist, auch schon sozusagen in den Erörterungen innerhalb der deutschen Delegation ein Thema?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich verstehe die Frage nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Entschuldigung. Das liegt wahrscheinlich an der Frage. - Also, es gab ja rund um den deutsch-chinesischen Finanzdialog vermutlich ein deutsches Delegationstreffen, wo die Botschaft informiert hat, die BMF-Vertreter, der Minister sowieso, die Bundesbank, die BaFin. Alle Gesprächsteilnehmer auf deutscher Seite werden sich ja irgendwie vorher mal getroffen haben, oder ist das eine falsche Annahme von mir?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ob die sich in Deutschland getroffen haben, weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein, in China, vor Ort.

Zeuge Jan-Ole Peters: Nicht in meinem Beisein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Gut. Ich glaube, dann kommen wir da nicht weiter. - Habe ich Sie richtig verstanden, dass man in der Überlegung



Nur zur dienstlichen Verwendung

war, ob es eine gemeinsame Reise der beiden Staatssekretäre Schmidt und Kukies geben sollte nach China?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein. Beide wollten unabhängig nach China kommen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Unabhängig voneinander?

Zeuge Jan-Ole Peters: Sind aber beide nicht gekommen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und sind auch beide unabhängig gekommen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Sind auch beide unabhängig nicht gekommen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Unabhängig nicht gekommen. Verstehe. - Und war bei den beiden Reisen jeweils Wirecard der Anlass oder nur ein Gesprächsthema, das von untergeordneter Bedeutung war?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich glaube, der Finanzdialog war jeweils der Anlass gewesen, das Nachhalten der Ergebnisse des Finanzdialogs.

Dr. Florian Toncar (FDP): War Staatssekretär Kukies auch beim Finanzdialog vor Ort in Peking?

Zeuge Jan-Ole Peters: Er ist nachgekommen. Er hatte vorher einen Termin in Japan und ist dann direkt von dort in Peking gelandet.

Dr. Florian Toncar (FDP): Können Sie noch mal beschreiben, wie die Rolle der Botschaft aus Ihrer Sicht war, wenn es nicht eine Rolle war des aktiven Einsetzens für das Anliegen von Wirecard?

Zeuge Jan-Ole Peters: Also, ich in Vertretung der Botschaft habe versucht, mit allen Finanzdienstleistern Kontakt zu halten und zu erfahren, ob diese Übereinkünfte aus diesem gemeinsamen Statement umgesetzt werden. Das heißt, ich habe regelmäßig nachgefragt, habe regelmäßig Veranstaltungen organisiert - wie dieses Finanzforum -, um zu erfahren, wie die Fortschritte sind.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber nur gegenüber den Unternehmen, sagen Sie jetzt. Ich frage noch mal, will noch mal darauf zurückkommen: Wie war das Verhalten der Botschaft gegenüber chinesischen Stellen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Da müsste ich mich kurz rückversichern, ob ich darüber Auskunft geben kann -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, bitte.

Zeuge Jan-Ole Peters: - im Sinne der deutsch-chinesischen Beziehungen.

(Der Zeuge berät sich mit
LR I Andreas Gloßner (AA))

Wirecard speziell habe ich in meiner Erinnerung nicht gegenüber chinesischen Stellen prominent erwähnt. Es kann sicherlich in irgendeinem Gespräch mal gefallen sein, aber nicht vorrangig. Das habe ich ja auch immer wieder erwähnt, dass da nicht von mir besonderes Engagement irgendwie erwartet wurde.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. - Nichtsdestotrotz haben wir natürlich die E-Mail auf MAT A AA-3.02, Blatt 64, von Herrn Fuhrmann an Robert Dieter - heißt er, glaube ich, so rum, ne? -, wo unter anderem drinsteht, wenn ich das zitieren darf - 14. November 19 -:

Herr Botschafter schlug vor, im ersten Schritt auf Arbeitsebene bei der PBoC nach dem Stand der Dinge zu fragen.

Da ging es um das Thema Genehmigung natürlich. Das sieht ja dann doch so aus, als ob zumindest im Raum stand, dass die Botschaft sich aktiv auch einsetzt dafür, dass zum Beispiel die Genehmigung erteilt wird seitens der People's Bank of China.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich würde sagen, das ist eine Bewertungsfrage, ob eine einfache Nachfrage schon ein Einsetzen ist. Das wäre das erste Mal gewesen, dass jemand da nachfragt. Und das klingt furchtbar beamtisch, aber die PBoC fällt in



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Zuständigkeitsbereich des Bundesbankers Herrn Fuhrmann.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Gut. - Wobei ich glaube, dass man in China aus Höflichkeitsgründen eigentlich sowieso eher fragt als fordert, oder?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich glaube, das würden die anderen chinesischen Stellen, zumindest aus Gesprächen von mir, anders sehen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Gut. Alles klar. - Ja, vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann geht das Wort an den Kollegen Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Peters, zu Ihrer Beruhigung kann ich feststellen, dass der Wirecard-Aktienkurs sich leicht erholt hat

(Heiterkeit)

vor wenigen Tagen, wegen des Verkaufs einer südamerikanischen Tochter.

Aber: Ich möchte noch einmal zurückkommen auf das Outcome Statement. Wir haben hier eine E-Mail-Korrespondenz, MAT A AA-3.08b, Blatt 47. Dort schreiben Sie unter anderem an Burkhard Ley:

... sehr geehrte Herren ...

Und Sie nehmen Bezug auf das Outcome Statement.

Für Wirecard AG dürfte insbesondere die zweite Hälfte des Paragraphen 30 von Interesse sein. Ich hoffe, die Formulierung ist in Ihrem Sinne und erleichtert Ihnen die weiteren Schritte beim Markteintritt. Erfahrungsgemäß ist diese Form der politischen Indossierung eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Geschäftstätigkeit in China.

Das war kurz nach dem Besuch von Herrn Scholz und seinem Dialog mit seinem Amtspartner.

Dann antwortet Ihnen Herr Ley - das ist hier noch auf demselben Blatt -:

Sehr geehrter Herr Peters,
vielen Dank für Ihr Mail.

Und so weiter und so fort.

Weiterhin vielen Dank für die Übermittlung des Outcome Statements. Wir halten die Formulierung des Paragraphen 30 für sehr zielführend und werden die besprochenen Schritte in Richtung landesweiter Payment- und Cross-borderlizenzen fortsetzen; wir sind sicher, dass das Outcome Statement hierfür eine hervorragende Grundlage darstellt.

In einem weiteren Dokument, das ich Ihnen jetzt nur sozusagen im Wege des Vorhalts vorlegen könnte, was ich jetzt auch gleich tun werde - - Das ist die MAT-Nummer A BMF-25.03. Und in dieser Akte ist das hier das letzte Blatt. Das bringt Ihnen jetzt mein Mitarbeiter.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand nehmen Einblick)

Ich habe den Satz markiert, der mir wichtig erscheint. Das ist auf der letzten Seite. Das ist markiert.

Ich darf jetzt nicht konkret zitieren, aber ich gebe das mal so wieder. Da wird ja auf eine konkrete Formulierung Bezug genommen innerhalb dieses Punktes 30. Ich lese den noch mal vor:

The Chinese side welcomes more qualified German institutions to join the RMB cross-border payment system ... for cross-border RMB clearing and settlement business. The Chinese side welcomes capable and willing German-funded enterprises to enter the Chinese payment service market



Nur zur dienstlichen Verwendung

on a nationwide scale to enhance the overall strength of the industry.

Welche dieser Sätze ist denn gemeint, der, sagen wir mal, eine besondere Hilfestellung für Wirecard war?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das weiß ich ganz ehrlich nicht, welcher eine besondere Hilfestellung sein soll.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Aber dieser Satz ist ja offenbar - so interpretiere ich die Unterlage - erst hinzugefügt worden und hat dann eine besondere Hilfestellung geleistet. Und das kann ja eigentlich nach Lage der Dinge nur „The Chinese side welcomes capable and willing German-funded enterprises ...“ sein, weil der andere Satz in seiner Generalität zeichnet da jetzt nicht nur Wirecard aus.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ob der Satz hinzugefügt wurde, weiß ich nicht. Ich war bei den Verhandlungen nicht dabei.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Jetzt würde ich Sie bitten, einfach mal in diesem Ordner zurückzublättern. Dort gibt es ein weiteres Dokument, in dem ziemlich viele Schwärzungen sind und wo im Prinzip auch über die positiven Erfolge im Rahmen des Finanzdialogs berichtet wird. Und außer dem Punkt Wirecard, wie viele Punkte sehen Sie denn da noch?

(Der Zeuge blättert in den vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Jan-Ole Peters: Eine Seite davor?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. - Oder zwei Seiten.

RA Dr. Gerhard Michael: Es handelt sich um ein VS-Vertraulich eingestuftes Dokument. Kann der Zeuge dazu in der öffentlichen Sitzung aussagen, oder möchten Sie Einblick nehmen in das vorgehaltene Dokument?

RD Robert Fritz (BMF): Er darf eben nur Ja oder Nein sagen, also keine Inhalte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann frage ich Sie so: Sehen Sie dort sehr zahlreiche Punkte, die als positiver Erfolg dieses Finanzdialogs - außer Wirecard - beschrieben werden? Sind das zahlreiche Punkte?

Zeuge Jan-Ole Peters: Es gibt andere.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann äußere ich mal meine Bewertung: Ich sehe da nicht sehr viel.

Dann möchte ich Ihnen eine weitere E-Mail vorlesen - das ist MAT A AA-3.08b, Blatt 104; das ist eine E-Mail von Ihnen an die Frau Reier aus dem BMF -:

Liebe Frau Reier,

die Reise der Kanzlerin ist derzeit geplant für den 5.-7.9.

Das ist eine E-Mail aus dem Juli, 12. Juli 2019. Verzeihung.

Die Daten sind noch nicht zur Weitergabe an die Öffentlichkeit freigegeben.

Dann erfolgen Schwärzungen. Darunter befindet sich eine E-Mail von Frau Reier an Sie, auch vom 12. Juli, zu einer späten Nachtzeit:

Lieber Herr Peters,

vielen Dank noch einmal für Ihre Rückmeldungen.

Im Nachgang haben sich die folgenden Nachfragen ergeben:

Bzgl. der Ausführungen zu Wirecard: Wann ist die Reise der Kanzlerin geplant, bei der es ggf. wg. Wirecard etwas zu unterzeichnen gibt?

Wie häufig - - Das scheint doch so, dass offenbar auch eine Kommunikation mit dem Kanzleramt darüber schon bereits stattfand in Bezug auf Wirecard.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: In meiner Erinnerung ist das eine konkrete Rückfrage an mich, weil ich aus einem Gespräch mit Herrn Ley mitnahm, man sei kurz vor einem Abschluss mit dem mir damals nicht bekannten Unternehmen. Ich weiß auch nicht, ob es damals schon AllScore war. Ich hatte immer den Eindruck, dass es vielleicht noch ein anderes Unternehmen gewesen sein könnte. Und ich hatte, glaube ich - das ist aber nur vage Erinnerung -, das telefonisch weitergegeben, dass es so sein könnte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Aber das Finanzministerium erkundigte sich zumindest im Juli 2019, ob es denn anlässlich der Reise der Kanzlerin im September dann etwas Unterschriftsreifes in Bezug auf Wirecard gebe, weil Herr Guttenberg das wie eine Reihe von Zufälligkeiten dargestellt hat, dass man überhaupt auf das Thema Wirecard bei der Kanzlerin zu sprechen kommt. Das ist ja offenbar nicht der Fall, sondern das Finanzministerium hat sich danach aktiv erkundigt. Korrekt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nicht korrekt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wie ist es dann?

Zeuge Jan-Ole Peters: Herr Ley kam zu mir und sagte: Es geht gut voran, und wahrscheinlich gibt es - Datum weiß ich jetzt nicht - bald etwas sozusagen Unterschriftsreifes.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber Frau Reier ist doch aus dem - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Und das habe ich dann Frau Reier weitergeleitet; denn das BMF war ja mein Hauptansprechpartner in dieser Sache.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und Frau Reier hat sich erkundigt, wann denn die Reise der Kanzlerin geplant ist, bei der es gegebenenfalls etwas bezüglich Wirecard zu unterzeichnen gibt.

Zeuge Jan-Ole Peters: Mhm.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich Sie gerne noch mal fragen: Wie üblich ist es

denn, dass man sich mit Vertretern einzelner Unternehmen, sage ich mal, eng austauscht auch über die Zwischenschritte, also einen Finanzdialog, über den ganzen Prozess, und zwar wirklich - - also einen Tag zum Beispiel? In wie vielen anderen Unternehmen haben Sie sich über den Finanzdialog ausgetauscht?

Zeuge Jan-Ole Peters: Mit allen anderen deutschen Finanzdienstleistern, die in Peking sind.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, Sie haben mit allen anderen deutschen Finanzdienstleistern solche E-Mails ausgetauscht, wie wir sie jetzt hier finden?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und wie viele waren das?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nicht mit allen - mit allen, die in China Geschäftstätigkeiten haben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und wie viele weitere Finanzdienstleister waren das?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich glaube, ich habe eben „sechs“ gesagt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Das heißt, Sie haben in sechs weiteren Fällen oder insgesamt sechs Fällen - je nachdem - dann geschrieben mit Bezug - - also, E-Mails geschrieben mit Bezug auf das Outcome Statement.

Zeuge Jan-Ole Peters: Wenn es nur um eine Lizenz ging, ja. Sonst waren es noch mehr Fälle, weil vielleicht pro Unternehmen mehrere verschiedene Lizenzen Thema sein könnten. Ich darf da nicht zu sehr ins Detail gehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich will noch mal zurückkommen auf die E-Mail MAT A AA-3.08b, Blatt 90. Da schreiben Sie ja an den Herrn Ley und schreiben im Februar 2019:

Lieber Herr Ley,

...



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Staatssekretär Schmidt bat darum eng auf dem Laufenden gehalten zu werden und ggf. direkt bei der chinesischen Seite intervenieren zu können, wenn Versprechen aus dem Outcome Statement nicht eingehalten werden.

...

Ich hoffe, Sie überstehen den Sturm unbeschadet und wünsche Ihnen alles Gute.

Haben Sie zu dem Zeitpunkt mal darüber nachgedacht, ob es vielleicht auch aufgrund des Sturms - und da war ja nicht das Wetter gemeint - sinnvoll ist, dass sich der Staatssekretär weiter zum jetzigen Zeitpunkt für ein solches Unternehmen exponiert, das mit so heftigen Anschuldigungen einer der renommiertesten Wirtschaftszeitungen der Welt konfrontiert ist?

Zeuge Jan-Ole Peters: Also, ich habe da offensichtlich ja nicht drüber nachgedacht. Das ergibt sich ja aus den weiteren Handlungen dieses Jahres. Mir erschienen die Anschuldigungen nicht als so heftig, wie Sie sie gerade darstellen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr De Masi. - Okay. Dann ist jetzt Dr. Bayaz dran für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde gern noch mal einsteigen bei der Delegationsreise von Herrn Maas, wo Herr Ley dabei war. Können Sie noch mal erklären, wie sozusagen die Teilnehmer ausgewählt werden grundsätzlich und wie das sich in dem konkreten Fall angebahnt hat?

Zeuge Jan-Ole Peters: In dem konkreten Fall ging es, glaube ich - - In meiner Erinnerung ging es um das Thema Digitalisierung irgendwas. Es war jetzt nicht speziell der Bankensektor gemeint oder der Finanzsektor. Aber es - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber irgendwie kommt ja - - Entschuldigung. Ich

wollte Sie nicht unterbrechen, wenn Sie gerade vielleicht ausholen wollten. Aber irgendwie muss ja der Name irgendwann mal auf so eine Delegationsliste kommen. Das ist ja ein Prozess.

Zeuge Jan-Ole Peters: Genau.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht skizzieren Sie den mal.

Zeuge Jan-Ole Peters: Genau. - Die Reise stand unter dem Stern „Digitalisierung“. Da schien es in der Botschaft einigen Kollegen sinnvoll: Wir haben doch hier dieses Unternehmen, das gerade da war. Man sieht ja hier, der zeitliche Zusammenhang ist ziemlich eng. Und sollten wir nicht - - Beim Thema Digitalisierung gibt es eben in Deutschland nicht besonders viel. Sollten wir die nicht vielleicht fragen? - Aber das ist unterschiedlich. Das kann auch mal vom AA kommen. Ich bin da sehr - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann war Herr Ley - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Nicht involviert.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bitte?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich war da nicht konkret involviert -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren da nicht involviert.

Zeuge Jan-Ole Peters: - in die - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist ja dann: Fragt man dann das Unternehmen, und dann schicken die Herrn Ley, oder hat man Herrn Ley direkt angesprochen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das weiß ich nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, ob es Gespräche gab mit Herrn Ley und Vertretern sozusagen der Delegation auf - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, klar spricht man untereinander, aber sozusagen vonseiten des AA vielleicht sogar mit Herrn Maas direkt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass ich - das hatte ich auch schon gesagt - abgeraten hatte, Herrn Ley überhaupt zu fragen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten abgeraten?

Zeuge Jan-Ole Peters: Herrn Ley auf diese Reise mitzunehmen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr zu Guttenberg hatte uns erzählt, dass Spitzberg - und ich weiß, es gab da nur eingeschränkte Kontakte - aber Meilensteine verabredet hatte mit dem Kunden Wirecard. War Ihnen darüber etwas bewusst, wie diese Meilensteine aussehen, also welche Ziele erfolgen mussten, dass es für gewisse Akteure profitabel sein kann?

Zeuge Jan-Ole Peters: Wer hatte die Meilensteine definiert? Das habe ich gerade nicht verstanden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also: Spitzberg als Beratungsagentur und der Kunde Wirecard haben gemeinsam Meilensteine verabredet in ihrer Zusammenarbeit. Meine Frage an Sie ist, ob Sie davon was gehört haben, ob Sie die gesehen haben.

Zeuge Jan-Ole Peters: Über die geschäftlichen Vereinbarungen zwischen Spitzberg und Wirecard weiß ich nichts.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nichts. - Es ging ja um eine M&A-Aktivität. Deswegen meine Frage an Sie: Zum Zeitpunkt, als Sie mit dem Fall zu tun hatten, waren Ihnen vergangene M&A-Aktivitäten von Wirecard wie beispielsweise der Indien-Deal ein Begriff, Ihnen bekannt, Zukäufe, die das Unternehmen Wirecard im Ausland getätigt hat?

Zeuge Jan-Ole Peters: Daran erinnere ich mich nicht. Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage noch, und dann würde ich noch mal Frau Paus die Gelegenheit geben. - Es steht ja ein Vorschlag im Raum, den „Financial Times“-Journalisten, der heute ja ein paar Mal zitiert worden ist, mit einem Bundesverdienstkreuz, wie man es lapidar sagt, sozusagen auszuzeichnen. Da läuft beim Auswärtigen Amt, weil er ausländischer Staatsbürger ist, ein Prüfverfahren. Ist Ihnen darüber etwas bekannt, über den Status dieses Verfahrens?

Zeuge Jan-Ole Peters: Höre ich gerade das erste Mal.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass das überhaupt im Raum steht?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja. Ich bin momentan im Urlaub hier in Deutschland. Ich lese nicht so oft ... (akustisch unverständlich)

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ja. - Ein bisschen blöd im Lockdown im Urlaub, aber egal, andere Geschichte.

Ist es denn normal, dass das Auswärtige Amt - - Wir haben Schriftverkehr vorliegen, wo das Auswärtige Amt sich an die Botschaft in London wendet, weil Dan McCrum britischer Staatsbürger ist und dort lebt. Ist das ein Vorgang, der für Sie völlig normal erscheint? Ist das normal?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich bin nicht regulär im Auswärtigen Dienst, sondern nur ausgeliehen. Darüber kann ich - - wage ich keine Beurteilung zu fällen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann gebe ich noch gerne Zeit ab an die Kollegin.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann hat Frau Paus das Wort.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Herrn zu Guttenberg richtig verstanden habe, dann hat er an einer Stelle gesagt, dass die People's Bank of China sehr deutlich zu verstehen gegeben hat, dass sie ein klares Signal



Nur zur dienstlichen Verwendung

möchte von der deutschen Bundesregierung zu Wirecard. Ist das bei Ihnen auch so angekommen? Also, wenn es kein klares Commitment der Bundesregierung gibt, dann kein Deal für die Wirecard. Ist das bei Ihnen auch so angekommen?

Zeuge Jan-Ole Peters: In dem konkreten Fall weiß ich das nicht. Ich weiß es aber allgemein. Für die meisten - hatte ich am Anfang gesagt - deutschen Unternehmen im Finanzbereich, die dort aktiv werden wollen, geht es nicht ohne politische Indossierung. Das hat auch Herr Seibert im September in der Regierungspressekonferenz genauso gesagt, und das sagt auch der Botschafter so.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber deswegen darf ich Sie ja trotzdem fragen. - Hat es jemals eine Nachfrage gegeben seitens der PBoC oder von anderer chinesischer Stelle zur Solidität von Wirecard, gerade weil es ja eben - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Noch einmal, bitte.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob es jemals eine Frage gab seitens der chinesischen Regierung zur Solidität von Wirecard aufgrund der Berichterstattung im Februar 2019, im Oktober 2019.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich erinnere mich an keine Nachfrage.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - So. Jetzt hatten Sie ja gesagt, Sie sind insgesamt für Finanzmarkt zuständig. Und da ist natürlich naheliegend, dass Sie mit den Finanzdienstleistern zu tun haben. Aber es gibt ja auch Börsen in China. Und da gibt es ja auch andere deutsche Unternehmen, die tendenziell an diesen Börsen auch notiert sind. Da gibt es andere Zusammenarbeiten mit - - Haben Sie da je was mit zu tun gehabt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das ist sehr allgemein gefragt. Ich verstehe nicht genau.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte Sie eben gefragt, inwieweit es bei Ihnen in der

Botschaft Standards gibt in der Frage „Zusammenarbeit und Unterstützung von deutschen Unternehmen“. Und da hatten Sie - so habe ich Sie verstanden - geantwortet: Das spielt doch für mich hier keine Rolle, weil ich hatte ja eh nur mit DAX-30-Unternehmen zu tun. Und da war völlig klar, da brauche ich nicht noch irgendwie nachzudenken, ob ich mich für sie einsetze oder nicht.

Deswegen noch mal meine Frage: Hatten Sie wirklich nur mit DAX-30-Unternehmen zu tun? Gehörte es nicht zu Ihrem Aufgabenbereich, im Bereich Finanzmarkt - - Gab es da keine anderen deutschen Unternehmen, für die Sie sich eingesetzt haben?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich kann jetzt nicht meine Hand dafür ins Feuer legen, dass die alle DAX-30-Unternehmen sind. Aber es sind große börsennotierte Unternehmen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - So. Jetzt ging es ja in den - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Letzte Frage.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann auch die nächste Runde noch mal anstoßen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Machen Sie noch eine.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Möchte noch jemand? - Bitte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gut. Machen wir es so. - Dann Matthias Hauer für die CDU/CSU.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe auch noch eine kurze Frage, und zwar zu dem Aktienkauf, den Sie hinsichtlich der Wirecard-Aktien vorgenommen haben. Haben Sie den irgendwem angezeigt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Müssen Sie irgendwelche Aktiengeschäfte anzeigen, die Sie tätigen? Ich meine, in Ihrem Hause vielleicht?

Zeuge Jan-Ole Peters: Wenn es um Insiderwissen geht, bestimmt. Dann darf ich sie gar nicht tätigen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann müssen Sie auch nichts anzeigen aus Ihrer Sicht. Also, entweder es ist Insiderwissen, dann - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und das entscheiden Sie, oder gibt es auch Fälle, wo man unsicher ist?

Zeuge Jan-Ole Peters: In dem Fall war ich nicht unsicher.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, die Abgrenzung ist: entweder Insiderwissen, dann darf man es nicht, oder kein Insiderwissen, dann darf man es und muss es auch niemandem anzeigen. Ist das richtig?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich habe es niemandem angezeigt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Das habe ich verstanden, dass Sie es niemandem - - Jetzt interessiert mich als Nächstes, wie es denn richtig gewesen ist oder wie die Rechtslage bei Ihnen im Hause ist. Also, es gibt keine Vorschrift, dass Sie Aktiengeschäfte irgendwie anzeigen müssen, weil es ja entweder Insiderwissen ist - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Nicht dass ich wüsste.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist Ihnen nicht bekannt. Okay. - Haben Sie noch andere Aktien, oder ist das Ihr einziger Aktienbesitz?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß nicht, ob das zum Untersuchungsgegenstand gehört.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es ist ja schon ein Unterschied, ob Sie jetzt gezielt einmal 100 Aktien von diesem Unternehmen, mit dem Sie kurz

vorher befasst waren, gekauft haben oder ob das jetzt eine von 100 Positionen in Ihrem Depot ist. Das würde ich schon als relevant dafür betrachten, wie Ihre Aussage jetzt - - was Sie zum Beispiel diesem Unternehmen, was ja Untersuchungsgegenstand ist, zugetraut haben, ob Sie auch an dieses Unternehmen geglaubt haben, wie wir ja hier schon von anderen Kollegen auch gehört haben. - Also, es ist Ihre einzige Aktie, die Sie halten?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich möchte mich dazu nicht äußern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Dann habe ich jetzt keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Ja, ich habe keine weiteren Fragen. Gibt es - - Dann schaue ich zur FDP-Fraktion.

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Keine Fragen! Vielen
Dank!)

Fabio De Masi, bitte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich habe noch wenige Fragen. - Vielleicht kann ich zur Klärung beitragen. Wir haben kürzlich die Bundesregierung gefragt, ob es denn Regularien in den Ministerien gibt und auch in den nachgeordneten Behörden. Die Botschaften sind ja dem Auswärtigen Amt zugeordnet. Also, dort scheint es keine Regelungen zu geben für diese Bereiche des Aktienhandels.

Ich will hier noch mal zitieren ein Dokument: MAT A AA-3.08b, Blatt 96. Herr Peters, Sie tauschen sich dort aus mit Yan Wen, also „Yan“ mit Y geschrieben. Und da geht es um ein Treffen zwischen Staatssekretär Schmidt mit Minister of Finance Liu Kun. Dieser Yan schreibt Sie an:

Lieber Jan-Ole,

hast du vielleicht Ideen zu Themen zum Treffen Schmidt mit MoF Liu Kun?

Vielen Dank!



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und Sie antworten:

Lieber Yan,

Themen werden sein:

Dann befinden sich drei Schwärzungen, und dann:

Payment Lizenzen für Wirecard

Und dann schreiben Sie:

Alles sehr unbequeme Themen ...

Was war denn damit gemeint?

Zeuge Jan-Ole Peters: Damit war gemeint, wie ich eben schon mehrfach sagte, dass es die drei oberen Themen - - dass es da nicht gut voranging.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, dieses „Alles sehr unbequeme Themen“ - - „Alles“ würde ja auch das unterste Thema umfassen.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja, genau. - Das habe ich eben so beantwortet, dass es ja auch bei Wirecard zwar voranging, aber die Lizenz noch nicht da war. Insofern spricht man wieder ein Thema an, wo jetzt noch kein konkreter Erfolg da ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber es ergibt sich ja aus dem Schriftverkehr - auch mit dem Kollegen aus der Bundesbank -, dass das Problem gar nicht so sehr auf chinesischer Seite lag - also, die People's Bank of China hat das nicht behindert -, sondern Wirecard hatte gar nichts beantragt, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Korrekt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und in der E-Mail befindet sich eine Anlage. Da ist so viel geschwärzt, dass das schwierig ist einzuordnen. Das ist auch MAT A AA-3.08b, Blatt 101. Und da steht:

Paymentlizenzen für Wirecard

Wirecard bittet, dass der derzeitige Prozess nicht behindert wird

und es möglichst einfach so weitergehen soll wie bisher bei der Erlangung der Lizenzen.

Was heißt denn „behindert“ in dem Zusammenhang? Also, wie kann denn die Bundesregierung diesen Prozess behindern?

Zeuge Jan-Ole Peters: Kann ich das einmal kurz sehen, bitte?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, gern.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Ole Peters: Wenn ich das richtig sehe, ist das die Formulierung meines Kollegen und nicht meine eigene.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber haben Sie eine Idee, was Ihr Kollege damit meint? Das war eine Korrespondenz zwischen dem Kollegen und Ihnen.

Zeuge Jan-Ole Peters: Mein Kollege ist kein Muttersprachler. Insofern glaube ich, dass er was - - Also, er meint damit, es läuft gut. Es möge so weitergehen wie bisher. Das schreibt er ja auch.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, Ihr Kollege ist kein Muttersprachler. Aber die Formulierung, die ich Ihnen jetzt vorgelegt habe, die liegt dort auf Deutsch und auf Englisch korrekt.

Zeuge Jan-Ole Peters: Mhm. - Er spricht schlechter Englisch als Deutsch.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, ich fand sein Deutsch relativ flüssig, ehrlich gesagt, in dem Schriftverkehr. Trotzdem stellt sich doch die Frage: Wie kann ein Prozess behindert werden?

Zeuge Jan-Ole Peters: Deswegen meine ich: Ich glaube, er bezieht sich nicht darauf, dass wir das behindern, sondern dass es seitens der chinesischen Seite nicht behindert wird. Es ist nur hier nicht klar, geht nicht klar daraus hervor. Das ist aber meine Interpretation der Sache.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen gern noch eine weitere Frage stellen. Ich habe hier ein weiteres Dokument: MAT A AA-3.08b, Blatt 36. Da befinden Sie sich im Austausch mit einer Person - das ist geschwärzt -, aber die offensichtlich von der E-Mail-Kennung her bei der People's Bank of China arbeitet. Das Betreff der E-Mail ist "... follow up on the issue of fintech cooperation agreement". Und Sie schreiben:

Dear ...

- soundso -

due to a lack of a regulatory framework it won't be possible for BaFin to sign such an agreement. The colleagues reminded me to specifically convey that this is not due to a lack of interest in the matter. BaFin would like to keep cooperating closely on the subject. It is just not feasible at this juncture to sign an agreement that the German side could not fulfill its part of.

Also, die deutsche Seite kann ihren Teil nicht liefern. Können Sie sagen, auf was sich das bezieht?

Zeuge Jan-Ole Peters: Kann ich mich kurz mit den Kollegen vom AA und BMF beraten?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sehr gerne. Nehmen Sie sich Zeit.

(Der Zeuge berät sich mit
LR I Andreas Gloßner (AA))

Zeuge Jan-Ole Peters: Also, die Mail ist aus der Vorbereitung zum Finanzdialog. Und die chinesische Seite wollte von uns, wie Sie es vorgelesen haben - - Das betrifft sehr stark die deutsch-chinesischen bilateralen Beziehungen. Deswegen kann ich darauf nicht im Detail eingehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich habe eine Idee. Es wird ja auch öfters hier über Alipay und andere Dinge gesprochen.

Aber ich möchte noch mal nachfragen. Was ich noch nicht ganz verstehe, ist: Es gibt diese E-Mail von Herrn Fuhrmann von der Bundesbank. Also, Sie haben ja eine E-Mail geschrieben, wo Sie noch mal gewarnt haben dann am Ende des Prozesses bezüglich des weiteren Engagements für Wirecard. Und ich habe in den Unterlagen gesehen, dass die Formulierung für diese E-Mail eigentlich von Herrn Fuhrmann kommt, von der Bundesbank. Sie haben das quasi übernommen von ihm und haben dann diese Warnung an Ihren Dienstherrn, an den Botschafter, gerichtet.

Bezeichnenderweise haben Sie sich auch an einer Stelle erkundigt nach dem Gesprächsinhalt eines Gespräches, wo Herr Fuhrmann dabei war, mit dem Botschafter. Da hatte ich mich erst gefragt: Warum erkundigen Sie sich nicht direkt beim Botschafter? - Aber Sie haben diese Warnung weitergeliefert. Und dann kaufen Sie nach diesem Zeitpunkt, wo Sie vor diesem Unternehmen quasi gewarnt haben, Aktien. Das kriege ich nicht richtig zusammen. Können Sie das erläutern? Also, Sie haben an das Unternehmen geglaubt, aber Sie warnen vor diesem Unternehmen.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich habe nicht vor dem Unternehmen gewarnt, oder?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, Sie haben - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich habe vor dem Engagement für das Unternehmen gewarnt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Korrekt.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Würden Sie sich - - Halten Sie es ratsam, dass sich Mitglieder der Bundesregierung für ein Unternehmen engagieren? Oder anders herum: Finden Sie, wenn Sie an ein Unternehmen glauben und Aktien von diesem Unternehmen kaufen, es dann nicht zulässig, dass sich Mitglieder der Bundesregierung für dieses Unternehmen in China engagieren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Ole Peters: Jetzt habe ich die Frage nicht verstanden. Jetzt habe ich den Faden verloren.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, ich finde es einen Widerspruch, dass man davon abrät, sich für ein Unternehmen zu engagieren, aber gleichzeitig glaubt man, trotz der ganzen Situation, wo also negative Nachrichten auf dieses Unternehmen reinbrechen - - Das ist - - Wir reden ja - - Sie haben die Aktien am 19. Juni gekauft?

Zeuge Jan-Ole Peters: Dieses Jahres.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dieses Jahres. - Ja, das ist der Tag, an dem Marsalek sich abgesetzt hat aus Deutschland, damit er einer Verhaftung entgeht. An diesem Tag kaufen Sie die Aktien, glauben an das Unternehmen. Da war hier schon richtig was los, auch hier im Bundestag. Und Sie haben vorher Mitgliedern der Bundesregierung davon abgeraten - oder mittelbar das ausgerichtet von Herrn Fuhrmann -, sich für dieses Unternehmen zu engagieren. Das finde ich erklärungsbedürftig. Können Sie das versuchen?

Zeuge Jan-Ole Peters: Also, das ist die Frage. - Ja, nee, kann ich nicht. Das ist eine private Entscheidung, die ich heute nicht mehr so treffen würde. Ich würde heute nicht mehr Wirecard-Aktien kaufen. Am 20. hätte ich auch keine Wirecard-Aktien mehr gekauft.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber das heißt, diese Warnung, die Sie da weitergereicht haben, das haben Sie sich dann gar nicht zu eigen gemacht. Sie haben dann einfach sozusagen „copy/paste“ von Herrn Fuhrmann etwas weitergeleitet, weil Sie das als Ihre Pflicht verstanden haben, aber Sie waren eigentlich nicht dieser Auffassung.

Zeuge Jan-Ole Peters: Mir fällt es schwer, sozusagen diese Bewertung vorzunehmen für Sie.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, für mich müssen Sie die auch gar nicht vornehmen. Aber vielleicht -

Zeuge Jan-Ole Peters: Sie fragen mich ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - haben Sie ein Interesse, diesen Widerspruch zu erklären in einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja, ich erkläre mich die ganze Zeit. Und ich finde, das tue ich auch sehr kooperativ. Ich habe - - In dem Moment waren Vorwürfe im Raum, die - das war der November 2019 - es ratsam erscheinen ließen, dort das auf kleiner Flamme weiterzukochen, sich nicht besonders zu exponieren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich kann noch eine neue Runde starten.

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja, mach
ruhig! Ich mache auch
noch eine!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, würde ich vorschlagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weil sonst würde ich jetzt - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann ist das sauberer, und dann kommen wir nicht immer von - - sondern dann - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, ich meine damit: Ich kann es entweder fortsetzen, bis es durch ist bei mir - es ist nicht mehr viel -, oder wir machen halt noch mal hier - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich schaue noch mal rum. - Okay. Dann setzen wir fort.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Außer, Lisa, du möchtest dazwischenkommen jetzt erst.

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ich
wollte noch eine zweite
Runde!)

- Gut. - Also, ich habe wenige Fragen noch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich möchte einfach noch kurz fragen, ob Sie sich in Vorbereitung auf diesen Untersuchungsausschuss - - mit wem Sie sich da noch mal ausgetauscht haben in Vorbereitung auch inhaltlich auf diesen Untersuchungsausschuss.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja, inhaltlich habe ich mit anderen Mitgliedern - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der Zeuge ist nicht gut zu verstehen. Deswegen - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Oh, Entschuldigung! Ich habe auch noch mein Mikro angelassen.

Zeuge Jan-Ole Peters: Inhaltlich habe ich mich nicht mit anderen abgesprochen. Ich habe gesagt, dass ich mit dem Botschafter versucht habe, die Ereignisse zu rekonstruieren.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sind Sie in der Zeit Ihrer Tätigkeit an der deutschen Botschaft jemals mit Sicherheitsbehörden in Kontakt gekommen, auch deutschen Sicherheitsbehörden, bezüglich des Engagements von Wirecard?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also keine Nachrichtendienste oder Ähnliches?

Zeuge Jan-Ole Peters: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann habe ich jetzt - - Wer will? - Okay. Frau Paus, bitte schön.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch ein bisschen Fragen zur Chronologie. Ich war da zwischendurch auch nicht mehr ganz auf der Höhe. Also, Sie hatten gesagt, zwischendurch hätte Herr Ley gesagt, sie seien bald unterschriftsreif. Könnten Sie noch mal das einordnen? Wann war das zeitlich ungefähr?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das war vor dem Besuch der Kanzlerin. Einen Moment.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Das muss Anfang/Mitte August 2019 gewesen sein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): August 2019 war die Aussage, man ist bald unterschriftsreif.

Zeuge Jan-Ole Peters: Mhm.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann: Könnten Sie noch mal was zu dem zeitlichen Ablauf sagen? Also, am 22. November hatte sich ja der Botschafter nicht mehr für Wirecard eingesetzt. Die Kanzlerin war jetzt ja vorher da. Wo kam jetzt genau der Umschwung her?

Zeuge Jan-Ole Peters: In Vorbereitung auf das Gespräch mit Herrn Gartzke am 14.11.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Vorbereitung zu dem Gespräch mit - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Herrn Gartzke. Botschafter mit Herrn Gartzke am 14.11.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am 14.11.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und davor hat sich die Botschaft durchgängig für Wirecard eingesetzt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich habe ja mehrfach gesagt: Wir haben uns nicht eingesetzt, weil es nichts einzusetzen gab. Immer wenn ich gefragt habe, war die Antwort: Es läuft gut. - Insofern sind wir nicht aktiv geworden, weder ich noch andere Botschaftsangehörige.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und diese Information von Herrn Fuhrmann, die ging an das Bundeskanzleramt eben erst, nachdem die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundeskanzlerin in China gewesen war, weil es die vorher nicht gab?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß nicht, ob die Information überhaupt ans Bundeskanzleramt ging.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie ging nicht ins Bundeskanzleramt?

Zeuge Jan-Ole Peters: Das weiß ich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also, die - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Das war eine interne Vorbereitung für den Botschafter für das Gespräch mit Herrn Gartzke am 14.11.2019.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Danke schön. - Dann hatten Sie noch mal gesagt, Sie wussten jetzt die ganze Zeit über nicht wirklich, mit wem jetzt Wirecard da - - also, sich ausgeguckt hatte. AllScore war Ihnen jetzt kein Begriff. Sie sagten auch, das wäre vielleicht eine andere Firma.

Insgesamt ist es ja aber trotzdem so: Sie waren ja zuständig jetzt für den Bereich Marköffnung im Finanzmarktbereich und im Bereich Zahlungsdienstleistungen. In den letzten Jahren gibt es ja schon auch verstärkt das Thema „kritische Infrastruktur“ in der Kooperation mit China. Und Zahlungsdienstleister sind ja auch unterwegs im Bereich kritischer Infrastruktur. Hat das irgendwann mal eine Rolle gespielt bei Ihnen? War das bei Ihnen sozusagen in Ihrem Arbeitsfeld relevantes Thema, dass das auch ein sicherheitspolitisches Thema ist?

Zeuge Jan-Ole Peters: Weiß ich nicht, darauf zu antworten.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Jan-Ole Peters: Erinnere ich mich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Thema Finanzmarktregulierung und Veränderung in China, Digitalisierung, da hat bei Ihnen

nie in der Botschaft es irgendeine Verbindung gegeben zur Frage von Sicherheit von digitalen Dienstleistungen und digitaler Infrastruktur?

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich weiß nicht, ob das noch Teil des Untersuchungsgegenstands ist gerade.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben sehr wohl in dem Zusammenhang das Thema Geheimdienste, Wirecard und Geheimdienste.

Zeuge Jan-Ole Peters: Ich wurde nicht von Nachrichtendiensten angesprochen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war auch nicht meine Frage. Aber danke für die Antwort. - Mir ging es darum, inwieweit es in der Botschaft da in Bezug auf das Thema kritische Infrastruktur auch in Ihrem Zuständigkeitsbereich - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Darf ich mich kurz beraten?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bitte.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand sowie mit LR I Andreas Gloßner (AA))

Zeuge Jan-Ole Peters: Dazu darf ich mich nicht äußern.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil das sicherheitspolitisch relevant ist oder - -

Zeuge Jan-Ole Peters: Dazu darf ich mich nicht äußern.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

RA Dr. Gerhard Michael: Darf ich mich kurz an den Ausschussvorsitzenden wenden?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Selbstverständlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RA Dr. Gerhard Michael: Das ist kein erkennbarer Bezug zu Wirecard und damit kein erkennbarer Bezug zum Untersuchungsgegenstand. Wenn die Fragen so konkret gefasst sind, wie das im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand ist, sagt er natürlich gerne aus. Der Zeuge kann aber nicht abstrakt zu Fragen der Sicherheitsinfrastruktur Aussagen machen außerhalb seiner Aussagegenehmigung.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann formuliere ich es anders. Es steht ja konkret im Raum, dass Wirecard -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Etwas konkreter wäre gut.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - zusammengearbeitet hat mit Geheimdiensten. Und auch China hat einen Geheimdienst. Und natürlich ist auch eine Spur, dass das Wirecard-Engagement in China beispielsweise auch motiviert sein könnte, da reinzukommen, um entsprechende Zusammenarbeiten zu ermöglichen auch im Bereich des Geheimdienstes. Und daher ist ein Zugriff auf den Zahlungsdiensteverkehr in China und dann ja auch diese Out-Border-Geschichte - - wäre ja tendenziell auch ein Anknüpfungspunkt für nachrichtendienstliche Arbeiten, Spionage. Und deswegen wollte ich einfach noch mal wissen, ob im ganzen Bereich Zahlungsdiensteverkehr, Austausch es jemals in der Botschaft ein Thema war, dass das auch sicherheitspolitisch relevante Bereiche sind. - Nein, in Bezug auf Wirecard auch nicht.

Zeuge Jan-Ole Peters: Zum ersten Teil der Frage höre ich nur eine Suggestion und keine Frage. Zum zweiten Teil der Frage haben Sie sich nicht konkreter gefasst als eben. Insofern darf ich mich dazu nicht äußern.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es in Bezug auf Wirecard je eine Erörterung gegeben, dass Wirecard tätig gewesen ist im Zusammenspiel mit Geheimdiensten? Und hat es in Bezug auf Wirecard jemals eine Erörterung gegeben, inwieweit frühere Bereiche von Wirecard im Bereich Geldwäsche etc. Relevanz haben in der geplanten Anbahnung des China-Geschäftes?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand sowie mit LR I Andreas Gloßner (AA))

Zeuge Jan-Ole Peters: In Bezug auf Wirecard, nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie hatten jetzt gesagt, AllScore war Ihnen insgesamt nicht bekannt, oder AllScore war Ihnen nicht bekannt als das Target von Wirecard.

Zeuge Jan-Ole Peters: Weder noch.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir würden jetzt, wenn Sie noch Fragen haben, weil die anderen nicht wollen - - Deswegen habe ich nicht unterbrochen.

(Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Ich bin jetzt auch durch!)

- Okay.

Dann schaue ich ein letztes Mal ins Rund. - Gut. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden.

Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler - auch das kann passieren - zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich an dieser Stelle - -

(Zuruf)

- Ah, wir hatten die Vorhalte. Genau. - Ich muss noch weiter ergänzen. Herr Peters, Sie haben - und auch an den Rechtsanwalt adressiert - - Wir hatten Ihnen einige Vorhalte gemacht mit der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Adressierung VS-Vertraulich eingestuft oder höher. Und insoweit bitte ich Sie und auch die Kollegen, dass wir gemäß des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden oder Sie sich verpflichten. Ich stelle daher ein solches Schweigegebot zur Abstimmung. Sehe ich oder höre ich da Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen. Und ich stelle fest: Der Ausschuss macht dem Zeugen die Geheimhaltung der als geheim oder vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihm durch die Vernehmung, die Vorhalte in der Sitzung zur Kenntnis gelangen. Der Zeuge wird darauf hingewiesen, dass derjenige, der gegen die auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann.

Gut. - Dann darf ich mich jetzt an dieser Stelle recht herzlich bei Ihnen bedanken, bei beiden, wünsche Ihnen eine angenehme Heimreise, einen schönen Abend noch und natürlich jetzt, zu dieser Zeit ein gutes und gesegnetes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch! Und bleiben Sie mir gesund! - Vielen Dank.

Zeuge Jan-Ole Peters: Danke. Das wünsche ich Ihnen allen auch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön. - So, jetzt war der Antrag - ich glaube, vom Kollegen De Masi - auf eine kurze Pause. Wie lang soll die, dicker Daumen, sein?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich dachte, so drei bis fünf Minuten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann würde ich - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber ich habe mir mittlerweile was zu essen geholt; ich brauche sie gar nicht mehr. Ich wollte jetzt freundlich sein zu den Kollegen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, ich hatte mir jetzt auch mal was sozusagen holen lassen sogar. - Ich gucke in die Runde. Ist der Bedarf da, fünf bis zehn Minuten? Oder wollen wir durchziehen? - Ich sehe, die CDU sagt: Durchziehen. - SPD?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Fünf Minuten.

(Sebastian Brehm
(CDU/CSU): Und nicht bei
Lieferando bestellen!
44 Euro! - Gegenruf des
Abg. Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Nee, wir boykottieren
das seitdem, jetzt! -
Vereinzelt Heiterkeit)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, fünf Minuten. Ich finde, das ist ein guter Vorschlag; dann kann man sich kurz frisch machen oder so. Dann unterbreche ich bis so etwa 22.05, 22.06 Uhr die Sitzung, und dann setzen wir fort.

Und ich bitte schon dann, dass der Zeuge Wolfgang Schmidt sich so in Richtung Sitzungssaal hier in Bewegung setzt. Danke.

(Unterbrechung von
22.01 bis 22.11 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Wolfgang Schmidt

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann bitte ich - und ich sehe, er ist schon da - unseren vierten Zeugen heute, Herrn Wolfgang Schmidt, in den Sitzungssaal. Herr Staatssekretär, ich heiße Sie zu späterer Stunde - ist noch nicht eine späte Stunde - recht herzlich willkommen.

Herr Schmidt, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen Wahrheitspflichten wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür vielen Dank, weil in der Summe der vielen Zeugen spart das richtig Zeit.

(Der Zeuge nickt)

Damit kann ich mich auf einige technische Hinweise beschränken, die ich Ihnen jetzt geben möchte.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis; der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, herzlichen Dank, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann haben Sie auch schon - ich sehe schon, Sie sind auch öfters hier - das Mikro bedient. Das ist ganz wichtig, weil eine Tonaufnahme mitläuft.

Insoweit: Immer wenn Sie sprechen, das Mikro betätigen.

Herr Schmidt, insoweit würde ich Sie jetzt zu Ihrer Person kurz vernehmen. Ich würde Sie daher kurz bitten, sich uns vorzustellen mit Vornamen, Namen, Alter, Beruf, Wohn- oder Dienstort.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Mein Name ist Wolfgang Schmidt. Ich bin 50 Jahre alt, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und wohne in [REDACTED].

Vorsitzender Kay Gottschalk: Prima. - Herr Schmidt, Sie können dann nun, wenn Sie es wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich auch, nun bei Ihnen sein zu dürfen. Ich bin ja im Bundesministerium der Finanzen für die Abteilung I, die volkswirtschaftliche Grundsatzabteilung, zuständig, mit der damaligen Unterabteilung I C; jetzt sind das zwei Unterabteilungen, I C und I D, die damit* unter anderem zuständig sind für die internationale Finanz- und Währungspolitik.

Das setzt ein bisschen an an meine vorherige Tätigkeit, bevor ich 2018 ins Finanzministerium gewechselt bin, als ich sieben Jahre lang als Staatsrat und Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg unter anderem auch für die auswärtigen Angelegenheiten zuständig war. Und da Hamburg historische Beziehungen zu China hat, hatte ich damals schon etwas mehr mit der Volksrepublik zu tun.

Für mich ist jetzt ein bisschen die Herausforderung - und für Sie damit auch -, bei dem heutigen Zeugenauftritt hier zu unterscheiden zwischen dem Wissen heute, nach der Insolvenz der Wirecard AG im Sommer 2020, und dem Wissen damals, zum Zeitpunkt des zweiten hochrangigen deutsch-chinesischen Finanzdialogs und meiner Mail an den chinesischen Vizeminister Liao Min in der ersten Hälfte 2019. Denn wie einige von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen mitbekommen haben, habe ich mich auch ab dem Sommer 2020 gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im BMF sehr intensiv mit der Aufklärung der Vorgänge um die Wirecard AG beschäftigt. Mit vielen von Ihnen und euch bin ich dann ja durchaus in den letzten Monaten auch im regen Austausch gewesen und auch in der ein oder anderen kontroversen Diskussion. Ich bin also tief in die Details eingestiegen und habe, wie viele von Ihnen ja auch, die Sommerferien weitgehend mit Wirecard verbracht. Das bringt aber jetzt natürlich die Gefahr mit sich, dass dieses heutige Wissen sich bei meiner Darstellung, meinen Antworten vermengt mit den Kenntnissen und dem Wissen damals und dass dann der Eindruck entstehen könnte, ich hätte damals das Wissen gehabt, über das ich heute verfüge. Das war naturgemäß nicht der Fall; insofern müssen wir gemeinsam ein bisschen gucken, dass wir das hinkriegen.

Wie Sie wissen, sind die Prämissen von Bundesminister Olaf Scholz sehr klar im Umgang mit dem Betrugsfall Wirecard: volle Transparenz herstellen, die Aufklärung vorantreiben und Konsequenzen ziehen. Das teile ich voll und ganz, und so sind wir auch zum Themenkomplex China vorgegangen. Daher freut es mich, dass wir hier zusammen sind und ich bei Ihnen sein darf und hoffentlich mithelfen kann bei der Aufklärung der Frage, ob die Bundesregierung Wirecard bei deren geschäftlichen Aktivitäten in China in unbotmäßiger Weise begleitet hat.

Andererseits freue ich mich, dass gestern im Kabinett der Entwurf des Gesetzes zur Stärkung der Finanzmarktintegrität beschlossen wurde, das die erkennbar dringend notwendigen Reformen der Bilanzkontrolle, des Wirtschaftsprüferrechts und anderer* Dinge vorsieht. Ich glaube, dass das auch unabhängig von Ihren weiteren Erkenntnissen wichtig ist: dass die jetzt schon erkannten Regelungslücken schnell geschlossen werden, damit sich so ein Skandal nicht wiederholen kann.

Heute geht es ja insbesondere um China und Wirecard, und dabei spielen die Aktivitäten der Bundesregierung im Rahmen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs eine besondere Rolle. Ich

möchte Ihnen daher gerne die Hintergründe dieses hochrangigen Dialogs schildern und dann erläutern, dass sich die Bundesregierung im Rahmen der dort getroffenen Vereinbarungen bewegt hat, und das gilt auch für mich persönlich. - Und um das auch gleich vorneweg zu sagen: Anders als manchmal unterstellt, war Wirecard kein Liebling der Bundesregierung und hat auch keine Sonderbehandlung genossen.

Bei dem deutsch-chinesischen hochrangigen Finanzdialog im Januar 2019 ging es um eine Vielzahl von Themen. Da ging es zum einen um politische Aspekte, wie die bilaterale Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten, aber vor allem auch die Zusammenarbeit im internationalen Bereich, also insbesondere bei den G20 und zur WTO. Zum anderen - und das ist der Teil, der hier natürlich besonders interessant ist - ging es darum, die deutsch-chinesische Zusammenarbeit im Finanzbereich zu vertiefen, konkret also auch den chinesischen Markt für deutsche Finanzunternehmen, wie Banken und Versicherungen, zu öffnen. Da geht es zunächst darum, dass die chinesische Regierung diese Marktöffnung für möglichst viele Bereiche zusagt; aber es geht dann in der Folge auch darum, dass die mit der Volksrepublik China vereinbarten Marktöffnungen auch tatsächlich Wirklichkeit werden.

Und dazu ist es sehr üblich, dass deutsche Unternehmen um Unterstützung der Auslandsvertretung und auch der Bundesregierung oder der Landesregierung* bitten. Sich dieser Anliegen anzunehmen, gehört zu den üblichen Maßnahmen der Außenwirtschaftsförderung übrigens nicht nur der Bundesrepublik Deutschland und auch nicht nur in China. Aber in China ist das wegen der Besonderheiten des dortigen Wirtschaftssystems mit der starken Stellung der Kommunistischen Partei von besonderer Bedeutung. Daher sind die Bundesministerien und das Bundeskanzleramt sowie die deutsche Botschaft regelmäßig mit den chinesischen Gesprächspartnern im Kontakt und weisen auch häufiger auf entsprechende Vereinbarungen sowie das konkrete Interesse deutscher Unternehmen an der Umsetzung dieser Vereinbarungen hin.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Auch wenn sich dieser Untersuchungsausschuss natürlich auf *ein* Unternehmen fokussiert, ist mir das ganz wichtig, festzustellen: Es ging bei der Marktöffnung im Rahmen des Finanzdialogs um eine Vielzahl von Einzelpunkten und um viele verschiedene Unternehmen.

Im Ergebnis des Dialogs wurden mehrere Vereinbarungen unterzeichnet - das sollte beachtet werden, wenn heute immer wieder nur von dem einen Unternehmen die Rede ist -; unterzeichnet wurden unter anderem ein Abkommen zur deutsch-chinesischen Kooperation bei der Bankenregulierung, ein Abkommen zur Kooperation beim Wertpapierhandel und ein Memorandum of Understanding zwischen der Bundesbank und der chinesischen Zentralbank, der People's Bank of China.

Daher ein paar Bemerkungen zum zweiten hochrangigen deutsch-chinesischen Finanzdialog, der am 17. und 18. Januar 2019 in Peking stattfand mit Bundesminister Olaf Scholz, Bundesbankpräsident Weidmann, BaFin-Präsident Hufeld; und auch der Kollege Kukies und ich und eine Vielzahl von Fachkolleginnen und Fachkollegen aus dem BMF waren dabei, ebenso wie viele Journalistinnen und Journalisten, die ausgiebig über das Treffen und die Ergebnisse und die Reise berichtet haben.

Wie der Name schon suggeriert, haben wir beim *zweiten* hochrangigen deutsch-chinesischen Finanzdialog nicht bei null oder bei eins angefangen, sondern es gab einen ersten Finanzdialog, und zwar im Jahre 2015, und schon bei diesem ersten Dialog ging es auch um das Thema Marktzugang und das Thema Zahldienste. Damals wurde das in der Vereinbarung unter Punkt 12 benannt - ich zitiere -: Both sides agree to strengthen cross-border payment services, also: Beide Seiten kommen überein, die grenzüberschreitenden Bezahldienste zu stärken. - Oder in der damaligen Nummer 17 - ich zitiere wieder -: China and Germany encourage financial institutions in both countries to strengthen communication and deepen cooperation, also ungefähr: China und Deutschland bestärken die Finanz-

institutionen in beiden Staaten, ihre Kommunikation zu stärken und ihre Zusammenarbeit zu stärken*.

Wenn ich mich richtig erinnere, war das Thema „Fortsetzung des Finanzdialogs“ relativ schnell Thema, als ich Mitte März 2018 in das Finanzministerium kam und meine Tätigkeit als Staatssekretär dort aufgenommen habe. Ich habe jetzt noch mal nachgeschaut, auch in Vorbereitung auf diesen Ausschuss, und gesehen, dass mich der chinesische Botschafter, der damalige*, Shi Mingde, am 5. April besucht hat und bei seinem Antrittsbesuch ausweislich der Gesprächsvorbereitung auch die Fortsetzung des Finanzdialogs schon Thema war. Es gab ein sehr großes Interesse der chinesischen Seite daran; denn beim Nationalen Volkskongress 2018 hatte Premierminister Li Keqiang weitere Marktöffnungen für ausländische Finanzdienstleister angekündigt.

Und dann gab es im August 2018 ein Gespräch des Botschafters Shi Mingde mit dem Minister. Auch da war der hochrangige Finanzdialog schon Thema, und da wurde auch schon ein Datum vorgesehen, nämlich damals noch der 17. bis 19. Januar 2019.

Wir haben da auch ein Anliegen - das ist ein kleiner Dauerbrenner seit 2019 - angebracht schon gleich, nämlich einen Letter of Intent, der zwischen BaFin und dem chinesischen Counterpart, der CBIRC, der China Banking and Insurance Regulatory Commission, geschlossen werden soll. Und wir haben auch das Anliegen Deutschlands vorgebracht, dass wir gerne einen europäischen Hub einer chinesischen Bank in Deutschland, konkret in Frankfurt, sehen würden.

Es hat dann in der Folge die Überlegung gegeben, den Vizepremier Liu He nach Deutschland, konkret nach Hamburg, einzuladen; denn dort sollte am 27. November 2018 der sogenannte „Hamburg Summit: China meets Europe“ stattfinden. Aus protokollarischen Gründen hat es dann auch eine Einladung des Vizekanzlers an den Vizepremier gegeben und einen Termin mit Liu He.

Wir haben dieses Treffen sozusagen* auch gleich nutzen können, einen ersten Erfolg in Sachen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Markttöffnung in China für deutsche Unternehmen der Öffentlichkeit vorzustellen: mit der Zusage einer Lizenz für die Allianz-Versicherung sozusagen im Vorgriff auf den deutsch-chinesischen hochrangigen Finanzdialog.

In Vorbereitung sowohl dieses Besuches von Liu He als auch des Finanzdialogs hat es dann sehr viele Gespräche und Termine gegeben. Ich glaube, das ist ganz gut, Ihnen das noch* mal zu schildern, damit Sie einen Eindruck auch* bekommen von diesem Finanzdialog und dem Kontext, in dem sich das Ganze abgespielt.

Am 15. November 2018 hat sich der Vizeminister Liao Min bei Botschafter Goetze gemeldet. Das ist jetzt ein DKOR, der Ihnen auch vorliegt, der allerdings VS ist; insofern kann ich ihn nur schwer hier zitieren, aber wenn Sie ihn sich angucken, werden Sie sehen, dass dort die Bitte übermittelt wurde, über den Vizeminister, vom Vizepremier an den Botschafter, dass man konkrete und messbare Fortschritte haben wolle, um auch* gegenüber Deutschland* die Ernsthaftigkeit des Anliegens der chinesischen Seite - -* deutlich machen wollte an der Markttöffnung und an der Beseitigung von Handels- und Investitionshemmnissen.

Und wer sich ein bisschen mit dem deutsch-chinesischen Verhältnis oder China insgesamt beschäftigt, weiß, dass diese Frage der Markttöffnung in China ganz besonders wichtig ist. Wir sind ja relativ offen als Volkswirtschaft und als* westliche, marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaften, aber haben diesen gleichen Zugang in China nicht, und das ist immer wieder eine Beschwer für deutsche Unternehmen.

Der Vizeminister hat dann darum gebeten, zeitnah eine entsprechende Liste mit Petita deutscher Unternehmen zu erhalten aus dem Bereich „Wirtschaft und Finanzen“. Die deutsche [sic!]* Seite - -* wollte die deutschen Anliegen kennenlernen und aufgreifen, die insbesondere China kurzfristig erfüllen könne, und wollte zugleich die chinesischen Markttöffnungsabsichten belegen, sozusagen plausibel überprüfbar und messbar. Das waren natürlich gute Nachrichten für uns.

Und wenn Sie dann den DKOR weiterlesen, den Drahtbericht,* vom 16.11., wird da aufgeführt, welche Anliegen der deutschen Wirtschaft in China bei der deutschen Botschaft in Peking anhängig sind. Wenn ich richtig gezählt habe - ich glaube, bei Ihnen sind das ein bisschen geschwärzte Sachen -, waren das neun Anliegen aus dem Finanzwesen, und eines davon betraf Wirecard, nämlich die Vergabe von vier landesweiten Payment-Lizenzen. Um das auch gleich dazuzusagen: Ich habe dem damals keine weitere Bedeutung beigemessen und habe das so zur Kenntnis genommen.

Mich hat dann auch der Botschafter, gleich noch am 15.11., angerufen. Wir haben telefoniert, sowohl zum Finanzdialog als auch zur Vorbereitung des Besuches des Vizepremiers Liu He in Deutschland. Und dann ist die Maschine sozusagen* angelaufen. In der Folge hat es dann eine Zusammenstellung dieser Petita gegeben, eine interne Vorbereitung einer umfassenden Liste; auch die liegt Ihnen im VS-Teil geschwärzt* vor. Gesammelt hat das der Federführer BMWi; aber die bei mir zuständige Referentin aus dem Fachreferat I C 2, Frau Dr. Braun-Werner, hat dann am 21.11. an das BMWi sehr viele Finanzanliegen gemeldet, unter anderem die zeitnahe Erteilung von Lizenzen für deutsche Banken, die Sitzverlagerung einer Tochter einer chinesischen Bank nach Frankfurt, die Zusage regulatorischer Erleichterungen, die Unterzeichnung eines Letter of Intent im Bankenbereich durch die Aufsichtsbehörden, den ich vorhin erwähnte, die zeitnahe Erteilung von Lizenzen für die Betätigung von deutschen Versicherungen in China, die Vereinbarung eines MoU zwischen der BaFin und der CBIRC im Wertpapierbereich. Und das sollte dann die Grundlage sein auch für die Gespräche mit Liu He in Deutschland, auch wieder in Vorbereitung des deutsch-chinesischen Finanzdialogs im Januar.

Ich habe dann im Nachgang zu dem Gespräch mit dem Botschafter und im Vorgriff der Reise von Liu He am 23.11. auch mit Liao Min, dem Vizeminister, der dann später von mir diese Mail bekam, telefoniert. Auch da sind wir noch mal den Finanzdialog durchgegangen, die verschiedenen Interessen und den Besuch von Liu He. Er hat*



Nur zur dienstlichen Verwendung

geschickt* den Entwurf einer Agenda*, also was den Ablauf anbelangt, das Setting und die Themen, also so eine Art annotierte Agenda, wo auch schon bestimmte Themen drinstanden. Wir haben dann diskutiert und bestimmte Themen gestrichen, die politisch nicht opportun waren oder die eben* nicht in die Zuständigkeit des Finanzministeriums fielen; wir wollten daraus ja keine kleine Regierungskonsultation machen. Auch da hat mir Liao Min noch mal deutlich gesagt, dass die chinesische Seite substanzielle Ergebnisse erwartet - wir übrigens auch -, und wir haben dann auch schon mal ein bisschen angerissen, was auf der politischen Ebene von besonderer Wichtigkeit war im Zusammenhang mit G20, dem Pariser Club als Club der Gläubigerstaaten und - insbesondere im Hinblick auf Afrika - Schulden- und* Staatsverschuldungsfragen*. Wir haben dann vereinbart, dass die Fachebene an der Agenda, also der Tagesordnung, weiterarbeiten sollte, und wir waren uns einig, dass es konkrete Ergebnisse bringen sollte, insbesondere natürlich auch im Hinblick auf die Regulatoren*.

Wirecard war nicht Thema - um das auch gleich zu sagen -, und auch das Thema Bezahl Dienste hat keine Rolle gespielt.

Am 26.11. kam es dann zum Gespräch von Bundesminister Scholz mit dem Vizepremier Liu He*. Auch da wurde über die Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich „Finanzen und Haushalt“ gesprochen, einschließlich zweiter Finanzdialog. Wir haben die internationale Finanzlage erörtert, Reformen der EU im Finanzbereich, die Global Governance im Finanz- und Wirtschaftsbereich. - Auch da hat Wirecard keine Rolle gespielt.

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Können
Sie noch mal eben sagen: In
welchem Jahr befinden Sie
sich? 2018?)

- Wir sind 2018, November 2018.

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Danke!)

Und vielleicht auch das als Einschätzung, weil das, glaube ich, wichtig ist: Die chinesische Seite stand damals, 2018, Ende 2018, in gewisser Form unter Druck, weil es diese harten Spannungen mit der US-amerikanischen Administration gab. Die G7-Staaten hatten alle sehr stark gedrungen auf die* Marktöffnung*. Große Verärgerung über das Thema* „Exportkredite, State-owned Enterprises“*, dieses ganze Thema der unfairen Bedingungen, auch gerade für die entwickelten Industriestaaten. Sie kennen die Blockade der WTO. Deswegen war es auch im G7-Kreis immer wieder Thema: Wie kriegen wir die Chinesen dazu, bestimmte Zugeständnisse - übrigens auch im Hinblick auf das Thema Schuldentransparenz, das ja jetzt gerade eine ganz besondere Rolle auch bei der Pandemie spielt - zu bewegen? - Und das Thema „Steuervermeidung bei der OECD“ - Sie kennen jetzt das Thema in der Folge auch -, was also den BEPS-Prozess anbelangt, war eben auch von großem Interesse und vom* Thema.

Ich komme zurück wieder zu der Vorbereitung dieses Finanzdialogs. Bis Januar ist dann auf der Fachebene, insbesondere bei mir* das Referat I C 2, die Agenda, also erst mal die Tagesordnung, wo aber dann schon einzelne Themen mit benannt wurden, hin und her diskutiert worden. Ich sage mal ein Thema, das der eine oder die andere vielleicht auch kennt: Belt and Road Initiative. Die Chinesen wollten im Prinzip ein Endorsement, dass wir das gut finden. Das wollten wir auf keinen Fall, weil es ja auch gerade, was das chinesische Engagement im Rahmen von Belt and Road in Europa anbelangt, große Zurückhaltung gibt. Also, um* solche Themen ist* da diskutiert worden.

Und dann wurde ab Anfang Dezember auch am Entwurf - was die Chinesen zunächst eine List of Outcomes* nannten und was dann später die Joint Declaration* oder das Joint Statement* wurde - verhandelt. Ich habe mir das jetzt auch noch mal angeguckt und nachgefragt, wie der genaue Ablauf ist, weil das ja eine spannende Frage für Sie ist, woher denn dieser berühmte Punkt 30 kam. Ich muss Sie allerdings enttäuschen: Der kam von der chinesischen Seite.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es war so, dass am 9. und 10. Dezember der erste Entwurf durch die Chinesen geschickt wurde für diese List of Outcomes. Ist auch klar, die Chinesen waren Gastgeber; deswegen hatten sie sozusagen das Erstschreibrecht. Das war ein umfangreiches Papier, damals auch 34 Punkte, politisch vor allem, was ich vorhin sagte: G20, aber dann Belt and Road und verschiedenes anderes. Der jetzige Punkt 30 war damals interessanterweise noch nicht enthalten.

Dann hat das zuständige Fachreferat, I C 2, diese Mail erhalten und hat sie dann, wie das üblich ist,* am 11. Dezember,* an die fachlich zuständigen Referate für die einzelnen Punkte im Haus verteilt; das waren dann natürlich besonders viele Referate aus der Abteilung VII, der Finanzmarktabteilung. Dann ist das kommentiert worden, bewertet worden.

Und am 14.12., ohne Anlage, und am 16.12., mit Anlage - aufgrund des Versehens der Kollegin -, ist es dann mit den deutschen Kommentaren an die Chinesen zurückgeschickt worden. Auch da war dann das, was sich später als Punkt 30 wiederfindet, noch nicht enthalten, also kein Petitionum der deutschen Seite, das an die Chinesen gegangen ist.

Am 18.12. kam die Rückmeldung der Chinesen - wieder etwas ausführlicher -, und dann wuchs das ganze Ding schon an, sodass eine Ziffer 38 enthalten war, die weitgehend der heutigen Ziffer 30 entspricht. Es war also nicht das BMF, das diese Klausel da eingefügt hat zu den Cross-Border-Payment-Systemen, sondern die chinesische Seite.

Die Rückmeldung der Fachebene bei uns war dann - das war das Referat VII B* 3 -, dass man dazu bitte die Bundesbank kontaktieren solle wegen des Cross-Border Payment Systems CIPS, und das ist dann auch geschehen. Da gab es aber offensichtlich dann - das konnte ich jetzt so schnell nicht nachvollziehen - keine weiteren Bedenken. Es hat dann allerdings noch eine kleinere Änderung gegeben an dem Text der inzwischen zu Ziffer 32 gewordenen Ziffer, die heute die Ziffer 30 ist, und zwar durch die Botschaft,

Herrn Putscher - das ist der Referatsleiter Finanzreferat, also der Chef sozusagen von Herrn Peters, mit dem Sie ja, glaube ich, eben schon ein bisschen Zeit verbracht hatten -, und der hat darum gebeten und vorgeschlagen dem BMF, dass man ein „nationwide scale“ in diesen Text einfügen möge, und verband das mit dem Hinweis, dass - das hatte er vorher, zwei, drei Ziffern vorher, ausgeführt - es ein vergleichbares Problem bei der Zulassung von Versicherungen in China gebe. Und wenn die eben nicht „on a nationwide scale“ arbeiten könnten, dann müssten sie in jeder einzelnen Provinz das Genehmigungsverfahren durchlaufen, und eine große deutsche Versicherung hat wohl mal ausgerechnet, das würde dann 70 Jahre dauern, und damit wäre die Lizenz vielleicht dann doch nicht so wertvoll. Das sind so die Kleinigkeiten, auf die man bei solchen Verhandlungen gerade mit unseren chinesischen Freunden immer besonders aufpassen muss; da geht es wirklich um einzelne Wörter; es ist immer wieder spannend, zu sehen, was sich hinter bestimmten Formulierungen versteckt. - Auch da - nur um das auch gleich zu sagen -* keinerlei Hinweis auf Wirecard zu finden.

Die Ziffer war ansonsten immer unstrittig - also, ich habe mir das noch mal angeguckt, auch in den verschiedenen Entwurfsvarianten, die ich jetzt so schnell sehen konnte, die allerdings auch nicht veraktet sind, sondern die ich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern persönlich in den E-Mails noch mal mir habe geben lassen -, die war unstrittig, und wenn ich das richtig sehe, ist sie nicht weiter bearbeitet worden. Ich weiß allerdings sicher, dass *ich* mich mit dieser Ziffer niemals beschäftigt habe und sie mir auch niemals als problematisch geschildert wurde, anders als ganz, ganz viele andere, über die wir dann zum Teil in China auch noch richtig spät und lange verhandelt haben.

Im späteren Verlauf gab es dann zu einzelnen Punkten auch Rückkopplungen sowohl mit der BaFin, die ja betroffen war, als auch mit der Bundesbank und verschiedenen Unternehmen, die Anliegen hatten, also zum Beispiel die Deutsche Bank, die Allianz. Das ist dann im Wesentlichen über die Abteilung VII, den damaligen Kollegen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herrn Holle, geschehen, manchmal auch über Herrn Kukies oder auch mich.

Und am Ende - vielleicht das auch noch mal wichtig -: Bei den ganzen Verhandlungen auch für die deutsche Seite hat nach Auskunft meiner Kolleginnen und Kollegen Wirecard keine oder, wenn, eine untergeordnete Rolle gespielt. Die haben sich auch nicht gemeldet. Für uns standen andere Themen und Unternehmen im Zentrum, etwa die Deutsche Bank, die Versicherungen, diese Frage des European Hub für eine chinesische Bank, die Deutsche Börse mit der CEINEX, einem gemeinsamen Joint Venture mit den Chinesen, und vor allem natürlich auch die politischen Themen, von denen ich ein paar schon erwähnt hatte, was den G20-Prozess anbelangt: Steuervermeidung, Schuldentransparenz und Chinas Kooperation mit dem Pariser Club bei der Schuldenrestrukturierung. - Und um auch das gleich vorneweg zu sagen: Ich bin im Zusammenhang mit den Verhandlungen zum Finanzdialog und diesem Joint Statement oder List of Outcomes oder wie auch immer weder von Wirecard noch von Dritten auf Wirecard angesprochen worden.

Die Joint Declaration, die dann verabschiedet worden ist - und die kennen Sie -, vom 18.01.2019, umfasst jetzt, am Ende 34 Punkte. Die letzten Details haben wir in China bis spät in die Nacht verhandelt. Und da ist der Punkt 30, der sich besonders* jetzt - -* auf den sich ja auch* Wirecard beruft*. Wenn Sie sich diese Joint Declaration angucken, sehen Sie, dass da eine große Zahl von Öffnungen des chinesischen Marktes vereinbart werden konnte für deutsche Unternehmen. Und der Punkt 30 - ich weiß nicht, ob der Ihnen allen ver- -* gegenwärtig ist; ich will ihn deswegen vielleicht doch noch mal vorlesen -, da geht es nämlich* um den Bereich Bezahlendienste - ich zitiere -:

The Chinese side welcomes more qualified German institutions to join the RMB cross-border payment system (CIPS) for cross-border RMB clearing and settlement business. The Chinese side welcomes capable and willing German-funded enterprises to enter

the Chinese payment service market on a nationwide scale to enhance the overall strength of the industry.

Zitat Ende. - Sie sehen also, „nationwide scale“ haben wir reingekriegt. - Die chinesische Seite begrüßte also das Engagement deutscher Unternehmen auf dem, wie man sagen muss, großen Markt für Bezahlendienste in China und für das grenzüberschreitende Abrechnungs- und Clearinggeschäft. Das war aus unserer Sicht ein sehr gutes Ergebnis insgesamt. Das wurde auch insgesamt so gesehen; wenn Sie sich die Presseberichtserstattung der auch mitreisenden Presse angucken, glaube ich, gibt es ein sehr positives Bild. Das ist übrigens etwas, was mir auch* und* dem Bundesfinanzminister im Kreise der Kolleginnen und Kollegen der G7 entgegengekommen ist: dass wir, zumindest auf dem Papier, sehr viel erreicht hatten, sowohl zum Bereich Marktöffnungen, aber insbesondere auch dadurch, dass wir das Thema Schuldentransparenz, wo sich die chinesische Seite sehr, sehr, sehr* schwer tut, also Staatsschuldentransparenz - -* hingekommen* sind*. Ich glaube - ich hatte ja eben schon ein bisschen die geopolitische Lage erwähnt -, dass es eben auch damit zu tun hatte, dass sie ein paar Erfolge nach außen verkaufen wollten.

Was die Erfahrung mit China allerdings grundsätzlich ist, ist, dass Papier sehr geduldig ist und deswegen Vereinbarungen immer auch nachgehalten werden müssen; denn sonst gibt es immer irgendeine Unterbehörde oder eine Provinz, die noch mal eigene Anforderungen entwickelt - - und man dann trotz einer sehr schönen Vereinbarung und eines Agreements nie zu einem Ergebnis kommt. Und - ich glaube, das gehört auch zur Wahrheit dazu, wenn man mit China zu tun hat -: China ist ein Zentralstaat mit einer sehr, sehr starken Rolle der Zentralregierung und auch der Kommunistischen Partei, und manche Dinge sind eben nur über die Einschaltung der Führung zu lösen - dann aber geht es häufig auch.

Und das war auch der Grund, warum ich noch auf dem Rückflug zusammen mit dem Kollegen Holle, dem Abteilungsleiter der Abteilung VII - das macht man dann ja so, wenn man da mit den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kolleginnen und Kollegen noch zusammensitzt -, die zuständige Unterabteilungsleiterin Frau Kothé gebeten habe, mit dem Monitoring der Ergebnisse, dieser 34 Punkte, zu beginnen. Frau Kothé hat - die liegt Ihnen auch vor, wenn ich das richtig sehe - eine Mail am 23.01. dann* geschrieben an die Kolleginnen und Kollegen und hat darum gebeten, mit ausreichend zeitlichem Vorlauf vor der IWF-Frühjahrstagung eine erste Bestandsaufnahme zu den Vereinbarungen zu machen, sodass ich das Thema mit meinem chinesischen Counterpart, also Vizeminister Liao Min, aufnehmen kann. Die Unterabteilungsleiterin hat dann um eine Steuerungsmatrix und eine Zeitplanung gebeten*, Botschaft und Abteilung VII, also Finanzabteilung, seien einzubeziehen, erster Entwurf bis Ende Januar. Das war auch 2015 mit dieser Steuerungsmatrix schon so.

Auch auf der chinesischen Seite gab es offenbar das gleiche Interesse; denn - im sogenannten DKOR vom 02.12.2019 - in einem Gespräch von Botschafter Goetze mit dem Vizeminister Liao Min sagte der, er lasse sich auch vierteljährlich einen Umsetzungsbericht vorlegen und wolle gegebenenfalls nachsteuern.

Und um auch das noch mal deutlich zu sagen, weil es da ja so Presseveröffentlichungen letzte Woche gegeben hatte mit dem Eindruck, ich hätte in Bezug auf Wirecard um ein enges Nachvollziehen gebeten mit dem, was die Anliegen des Unternehmens anbelangt: Nein, ich habe nicht in Bezug auf Wirecard mit dem Finanzreferenten Herrn Peters gesprochen oder korrespondiert; es war diese allgemeine Aufforderung, wie man der Mail von der Unterabteilungsleiterin Frau Kothé entnehmen kann. Wirecard - noch mal - war bei mir da kein besonderes Thema - bis zum Anruf von Herrn Gartzke im Juni 2019.

Wenn man sich den DKOR zum zweiten Finanzdialog anguckt, vom 31. Januar 2019, sieht man, dass auch der Botschafter Wirecard nicht erwähnt. Er referiert den großen Erfolg nach zehn* Verhandlungen: so viel Marktöffnung wie noch nie.

Ihnen liegt vor der erste Monitoring-Bericht, der dann am 05.03.2019 erschienen ist; da geht es

viel um die internationalen Aspekte und den Umsetzungsstand Schuldentransparenz - Engagement Chinas bei der Schuldentransparenz -, bilaterale Zusammenarbeit hinsichtlich des Informationsaustausches über die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen sowie, als Drittes, die Umsetzung der deutschen Forderungen nach verbessertem Marktzugang für deutsche Unternehmen im Finanzbereich in China. Zu jedem der 34 Punkte findet sich in so einer Excel-Tabelle etwas. Die liegt Ihnen ja, zumindest immer in teilgeschwärzten Auszügen, vor, und da können Sie sehen, wie viele Aspekte tatsächlich dieser Finanzdialog umfasste.

Das Vorgehen wurde von der Fachabteilung in dem Vermerk vom 7. März, den ich am 15.03. abgezeichnet habe, weiter geschildert, und es wurde vorgeschlagen, dass jeweils zum Quartalsende berichtet werden solle, dass das Referat I C 2 die Steuerung übernehmen solle bei den Fachreferaten, dass die Monitoring-Tabelle, die Sie in den Unterlagen haben, jeweils erstellt wird und dass ein regelmäßiger Kontakt des Finanzreferenten der deutschen Botschaft mit Vertretern der deutschen Banken und Versicherungen vor Ort in Peking erfolgen solle und eine Rückmeldung an das Steuerungsreferat I C 2. Und dann soll es auch einen Austausch des Finanzreferenten und von I C 2, also unserem Fachreferat in Berlin, mit dem chinesischen MoF, dem Ministry of Finance, geben, zur Umsetzung der Vereinbarungen des Finanzdialogs.

Und wenn Sie sich die Tabelle vom 5. März, die da diesem Vermerk vom 7. März beigelegt war, anschauen - ich glaube, Sie haben das auch in meinem Rücklauf -, dann habe ich da einige Anmerkungen zu einzelnen Einträgen gemacht und auch Nachfragen gestellt, aber zu Wirecard nur so kurz unterstrichen den Eintrag, dass dort die Nachfrage durch die Botschaft im Mai stattfinden solle, also unter dem Punkt 30. - Meine Erinnerung daran ist jetzt, dass Wirecard nicht weiter beachtet wurde, für mich keine Rolle spielte; das war eben ein Unternehmen unter vielen, das aber da keine besonderen Auffälligkeiten zeigte.

Ich war mit dem Vizeminister Liao Min mehrfach in Kontakt. Das war das vereinbarte Verfahren, da



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja auch die chinesische Seite konkrete Fortschritte wollte. Dabei habe ich mich zum Beispiel im Januar 2019 schon für die Deutsche Bank und das Thema Lizenzen eingesetzt, dann im März 2018* noch mal eine Mail geschrieben auch zur Deutschen Bank und einem IPO, einem Börsengang eines chinesischen Unternehmens. Da hat er mir dann sehr freundlich zurückgeantwortet, das sei die unabhängige Entscheidung des Unternehmens, darauf könne das MoF keinerlei Einfluss nehmen.

Mit* dem Gespräch mit dem Botschafter im April 2019 hat Olaf Scholz noch mal den EU-Hub in Frankfurt angesprochen, was ja auch ein Outcome des Finanzdialogs war. Ich habe im August 2019 Liao Min wiederum geschrieben, auch wieder zum EU-Hub, zur Frage der Lizenzen in China, und den Vorschlag gemacht, wir sollten doch ein Stocktaking im Herbst vornehmen. Ich habe dann im September eine Antwort darauf bekommen. Und dann hat tatsächlich auch die Deutsche Bank eine sogenannte A-Lizenz erhalten.

Ich hatte angedacht, nach China zu fahren. Weil ich das auch schon gerüchteweise hörte, dass wir das irgendwie verschwiegen hätten, dass ich nach China gefahren sei: Nein, ich bin nicht nach China gefahren; aber in der Tat, es war angedacht, dass ich nach China fahre. Ich habe davon dann aber, auch angesichts der außenpolitischen Lage, abgesehen. Einige* Kolleginnen und Kollegen von Ihnen war die Einreise, wenn ich mich richtig erinnere, verwehrt worden, und ich hatte das dann für nicht so glücklich gehalten, wenn dann ein Staatssekretär dorthin fährt und diese Missbilligung dann unterläuft.

Im Juli 2020 habe ich dann noch mal geschrieben, habe wieder das Stocktaking angemahnt, auch ein bisschen die Unzufriedenheit mit den Fortschritten zum Ausdruck gebracht. Da ging es dann insbesondere um CEINEX und die Deutsche Bank. Auch da habe ich wieder eine Antwort gekriegt, im Oktober. Und jetzt zuletzt im November haben wir noch mal einen intensiven Austausch gehabt, auch wieder zum Thema „Deutsche Bank, CEINEX und Lizenzen im Versicherungsbereich“.

In diesem Kontext ist dann auch meine Mail vom 27. Juni 2019 zu sehen, in der ich meinen chinesischen Counterpart über das konkrete Interesse von Wirecard an der Übernahme eines chinesischen Zahlungsdienstleisters informiert habe, der AllScore Payment. Und vielleicht jetzt zu diesem Komplex, weil der ja der ist, der Sie besonders interessiert, wenn ich das richtig wahrnehme.

Da war es so, dass mich Dr. Ulf Gartzke von Spitzberg Partners im Juni anrief und sich auf den Finanzdialog und diese Nummer 30 in dem Joint Statement, der Joint Declaration berief. Er hat mir berichtet von der Idee, dass dieses Unternehmen Wirecard eine Cross-Border-Payment-Lizenz erlangen wolle und es dazu einer Genehmigung durch die People's Bank of China bedürfe. Ich habe jetzt nicht mehr so ganz konkrete Erinnerung an das Telefonat, sondern mehr so vage Erinnerung an die Einzelheiten; aber ich weiß, dass ich dann gesagt habe, ich könnte mich ja an Liao Min wenden, das sei das übliche Verfahren. Allerdings - das war ja die Erfahrung meiner Mail aus dem März zu der Frage „IPO und Unterstützung durch die Deutsche Bank“ - habe ich ihm auch gesagt, dass ich vermute, dass er sagen werde, die People's Bank of China sei ja doch unabhängig und da könne man leider nichts machen. - Wenn mich jemand angesprochen hätte und gebeten hätte, ich möge bei der Bundesbank etwas tun, hätte ich ja auch auf die Unabhängigkeit der Bundesbank hingewiesen. - Trotzdem habe ich gesagt, das mache ich. Weil Wirecard als DAX-30-Unternehmen auch auf der Monitoring-Liste des Ministeriums stand, hatte ich keinen Grund gesehen, diese Mail nicht zu schreiben. - Ich ging davon aus und gehe das auch weiterhin, dass ich mich vollständig im Rahmen der Vereinbarungen des Finanzdialogs bewege. - Ich habe ihn deswegen gebeten, dass er mir dazu was aufschreiben möge und schicken möge, also insbesondere die Namen der Beteiligten, dann die Technik - weil mir jetzt das Cross-Border-RMB-Clearance[sic!]*-and-Settlements-Business nicht so ganz geläufig ist - und das Ganze auf Englisch, weil ihm das als jemand, der nun schon sehr lange in den USA lebt, leichter fällt als mir. Und dann habe ich diese Mail, die erbetene, von Gartzke am 22. Juni erhalten mit einer Sachverhaltsschilderung* auf Deutsch und dann einer



Nur zur dienstlichen Verwendung

Anlage mit so einer Art Mustermail. Die ist ja öffentlich bekannt, durch die IFG-Anfrage auch, und findet sich auch auf der Homepage des BMF und natürlich auch in Ihren Akten.

Am 26. Juni - vielleicht auch das noch wichtig - hat es dann den nächsten Fortschrittsbericht meiner Abteilung gegeben, kurz vor meinem Abflug nach Osaka. Da wird im Monitoring auch wieder Wirecard erwähnt, auch wenn lustigerweise in der Liste, die das Datum vom 29.05. trägt, bei Punkt 30 noch steht: BMF-Nachfrage im Mai. - Sie erinnern sich, das hatte ich mal so unterstrichen. Aber das zeigt vielleicht auch, wie wenig zentral das Thema Wirecard tatsächlich bei uns im Finanzministerium im Hinblick auf die Frage des deutsch-chinesischen Finanzdialogs und die Begleitung der Aktivitäten war.

Ich habe dann diese Mail geschrieben, das, was der Gartzke mir geschrieben hatte, umformuliert, am 27. Juni 2019 geschrieben* um 0.57 Uhr. Nach meinem Blick in den Kalender habe ich mich da irgendwo im Flugraum befunden, auf dem Flug nach Osaka zum G20-Treffen. Es hat dann kein weiteres Follow-up gegeben, also weder hat sich mein chinesischer Kollege bei mir gemeldet, noch habe ich mich dann weiter bei ihm gemeldet. Ich habe das auf sich beruhen lassen, ein bisschen vor dem Hintergrund dessen, was ich Ihnen geschildert hatte. - Und ansonsten - auch um das deutlich zu sagen - war Wirecard bei meinen Gesprächen mit der chinesischen Seite kein Thema; auch in der dann ja von mir geschriebenen Mail im August war es kein Thema.

Vielleicht das noch: Sie kennen die Haltung - das habe ich gesagt - von Finanzminister Scholz, was Transparenz, Aufklärung und auch Konsequenzen anbelangt. Wir sind uns, glaube ich, alle einig - und Sie werden das ja noch sehr präzise rausarbeiten, was da alles genau passiert ist -, dass wir es hier mit einem riesengroßen Skandal zu tun haben und viele Tausende Anlegerinnen und Anleger um ihr Geld gebracht worden sind. Wir haben deswegen, wie Sie wissen, im BMF sofort angefangen, für die Sondersitzungen des Finanzausschusses und Ihre vielen, vielen und sehr umfangreichen und detaillierten Fragen - - uns

entschieden, sofort umfangreich auch zu antworten. Ich habe auch darum gebeten, dass wir eine Sonderseite auf der BMF-Homepage einrichten: <http://www.bundesfinanzministerium.de/wirecard>; da findet sich seit dem Moment der Übermittlung die Chronik, die Sie kennen, die für die Sitzung des Sonderausschusses erstellt worden ist; da finden sich auch, gesammelt, alle parlamentarischen Anfragen und auch andere Anfragen, damit alle Bürgerinnen und Bürger sich schnell und einfach ein eigenes Bild machen können. Und natürlich gehört zu dieser Transparenz auch dazu, dass in der Chronik vom 16. Juli für Sie, für den Finanzausschuss, auf Seite 15 meine Mail an den Vizeminister Liao Min aufgeführt worden ist. Und, wie ich schon sagte, über die IFG-Anfrage ist auch die Mail von Gartzke zu finden.

Gleichzeitig, praktisch mit dem Bericht an Sie im Ausschuss, hat es eine Anfrage des „Spiegel“ gegeben; der hat sich dem Thema China ja auch sehr liebevoll gewidmet. Diese Anfrage vom „Spiegel“ ist auch in den Ihnen übermittelten Akten zu finden, und zwar deswegen, weil ich das dann alles mal zusammengestellt habe und dann, ich glaube, am 28. Juli an Ihren Kollegen Lothar Binding übermittelt habe; das dürfte sich in den Sachen zum 21er-Beschluss finden. Das haben wir dann mal zusammengestellt. Sie können dem entnehmen, dass wir auch da volle Transparenz gewahrt haben, schnell geantwortet haben und uns bemüht haben, alles zu erläutern, was es dazu zu erläutern gibt - weil ich felsenfest davon überzeugt bin, das ist der einzige Weg, in einem solchen Fall zu verfahren.

Wie Sie den vorliegenden Mails interner Natur auch entnehmen können - einer Mail von mir vom 23. Juli, die im 21er-Beschluss als VS-Sache vorgelegt worden ist -, hätte ich Ihnen meine Mail an den Vizeminister Liao Min gerne auch schon im Sommer im Original vorgelegt, über die Geheimschutzstelle; aber die rechtliche Bewertung durch das Haus hat ergeben, dass dies wegen der Beziehung zu anderen Staaten und dem Präjudiz nicht möglich ist. Das ist jetzt so. Aber jetzt liegt die Mail ja vor, und wir können uns damit intensiver befassen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe dann übrigens noch mal im Sommer - das findet sich auch in Ihren Akten - nachgefragt bei den Kolleginnen und Kollegen, ob Wirecard eine Rolle gespielt hat bei den Gesprächen von Scholz oder mir im Vorfeld des Finanzdialogs - das ist eine Mail vom 23. Juli -, und das Ergebnis war klar: Nein, Wirecard war nicht Thema. - Also, auch die Fachkolleginnen und Fachkollegen sind noch mal die Dinge durchgegangen. Meine Erinnerung war das eben auch, dass Wirecard keinerlei Rolle gespielt hatte.

Vielleicht gestatten Sie mir zum Abschluss meiner einführenden Bemerkungen dann noch drei bewertende Anmerkungen.

Die erste ist, dass Wirecard kein besonderer Liebling der Bundesregierung war - weil ich das ja hin und wieder mal lese. Der Vorstandsvorsitzende hat sich kein einziges Mal mit dem Finanzminister getroffen, obwohl es sich um ein DAX-30-Unternehmen und ein Fintech handelt. Mit dem zuständigen Staatssekretär für die Finanzmarktpolitik, der ja doch den Kontakt zur Industrie pflegt normalerweise, hat er sich, wie Sie alle wissen, ein einziges Mal für eine Stunde getroffen, mit der Kanzlerin kein einziges Mal; und bei Anfragen nach Terminen wurde er auf den zuständigen Abteilungsleiter, Röllner, verwiesen. Das zeigt, er war nicht ein Liebling der Regierung, er hat keine besondere Behandlung erfahren. Aber es ist eben auch ein DAX-30-Unternehmen gewesen, und daher war es normal, das Anliegen ernst zu nehmen und auch aufzunehmen.

Zweitens. Ich habe Ihnen geschildert, dass der Finanzdialog neben diesen politischen Themen auch viele Anliegen von einzelnen Unternehmen berücksichtigt. Das Thema Marktöffnung war und ist im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Deswegen ist es auch normal, dass solche Anliegen - insbesondere im Hinblick auf China - auch politisch adressiert werden; das war ja genau das Ziel des Finanzdialogs und der Rahmen, in dem wir uns bewegt haben. Sonst sind Unternehmen alleine und stoßen auf unüberwindbare Hürden; das kenne ich übrigens auch aus meiner alten Tätigkeit in Hamburg noch. Deswegen ist es auch

ganz normal, dass die Bundesregierung sich regelmäßig für die wirtschaftlichen Interessen deutscher Unternehmen in anderen Ländern einsetzt. Das gilt insbesondere auch für die Volksrepublik China. Da geht es im Allgemeinen und auch in Einzelfällen vor allem um die wirtschaftliche Öffnung, zum Beispiel durch die Aufhebung von Investitionsbeschränkungen oder die Beseitigung anderer rechtlicher Hürden. Und Sie alle wissen, dass China für deutsche Unternehmen ein wichtiger, aber oft auch sehr schwieriger Markt ist; denn eigentlich vereinbarte Marktöffnungen stoßen in der Praxis häufiger auf Schwierigkeiten, wenn staatliche Stellen zu beteiligen sind, und aufgrund der politischen Struktur des Landes kommt der politischen Ebene - ich hatte das eingangs erwähnt - eine besondere Bedeutung zu.

Die Wirecard AG wollte als eines von vielen Unternehmen von dieser Marktöffnung, die wir vereinbart hatten, Gebrauch machen. Und um mit der Volksrepublik China vereinbarte Marktöffnungen dann tatsächlich Wirklichkeit werden zu lassen, bitten deutsche Unternehmen häufiger um Unterstützung der Bundesregierung. Ich glaube, Sie haben gesehen - und werden das ja sicher mit dem Kollegen Röllner auch noch erörtern -, dass regelmäßig, wenn die Kanzlerin, der Wirtschaftsminister, der Finanzminister nach China fliegt, der Flieger voll ist auch mit Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertretern, weil es immer wieder Anliegen gibt, die eben nur auf der politischen Ebene dann auch den letzten Anstoß kriegen. Und die chinesische Seite schätzt es auch sehr, in Anwesenheit der Politik Vereinbarungen zu schließen.

Sich dieser Anliegen von Unternehmen anzunehmen, gehört zu den üblichen Maßnahmen der Außenwirtschaftsförderung. Das ist, deswegen, auch der Grund, warum Bundesministerium*, Kanzleramt und die Botschaft die chinesischen Gesprächspartner regelmäßig kontaktieren und auf die entsprechenden Vereinbarungen hinweisen.

Vielleicht als Allerletztes - das wird sicherlich noch ein interessant zu diskutierender Teil -: Wir haben uns ja alle die Berichterstattung noch mal genau angeschaut: Was war wann, wie und wo



Nur zur dienstlichen Verwendung

bekannt im letzten Jahr? - Ich persönlich - aber darüber bin ich mit einigen von Ihnen ja auch schon dissent - bin der Meinung, wir müssen sehr deutlich unterscheiden zwischen dem, was im Januar und Februar bekannt war zu den Unregelmäßigkeiten bei der Wirecard-Tochter in Singapur - die sich auf das Jahr 2018 ja insbesondere beziehen und die dann ja auch Gegenstand der Bilanzpressekonferenz Ende April 2019 waren und die mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers EY endeten - und den Vorwürfen von Mitte Oktober 2019, die sich auf die Betrugereien mit den Drittpartnern bezogen und dann ja nicht nur Anlass für die forensische Prüfung durch die 40 Prüferinnen und Prüfer, wenn ich das richtig gelesen habe, der KPMG waren, sondern am Ende auch zur Aufdeckung der Betrugereien und zur Insolvenz des Unternehmens geführt haben. Diese konkreten Vorwürfe gab es auch in der „Financial Times“ erstmals im Oktober 2019, also, um Sie zu erinnern, nach den Mails oder der Mail und nach der Reise auch der Kanzlerin, und - das haben Sie ja auch sehr sorgfältig erörtert, öffentlich und, ich nehme an, mit dem Kollegen Peters eben auch - die haben ja dann auch zu einem deutlich geänderten Verhalten etwa in der deutschen Botschaft in Peking nach der Veröffentlichung dieser Dinge im Oktober 2019 geführt.

Zusammengefasst also: Ich hielt das für einen normalen Vorgang, dass ein DAX-30-Unternehmen sich meldet mit einem Anliegen im Bereich der Marktoffenung, so wie es andere Unternehmen auch getan hatten. Und da Herr Gartzke Bezug nahm auf die Vereinbarungen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs und sich das Interesse von Wirecard am Markteintritt mit dem übergeordneten strategischen Interesse unseres Landes an der Öffnung des chinesischen Marktes für deutsche Unternehmen deckte, sah ich keinen Grund, mich diesem Anliegen zu verschließen, und habe so gehandelt.

So weit als Einleitung. Jetzt freue ich mich auf vermutlich einige Fragen und das Gespräch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Schmidt. Das waren sehr ausführliche und gute Einlassungen von Ihnen.

Ja, ich würde einfach mal einsteigen und schon so ein bisschen reagieren. Was wäre denn aus Ihrer Sicht ein besonderer Liebling des BMF? Sie sagten, er [sic!] war kein besonderer Liebling. Das heißt ja für mich, es gibt eine andere Seite der Medaille. Gibt es denn besondere Lieblinge des BMF?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wir haben ja die meisten lieb; aber wir haben vor allem die lieb, die sich ehrlich, steuerehrlich vor allem, verhalten, die keine Steuerhinterziehung betreiben.

Und in der jetzigen Zeit, muss ich Ihnen ehrlich sagen - das gehört ja im Moment zu meinen Haupttätigkeiten -, treiben uns die Auswirkungen der Krise und der sehr schwierige Zustand der Unternehmen schon sehr um. Gibt ja einige, die sehr deutliche staatliche Unterstützung, zum Beispiel beim Wirtschaftsstabilisierungsfonds, auch nachsuchen, und viele, viele, viele andere, die sich melden in ihrer großen Not, wo wir uns eben bemühen, zu helfen, wo wir können, weil ich glaube, dass unsere Volkswirtschaft darauf angewiesen ist, dass wir gute Unternehmen haben, die auch die Stärke, die Deutschland eben hat, die Exporte - - dass das funktioniert. Insofern versuchen wir, uns zu kümmern. Aber ich würde mich schwertun, jetzt einzelne Unternehmen als echte Lieblinge rauszugreifen. Aber ich habe mich bezogen - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann bot es sich jetzt an. - Okay.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe mich ein bisschen bezogen auf diesen Eindruck, den der eine oder die andere aus meiner Sicht erweckt hat, dass es hier um eine bevorzugte Behandlung von Wirecard gegangen wäre, dass die besonders gut behandelt worden seien; deswegen kam ich auf den Gedanken des Lieblings. Also, das war ja, glaube ich, auch hin und wieder mal dieser Gedanke: Deutschland, Institutionen in Deutschland seien der Meinung gewesen, der Anglo-Saxon Kapitalismus, das System, wolle zurückgeschlagen gegen das einzig erfolgreiche Fintech, wehre sich sozusagen dagegen und schließe die Reihen. - Kann ich nur sagen: Zumindest seit dem Zeitpunkt, an dem der Bundesminister



Nur zur dienstlichen Verwendung

Scholz die Geschäfte führt und seitdem ich im Bundesministerium der Finanzen bin, kann ich das nicht bestätigen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Das war ja seit 2018; das hatten Sie ja gesagt.

(Der Zeuge nickt)

- Genau. Gut. - Uns geht es ja auch darum - das ist, glaube ich, auch klar -, dass doch irgendwas in der Zusammenarbeit - ob nun der Ministerien, innerhalb der Bundesregierung, wenn ich die jetzt als Gesamtkörper sehe, auch mit vielen, vielen unterschiedlichen Ministerien und Abteilungen - - ja schon disharmonische Abläufe für mich festzustellen sind. Für mich ist jetzt schon klar - das sage ich einfach so -, dass, glaube ich, Governance und vor allen Dingen Compliance Potenzial haben, also wenn ich jetzt an den Kollegen der APAS denke. Deswegen habe ich mir jetzt zum Grundsatz gemacht - egal, wie ungeheuerlich die Frage ist oder auch nicht - - Besaßen oder besitzen Sie Wirecard-Aktien?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ich besitze und besaß keine Wirecard-Aktien und habe auch nicht vor, welche zu erwerben.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das halte ich für klug. Derivate auch nicht? Ich bin da jetzt sehr genau.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Okay.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Auch keine Derivate. Ich finde auch ehrlicherweise, das gehört sich nicht, um das mal zu sagen. Ich bin Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, ich handle nicht mit Aktien. Ich habe noch welche aus alter Tätigkeit*. Aber ich kann Ihnen meine Gesamtperformance nennen; die ist so, dass Sie eine Spendenbüchse rumgehen lassen würden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, also so, wie ich mir den deutschen Beamten vorstelle. Gut. - Ich hatte eben über Disharmonien gesprochen. Die betreffen ein wenig auch Ihr Haus und die BaFin. Also, ich fand das in Ordnung, als Sie eben geschildert haben - und das klang auch in der Botschaft durch, wo Herr Fuhrmann - - da war vom Bauchgefühl des Kollegen Peters die Rede. Sie haben ja auch gesagt, dann, nachdem die KPMG mit der Sonderprüfung ansetzte - ich habe es so genannt -, setzte die deutsche Botschaft in Peking zunächst mal die Zeichen generell auf Stopp, wenn wir jetzt uns über Wirecard unterhalten. Das ist für mich was Positives.

Auf der anderen Seite haben wir ja auch - und da komme ich gleich noch mal drauf zu sprechen - einen Anknüpfungspunkt: die BaFin, die noch im Februar - das wissen Sie ja auch - ein Leerverkaufsverbot, 2019, verhängte. Und da hatte ich schon immer den Eindruck - das ging jetzt mir so -, dass die vielleicht ein Liebling der BaFin sei, und würde Sie im Zusammenhang mit der BaFin zunächst, bevor ich auf China komme - - einige Fragen für mich erörtert wissen.

Also, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat dem BMF gemäß der Chronologie Ihres Hauses - die haben Sie ja eben auch noch mal erklärt - im Verlauf des Untersuchungszeitraums, also 1. Januar 2014 bis Oktober des Jahres 2020, über Wirecard Bericht erstattet.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich würde jetzt Ihnen gegenüber rauslassen - - aber doch fragen wollen, weil Sie da noch nicht Staatssekretär im Finanzministerium waren: Am 11. Mai 2016 zum Thema Marktmanipulation anlässlich eines Berichts des „Spiegels“ zum sogenannten Zatarra-Bericht - klang auch an - - Dann haben wir am 14. Februar 2019, dass die BaFin die Prüfung des verkürzten Abschlusses der Wirecard zum 30. Juni einschließlich des Lageberichts von der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung, DPR, verlangt und eine mutmaßliche Marktmanipulation in alle Richtungen, das heißt auch gegen Wirecard, untersucht. Am 21. März aktueller Stand usw.; ich könnte es jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

fortsetzen. Am 1. April - kein Aprilscherz - 2019 einen aktuellen Sachstand zum Themenkomplex Wirecard - - Und das gipfelte dann am 15. April 2019 in der Erstattung der Strafanzeige der BaFin gegen Marktteilnehmer - ich hatte es eben angedeutet: Marktmanipulation in Form eines Aufbaus einer Short-Position - zum Bußgeld in Höhe von 1,52 Millionen Euro usw.

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

Wann hatten Sie, inwiefern, über diese BaFin-Berichte in Ihrem Hause, vor allen Dingen Sie jetzt als Person, Kenntnis erhalten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, also ich erinnere mich ehrlicherweise nicht genau. Und das ist jetzt so ein bisschen das, was ich ganz am Anfang gesagt habe: dass jetzt natürlich das Wissen, das ich mir jetzt angeeignet habe, sehr umfangreiche Wissen, ein bisschen interferiert mit dem Gedächtnis. Wenn ich es richtig sehe, habe ich erst im Zuge der Aufarbeitung - - Also, ich lasse mir normalerweise immer vorlegen die Kleinen Anfragen, natürlich insbesondere hier aus dem Bereich, und hatte zur Kenntnis genommen, was damals im April, ich glaube, der Kollege Bayaz als Anfrage gestellt hatte, aber auch De Masi, und habe aber, weil wir eine relativ klare Trennung haben - wir haben die Finanzmarktabteilung, in der Kollege Kukies zuständig ist - - es handelt sich ja zum Teil auch um kapitalmarktrelevante Dinge. Da müssen wir auch aufpassen; denn wenn ich jetzt jemand wäre, der Aktien handeln würde und dann solche Insiderinformationen, die dann zwar draufstehen - aber da steht dann immer „Insiderinformationen und deswegen vertraulich zu behandeln“ -, bekommen würde, hätten wir ja auch ein Problem.

Aber vielleicht lassen Sie mich noch mal, weil ich jetzt natürlich ein bisschen „tempted“ bin, auch das zu* sagen - - * zu dem ich eigentlich nicht zuständig bin, aber was, glaube ich, politisch ja wichtig ist. Und ich hatte das ein bisschen in meiner Eingangsbemerkung auch gesagt: Wir haben in der Tat mit dem Februar nach den Berichten der „Financial Times“ das Agieren der BaFin in alle Richtungen,

Marktmanipulation, Ermittlungen, aber auch Beauftragung der dafür zuständigen DPR als Bilanzpolizei mit der Überprüfung des Halbjahresberichts 2015*, erstes Halbjahr.

Und dann haben wir aber ja in der Tat im April, ich glaube, 24., 25. April, die Vorlage des uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes von EY für den gesamten Abschluss 2018. Und da wurde dann ja, wie wir alle wissen, auch auf die Vorgänge in Singapur eingegangen; das hat ja, wenn ich das richtig jetzt nachgelesen habe, dann auch KPMG noch mal ausführlich erläutert. Und wenn Sie auch die Presseberichterstattung, was ich dann natürlich auch noch mal angeguckt habe, zur Bilanzpressekonferenz und Vorlage des Jahresberichtes und zu dem Bestätigungsvermerk von EY angucken und auch die Berichterstattung zu dem vorläufigen Bericht von Rajah & Tann, der Rechtsanwaltskanzlei in Singapur, dann sehen Sie, dass sich da so ein Eindruck entwickelte, der dahin ging: Ja, ein Unternehmen, das sehr schnell gewachsen ist, ein Unternehmen, das die Compliance- und die Kontrollmechanismen nicht ordentlich ausgeführt hat, das sozusagen sich nicht verhält wie ein DAX-30-Unternehmen. - Das wurde deutlich, aus meiner Sicht* auch sehr deutlich, zu Recht* kritisiert. Und wenn ich das aber richtig wahrnehme auch in der Berichterstattung - immer jetzt mit der Ex-ante-Perspektive und nicht mit unserer heutigen Ex-post-Perspektive -, dann war das was, wo man sagte: So, jetzt haben die den Schuss vor den Bug. - Und dann gab es weiterhin Fragen - und die „Financial Times“ hat dann ja auch im März und Mai Fragen insbesondere dann zu dem Neuen, dem TPA, dem Third Party Acquiring, und der Frage der Drittgeschäftspartner aufgestellt*.

Aber der eigentliche, echte Punkt - schreibt auch die „Financial Times“ dann im Oktober - kam im Oktober. Und der hat dann, wie Sie gesehen haben, sowohl, glaube ich, in der Öffentlichkeit - bei dem Aufsichtsrat selber ja auch übrigens mit dem Austausch des Aufsichtsratsvorsitzenden und der Beauftragung von KPMG - als auch bei zum Beispiel der deutschen Botschaft zu diesem Umdenken noch mal* geführt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe ehrlicherweise, weil ich ja nicht damit befasst bin, aber aus der Aktenlage* keinen Anhaltspunkt, dass die Kollegen im BMF oder in der BaFin nicht das* sehr ernst genommen hätten, sondern ich glaube, auch aus der Chronologie ergibt sich - vielleicht auch ein bisschen abweichend zu dem, was in vorigen Jahren mal gewesen sein mag; weil Sie das ja auch erwähnt haben; das entzieht sich aber meiner Kenntnis, nur aus dem, was ich so lese -, dass dem schon sehr deutlich nachgegangen worden ist und, wie gesagt, in alle Richtungen* und die dafür zuständige DPR geprüft hat und dann ja im Oktober auch noch mal hingewiesen wurde auf den KPMG-Bericht. Und das hat ja dann zu dem Ergebnis geführt, was wir dann im April 2020 gesehen haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wurde denn innerhalb des BMF - - Haben Sie sich da auch ausgetauscht? Weil ein - - Ich glaube, was uns allen auch in vielen Sitzungen, ob nun im Juli, im August aufgefallen ist, ist, dass so gewisse Behörden, die zum einen an das BMF, aber auch eben entsprechend an andere Ministerien angedockt oder eben autonomer Teil innerhalb eines Ministeriums sind, bisher - ich sage es mal sehr diplomatisch - nicht die Neigung hatten unbedingt, Informationen auszutauschen oder in einen doch informativen Austausch zu treten. Insbesondere wenn Sie eben sagen, Sie sind in China, Sie haben den Summit dort im Januar 2019 gehabt, Sie sind ja da - das war ja allen geläufig - mit dem Thema Wirecard befasst, dann denke ich oder erwarte ich - vielleicht ist „denken“ an der Stelle falsch -, dass natürlich jemand, auch wenn der in einer anderen Abteilung zur BaFin oder zur DPR entsprechend Kontakt hat - - dass es da auf hoher Ebene innerhalb des Ministeriums natürlich einen Austausch auch mit Ihnen gerade gibt, der Sie ja quasi mit Herrn Kukies außerhalb Europas unterwegs sind, zumindest, sagen wir mal, als Schuhlöffel zu dienen, um Wirecard vielleicht in den Schuh zu helfen, aber nicht aktiv auch noch sozusagen die Bewegung auszuführen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, es ist immer wieder wichtig, und vielleicht muss man sich das noch mal so in einer Chronologie dar-

stellen: Wann passierte was? - Wenn Sie jetzt sagen, wir waren ja in China unterwegs, dann handelt es sich um den 17. und 18. Januar 2019. Die ersten Berichte - also in der „Financial Times“ - waren am 30. Januar, also deutlich nach dem deutsch-chinesischen Finanzdialog. Deswegen: Als wir in China waren - und ich hatte ja geschildert, dass Wirecard und auch dieser Passus 30 überhaupt keine Rolle gespielt haben in der Wahrnehmung jetzt auf unserer Ebene -, hat das natürlich keine Rolle gespielt, weil a) die Berichte noch nicht da waren und weil b) Wirecard da nicht Gegenstand war. Wir hatten andere Dinge, die zentraler waren, und andere Unternehmen. Ich hatte das vorhin ja versucht zu schildern: Der Passus kam aus der chinesischen Seite rein und lief sozusagen so durch. Und das war ein Anliegen, das ja offenbar als Petitum an der - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war diese 38, die dann zur 30 wurde?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau. 38, die zur 32 und dann zur 30 wurde. - Das ist etwas gewesen, das ja offensichtlich dann an der deutschen Botschaft auch in dieser Liste der Petita der deutschen Wirtschaft, die sich in China gemeldet hatten, vorlag und deswegen da dann in dieser Liste auch als Konkretisierung dieses späteren Punktes 30 nachvollzogen wurde. Und dann ist das in der Folge immer so durchgelaufen. Deswegen, Nachfrage im Mai: Da hat niemand von uns, also weder Kukies noch ich, Veranlassung gesehen, nachzufragen.

Der Austausch findet natürlich statt; deswegen hatte ich Ihnen das geschildert, dass die Koordination der Liste zum Finanzdialog, dieser Matrix, die Sie auch in den Unterlagen haben, über das Referat I C 2, also in der Grundsatzabteilung für den internationalen Bereich, stattfand, die aber dann immer wieder die einzelnen Fachreferate - und in diesem Fall zuständig dann, ich glaube, VII A 2 und vorher mal VII B 3 - befasst haben. Und insbesondere bei der Erarbeitung der Joint Declaration wurde praktisch jede einzelne Ziffer zugeordnet den Fachreferaten, die dann die Meldungen geliefert haben, oder zum Teil eben



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch dem Finanzreferenten oder dem Finanzreferat an der deutschen Botschaft. Und das wird dann zusammengeführt, wie sich das in einer ordentlichen Verwaltung gehört.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber im Zuge der Nachbereitung und dann des Flows, weil wir dann ja das Leerverkaufsverbot bekommen, nach dem Summit in Peking wir uns ja dann auch irgendwo in einer Geschwindigkeit dem Oktober mit all den vielen Friktionen nähern, da gab es diesen Austausch dann?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Na ja, das hatte ja jetzt mit der Frage, was im deutsch-chinesischen Finanzdialog vereinbart war, und der Frage, ob ein - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, aber wir müssen ja eine Zeitfolge hinbekommen. Ich verstehe - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, deswegen sage ich ja: Das hatte damit nichts zu tun. Also, ich hatte ja geschildert, dass das Thema dieser Nummer 30 keine Rolle spielte. Wenn Sie sich das angucken: Das wird in den verschiedenen Etappen, in denen diese Matrix fortgeführt wird, im Prinzip unverändert fortgeführt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das war also kein Gegenstand, wo irgendjemand gesagt hätte: Weil in Deutschland jetzt dieses passiert, verändert sich etwas in Bezug auf die Frage, ob die da eine Payment-Lizenz erwerben wollen oder nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Ich würde dann noch mal auf den Fragenkatalog der FDP zu sprechen kommen und das noch mal konkretisieren wollen. Gemäß Antwort des BMF vom 29. Juli 2020 zum Fragenkatalog der FDP zur Chronologie im Wirecard-Fall hatten die chinesischen Behörden im Vorfeld des Finanzdialoges - über den haben wir ja eben gesprochen -, Januar* 19 bis November 18, um die Übermittlung der wichtigsten deutschen Beanstandungen in den deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehun-

gen gebeten. Könnten Sie mir da noch mal erläutern, wie Sie uns - - oder wie wir den anschließenden Ablauf uns im BMF da vorstellen können? Sie hatten ja jetzt eben den Nachlauf geschildert. Wie kann man so eine Vorbereitung - und was die Priorisierung angeht: welche Referate sind dort eingebunden? - sich vorstellen?

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hatte gedacht, ich hätte das so klargestellt am Anfang, aber ich versuche das dann noch mal. Es ist so, dass aufgrund dieses Drahtberichts der Botschaft aus dem Gespräch von Botschafter Goetze mit dem Vizeminister dann mit übermittelt wurde der Hinweis - und das ist der DKOR vom 16.11., den ich vorhin erwähnte -, die Anliegen der deutschen Wirtschaft, die hier Anliegen* sind. Und dann kommt da eine ganze Auflistung. Neun Anliegen habe ich gezählt, und eines davon betraf Wirecard mit dem Thema „Vergabe von vier landesweiten Payment-Lizenzen“. Ist übrigens noch mal was anderes als das, was dann hinterher Wirecard wollte, wenn ich das richtig sehe, nämlich diese Frage „Cross-Border“. Da ging es ja auch nicht nur um innerchinesische, sondern auch nach China - - also rein und raus.

Und diese Liste ist praktisch dann für ganz viele Bereiche - Landwirtschaft und alle möglichen Wirtschaftsbereiche - im BMWi als Federführer zusammengetragen worden. Und die zuständige Referentin im BMF, aus dem Hause, hat mit den verschiedenen Stellen im BMF Kontakt aufgenommen und hat praktisch* dann in so* einen Entwurf im Änderungsmodus die Punkte, die aus BMF-Sicht eine Rolle spielten, reingeführt*. Da stand, wenn ich das richtig sehe, nichts von Wirecard oder Payment - das wurde offensichtlich für nicht so wichtig erachtet -, sondern da standen: „Zeitnahe Erteilung von Lizenzen für deutsche Banken“, „Sitzverlagerung einer Tochter einer chinesischen Bank nach Frankfurt“, „Zusage regulatorischer Erleichterung“, „Unterzeichnung dieses LoI im Bankenbereich durch die Aufsichtsbehörden“, „zeitnahe Erteilung von Lizenzen für die Betätigung von deutschen Versicherungen in China“, „Vereinbarung eines MoU



Nur zur dienstlichen Verwendung

zwischen der BaFin und der SRC im Wertpapierbereich“.

Und das sollte dann - so war meine Wahrnehmung - eigentlich den Chinesen übermittelt werden. Dann hat man sich aber wohl entschieden, dass das besser in dem Gespräch mit Liu He, das dann am 26.11. in Berlin stattfand unter anderem mit Scholz - - quasi übermittelt*. Und dann ist es auf Fachebene, nachdem ich ja auch noch mal mit meinem Counterpart gesprochen hatte, diskutiert worden, damals - ich hatte das vorhin versucht zu erläutern - im Rahmen der Agenda, also praktisch der Tagesordnung. Aber die Tagesordnung war jetzt nicht nur TOP 1, soundso, TOP 2, soundso, sondern da haben die versucht, Cluster zu bilden mit einzelnen Themenbereichen. Und darum haben wir dann gerungen: Welche Themen gehören da rein, und welche gehören da nicht rein? - Und dann ist im Folgeprozess, nachdem sozusagen die Agenda mit den Grobthemen feststand und auch der Gewichtung, dieses, was am Anfang hieß „List of Outcomes“, von der chinesischen Seite erstellt und übermittelt worden und dann in dem Prozess, den ich geschildert hatte - -

Aber noch mal: Bei all diesen Dingen, bis zur sozusagen zweiten Version der Rückmeldung der Chinesen auf die deutschen Kommentare vom 18.12., war weder Wirecard als Name - das tauchte auch nie auf - - noch war das Thema „Payment Systems“ oder „Cross-Border Clearance and Billing“ oder so was Gegenstand.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN):
„Settlement“!)

- Settlement, danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Ich glaube, da werden die Kollegen auch noch Fragen haben. - Ich würde noch mal zu einem anderen Bereich springen wollen, bevor ich an die Kollegen der CDU/CSU abgebe, weil das tauchte heute mehrmals auf. Vielleicht hatte das BMF oder Sie da Kenntnis zu.

Gemäß einem Bericht des „Spiegel“ - und zwar beigelegt habe ich sonst auch die Anlage E, wenn Sie das einsehen möchten - begleiteten Wirecard-Berater bzw. -Manager Burkhard Ley und Georg von Waldenfels Bundesaußenminister Heiko Maas bei einer Reise nach China, bei der auch die Abschlusserklärung des Finanzdialogs eben eine Rolle spielen sollte. Da würde mich interessieren: Hatten Sie Kenntnis, wann genau diese besagte Reise stattfand? Hat da das Außenministerium mit Ihnen Kontakt aufgenommen? Und Sie sind ja die Leitungsabteilung des BMF und in diesem Zusammenhang für die Koordination, denke ich mal, der SPD-geführten Ressorts zuständig. Also, inwieweit haben Sie sich sozusagen da ausgetauscht mit dem Kollegen Maas?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, auf der Leitungsebene - - * Das wäre auch etwas ungewöhnlich. Da hätten wir sehr viel zu tun, weil der Kollege* Maas ja doch relativ viel reist - also vor Corona reiste -, wie auch der Kollege* Altmaier und auch die Bundeskanzlerin. Das gehört ja zum täglichen Geschäft, und das machen die Ressorts schon* in eigener Verantwortung. Ob es dazu einen Austausch gegeben hat auf der Fachebene, kann ich nicht sagen. Was auf Fachebene dann* miteinander passiert, das kriegen die Leitungen dann* sehr häufig nicht mit. Und das ist auch gut so, sonst könnten wir 24 Stunden im Büro verbringen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber Sie haben sich nicht über dieses Treffen ausgetauscht

(Der Zeuge schüttelt den
Kopf)

und wussten auch nicht, dass in dieser Sache, wie hier behauptet, Manager des Wirecard-Konzerns in Begleitung - - oder Herrn Heiko Maas, unseren Außenminister, dort begleiteten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, ex ante nicht. Jetzt ex post habe ich* mit den Fragen natürlich auch befasst, habe diese Berichte gelesen. Ich habe jetzt nicht genau vor Augen, welchen „Spiegel“-Artikel Sie da haben; aber ich glaube, es gibt ja auch entsprechende Hinweise in den Unter-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lagen. Wenn ich es richtig erinnere aus dem Gedächtnis - aber, wie gesagt, das ist ein anderes Ressort -, dann war da der Herr Ley - glaube ich, heißt er - mit dabei in* der Delegationsreise, weil das, wenn ich mich auch richtig erinnere, insbesondere um das Thema Digitalisierung ging.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, ist der „Spiegel“ vom 12.12.2020,

(Der Zeuge zuckt mit den Schultern)

also ganz aktuell. - Okay, das heißt, Sie hatten von der Reise keine Kenntnis.

Okay, dann würde ich zunächst mal weitergeben und das Staffelholz übergeben an den Kollegen Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! - Herr Staatssekretär, vielen Dank, dass Sie uns heute Rede und Antwort stehen. - Vielleicht eine Vorabbemerkung, verbunden auch mit einer Frage. Sie hatten ja vorhin die Prämisse von Herrn Scholz geschildert: volle Transparenz. Und dieser Untersuchungsausschuss hat ja einen breiten Untersuchungsauftrag, und wir nehmen das hier alles sehr ernst. Und seitens des BMF liegen noch nicht alle Unterlagen vor, obwohl die Frist für die Unterlagen schon über anderthalb Monate abgelaufen ist; 30.10. war die Frist. Wann können wir denn mit den restlichen Unterlagen, die ja dann auch für Ihre Vernehmung heute relevant wären, rechnen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ernsthafterweise nicht beantworten, aber vielleicht kann das Herr Fritz sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, wir arbeiten wirklich extrem hart daran, dass das schnell passiert. Es ist natürlich so, dass, wie Sie sich vorstellen können, wir im Moment genau wie Sie auch noch viele, viele andere Sachen zu tun haben. Und ich will das nicht als Ausrede sagen, weil ich nehme das hier sehr ernst, und wir haben uns ja auch bemüht, so schnell wie möglich* - - Deswegen ja auch in Teillieferungen. Ich habe deswegen zugesehen, dass Sie auch in dem 21er-Beschluss schon sehr viel von dem, was eigentlich in den 25er-

Beschluss gehört, aus meinem Büro und auch aus der Leitungsabteilung bekommen haben, und habe auch dafür gesorgt, dass die Sachen aus dem 25er* jetzt in der letzten Woche noch an Sie gegangen sind.

Ich bitte nur ein bisschen um Verständnis. Wir arbeiten im Moment fast rund um die Uhr, weil natürlich die Bekämpfung der Pandemie auch uns in den Häusern sehr, sehr fordert. Und ich will das nur mal schildern, dass die Abteilung VII im Moment zusammen mit den Kollegen* der Abteilung VIII bei dem Thema WSF, bei dem Thema KfW-Sonderprogramme und wir in der Grundsatzabteilung ganz intensiv mit dem Kollegen Altmaier und dem BMWi bei den ganzen Hilfen, also bei den Soforthilfen -* Überbrückungshilfe I, Überbrückungshilfe II* und jetzt Novemberhilfe, Dezemberhilfe -* aktiv sind.

Und wir versuchen das. Also, ich habe neulich, glaube ich, bis 4 Uhr nachts Akten, damit Sie die rechtzeitig haben, noch mal angeguckt, weil ich natürlich auch sicherstellen will, dass Sie alles haben, und ich mich bemühe, dafür auch persönlich zu sorgen. Insofern: Ich kann Ihnen nur versichern, das soll alles so schnell wie möglich gehen, weil wir auch ein großes Interesse* haben; aber wir können auch nicht schneller, als wir können. Und da bitte ich ein bisschen um Verständnis. Wir hatten neulich auch den Fall, dass ein Referat komplett in Coronaquarantäne musste, weil da ein Fall aufgetreten war. So was passiert leider in Ministerien auch.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, es geht ja, ich sage mal, allen Ressorts so derzeit. Insofern hätte ich da jetzt auch bei zwei, drei Wochen nichts gesagt; aber wir sind jetzt anderthalb Monate drüber. Die anderen haben geliefert, das BMF - - da steht noch einiges aus. Hier noch mal die freundliche Erinnerung: Liefern Sie es bitte nach. Wir brauchen die Unterlagen, um auch Sie sachgerecht befragen zu können.

Vielleicht als erste Frage mal vorab, weil das sicherlich auch viele Anlegerinnen und Anleger interessiert: Sehen Sie Fehler beim BMF im Fall Wirecard?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nun habe ich ein bisschen die Schwierigkeit, dass ich nicht für die Finanzmarktabteilung zuständig bin - ich mache das jetzt ein bisschen beamtisch -, sondern für die Leitungsabteilung und die Grundsatzabteilung. Aber aus meinem, was ich jetzt - - natürlich intensiv mich beschäftigt mit dem Fall, kann ich das nicht sehen. Ich glaube, das ist ein sehr unbefriedigendes Ergebnis, wenn man sieht, dass so viele Anlegerinnen und Anleger geschädigt worden sind. Aber ich glaube, man sollte auch immer wieder darauf hinweisen, dass es sich zunächst mal um schwerstkriminelles Verhalten mutmaßlich handelt; deswegen sitzen ja auch die maßgeblichen Beteiligten - und hoffentlich wird es den einen auch noch erwischen - in Untersuchungshaft. Und ihnen wird hoffentlich der Prozess gemacht. Und die Vorwürfe, die erhoben worden sind, sind ja auch ausreichend schwerwiegend, weil das, was da geschehen ist, ja auch sehr schwerwiegend ist.

Und dann wird ja dieser Untersuchungsausschuss - so ist ja mein Verständnis, dass es ihn dafür gibt - rausfinden und bewerten, ob es Dinge gibt, wo etwas nicht richtig gelaufen ist in den Aufsichtsstrukturen. Sie wissen, dass das, was wir, was der Bundesfinanzminister erkannt hat und meint, was nötig ist - - er jetzt durch den Gesetzentwurf, den er zusammen mit der Bundesjustizministerin und dann dem Bundeswirtschaftsminister erarbeitet und gestern im Kabinett vorgelegt und der dann gestern auch beschlossen worden ist - - als Konsequenzen gezogen hat. Ich glaube, das ist wichtig. Ich erlaube mir mal den Hinweis: Mir ist nicht aufgefallen - auch nicht aus dem parlamentarischen Raum -, dass bis zum Aufkommen des Wirecard-Skandals zum Beispiel eine grundlegende Reform in der Bilanzkontrolle gefordert worden ist, sondern ich glaube, wir sind alle gemeinsam durch diesen Fall mit offenbaren Lücken konfrontiert worden. Und die werden jetzt gesetzgeberisch, so der Bundestag sich den Gesetzentwurf des Kabinetts zu eigen macht, der Bundesregierung zu eigen macht, geschlossen. Und das ist, glaube ich, dringend nötig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, den Gang der Gesetzgebung kennen wir ganz gut. Der Unterschied ist aber ja, dass Sie mitten im BMF tätig ist und wir eben nicht. Und wenn Sie gerade quasi fordern: „Wieso hat keiner bei der Bilanzkontrolle irgendwie Veränderungen gefordert?“, dann muss ich ja erst mal feststellen, dass offensichtlich seitens BaFin und DPR und BMF natürlich in dem Zuge auch - - diese drei Institutionen bei dem Thema am nächsten dran waren und trotzdem offenbar keine Veranlassung gesehen haben. Ich meine, Sie als Ministerium können ja innerhalb der Bundesregierung auch dafür sorgen, dass eine entsprechende gesetzliche Änderung auf den Weg gebracht wird, und Sie sind ja am nächsten dran gewesen bei diesem Thema. Aber da kommen wir sicherlich gleich noch dazu.

Mich interessiert jetzt erst mal die Abgrenzung der Tätigkeiten von Herrn Kukies und Ihnen, und zwar jetzt konkret im Fall Wirecard. Können Sie uns das mal darlegen? Weil Sie waren da ja beide involviert.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn ich nachfragen darf: Was meinen Sie jetzt mit „involviert“?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, gut, Sie haben uns ja über Ihre Tätigkeiten gerade schon berichtet.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hatte aber relativ deutlich gesagt, dass Wirecard bis auf eine Mail keine Rolle gespielt hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann komme ich da gleich noch mal drauf zurück und frage jetzt erst mal was anderes weiter, und zwar: 18.01., in Peking dieser hochrangige deutsch-chinesische Finanzdialog. Da hatten wir schon jetzt ausgiebig über Ziffer 30 und die Entstehungsgeschichte gesprochen. Ich habe Sie so verstanden, dass der Vorschlag von der chinesischen Seite kam. Und dann gab es noch eine kleinere Änderung durch die Botschaft, durch Herrn Putscher, den Chef von Herrn Peters. Dann ging es noch um dieses „nationwide scale“. Und inwieweit war denn die Frau Sigl-Glückner da einbezogen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge blättert in
seinen Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Die war die zuständige Referentin - oder, ich glaube, damals sogar noch Geschäftsstellenaushilfe - in dem Referat I C 2, die dann unter der Anleitung sozusagen von Frau Dr. Braun-Werner die tatsächlichen Verhandlungen dann am Ende auch geführt hat, weil sie das auch aufgrund ihrer hervorragenden Englischkenntnisse besonders gut konnte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, wer hat jetzt die Ziffer 30 da verändert oder den Vorschlag gemacht?

(Der Zeuge blättert in
seinen Unterlagen)

War das der Herr Putscher, oder war das die Frau Sigl-Glückner oder die Frau Dr. Braun-Werner?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Die Veränderung der Ziffer 32, der damaligen, kam von Herrn Putscher. Das hatte ich versucht zu schildern. Das war in einer Mail, wo er - das hatte ich erläutert - darauf hinwies, dass es sinnvoll sei, dieses „on a nationwide scale“ einzufügen, genauso wie für die entsprechende Ziffer für den Versicherungsbereich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. Ich hatte das verstanden, wie Sie es sehen. - Ich hatte jetzt konkret nach den anderen beiden gefragt. Die waren da jetzt nicht involviert, in diese Änderung von damals Ziffer 32?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ehrlicherweise nicht sagen. Aber was sich aus den Mails ergibt, waren die die Empfänger der Mails. Jetzt müssten Sie mir erläutern, ob das aus Ihrer Wahrnehmung ein Involvieren ist oder nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich hatte vorhin Herrn Peters gefragt, deshalb frage ich jetzt da so hartnäckig nach. Der sagte mir nämlich, dass die Änderung - -

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

oder die Ziffer 30, wer die formuliert habe. Da hatte er uns oder mir gesagt, dass das Frau Braun-Werner und Frau Sigl-Glückner gewesen seien. Passt jetzt nicht so ganz zu dem, was Sie geschildert haben, deshalb hake ich nach.

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, ich habe jetzt natürlich den Vorteil* - nun weiß* ich nicht genau*, was er gesagt hat; vielleicht können Sie das noch mal vortragen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das habe ich Ihnen ja gerade vorgetragen. Ich habe ja jetzt nicht das Protokoll da, weil wir noch keines haben. Aber da müssen Sie sich mit -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, das ist für mich natürlich ein bisschen schwierig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - zufriedengeben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber jetzt unterstelle ich mal, dass das, was Sie sagen, richtig ist. Dann sage ich - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie können mir einfach schildern, wie es nach Ihrer Wahrnehmung gewesen ist. Das würde mir schon reichen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das mache ich gerne. - Dann lese ich Ihnen jetzt mal vor eine Mail von Donnerstag, dem 10. Januar 2019, mit der Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden, von 5.51 Uhr, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte.

Zeuge Wolfgang Schmidt: - von Herrn Putscher, Nikolai, FIN-1:

Liebe Frau Sigl-Glückner,

- das war also die An-Empfängerin, und cc waren Frau Braun-Werner, Frau Kothé, Herr Peters und Herr Olbermann -

leider habe ich Ihre Mail erst
heute Morgen in* Peking* Zeit
gelesen und* einige Ergänzungen



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu den wichtigen Anmerkungen von Jan geben zu den Paras, die Liberalisierungsfragen bemühen*. (?)

Dann geht es los, Para 10, 19, 21, 22, 24, 27 und dann 32:

Zur Klärung, dass es sich um eine landesweite Lizenz handeln sollte, wäre gut die Formulierung „to enter the Chinese payment service market on a nationwide scale to enhance the overall strength of the industry“. Andernfalls könnten deutsche Service-Anbieter in die Problematik regional begrenzter Lizenzen fallen (s*. Versicherungen). (?)*

Und dann bei den Versicherungen - das ist Para 24 -:

Zentraler Para für den* Beleg chinesischer Seite zu ernsthaften Liberalisierungsschritten. Den deutschen Versicherern hier vor Ort ist wichtig, ihre Produktpalette ausbauen zu können. Die neuen Formulierungen sind fast perfekt,* aber zum Verständnis der Lizenzen (hier haben wir uns von der Botschaft vermutlich nicht eindeutig genug ausgedrückt): China vergibt Lizenzen für bestimmte Geschäftsbereiche landesweit.* Aber* um das Geschäft konkret aufnehmen zu können, muss die Versicherung auch noch in jeder Provinz eine Zweigstelle beantragen. Und diese Genehmigungen* kommen sehr langsam. Die

- deutsches Versicherungsunternehmen -

sagte mal, dass sie für alle chinesischen Provinzen rund 70 Jahre benötigen würde. (?)*

Das hatte ich vorhin erläutert.

Das zentrale Stichwort ist hier „operational licences“, da die genau das Problem sind. Es wäre sehr günstig, wenn dieses Wording noch in den Text käme. (?)*

So, das ist also Verweis 32 auf den 24, Absender Putscher, Empfängerin Sigl-Glückner. Jetzt bitte ich Sie, das zu bewerten, ob sie involviert war oder nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das mache ich.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber die Formulierung ist relativ klar von Herrn Putscher.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde jetzt als Nächstes mal gerne zu Herrn Dr. Gartzke von Spitzberg Partners fragen. Duzen Sie den Herrn Dr. Gartzke?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist jetzt ja, glaube ich* - - Also, Sie haben die Akten ja gelesen; dann wissen Sie, dass das der Fall ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das stimmt. Ich frage Sie trotzdem: Sie duzen ihn?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil er Sie ja auch duzt - ne? - in seinem - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, das wäre jetzt - - Es gibt dieses Du-Sie-Verhältnis, aber das kenne ich nur von etwas antiquierten Arbeitgebern, -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das war jetzt eine schöne Einleitung -

Zeuge Wolfgang Schmidt: - die ihre Angestellten duzen und sich siezen lassen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - zum Juni 2019. Da haben Sie ja mit Herrn Gartzke telefoniert und im Anschluss eine Mail erhalten. Und in dieser Mail hatte Herr Gartzke ja gleich so als Service Ihnen ein Entwurf für ein Schreiben an die chinesische Regierung beigelegt, in dem ja dann auch um mehr Unterstützung für Wirecard gebeten wird.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge blättert in
seinen Unterlagen)

Und den Brief an Ihren chinesischen Kollegen, den haben Sie dann ja auch abgeschickt, jetzt nicht eins zu eins, aber nahezu eins zu eins. Und da würde ich mich natürlich mal - - oder das wundert mich jetzt erst mal, dass auf dieser hochrangigen Ebene, auf der Sie da unterwegs sind, solche von Beratungsunternehmen vorformulierten Briefe nahezu eins zu eins weitergeschickt werden. Ist das so üblich bei Ihnen im Hause?

(Der Zeuge blättert in
seinen Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe jetzt eine kleine Schwierigkeit, weil Sie jetzt aus einer Mail zitieren, die VS-V eingestuft ist. Ich schlage fast vor - aber das muss der Herr Vorsitzende dann entscheiden -, dass wir die Frage, wie genau die sich wiederfindet oder nicht, entweder nur sehr abstrakt beantworten oder uns nachher noch mal in einem anderen Raum wiederfinden.

Vielleicht kann ich Ihnen schildern, dass, wenn Sie sich - Sie werden das ja auch verglichen haben, nehme ich an - insbesondere den neuen, zweiten Absatz angucken mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass ich durchaus wisse, dass das MoF, also das Ministry of Finance, nicht die eigentlich zuständige Institution sei, und auch in den vorletzten Absatz gucken, in dem ich noch mal auf das Finanzreferat der deutschen Botschaft und den bisherigen Kontakt Bezug nehme, ich aus meiner Sicht die wesentlichen Punkte, die den Tonfall ja ausmachen, verändert habe. Das war mir auch wichtig. Ich hatte ja in meiner Schilderung gesagt - und das ist ja auch sehr transparent von uns gemacht worden -, dass ich in der Tat den Gartzke gebeten hatte, mir das mal zu schicken - ich sage Ihnen ganz offen -, a)*, weil ich wenig Lust hatte, mir jetzt am Telefon Namen wie „AllScore Payment Services“ zu merken oder die* „Cross-Border Clearance and Settlement“, weil das tatsächlich nicht mein ureigenstes Gebiet ist. Und deswegen hatte ich auch zur Arbeitserleichterung ihn gebeten, mir

das zu schicken, sodass ich dann damit weiterarbeiten kann.

Das ist im Übrigen kein so ungewöhnliches Verfahren. Das ist ja was, was in einem Haus von den eigenen Leuten ständig passiert: dass man sich Antwortentwürfe schreiben lässt - das kennen Sie ja wahrscheinlich auch -, die man da verändert. Und ich finde, natürlich muss man bei Leuten, die von außen einem das machen als Unternehmen, besonders aufmerksam sein, dass man jetzt nicht, was ja hin und wieder auch vorkommen soll, Textteile einfach kopiert, insbesondere in Gesetzentwürfe, und übernimmt, sondern immer die Verantwortung dafür übernimmt, dass das, was man schreibt, mit dem eigenen Meinen übereinstimmt. Und das war hier der Fall.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, erst mal zu Ihrer Anmerkung zu VS-Vertraulich: Ich habe nicht aus dieser Mail zitiert, sondern es gibt einmal die MAT-Nummer MAT A BMF-23.02, Blatt 4 und Blatt 5 - das ist die E-Mail von Herrn Gartzke an Sie -, und dort ist eine Anlage beigelegt; das ist dieser Entwurf. Ansonsten haben Sie, glaube ich, mehr aus dieser Mail vorhin in Ihrer einleitenden Stellungnahme verraten als ich. Und im Übrigen habe ich Ihrem Kollegen vorhin auch diese Mail vorgelegt, und da habe ich deutlich weniger verraten als Sie. Insofern habe ich mich da korrekt verhalten.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Entschuldigung, ich wollte Ihnen auch nicht unterstellt haben, dass Sie sich nicht korrekt verhielten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hatte nur gesagt: Wenn wir in die Textexegese einsteigen wollen, wozu ich jederzeit bereit wäre, müssten wir das - -* Das war nur der Hinweis, weil ich weder Sie noch mich in Schwierigkeiten bringen möchte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Da sind wir uns einig, dass wir uns nicht in Schwierigkeiten bringen wollen und hier nicht aus vertraulichen Dingen zitieren wollen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich halte an meiner Einschätzung fest, dass das weitgehend eins zu eins ist, also der Inhalt dieser Mail. Wir können das gern noch mal durchgehen; das werden wir gleich sicherlich noch mal beraten. Aber vorab noch mal die Frage: Ich habe das so verstanden, dass es schon üblich ist, dass Unternehmen oder Beratungsunternehmen Ihnen was schicken als Texte, auch mehrere Absätze, die dann weiterverwendet werden, nahezu identisch?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich kann Ihnen jetzt ehrlicherweise aus den - ich weiß nicht - 60 000 Mails, die ich in meinem Sein im BMF gemacht* habe, bei wie vielen, die nach außen gehen, das der Fall ist oder nicht der Fall ist. Aber es kommt schon mal vor.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber ein Störgefühl haben Sie da jetzt ja nicht bei, erkenne ich jetzt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe Ihnen das ja versucht zu schildern. Ich hätte dann ein Störgefühl, wenn ich etwas übernommen hätte, wo ich das Gefühl hätte, es ist irgendwie nicht in Ordnung. Ich hatte ja gesagt, dass sich das Anliegen von Wirecard, über Herrn Gartzke vermittelt, auf der Basis der Vereinbarungen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs befand, in dem Rahmen. Wir hatten ein strategisches Interesse als Bundesregierung und als Bundesrepublik Deutschland an der Markttöffnung in China und an der Möglichkeit für deutsche Unternehmen, dort tätig zu sein. Es hat sich um ein DAX-30-Unternehmen gehandelt. Und insofern hatte ich - habe ich ja versucht, deutlich zu machen - zu dem Zeitpunkt, im Sommer 2019, keine Veranlassung, das nicht zu tun.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie lange kennen Sie den Herrn Gartzke eigentlich schon? Kannten Sie den schon vor dieser Wirecard-Thematik?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, lange. Ich kann Ihnen allerdings nicht sagen, wie lange. Ich kenne ihn noch aus seiner Zeit, als er der Vertreter der Hanns-Seidel-Stiftung in Washington war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und aus den Zeiten duzen Sie sich auch noch?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, ungefähr. Also, nicht sofort, nehme ich an; aber ich kann Ihnen das ehrlicherweise nicht mehr sagen, wann das mit dem Duzen begann. Aber diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich da weniger hanseatisch bin als andere.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, aber gehören ja immer zwei dazu, zum Duzen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist keine aufgedrängte Bereicherung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nein, weil dieses Schreiben auch recht vertraut klingt: „Mit herzlichem Gruß“ und „Lieber“ und - - Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist aber auch mein Stil, dass ich normalerweise „Mit freundlichen Grüßen“ oder „Mit herzlichem Gruß“ schreibe. Ich weiß nicht, wie Sie das so halten, aber ich finde, das gehört zum Umgangston dazu.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war ja auch eine Mail an Sie. Insofern: Es geht ja gar nicht darum, was Sie schreiben, sondern das ist ja von Herrn Dr. Gartzke Ihnen so geschrieben worden.

Haben Sie den Herrn Scholz in irgendeiner Weise über diesen Kontakt zur chinesischen Regierung informiert?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nö.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist auch so üblich, dass Sie dann auf Ihrem Pendant eines so bedeutenden Landes wie China - - Ist ja jetzt nicht Kleinstland, sage ich mal?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, das ist völlig üblich. Aber ich glaube, wenn Sie* die Arbeitsbelastung eines Bundesfinanzministers sich* angucken: Der würde sich bedanken, wenn ihn sein Staatssekretär mit jeder Mail - und sei es auch an einen chinesischen Vizeminister - behelligen würde.

Ich meine, ich will Ihnen das mal schildern: Wir sind im Kreise der sogenannten G20- oder G7-Deputies ständig im Austausch. Zum Beispiel vor



Nur zur dienstlichen Verwendung

jedem G20-Gipfel, vor jedem G7-Treffen tauschen wir uns im G7- oder im G20-Kreis aus. Scholz würde sich ordentlich bedanken und mir vermutlich meine Papiere überreichen, wenn ich ihn jetzt behelligen würde mit dieser Art*. Also, dafür gibt es ein abgestuftes System, und dafür sind ehrlicherweise Staatssekretäre auch da, dass sie in ihrem Verantwortungsbereich die Dinge lösen. Und wenn es sich um etwas handelt, wo man das Gefühl hat, das ist politisch heikel, es übersteigt sozusagen „my pay grade“, dann würde ich darüber natürlich mit einem Minister reden. Aber hier - - weil das ich* hatte ich ja geschildert, dass ich im Rahmen der Vereinbarungen, die wir getroffen hatten,* das Unternehmen in der Monitoring-Liste* - - und deswegen mit der Kenntnis ex ante ich null Veranlassung gesehen hätte, Olaf Scholz mit so was zu behelligen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Auch nicht bei einem Land wie China, auch nicht bei einem DAX-Konzern, auch nicht - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, es mag Sie jetzt erstaunen; aber ich bin in der Tat - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann brauchen Sie den Minister doch gar nicht. Dann können Sie das doch alles eigentlich alleine klären.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, ich vertraue dem Minister, und erfreulicherweise vertraut der Minister erkennbar auch mir. Ich kann Ihnen ja nur schildern: Also, ich bin jetzt 50 Jahre, mache den Job schon etwas länger, habe vielleicht auch gewisse China-Erfahrung durch meine Tätigkeit in Hamburg. Hamburg hat eine Städtepartnerschaft mit Shanghai seit über 30 Jahren. Ich glaube, ich war zweimal im Jahr in China, habe mich sehr intensiv auch um dieses Land gekümmert, nehme für mich in Anspruch, dass - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, dass Sie China-Expertise haben, will ich Ihnen gar nicht abstreiten. Ich will nur - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, aber Sie haben ja was gefragt - - Wenn ich Kontakt mit Chinesen habe - also, ich hatte Ihnen ja geschildert - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber nur durch Kenntnis hat man ja nicht automatisch die Zuständigkeit für irgendwas und ist davon entbunden quasi, -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, aber die Zuständigkeit für die internationalen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): - den Minister zu informieren. Nur, zu diesem Zeitpunkt, über den wir jetzt reden - und wir reden ja über Juni 2019; da möchte ich noch mal auf diesen Zeitpunkt zu sprechen kommen -, da waren ja die Vorwürfe gegen Wirecard - also, „die Vorwürfe“ ist natürlich sehr abstrakt, ist mir schon klar - - So, über welche Vorwürfe reden wir? Wir reden aber zumindest über das, was die Finanzaufsicht BaFin, die ja vom BMF beaufsichtigt wird, der DPR im Februar 19 - - den Auftrag gegeben hat, sich mit der Prüfung der Wirecard-Bilanz zu befassen. Und da würde mich erst mal interessieren: Was war Ihnen dazu bekannt, zu diesem Zeitpunkt, als Sie diese Mail geschrieben haben?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, zunächst mal noch - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Letzte Frage.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war die letzte Frage, genau.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Zunächst mal noch, weil ich glaube, dass es schon wichtig ist im Hinblick auf China und die Frage, was zu den Zuständigkeiten eines Staatssekretärs gehört: Ich hatte Ihnen ja geschildert eingangs, ich bin für den Bereich der internationalen Politik verantwortlich im Ministerium. Deswegen treffe ich - das wird Sie vielleicht erstaunen - auch selbstständig Gouverneure von chinesischen Provinzen und auch den chinesischen Botschafter, ohne darüber dem Minister zu rapportieren. Also, das würde tatsächlich seinen und meinen Zeitrahmen vollständig sprengen.

Sie haben ja zu Recht gefragt, welche Vorwürfe - - Und deswegen wäre ich schon noch mal interessiert, von Ihnen zu erfahren, was Sie meinen, welcher Vorwurf im Juni sowohl ja dann die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kanzlerin als auch mich hätte hindern sollen, diese Frage „Wirecard“ anzusprechen. Ich hatte das ja versucht ganz anfangs* zu machen; wir können das aber gern auch noch mal ein bisschen ausführlicher machen. Das ist dann aber sicher keine Debatte, die ich aus Kenntnis damals, sondern das ist dann ein absolut klarer Fall von ex post - - habe mit der Frage: Was ist eigentlich bei der Vorlage der Bilanz und dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers EY geschehen? - Da ist ja genau zu den Vorwürfen, zu denen die BaFin, wenn ich das richtig sehe, Ende oder Mitte Februar die DPR nach § 108 II WpHG in Bewegung gesetzt hat, erörtert worden sehr ausgiebig. Und dann sind im Oktober die neuen Vorwürfe, die dann ja auch, was die Third Party Acquire* anbelangt, zu der Insolvenz des Unternehmens am Ende geführt haben nach der KPMG-Prüfung und der sich anschließenden zweimonatigen EY-Prüfung, erstmals aufgedeckt - - oder* gekommen.

Insofern sage ich noch mal: Aus meiner Perspektive, auch jetzt in der Ex-post-Betrachtung, mit dem Ex-ante-Wissen, gab es im Juni weder für mich noch im September für die Frau Bundeskanzlerin Anhaltspunkte, zu sagen: Es handelt sich um ein DAX-30-Konzern, um ein Unternehmen; das machen wir nicht. - Also, auf welcher Grundlage denn eigentlich? Ich sage mal ganz vorsichtig entre nous: Die Hälfte des - ich habe ja nur die Liste gesehen, die sich in dem Flieger der Bundeskanzlerin nach China befanden - - Wenn Sie die Frage, ob Ermittlungen geführt werden, zur Grundlage nehmen, ob jemand mitfliegen darf oder angesprochen werden darf, hätten Sie - ich will jetzt nicht lügen - einen Drittel des Fliegers leeren können.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Die Antwort oder die Erläuterung bleibt der Kollege Hauer dann bis zur nächsten Runde schuldig. - Und jetzt habe ich den Kollegen Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, vielen Dank. - Da würde ich aber gern einfach auch noch mal nachhaken. Haben Sie denn, als Sie diese E-Mail am 27.06. verschickt haben, vorher einen Sachstand

im Haus oder über das Haus bei der BaFin abgefragt, was denn Sachstand bei Wirecard ist?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein. Das habe ich auch nicht für nötig erachtet, weil ja* sich das* im Rahmen der Vereinbarungen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs befand. Und ich hatte ja geschildert: Am 26. hatte ich noch aus dem Haus die Matrix mit dem Follow-up zum Finanzdialog erhalten -

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, Sie haben es - - Die Antwort ist: Nein, Sie haben es nicht gemacht.

Zeuge Wolfgang Schmidt: - Herr Toncar, wenn ich darf, würde ich gerne ausreden - und habe deswegen das, was ich vorliegen hatte, nämlich den Bericht aus dem Hause, wo Wirecard weiterhin als im Finanzdialog umfasstes Unternehmen aufgeführt war - - keinerlei Schwierigkeiten gesehen und deswegen auch nicht noch mal jetzt extra nachgefragt. Das würde dann ehrlicherweise auch ein bisschen die Kapazitäten des Hauses sprengen, wenn man ständig nachfragt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, nun gut, es gibt wenige Unternehmen, die so im Gerede waren. Aber okay, Sie haben nicht nachgefragt. Das war ja meine Frage, und das war die Antwort.

Haben Sie eigentlich im Rahmen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs vergleichbare E-Mails für andere deutsche Unternehmen verfasst bei der Umsetzungen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn Sie verfolgt haben, was ich am Anfang gesagt hatte, hätten Sie wahrgenommen, dass ich das gesagt hatte, zum Beispiel für die Deutsche Bank im März und für CEINEX und für andere.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Nun war ja die Entwicklung bei Wirecard eigentlich so schlecht nicht. Beispielsweise gibt es einen Vermerk: Monitoring des deutschen-chinesischen Finanzdialogs, aktueller Stand: Mitte Juni 2019, datiert vom 20. Juni. Da gibt es drei Fälle, wo es gut lief, drei Fälle, wo es teilweise gut lief, und dann gab es noch ein Beispiel, wo es nicht gut lief. Und Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben sich jetzt ausgerechnet eingesetzt für einen der Fälle, wo es gut lief. War das irgendwie eine Freundlichkeit für Herrn Gartzke, oder hatten Sie irgendwelche Hinweise, dass Ihr Einsatz nötig sein würde?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn ich das richtig erinnere, ging es um die Frage bei dem, was gut lief und was schon sozusagen weitgehend auf gutem Wege war, um die inländischen Payment-Lizenzen. Das waren die ursprünglich mal genannten vier. Und Herr Gartzke wollte ja diese Cross-Border, also das Grenzüberschreitende, für den Erwerb von AllScore. Da ging es nicht, wenn ich das richtig erinnere, um die Frage der vier landesweiten Payment-Lizenzen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie je eine Antwort erhalten auf Ihre E-Mail?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das hatte ich vorhin auch erläutert - ich bin jetzt etwas irritiert, weil dafür macht man eigentlich ein Eingangsstatement -, dass ich gesagt habe, ich habe keine Reaktion -

Dr. Florian Toncar (FDP): Keine Reaktion. Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: - des chinesischen Partners gehabt; das heißt keine Antwort.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Und das hatten wir ehrlicherweise in verschiedenen Antworten auf verschiedene Fragen, die im Umfeld der Sonderausschusssitzungen waren, auch schon beantwortet. Wir geben uns sehr viel Mühe. Ich merke aber immer wieder, dass viele Fragen -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich habe die Antwort gekannt, Herr Schmidt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: - immer wieder gestellt worden sind. - Ja, aber - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber Sie sitzen ja hier unter einer anderen Pflichtenstellung. - Und meine Folgefrage wäre - meine Folgefrage

wäre -, ob es denn irgendeine Form von Nachhalten oder Nachfragen dann noch mal gegeben hat oder ob es irgendwie normal ist, dass es da keine, also gar keine Reaktion gibt auf so was.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das hatte ich auch schon im Eingangsstatement erläutert, dass ich gesagt habe, ich habe das nicht nachgehalten, ich habe das Thema Wirecard nicht noch mal angesprochen den Chinesen gegenüber. Und ich hatte Ihnen auch einen Grund erläutert, und der bezog sich auf die Frage, dass ich auf meine Mail zu dem Unternehmen, das ich auch erwähnt hatte, nämlich die Deutsche Bank, als ich da im März geschrieben hatte wegen des IPO und dem Wunsch der Deutschen Bank, dort, ich glaube, Konsortialführer zu werden, eine freundliche Reaktion meines chinesischen Counterparts erhielt, die besagte, das ist eine autonome Entscheidung des Unternehmens. Und ich hatte Ihnen geschildert, dass mein Eindruck - - und so findet sich das, wenn Sie die Mail, die leider ja nun VS-V ist, noch mal genau angucken - - auch ein Hinweis auf die Frage der Zuständigkeit. Deswegen hatte ich nicht mit einer Antwort gerechnet, weil ich ein bisschen unter dem Eindruck stand, dass die Antwort, die ich im März auf das Anliegen bekommen hatte von meinem Counterpart, ich diesmal auch wieder zu erwarten hätte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Es gab ja dann - das haben Sie auch schon angesprochen - die „Spiegel“-Anfrage dieses Jahr. Und da gab es ja eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem BMF und dem Bundeskanzleramt, nämlich über die Frage einer Formulierung, aus der hervorgehen sollte, dass das Bundeskanzleramt nicht über die DPR-Prüfung informiert worden sei. Und da hat das BMF vorgeschlagen, diese Formulierung zu streichen. Ist Ihnen dieser Sachverhalt geläufig?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Müssten Sie mir vielleicht noch mal zeigen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das zeige ich Ihnen gern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, ich erinnere mich an verschiedene Diskussionen, wie was aussehen soll.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, es sollte die Formulierung gestrichen werden:

Dem Bundeskanzleramt lagen
2019 keine Informationen vor,
dass die DPR von der BaFin mit
der Überprüfung der Bilanzen der
Wirecard AG beauftragt wurde.

(Der Zeuge blättert und
liest in den vorgelegten
Unterlagen)

Das Bundeskanzleramt hat erst im
Zusammenhang mit der öffentli-
chen Berichterstattung über die
laufende DPR-Prüfung ab Mitte
Mai 2020 Kenntnis erlangt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin zwar ein Mann und grundsätzlich multitaskingfähig, aber wenn Sie mir kurz gestatten, erst mal zu lesen, und dann - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich habe es auch für die, die mithören, vorgetragen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, nur*, dann muss ich Ihnen nicht zuhören; dann lese ich selber.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das wollte ich nur wissen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich war mir nicht sicher, ob das jetzt was ist, worauf ich unmittelbar reagieren soll, oder ob ich erst mal lesen darf.

(Der Zeuge blättert und
liest in den vorgelegten
Unterlagen)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nur als Bitte: Könnten Sie die MAT-Nummer noch mal nachtragen für die Protokollierung? Das macht es dann einfacher. Und wir haben ja noch den Stenodienst da. Dann - - Wäre toll. Danke.

Dr. Florian Toncar (FDP): Na klar. Das ist - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: So, wenn ich das richtig sehe - es ist so ein bisschen verwirrend hier mit diesem cc usw. usf. - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Schmidt, wenn Sie ganz kurz warten, dann könnte eben Herr Dr. Toncar die MAT-Nummer nachtragen. Wir haben die Zeit auch noch gestoppt. Und dann geht es weiter.

Dr. Florian Toncar (FDP): MAT A BKAm-7.07, Blatt 159.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und jetzt läuft die Zeit weiter, und Sie haben Möglichkeit, zu antworten. Bitte schön, Herr Schmidt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja. - Also, wenn ich das richtig sehe - aber, Herr Toncar, Sie korrigieren mich bitte sofort, wenn ich das jetzt hier falsch zuordne -, war das ein Mailverkehr erst zwischen den Redaktionen. Ich war, wenn ich das richtig sehe, hier dann irgendwann zwischendurch cc. Und dann wird irgendwann Bezug genommen:

Lieber Herr Schlieff

- von einer Frau Glas aus dem Büro des Chef Bundeskanzlerin -

wie besprochen unten der neue
Vorschlag von BMF (St Schmidt)
mit der Bitte um Ihre Einschät-
zung, ob wir auf dieser Grundlage
weiterkommen und die Richtung
aus Ihrer Sicht passt.

Liebe Frau Glas,



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch nach „einmal darüber schlafen“ ist der neue Formulierungsvorschlag gut vertretbar, da er jetzt ausgewogen ist.

Wenn auch Sie einverstanden sind, würden wir ihn dem CvD zur Weiterleitung zusenden.

CvDn* sagt - wenn ich das hier richtig sehe, Frau Rülke -:

... auch aus meiner Sicht ist das vertretbar und kann so raus.

Und da steht - - Wenn ich das richtig sehe - das scheint offensichtlich mein - - ich erinnere mich aber ehrlicherweise jetzt nicht mehr dran -, scheine ich das geschrieben zu haben. Und da steht dann unten drunter:

Ein ausdrücklicher Hinweis auf das Verlangen der BaFin an die DPR zur Prüfung des verkürzten Abschlusses der Wirecard AG zum 30. Juni 2018 wäre auch unüblich gewesen, da es sich um vertrauliche marktsensible Daten handelt.

Und dann gibt es keinen Austausch zum Thema zwischen Kanzleramt und BMF und auch, dass geantwortet worden ist. - Und da Sie sich ja auch gut auskennen, gibt das nur die Rechtslage wieder.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Die DPR-Untersuchungen dürfen ja, wie wir gelernt haben, nach der Verfahrensordnung der DPR nicht mal dem Bundesministerium der Finanzen - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Es gab aber auch eine Marktmissbrauchsuntersuchung. Die unterliegt nicht den Regeln der DPR. Warum haben Sie die nicht gemeldet?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht; aber Sie hatten jetzt nach der DPR gefragt, und darauf habe ich geantwortet.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nee, das war die Folgefrage. Aber vielleicht haben Sie es in Ihrem Eingangsstatement ja schon erwähnt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, Sie hatten das schon verstanden. Ich bin zuständig für den Bereich der internationalen Finanzmärkte. Ich habe nicht den Eindruck, dass die DPR dazugehört, sondern die ist auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschränkt - eines der Probleme, das wir bei der Frage der Überprüfung von international tätigen Unternehmen hier haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Ich glaube, ich bin vorläufig nicht mehr redeberechtigt, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frageberechtigt. Redeberechtigt immer.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann übergebe ich an den Kollegen Dr. Zimmermann von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Staatssekretär, ich würde noch mal auf sozusagen den deutsch-chinesischen Finanzdialog eingehen, auch da die Zusammenarbeit mit der Botschaft, weil wir das heute ja hier auch schon als Thema hatten mit anderen Zeugen. Da würde mich noch mal die Frage interessieren allgemein: Gab es da - - Das haben Sie auch im Eingangsstatement gesagt. Aber noch mal: Wie genau sah die Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft in Peking aus rund um den Finanzdialog?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, zunächst mal: Der Teil, den ich unmittelbar wahrgenommen habe, ist, dass die uns da betreut haben, wie das ja üblich ist, in Empfang nehmen und dann begleiten. Aber wie sich aus den verschiedenen E-Mails ergibt, sind die sehr stark auch eingebunden in die ganze Frage: Was liegt vor Ort an? - Und das ist ja auch die Aufgabe der Auslandsvertretung und natürlich auch sowohl der Wirtschaftsreferenten für die Unternehmen als auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Finanzreferentinnen und Finanzreferenten für die Finanzunternehmen, den Kontakt zu den vor Ort befindlichen Unternehmen zu halten, offensichtlich hin und wieder auch Weihnachtsfeiern zu veranstalten und dann sozusagen die Petita aufzunehmen und so ein bisschen das Ohr an* der Schiene zu haben. Und das wiederum fließt dann* ein -* deswegen war ja bei dem*, was ich in meinem Eingangsstatement versucht habe zu erläutern - -* der Erstellung der Matrix ist so*, dass vereinbart war, dass dann auch immer der Finanzreferent mit berichten sollte und dass dann auch das Nachhalten der Ergebnisse, also letztendlich denen auf die Finger klopfen nach dem Motto „Hier gibt es keine Fortschritte“, sowohl von dem Referat in Berlin im BMF, I C 2, als auch vom Finanzreferenten, nachvollzogen und nachgehalten werden sollte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ist das bei Ihnen angekommen gewesen, dass der Finanzreferent, die Botschaft auch, in Peking Kontakte zu Wirecard pflegt explizit?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, jetzt weiß ich es. Aber aus dem Wissen damals, wenn ich es richtig erinnere: Nein, also mir ist das nicht in Erinnerung. Und ich hatte ja auch geschildert in meinem Eingangsstatement, dass Wirecard für mich bis zu dem Anruf von Gartzke nach meiner Erinnerung kein Thema war.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Um an diese Aussage auch noch mal anzuknüpfen: Also, bis dahin war Wirecard kein Thema. Dann war diese Mail an Ihren Counterpart, und danach gab es aber eine Beschäftigung mit Wirecard erst wieder dann im Zuge „Aufarbeitung Vorwürfe, Pleite“ usw.?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja. Und kein Thema*, um das zu präzisieren, ist* natürlich immer: Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die in der Matrix auftauchten als Thema; aber es war nichts, wo irgendwie ich ein Gefühl hatte oder eine Aufforderung hatte, weiter tätig zu werden. Und es gab zwischendurch - die sind ja auch in den Akten - immer mal so Erfolgsmeldungen - darauf hatte der Abgeordnete Toncar ja hingewiesen -, dass Wirecard einer der Fälle war, wo es

tatsächlich dann mal so war, dass die vereinbarte Markttöffnung sich dann auch auf chinesischer Seite zu realisieren schien.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Um noch mal mit der Botschaft weiterzumachen - ich glaube, das habe ich auch richtig verstanden, aber ich frage trotzdem noch mal nach -: Sie hatten mit Herrn Peters in der Sache keinen direkten Kontakt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist richtig. Ich habe ihn dann, wenn ich das richtig erinnere, in Peking bei der Betreuung des Finanzdialoges erlebt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und das Unternehmen, wo es ja dann später um die Akquisition ging, um diesen Markteintritt für Wirecard zu ermöglichen, AllScore Payment, hat das irgendwann dann mal eine Rolle gespielt, ist der Name über- - Wann ist der das erste Mal aufgetaucht?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Mir zumindest ist der Name das erste Mal aufgetaucht in dem Anruf von Herrn Gartzke und dann seiner folgenden Mail, wo er das erläuterte. Ich habe ja jetzt auch zur Kenntnis genommen, dass einige aus diesem Kreise hier gefragt haben, warum wir darüber keine Ermittlungen anstellten, also in diesem Fall insbesondere das Bundeskanzleramt, und warum wir von der Verurteilung oder der Strafzahlung, die dem Unternehmen auferlegt worden sei durch die People's Bank of China, keine Kenntnis hatten. Wenn ich das richtig sehe, war das im Mai 2020. Und ich habe dann schon auch im Vorfeld, als es noch keinen Untersuchungsausschuss gab, darauf hingewiesen: Wir können viel, aber in die Zukunft schauen können wir nicht. Insofern hat das keine Rolle gespielt für uns, das Unternehmen.

(Schluss der stenografischen Protokollierung:
0.00 Uhr)

Anlage 1

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Karl Theodor zu Guttenberg

Karl-Theodor zu Guttenberg

Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
der 19. Wahlperiode

Ausschussdrucksache
19(30)300

Frau
ORRin
Dr. Dominique Schimmel
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Protokoll Untersuchungsausschuss

Guttenberg, 1. Februar 2021

Sehr geehrte Frau Dr. Schimmel,

In der Anlage überreiche ich Ihnen das Protokoll, das ich entsprechend Ihrer Vorgaben im Schreiben vom 4. Januar überarbeitet habe.

Der guten Ordnung halber möchte ich als Vorbemerkung auf Folgendes hinweisen:

Meine Äußerungen in der Vernehmung vom 17.12.2020 beruhten auf meinen Erinnerungen, die ich an diesem Tage hatte sowie auf Aufzeichnungen und Informationen, die ich von meinen Mitarbeitern für diesen Termin erhalten hatte.

Ich will auch an dieser Stelle festhalten, dass ein Großteil der Schilderungen zum Markteintritt in China auf Aufzeichnungen meines Teams beruht, da ich selbst mit zahlreichen Detailfragen und Verhandlungsgegenständen nicht befasst war.

Ich habe weiterhin einige Korrekturen vorgenommen, wo der Wortlaut des Protokolls nicht verständlich oder sinnentstellend war. Ich habe darüber hinaus an einigen Stellen im Nachgang zu meiner Vernehmung, insbesondere aus Anlass der Protokollprüfung meine Angaben und meine geäußerte Erinnerung überprüft. Hierbei haben sich verschiedene Korrekturbedürfnisse ergeben, die ich im Protokoll bzw. in einem Annex vermerkt habe.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Theodor zu Guttenberg



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 13. Sitzung - vorläufige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den, 17. Dezember 2020, 11.00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal 2.600

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einziger Punkt der Tagesordnung	Seite
<u>Öffentliche Zeugenvernehmung</u>	
Karl-Theodor zu Guttenberg (Beweisbeschluss Z-2)	9
Michael Papageorgiou (Beweisbeschluss Z-34)	101
Jan-Ole Peters (Beweisbeschluss Z-52)	131
Wolfgang Schmidt (Beweisbeschluss Z-9)	180
Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller (Beweisbeschluss Z-15)	siehe separates Protokoll
Joschka Langenbrinck (Beweisbeschluss Z-30)	siehe separates Protokoll
Ole von Beust (Beweisbeschluss Z-29)	siehe separates Protokoll

*** Hinweis:**

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann dem endgültigen Protokoll beigelegt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.04 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere 13. Sitzung, die zugleich tatsächlich unsere 5. Beweisaufnahme ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt wurde - ich sehe ein Kopfnicken - und begrüße zunächst noch mal ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich die anwesenden Vertreter des Bundesrates herzlich willkommen. Ebenso begrüße ich recht herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer in den Sälen E 600, E 800, 4.400 und 4.600, in die unsere Sitzung heute gestreamt wird. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten. Für die Pressevertreter: Dies ist tatsächlich ein Rekord; in so viele Säle ist noch nie ein Untersuchungsausschuss gestreamt worden.

Nun die Hinweise, die für alle gelten. So sind eigene Ton- oder Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr - er ist schon eingetreten - unseren **einzigsten Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Karl-Theodor zu Guttenberg
(Beweisbeschluss Z-2)

Michael Papageorgiou
(Beweisbeschluss Z-34)

Jan-Ole Peters
(Beweisbeschluss Z-52)

Wolfgang Schmidt
(Beweisbeschluss Z-9)

Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller
(Beweisbeschluss Z-15)

Joschka Langenbrinck
(Beweisbeschluss Z-30)

Ole von Beust
(Beweisbeschluss Z-29)

Vernehmung des Zeugen Karl-Theodor zu Guttenberg

Ich begrüße recht herzlich unseren ersten Zeugen, Herrn zu Guttenberg. - Moin!

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Morgen!

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich hoffe, Sie hatten eine gute Anreise so weit.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich hatte eine wunderbare Anreise. Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Klasse. - Und er hat auch bereits Platz genommen. - Und neben Ihnen hat auch Ihr Rechtsbeistand, Herr Professor Schertz, Platz genommen. - Herr Professor Schertz, ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen und hoffe, auch Sie hatten eine vernünftige und gute Anreise.

RA Prof. Dr. Christian Schertz: Da ich in Berlin lebe, ging es.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist dann - - aber muss auch nichts heißen; manchmal braucht man in Berlin länger als von Hamburg nach Berlin.

RA Prof. Dr. Christian Schertz: Da haben Sie recht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten, Herr Professor Schertz, Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- oder Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant aber eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit ihm beantragen. - Gibt es dazu noch Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

- Wunderbar. - Herr zu Guttenberg, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke. - Sie haben sich vor diesem Hintergrund - und da bedanke ich mich recht herzlich - mit dem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in dieser Sitzung einverstanden erklärt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Klasse. Danke. - Nun hat der Ausschuss eben gebeten, einmal für die Öffentlichkeit - insoweit trifft Sie es als Ersten - - dass ich noch einmal diese Belehrung verlese, damit die Öffentlichkeit auch Kenntnis hat, was allen Zeugen vorher schriftlich zugegangen ist. Insoweit fange ich jetzt, obwohl Sie drauf verzichtet haben, noch einmal kurz an, der Öffentlichkeit das kundzutun, was wir Ihnen zugeschickt haben. Daher verlese ich noch mal zur Kenntnisnahme der Öffentlichkeit, was wir allen Zeugen zugeschickt haben.

Belehrung über Rechte und Pflichten als Zeuge: Zeugen vor einem Untersuchungsausschuss sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 StGB strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Zeugen allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen ge-

mäß § 22 Absatz 2 PUAG für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu. Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen gemäß § 22 Absatz 1 PUAG in Verbindung mit §§ 53, 53a StPO grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die Ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

So weit für die Öffentlichkeit noch einmal verlesen, was den Zeugen entsprechend schriftlich zugegangen ist. - Und noch mal meinen Dank - weil das spart für die Zukunft Zeit -, dass Sie sich damit einverstanden erklärt haben.

Gut, dann kann ich mich auf technische Hinweise beschränken. Aber jetzt kommt ein Antr-

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Wenn Sie Ihre technischen
Hinweise verlesen haben!)

- Dann - - Okay.

Werden Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin entsprechend die Unterlagen auch vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung der Auffassung sein oder zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann die Möglichkeit, über Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, keine Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Herr zu Guttenberg - - Kommt jetzt - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Bevor wir in die Beweis-
aufnahme jetzt oder die
Vernehmung eintreten,
möchte ich vorher gern den
Antrag stellen!)

- Ich würde jetzt in die Vernehmung - - Des-
wegen, genau.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich möchte gern, Herr Vorsitzender, wie angekündigt, auch im Namen der Kollegen De Masi und Bayaz beantragen, gemäß § 13 PUAG Ausnahmen vom Verbot der Bild- und Tonaufzeichnungen der Zeugenvernehmung zuzulassen. Wir haben ja schon dargestellt, dass wir drei der Auffassung sind, dass generell, nicht nur jetzt in diesem Fall, sondern generell, bei Angehörigen der Bundesregierung, politischen Beamten und Personen der Zeitgeschichte eine Übertragung notwendig ist.

Wir glauben, dass das auch dem heutigen Informations- und Transparenzinteresse der Öffentlichkeit entspricht und dass dieser Fall deswegen auch so bedeutsam ist, dass man bei diesem Zeugen, wo gewissermaßen auch eine gewisse qualifizierte Position, auch gegenüber der Öffentlichkeit, gegeben ist, eben auch eine Übertragung gewährleistet.

Wir werden das insofern auch bei vergleichbaren Fällen künftig beantragen; das will ich auch sehr deutlich sagen. Aber jetzt konkret, bevor Sie in die Vernehmung eintreten, stelle ich eben den Antrag in Bezug auf diese Zeugenvernehmung, vom grundsätzlichen Verbot von Bild- und Tonaufnahmen abzuweichen und sie hier zuzulassen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Kollege Toncar. - Wir hatten ja - und auch das ist Ausdruck des kollegialen Umgangs in diesem Ausschuss miteinander - vorher drüber gesprochen; insoweit ist das jetzt nicht überraschend. Das heißt, wir haben uns vorbereitet, rechtlich beraten, auch rechtlich noch mal dazu weitere

Expertise eingeholt: Diesen Antrag können Sie stellen.

Der Ausschuss hat nunmehr über die Zulassung einer Ton- und Bildübertragung zu beschließen. Gemäß § 12 Absatz 1 PUAG sind die Beratungen und Beschlussfassungen des Untersuchungsausschusses allerdings nichtöffentlich. Das heißt, für die Entscheidung über diesen Antrag müssen wir eine nichtöffentliche Beratungssitzung noch mal anberaumen, eine außerordentliche. Daher muss ich jetzt tatsächlich noch mal die Beweisaufnahme unterbrechen. Eine nichtöffentliche Sitzung heißt, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: ... wir dürfen wieder verschwinden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - Professor Schertz, Herr zu Guttenberg, dass ich Sie noch einmal, so gern ich Sie jetzt auch vernehmen würde - - Sie tun was Gutes; die Fotografen freuen sich und können dann noch mal ein paar Aufnahmen schießen. Und ich bitte Sie dann, für diese - -

(Alexander Radwan
(CDU/CSU): So schnell war
noch keiner draußen! - Ver-
einzelt Heiterkeit)

Ja, nicht dass Sie jetzt sagen: „Wir haben beendet, wir sind glücklich“, und Sie fahren wieder nach Hause.

(Alexander Radwan
(CDU/CSU): Dank der FDP
beendet!)

- Genau. - Also: Halten Sie sich bitte bereit. Wir treten kurz in eine Beratungssitzung ein und bitten Sie dann wieder in den Sitzungssaal.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
11.12 Uhr - Folgt
Beratungssitzung)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:
11.27 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Karl-Theodor zu Guttenberg

Vorsitzender Kay Gottschalk: Zunächst, bevor ich jetzt zur Einvernahme komme: Wir haben uns beraten, wir haben darüber abgestimmt. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit bekommen, und insoweit bleiben wir in dem Format. Das heißt, wir streamen in die Öffentlichkeit - das ist so weit öffentlich -, aber ohne Bild und Ton über Bundestags-TV.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Ja, Herr zu Guttenberg, ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitteilen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Karl-Theodor zu Guttenberg. Ich bin - -

(Zuruf: Mikrofon bitte!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ach so, ja. Das habe ich tatsächlich vergessen; das ist meine Schuld; mea culpa. Da wir ja den Ton an die Öffentlichkeit übertragen, bitte ich Sie, den Knopf am Mikrofon zu betätigen. Sie kennen das ja noch: Das rote Licht muss leuchten, damit alle Sie verstehen können.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Mikrofone sind offensichtlich noch die gleichen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Mein Name ist Karl-Theodor zu Guttenberg. Ich bin 49 Jahre alt, wohnhaft in Guttenberg in Oberfranken. Und mein Beruf ist: Ich bin Chairman von Spitzberg Partners.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann, Herr zu Guttenberg, können Sie jetzt, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist, und Sie hätten dann jetzt das Wort.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das mache ich sehr gerne, Herr Vorsitzender. - Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke für die Einladung und gebe Ihnen heute gerne Auskunft in der Hoffnung, einen Beitrag leisten zu können, der der Erfüllung Ihres wichtigen Untersuchungsauftrages dient sowie der Aufklärung dieses offenbar beispiellosen Betrugsfalles. Es gibt mir zudem die Möglichkeit, teilweise bemerkenswert falsche und verzerrende Berichterstattung der letzten Monate über die Tätigkeiten von mir und meiner Firma richtigzustellen.

Ich teile mit Ihnen das Interesse an einer umfassenden Aufklärung. Denn: Säße ich heute hier, wenn Aufsicht, staatliche Kontrolle und Wirtschaftsprüfung im Falle der Wirecard AG sorgsam und zuverlässig funktioniert hätten? Sicherlich nicht. Das Beratungsmandat mit meiner amerikanischen Firma Spitzberg Partners LLC wäre unter solchen Umständen niemals zustande gekommen. Weder hätten wir dieses Unternehmen in Nordamerika noch in China unterstützt, noch hätten wir die Bundesregierung bezüglich des Markteintritts der Wirecard in China informiert. Mit anderen Worten: Hätten wir gewusst, dass das Geschäftsmodell von Wirecard offenbar auf Betrug basiert, hätten wir dieses DAX-Unternehmen niemals beraten. Aber leider haben wir von den offensichtlich höchst kriminellen und illegalen Handlungen genauso spät erfahren wie zahllose andere Geschäftspartner und Anleger auch.

Sie haben mich, meine Damen und Herren Abgeordneten, zum gesamten Untersuchungsauftrag eingeladen; das ist Ihr gutes Recht. Als einer von offenbar zahlreichen externen Beratern mit einem begrenzten Aufgabenfeld sind der Rahmen und das Ausmaß der Information von Spitzberg jedoch sehr überschaubar. In aller Deutlichkeit: Zu Ihrem Untersuchungsauftrag bezüglich möglicher Bilanzfälschung, Geldwäsche und anderer rechtswidriger Aktivitäten werde ich nicht beitragen können. Meine Firma und ich hatten als externe



Nur zur dienstlichen Verwendung

Berater zu keinem Zeitpunkt und in keiner Weise Zugang zu Indizien bzw. Kenntnis von Diskrepanzen in der Bilanzierung von Wirecard, von Geldwäsche oder anderen Straftatbeständen. Die Berichterstattung über das mutmaßliche Ausmaß krimineller Machenschaften bei Vertretern von Wirecard hat mein Team und mich wie so viele andere vollkommen überrascht. Einen derartigen Betrug konnte man als Geschäftspartner trotz gewisser Mutmaßungen in der britischen „Financial Times“ nicht erahnen - nicht bei einem DAX-Unternehmen bzw. der zeitweise wertvollsten Bank in der Bundesrepublik Deutschland. Das war einfach nicht vorstellbar.

Es ist selbstredend, meine Damen und Herren Abgeordneten: Spitzberg Partners ist keine Staatsanwaltschaft, nicht die BaFin und kein Wirtschaftsprüfer. Und natürlich haben wir uns auf die offiziellen Bewertungen des Unternehmens bzw. die Verlautbarungen der relevanten öffentlichen und staatlichen Stellen verlassen, verlassen müssen. Selbstverständlich haben wir unseren Vertragspartner Wirecard bei kritischen Medienberichten, insbesondere der „Financial Times“, wiederholt im direkten Gespräch mit den dort aufgebrachten Vorwürfen konfrontiert. Diesen wurde seitens der Ansprechpartner bei Wirecard stets mit aus unserer damaligen Sicht plausibel klingenden Verweisen gerade auf staatliche Kontrollstellen, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen die „FT“, KfW-Kredite und die Testate der Wirtschaftsprüfer begegnet.

Wenn ich richtig informiert bin, wurden Wirecards Abschlüsse zehn Jahre lang uneingeschränkt testiert, ein Umstand, der mir heute angesichts der nunmehr vorliegenden Erkenntnisse so unverständlich ist wie Ihnen. Bis zum Zusammenbruch des Unternehmens im Juni 2020 wurde uns gegenüber wie allen anderen seitens Wirecard kommuniziert, dass man fest von einem erneuten uneingeschränkten Testat ausgehe. Und ja, wie fast alle Medien, die BaFin, die Staatsanwaltschaft, die Politik, die Wirtschaftsprüfer und viel zu viele private Anleger haben auch wir das von Wirecard in die Welt gesetzte Märchen vom bösen Shortseller, der gezielt Unwahrheiten und Gerüchte verbreitet und damit Kurse manipuliert, geglaubt.

Ich staune, wenn ich lese, dass man mir oder meinem Team vorwirft, wir hätten schon zu einem viel früheren Zeitpunkt von Betrug und kriminellen Handlungen wissen müssen. Das entbehrt jeder Grundlage; schließlich trage ich Verantwortung für ein Beratungsunternehmen und nicht für die BaFin oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Spitzberg Partners hat Wirecard - mit Unterbrechung - zwischen 2016 und 2020 als sogenannter External Consultant unterstützt. Auf die Begrenzung unserer Mandate habe ich bereits hingewiesen. Zusammengefasst umfassten unsere Dienstleistungen die Unterstützung bei der Identifikation und Anbahnung neuer industrieller und technologischer Partnerschaften und der Platzierung von Wirecard als Partner von Konferenzen sowie Technologieberatung. Dabei hat Spitzberg die Wirecard anfangs durch die Vermittlung potenzieller Partner und Akquisitionsziele in den USA und in Kanada unterstützt, Beratung bezüglich der sogenannten Blockchain-Technologie geleistet und im Anschluss den Markteintritt in China mit dem Kauf des chinesischen Payment-Dienstleisters AllScore begleitet.

Nach den uns vorliegenden Informationen entsprach der Kaufpreis von AllScore, unter anderem angesichts eines überaus attraktiven Lizenzportfolios, marktüblichen Konditionen. Aus unserer heutigen Sicht und nach unserem Kenntnisstand hätte diese Akquisition im Übrigen nicht dazu beigetragen, die bislang bekannten und mutmaßlich höchst kriminellen Akte auszuweiten. Dies liegt unter anderem an sehr strenger chinesischer Regulierung.

Spitzberg Partners ist - das will ich an dieser Stelle unterstreichen - entgegen der Mediendarstellung kein Lobbyunternehmen, und wir schließen auch keine Verträge über aktive Lobbydienstleistungen ab. Trotzdem - trotzdem - haben wir die Bundesregierung über den geplanten Markteintritt in China unterrichtet und die Möglichkeit wohlwollender Begleitung im bilateralen Verhältnis mit China abgefragt. Der Eintritt eines DAX-30-Unternehmens in den chinesischen Markt hat fraglos eine politische Dimension, weshalb uns diese Unterrichtung und Abstimmung



Nur zur dienstlichen Verwendung

geboten erschien. Und um es deutlich zu sagen: Deutsche Unternehmen sind bei einem beabsichtigten Markteintritt in eine staatlich geleitete Wirtschaft wie China auf politische Unterstützung angewiesen. Diese Unterstützung der Wirtschaft durch die deutsche Politik ist grundsätzlich sinnvoll und angemessen; eine Abstimmung macht daher absolut Sinn.

Insofern war nach dem damaligen Kenntnisstand die Unterstützung der Bundeskanzlerin ebenso richtig wie die Unterstützung von Wirecard durch Außenminister Heiko Maas, der bereits 2018 einen Vertreter von Wirecard auf eine Delegationsreise einlud, oder die Unterstützung von Olaf Scholz beim 2nd High Level China-Germany Financial Dialogue ~~[sic!]~~ bereits Anfang 2019 in Peking. An der Organisation der letzten beiden Ereignisse war Spitzberg übrigens nicht beteiligt.

Ich möchte darüber hinaus daran erinnern, dass die Information und die Einbindung der Botschaft bei bedeutenden Auslandsaktivitäten großer deutscher Unternehmen eine völlige Normalität ist. Zudem sind auch Regierungen auf Hinweise zu gewissen Unternehmensaktivitäten im Ausland angewiesen und können sich nicht alleine auf ihre Intuition verlassen. Die Unterstützung deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland durch die Botschaft und damit auch durch die Bundesregierung ist von daher für sich genommen und seit Jahrzehnten ebenso wenig ein Skandal wie die gute Praxis, dass Regierungsmitglieder sich von Wirtschaftsdelegationen begleiten lassen und im Gastland für deren Anliegen werben. Zum Skandal wird es nur dann, wenn wider besseren Wissens die Regierung zur Unterstützung lediglich vordergründig redlicher Wirtschaftsinteressen gebeten oder tätig wird.

Mir oder meinem Team vorzuwerfen, wir hätten es besser gewusst, mag aus unterschiedlich niedrigen Motiven reizvoll sein; es ist aber eine falsche, substanzlose und böartige Unterstellung. Ich gehe davon aus, die Bundesregierung wird ähnlich auf diesen Vorwurf reagieren.

Interessanter ist sicherlich die Frage, meine Damen und Herren Abgeordneten, nach dem Sie hätten-es-besser-wissen-Können. Und glauben

Sie mir: Diese Frage habe ich mir selbst während dieses Sommers nicht nur einmal gestellt. Ich kann nur hoffen, dass sich die staatliche Aufsicht, unzählige Analysten, hochdekorierte Wirtschaftsprüfer, Kreditgeber, auch staatliche wie die KfW, renommierte Investoren, aber auch Politiker und Journalisten die gleiche Frage stellen. Auch ich habe mich auf das Urteil jener Instanzen verlassen, die über weit umfassendere Ressourcen zur Überprüfung der Vorwürfe verfügten.

Wirecard hat uns alle getäuscht und über seine nunmehr aufgedeckten Geschäftspraktiken im Dunkeln gelassen. Selbstverständlich sind wir darüber extrem verärgert, da unsere Beratungsdienstleistungen, für die wir uns nicht schämen müssen, auch Gegenstand falscher Berichterstattung wurden.

- basierend auf meiner Erinnerung und den Informationen, die ich von meinen Mitarbeitern in der Vorbereitung erhalten habe -

Meine Damen und Herren Abgeordneten, gestatten Sie mir nun, im Einzelnen und weitgehend chronologisch auf unsere Tätigkeiten für die Wirecard AG einzugehen. Lassen Sie mich auch feststellen: Überall, wo ich in dieser Stellungnahme Wirecard und ihre Vertreter mit potenziellen Straftatbeständen in Verbindung bringe oder bereits gebracht habe - in den ersten Worten, jetzt -, geschieht dies angesichts der bis zur Verurteilung gültigen Unschuldsvermutung mit dem auch unausgesprochenen Attribut „mutmaßlich“. Darauf wurde ich auch hingewiesen, dass ich das so machen soll.

Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann hierbei naturgemäß nicht erfüllt werden.

Der erste Kontakt zwischen Spitzberg und Wirecard kam im Februar 2016 im Rahmen eines Gesprächs am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz zwischen dem damaligen Wirecard-CFO, Burkhard Ley, sowie dem Managing Partner von Spitzberg, Dr. Ulf Gartzke, zustande. Dieser initiale kurze Dialog wurde einen Monat später im Rahmen einer Konferenz am Tegernsee zwischen Dr. Gartzke und Georg von Waldenfels, der damals Executive Vice President Business Development bei Wirecard war - ein langer Titel -, sowie Burkhard Ley fortgesetzt. Gegenstand des Austausches war die Frage, ob Spitzberg die Expansion des Unternehmens in Nordamerika - in Nordamerika - unterstützen könne. Dies sollte die Identifikation und Vermittlung von potenziellen Industriepartnern umfassen, auch gegebenenfalls



Nur zur dienstlichen Verwendung

M-&-A-Aktivitäten; zudem war man an unserer Blockchain-Expertise und an dem Intro zu der Firma Ripple Labs interessiert.

Ich selbst war auch auf dieser Konferenz und erinnere mich in diesem Zusammenhang an ein kurzes Meet and Greet mit von Waldenfels, nicht aber mit Burkhard Ley. Dr. Gartzke verhandelte im Anschluss mit von Waldenfels einen Dreimonatsvertrag über Beratung und Partnersuche in Nordamerika, was die USA und Kanada umfasste, zum Thema Blockchain. Dieser Vertrag beginnt ~~23.~~ am 22. Juni 2016, wurde dann noch um einen Monat bis Oktober verlängert. Die Tätigkeiten wurden unter Federführung von Dr. Gartzke mit bis zu zwei Mitarbeitern erbracht. Ich selbst habe in dieser Zeit nach meiner Erinnerung lediglich das Intro zu der Führung von Ripple in San Francisco gemacht.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine allgemeine Anmerkung zu den Rollen bei unserer Firma Spitzberg, weil auch da unterschiedliche Dinge geschrieben und beschrieben werden. Federführend zuständig für den Account war das Washingtoner Büro der in den USA ansässigen Spitzberg Partners LLC, eine Boutique-Advisory- und Investmentfirma, die in New York City ihr Headquarter hat.

Die Zahl der Mitarbeiter, die seitens der LLC mit Unterstützung unserer deutschen Tochtergesellschaft mit dem Wirecard-Account befasst waren, bewegte sich zwischen zwei und sieben Mitarbeitern. Spitzberg Partners hat, wie in den meisten Mandaten, auch für die unterschiedlichen Projekte mit Wirecard jeweils kleine interdisziplinäre Arbeiterteams zusammengestellt bzw. auf Expertise aus unserem internationalen Beraternetzwerk zurückgegriffen. Wir arbeiten projektgebunden mit einer nicht unerheblichen Zahl von Strategic Advisors und Strategic Partners in unterschiedlichen Jurisdiktionen zusammen. Der Projekt-Lead, wie man das heute neudeutsch ausdrückt, lag bei meinem Geschäftspartner Dr. Gartzke, Managing Partner von Spitzberg Partners. Wie bei allen unseren Projekten seit der Unternehmensgründung 2013 hat er das sogenannte Client Relationship Management, in dem Fall bei Wirecard, übernommen.

Meine Rolle als Chairman ist etwa mit der eines Verwaltungsratsvorsitzenden zu vergleichen. Das heißt, ich fokussiere mich nicht im Detail auf die Day-to-Day-Beratungsleistungen für unsere Kunden; aber natürlich lasse ich mich regelmäßig über die Entwicklung und den Stand unserer Mandate briefen. Ich werde in der Regel eingeschaltet, wenn es darum geht, etwa Kontakte zu CEOs oder der Führungsebene anderer Unternehmen, auch potenzieller Klienten, herzustellen, oder zur Kontaktaufnahme zu den Organisatoren wichtiger Veranstaltungen wie dem World Economic Forum oder der Münchner Sicherheitskonferenz. Dies erklärt auch, weshalb ich über die vier Jahre nur wenige Termine für unser Mandat mit Wirecard wahrgenommen habe. Ich werde darauf gerne im Einzelnen zu sprechen kommen.

Mir ist auch wichtig, an dieser Stelle erneut festzuhalten: Ich stelle mit einem gewissen Erstaunen fest, dass wir mittlerweile in den Medien lediglich als erfolgreiche Lobbyfirma beschrieben werden. Spitzberg Partners ist entgegen dieser Darstellung kein Lobbyunternehmen, und wir schließen auch keine Verträge über aktive Lobbydienstleistungen ab. Kontaktaufnahmen zu Regierungsstellen, wie im Fall der Akquisition in China geschehen, werden nur in absoluten Ausnahmefällen vorgenommen und wenn wir nach einer gründlichen Abwägung zu dem Schluss kommen, dass ein Einbringen auch im Interesse der Regierung stehen müsste. In wahrscheinlich 99 Prozent aller Fälle, in denen wir um Lobbydienstleistungen ersucht werden - sicher auch aufgrund meiner Vergangenheit -, verweist Spitzberg Partners auf andere Dienstleister.

Wir nehmen also die Charakterisierung der Firma mit einem gewissen Befremden zur Kenntnis. Das ist in etwa so, als wenn Sie einen Malereibetrieb, der gelegentlich eine Tür abschleift, als Schreinerei bezeichnen oder einen, ich weiß nicht, Abgeordneten, der ab und zu eine mehr oder weniger gelungene Kolumne schreibt, als Publizisten - um es etwas einzuordnen; das ist möglicherweise eine hinkende Analogie.

Ebenso obliegt ihm die Federführung und Verantwortung für alle Vertragsverhandlungen von Spitzberg Partners.



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Die nächste Phase, meine Damen und Herren Abgeordneten, der Zusammenarbeit zwischen Spitzberg Partners und Wirecard begann am 1. Februar 2017. Das war im Anschluss an ein Treffen mit von Waldenfels und Burkhard Ley am 23. Januar 2017 in Aschheim, an dem ich, gemeinsam mit Dr. Gartzke, auch selbst teilnahm, um die Parameter unseres Engagements zu besprechen.

Wir wurden gebeten, bei der Identifikation von Industriepartnern sowie Technologiepartnern und potenziellen Übernahmekandidaten in Nordamerika zu unterstützen. Wirecard war auch interessiert, Intros zu Top Companys im Tech-Sektor wie Uber, Facebook, Apple und anderen zu bekommen, denen sie dann in anderen Märkten innerhalb und außerhalb der USA als Payment Provider dienen wollten. Zudem war Wirecard an einer Banklizenz in den USA interessiert sowie an allgemeinen außen- und geopolitischen Briefings. Diese Phase der Zusammenarbeit mit dem alleinigen Fokus auf Aktivitäten im transatlantischen Verhältnis dauerte bis März 2018.

Ich selbst machte nach meiner Erinnerung und Aufzeichnungen einige Introductions zu mir bekannten CEOs und Führungskräften in der amerikanischen Tech-Szene. Im Rahmen zweier Reisen von Wirecard-Verantwortlichen fanden zahlreiche der angefragten Treffen auch statt; ich selbst nahm an den Reisen allerdings nicht teil. Mit von Waldenfels und Burkhard Ley hatte ich in diesem Jahr nach meiner Erinnerung noch zweimal persönlichen Kontakt in Form einer direkten Konversation: einmal während eines sogenannten außen- und geopolitischen Update-Telefonats - das war Teil unserer Vertragsleistungen - am 21.11.2017, das sich im Wesentlichen nach meinen Erinnerungen aber mit Einschätzungen zur deutschen Politik befasste. Ich bin mir allerdings auch nicht mehr sicher, ob Burkhard Ley überhaupt teilgenommen hatte; ich erinnere mich noch an Herrn von Waldenfels.

Am 14.12. gab es dann ein Treffen im „Bayerischen Hof“ in München mit Georg von Waldenfels und Burkhard Ley. Themen waren nach meinen Aufzeichnungen der Tech Outreach USA, Facebook, Uber, Apple und andere, eine etwaige Roadshow in Kanada, Investitionsziele. Für mich

überraschend sprach Burkhard Ley sehr allgemein auch Pläne an, enger mit Banken zu kooperieren; auch eine Übernahme sei nicht ausgeschlossen. Das war aber das einzige Mal bis zum Zusammenbruch des Unternehmens, dass ich darüber hörte.

Herr Ley wiederholte auf meinen bei dem Gespräch am 14.12. geäußerten Wunsch den Inhalt dieses Gesprächsteils in einer Email vom 21.12.2017.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, es bleibt an dieser Stelle noch einmal festzuhalten, dass mein Unternehmen in den ersten zwei Jahren der Arbeit mit Wirecard in dieser Sache weder Kontakte zur Bundesregierung oder anderen Regierungen aufgenommen noch für Wirecard solche Kontakte vermittelt hat. So viel zu der leider falschen Berichterstattung, Spitzberg sei nur als Lobbyist verpflichtet worden.

Zum Jahr 2018. Am 2. März 2018 gab es eine meiner zwei außenpolitischen Update-Telefonkonferenzen in diesem Jahr; die zweite fand am 16. August statt. Die genauen Teilnehmer weiß ich nicht mehr; ich nehme aber an, dass Herr von Waldenfels und Herr Ley an beiden teilnahmen.

Im März 2018 kam zu dem amerikanischen Schwerpunkt noch der Plan des Markteintritts in China hinzu. Wir haben Wirecard bei diesem strategischen Markteintritt in China beraten. Zu unseren Aufgaben gehörte dabei eine Analyse des chinesischen Payment- und E-Commerce-Marktes, die Identifizierung und Kontaktaufnahme zu potenziellen Industriepartnern und Übernahmekandidaten sowie aktuelle - erneut - geopolitische Einschätzungen.

Für den Markteintritt ~~Chinas~~ hatten wir von diesem Zeitpunkt an mit einer Beraterin aus unserem internationalen Netzwerk an Strategic Partners und Advisors kooperiert - ich habe darauf vorhin schon hingewiesen -, einer amerikanischen Beraterin chinesischer Abstammung mit Erfahrung unter anderem im Private-Equity-Bereich, um auch über Sprach- und Kulturbarrrieren hinweg eine direkte Vor-Ort-Perspektive auf den chinesischen Payment-Markt zu bekommen. Erste Gespräche über einen potenziellen Markteintritt Wirecards in China fanden im Februar/März 2018 statt, allerdings ohne mich. Hier war man nach den Aufzeichnungen meines



3. Untersuchungsausschuss

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch festhalten, dass ein Großteil der folgenden Schilderungen zum Markteintritt in China auf Aufzeichnungen meines Teams beruht, da ich selbst mit zahlreichen Detailfragen und Verhandlungsgegenständen nicht befasst war.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Teams zunächst analog zu den USA an strategischen Industriepartnerschaften etwa mit Tenpay, JD, auch Alipay interessiert, zudem an M-&A-Zielen und Informationen über regulatorische Voraussetzungen für solche Schritte.

China war und ist unzweifelhaft einer der Märkte mit dem stärksten Wachstum im Technologie- und Payment-Bereich. Bis Anfang 2018 war es für ausländische Firmen ausgeschlossen, Payment-Lizenzen in China zu erwerben bzw. Firmen im Bereich „Financial Services“ mehrheitlich zu übernehmen. Im März 2018 wurde jedoch auf Initiative von Präsident Xi Jinping beschlossen, den chinesischen Finanzmarkt auch für internationale Anbieter schrittweise zu öffnen.

Vom 21. bis 24. Mai 2018 fand dann eine erste Reise nach China statt, die von ~~Spitzberg~~ ^{Dr. Gartzke} und unserer Partnerin vor Ort organisiert wurde. Es war die einzige Reise, an der auch ich teilnahm. Hierbei wurden in hochrangigen Meetings Industriepartnerschaften, etwa mit Tencent und JD, ausgetestet. Und um Informationen über regulatorische Fragen des Markteintritts zu gewinnen, hatte Wirecard auf Anraten und mit Empfehlungen unserer Partner vor Ort auch Treffen mit ehemaligen politischen Verantwortungsträgern und etwa Handelskammervertretern ^{über Dritte} organisiert.

Im Anschluss an die Reise und im Lichte der Entscheidung Xi Jinpings reifte bei Wirecard die Entscheidung, neben den ursprünglich genannten Zielen einen starken Kooperationspartner mit den notwendigen Lizenzen zu finden bzw. sogar eine direkte Mehrheit an einem chinesischen Unternehmen im Bereich Finanzdienstleistung anzustreben. Wirecards klares Ziel war es, ein Unternehmen in China zu identifizieren, das die Parameter eines attraktiven Lizenzportfolios, einer kompatiblen Technologieplattform sowie vielversprechende Wachstumsprognosen vereinte. Ab Juni 2018 evaluierte Wirecard mit Unterstützung von Spitzberg Partners potenzielle chinesische Ziele, die für die Wirecard die wichtigen Lizenzen hielten. Dazu zählt neben der sogenannten Acquiring- und Issuing-Lizenz auch die für das internationale Geschäft wichtige Cross-Border-Lizenz.

Der geplante Markteintritt in China wurde uns als integraler Bestandteil der Wachstumsstrategie der Wirecard geschildert. Er würde das Unternehmen im internationalen Vergleich in eine klar exponierte Position bringen. Die deutsche Wirecard wäre wohl zu diesem Zeitpunkt das erste kontinentaleuropäische Unternehmen gewesen, das eine direkte Mehrheit an einem chinesischen Unternehmen im Bereich Zahlungsdienstleistung gehalten hätte. Daran richtete sich unser Mandat aus, soweit wir mit unseren Kapazitäten dazu in der Lage waren.

Ich will, meine Damen und Herren, bereits an dieser Stelle festhalten: Eine vertiefte Due Dilligence des oder der Zielunternehmen im kommerziellen, rechtlichen sowie finanziellen Bereich lag weder in unserem Verantwortungs- noch Aufgabenbereich. Das war die Aufgabe von Wirecard selbst bzw. seiner zahlreichen externen Anwälte und Finanzberater, die seitens des Unternehmens mit einer holistischen und fachspezifischen Beurteilung des Akquisitionsziels beauftragt wurden. Spitzberg Partners hat im Rahmen seines begrenzten Beratungsmandates im Jahre 2018 den chinesischen Payment-Sektor näher analysiert und, basierend auf dieser strategischen Analyse für Wirecard, eine Shortlist an potenziellen Akquisitionszielen bzw. Beteiligungen erstellt. Die letztendliche Auswahl bzw. Entscheidung wurde alleinig seitens Wirecard getroffen. Im Zuge der Analyse wurden neben dem letztendlichen Übernahmekandidaten AllScore freilich noch weitere Unternehmen identifiziert.

Anfang März 2019 beschloss Wirecard, Gespräche mit dem chinesischen Zahlungsabwickler AllScore Payment Services Co Ltd., nachfolgend AllScore, aufzunehmen. Ein erstes Kennenlernen mit dem Unternehmen hatte bereits im August sowie im September 2018 im Rahmen der Shortlist-Erstellung stattgefunden. AllScore hatte dabei auch aus unserer Sicht und auf Basis der uns zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Informationen die beste Wachstumsprognose, ein attraktives Lizenzportfolio und eine offenbar kompatible Technologieplattform. Die vertiefte Evaluation bzw. Validierung dieser Erfolgsfaktoren oblag im Rahmen der Due Dilligence Wirecard selbst.



Nur zur dienstlichen Verwendung

AllScore wurde im September 2007 gegründet und war als solches wohl einer der Pioniere der chinesischen Zahlungsabwicklungsindustrie. Das Unternehmen besaß zum Zeitpunkt der Aufnahme der Gespräche mit Wirecard circa 140 Mitarbeiter sowie acht Büros in großen und semigroßen Städten - wobei das mit „semigroß“ in China so eine Sache ist.

Die Due Diligence beinhaltete nach unseren Kenntnissen eine äußerst umfangreiche Anforderungsliste in allen relevanten Unternehmensbereichen. Nur um Ihnen einen Eindruck zu verschaffen: Die Liste - so hat es mir mein Team berichtet - hatte im Verlauf der Due Diligence allein etwa 320 verschiedene Anforderungen an Dokumentation bzw. Nachweise in den Bereichen Recht, Commercial, Technical, Financial und Tax. Alleine auf den rechtlichen Bereich entfiel die Hälfte der Anfragen. Zudem kamen seitens Wirecard sehr viele und detaillierte Anfragen abseits der Due-Diligence-Liste - abseits der Due-Diligence-Liste! -, die nach unseren Informationen seitens AllScore beantwortet wurden.

Lassen Sie mich nochmals klarstellen: Spitzberg war an der vertieften Due Diligence inhaltlich nicht beteiligt. Vielmehr war es unser Auftrag, die vielen Anfragen ^{und Informationen} zentralisiert zu sammeln und auch an das Target weiterzuleiten. Eine tiefer gehende inhaltliche Due Diligence war die Aufgabe der zahlreichen Anwälte, Wirtschaftsprüfer und Finanzspezialisten, die von Wirecard für das Projekt engagiert wurden, und das waren nicht wenige.

Die auf uns gründlich wirkende Art und Weise, wie hier seitens Wirecard und seiner rechtlichen Berater gearbeitet wurde, ließ für Spitzberg damals keine Zweifel an der Seriosität des Unternehmens Wirecard aufkommen bzw. keine Hinweise erkennen, dass an anderer Stelle im Unternehmen offensichtlich in höchst betrügerischer Manier agiert wurde.

Meine Damen und Herren, es mag vor dem Hintergrund der Erkenntnisse, die wir jetzt seitens der zuständigen Ermittlungsbehörden haben, paradox bis absurd klingen, aber Wirecard mitsamt seinen rechtlichen Beratern erschien, soweit wir

dies beurteilen konnten, sogar fortwährend risikoavers in China. Im Laufe der rechtlichen Due Diligence wurde nach Erkenntnissen meines Teams überdies zu einem frühen Zeitpunkt sehr gründlich und transparent über vergangene und zum damaligen Zeitpunkt noch anhängige Gerichtsverfahren von AllScore gesprochen. Der Verkäufer hatte hierzu neben mündlichen Erläuterungen auch eine umfassende Liste an vergangenen und noch anhängigen Gerichtsverfahren abgegeben. Diese Liste wurde eingehend von den rechtlichen Beratern analysiert und dann unter akribischer Anpassung des Kaufpreises bzw. Einforderung von Garantien akzeptiert.

Spitzberg hat in der Beurteilung von anhängigen Gerichtsverfahren sowie der assoziierten Rechtsrisiken zu keiner Zeit eine Rolle gespielt; das war die Aufgabe der zahlreichen Rechtsanwälte, die seitens Wirecard mandatiert wurden. Seitens Wirecard wurde uns jedoch im Verlauf der rechtlichen Due Diligence mehrfach signalisiert, dass die rechtlichen Risiken aus anhängigen Gerichtsverfahren unter Verwendung von entsprechenden Absicherungsmechanismen, wie zum Beispiel Garantien oder Zurückhaltung von Geldern, hinnehmbar waren. Es war auch nicht unsere Aufgabe, zu bewerten, wie sich die potenzielle rechtliche Situation des Gründers von AllScore in China gestaltet. Dafür ist im Rahmen der rechtlichen Due Diligence vor allem spezialisierte anwaltliche Expertise aus China verantwortlich und nicht die strategische Unternehmensberatung Spitzberg.

Der Kaufpreis für AllScore war vor dem Hintergrund des überaus attraktiven Lizenzportfolios - darauf wurde auch immer wieder hingewiesen seitens Wirecard - marktüblich. Das zeigt auch ein vergleichender Blick auf Akquisitionen von und bei Wettbewerbern. Zudem hat sich Wirecard nach der Einschätzung meines Teams während des Verhandlungsprozesses als durchweg hartnäckig erwiesen - erstaunlich, nicht wahr? Man wollte dem Target keinen Euro schenken bzw. sich durch wiederkehrende Kaufpreisanpassungen nach unten zusätzlich absichern. Ich denke, meine Damen und Herren, man hätte sich anders verhalten, wenn man ein Interesse daran



Nur zur dienstlichen Verwendung

hätte, sich selbst an einem Deal zu bereichern, wie dies offenbar in Indien geschehen ist.

Im Zuge der Kaufpreisanpassungen wurden auch die Schulden von AllScore berücksichtigt. Lassen Sie mich hierzu deutlich klarstellen: Es ist nicht unnormal, dass ein Unternehmen Schulden hat. Ungewöhnlich wäre eher, wenn sich diese Schulden nicht im Kaufpreis widerspiegeln. Als solches wurden nach eingehender Analyse seitens der Finanzexperten sämtliche Nettoschulden vom Kaufpreis abgezogen und noch weitere Gelder zurückgehalten. Die geschuldeten Gegenleistungen betrugen, wie in der Ad-hoc-Meldung seitens Wirecard dann am 05.11.2019 kommuniziert, bis zum Closing maximal 72,4 Millionen Euro. Dies inkludierte einen Mindestbetrag von 38,6 Millionen Euro, der dem Verkäufer sicher war.

Lassen Sie mich hierzu jedoch meinen vorigen Gedanken noch mal fortführen. Die über den Mindestbetrag von diesen 38,6 Millionen Euro hinausgehenden Closing-Zahlungen wurden Wirecard-intern - so wurde es uns kommuniziert - aufgrund von Anpassungen für Nettoschulden, akkumulierte Verluste sowie temporäre Zurückhaltungen auf lediglich 10,1 Millionen Euro geschätzt. Das heißt, demnach hätten die Zahlungen insgesamt 48,7 Millionen Euro statt 72,4 Millionen in der Ad-hoc-Mitteilung betragen. Auch wenn diese Schätzungen auf den Finanzzahlen im Juli 2019 basierten und am letztendlichen Closing-Stichtag kalkuliert worden wären, gibt es Ihnen einen guten Eindruck, mit welchem systematischem Vorgehen hier seitens Wirecard und der beteiligten Experten gearbeitet wurde. Ob dieses Bild passt - Oder: In dieses Bild passt, dass die nachfolgenden Zahlungen für die Earn-out-Komponente und die Call Option offenbar ebenfalls komplexen Mechanismen - bzw. Konditionierungen unterbunden wurden sowie an Stichtage in der Zukunft und damit für den Verkäufer an Ungewissheit gekoppelt waren. Für Details zu diesem Komplex würde ich Sie aber dennoch bitten, die beteiligten Rechtsanwälte bzw. Wirtschaftsprüfer zu befragen; ich kann Ihnen wirklich hier nur das mitteilen, was mir auch so weitergegeben wurde und so wie das in der Ad-hoc-Mitteilung dann auch dargestellt wurde.

Ob aber nun 72,4 Millionen oder 48,7: Das ist zweifelsohne noch viel Geld. Aber lassen Sie mich wiederholen: Die Attraktivität des Unternehmens für den Markteintritt von Wirecard in China - und damit einhergehend auch der Kaufpreis - begründete sich vor allem in einem überaus attraktiven Lizenzportfolio. Darauf können wir gerne auch im Einzelnen noch eingehen; meine Mitarbeiter haben mich hier mit weiteren Details versorgt. In dieser ersten Runde will ich Ihnen das jetzt ersparen; ich glaube, das ist in Ihrem Interesse auch.

Mein Team hat mir zudem mitgeteilt, dass die nach umfangreichen Kaufpreisanpassungen deutlich reduzierte Summe in der geplanten Struktur vollumfänglich der Zielgesellschaft oder den Aktionären der Zielgesellschaft zugutegekommen wäre, also auch hier die Abgrenzung zu diesem sogenannten Indien-Deal. Aber erneut muss ich Sie für Details an die beteiligten Rechtsanwälte bzw. Wirtschaftsprüfer verweisen.

Ermutigend und wichtig war, dass der maßgebliche Regulierer, nämlich die chinesische Zentralbank, die PBoC, auf der Grundlage neuer Richtlinien zu erkennen gegeben hatte, dass vor einer Übernahme jedes chinesische Unternehmen für etwaige Verfehlungen der Vergangenheit belangt werden würde bzw. Kunden des Unternehmens, die nicht dem Geist des Gesetzes - das sind jetzt meine Worte - entsprechen würden, von der Plattform abgeschaltet würden, was bei AllScore übrigens auch geschah. Grundsätzlich wurde uns mehrfach signalisiert, dass die PBoC offenbar ein politisches Interesse hatte, dass bei diesem historischen Schritt, der Übernahme eines chinesischen Finanzdienstleisters von einem Europäer, der westliche Käufer eine - ich setze es in Anführungszeichen - saubere und gute, das heißt eine von früheren Verfehlungen bereinigte Company übernehmen sollte. Klingt irgendwie mit Blick auf Wirecard alles absurd; aber es war so.

Dies - so wurde uns gesagt - würde auch die Strafe erklären, die AllScore vor Einreichung der PBoC-Application erhielt, und die so lange herausgezögerte Einreichung. Diese dann erst im Mai 2020 - Sie werden sich erinnern - ausgesprochene Strafe von circa 15 Millionen Euro bezog



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich nach Angaben von Wirecard übrigens ausschließlich auf Aktivitäten der Vergangenheit. Eine solche Strafe war offenbar schon während der Due Diligence seitens Wirecard erwartet worden. Die Höhe der Strafe war jedoch für Wirecard und auch für uns überraschend und hat zu Irritationen geführt. Die PBoC hatte wohl in diesem Zusammenhang - so kann gemutmaßt werden - ein großes Interesse daran, dass Wirecard als ausländischer Investor ein sauberes Unternehmen übernehmen konnte. Als solches wurde auch die Bewerbung für den mehrheitlichen Aktientransfer so lange ausgesetzt, bis ein Zahlungsplan der Strafe seitens des Gründers präsentiert werden konnte. Im Übrigen und auch zur Einordnung: Auch das von PayPal im September 2019 akquirierte Unternehmen - ich erspare Ihnen jetzt den chinesischen Namen; in Englisch hieß das GoPay - erhielt schon 2018 eine Strafe in Höhe von 6,6 Millionen US-Dollar für intransparente Zahlungsflüsse im Zuge der industrieweiten Verschärfungen.

All das klingt aus heutiger Sicht und angesichts des Jahrhundertbetruges von Wirecard wie eine bittere Ironie. Es zeigt aber auch, dass man es auf chinesischer Seite neuerdings mit einer Regulierung zu tun hatte, die nicht auf beiden Augen blind war.

Die beteiligten Personen seitens Wirecard - so hat es mir mein Team berichtet - erschienen während der Due Diligence besonders vorsichtig bzw. wollten kategorisch ausschließen, dass die Bereiche Onlinecasinos, Trading- und Pornoseiten inklusive ihrer im Grau- bis Schwarzbereich agierenden Pendants in irgendeiner Art und Weise mit den AllScore-Händlern in Verbindung stehen. Auch diese Tatsache trug zum im Nachhinein täuschenden Eindruck eines seriös agierenden Unternehmens bei.

In den Medien, meine Damen und Herren, wurden zuletzt Mutmaßungen laut, dass der Eintritt in den chinesischen Markt für die Wirecard auch nur ein Vehikel gewesen sei, um den atemberaubenden Bilanzbetrug weiter zu verdecken und das in der Tat höchst dubiose Drittpartner-

geschäft anzukurbeln. Hierfür gibt es für uns keinerlei Anzeichen, auch nicht rückblickend mit der Kenntnis von heute.

Gerade der Vergleich mit den Drittpartner-geschäften, diese sogenannten TPAs, kommt hier nach unserem Kenntnisstand gar nicht zum Tragen. Durch die Transaktionsstruktur war nämlich von vornherein klar, dass Wirecard dieses Mal sich nicht langfristig auf einen lokalen Drittpartner im Acquiring-Geschäft verlassen wollte, sondern durch die Komplettübernahme eine vollständige Integration bzw. Kontrolle durch die dann Wirecard-eigenen Lizenzen erlangen wollte. Als solches hat der Deal nichts mit dem fragwürdigen Drittpartnergeschäft zu tun. Kurzgefasst: Wirecard hätte plötzlich eigene Lizenzen durch die Akquisition gehabt.

Zudem: Die PBoC als zuständiger Regulator für den chinesischen Payment-Sektor zeigte sich im Verlauf der intensivierten Gespräche mit AllScore zwischen dem Sommer 2018 und Frühjahr 2020 als äußerst bedacht darauf, dass die industrieweiten Verschärfungen in Bezug auf die Abwicklung von Zahlungen, insbesondere im Bereich Händler-Onboarding und KYC, also die Know-your-Customer-Regelung, eingehalten werden. Im Rahmen von Informationsgesprächen über den Genehmigungsprozess der Transaktion wurde auch Wirecard gegenüber signalisiert, dass die PBoC nicht nur an einer vollumfänglichen Aufarbeitung der Vergangenheit aller chinesischen Zahlungsabwickler interessiert war, sondern auch fortan jedweden noch so kleinen Verstoß erheblich sanktionieren würde. Angesichts des rigorosen Kurses der chinesischen Zentralbank - zumindest der - erscheint auch aus heutiger Sicht eine eventuell parallel aufzubauende Analogie zu den nunmehr bekannten Taten wie der Abwicklung von illegalen Geschäften oder dem Aufbau von Scheinumsätzen relativ schwer vorstellbar.

Interessant ist in dem Kontext vielleicht ein vordergründig nebensächliches Detail - das kam mir jetzt in der Vorbereitung, dem Kontext -: Einige unserer Ansprechpartner haben sich wiederholt



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

über mangelndes Interesse des Wirecard-Vorstandes am China-Geschäft beklagt. Ich lasse das mal so im Raum stehen.

Als die Verhandlungen und die Due Diligence zwischen Wirecard und AllScore im Juni 2019 bereits weit fortgeschritten waren, hat mein Team den Vertretern von Wirecard dazu geraten, das Bundesministerium der Finanzen zu informieren, zum einen aufgrund der geopolitischen Relevanz, zum anderen, nachdem es sich um ein deutsches Finanzinstitut und DAX-Unternehmen handelte, schließlich weil erkennbar war, dass ein erfolgreicher Akquisitionsprozess ohne den Segen der PBoC und damit der chinesischen Regierung nicht denkbar war. Die PBoC wiederum hatte Wirecard klar zu erkennen gegeben, dass sie auch ein Signal der positiven Begleitung der deutschen Regierung erwarte. Wirecard fragte mein Team, ob wir bereit wären, das BMF zu kontaktieren, was wir zunächst ablehnten. Die Information der deutschen Botschaft durch Dr. Gartzke sei bereits weit über unsere Vertragsverpflichtung hinausgegangen.

Zur Klarstellung: In unseren Verträgen mit Wirecard steht neben all den bereits beschriebenen Tätigkeiten, den vordergründigen und wichtigen Tätigkeiten, dass wir lediglich „advice on engagement with governmental authorities“ geben und nicht „engagement with governmental authorities“ selbst vornehmen.

, dass wir

Über die Botschaftskommunikation von Dr. Gartzke habe ich erst im Nachhinein erfahren. Ich bin auch erfolgreich gegen ein Nachrichtenmagazin mit einer Gegendarstellung vorgegangen, in welcher ich festgestellt habe, dass ich bei der Vermittlung eines Treffens von Wirecard-Managern in der deutschen Botschaft in Peking persönlich nicht tätig geworden bin, vielmehr erst im Nachhinein hierüber informiert wurde. Ich stand mit der deutschen Botschaft bezüglich Wirecard nie in Kontakt.

Ich halte die Einbindung nichtsdestotrotz aus oben genannten und anfangs bereits genannten Gründen für angemessen und richtig, wohl-gemerkt in damaliger Unkenntnis der unfassbaren Machenschaften bei Wirecard. Auch wurden

unsere Diplomaten, die einen hervorragenden Job machen, in keinsten Weise von Spitzberg in etwas hineingetrieben, wovon diese kein Bild gehabt hätten. Im November 2018 war Burkhard Ley bereits ohne Zutun von Spitzberg Partners Delegationsmitglied auf der China-Reise von Außenminister Heiko Maas. Zudem stand die Botschaft nach unserer Information Ende 2018 und 2019 in direktem Kontakt mit Wirecard, um sicherzustellen, dass Wirecards geplanter Markteintritt in China indirekt auch im Joint Statement des am 18. Januar 2019 gehaltenen Financial Dialogue in Peking zwischen Bundesminister Scholz und seinem chinesischen Counterpart Eingang findet. Auch daran war Spitzberg Partners nicht beteiligt.

Dr. Gartzke hatte davor, am 29. August 2018, beim neuen deutschen Botschafter in China, Herrn von Goetze, eine Reise von Waldenfels und Ley im September nach China angekündigt und ein Treffen angefragt, um, so wörtlich, „über den aktuellen Stand bzw. die zukünftigen Perspektiven der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zu sprechen“. (2) Dieses Treffen kam wegen Terminkollisionen des Botschafters nicht zustande, sollte aber nach einer weiteren Anfrage vom 5. Oktober 2018 bei der nächsten Reise der Wirecard-Vertreter, nämlich am 29. Oktober, stattfinden. Jetzt musste Botschafter Goetze diesen Termin dann allerdings auch kurzfristig absagen, da just in dem Moment seine ganzen Umzugskartons in Peking ankamen. Er vermittelte jedoch den Leiter der Wirtschaftsabteilung - ich glaube, den hören Sie heute auch noch, wenn ich richtig informiert bin - bzw. den Finanzreferenten der deutschen Botschaft als Gesprächspartner. Von Dr. Gartzke wurde mir geschildert, dass es sich um ein sehr positives und konstruktives Gespräch handelte, mit hohem Interesse und Bereitschaft der deutschen Botschaft, das neue DAX-Unternehmen Wirecard beim Markteintritt in China zu unterstützen.

Am 12.12.2018 nahm Dr. Gartzke mit von Waldenfels und Ley an einer Weihnachtsfeier im Privathaus des Finanzreferenten in Peking teil. Er brachte übrigens kein Geschenk mit. Zum ersten Treffen der beiden Wirecard-Vertreter mit dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Botschafter kam es schließlich, nach einer Anfrage Gartzke vom 11. Januar 2019, am 24. Januar 2019, wo nach unseren Informationen hohe Bereitschaft, den Wirecard-Markteintritt in China weiterhin zu unterstützen, signalisiert worden sei.

Interessant ist, meine Damen und Herren Abgeordnete, dass Wirecard und auch den Spitzberg-Vertretern wiederholt von Botschaftsvertretern bestätigt wurde, dass bilaterale politische Begleitung - man sprach von „diese Form der politischen Indossierung“; ich zitiere hier - erfahrungsgemäß „eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Geschäftstätigkeit in China“ sei - ein Zitat auch aus einer E-Mail seitens der Botschaft.

Zwischen Januar und November 2019 gab es offenbar regelmäßigen Kontakt zwischen Wirecard und der Botschaft; daran war Spitzberg aber nicht beteiligt. Erst am 13. November 2019 bietet Dr. Gartzke dem Botschafter ein Telefonat an, um über die am 5. November öffentlich verkündete AllScore-Transaktion zu informieren. Das Telefonat fand am Folgetag statt. Laut Dr. Gartzke bietet der Botschafter an, bei Bedarf auf politischer Ebene den PBoC-Prozess zu begleiten. Dr. Gartzke dankte dem Botschafter für sein Angebot und sagte, dass er ihm gegebenenfalls ein kurzes Signal in diese Richtung geben wird. Seitdem gibt es, seitdem gab es seitens Spitzberg keinen Kontakt mehr mit der deutschen Botschaft.

Ein Schlückchen Wasser. - Es wird nicht so schlimm wie bei Herrn Schily. Der hatte damals, glaube ich, nach vier Stunden gesagt, er sei jetzt mit der Einleitung fertig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wasser ist genug da.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Prima. Danke. - Zurück zum Bundesministerium der Finanzen, das vor dem Hintergrund des gerade Gesagten bereits spätestens um die Jahreswende von den Plänen des Markteintritts gewusst haben muss. Entgegen unserer anfänglichen Skepsis beschlossen wir dann doch, die von Wirecard erbetene Kontaktaufnahme selbst in die Hand zu nehmen, aus zwei Gründen: Zum einen wäre der

Verweis auf eine professionelle Lobbying-Firma, wie wir das üblicherweise machen, angesichts der Komplexität der Materie nicht ohne Risiken für Missverständnisse im heiklen deutsch-chinesischen Verhältnis gewesen, und Dr. Gartzke war mit den Grundlagen der Materie vertraut und konnte problemlos für Rückfragen aus dem Ministerium zur Verfügung stehen.

Der Umstand, dass sich Dr. Gartzke und der zuständige Mann im Bundesministerium der Finanzen, Staatssekretär Wolfgang Schmidt, seit Jahren kennen, spielte bei der Entscheidung übrigens keine Rolle, war aber, objektiv gesehen, positiv zu werten. Warum? Auch und gerade vor dem Hintergrund, dass eine ablehnende Entscheidung seitens des BMF sicher unverblümt und zügig kommuniziert worden wäre.

Mitte Juni 2019 - das genaue Datum kann nicht rekonstruiert werden - telefonierte Dr. Gartzke mit Staatssekretär Schmidt, um den geplanten Markteintritt in China anzukündigen und die Sachlage mit der PBoC zu schildern. Staatssekretär Schmidt bittet offensichtlich um die Begründungslinien des Sachverhaltes; dieser wird in Form eines Blankobriefs an die E-Mail angehängt. Ich hatte darüber keine Kenntnis. Nach meiner Information hat Staatssekretär Schmidt nicht um einen Blankobrief gebeten; aber das können Sie ihn ja heute auch noch selbst fragen, nachdem er offensichtlich heute auch kommt. Ich habe dem Gespräch ja auch nicht beigewohnt; deswegen kann ich das auch in der Form nicht komplett Ihnen wiedergeben. Dr. Gartzke sah dies lediglich als Hilfestellung im Bewusstsein, dass der Briefentwurf mit großer Sicherheit umformuliert oder sogar verworfen werden würde. Ob einzelne Formulierungen letztlich genutzt wurden oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis; ich nehme aber an, dass die Experten im BMF sehr wohl eigene Formulierungen im Lichte ihrer eigenen Recherchen und Prüfungen des ihnen nicht unbekannten Sachverhaltes gefunden haben.

Betreffend die Kommunikation zwischen Dr. Gartzke und Staatssekretär Wolfgang Schmidt und der deutschen Botschaft in Peking kann ich Ihnen hier nur die Informationen geben, die ich selbst von Dr. Gartzke erhalten habe, da ich selbst



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht an der Kommunikation beteiligt war und im Falle der Botschaft sie auch nicht mitinitiiert hatte. Prinzipiell halte ich aber auch rückblickend die Information und Einbindung des BMF und der Botschaft beim geplanten Markteintritt eines DAX-Unternehmens aus dem Finanzsektor in China nicht nur für richtig, sondern für absolut geboten. Ich wiederhole noch einmal, worauf uns selbst die Botschaft hingewiesen hatte: Deutsche Unternehmen sind bei einem beabsichtigten Markteintritt in eine staatlich geleitete Wirtschaft wie im Falle Chinas auf politische Unterstützung angewiesen.

Nun zu der Frage: Wie war das mit der Frau Bundeskanzlerin am 3. September 2019? Der Termin stand nach meiner Erinnerung schon länger fest und war wie andere Besuche in den Jahren vorher ohne kommunizierte Agenda als ein Austausch über aktuelle, meist außenpolitische, technologiebezogene und sehr persönliche Themen angedacht. Ursprünglich hatte ich gar nicht geplant, die Bundeskanzlerin über Wirecards China-Pläne zu unterrichten, da ich es beim BMF in den richtigen Händen wähnte. Meine Mitarbeiter, die von dem Termin wussten, sagten mir dann kurz vor diesem Termin, dass sie den Hinweis über ihre Kontakte vor Ort bekommen hätten, dass ein Schritt von dieser Tragweite in ihren Augen der Kenntnis und Zustimmung der politischen Spitze bedürfte und dass sich dafür die anstehende Reise anbieten würde. Das klang nicht abwegig. Oder umgekehrt formuliert: Wenn es Zweifel gegeben hätte in der politischen Führung, hätten wir Wirecard von der Weiterverfolgung abgeraten.

Die Frage, ob die PBoC der Wirecard als erstem Unternehmen aus Kontinentaleuropa Zutritt in den sehr attraktiven, weil bis dato nahezu komplett abgeschotteten chinesischen Zahlungsmarkt gibt, ist letztlich eine politische Entscheidung mit hoher Signalwirkung für die deutsch-chinesischen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen. Ich hatte meinem Team aber gesagt, dass ich es nur eventuell anspreche, wenn es sich passt und ich mich daran erinnern sollte, auch vor dem Hintergrund, dass dieses Treffen eben keine Agenda hatte. Im Laufe unseres Gesprächs erwähnte die Frau Bundeskanzlerin dann auch die anstehende

Reise nach China. Daraufhin berichtete ich, dass wir bei Spitzberg gerade einem jungen DAX-Unternehmen helfen, erstmals die Mehrheit eines chinesischen Zahlungsdienstleisters mit der Aussicht auf entsprechende Lizenzierung zu übernehmen. Dies laufe derzeit normalerweise andersherum, nämlich: Chinesische Unternehmen übernehmen europäische. Nach meiner Erinnerung sagte ich etwas wie: Wenn das auch eurer Überzeugung entspricht, könnte ein Hinweis bei deinen Gesprächen für den Genehmigungsprozess sicher hilfreich sein, da eine so politisch relevante Frage kaum ohne den Segen der Führung in Peking laufen wird.

Die Frau Bundeskanzlerin wusste natürlich von dem DAX-Unternehmen Wirecard; ob sie sich aber bereits im Detail damit befasst hatte, war für mich nicht erkennbar. Sie sagte allgemein so etwas wie: „Ja, das könnte hilfreich sein“, explizit aber ohne sich festzulegen, und bat mich, Herrn Dr. Röllner den Sachverhalt zu schildern, damit dieser ihr gegebenenfalls eine Formulierungshilfe geben könnte. Das Gespräch, meine Damen und Herren, über Wirecard dauerte vielleicht höchstens zwei, drei Minuten. Die Frau Bundeskanzlerin ist also nicht mit wehenden Fahnen aufgesprungen, sondern hat das wohl Vernünftigste bei einer solchen Anfrage gemacht, nämlich auf ihre Fachleute verwiesen.

Direkt im Anschluss an das Gespräch bat ich mein Team, mir eine tagesaktuelle Zusammenfassung des Sachverhaltes zu geben. Dies taten sie, ich ging noch mal kurz drüber und fand es als naturgemäß grobe Zusammenfassung akzeptabel. Als ich hierüber mit Dr. Gartzke telefonierte, teilte er mir auch mit, dass er von Wirecard erfahren habe, dass demnächst auch ein Treffen zwischen Herrn Ley und Herrn Röllner angesetzt sei. Wir waren über diesen Umstand erstaunt, ich nahm dies aber noch in die E-Mail an Dr. Röllner mit auf. Über die Organisation seitens Herrn Fritsche haben wir erst über die Medien im Sommer 2020 erfahren.

Mir ist es wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, meine Damen und Herren Abgeordneten: Ich habe zur Frau Bundeskanzlerin in all den Jahren, die wir uns kennen, ein außergewöhnlich großes



Nur zur dienstlichen Verwendung

professionelles und auch persönliches Vertrauen entwickelt. Ich würde dieses Vertrauen nie für einen Klienten aufs Spiel setzen. Wenn ich auch nur den leisesten Zweifel an der Seriosität von Wirecard gehabt hätte, wäre es zu dem Gespräch mit der Frau Bundeskanzlerin über dieses Thema deshalb niemals gekommen.

Auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Auch am 3. September 2019 und bis ins Jahr 2020 habe ich mit Blick auf die Vorwürfe in der „Financial Times“ wie fast alle den offiziellen Bewertungen der Wirtschaftsprüfer vertraut und mich auf die staatliche Aufsicht und deren Kontrollinstanzen verlassen. Wir haben die Bundeskanzlerin mit Blick auf das Übernahmeziel AllScore auch nicht in irgendeinen dubiosen Deal verwickelt, wie ich bereits oben geschildert habe. Das Unternehmen AllScore hatte das Lizenzportfolio, die Technologiekompatibilität etc. Und der zu diesem Zeitpunkt verhandelte Preis war nach professioneller Einschätzung mehr als marktüblich. Zudem war es das klar erklärte und auch durchgesetzte Ziel der PBoC, eine möglichst saubere Firmenübernahme zu ermöglichen.

Im Übrigen erinnere ich mich aus meiner aktiven Zeit in der Politik - das ist zwar schon lange her -, dass sich weder das BMF noch das Bundeskanzleramt noch die Auslandsvertretungen in irgendein drängen oder überfallen lassen, wie dies irgendjemand geschrieben hat, sondern ihre Entscheidungen von ihrer eigenen Einschätzung abhängig machen. Ich glaube nicht, dass sich das in den letzten zehn Jahren fundamental verändert hat.

Es kann auch ganz objektiv nicht die Rede davon sein, dass Spitzberg die Bundesregierung in etwas hineingedrängt hätte. Im Gegenteil: Wir haben den Kontakt mit einer Regierung gesucht, die über die bis dahin bekannte Entwicklung und die Vorwürfe bezüglich Wirecard voll im Bilde war, zumindest an den fachlichen zuständigen Stellen, nicht zuletzt durch Kleine Anfragen aus dem Bundestag. Von Ihnen gab es welche im Jahr 2019, von Ihnen gab es welche in 2019, von Ihnen

(Der Zeuge zeigt auf einzelne Abgeordnete)

gab es auch Anfragen bereits im Jahr 2019 an die Bundesregierung. Im Bilde war man.

Nachdem bereits staatliche Kontrollstellen wie die BaFin, aber auch die KfW involviert waren und einer der damals renommiertesten - damals renommiertesten! - Wirtschaftsprüfer die Testate vornahm, musste man davon ausgehen können, dass die Bundesregierung über die notwendigen und bei Weitem umfangreichere Informationen verfügte. Nichtsdestotrotz hätte mit dem Wissen von heute schon deshalb keine Kontaktaufnahme zu BMF, Bundeskanzleramt und der Botschaft stattgefunden, da wir das Wirecard-Mandat nie angenommen hätten bzw. bei Kenntnis sofort gekündigt hätten.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, Spitzberg hat übrigens keine Lobbyarbeit bei offiziellen chinesischen Stellen unternommen - weil das möglicherweise auch eine Frage ist. Nach meiner Information hat unsere Beraterin vor Ort Wirecard den Kontakt zu Personen vermittelt, die über die entsprechenden Beziehungen zu Behörden und Institutionen verfügten, die für den Genehmigungsprozess oder regulatorische Fragen etc. zuständig waren. ~~Wirecard trat dann mit diesen Personen direkt in Verbindung, um Gesprächswünsche oder Informationsbitten zu adressieren, etwa wenn es darum ging, Sach- und Zwischenstände über regulatorische Fragen zu erhalten, mehr über den Genehmigungsprozess zu erfahren, Applications, insbesondere bei der PBoC, einzureichen oder Änderungsfragen zu kommunizieren, und um auf Anforderungen direkt reagieren zu können.~~

Der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, dass Dr. Gartzke im Anschluss an eine China-Reise Mitte September 2018 einen kurzfristig organisierten Daytrip mit Herrn von Waldenfels nach Japan unternommen hatte, um dort Möglichkeiten potenzieller Industriepartnerschaften zu eruieren. Hier hat sich allerdings nach unserer Kenntnis nichts materialisiert. An-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sonsten gab es seitens Spitzberg keinerlei Tätigkeiten in anderen asiatischen Ländern im Rahmen des Wirecard-Mandates.

Nun zur Frage der Kompensation von Spitzberg. Hierzu will ich festhalten, nachdem es auch hierüber vor einigen Tagen grob falsche Berichterstattung gab, inklusive sogar falsch recherchiertem Namen unseres Unternehmens: Spitzberg Partners traf die unternehmerische Entscheidung, ab 2016 primär mit einem für vergleichbare Beratungsmandate relativ geringen monatlichen Retainer vergütet zu werden. Das waren je nach Intensität des Beratungsmandates zwischen 10 000 und 20 000 Euro pro Monat.

Darüber hinaus gab es auch eine meilensteinbasierte Kompensationskomponente für die Erreichung bestimmter Ziele, also etwa die Etablierung von Partnerschaften, LoIs, Unterzeichnung von MoUs etc. Die Spitzberg-Kompensation für das sogenannte Projekt „Heron“ - das war die geplante Akquisition von AllScore - -

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): „Heron“?)

- „Heron“, Projekt „Heron“ wurde das genannt. Das ist ja - - Solche Projekte werden bei Unternehmen immer mit einem gewissen Namen belegt; da hieß es „Heron“. Ich glaube, „Heron“ ist ja momentan auch relativ diskussionsreich hier im Bundestag, nicht?

Die Spitzberg-Kompensation für das sogenannte Projekt „Heron“, also die geplante Akquisition von AllScore, wäre ausschließlich auf einem erfolgsbasierten Vergütungsmodell erfolgt. Der Vertrag für diese Komponente wurde erst im Dezember 2019 unterzeichnet. Wirecard begrüßte diese unternehmerische Entscheidung, da nur im Erfolgsfall entsprechende Vergütungen geleistet werden mussten. Spitzberg hat letztlich für Projekt „Heron“ keinerlei erfolgsbasierte Kompensation erhalten bzw. sogar bewusst auf eine uns zustehende Kompensation, auf die erste Tranche, verzichtet bzw. sie nicht mehr geltend gemacht.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Wesentliche Teile der Vergütung durch Wirecard waren an den Erfolg der Akquisition gekoppelt. Wir haben durch den weiteren Verlauf der Ereignisse im Sommer 2020 Verluste in Kauf nehmen müssen, weil das Projekt damit nicht wie erwartet verlief. Hätten wir zum Zeitpunkt des Abschlusses des entsprechenden Vertrages auch nur den geringsten Zweifel an der Bonität oder der Zuverlässigkeit von Wirecard gehabt, hätten wir natürlich niemals einer erfolgsbasierten Kompensation zugestimmt. Das machen Sie - - Wenn Sie entsprechend zynisch veranlagt sind, machen Sie dann Vorkasse.

Angesichts leider grob fehlerhafter Berichterstattung in einer Sonntagszeitung vom vergangenen Wochenende will ich zudem feststellen: Weder ich noch Spitzberg Partners LLC haben knapp 1 Million Euro für Lobbydienste für Wirecard kassiert. Richtig ist hingegen: Spitzberg Partners LLC hat für Beratungsdienstleistungen in Nordamerika und China erheblich weniger erhalten, im Schnitt pro Jahr 190 000 Euro. Da die benannte Sonntagszeitung auch nur auf den Markteintritt in China Bezug nimmt: Hierfür wurden insgesamt über die Jahre maximal 590 000 Euro ^{Honorarleistungen} eingenommen. Über den gesamten Zeitraum von knapp vier Jahren inklusive der Dienstleistungen für Nordamerika, der Blockchain-Beratung und der Platzierung auf Konferenzen waren es nicht mehr als 760 000 Euro. ^{die Erinnerung an} Aktive Lobbyleistungen waren von den Zahlungen überhaupt nicht erfasst und auch nirgends vertraglich vereinbart.

Meine Damen und Herren, ich schulde Ihnen auch noch ~~meine~~ weitere Interaktion mit Wirecard im Jahre 2019 und 2020. Mit Burkhard Ley und Georg von Waldenfels gab es erneut nur ^{31.} zwei außen- und wirtschaftspolitische Update-Telefonate in diesem Jahr, eines am ~~21.~~ ^{nach meiner Erinnerung} 21. Januar 2019 und das zweite am 23. Juli 2019, sowie ein In-Person-Treffen mit beiden am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz am 13.02.2019. Ich hatte ~~zwei~~ ^{beginnend} E-Mail-Austausche mit von Waldenfels und Ley - einer davon war ein Follow-up zum Update-Telefonat - am 29.07.2019 sowie am 21.10.2019 dieser E-Mail-Austausch, wo ich angesichts der - milde ausgedrückt - sehr schwachen Kommunikation von Wirecard ein Treffen



Nur zur dienstlichen Verwendung

zwischen Dr. Markus Braun und Richard Edelman, CEO von Edelman, anregte. Edelman ist eine global führende PR- und Kommunikationsfirma, und ich sitze auf dem Board dieser New Yorker Firma. Zu dem Treffen im Rahmen einer Roadshow von Edelman in Europa im November dieses Jahres kam es aber nicht.

Mit Herrn von Waldenfels traf ich mich am 17.12.2019 in Aschheim. Themen waren China, deutsche Innenpolitik und Entwicklungen in den USA und die Platzierung von Wirecard auf Konferenzen wie dem World Economic Forum und der Münchner Sicherheitskonferenz; hier lief ja unser Mandat auch noch weiter.

Wenn es aktuell negative Berichterstattung, etwa initiiert durch die „Financial Times“, gegeben hatte, habe ich die immer angesprochen. Den Vorwürfen aus den Medien wurde mit den bereits geschilderten Begründungsmustern begegnet.

Im Jahre 2020 gab es nach meiner Erinnerung keine persönliche Interaktion mehr mit Burkhard Ley. ~~Mit~~ Georg von Waldenfels hatte ich kurz vor dem Zusammenbruch von Wirecard ein Telefonat, weil ich hoffte, mehr zu erfahren. Er wirkte zu diesem Zeitpunkt aber auch glaubwürdig überrollt und geschockt von einer Situation der Ungewissheit und Gerüchte.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich will auch betonen, dass es für mich und meine Teammitglieder - ich habe mich da auch nochmals rückversichert - weder bei Georg von Waldenfels noch bei Burkhard Ley irgendwelche Anzeichen gegeben hat, die uns an der Redlichkeit der beiden hätten zweifeln lassen. Herr von Waldenfels ohnehin - gegen ihn liegt ja ohnehin auch nichts vor -, aber auch Herr Ley haben bei uns immer einen überaus korrekten, seriösen und professionellen Eindruck hinterlassen. Ich selbst hatte über die Jahre lediglich zu drei führenden Wirecard-Mitarbeitern persönlichen Kontakt - zwei davon waren Herr von Waldenfels und Herr Ley -, meine mit dem Portfolio befassten Teammitglieder noch mit jenen, die mit der Akquisition in China befasst waren. Dies umfasste aber keine Vorstandsmitglieder, sondern lediglich die

sogenannte Arbeitsebene. Und nur der Vollständigkeit halber: Zu einem Herrn Marsalek hatten weder ich noch mein Team jemals irgendeinen Kontakt.

Das, meine Damen und Herren, bringt mich zu dem dritten Kontakt - einen schulde ich Ihnen ja noch -, den ich bei Wirecard hatte, nämlich Dr. Markus Braun. Mit dem hatte ich einige wenige kurze, eher bizarre Zusammentreffen, die ich Ihnen aber gerne schildern will.

Das erste Treffen fand erst am 20. Januar 2019 am Rande der sogenannten DLD-Konferenz in München statt, in der Lobby des „Sofitel“, initiiert seitens Wirecard, nach meiner Erinnerung mit der Zielsetzung, die sich abzeichnende China-Perspektive mit dem CEO zu diskutieren. Über China sprachen wir etwa eine Minute, der Rest war im Wesentlichen ein erstaunlich entrücktes Gespräch über weltpolitische und philosophische Aspekte neuer Technologien und die Rolle Europas in diesem Kontext. Während des Gesprächs und ohne jeden Kontext bot mir Herr Braun das Du an. Ich fand das eher befremdlich; in der deutschen Tech-Szene ist dies aber offensichtlich so üblich wie in unseren Parteien. Ich fragte auch, wie man mit den medialen Vorwürfen umgehe. Es folgten sehr verkürzt die üblichen Begründungen. Wir sprachen vielleicht 40 Minuten und brachten die Hoffnung einer gelegentlichen Fortsetzung zum Ausdruck. Meine erste und nachhallende Reaktion war: Was für ein seltsames Gespräch - nicht unsympathisch, aber sehr ungewöhnlich.

Es sollte dann bis zum 17. Dezember 2019 dauern, dass sich unsere Wege wieder kreuzten. Ich hatte, wie bereits gerade geschildert, ein Update-Gespräch mit Herrn von Waldenfels über die USA und China in Aschheim; ersteres Update über die USA gab ich, das zweite er. Er bat dann darum, dass noch ein Austausch mit Herrn Braun stattfinden sollte, der im Hause war, um die Bedeutung der China-Perspektive zu unterstreichen. Wenn ich mich richtig erinnere, vermisste man in dem China-Team die unbedingte Unterstützung der Unternehmensspitze. In dem sehr kurzen Gespräch kam ich nach meiner Erinnerung



Nur zur dienstlichen Verwendung

allgemein auf das wirtschaftliche Wachstumspotenzial in China zu sprechen, und ich sprach ihn auf die fatale Medienlage und die Kurs-sprünge an.

Von ihm kamen die üblichen Begründungen - von Shortsellern über BaFin etc. - und der Verweis auf eine zusätzliche Sonderprüfung durch die KPMG. Ich fand die Argumentation schlüssig, empfahl ihm aber dringend, die Kommunikation des Unternehmens zu professionalisieren, die ich schon vorher als unterirdisch empfand. In einer Textnachricht nach diesem Treffen empfahl ich Dr. Braun eine unabhängige Advisor-Gruppe, mit denen er sich regelmäßig und offen über Medienstrategie, aber auch seine eigene Positionierung austauschen könnte. Daraus wurde freilich nichts. Ich glaube, ich erhielt nicht mal eine Antwort. Ich muss aber auch sagen, dass ich die Textnachricht nicht mehr finden konnte, weil das lief irgendwie über Signal oder Telegram, und die Dinger wurden abgeschaltet. Also, da war nichts mehr zu finden.

Um die Jahreswende erhielt ich eine Einladung von Edelman, die offenbar erfolgreich einen Vertrag mit Wirecard abschließen konnten, für eine Telefonkonferenz am 13.01.2020 mit unter anderem Dr. Markus Braun zur Kommunikationsstrategie des Unternehmens. Ob dieser Vertrag auf meinen Vermittlungsversuch vom November zurückzuführen war, vermag ich nicht zu sagen; eine Provision gab es nicht, wenn Sie es interessieren sollte. Obwohl diese Telefonkonferenz nichts mit unserem Spitzberg-Mandat zu tun hatte, wollte ich teilnehmen, um die beiden Hauptprotagonisten Richard Edelman und Dr. Braun einander vorzustellen. Ich tat das und verließ nach meiner Erinnerung die Schaltkonferenz vor dem Gesprächsende, nachdem das Gespräch im Wesentlichen um das Serviceangebot und eine Abbildung der Medienlage mit erneut den bekannten Gegenargumenten kreiste.

Am 18.02.2020 sollte es einen zweiten Conference Call geben, zu dem ich erneut eingeladen wurde. Nachdem ich im Zuge der Münchner Sicherheitskonferenz ohnehin in München war und neugierig, ob es im Rahmen dieser Konstellation vielleicht weitere Erkenntnisse geben könnte

als das, was uns als Spitzberg von Wirecard geboten wurde, bat ich mein Team, zu fragen, ob ich das Meeting auch persönlich in Aschheim wahrnehmen könnte. Dem wurde entsprochen, und ich nahm in einem Konferenzraum mit Dr. Braun an dem Call teil. Um es kurz zu machen, hier das Wesentliche: Die damals bekannten Vorwürfe kamen auf den Tisch. Seitens Edelman wurde um Bereitstellung aller relevanten Informationen gebeten, um eine entsprechende Kommunikationsstrategie entwerfen zu können. Rückblickend wurde aber auch Edelman sicherlich nur selektiv informiert und offenbar dreist belogen. Alles sei in Ordnung, das uneingeschränkte Testat werde kommen, BaFin etc.: Es wurden die gleichen einseitigen Erklärungsmuster genutzt, keine Hinweise auf potenziell kriminelles Handeln gegeben und die klare Erwartung von positiven Testaten der Wirtschaftsprüfer formuliert.

Die bittere Wahrheit war: In diesen beiden Edelman-Calls wurde rückblickend exakt der gleiche Mist, das gleiche Lügengebilde erzählt wie uns über die Zeit vorher: die bösen Shortseller, die gute BaFin und die gute Staatsanwaltschaft, die Verleumdungskampagne der „FT“ und die wiederum erwarteten uneingeschränkten Testate der Wirtschaftsprüfer. Richard Edelman schäumt heute so wie wir, weil er sich ebenso eiskalt getäuscht fühlt. Zu einem vertiefenden Gespräch zwischen mir und Dr. Braun kam es an dem Tag nicht mehr.

An einer dritten Telko, die für den 17.03. terminiert war, habe ich wegen eines Terminkonflikts dann nicht mehr teilgenommen. Für den 21.04.2020 schließlich hatte ich im Rahmen unseres Spitzberg-Mandates eine Telefonkonferenz zwischen dem President des World Economic Forums - das ist Børge Brende - und Dr. Braun organisiert. Wirecard wollte Partnerorganisation des World Economic Forum werden; das Forum selbst zeigte sich zu diesem Zeitpunkt sehr interessiert. Ich stellte beide Herren bei dieser Telefonkonferenz gegenseitig vor, bevor die beiden sich über Wirecard und das World Economic Forum austauschten.

Anfang Juni 2020 schließlich kontaktierte ich angesichts der wabernden Gerüchteküche Dr. Braun



Nur zur dienstlichen Verwendung

und bat dringlich um einen persönlichen Termin. Dieser wurde mir überraschend zügig für den 09.06. in Aschheim avisiert. Der Termin dauerte circa 20 Minuten. Ich traf auf einen - auch rückblickend - komplett positiv gestimmten CEO, der angesichts der bestehenden Druckszenarien eine fast unheimliche Ruhe ausstrahlte. Er gehe mit größter Sicherheit von einem positiven Testat der Wirtschaftsprüfer aus, die Ungereimtheiten würden alle geklärt, der Aktienkurs würde sich in diesem Jahr noch extrem gut weiterentwickeln, der Aufsichtsrat würde schrittweise professionalisiert und der Vorstand mit noch größerer Expertise erweitert etc.

Ich teilte ihm nach meiner Erinnerung mit, zutiefst beunruhigt zu sein, und wies explizit darauf hin, dass die Öffentlichkeit Erklärungen erwarte, etwa zum Drittpartnergeschäft, das damals durch die Medien geisterte. Daraufhin sagte er nach meiner Erinnerung, das sei leicht zu liefern, nachdem dies ein Modell sei, dessen sich zahllose andere große Techkonzerne - er nannte etwa Microsoft - auch bedienen würden. Als ich ihn fragte, was denn ein nicht uneingeschränktes Testat bedeuten würde - ein nicht uneingeschränktes Testat bedeuten würde -, mit welcher Strategie er dann vorgehen würde, gab er lediglich die kurze Antwort: Dann werde ich zurücktreten. - Damit war dieser letzte kurze Austausch nach meiner Erinnerung auch beendet. Beim Abschied vermittelte er einen unerschütterlichen Optimismus.

Wie Sie feststellen können, meine Damen und Herren, habe ich Dr. Braun insgesamt viermal persönlich getroffen. Dem „Spiegel“ habe ich im Juli dieses Jahres allerdings mitgeteilt, es wären nur drei Treffen gewesen. Bevor jetzt wieder einige „Skandal, Skandal!“ rufen, hier die Begründung: Der Termin am 17.12.2019 war im Kalender als Termin mit Georg von Waldenfels vermerkt, und angesichts der Kürze und der vergleichsweisen Belanglosigkeit dieses Zusammentreffens mit Dr. Braun habe ich mich zum Zeitpunkt der Anfrage nicht mehr daran erinnert. In der Vorbereitung auf den heutigen Ausschuss hat mir mein gut arbeitendes Team den Hinweis gegeben.

Meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen nun sage, dass ich auch rückblickend bei allen Treffen mit Dr. Braun das Gefühl hatte, es mit einem seltsam vergeistigten, durchaus freundlichen und komplett untypischen CEO, aber nicht mit einem eventuell hochgradig Kriminellen zu tun gehabt zu haben, mögen Sie mich als blauäugig, gutgläubig und naiv bezeichnen. Es entspricht aber der Wahrheit. Die Wahrheit über Wirecard, sein Management, das Ausmaß des Betruges ist allerdings so atemberaubend, dass auch ich mir wiederholt die Frage gestellt habe und stelle, weshalb man das nicht in den Augen und im Auftreten seines Gegenübers lesen konnte. Ich weiß es schlicht nicht.

Am 23. Juni 2020 beendet Spitzberg Partners aufgrund der im Raum stehenden Anschuldigungen offiziell sein Beratungsmandat. Meine Damen und Herren, ich habe mir oft in diesem Sommer die Frage gestellt: Waren wir zu leichtfertig? Wollten wir nicht genau hinsehen? - Nur so viel vorab: Nein, wir wurden offensichtlich arglistig getäuscht. Wir haben seit Beginn unserer Beratungstätigkeit für Wirecard Mitte 2016 den Aufstieg des Unternehmens zur wertvollsten deutschen Finanzinstitution bzw. in den DAX 30 miterlebt und auch gesehen, dass renommierte internationale Investoren bei Wirecard eingestiegen sind und bis zum Schluss an Wirecard geglaubt haben.

Morgan Stanley und Goldman Sachs hielten zur Zeit des Kollapses zusammengerechnet knapp 25 Prozent der Stimmrechte an Wirecard, Société Générale hielt rund 6 Prozent. Auch der Ausstieg aus dem 900-Millionen-Euro-Investment von SoftBank - Einstieg im April 2019 - wurde erst am 2. Juli 2020 angekündigt. Zudem haben wir uns nach den veröffentlichten Vorwürfen auch bei bekannten Sell-Side-Analysten gezielt und wiederholt informiert. In zahllosen Studien zu Wirecard von Bankhäusern wie der Commerzbank, Warburg, Goldman Sachs etc. wurde bis ins Jahr 2020 positiv berichtet.

Auf unsere wiederholten kritischen persönlichen Rückfragen direkt nach Veröffentlichungen diverser „FT“-Artikel bzw. anderer Anschuldigungen wurde Spitzberg Partners von Wirecard-Seite in



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

diversen Gesprächen sehr glaubhaft und nachdrücklich versichert, dass an den Vorwürfen nichts dran sei und es sich vielmehr um eine von Shortsellern geführte, zielgerichtete Verleumdungskampagne gegen Wirecard handle. Diesem Narrativ haben wir, genau wie viele andere renommierte Investoren sowie die eigentlich für die Prüfung dieser Anschuldigungen rechtlich zuständigen Wirtschaftsprüfer bzw. regulatorische Instanzen, BaFin etc., bzw. auch die Staatsanwaltschaft München mit ihren Ermittlungen gegen die „FT“, Glauben geschenkt. Man verwies bis zum Schluss auch auf den Umstand, dass Wirecard eine Banklizenz halte und somit der Aufsicht der Bundesbank und der BaFin unterworfen sei. Der Verweis von Wirecard wiederum auf diese Stellen ist freilich an Perfidie kaum zu übertreffen.

Gerne wurde auch die KfW bemüht. Deren KfW IPEX hatte Wirecard 2018 einen Kredit über 100 Millionen Euro gewährt, ohne dafür Sicherheiten zu verlangen. Wir erfuhren, dass im Sommer 2019 die - wohlgerne - Staatsbank KfW das Darlehen verlängerte. Und das, könnte man heute sagen, trotz der vermehrten Berichte in der Presse über mutmaßliche manipulierte Geschäftszahlen bei Wirecard seit Anfang 2019. Man sagte uns, dass die KfW für die Verlängerung des Kredites die im Raum stehenden Vorwürfe so wie die BaFin und andere umfassend geprüft hätte und sich diese nicht bestätigt hätten. Ein „SZ“-Artikel von letzter Woche, den 06.12.2020 [sic!], unterstreicht diese traurige Erkenntnis - ich zitiere -:

Doch die KfW-Ipex stützte sich unter anderem auf die von Hufeld geleitete Bafin, die

- WDI schützte -

Wirecard schützte

- ich habe es hier abgekürzt -

und stattdessen gegen Kritiker des Zahlungsdienstleisters vorgeht. Das zeigt ein 20-seitiger Vermerk der Staatsbank vom 13. Juni 2019,

in dem Für und Wider einer Kreditverlängerung erörtert worden waren.

Dem Vermerk zufolge hatte die Staatsbank sehr wohl die FT-Berichte über Hinweise auf Bilanzfälschungen, Betrug und Geldwäsche bei Wirecard in Singapur studiert. Das wurde auch fein säuberlich unter „kritische Punkte“ notiert. Dem folgten jedoch sieben Punkte, die „positiv anzumerken“ seien, die also für eine Darlehensverlängerung sprächen. An erster Stelle wird die Bafin genannt. Die Finanzaufsicht habe bei Wirecard „erstmalig“ ein Leerverkaufsverbot für Aktien erlassen sowie Strafanzeige gegen Journalisten und Börsenhändler bei der Staatsanwaltschaft München gestellt, heißt es im Vermerk.

„Zusammenfassend

- laut Vermerk -

lässt sich Folgendes sagen: Der Umfang und die Auswirkungen der Vorwürfe haben sich nicht bestätigt.“ Gemeint

- das ist wieder die „SZ“ -

waren die Vorwürfe in der Presse gegen Wirecard. Ein Trugschluss, wie man heute weiß.

Zitat Ende. - Meine Damen und Herren, hätte ich gerne die Erkenntnis und Weisheit gehabt, dass die „FT“ richtiglag und die überwältigende Mehrheit belogen wurde? Gewiss. Hatte ich sie? Nein.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich habe versucht, Ihnen mit dieser sehr detaillierten Stellungnahme einen umfassenden Überblick zu geben, an welchen Stellen und in welchem Umfang Spitzberg und ich selbst mit Wirecard zu tun hatten. Ich habe dies nach bestem Wissen und Gewissen getan. Wir waren ein externer Berater mit einem klar definierten, sehr begrenzten Aufgabengebiet, das wir redlich und unabhängig vom



Nur zur dienstlichen Verwendung

heute bekannten Wahnsinn bei Wirecard mit sehr guten und vorzeigbaren Ergebnissen erfüllt haben. Und lassen Sie mich nochmals betonen: Meine Firma und ich hatten zu keinem Zeitpunkt und in keiner Weise Zugang zu Indizien bzw. Kenntnis von Diskrepanzen in der Bilanzierung von Wirecard, von Geldwäsche oder anderen Straftatbeständen. Wir sind von den Entwicklungen ebenso überrollt und geschockt worden wie mehr oder weniger alle anderen. Und wenn ich mir heute diese Wir-haben-es-schon-immer-gewusst-Sätze einiger Diskutanten vergegenwärtige bzw. die Sie-hätten-es-alle-wissen-müssen-Rufe, dann vermisste ich die erforderliche Differenzierung und Sachlichkeit in der Bewertung. Ich freue mich aber auf eine differenzierte, sachliche und respektvolle Aufklärungsarbeit mit Ihnen. Dafür bin ich heute hier. Und dafür bin ich gerne auch heute lange mit Ihnen hier. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr zu Guttenberg. Das waren in der Tat sehr ausführliche, umfängliche Ausführungen. - Insoweit fangen wir jetzt mit der Beweisaufnahme und der Fragerunde an. Ich würde gern als Vorsitzender eröffnen, und dann folgen die Kollegen der CDU/CSU, FDP, SPD usw.

Ja, viele Fragen haben Sie in der Tat - ich habe mich auch sehr gewissenhaft vorbereitet - abgenommen. Aber dennoch, ich denke, wir müssen alle zusammen ermitteln, wie jeder doch irgendwie unbewusst oder vielleicht in Zukunft durch gegenwärtigeres Handeln nicht Teil eines Getriebes oder einer Maschine wird, die dann zu dem Ergebnis, was wir hier alle heute auf dem Tisch liegen haben, wird. Und deswegen eine Frage, die sich mittlerweile bewährt hat, die manchmal zur Verwunderung wird, und ich habe sie mir jetzt als Standardfrage auch notiert: Hatten oder haben Sie Aktien, Derivate etc. der Wirecard AG im fraglichen Untersuchungszeitraum 1. Januar 2014 bis Oktober 2018 besessen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nach meiner Kenntnis: Nein. Das Einzige, was ich - - Also, sicher keine aktiv gekauften und irgend so etwas. Was ich für die Jahre 2014 bis 16 nicht weiß, ob ein ETF mal beispiel- - ich bin noch nicht mal in ETFs so - - investiert. Also, ich würde mit einem klaren - - hier sogar nach meiner Kenntnis mit einem klaren Nein antworten.

Ich will auch, Herr Vorsitzender, gleich antworten zu meinem Team, wenn sich da möglicherweise auch die Frage ergeben sollte. Da gibt es eine klare Maßgabe bei uns, dass von Klienten - außer wenn die Spitzberg Company selbst investiert in eine Company - keine Aktien oder Anteile gehalten werden dürfen, um gerade nicht möglicherweise in eine Insiderproblematik oder Ähnliches hineinzurauschen. Ich selbst habe bewusst nie Wirecard-Aktien gehalten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Das, erlauben Sie mir, ist mir dann schon mal ein Fortschritt zu manchen Behörden, was wir hier kennengelernt haben zum Thema Compliance. - Wie oft - und das ist für mich so, was ich eben meinte: wie können sich Mechanismen, Zahnräder, die ineinandergreifen, vielleicht auch unbewusst ergeben? - finden in etwa diese vertrauten, freundschaftlichen Gespräche im Kanzleramt statt? Ist das ein Rhythmus? Einmal im Jahr? Zweimal im Jahr? Oder ergibt sich das aufgrund von Sachlagen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich würde mal sagen, dass das in den letzten zehn Jahren wahrscheinlich einmal pro Jahr war. Aber da können auch mal 14 Monate dazwischengelegen haben. Es können auch mal acht Monate dazwischengelegen haben. Vielleicht waren auch mal zwei Jahre dazwischen. Also, ich - - Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sind diese Gespräche dann generell - jetzt für mich nur im Untersuchungszeitraum - ohne Agenda, ohne - - Ich hatte das von - - Dr. Hoppenstedt hatte das, glaube ich, ausgeführt. Er hat ja so sinngemäß gesagt: „Na ja, da kommt jemand, der mit uns irgendwo befreundet ist, mit dem wir ein gutes



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verhältnis haben“, er war ja mal Regierungsmitglied, „ohne Agenda gibt es dann keine Aufzeichnungen, weder in Ton oder in Protokoll“. Ist das so üblich? Oder heißt das im Umkehrschluss, wenn ich die Medaille umdrehe, was Dr. Hoppenstedt gesagt hat: Wenn Sie eine Agenda schickten, gäbe es dann Protokolle und Aufzeichnungen zu diesen Gesprächen, die im Kanzleramt stattfinden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Also, ich habe bei - - zu keinem der Treffen, die ich mit der Frau Bundeskanzlerin hatte, jemals eine Agenda geschickt. Und diese Treffen waren tatsächlich immer vertraulich zu zweit. Da waren auch keine weiteren Mitarbeiter zugegen. Und es gab von mir in den Jahren nach meinem Rücktritt in dem Sinne kein - wie Sie es vielleicht dann nennen wollten - offizielles Treffen mit irgendwelchen Protokollen, von denen ich wüsste.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie hatten das geschildert - hätte mich auch überrascht, ich habe die Kanzlerin, glaube ich, einmal nur beim Fußball in Brasilien so vom Stuhl springen sehen -, dass sie jetzt nun nicht gerade vom Stuhl sprang oder Begeisterung - - sondern gesagt hat, sie würde das entsprechend weitergeben. Fand noch mal nach diesem Gespräch im Kanzleramt mit der Kanzlerin ein Austausch - ist ja auch schon wieder jetzt ein Jahr her - oder eine Wertung zu den Vorgängen rund um Wirecard statt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Andersrum: Wir alle, glaube ich - - Und das war jetzt tatsächlich mein Eindruck, dass wir alle ernsthaft bemüht sind und geschockt sind über die Vorgänge um Wirecard. Wäre es nicht - - Das ist eine Wertung, ich weiß; aber mal angenommen, Sie schickten ein Protokoll über die vertraulichen Inhalte, die Sie mit Frau Merkel besprächen: Wäre als Compliance und Transparenz da nicht auch vielleicht für die Zukunft von Ihnen gewünscht, ein Protokoll anfertigen zu lassen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Vorsitzender, ich glaube, das ist eine relativ hypothetische Frage. Ich bin - - Ich sehe, dass eine Diskussion stattfindet - und das ist sicherlich auch eine notwendige Diskussion -, ob man künstlich Lobbyarbeit entsprechend auch in ein Regelwerk einfasst. Und, glauben Sie mir, das hat durchaus meine Sympathie. Ich will da aber noch mal betonen: Es fand sich tatsächlich um eines dieser Treffen - - statt, die wir privat vereinbart hatten, also ein Treffen ohne Agenda. Und ich weiß nicht, ob man - aber das müssen Sie die Bundeskanzlerin selber fragen - der Bundeskanzlerin am Ende des Tages - - jedes Treffen, das im Kanzleramt stattfindet, letztlich ein Protokoll abverlangen will und kann. Wird sie Ihnen sicher Auskunft dazu geben. Wenn ich dazu verpflichtet würde, würde ich es selbstverständlich machen, klar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Interessant fand ich bei Ihren Ausführungen, dass Juli 2019 - das haben wir ja am 14. Januar, den Bankenkomplex - die - wir greifen da ein bisschen vor - KfW IPEX-Bank 100 Millionen Euro Kredit ohne Sicherheiten als Staatsbank verlängerte mit Verweis auf die BaFin und Felix Hufeld. Darf ich das so verstehen, dass auch Ihre Firma und das kritische Verhältnis - wir haben das bei den Wirtschaftsprüfern letzte Woche gehabt: diese kritische Grundhaltung, die wir alle, glaube ich, in Zukunft hinterfragen müssen - - dass die durch so was schon zerstreut wird? Würden Sie das bejahen, wenn so ein Vorgang geschieht, dass eben so etwas als eine Art von, nennen wir es, Garantie als Form „Da ist schon alles in Ordnung“ gewertet wird von Outstanding Persons?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe jetzt nicht ganz genau Ihre Frage verstanden. Können Sie das noch mal wiederholen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, wäre Ihr Verhältnis - - Sie sagen ja auch: Wir sind alle getäuscht worden. Wir waren alle kolossal überrascht. - Werten Sie schon dieses Handeln einer staatlichen Bank, einen 100-Millionen-Euro-Kredit ohne Garantie zu verlängern, obwohl, Sie haben ja gesagt, Gerüchte in Umlauf waren, sehen Sie so was als, nennen wir es mal, beruhigende



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nachricht? Oder dass man sagt: Na ja, also, ich habe jetzt schon das Gefühl, das ist so wie ein Prospekt, da wird ja auch immer fälschlich - - Wenn die BaFin eine Prospekthaftung postuliert und einen Prospekt ausfüllt, dann wird das ja von vielen Geneigten, die nicht so informiert sind, so gewertet: Mensch, da gibt die BaFin ja quasi eine Qualitätserklärung über das Unternehmen ab. - Würden Sie auch sagen, so einen Kredit - der ist ja noch gewichtiger -, den haben Sie schon als eine Art Vertrauensbeweis gewertet?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich bin - - Beruhigend ist daran nichts, Herr Vorsitzender, nicht an einer solchen - - an der ganzen Geschichte der letzten Jahre. Und beruhigend ist es nicht, wenn man selbst Vertrauen geschenkt hat Kontrollorganen bzw. Organen, die über weit umfassendere Möglichkeiten der Überprüfung verfügen, als wir das je könnten. Trotzdem gebe ich meiner Hoffnung Ausdruck, dass - ohne dabei zynisch klingen zu wollen, gerade mit Blick auf die ganzen geprellten kleinen Anleger, die da auch mit drinstecken - das ein Wake-up Call in der Form sein mag und sein sollte. Aber beruhigend ist daran mit Sicherheit gar nichts.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann würde ich gern zu einzelnen Dingen, die Sie hier sehr umfänglich genannt haben - - Da habe ich schon noch die eine oder andere Nachfrage. Also, zum Beispiel führen Sie auf dieses Treffen am 29. Oktober 2018 mit Vertretern von Spitzberg Partners, Wirecard - - Es war auch zugegen Herr Jan-Ole Peters, Finanzreferent der Deutschen Botschaft in Peking. Es war auch weiter zugegen Robert Dieter, zum damaligen Zeitpunkt Gesandter bei der Deutschen Botschaft in China im Bereich Wirtschaft. Das ergibt sich aus der E-Mail von Herrn Peters vom 22. Juli, nachzulesen auch hier auf MAT A AA-3.08c, Blatt 120 [sic!] ff. Mich würde jetzt noch mal genau interessieren: Wie kommt dieses oder kam dieses Treffen zustande? Wie darf man sich das vorstellen, wenn ein Kontakt vermittelt wird Ihrerseits oder vielleicht auch durch den Kollegen Gartzke?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich werde, nachdem noch - - Ich muss noch mal wiederholen: Ich habe die

Kommunikation mit der Botschaft weder initiiert, noch habe ich da selbst in irgendeiner Form in einem direkten E-Mail-Kontakt oder in einem Kontakt gestanden. Deswegen konnte ich hier auch nur das zitieren, was ich von meinem Mitarbeiter Dr. Gartzke erfahren habe. Und ich will gerne noch mal auf diesen einen Punkt dieses ersten Outreaches zurückkommen. Das war am 29. August 2018, wo Dr. Gartzke eine Reise der beiden Herren Waldenfels und Ley nach China angekündigt hatte und ein Treffen angefragt hatte. Und mir wurde hier auch das Zitat aus der E-Mail gegeben; aber ich schätze, das liegt Ihnen auch vor:

... um über den aktuellen Stand bzw. die zukünftigen Perspektiven der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zu sprechen.

So. Und dann hat sich das Ganze ja mehrfach verschoben, bis es dann schließlich zu dem Zusammentreffen mit dem Botschafter kam - - aber mit dem Herrn Peters, nicht wahr?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, mit dem Herrn Peters fand stattdessen das Treffen statt. - Das, was ich Ihnen jetzt hier geschildert habe, ist umfänglich das, was ich an Auskunft von meinem Mitarbeiter bekommen habe. Und der E-Mail-Verkehr liegt Ihnen ja vor. Also darüber hinaus habe ich auch keine weiteren Kenntnisse, weil ich auch nicht zugegen war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Jetzt habe ich in der Politik in den letzten Jahren auch gelernt, dass da jetzt nicht immer der direkte Kontakt zielführend ist. Deswegen - - Sie hatten das ja auch klar gesagt: Es gab dann seitens Ihrer Person zur Botschaft oder auch zu bestimmten Personen der Regierung keine Kontakte mehr. - Haben Sie dann versucht, in diesem fraglichen Zeitraum - also, ich frage immer zum Erhebungszeitraum und zur Zeit Ihrer Mandatierung - seitens Spitzberg Partners indirekt, also über Bande, vielleicht über die Bayerische Staatskanzlei - also,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich denke mal, dass die CSU ja immer gut vernetzt ist in Bayern -, dort vielleicht Kontakte oder Hinweise oder Bälle ins Spielfeld zu bringen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Nachfrage. - Ich hatte zum Themenkomplex Wirecard nach meiner Erinnerung nicht ein einziges Mal mit Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung noch mit CSU-Parteifreunden gesprochen. Also, es wäre für mich sehr verwunderlich. Nein, gibt es nicht. Also, es gab von meiner Seite kein Gespräch oder Kontakt nach meiner besten Erinnerung mit einem Mitglied der Bayerischen Staatsregierung oder einem anderen in Rang und Würden stehenden CSU-Politiker.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Auch nicht mit ehemaligen übrigens, weil ja da mit, ich glaube, noch ein paar andere Namen rumgeisternten. Also, auch da nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann würde mich noch mal interessieren, weil die BaFin und das BMF stehen ja doch hier auch mit deutlich im Rampenlicht, so will ich das mal nennen, wenn es auch ein unrühmliches ist - - Nochmals im fraglichen Zeitraum, der mich hier jetzt interessiert, zwischen 2017 und 2019 - Sie sprachen ja die Konferenz in Hamburg an, wir haben ja auch heute noch einen weiteren hochrangigen Vertreter aus dem BMF hier -: Gab es da je einen direkten Kontakt mit Herrn Scholz oder noch anderen Vertretern des BMF zwischen Ihnen und eben vielleicht anderen fraglichen Vertretern des BMF?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, mit meinem ehemaligen Kollegen und dem heutigen Vizekanzler Bundesminister Scholz erinnere ich mich nicht an ein Treffen in dem besagten Zeitraum. Ich will nicht ausschließen, dass wir uns beispielsweise auf der Münchner Sicherheitskonferenz über den Weg gelaufen sind; aber ich kann mich auf keinen Fall an eine Unterhaltung erinnern, die Wirecard zum Inhalt gehabt hätte. Ich kann mich auch aus heutiger Sicht in diesem Zeitraum an kein Treffen oder eine Unterhaltung

erinnern. Ich glaube, das einzige Mal, dass wir uns unterhalten hatten, aber über komplett andere Themen, war - - Nee, das war dann 2016. Wann wurde Trump gewählt? 2016.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, 2016, Januar [sic!].

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, 2016. So. Da waren - deswegen erinnere ich mich dran - wir am Vorabend beide Sprecher auf einer Konferenz in Hamburg. Und das war, glaube ich, das letzte Mal, dass ich ihm in einem Gespräch begegnet bin, Bundesminister Scholz. Ich glaube, er wurde nicht dafür bezahlt. Und ich glaube, er war damals noch -

Vorsitzender Kay Gottschalk: ... Bürgermeister.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - Bürgermeister, aber - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Wir haben das Datum aus
einem anderen Kontext,
Warburg, in guter Erinnerung!
- Heiterkeit)

- Ach so? Ja.

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Das hat gar nichts mit
Ihnen zu tun!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da fallen mir 47 Millionen ein oder so.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aber das - - War das Warburg? Weiß ich gar nicht. Aber ich glaube, es war nicht War - - Also, das war - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, nein, ist hier ja auch nicht Gegenstand, ist hier ja auch nicht Gegenstand.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So. Dann - der Frage bin ich natürlich auch nachgekommen - bin ich zu sonstigen Mitgliedern, glaube ich, nicht in irgendeinem anderem - - Also, ich kann nur sagen: Ich habe über Wirecard nach meiner Erinnerung mit keinem Mitglied des



Nur zur dienstlichen Verwendung

BMFs in dem besagten Zeitraum einmal gesprochen. Den Einzigen, den ich einmal traf im besagten Zeitraum, und das war Ende 2019 auf der - - Es gibt eine kleine Konferenz der Münchner Sicherheitskonferenz, die im Dezember immer in Elmau stattfindet. Und da war auch auf dieser Konferenz eine breite Vertretung aus allen Parteien und ein internationales Publikum. Und da war auch an einem Abend, soweit ich mich erinnere, Wolfgang Schmidt. Und mit Wolfgang Schmidt habe ich an dem Abend - - kann ich mich erinnern an einen freundlichen, persönlichen Austausch. Ich kenne ihn auch schon seit vielen Jahren. Aber ich glaube nicht, dass ich auch nur eine Silbe über Wirecard mit ihm gesprochen hätte. Also, das war das einzige Treffen, an das ich mich erinnere: mit Wolfgang Schmidt. Auch hier kann es sein, dass wir uns auf der Sicherheitskonferenz oder ähnlich irgendwo mal über den Weg gelaufen sind; aber ich kann mich auch hier an kein Gespräch erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann noch mal zu den Gesprächen mit Herrn Braun. Also, da - - Sie haben den Eindruck ja abschließend beschrieben. Er hat weiter auch keine - - in diesen Gesprächen auch, als Sie in Aschheim waren, noch mal zu bestimmten Geschäftsaktivitäten mit Ihnen das Gespräch gesucht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann würde ich abschließend noch gerne wissen: Gibt es weitere Kontakte bezüglich Wirecard und anderen Kollegen, die entsprechend im unternehmerischen Bereich - - Sie haben Edelman genannt, aber es gibt ja noch weitere auch, wenn ich jetzt so schaue, wo Ihr Headquarter in New York sitzt. Gab es da weitere Gespräche mit anderen Vertretern oder anderen Verfassungsorganen zum Thema Wirecard? Also, ich spiele hier in dem Zusammenhang an, dass es durchaus ja im neuen World Trade Center - - illustre Partner auch angesiedelt sind. Also, gab es darüber hinaus zwischen zum Beispiel Wolfgang Haupt und anderen Gesprächen, wenn Sie in den Vereinigten Staaten waren, zum Thema Wirecard? Dass man da mal vielleicht was aufgeschnappt haben könnte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, meines Wissens nicht. Das hat in meinen Augen überhaupt nichts miteinander zu tun.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gut. - Dann wäre ich jetzt erst mal so weit durch und würde an den Kollegen Hauer von der CDU/CSU übergeben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr zu Guttenberg, erst mal war es sehr interessant, Ihr ausführliches Statement anzuhören. Das kann unsere Befragung sicherlich erleichtern, wenn wir da schon mal im Zusammenhang einiges erfahren haben.

Ich hatte den Eindruck, Sie legen großen Wert darauf, dass Sie nicht im Lobbyismus unterwegs sind. Vielleicht können Sie uns da noch mal aus Ihrer Sicht die Abgrenzung erklären. Was ist Lobbyismus aus Ihrer Sicht? Was ist Beratung? Und - das wäre dann die Folgefrage - Sie haben ja geschildert, dass Sie ganz bewusst, als diese Verträge abgeschlossen wurden - - es aus Ihrer Sicht nicht um Lobbyismus ging, sondern um Beratung, und das auch in den Verträgen so dargelegt ist. Und dann gab es irgendwann den Zeitpunkt, wo dann ja die Entscheidung kam. Sie hatten da zwei Gründe genannt. Vielleicht können Sie das noch mal darlegen, was diese beiden Gründe waren, wo Sie sagen: Nicht nur Advice, sondern auch Engagement. - Vielleicht das als Erstes.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, vielen Dank. - Ich glaube, über die Definition von Lobbyismus können wir wahrscheinlich bis morgen früh sprechen und werden wahrscheinlich nie eine komplette Einigung bekommen. Ich bin bei Ihnen, dass man - - Oder ich bin bei all denen, die sagen, dass die Kontaktaufnahme meines Mitarbeiters in der deutschen Botschaft, die Kontaktaufnahme mit dem BMF und mein Gespräch mit der Bundeskanzlerin durchaus in die Definition von Lobbyismus fallen. Damit habe ich auch überhaupt kein Problem. Ich wollte aber auch deutlich machen, ich wollte auch deutlich machen, dass wir uns nicht als Lobbyisten haben anstellen lassen und dass die vertraglich vereinbarten Dienstleistungen Lobbyismus nicht umfassen und dass wir uns für



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lobbyismus auch ^{niemals} ~~nicht~~ ^{Honorare} haben bezahlen lassen.
Und das ist mir eine wichtige Abgrenzung.

Die Gründe, Herr Abgeordneter, weshalb ich es für richtig gehalten habe, mich an die Frau Bundeskanzlerin zu wenden, bzw. dass sich das Team - - Im Nachhinein, wo ich dann gesagt habe: Ich bin bereit - - Ich finde den Outreach, den es zur Botschaft gab - - hielt ich für richtig im Nachgang, weil ich ja da im Vorfeld nicht informiert war. Und den Outreach, den es gab zum Bundesministerium der Finanzen, wo ich auch gesagt habe: „Das ist richtig“, habe ich damit begründet - und habe ich ja auch, glaube ich, ausgiebig begründet - - vor dem Hintergrund der Bedeutung dieses Markteintrittes, der eine hohe politische Dimension hat in China, und dass ein deutsches Unternehmen in einem staatlich kontrollierten Wesen, wie wir es mit China zu tun haben, auf die Unterstützung der Bundesregierung angewiesen ist. Und ich glaube, dass vor dem Hintergrund es vertretbar ist, die Bundesregierung nicht nur zu informieren, sondern auch abzufragen, ob sie bereit ist, genau diese Unterstützung zu geben. Und deswegen dieser Kontext. Also das wäre meine Antwort zu Ihrer Frage.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Würden Sie heute sagen, dass Sie bereuen, die Bundeskanzlerin auf das Thema Wirecard angesprochen zu haben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nach dem damaligen Kenntnisstand - - Drücken wir es so aus: Hätte ich - - Würde ich heute den gleichen Kenntnisstand haben wie damals und würde ich vor der gleichen Frage stehen: „Machen wir es, oder machen wir es nicht?“, würde ich es erneut wieder machen. Mit dem heutigen Kenntnisstand, den wir heute haben, ist jede Handlung, die man für Wirecard unternommen hat, eine Handlung, wo man sich fragt: Was für eine furchtbar vergeudete Zeit. - Und, ja, jetzt kann man natürlich sagen: Auch Zeit wurde natürlich honoriert in gewissen Bereichen, ohne Frage. - Aber, ich habe es schon so ausgedrückt: Wenn wir nicht von der Seriosität des Unternehmens überzeugt gewesen wären, hätten wir niemals eine Bundeskanzlerin, einen Finanzminister oder eine Botschaft überhaupt kontaktiert. Und wir hätten keinen anderen Kenntnisstand.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten ja bei dem Gespräch mit der Bundeskanzlerin am 03.09.2019 - - hatten Sie das Gespräch so geschildert, dass die Bundeskanzlerin - so habe ich Sie jedenfalls verstanden - ihrerseits erwähnt hat, dass sie nach China reist, und darauf anknüpfend, haben Sie sie dann auf Wirecard angesprochen. Ist das richtig? Also, es - - Wie kommt das Gespräch auf China?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe das ja geschildert, Herr Abgeordneter, dass wir hier einen Austausch hatten über aktuelle, auch außenpolitische Themen. Und ich habe hier gesagt: Im Laufe unseres Gespräches erwähnte die Frau Bundeskanzlerin auch die anstehende Reise nach China. Daraufhin berichtete ich, dass wir bei Spitzberg gerade einem jungen DAX-Unternehmen helfen, erstmals die Mehrheit eines chinesischen Zahlungsdienstleisters zu übernehmen. ^{üblicherweise} Und dies laufe ~~über~~ - - andersherum. So. Also, das ist genau der Kontext, wie es sich abgespielt hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, erst hat die Bundeskanzlerin erwähnt, dass sie nach China fährt, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Bundeskanzlerin - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): - und dann kam Wirecard zur Sprache.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, wir haben - - Also, Herr Abgeordneter Hauer, ich kann mich nicht mehr genau erinnern, ob wir einen allgemeinen längeren Dialog über beispielsweise das transpazifische Verhältnis hatten oder ob wir gesprochen hatten über das Spannungsfeld zwischen Trump - wir haben viel über die USA gesprochen in diesem Gespräch, daran erinnere ich mich noch; aber das lag auch in der Natur der Sache, als ich dort lebte - - und ob es darum ging, wie sich dieses Spannungsfeld, dieses sich verschärfende Spannungsfeld zwischen den USA und China auch auf Deutschland auswirkt. So. Ich kann mir vorstellen, dass das der Hintergrund war, wie sie letztlich darauf zu sprechen kam, dass sie demnächst nach China reist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie sich bei diesem - - zu diesem Gespräch irgendwelche Notizen danach gemacht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter. Das habe ich auch bei keinem der anderen Gespräche.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde gern noch mal auf das Gespräch kommen, was Sie - das ist ja noch recht wenig weit zurückliegend - mit Herrn Dr. Braun geführt haben, als Sie auch schilderten, Sie hätten ihn dann mit diesen Vorwürfen konfrontiert und er habe dann gesagt: Alles in Ordnung, das wird sich schon regeln. - Die „gute BaFin“ haben Sie da erwähnt, die „gute BaFin“. Und da würde mich doch mal interessieren, was der Herr Dr. Braun da konkret zur BaFin gesagt hat: dass sie da im engen Austausch seitens Wirecard mit der BaFin sind? Oder was muss ich mir da vorstellen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen genau das geschildert, woran ich mich in diesem Gespräch erinnere. Alles andere wäre jetzt wirklich Spekulation von meiner Seite. Und ich trage Ihnen das aber gerne noch mal vor. Eine Sekunde.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also daran, was Sie berichtet haben, erinnere ich mich. Insofern würde ich da auf den nochmaligen Vortrag verzichten. - Also, darüber hinausgehend erinnern Sie sich nicht - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das war auch - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): War das jetzt flapsig dahergesagt mit „gute BaFin“?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe - - Es ist - - Also, ich glaube nicht, dass er wörtlich die „gute BaFin“ gesagt hat, aber dass er den Hinweis darauf gegeben hat, dass die BaFin entsprechend - - Das wurde immer wieder gegeben, der Hinweis: Von Wirecard-Vertretern wurde die

Rolle der BaFin betont und eine Rolle dahin gehend, dass man sich - - dass man im Grunde ja das staatliche - - mehr oder weniger das staatliche Plazet habe hier, ja, und dass die BaFin gegen die bösen Journalisten der „FT“ vorgehen würde. Und, also, ich meine, es sind immer wieder dieselben Muster bedient worden hier. Ob das - - Wie genau sich Herr Braun geäußert hat? Ich habe kein Aufnahmegerät mitlaufen lassen. Also, ich kann Ihnen hier wirklich nur eine Zusammenfassung eines, ich sage auch noch mal, sehr kurzen Gesprächs, das maximal 20 Minuten gedauert hatte, geben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben ja deutlich gemacht, dass - so würde ich es mal zusammenfassen - Sie da in gutem Glauben gehandelt haben, für ein Unternehmen tätig zu sein, was, ja, legal unterwegs ist und auch auf die Vorwürfe, mit denen es konfrontiert war, gewisse Erklärungsansätze Ihnen geliefert hat, und dass - haben Sie auch genannt - die BaFin und die Aufsichtsbehörden und die Wirtschaftsprüfer da ja auch Sie quasi, sage ich mal, bestärkt haben in dieser Auffassung. Was wäre Ihr konkreter Vorwurf an die Genannten, also BaFin, Aufsicht, Wirtschaftsprüfer? Mit Ihrem Wissen von heute: Was, meinen Sie, hätte da anders laufen müssen? Wer hätte was früher merken müssen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nun, Herr Abgeordneter, ich kenne die inneren Abläufe bei der BaFin nicht. Die kennen Sie besser, weil Sie da im Verwaltungsrat sitzen. Von daher ist es für mich ein bisschen schwierig zu beurteilen. Ich kann nur sagen, dass es an Stellen, die über zumindestens mehr Zugang zu Informationen verfügen als beispielsweise Sie persönlich oder ich jetzt als Berater, an diesen Stellen oder in diesen Stellen oder in diesen Behörden aus heutiger Sicht offensichtlich hätte mehr gemacht werden können. Was und wie diese Abläufe genau sind, wer für welche Zuständigkeiten sich in welcher Form zu verhalten hat, das entzieht sich meiner Erkenntnis.

Nur, ich muss - - Wenn ich eine Berichterstattung sehe, in der Vorwürfe getätigt werden, und sich das Unternehmen wehrt gegen diese Bericht-



Nur zur dienstlichen Verwendung

erstattung - das soll ja vorkommen; und Berichtserstattungen können ja wahr sein, und sie können unwahr sein, das gibt es ja beides; und es gibt auch so Zwischenformen immer wieder -, dann fragt man sich: Wo holt man sich die entsprechenden Informationen, um zu überprüfen, ob an dieser Berichterstattung was dran ist oder nicht, und wem glaubt man dann? Und bisher war mein Vertrauen in diese Institutionen, die sich mit Wirecard befasst haben - ob nun mandatiert, also eine Staatsanwaltschaft, oder eine BaFin oder eine KfW, die einen Kredit gibt und Ähnliches -, sehr, sehr hoch. Und wenn wir heute zurückblicken, glaube ich, gibt es schon die Möglichkeit, dass da etwas versäumt wurde. Was genau in den Abläufen versäumt wurde, noch mal: Da fehlt mir der Zugang zu den Institutionen. Das weiß ich nicht. Aber ich glaube, man muss auch als deutscher Staatsbürger - - darf man ja, sage ich mal, nicht blind vertrauen allem; aber ein Grundvertrauen in unsere Institutionen, die grundsätzlich über die letzten Jahrzehnte ja auch nicht schlecht gearbeitet haben, darf schon gegeben sein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist ja auch Bestandteil unseres Auftrags hier als Untersuchungsausschuss, dieses Vertrauen in Institutionen aufrechtzuerhalten, wiederherzustellen, an manchen Stellen vielleicht auch zu reparieren. Denn es ist natürlich nicht nur der größte Skandal, den wir im Finanzbereich in der Nachkriegszeit haben, sondern es ist eben auch sehr viel, was Einzelanleger betrifft, die sehr viel Geld verloren haben. Und da haben Sie sicherlich, wenn man jetzt unterstellt, dass - - Ich unterstelle jetzt erst mal, dass das zutrifft, was Sie uns berichtet haben: dass Sie darauf vertraut haben, mitunter auch enttäuscht wurden von Wirecard. Aber am Ende haben Sie trotzdem Geld von Wirecard bekommen für Ihre Leistungen, und einzelne Anleger haben viel Geld verloren, im Zweifel ihre ganze Altersvorsorge. Insofern ist die Perspektive da doch nicht ganz vergleichbar. Das als Statement. - Mich würde interessieren - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Da muss ich aber, Herr Abgeordneter - - Das habe ich aber auch nicht gesagt. Also das will ich schon festge-

stellt haben. Also das, was Sie jetzt gerade meinen, das habe ich so nicht gesagt, ja? Und ich finde auch - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe Ihnen auch nichts in den Mund gelegt, sondern ich habe mein Statement gemacht. Und ich darf das ja auch bewerten, was Sie hier erörtern. - Der Bericht der KPMG, diese Sonderuntersuchung - gab es ja irgendwann so einen Bericht dann, als das Ganze fertig war -, wann ist Ihnen der bekannt geworden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Über die Medien.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie sich den dann mal angeschaut, diesen Bericht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe mir das angesehen, was in den Medien dargestellt wurde. Also, mir wurde von der KPMG kein Bericht in die Hand gedrückt, auch nicht von der Wirecard.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Also, Sie haben sich auf die Medienberichterstattung dabei beschränkt, die zur Kenntnis zu nehmen dazu. Das hat Sie ja sicherlich interessiert, weil Sie natürlich auch durch die Vorbefassung da sensibilisiert waren bei dem Thema.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, das ist richtig. Und ich habe aber auch festgestellt, dass wir und ich und wir auch als Team, wenn es kritische Medienberichterstattung gab, das auch bei den Wirecard-Verantwortlichen, mit denen wir zu tun hatten, zur Sprache gebracht haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das habe ich auch nicht in Abrede gestellt. Ich wollte nur wissen, wann Sie oder ob Sie den KPMG-Bericht zur Kenntnis genommen haben. Ich habe jetzt gehört, dass Sie den aus der Presse wahrgenommen haben. Der wurde ja auch sehr unterschiedlich interpretiert, diese Ergebnisse, was KPMG da geliefert hat. Einige haben das als Katastrophe für das Unternehmen Wirecard wahrgenommen. Andere, also vor allem aus dem Hause Wirecard, haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

das quasi als Freispruch wahrgenommen. Da gab es ja in der Öffentlichkeit auch einen großen Interpretationsspielraum, was diese Ergebnisse anging.

Sie hatten berichtet, dass Sie den Herrn Marsalek nie getroffen hatten, keinen Kontakt hatten. Hatten Sie den Namen denn schon mal gehört vorher? Oder hatten Sie - - wussten Sie, wer das ist, was der so macht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter, ich habe den Namen auch im Grunde irgendwann aus den Medien genommen; wann, kann ich Ihnen allerdings auch nicht mehr sagen. Also, er spielte auch in unseren Gesprächen, die wir mit Wirecard hatten, nie eine Rolle.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat Wirecard denn Ihre Rechnungen alle bezahlt? Also, 760 000 - habe ich das richtig verstanden? - war quasi das Gesamtvolumen dessen, was abgerechnet und dann auch bezahlt wurde.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Rechnungen für unsere Leistungen, Herr Abgeordneter - und das unterscheidet uns von einem Anleger, das will ich vielleicht auch noch mal kurz zur Differenzierung sagen -, wurden bezahlt; ja, das ist richtig. Ich habe allerdings auch darauf hingewiesen, dass wir eine erste Tranche für eine vereinbarte Upside nicht mehr abgerufen haben, weil das in die Masse des Insolvenzverfahrens gefallen wäre und wir auch mit Blick auf den Wahnsinn, dem sich dieses Unternehmens heute ausgesetzt fühlt, überhaupt nicht mehr abgerufen haben, auch nicht als Anspruch wahrgemacht haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten berichtet von einem Gespräch im „Münchner Hof“ im Dezember 2017. Da sei es auch um die Übernahme von Banken gegangen. Ist da eine konkrete Bank genannt worden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter. Ich meine, mich zu erinnern, dass zunächst gesprochen wurde - weil das war ja noch während der Dienstleistungen, die wir in den USA und für den Markt in den USA erbracht

haben - - dass das Gespräch zunächst kreiste - aber das ist wirklich eine Erinnerung, die ich nicht mehr genau bestätigen kann - um die Citibank - nicht zur Übernahme, also um Himmels willen -, damals um die Citibank. Weil Wirecard hatte - - befand sich entweder noch im Akquisitionsprozess oder hatte bereits übernommen eine Prepaid-Card-Tochter, glaube ich, von der ~~Wirecard~~ ^{Citi}. Und über dieses Gespräch über die Citi, wenn ich mich richtig erinnere, kam eben das für mich, wie ich es auch ausgedrückt hatte, überraschende Statement, dass man sich auch nicht nur für Partner oder Kooperationen mit Banken interessiere, sondern sogar für eine Übernahme.

Aber ich habe in meiner Stellungnahme, glaube ich, auch deutlich gemacht, dass ich dann bis zum Zusammenbruch des Unternehmens und das für mich dann auch in den Medien wiedergegebene überraschende Ziel mit der Deutschen Bank - davon war nie die Rede - - das nächste Mal überhaupt erst dieses Thema erfahren hatte. Aber ich wollte es Ihnen nicht hier vorenthalten, weil das etwas war, was in der Vorbereitung in meiner Erinnerung noch mal auftauchte, und deswegen habe ich das genannt. Ich dachte, es ist vielleicht für Ihre Findung hier möglicherweise bedeutend. Das ist der Grund, weshalb ich es benannt habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die Abrechnung seitens Spitzberg Partners ist mit der Wirecard AG getroffen worden, oder?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist ^{nach meiner Kenntnis} richtig, Herr Abgeordneter.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Als es um das Vertragsverhältnis mit Wirecard ging und diese Anbahnung oder, ich nenne es mal, diesen ersten Kontakt 2016 - hatten Sie geschildert - zwischen Herrn Ley und Herrn Gartzke: Von wem ist das ausgegangen? Ist der Herr Gartzke da auf den Herrn Ley zugegangen, um eine Vertragsanbahnung in irgendeiner Weise zu machen? Oder gab es einfach ein Gespräch, und daraus hat sich das entwickelt, und ist der Herr Ley auf den Herrn Gartzke zugegangen? Wissen Sie das?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich war da nicht dabei. Ich kann sozusagen nur die Schilderung dessen wiedergeben, der dieses Treffen hatte. Ich meine, mich zu erinnern, dass Herr Dr. Gartzke gesagt hatte, dass es ein mehr oder weniger zufälliges Zusammentreffen am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz war. Ob jemand die beiden miteinander vorgestellt hat oder nicht, das weiß ich nicht, und auch nicht, wer mit dem Gespräch begonnen hatte. Und ich kann mir vorstellen, dass, wenn man ein solches Gespräch führt, der jeweils andere etwas über seine Firma sagt und dass im Zuge dessen sich das Interesse gerührt hatte bei dem Gesprächspartner von Herrn Gartzke, Hilfestellung auf dem amerikanischen Markt zu bekommen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Als Sie das erste Mal - - Als es diesen Kontakt zwischen Spitzberg Partners und Wirecard gab, da wurden Sie ja wahrscheinlich irgendwann mal gebrieft zum Thema Wirecard. Wie erfolgt das bei Ihnen im Hause? Macht das dann Ihr Team? Wie werden Sie darauf vorbereitet? Wie ist das hier bei Wirecard passiert?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wie das genau passiert ist, weiß nicht mehr. Aber wir haben regelmäßige Briefings, Teambriefings. Und ob das damals im Zweiwochentakt oder im Wochentakt stattfand, kann ich nicht mehr sagen. Und in solchen Briefings wird dann auch in der Regel darauf angesprochen, dass es einen Outreach von einem interessierten Klienten gab. So, nehme ich mal an, dass das so auch da stattgefunden hat. Ob es genauso war, kann ich aber aus heutiger Sicht nicht mehr sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mich würde noch mal dieser Kontakt zwischen Herrn Gartzke und Herrn Schmidt interessieren. Da gab es ja auch den Mailverkehr. Sie hatten das gerade mit diesem Blankobrief und dieser Hilfestellung erwähnt. Können Sie das noch mal etwas detaillierter darlegen? Auch wenn Sie da jetzt persönlich nicht dran beteiligt waren, aber was Ihnen dazu bekannt ist und ob das üblich ist, dass da so eine „Hilfestellung“ - in Anführungszeichen - beigelegt wird.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Sozusagen ich kann es Ihnen nicht detaillierter wiedergeben, weil ich habe Ihnen - - Die Details, die ich habe, habe ich Ihnen tatsächlich so vorgetragen. Ich trage es Ihnen gerne noch mal vor, also, wenn Sie wollen, der Vollständigkeit halber.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, bitte.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das muss ich mal hier finden. Sekunde mal eben.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

22.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das hatten Sie kurz vor dem Thema „Besprechung mit der Bundeskanzlerin“ -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielen Dank, es ist schon da.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - vorgetragen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So. - Zurück zum BMF, das vor dem Hintergrund des gerade Gesagten bereits spätestens um die Jahreswende von den Plänen des Markteintritts gewusst haben muss. Entgegen unserer anfänglichen Skepsis beschlossen wir dann doch, die von Wirecard erbetene Kontaktaufnahme selbst in die Hand zu nehmen, aus zwei Gründen: Zum einen wäre der Verweis auf eine professionelle Lobbying-Firma, wie wir das üblicherweise machen, angesichts der Komplexität der Materie nicht ohne Risiken für Missverständnisse im heiklen deutsch-chinesischen Verhältnis gewesen. Und Dr. Gartzke war mit der Grundlage der Materie vertraut und konnte problemlos für Rückfragen aus dem Ministerium zur Verfügung stehen. Der Umstand, dass sich Dr. Gartzke und der zuständige Mann im BMF, Wolfgang Schmidt, seit Jahren kennen, spielte bei der Entscheidung übrigens keine Rolle, war objektiv gesehen positiv zu werten, auch und gerade vor dem Hintergrund, dass eine ablehnende Entscheidung seitens des BMF sicher



Nur zur dienstlichen Verwendung

unverblümt und zügig kommuniziert worden wäre.

Mitte Juni 2019 - das genaue Datum kann nicht rekonstruiert werden; das hatte ich auch nachgefragt, aber das konnte nicht rekonstruiert werden - telefoniert Dr. Gartzke mit Staatssekretär Schmidt, um den geplanten Markteintritt in China anzukündigen und die Sachlage mit der PBoC zu schildern. Staatssekretär Schmidt bittet offensichtlich um die Begründungslinien des Sachverhaltes. Dieser wird in Form eines Blankobriefes an die E-Mail angehängt. Ich hatte darüber keine Kenntnis. Nach meiner Information hatte Staatssekretär Schmidt nicht um einen Blankobrief gebeten. - Dann habe ich, glaube ich, darauf hingewiesen, dass Sie ihn das heute am besten selber fragen, weil ich ja nicht dabei war. - Dr. Gartzke sah dies lediglich als Hilfestellung - im Bewusstsein, dass der Briefentwurf mit großer Sicherheit umformuliert oder sogar verworfen werden würde. Ob einzelne Formulierungen letztlich genutzt wurden oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich nehme aber an, dass die Experten im BMF sehr wohl eigene Formulierungen im Licht ihrer eigenen Recherchen und Prüfung des ihnen nicht unbekannten Sachverhaltes gefunden haben.

So viel zu der Kommunikation. Und das, Herr Abgeordneter, ist tatsächlich das, was ich davon weiß. Also darüber hinaus habe ich keine tiefer gehenden Kenntnisse.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke. - Dann geht das Fragerecht jetzt an den Kollegen Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Gerne.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr zu Guttenberg, einer Ihrer drei Kontakte, mit denen Sie persönlich zu tun hatten bei Wirecard, war Georg von Waldenfels. So heißt auch, wenn ich recht informiert bin, einer Ihrer Vorgänger als Vorsitzender der CSU Oberfranken. Ist das richtig? Kennen Sie die Familie?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich kenne die Familie. Ich kenne den

Vater von Georg von Waldenfels seit vielen Jahren. Wann genau der Zeitpunkt war, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe den Georg von Waldenfels junior das erste Mal in meinem Leben auf der Konferenz in Tegernsee getroffen; das war tatsächlich das erste Mal. Das war auch der Grund, warum ich dieses Meet and Greet da relativ neugierig wahrgenommen habe, weil für mich schon mal in meinem Ministerium ein Waldenfels gearbeitet hatte, der aus der Familie ist, ich den Vater sehr lange kenne und ich neugierig war auf den anderen Waldenfels, der dort war. Also, so kam das zustande. Ich habe ihn zum ersten Mal im März ~~2017~~ getroffen.

2016

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Hatten Sie Kenntnis von dem Besuch von Frau Staatsministerin Bär bei Wirecard im November, am 19. November 2019?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter.

Dr. Florian Toncar (FDP): Auch hinterher erst erfahren, später?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Erst jetzt im Sommer im Zuge der ganzen Aufarbeitung erfahren.

Dr. Florian Toncar (FDP): War Ihnen bekannt, dass das Büro von Markus Braun im Büro der Bundeskanzlerin im November 2018 um einen Termin gebeten hatte mit der Bundeskanzlerin?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter.

Dr. Florian Toncar (FDP): Auch nicht. - Und dann - - War Ihnen bekannt, dass stattdessen - na, wahrscheinlich dann auch nicht, ne? - ein Gespräch mit Herrn Röller 2019, zwischen Herrn Braun und Herrn Röller, nicht zustande kam?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Davon wusste ich auch nichts, Herr Abgeordneter. Wie gesagt, alles erst auch in der Berichterstattung nach dem Zusammenbruch des Unternehmens.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben angedeutet oder ausgesagt, dass Herr Braun Ihnen bei Ihrer ersten Begegnung das Du angeboten hat. Ich habe das so verstanden, dass Sie darauf eingegangen sind und Sie seitdem per Du waren. Ist das zutreffend?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das ist richtig, Herr Abgeordneter. Ich meine - - Das ist - - Da haben Sie ja immer bei solchen Gelegenheiten zwei Möglichkeiten, dass Sie sagen: -

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben es erklärt mit den Gepflogenheiten.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - „Aus tiefem Respekt vor Ihrer Lebensleistung lehne ich das Du ab“, oder Sie sagen: „Okay“, nicht? Also, in dem Fall habe ich Okay gesagt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nur noch mal zur Präzisierung: Wann war denn Ihr letzter persönlicher Kontakt zu Herrn Braun?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So wie geschildert, am -

Dr. Florian Toncar (FDP): Das war der -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - 9. Juni 2020.

Dr. Florian Toncar (FDP): - 09.06. Danach nichts mehr? - Gut. - Nun waren Sie ja dieses Jahr doch zweimal persönlich in Aschheim: am 18.02. und am 09.06. Waren Ihnen die Dinge so wichtig, dass Sie da extra hingefahren sind? Hätte man nicht auch, wenn man so sagt: „Ich bin einfach neugierig, weil das Unternehmen kenne ich ja“ - - auch ein Anruf irgendwie genügt? Aber es war ja offensichtlich doch bedeutsamer für Sie.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Der 18.02. - - habe ich ja geschildert: Ich war auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Ich war ohnehin in München und war, ich glaube, sogar auf dem Weg zum Flughafen; Aschheim liegt auf dem Weg zum Flughafen. Und da war diese Telefonkonferenz angesetzt mit Edelman. Da habe ich

gesagt: Gut, das trifft sich, und dann fahre da vorbei. - So.

Das Gespräch am 09.04. ^{06.} ~~[sic!]~~ war mir wichtig, ja, und zwar auch in Aschheim. Ich wollte angesichts dessen, was da im Juni bereits herumwaberte - - Ich wollte Herrn Braun sehen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. - Sie haben ja im Grunde doch, zumindest was den Edelman-Bezug angeht, damals Kommunikationsverbesserungen vermittelt, angestoßen, wie auch immer. Nun haben Sie ja auch einmal, und zwar am 02.04.2020 [sic!], einen Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschrieben, Titel: „Ein Virus namens Leerverkäufe“. Und da wird kein Unternehmen namentlich genannt; aber es wird zum Beispiel im letzten Absatz ausgeführt:

In Zeiten von Corona ist der Kapitalmarkt für Gerüchte empfänglich, und damit erhöht sich die Gefahr von Marktmanipulation und anschließendem Marktversagen.

Und so weiter und so fort. Das war ja ein paar Wochen, nachdem Sie bei Herrn Braun in Aschheim waren am 18.02. Hatte dieser Aufsatz einen Zusammenhang mit Wirecard oder Erfahrungen, die aus Sicht von Wirecard auf Sie übertragen worden sind, übergegangen sind?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Selbstverständlich, Herr Abgeordneter, weil ich auf das Thema Leerverkäufe in dem Jahr davor immer wieder mit der Nase gestoßen wurde, auch unter anderem von Wirecard-Mitarbeitern, weil die das Thema Leerverkäufe immer wieder thematisiert hatten, um damit den Vorwürfen aus der „FT“ zu begegnen. Und deswegen war mir das Leerverkaufsthema gerade aufgrund der Diskussionen mit Wirecard geläufig. Also, deswegen gibt es - - Ja, diesen Zusammenhang gibt es; aber es ist jetzt keiner, auf den jetzt - - wo jetzt mir Herr Braun gesagt hätte: „Schreib mal einen Artikel zu Leerverkäufen!“, nicht? Also, die Entscheidung treffe ich schon noch selber.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, nun gut, also klar; aber die These, dass das Leerverkäufe waren - haben Sie ja mehrfach auch geschildert -, ist Ihnen von Wirecard immer wieder - im Dezember 19 und dann auch bei dem Treffen im Februar 2020 - ja doch wahrscheinlich relativ massiv vorgetragen worden. Insofern, ja, war das eigentlich meine Frage, ob da einfach auch ein Zusammenhang besteht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, wenn ich das sozusagen auch noch präzisieren darf: Die These „Leerverkäufe“ ist uns bereits sehr viel früher nahegebracht worden. Das war immer, dass es hieß: Es handelt sich hier um eine gezielte Manipulierung von Kursen. - Das hat ja - - Ich meine, diese Debatte ist ja - ich kann jetzt nicht das genaue Datum sagen - aber sicher im Jahre 2018 schon geführt worden aufgrund - - oder wahrscheinlich frühestens oder spätestens 2019 mit der BaFin, die sich ja auch genau mit diesem Thema befasst hatte. Also, der Themenkomplex Leerverkäufe ist mir spätestens im Jahr - - Anfang 2019 bereits, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, klar, klar.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - und zwar nicht von Herrn Braun, sondern damals wahrscheinlich von Herrn Waldenfels und Herrn Ley bereits nahegelegt worden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. - Nur, Sie haben sich natürlich positioniert letzten Endes mit Blick auf Verbote auch von Leerverkäufen. Das ist der Inhalt des Artikels.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, zu der Positionierung, Herr Abgeordneter, stehe ich aber auch, weil ich halte es weiterhin für richtig.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist Ihnen bekannt, dass es tatsächlich dann doch noch zu einem Gespräch zwischen Herrn Braun und Herrn Röllner gekommen ist im Jahr 2020, nämlich im Mai?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben - obwohl Sie Kommunikation aufgegriffen haben als Thema

und ja ganz klar auch gerade das Thema Marktgerüchte, Vorwürfe gegen Wirecard dabei eine wichtige Rolle spielte, wenn nicht die entscheidende - keine Tipps gegeben, wie Wirecard vielleicht sich verhalten könnte, kommunikativ, oder mit wem man noch sprechen könnte, um das zu entkräften?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Zu entkräften?

Dr. Florian Toncar (FDP): Na ja, die - - Wirecard musste ja aus ihrer Sicht und in ihrer betrügerischen Logik die Betrugsvorwürfe - - gegen diese Betrugsvorwürfe angehen. Und da habe ich nur die Frage an Sie, ob Sie Wirecard bestimmte Gegenstrategien empfohlen haben oder ob Sie Wirecard empfohlen haben, auf bestimmte Menschen wie zum Beispiel Herrn Röllner zuzugehen und seine Sicht der Dinge dort noch mal zu hinterlegen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also Letzteres, Herr Abgeordneter, ist abwegig. Also, ich habe Wirecard nicht vorgeschlagen, zu Herrn Röllner zu gehen, in dem Kontext. Und ich habe Ihnen bereits geschildert in meinen Ausführungen, dass ich - wann war es? - am 17.12., nachdem ich die Kommunikation von Wirecard unterirdisch fand, so habe ich es, glaube ich, beschrieben, gesagt habe: Ihr müsst etwas verbessern mit eurer Kommunikation. - So. Und ich habe auch geschildert, dass ich im November 2017, ich glaube, dem Herrn von Waldenfels und Herrn ~~von Ley~~ ^{sich} eine E-Mail geschrieben hatte, wo ich gesagt habe: Zur Verbesserung der Kommunikation empfehle ich, dass sich - - Und ich glaube noch nicht mal, ich habe empfohlen, ich habe gesagt: Es gibt eine Roadshow von Richard Edelman in Europa, und ich würde empfehlen, dass sich der CEO und der mal treffen. - So.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Die Kommunikation war ja leider aus heutiger Sicht viel zu erfolgreich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Kollege.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber ich suche nur nach Erklärungen, warum ein Gespräch mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herrn Röllner 2019 sozusagen protokollarisch nicht statthaft war aus Sicht von Herrn Braun und 2020 wiederum plötzlich von ihm selbst nachgesucht wurde. Aber ich entnehme Ihrer Aussage, dass Sie dazu nichts beitragen können.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Es tut mir leid, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - kann ich leider nichts dazu beitragen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Wer möchte? - Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr zu Guttenberg, ich würde auch noch mal auf den „FAZ“-Artikel eingehen. Mich würde einfach noch mal prinzipiell interessieren: Wie viele weitere vergleichbare Namensartikel haben Sie in diesem Jahr, in 2020, noch so veröffentlicht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weiß ich nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ungefähre Größenordnung.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich kann Ihnen noch nicht mal eine ungefähre Größenordnung sagen. Ich glaube, ich habe in diesem Jahr, wenn es hochkommt, einen oder zwei Namensartikel verfasst. In den Jahren davor bewegt sich das etwa im selben Rahmen, mal mehr, mal weniger, also - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Ja, das ist, meine ich, ein relevanter Punkt, weil, ich sage mal, Sie haben sehr klar natürlich das, würde ich mal - - Multiinstitutionenversagen geschildert. Und die Frage ist ja: Wir schauen momentan ja an verschiedenen Rädchen in diesem Gebilde. Und jetzt haben Sie gesagt, Sie schreiben pro Jahr ein bis zwei vergleichbare Namensartikel. Und

2020 haben Sie sich dazu entschieden, einen Namensartikel genau zu diesem Spezialthema Leerverkäufe zu verfassen. Das ist Ihr gutes Recht sozusagen. Es ist immer - - Wenn man dann vor dem Untersuchungsausschuss sitzt, kriegt man eben dann diese Fragen gestellt. Und die möchte ich schon stellen. Ich meine, Sie sind - - Sie haben uns ja geschildert sozusagen, wo Ihre Expertise liegt: im Techbereich, in transatlantischen Beziehungen usw. Und Sie entscheiden sich dazu, zum Thema Leerverkäufe einen Artikel zu schreiben.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich habe zu den unterschiedlichsten Themen schon Namensartikel geschrieben, die Sie vielleicht jetzt nicht unmittelbar mit dem, was Sie von mir wissen, in Verbindung bringen. Also, das war ein Thema, das mich zu dem Zeitpunkt umgetrieben hat. Ich glaube, der Bezugspunkt war auch - - waren andere zu dem Zeitpunkt, und zwar - - Ich versuche, das gerade mal zu rekapitulieren. Es war also - - Mit Sicherheit war der Ausgangspunkt für mich nicht in dem Moment Wirecard, sondern das war etwas, wo ich, glaube ich, eher darauf - - Ich suche gerade - - Vielleicht hat es einen Coronabezug gehabt, dass wir gesagt hatten: Da werden irgendwelche - - War es - - Ich muss - - Ich habe den Artikel auch nicht mehr genau im Kopf. Ich kann mich echt nicht mehr erinnern. Also, ich glaube, dass mir - - Für mich war die Sorge gegeben, dass es einen - - Das weiß ich noch: die Sorge für die - -

Also, der Ausgangspunkt war die Sorge, dass über Leerverkäufe deutsche Unternehmen plötzlich zu Übernahmezielen und Übernahmekandidaten werden könnten. So. Und dafür hatte ich, ich glaube, einige Beispiele genannt. Wenn ich mich richtig erinnere, kann das auch der Automobilsektor gewesen sein oder andere, die da - - So. Und ich glaube, es war eine Debatte, die sich im Frühjahr - aber das muss ich noch mal nachgucken - - Also, das war nicht - - Also, den Kontext, den Sie möglicherweise insinuierten, gab es für mich nicht. Ich habe mich mit Leerverkäufen aber natürlich auch im Kontext - das habe ich dem Herrn Abgeordneten Toncar ja schon geschildert - mit Wirecard natürlich zwangsläufig



Nur zur dienstlichen Verwendung

befassen müssen, weil es immer wieder hochkocht entsprechend.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber Sie sind auch quasi der Argumentation, wenn ich - - Also, ich will Ihnen nichts in den Mund legen; aber sind Sie auch der Argumentation damit von Wirecard quasi gefolgt, die ja sozusagen gesagt haben: „Das sind Attacken, das sind Shortseller-Attacken“? Die „FAZ“ hat wenige Wochen vor Ihrem Artikel auch geschrieben, dass Leerverkäufe für Shortseller-Attacken missbraucht werden, als sie über das Leerverkaufsverbot berichtet hat. Sind Sie auch dieser Auffassung damals gewesen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich bin mit Sicherheit nicht der Auffassung von Wirecard bei meinem Artikel gefolgt, sondern meiner Überzeugung, die sich komplett unabhängig von diesem Fall tatsächlich ja auch so ergibt und die für manche in meiner Partei sogar recht überraschend kam, weil die da ganz anders ticken als ich. Also das war der auslösende Punkt. Und ich kann auch noch sagen: Ich stehe da ja auch nicht so ganz alleine. Also, das ist - - Also, wenn - - Weil Sie es benennen, weil Sie sagen, da war in der Woche davor ein „SZ“-Artikel oder Ähnliches: Das mag auch noch mit hineingespielt haben. Es war eine Zeit, wo über dieses Thema sehr viel diskutiert wurde und, ich glaube, unabhängig von Wirecard über dieses Thema diskutiert wurde.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, wir stellen uns ja auch die Frage: Wie hat es - - Wie hat Wirec - - Also, sozusagen, das war ja auch hochspannend, was Ihr persönlicher Eindruck der handelnden Akteure war. Weil wir fragen uns ja auch: Wie haben die so münchhausenmäßig das geschafft, alle zu täuschen sozusagen? Und es sind mit Sicherheit viele ungewollt auch Teil dieses Konstruktes geworden. Und das ist - - Deswegen versuchen wir, das ja herauszufinden.

Aber mich würde noch mal - sorry, wenn ich da noch mal nachhake - interessieren: Haben Sie sonst schon mal im Kontext von anderen Mandaten irgendwo mal etwas veröffentlicht, also zum Beispiel zu - - Sie haben gesagt, Sie beraten zum

Beispiel, haben Sie gesagt, im Bereich Blockchain. So. Haben Sie im Kontext anderer Mandate möglicherweise auch schon mal - - Ich will nicht wissen, zu welchem Mandat, und ich will nicht wissen, was Sie geschrieben haben. Ich möchte nur wissen: Könnte es möglicherweise zu Ihrer Geschäftstätigkeit gehören, auch mal irgendwo einen Artikel zu platzieren?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also nach meiner Kenntnis nicht. Also, ich platziere meine Artikel, wenn ich das Gefühl habe, ich habe etwas zu sagen, es entspricht meiner Überzeugung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es könnte ja auch - - Also, ich sage mal, das muss ja nichts Ehrwürdiges sein. Es könnte ja sein, dass Sie einfach irgendwo als Unternehmen einen guten Job gemacht haben und sozusagen das nach außen tragen oder dass ein Unternehmen, das Sie beraten, irgendwas erfolgreich gemacht hat. Aber sozusagen, haben Sie ja gesagt, machen Sie nicht.

Dann würde mich - - Um noch mal bei Veröffentlichungen zu bleiben, aber keine von Ihnen, sondern die Frage: Kennen Sie ZDNet? zdnet.com, das ist eine Internetseite, Technologie-, Finanzbereich. Ist jetzt nicht ganz klein. Hat, glaube ich, zu CBS bis vor Kurzem gehört. Ist dann jetzt verkauft worden.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Sagt mir jetzt unmittelbar nichts, Herr Abgeordneter.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Also, stolpert man manchmal vielleicht bei Google-Suchen drüber. Ist sicher nicht so bekannt in Deutschland wie die „FAZ“. Ich frage deswegen, weil im Kontext des AllScore-Deals hat im November 2019 - - gab es einen Artikel bei ZDNet und - - Also, die haben irgendwie so 39 Millionen Aufrufe. Also, das ist jetzt nicht so - - Es ist kein Untergrundblog oder so was in der Richtung. Ist eben genau über die Frage diskutiert worden, ob die Akquisition von AllScore jetzt eine gute Idee ist oder nicht. Und da werden auch verschiedene Trader erwähnt. Und da wird gesagt, dass das als eine Überraschung kommt, diese Akquisition, und dass in einer Analystennotiz steht, dass AllScore Payment und der Deal mehr Fragen als



Nur zur dienstlichen Verwendung

Antworten hinterlassen, vor allem weil die Research, was offenbar den Analysten und ZDNet vorlag, nicht mehr als - und ich zitiere es mal auf Englisch - just „a generic Chinese website“ - - Also, ein Finanztechberichterstattungsorgan zitiert hier Finanzmarktakteure, Analysten, die sagen: Das kommt als eine Überraschung, und von dem, was wir wissen, ist AllScore nicht mehr als irgendeine chinesische Internetseite.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Also zunächst einmal: Ich schaue mir das gerne an. Ist mir jetzt nicht bekannt. Ich bin auch, sagen wir mal - - Ich habe ein begrenztes Vertrauen, wenn sich jetzt irgendwelche Trader äußern zu einer gewissen Geschichte. Aber noch mal: Ich schaue mir das gerne an. Ich will aber auch noch einmal sagen: Also das insinuierte - - von diesem Artikel offensichtlich insinuierte Ziel, dass es sich hier lediglich um eine Website handeln sollte, habe ich, glaube ich, durch meine Darstellung entsprechend deutlich gemacht, dass das nach unserer Kenntnis nicht der Fall war, sondern wir es hier mit einem Unternehmen zu tun haben, das insbesondere seinen Wert über das Lizenzportfolio entsprechend erhalten hat, das sehr wohl eine Historie hatte - in Teilen auch eine fragwürdige Historie, die ja dann auch entsprechend aufgearbeitet wurde und sich im Kaufpreis dann entsprechend niedergeschlagen hat, und dass sich eine relative Heerschar von Experten mit diesem Unternehmen auseinandergesetzt hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Da würde ich direkt auch ansetzen. Sie hatten vorhin mit Rücksicht auf uns die ganzen Details der Due Diligence und was sich da sonst noch abgespielt hat - - ja gesagt, Sie haben das ein bisschen kürzer gehalten. Jetzt müssen wir entscheiden, wer das auf seine Redezeit nimmt, die Rückfragen dazu. Aber wer hat denn welche - - Also, weil Sie da auch, sage ich mal, im Ungefähren geblieben sind: Welche Unternehmen, welche Berater, welche Rechtsanwälte, Kanzleien - wer war genau Ihres Wissens nach daran beteiligt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich weiß nicht, ob ich das sozusagen im Sinne der beteiligten Unternehmen darf hier. Da bin ich mir

jetzt rechtlich nicht sicher. Ich habe kein Problem, es Ihnen mitzuteilen. Also, ich habe hier eine Liste von einigen. Ob das vollständig ist, weiß ich nicht, ja, aber - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich glaube, das ist in Ordnung, wenn Sie sagen, Sie wissen nicht, ob es vollständig ist, und teilen uns mit, was Ihnen einleuchtet ist.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich kann Ihnen sagen, dass eine relativ umfangreiche Truppe der Company Baker Tilly oder Baker Tilly Roelfs daran beteiligt war, auf chinesischer Seite eine Kanzlei, die sich K&L Gates nennt, und dann eine sozusagen Gruppe aus dem Bereich Wirecard selber und dann jeweils Partner auch dieser - - der Baker Tillys und andere in den jeweiligen Ländern. Aber das ist alles, was ich Ihnen aus heutiger Sicht hier sagen kann. Noch mal: Ich war da nicht dabei. Also, ich habe mir da eine Liste geben lassen von meinem Team. Und das ist das, was hier steht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist überhaupt nicht schlimm. Aus meiner Sicht relevante Unternehmen haben Sie genannt. - Kennen Sie einen Herrn Stahl von Baker Tilly?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nie getroffen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Nee, treffen ist ja das eine. Es hätte ja sein können - - hätte ja irgendwo mal zur Sprache kommen können auf Unterlagen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich weiß, dass Herr Stahl beteiligt war in dieser - - Wie heißt das? In der Due Diligence war der mitbeteiligt, das ist wohl wahr, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, der hat - - Das ist ganz interessant, weil der hat auch vorher das Unternehmen - - den Jahresabschluss mal gemacht und - - Also, der ist - - Aber wir streiten uns noch mit ihm, ob er uns was sagen muss, darf oder nicht. - Aber Sie haben gesagt - - Vielleicht, wenn Sie das noch mal kurz schildern könnten: Was ist Ihnen von diesem ganzen Due-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Diligence-Prozess eigentlich persönlich sozusagen bekannt geworden? Also, Sie waren überhaupt nicht daran beteiligt? Oder haben Sie sich dann von Ihrem Team briefen lassen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe mich von meinem Team grob darüber briefen lassen, weil das auch gar nicht meine Aufgabe ist. Und es war auch nicht die Aufgabe meines Teams - das habe ich Ihnen ja auch schon mal gesagt -, diese Due Diligence vertieft durchzuführen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das Durchführen, das ist vollkommen angekommen. Aber es wirkte ja so, dass Sie durchaus auch Ergebnisse am Ende vielleicht bekommen haben, zusammengeführt haben und dann ja auch mit Wirecard darüber gesprochen haben.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen sozusagen genau das geschildert, was wir als Kenntnis haben. Und das habe ich wirklich so detailliert und so gewissenhaft wie möglich versucht. Also, das ist - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, wobei den Teil - - Der Teil, also, sozusagen, der war für mich jetzt erst mal - deswegen frage ich ja auch nach - nicht hundertprozentig verständlich. Vielleicht habe ich auch einfach nicht hingehört. Dann entschuldige ich mich. - Aber sozusagen welche Rolle hatte Spitzberg Partners im Kontext der laufenden Due Diligence mit den verschiedenen Beteiligten? Wann ist sozusagen bei Ihnen was angekommen? Wo waren Sie in diesem Prozess einfach? Dass Sie es nicht durchgeführt haben, ist klar. Waren Sie dann aber bei sozusagen am Ende der finalen Entscheidung gemeinsam mit Wirecard noch?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nein, waren wir nicht beteiligt, ~~auch nicht~~ an der finalen Entscheidung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Das Wort hat Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Bevor wir die Zeit laufen lassen, möchte ich gerne eine Frage klären: Bei Akten mit der Einstufung VS „amtlich geheim gehalten“ müsste ich den stillen Vorhalt wählen, vermute ich. Bei VS-NfD, wie ist da der Kommentar? Genauso?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Für den Dienstgebrauch: zitieren. Vertraulich: nicht; stiller Vorhalt. Und Geheim: auch stiller Vorhalt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr zu Guttenberg, bei dem Gespräch mit der Kanzlerin: Hat die Kanzlerin Ihnen denn offenbart, mit wem sie auf der politischen Ebene in China über das Anliegen von Wirecard sprechen wollte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich habe Ihnen - - Herr Abgeordneter De Masi, ich habe Ihnen sozusagen das, was ich in Erinnerung habe als Satz, der von der Frau Bundeskanzlerin kam, den habe ich Ihnen geschildert. Und darüber hinaus gab es keinerlei Interaktion zu dem Thema noch in einem Dialog.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, Sie haben ja auch - - Sie haben keinen Wunsch geäußert.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Verzeihung, darf ich Sie fragen: In den Unterlagen finden wir den Status eines China Senior Advisor bei Spitzberg. Wer diese Person ist, können Sie den Namen hier nennen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das würde ich schon machen. Ich frage mich nur, ob ich das muss, Herr Abgeordneter. Weil ich möchte ein bisschen sozusagen die Leute auch schützen, die mit uns verbunden waren, also, dass die jetzt sozusagen nicht noch mal einer doppelten Scrutiny ausgesetzt werden. Aber ich kann das gerne machen. Also, das ist - - Ich weiß nicht - - Aber wenn Sie wollen, ja, klar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, sonst hätte ich nicht gefragt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, die Dame heißt - - Nach meiner Kenntnis heißt sie Jiang - J - I - A - N - G - und mit Vornamen Marina.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hat diese Person in Verbindung auch der Aktivitäten für Wirecard - - war die da auch in diesem Zusammenhang mit Aktivitäten für die Firma Augustus Intelligence befasst?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr zu Guttenberg, Sie haben vorhin darüber gesprochen, dass Sie nicht im Austausch mit Parteifreunden über Wirecard gestanden hätten. Nun gibt es sehr, ich sage mal, dehnbare Begriffe von „Parteifreund“. Das wissen wir alle, die wir im politischen Geschäft sind. Was war denn damit gemeint? Parteimitglieder generell?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Jetzt - - Also, damit war gemeint, dass ich mich nach meiner Kenntnis mit weder einem Abgeordneten noch mit einem Funktionsträger, hervorgehobenen Funktions- - Aber was ich nicht ausschließen kann, ist, dass, wenn ich mal irgendjemandem gesagt habe: „Wir beraten Wirecard“, der gleichzeitig CSU-Mitglied ist. Das kann ich nicht ausschließen. Und am Ende gräbt noch einer der Freunde da ein CSU-Mitglied aus, der hat mal gesagt: Der Herr zu Guttenberg hat mit uns mal über Wirecard gesprochen. - So. Aber - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber - Verzeihung, wenn ich Ihnen ins Wort falle - auch nicht mit früheren Funktionsträgern?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also nicht mit Herrn Beckstein oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das habe ich auch jetzt, glaube ich, gestern das erste Mal gelesen irgendwo.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Haben Sie sich mit Herrn Fritsche jemals über Wirecard ausgetauscht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie sich mit Herrn Kai Diekmann jemals ausgetauscht über Wirecard?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das weiß ich nicht. Erstens: ob es zum Thema gehört. Zweitens: Kann ich nicht ausschließen, weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, das gehört schon zum Thema, weil Herr Diekmann hat ja auch Beziehungen zu Edelman. Und Edelman ist ja hier thematisiert. - Deswegen möchte ich gerne noch einmal nachfragen: Haben Sie sich mit Herrn Diekmann dazu ausgetauscht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Welche Beziehungen hat Kai Diekmann zu Edelman?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das erläutere ich Ihnen gerne, wenn Sie mir die Frage beantwortet haben.

(RA Prof. Dr. Christian Schertz: Vielleicht sollten Sie es erst mal erläutern!)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich kann - - Nein, das ist ja - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dass der Rechtsvertreter üblicherweise kein Rederecht hat vor diesem Ausschuss.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich antworte gerne selber. Es ist wirklich kein Problem. - Ich weiß es schlicht nicht, ob ich mich mit Kai Diekmann wann und wie mal auch über Wirecard unterhalten habe. Aber ich meine, wir sehen uns gelegentlich über das Jahr hinweg, und es kann durchaus sein, dass dieses Thema mal eine Rolle gespielt hat. Aber ich kann mich schlicht nicht dran erinnern. Ich weiß es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Ich komme dann noch mal auf das Thema zurück. Ich möchte Sie zum jetzigen Zeitpunkt noch einmal fragen: Sie haben vorhin dargestellt, dass Herr Gartzke, als er dieses Schreiben an Herrn Schmidt, den Staatssekretär von Olaf Scholz, richtete - - dass das nicht auf Anforderung von Herrn Schmidt erfolgt sei. Woraus schließen Sie das? Haben Sie sich mit Herrn Gartzke darüber ausgetauscht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war die Erinnerung von Herrn Gartzke, den ich befragt habe, weil ich Sie an diesem heutigen Tage zu dem Thema ja auch informieren wollte. Und die Information habe ich - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, das ist aufschlussreich für mich. Ich sage das nur deshalb, weil ich hätte - - Ich will jetzt hier nicht private Kommunikation öffentlich machen, aber ich habe in diesem Telefon, übrigens auf Twitter, für Fritz Güntzler einen Austausch mit Herrn Wolfgang Schmidt, wo er darlegt, dass er dieses Schreiben - - dass er dies erbeten hätte. Das heißt, das befindet sich dann im Widerspruch zu dieser Information. Das ist nicht Ihnen anzulasten - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Vielleicht hat er es; aber ich weiß es nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielleicht erinnert er sich ja falsch. Ich wollte es nur - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, es kann auch sein, dass Herr Gartzke sich falsch erinnert. Also, es ist - - Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen nur wiedergeben, was mir geschildert wurde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sind Sie in Ihrer Arbeit jemals auf den in Mauritius registrierten Fonds EMIF gestoßen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein. - An dem Artikel, den Sie geschrieben haben zu Leerverkäufen, hat da Ihr jüngster Doktorvater Richard Werner dran mitgewirkt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Auch nicht beratend tätig gewesen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich Sie fragen - - Da möchte ich jetzt gerne einen Aktenvorhalt machen, wenn das möglich ist. - Nein, das ist eine VS-NfD-Unterlage, das heißt, ich kann zitieren. Hier befindet sich eine Unterlage in den Akten, MAT-Nummer MAT A AA-3.08c, Blatt 29. Es geht um eine E-Mail des Finanzattachés Jan-Ole Peters. Darin wird unter anderem zitiert:

Am 14.11.2019 ereignete sich ein Telefonat mit Herrn Gartzke von Spitzberg mit dem Botschafter und Herrn Fuhrmann ... In dem Telefonat wurden wir im [sic!]

- um -

aggressive politische Flankierung der Allscore-Übernahme bei der chinesischen Zentralbank durch Herrn Gartzke gebeten. Sogar die Möglichkeit eines gemeinsamen Besuchs von Herrn zu Guttenberg mit dem Botschafter bei der PBoC

- also der People's Bank of China -

wurde vorgeschlagen. Bo äußerte sich dahingehend äußerst zurückhaltend und sagte keine direkte Unterstützung zu (zu diesem Telefonat existiert ein Protokoll, auf welches ich aktuell nicht zugreifen kann).

So führt der Schreiber der E-Mail aus. - Ich möchte Sie fragen: Inwiefern waren Sie in diesen Vorgang eingebunden? Haben Sie jemals die Absicht geäußert, bei der People's Bank of China in Begleitung des Botschafters vorstellig zu werden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter. Den Vorgang höre ich heute zum ersten Mal.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann habe ich eine letzte Frage: Haben Sie sich jemals im Nachgang zu der Medienberichterstattung über Ihre Rolle oder zu dem Austausch mit der Bundeskanzlerin mit aktuellen oder früheren Mitgliedern der Bundesregierung, mit Staatssekretären oder leitenden Beamten über die Vorgänge ausgetauscht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Können Sie die Frage noch mal stellen, bitte? Entschuldigung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ob Sie sich jemals im Nachgang - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Im Nachgang? Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein. - Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke. - Das Wort hat Dr. Bayaz, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr zu Guttenberg, vielen Dank, dass Sie uns als Zeuge heute hier zur Verfügung stehen und auch schon mal einen sehr breiten Abriss Ihrer Kenntnisse zu dem Zusammenhalt dargelegt haben. - Ich will noch mal zu diesem Gastbeitrag kommen zu den Leerverkäufen - ich habe ihn auch ausgedruckt und natürlich gelesen -, weil das lässt mich doch ein Stück weit, ja, zurück, weil ich noch nicht jede Frage beantwortet bekomme. Das ist ein Zeitpunkt, wo Sie den veröffentlichen, im April, wo wir über Corona sprechen, über den Lockdown, über mögliche Impfstoffe. Und das ist ja ein megatechnisches Thema, ja. Experten der Bundesbank und der BaFin setzen sich damit auseinander. Sie haben ja vorhin gesagt: Dinge, mit denen Sie sich jetzt auch nicht tagtäglich beschäftigen. - Sie schreiben einen oder zwei Meinungsbeiträge. Und gerade einer dieser Meinungsbeiträge geht um das Thema Leerverkaufsverbot. Und jetzt haben Sie ja sehr bestechend ehrlich gesagt: „Ja, da gab es einen Wirecard-Zusammenhang“, obwohl der Name des Unternehmens hier gar nicht drin auftaucht. Können Sie diesen Zusammenhang uns noch mal erklären?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe gesagt: Wirecard war nicht der Auslöser für diesen Artikel. Ich habe vorhin gesagt, dass ich mit Wirecard - - über Wirecard mit dem Thema Leerverkäufe auch konfrontiert wurde. Aber das ist ein Thema, ich meine, das begleitet uns ja nicht nur erst seit Wirecard, sondern schon eine ganze Weile. Also - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wobei zu dem Zeitpunkt, wo Sie das veröffentlicht haben, wurde über alles diskutiert - ich weiß, Sie sind meinungsfreudig und wollen dann auch einen Punkt setzen -, aber es wurde über alles diskutiert, nur Leerverkaufsverbote habe ich in der Coronakrise überhaupt nicht von gelesen. Da muss ja eine Intention gewesen sein, was Sie - ich sage das jetzt mal flapsig - getriggert hat, diesen Beitrag zu verfassen. Und da finde ich es schon seltsam, wenn man sich die Zeitpunkte anschaut: Sie haben am 18. Februar ein Gespräch mit Herrn Braun und Edelman. Ist in dem Gespräch, ist das Wort „Leerverkauf“ - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das thematisiert worden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, meines Wissens nicht. Das Einzige, was - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das Wort ist nicht gefallen in dem Gespräch.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe Ihnen meine Erinnerung an das Gespräch, Herr Abgeordneter, geschildert. Und ich habe sie Ihnen so umfassend wie möglich geschildert. Und ich kann mich nicht erinnern, dass in dem Gespräch ausgiebig über Leerverkäufe gesprochen - - Noch mal: Am 18.02. ging es um einen Austausch zwischen Edelman und Dr. Braun, wo ich als Zuhörer dabei war. Und ich bin mir sehr sicher oder ganz sicher, dass dieses Gespräch nicht ausschlaggebend für diesen Artikel war. Ich meine, noch mal, das war ein Thema, das mich in dieser Zeit interessiert hatte. Und ich habe



Nur zur dienstlichen Verwendung

mich, auch wenn Sie das nicht mitbekommen haben - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wegen Wirecard? Wegen Wirecard hat Sie das interessiert?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, es hat mich nicht wegen Wirecard interessiert, sondern es hat mich interessiert, weil - - Ich habe jetzt vorhin schon gesagt: Ich kann mich nicht mehr genau daran erinnern, was der genau auslösende Punkt war. Aber ich glaube, dass es eine nicht unerhebliche Debatte in der Zeit gab auch über Leerverkäufe, die überhaupt nichts mit Wirecard zu tun hatten. Kollege hatte ja vorhin selbst sogar auf einen „SZ“-Artikel in der Woche vorher hingewiesen. Also, so ganz aus dem Himmel gegriffen war das sicher nicht.

Und ich weiß - - kann jetzt auch heute nicht mehr sagen, mit wem ich mich noch mal rückgekoppelt hatte von meinen Freunden aus dem Finanzbereich, um zum Beispiel die eine oder andere These zu testen. Es war nicht mein neuer Doktorvater, das weiß ich. Also, mit dem habe ich - - Weil ich glaube, dass der da anders denkt in der Frage als ich. Aber es hat - - Das kann ich Ihnen versichern: Dieser Artikel ist weder von Wirecard erbeten oder in Auftrag gegeben worden, noch hat er seinen Auslöser in einem der Treffen, die ich im Februar gehabt hätte oder im Januar gehabt hätte.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat sich denn jemand von Wirecard bei Ihnen oder bei einem Ihrer Teamleute gemeldet und bedankt oder gesagt: „Super Artikel, den ich da gelesen habe von Ihnen“? Hat sich da jemand gemeldet bei Ihnen? Oder haben Sie vielleicht sogar, sage ich mal, ein Rezensionsexemplar - - Wenn ich den Kollegen ärgern will und glaube, einen geilen Gastbeitrag geschrieben zu haben, schicke ich dem ja auch und sage: Schau mal, was ich Tolles gemacht habe. - Haben Sie da so eine Art Belegexemplar dort hingeschickt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich habe keine Belegexemplare verschickt. Ich habe keine Erinnerung, dass ich jetzt

mit - - auch im Nachgang mit jemandem darüber gespr- - Vielleicht, weiß ich nicht. Ich weiß es nicht. Ich habe - - Auf jeden Fall war Wirecard für diesen Artikel nicht der Auslöser, Herr Abgeordneter, mit Sicherheit nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich finde es trotzdem spannend, den Zeitpunkt. Denn wenige Tage später - zwei, drei Wochen, fairerweise - wurde das KPMG-Sondergutachten ja veröffentlicht, was ja auch - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Okay.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: An dem ich nicht beteiligt war.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ich sage es ja auch nur - - Ja, aber das ist natürlich eine enorm wichtige Kommunikation an den Kapitalmarkt gewesen. Weil das war ja der Anfang vom Ende - ich sage das mal jetzt so flapsig - und sicherlich auch der eine oder andere vielleicht am Markt genau erwartet hat: Was macht möglicherweise die Finanzaufsicht? - Zu dem Zeitpunkt war das Leerverkaufsverbot auf Wirecard ja aufgehoben. Das gilt ja immer nur für eine gewisse Zeit. Das heißt, es war not in place. Deswegen ist das für mich einfach ein, ich sage jetzt mal, zumindest mal spannender Zeitpunkt gewesen von dieser Veröffentlichung genau zwischen der TK und diesem Sondergutachten.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, es fällt mir schwer, den Zusammenhang jetzt zum KPMG-Gutachten herzustellen; aber da helfen Sie mir sicher noch mal.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das KPMG-Sondergutachten - - Bis auf einige wenige Leiter einer Behörde - - haben sich ja von Wirecard-Aktien getrennt und sind nicht eingestiegen. Das ist natürlich schon auch ein Zeitpunkt, wo der Markt reagiert, wo Leerverkäufe eine besondere Rolle spielen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und einfach für den klaren Hintergrund - Sie haben ja vorhin auch auf die Versäumnisse der Finanzaufsicht hing gesprochen -: Wenn man viele geschädigte Kleinanleger - - jetzt mit denen sich unterhält, dann war natürlich der Zeitpunkt im Jahr davor - jetzt reden wir ein Jahr vorher -, als das Leerverkaufsverbot der BaFin erstmalig verhängt wurde, sozusagen der Turning Point, wo sich eine Behörde, eine Bundesbehörde, vor Wirecard gestellt hat. Und deswegen ist das natürlich auch wichtiger Teil unseres Untersuchungsauftrages. Und Lobbyismus lässt sich ja nicht nur damit machen, indem man Klinken putzt bei welchen Ministerien, sondern indem man auch die öffentliche Meinung beeinflusst. Und ich sehe mit diesem Meinungsbeitrag eben auch einen Versuch, die Meinung in Richtung Leerverkäufe zu shapen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ist mir offensichtlich gut gelungen, Herr Abgeordneter.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar, nehme ich zur Kenntnis. - Noch eine letzte Frage, wenn ich darf - das Thema Augustus Intelligence hat der Kollege angesprochen: Gab es da persönliche, politische, wirtschaftliche Kontakte zwischen Wirecard und diesem Unternehmen Augustus Intelligence?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Bayaz. - War ja mal Usance, wenn ich eröffne, dann verzichte ich im Appendix sozusagen auf meine sieben Minuten. Und wer will? - Kollege Radwan für CDU/CSU. Bitte schön.

Alexander Radwan (CDU/CSU): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte jetzt den Fokus mehr dann auf DAX und BaFin wenden. Herr von und zu Guttenberg, Ihre Aussage war ja: In der Vertragsanbahnung und dann in den weiteren Entwicklungen und Vertragsunterzeichnung hat das eine Rolle gespielt, dass eben Wirecard

im DAX gelistet ist und dass BaFin sich entsprechend positioniert hat. - Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Der Vertrag wurde bereits - der erste Vertrag, der erste Dreimonatsvertrag, der sich im Wesentlichen, wie ich geschildert habe, damals um Beratung im Bereich Blockchain und den Markt in den USA drehte - im Jahre 2016 geschlossen. Und da war nach meiner Erinnerung - - war Wirecard da noch gar nicht im DAX gelistet zu dieser Zeit.

Alexander Radwan (CDU/CSU): Also, meine Frage geht dann auch in die Richtung: Welche Prüfungen unternehmen Sie möglicherweise im Unternehmen auf potenzielle Vertragspartner? Schauen Sie sich an, wo die, wie gesagt, gelistet sind, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja.

Alexander Radwan (CDU/CSU): - wie die Reaktionen sind, wie sie sich im Markt befinden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, natürlich schauen wir uns diese - - Also, Unternehmen, die wir - - Wir sind nicht mit wehenden Fahnen - - unterwerfen uns nicht jedem Klienten, der bei uns anfragt, sondern natürlich schauen wir uns an: Handelt es sich um einen - hoffentlich - seriösen Klienten? Ist das ein Unternehmen mit einer entsprechenden Zukunft? Ist das ein Unternehmen, das entsprechend stark und stabil bereits auf dem Markt aufgestellt ist? Wie ist die Reputation von einem Unternehmen? - So. Da gab es bei Wirecard bei mir am Anfang auch Fragen, die wir einem - - die ich, das erinnere ich mich auch, im Jahre 2016 meinem Team zunächst gestellt habe und 2017, in dem einen Treffen, das ich hatte, in diesem initialen Treffen für den Vertrag dann im Januar 2017 in Aschheim mit dem Burkhard Ley und mit dem Georg von Waldenfels, wo ich nicht nur vor dem Hintergrund, dass ich mich nicht mehr nach Hause hätte trauen können, gefragt habe nach der Vergangenheit des Unternehmens, nämlich - das wusste man zu der damaligen Zeit, wenn man ganz normal recherchiert hatte und gegoogelt hatte - dass Wirecard offensichtlich in seinen Gründungsjahren Abrechnungen im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Glücksspielbereich und in dem Pornografiebereich - - verwickelt war, in welcher Form auch immer. Und das war eine Frage, die ich explizit gestellt hatte, ob das immer noch der Fall ist, weil das wäre für mich ein No-Go gewesen, sich da zu engagieren, weil allein auch durch das ehrenamtliche Engagement meiner Frau das nicht infrage gekommen wäre. Und das wurde klar verneint und auch auf Nachfrage noch mal klar verneint. Heute wissen wir wahrscheinlich, dass über diese Drittpartner, wenn das alles so stimmt, was berichtet wird, es trotzdem gemacht wurde. Trifft einen natürlich noch härter und macht das gesamte Unterfangen noch ein Stück missvergnügender.

Alexander Radwan (CDU/CSU): Gibt es denn jetzt aufgrund der Entwicklungen von Wirecard, das ja jetzt im DAX gelistet war, und dass BaFin sich ja entsprechend vor den Konzern gestellt hat - wobei aus meiner Einschätzung das Problem nicht war, sich gegen die Thematik Leerverkäufe zu stellen, sondern dann auf der anderen Seite nicht hingeschaut zu haben -, Konsequenzen bei Ihnen intern, wo Sie sagen: „Wir werden zukünftig unsere interne Prüfung noch weiter verschärfen“? Welche Konsequenzen ziehen Sie denn daraus?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Frage haben wir uns auch gestellt. Aber wir haben - - Die Frage ist dann auch: Inwieweit kann man überhaupt noch einem Urteil draußen trauen? Also, darf und kann man sich mit einem Unternehmen verbinden, das eine negative Berichterstattung in gewissen Teilbereichen hat und wo eine große Mehrheit dieser Berichterstattung widerspricht, übrigens auch ein nicht unerheblicher Teil beispielsweise der konkurrierenden Medien sich nicht in dem gleichen Rahmen mitbewegt haben? Und deswegen ist das eine Frage, die sehr, sehr schwierig zu beantworten ist. Natürlich zieht man alle Stellschrauben an nach einer solchen Erfahrung. Natürlich möchte man nicht noch einmal mit einem Unternehmen in einen Geschäftskontakt treten, das möglicherweise auch wieder - - das möglicherweise eine höchst negative Entwicklung nimmt.

Aber ich will auch noch einmal sagen: Für uns war das in dem besagten Zeitpunkt schlicht nicht erkennbar. Und ich habe vorhin ja auch in meiner Stellungnahme deutlich gemacht, dass wir uns sehr intensiv mit der Frage befasst haben: Haben wir leichtfertig etwas übersehen? Hätten wir eigentlich nicht das und dies erkennen müssen? Und so bitter das ist, da kann man uns mangelnde intellektuelle Strahlkraft und all das vorwerfen; aber wir kamen zu dem Ergebnis, vor dem Hintergrund, so wie sich das öffentlich dargestellt hat und wie dieses Unternehmen es geschafft hat, selbst staatliche Stellen an der Nase herumzuführen, hätte es für uns einen - - gab es für uns keinen Anlass, dass wir gesagt hätten: Wir hätten es fundamental besser machen können. - Wir hätten es gerne besser und anders gemacht; aber wir konnten nicht.

Alexander Radwan (CDU/CSU): Na gut, bei dem Thema „staatliche Stellen“ werden wir dann ja hoffentlich entsprechend auch nachschärfen. - Jetzt ist ja Ihr Unternehmen sehr stark auch in den USA unterwegs. Und dort gibt es ja die entsprechenden amerikanischen gelisteten Unternehmen, gibt es ja die entsprechenden Aufsichtsorganisationen. Sehen Sie da einen Unterschied in der Wahrnehmung, wie diese Unternehmen dort behandelt werden, zu Deutschland?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Systeme sind schon unterschiedlich. Ich glaube, dass wir beispielsweise so etwas wie eine SEC in Deutschland so nicht haben. Also, wir haben andere Modelle und andere Ansätze. Aber das ist nur ein Beispiel.

Trotzdem: Es ist Äpfel und Birnen vergleichen. Also, es ist - - Wir haben es nicht komplett mit zwei analogen regulatorischen Einheiten hier zu tun, sondern die sind natürlich auf einer ganz unterschiedlichen Historie gewachsen. Das Rechtssystem ist unterschiedlich etc. Also, es ist ein bisschen schwierig, das zu vergleichen; aber es ist sicher nicht schädlich, mal den einen oder anderen Aspekt sich auch mal da drüben anzuschauen. Nur, wenn man ehrlich ist: Auch in den USA, die hatten auch ihre Enrons und andere, die ihnen lange durch die Lappen oder durch die Finger gegliedert sind und wo es Skandale gibt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wo man sagt: Wie konnte das nur passieren? - Ich meine, schauen Sie sich auch in unserem Land an. Ich meine, auch Volkswagen - nicht? - und andere Unternehmen, wo wir sagen: „Das sind Unternehmen mit Strahlkraft und einer entsprechenden Positionierung und Ähnlichem“, haben auch kräftig mit Skandalen zu arbeiten. Und im Übrigen wurde für die natürlich dann gleichzeitig trotzdem auch weiterhin in China und an anderer Stelle geworben.

Alexander Radwan (CDU/CSU): Okay. Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kollege Güntzler, bitte schön.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch Ihnen vielen Dank, Herr zu Guttenberg, auch für die umfassende Einführung, weil die ja schon viele Dinge vorweggenommen hatte, auch noch mal im Zeitstrahl die Dinge sehr schön dargestellt hat.

Ich hätte eine konkrete Nachfrage. Wenn ich es richtig mitbekommen habe, haben Sie die Beratungstätigkeit, das Mandat, zum 23. Juni 2020 gekündigt, zwei Tage vor dem eigentlichen Insolvenzantrag. Der KPMG-Bericht ist ja schon mehrfach angesprochen worden, weil der ja so einen Meilenstein in der Geschichte, sage ich mal, oder in der Abwicklung der Wirecard AG ist. Haben Sie zwischen diesem 28. April, dem Erscheinen des KPMG-Berichtes, und diesem 23. Juni in diesem Prozess öfter schon mal drüber nachgedacht in Ihrem Hause, das Beratungsmandat zu kündigen? Oder was war denn der entscheidende Punkt, es dann am 23. Juni zu tun?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Na gut, der entscheidende Punkt war, ich glaube, das nicht gegebene Testat, wenn ich mich richtig erinnere, nicht? Und insbesondere wenn man ein paar Wochen vorher noch die blanke Fantasie in die andere Richtung geschildert bekommt von dem CEO des Unternehmens, war zu dem Moment klar, dass das nicht weitergeführt werden kann und darf.

Natürlich habe ich mir in den Wochen, wo diese Medienlandschaft oder die Medienbegleitung

auch - wir waren ja da auch Rezipienten dessen, was geschrieben wird - - wo das mit Blick auf Testate - ja oder nein? - auch immer härter wurde - - einer der Gründe, weshalb ich dann den Termin hier auch Anfang Juni gesucht hatte mit dem CEO, was ja Ihnen auch deutlich macht, dass man sich sehr wohl Gedanken gemacht hat: Wie geht das mit dieser Company da weiter?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Im Nachgang: Sie haben ja auch mehrfach in Ihrem Bericht erwähnt, dass man in den Sommermonaten die Zeit genutzt hat, darüber auch mal nachzudenken, wie das alles passieren konnte. Und wir versuchen das ja auch zu verstehen. Gibt es sozusagen für Sie eine einfache Erklärung, warum dieses ganze Lügengerüst eigentlich so lange halten konnte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Die einfache Erklärung, die man sich gelegentlich macht, ist, dass sich eine Vielzahl - inklusive unserer Medien, inklusive der Analysten, inklusive all jener, von denen, die es auch heute ganz, ganz genau und sehr gut und sehr viel besser wissen, inklusive auch gewisser Teile in der Politik, inklusive uns allen auf eine gewisse Weise - möglicherweise auch von einer sehr geschickt erzählten Geschichte ~~plus das Faktum: Mensch, hier~~ blenden ließen haben wir erstmalig auch ein deutsches, europäisches Techunternehmen, und es gibt nicht nur die Amazons und Facebooks und Googles da draußen - - Ich kann mir vorstellen, dass das eine gewisse Rolle gespielt hat. Und: Ich kann mir vorstellen.

Das hat für uns sicher weniger oder so gut wie keine Rolle gespielt, weil wir sind um einen klaren Auftrag gebeten worden, Dinge im Rahmen unseres Beratungsmandats zu machen. Aber natürlich hatten wir auch eine ähnliche Perspektive vor Augen, dass wir gesagt haben: „Das wird ein Unternehmen sein, das Potenzial hat, wirklich noch erheblich zu wachsen“, und wir das Gefühl hatten, es mit einem hochseriösen Unternehmen zu tun zu haben. Deswegen: Anders hätten wir uns ja auch gar nicht in der Form verpflichtet, wie wir uns verpflichtet haben.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Würden Sie sagen, dass das Handeln der BaFin dazu beigetragen hat,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass das so lange halten konnte - Leerverkaufsverbot, andere Dinge?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich glaube, ja. Also, auf uns hat das Eindruck gemacht.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, okay. - Sie haben vorhin auch noch mal dargestellt, dass Sie sehr zurückhaltend sind mit staatlichen Stellen, Kontakte aufzunehmen, zu lobbyieren, wenn man den Begriff hier übernehmen möchte. Sie haben dann darauf hingewiesen, dass Sie es in diesem Fall gemacht haben, auch weil es von besonderer strategischer Bedeutung wäre, dass, ich sage jetzt mal, ein deutsches Unternehmen oder ein europäisches Unternehmen es schafft, in den chinesischen Markt, in den Finanzsektor einzudringen. Könnten Sie uns noch mal darstellen, wo genau Sie diese große Bedeutung drin sehen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Na gut, ich will zunächst noch mal festhalten, dass der Eintritt eines westlichen Unternehmens in den chinesischen Markt - umgekehrt zu dem, was die Chinesen bei uns machen - im Übrigen gar nicht gelingt ohne staatlich- - ohne politische Begleitung des jeweiligen Landes, aus dem das Unternehmen kommt, vollkommen wurscht, ob das Unternehmen jetzt aus - -

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Können
Sie ein bisschen näher ans
Mikro gehen?)

- Dass der Eintritt in den chinesischen Markt gar nicht gelingt - Entschuldigung, Frau Abgeordnete - und gar nicht gelingen kann ohne die Unterstützung der jeweiligen Regierung, egal ob das Unternehmen jetzt aus Frankreich kommt, aus England oder Ähnliches. Es gibt, also in meinen Augen, kaum Geschichten, zumindest für eine gewisse Größenordnung und bei dem Themenkomplex, der Relevanz - - Dass ein Unternehmen, das sich im Finanzmarkt bewegt, eine politische Relevanz hat, glaube ich, erschließt sich aus sich selbst heraus. Aber auch unabhängig davon kann man eine Litanei von Unternehmen aus unserem Land aufmachen, die, wenn sie einen erstmaligen Eintritt in den chinesischen Markt wollten - -

Übrigens, das ist ja auch meinen Mitarbeitern so von der Botschaft geschildert worden und anderen, die alle ausdrücklich gesagt haben: Es geht nicht ohne diese Begleitung.

Und dass man gerade auch im Bereich eines Technologieunternehmens mit dem Kenntnisstand, den wir damals hatten - immer vorausgesetzt: der Kenntnisstand, den wir damals hatten -, gesagt hat: „Es sind nicht nur die Alibabas, die jetzt Europa überrollen, sondern wir haben hier“, so dachten wir, „ein seriöses europäisches Unternehmen, das den chinesischen Markt entsprechend eben auch bespielen kann“, ist etwas, das Teile Ihrer Frage mitbeantwortet.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay.

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Herr Vorsitzender, dann würde ich
übernehmen!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Hauer, bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten uns vorhin geschildert, Herr zu Guttenberg, dass Sie keinen Kontakt zu dem Herrn Marsalek hatten. Es ging ja hier um den Markteintritt in China maßgeblich. Und was mich dabei so ein bisschen irritiert, ist, dass uns halt mehrere Zeugen hier in dem Untersuchungsausschuss gesagt haben, dass man bei Wirecard so eine räumliche Aufteilung hatte, also nach dem Motto: Der Marsalek war für das Asien-Geschäft zuständig. - Und Asien, China, wäre ja jetzt ganz passend, zu sagen: Ja, dann war er da ja vielleicht auch irgendwie beteiligt. - Also, aus Ihrer Wahrnehmung war er da mit diesem China-Thema gar nicht befasst, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aus meiner Wahrnehmung überhaupt nicht, Herr Abgeordneter. Und ich will das auch noch mal in den Kontext bringen, den ich vorhin angedeutet habe. Ich kann ihn allerdings auch nur andeuten, weil mir der Einblick fehlt, wie die Stellschrauben in den Köpfen veranlagt waren bei den Herren bei Wirecard. Aber das China-Geschäft, so wie es sich uns dargestellt hat, passt nach dem, was wir heute



Nur zur dienstlichen Verwendung

wissen, gar nicht in das Muster von Herrn „Marschalek“ oder „Marsalek“, oder wie auch immer er heißen mag, ja? - „Marschalek“.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das haben wir bisher auch nicht geklärt, wie er richtig heißt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Sagen wir mal: Marschalek.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Steht auch nicht im Auftrag, dass wir das klären müssen!)

- Vielleicht sollten Sie es. Ich kann nur hoffen, dass er irgendwann hier sitzt, nicht? Aber das ist noch mal eine andere Frage. - In meinen Augen passt - und auch nach unserer Einschätzung; ich habe das vorhin ja auch dargestellt - ist das eben gerade nicht dieses System gewesen, über das ja dann später berichtet wurde, wie das beispielsweise in den Emiraten sich dargestellt hat mit diesen Firmen oder Scheinfirmen, die ja dann über das Drittpartnergeschäft und Ähnliches - - Das habe ich ja versucht vorhin auch noch mal entsprechend darzulegen. Also, das mag der Grund sein, warum wir nie in irgendeiner Form in Kontakt mit diesem Herrn gekommen sind, weil - - Und ich habe ja auch gesagt: Ich fand es auffällig, dass seitens der Gesprächspartner, die wir hatten, man auf das Desinteresse des Vorstandes immer wieder hingewiesen hat, was dieses China-Geschäft anbelangt. Und das fand ich überraschend.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat man Ihnen dieses TPA-Geschäft seitens Wirecard mal erklärt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Also, ich habe - - Das erste Mal, dass ich das - - Ich kann das genaue Datum nicht mehr sagen. Ich glaube, irgendwann im Jahre 2020. Aber das war schon später; das war wahrscheinlich erst im April/Mai, wo ich darüber gelesen hatte. Ich kann mich erinnern, dass, ich glaube, die „Wirtschaftswoche“ mal einen Artikel geschrieben hatte über das TPA-Geschäft; aber das mag auch schon im Mai 2020 gewesen sein.

Und dann habe ich mein Team gefragt, ob die mir das erklären können. Mein Team konnte es mir nicht erklären. Dann habe ich gebeten, ob sie uns mal eine Erklärung besorgen könnten, um was es da geht. Und dann habe ich - das habe ich ja auch in meiner Stellungnahme vorhin gesagt - das Thema angesprochen bei dem letzten Treffen mit Herrn Dr. Braun am 09.04.2020, wo ich gesagt habe: „Ich verstehe schon“, also vergleichsweise; wahrscheinlich habe ich gesagt: „Ich verstehe schon nicht, um was es hier geht. Ihr müsst das erklären, um was es da geht bei diesem TPA-Geschäft.“ Also, ich kann mich erinnern, dass ich darüber gelesen - - ich meine, es sei wohl in der „Wirtschaftswoche“ gewesen - ein horrend schlecht geschriebener Artikel, aber gut recherchiert, „for a change“.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, gut. EY hätte es Ihnen wahrscheinlich auch nicht erklären können. - Wie bewerten Sie das Vorgehen Ihres Kollegen Herrn Gartzke gegenüber der Botschaft in Peking? War das aus Ihrer Sicht professionell, oder war das mit Ihnen so abgestimmt, was da so besprochen wurde?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, wie ich bereits gesagt habe: Es war mit mir nicht abgestimmt. Aber ich habe überhaupt kein Problem damit, dass die Botschaft kontaktiert wurde, weil ich es auch im Nachhinein, so wie ich es gesagt habe, für einen richtigen und gebotenen Schritt hielt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hielten das für erforderlich, damit man bei dem Thema überhaupt was erreichen kann in China.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Botschaft selbst hat zum Ausdruck gegeben, dass sie das für erforderlich hält, Herr Abgeordneter.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten vorhin gesagt: Die Kommunikation von Wirecard, die haben Sie als schlecht empfunden, und haben dann ja auch entsprechende Hinweise gegeben, dass man sich da Unterstützung holen sollte. Können Sie das etwas konkretisieren: Was haben Sie da als schlecht empfunden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich meine, wenn Ihre Kurse dauernd in den Keller rutschen, dann wird die Kommunikation schon nicht die beste sein. Also, das war das, was ich - - Also, ich habe gesagt, die Kapitalmarktkommunikation muss offensichtlich verbessert werden, wenn man solche Achterbahnen fährt wie die. Und das war für mich der wesentliche, ausschlaggebende Punkt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, Sie konnten sich nicht erklären, wie so ein innovatives DAX-Unternehmen so einen Kursverfall hinlegen kann. Und Sie haben das auf die Kommunikation projiziert, dass das an der Kommunikation liegt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, sicherlich. Ich meine, welche Anhaltspunkte hatte ich? Die, die ich Ihnen geschildert hatte, Herr Abgeordneter, nicht? Und dass die Kommunikation von diesem Unternehmen, so wie es sich nach au- - Also, wenn man ein Unternehmen ist, das offensichtlich die Unterstützung der breitesten Front da draußen bekommt, mit ein paar Ausnahmen, die es offensichtlich gemerkt haben - da sitzt einer -,

(Der Zeuge deutet auf
Abg. Fabio De Masi
(DIE LINKE))

die sich mal geäußert haben - - Eine „FT“ hat sich geäußert, und ansonsten waren die Äußerungen schon sehr dünn, auch von vielen, die sich heute damit sehr vertieft beschäftigen und befassen. Und vor dem Hintergrund nehmen Sie wahr, dass das Unternehmen Unterstützung selbst von staatlicher Seite erfährt, regulatorisch, und dass die Kurse trotzdem runtersausen. Da ist erst mal das Naheliegendste - das mag banal sein -, dass auch mit der Kommunikation was nicht sauber läuft dort, nicht? Und dass ich den Hinweis gegeben habe: Ich glaube, den würde ich jederzeit wieder geben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde gern noch mal auf das Gespräch, das Sie mit der Bundeskanzlerin geführt haben, zurückkommen. Das war ja ein sehr kurzer Teil Ihres Gesprächs, wie Sie schilderten, wo es um Wirecard ging. Dieses

Target, also AllScore, haben Sie da irgendwas - - haben Sie den Namen gesagt, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - oder haben Sie irgendwas über dieses Unternehmen gesagt? Oder ging es nur abstrakt um ein chinesisches Unternehmen? Oder ist das irgendwie konkretisiert worden im Gespräch?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe im Gespräch nicht mehr konkretisiert als das, was ich Ihnen mitgeteilt habe. Ich habe Ihnen wirklich umfassend über diese zwei, drei Minuten, um die es sich da handelte, Auskunft gegeben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es ist ja dann nachher mit dem Unternehmen AllScore dann auch finalisiert worden. Aber es gab ja wohl vorher noch Überlegungen, andere Unternehmen stattdessen zu übernehmen. Da gab es ja immer die verschiedenen Lizenzsituationen, ob drei Lizenzen oder vier Lizenzen. Können Sie dazu konkreter etwas sagen, welches andere Unternehmen das war, und noch mal diese Lizenzportfolio-situation darstellen? Worum ging es Wirecard? Welche Lizenzen waren benötigt, wofür? Was wollten die damit machen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das mache ich gerne, Herr Abgeordneter. - Also, wie ich gesagt hatte, hatten wir damals ja den Auftrag, eine sogenannte Shortlist zusammenzustellen. Und dafür wurden sich - ich kann Ihnen die Zahl nicht nennen, wie viele - aber unzählige Unternehmen angeschaut, die über die Technologiekompatibilität verfügten. Das hatten sehr wenige zu bieten offensichtlich, nach meiner Information. Die Wachstumsgeschichte - - Es ist natürlich immer so gewiss hypothetisch - - als wenn man da mal genauer reinschaut, um zu sehen: „Was ist da wirklich an Wachstumspotenzial gegeben?“, und das Wichtigste war dieses Lizenzportfolio.

Und jetzt schaue ich eben mal gerade, wo mir das mit den Lizenzen aufgeschrieben wurde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielleicht kann ich die Zwischenzeit nutzen, zu erwähnen, warum ich das nachfrage. Es gibt nämlich ein Schreiben „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ - da darf ich dann ja entsprechend zitieren - von Herrn Peters. Das ist ein Schreiben vom 3. September 2020, wo er die Chronologie noch mal darstellt. Und da ist unter anderem eine Anmerkung von Herrn Peters drin zum 14. Mai 2019. Da schreibt er:

Hier war noch der Erwerb einer anderen Firma - nicht Allscore - geplant gewesen, welche alle vier benötigten Lizenzen hielt.

Also, das ist jetzt der Anknüpfungspunkt für meine Frage.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich weiß, dass man in Gesprächen noch bis in das Jahr 2019 parallel auch in Gesprächen mit anderen Firmen war. Ich glaube, eine davon, wenn ich richtig erinnere, hieß „Ginkgo“ in der Abkürzung. Ich weiß nicht, wie sich das dann weiter darstellt, aber ich meine, die hieß „Ginkgo“. Und inwieweit und warum von dieser Firma Abstand genommen wurde und zugunsten von AllScore sich entschieden wurde, kann ich Ihnen nicht sagen. Also, das weiß ich im Detail nicht; aber dafür wird es plausible Gründe gegeben haben.

Ich glaube, wenn ich mich richtig erinnere, das ganz Maßgebliche war diese Cross-Border-Lizenz. Die war wichtig; die war außerordentlich wichtig. Kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, inwieweit Ginkgo die hatte. Ich kann mich erinnern, dass in einem Gespräch mir mal mitgeteilt wurde, dass es sehr darauf ankam, ob die Lizenzen in gewissen Regionen in China nur gelten oder ob sie für ganz China gelten und welche Regionen davon - ja oder nein? - betroffen sind. Das mag ausschlaggebend für diese Entscheidung gewesen sein; aber im Detail kann ich es nicht sagen. Das müssen sie die Beteiligten fragen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielleicht noch einmal, weil das noch zur Frage dazugehörte, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz kurz.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - was Wirecard mit diesen Lizenzen bewerkstelligen wollte. Wissen Sie da was Konkreteres als das, was Sie gerade gesagt haben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das wollte ich Ihnen gerade raussuchen. Warten Sie mal, da wurde mir, glaube ich, auch was zusammengeschrieben.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen und berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Ja, ich werde gerade darauf hingewiesen - ich sage es Ihnen trotzdem gerne -, dass ich Ihnen nur Dinge sagen muss, zu denen ich eigene Erkenntnisse habe. Aber hier sind die Erkenntnisse jetzt mir von meinem Team gegeben worden, und die würde ich Ihnen gerne auch weitergeben. Aber die Zeit müssen Sie mir jetzt geben, dass ich das hier finde. - Ah ja, hier. Moment.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da meine Fragezeit sowieso schon lange abgelaufen ist, können Sie sich sehr viel Zeit lassen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ein Schlitzohr hier. Aber das stimmt.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):
Wir haben von der Opposition gelernt!)

Ich habe dann mal gestoppt.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, Herr Abgeordneter - - Herr Vorsitzender, darf ich das vortragen, ja?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, natürlich.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg:

AllScore war hauptsächlich in drei Unternehmensbereichen tätig,



Nur zur dienstlichen Verwendung

an denen sich auch die assoziierten Lizenzen orientierten. Zum einen Internet-Payment-Business, zum Zweiten Prepaid-Card-Business, zum Dritten Cross-Border-Payment-Business. Mit einer chinaweiten Internet-Payment-Lizenz

- chinaweit -

war es dem Unternehmen und folglich auch Wirecard im Zuge einer Akquisition möglich, Internetzahlungen zwischen Händlern und Endkonsumenten in China über eine Vielzahl von Kanälen - Onlinebanking, WeChat Pay und Alipay - und vor allem landesweit, unabhängig von der Provinz, abzuwickeln. Mit einer Prepaid-Card-Lizenz für die Provinzen Peking, Guangdong und Qinghai war es dem Unternehmen möglich, Zahlungskarten für Konsumenten und Unternehmen herauszugeben. Und mit einer äußerst wertvollen Cross-Border-RMB-Lizenz in der Provinz Guangdong war es AllScore möglich, Renminbi-Zahlungen grenzüberschreitend abzuwickeln. Damit wäre es für Wirecard möglich gewesen, international tätigen chinesischen Händlern Cross-Border-Zahlungsdienstleistungen sowie Auszahlungen ihrer lokalen Währung anzubieten, multinational tätigen Kunden künftig einen einfacheren Zugang zu chinesischen Konsumenten inklusive der Akzeptanz der weit verbreiteten digitalen mobilen Zahlungslösungen in China sowie der Auszahlung in ihrer jeweiligen nationalen Währung zu bieten.

Das ist wirklich die Kenntnis, die ich bekommen habe. Das hätte ich Ihnen aber aus dem Ärmel so jetzt nicht alleine sagen können.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, vielen Dank. - Ich hätte jetzt noch mal eine Frage: Meine Mit-

arbeiter - - Bei mir war das so im passiven Gedächtnis eben - - Das war der 12.12.18, von dem Sie gesprochen haben, ein Tag, den ich mir auch immer gut merken kann, da ich da Geburtstag habe. Da haben Sie mit Vehemenz vorhin gesagt: Wirecard - und hier geht es um das Treffen zwischen Waldenfels/Ley -, habe beim Besuch im Privathaus von Jan-Ole Peters, deutsche Botschaft Peking, keine Geschenke mitgebracht. - Jetzt haben meine Mitarbeiter auf MAT A AA-3.08c, Blatt 73, wiederum gefunden, dass sich Herr Peters mit Mail am 18.12.18 für die Geschenke bedankt. Jetzt stellt sich mir logischerweise dann die Frage, woher Sie jetzt wissen, dass es keine Geschenke gab. Also insoweit: Sind Sie denn doch da gebrieft worden, wenn diese Meetings stattfinden, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - oder rauschen die dann eher in der Flying-over-Perspektive an Ihnen vorbei?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Vorsitzender. Ich habe mit Interesse einen Artikel eines deutschen Nachrichtenmagazins - ich glaube, von letzter oder vorletzter Woche - gelesen, wo über - oder war es die „Wirtschaftswoche“? keine Ahnung; „Wirtschaftswoche“ war es, glaube ich, sogar, nicht? - diesen Umstand berichtet wurde, dass offensichtlich - - nee, es war, glaube ich, sogar das Nachrichtenmagazin, wo offensichtlich Geschenke mitgebracht wurden. So. Diese Geschenke wurden, wohl ebenso offensichtlich und aufgrund auch der Kommunikation, die dort zitiert wurde, von Herrn Ley und von Waldenfels mitgebracht. Herr Dr. Gartzke ist nicht Mitarbeiter bei Wirecard, sondern Herr Dr. Gartzke ist Managing Partner von Spitzberg Partners, und er kam ohne Geschenk dort an.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Etwas lauter für die Kollegen bitte.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Dr. Gartzke ist nicht Mitarbeiter von Wirecard. Er ist Managing Partner von Spitzberg Partners und kam ohne Geschenk dort an. Also, das ist - - Des-



Nur zur dienstlichen Verwendung

wegen: Ich habe den Artikel gelesen, habe deswegen bei ihm speziell noch mal nachgefragt, und deswegen habe ich diesen Passus „Er kam ohne Geschenk dort an“ in die Stellungnahme mit aufgenommen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann könnten diese Geschenke mutmaßlich - das ist jetzt natürlich nur mutmaßen - von dem Kollegen Ley beispielsweise gewesen sein.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe keine Ahnung. Ich war nicht dabei.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich sage es ja nur, weil Herr Peters bedankt sich ja. Für irgendwas muss er sich ja bedanken.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe das - - Wie Sie bin ich da nur Konsument dessen, was das Nachrichtenmagazin aufgeschrieben hat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Klar, das sind wir natürlich nur. Aber für mich ist es natürlich ein Beleg, wenn Herr Peters sich für Geschenke bedankt. Irgendwo muss, keine Ahnung, ja dann eins herkommen, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Sicher, aber ich glaube, das ist etwas, das müsste man wahrscheinlich Herrn Ley und Herrn Waldenfels fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - wenn nicht von Herrn Waldenfels dann oder Herrn Gartzke. Okay, das ist das; gut. - Ich würde noch mal die Frage vertiefen - ich habe sie vorhin angerissen; der Kollege De Masi ist da auch schon so drauf eingegangen - - Ich hatte ja auch gefragt: Andere Parteifreunde, über Bande, das kann man ja auch spielen. Im März, so sagen meine Recherchen, 2019 wurden Sie Aktionär bei der in New York ansässigen Technologiefirma Augustus Intelligence. Das ist richtig.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das ist richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Späterhin sind Sie dann in dem Unternehmen aufgerückt und haben

Vorstandsabteilung und Vorstand für General Affairs - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nee, machen Sie mal weiter. Aber ich glaube, das hat mit dem Untersuchungsthema gar nichts zu tun.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, ja; gut. - Jetzt meine Frage: Ist Ihnen dann, weil dieses Unternehmen - - Da ist ja - der Name fiel von mir: Herr Haupt - - Und da wird ja auch gesagt, er hat beispielsweise auch Kontakte zu anderen CDU-Politikern. Hier wird einmal Philipp Amthor genannt, der ja auch im Zusammenhang in den letzten zwölf Monaten etwas unglückliche Presse hatte. Also, Sie schließen da jede Querverbindung über Ihre Firmen oder dass über Bande hinsichtlich gespielt wurde, dann aus.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aus meiner Sicht komplett.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Komplett.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann habe ich mir hier noch notiert - - Sie haben wirklich sehr umfänglich alles abgeräumt. Kompliment! Mich interessiert noch mal der Kontakt - oder wenn es denn keinen gab, ist das ja dann auch schnell für Sie - - Gab es nochmals Kontakt im Untersuchungszeitraum zu Herrn Professor Röller?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Über den bekannten E-Mail-Austausch hinaus: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Auch nicht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das schließen Sie auch aus, okay. - Dann bin ich so weit glücklich und zufrieden.

Definitiv nicht in Sachen Wirecard. Ich kann aber nicht ausschließen, dass es über den gesamten Untersuchungszeitraum nochmals persönlichen Kontakt, etwa auf Konferenzen gegeben hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Alexander Radwan
(CDU/CSU): Das ist selten!)

- Das ist selten, das stimmt. - Und ich schaue zu den Kollegen. - Dann ist das Cansel Kiziltepe, bitte schön, für die SPD-Fraktion.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr zu Guttenberg, in den Medien wird über Sie als „Lobbybaron“ geschrieben. Sind Sie Lobbyist?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich begreife mich nicht als Lobbyist; aber ich sage, dass ich in diesem Fall den Kontakt zur Bundesregierung gesucht habe. Und ich verstehe auch, dass man genau das als Lobbying beschreiben kann. Aber der überwältigende Großteil meiner Tätigkeiten hat mit Lobbyarbeit nichts zu tun.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben ja auch gesagt, vertraglich sind keinerlei Leistungen über Lobbying vereinbart. Haben Sie das aus freien Stücken gemacht, Ehrenamt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, wenn es vertraglich nicht vereinbart ist, dann können Sie dafür auch kein Geld verlangen. Und dann ist das im Zweifel pro bono geschehen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wir haben ja im Zuge auch eine öffentliche Debatte in Deutschland über Lobbyismus gehabt. Auch die Sache um Philipp Amthor, Augustus Intelligence hat die Sache noch mal hochgekocht. Wir diskutieren aber seit Längerem über ein Lobbyregister in Deutschland und haben auch jetzt mit dem Koalitionspartner eine Einigung, dass wir eins wollen. Sind Sie auch für ein Lobbyregister?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Da haben Sie meine Sympathien.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sehr gut.

(Heiterkeit)

Laut Organigramm von Wirecard war Georg von Waldenfels nicht der Vorstand, sondern unter

Herrn Marsalek die nächste Arbeitsebene. Wie erklären Sie sich, dass Sie nie - - Also, soweit ich Sie in Ihrem Statement verstanden habe, haben Sie Jan Marsalek nie getroffen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So ist es.

Cansel Kiziltepe (SPD): Warum gibt man Sie mit der Arbeitsebene ab?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir arbeiten mit denen zusammen, die zuständig sind für den Auftrag, für den wir beauftragt sind, ja? Und - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben gesagt, Sie kannten Georg von Waldenfels nicht. Der stammt ja von einem fränkischen Adelsgeschlecht. Haben Sie mit seinem Vater, den Sie auch getroffen haben, über diesen Auftrag gesprochen, bevor dieser Vertrag vorlag?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Bevor der Vertrag vorlag, sicher nicht. Und ich habe seinen Vater in den letzten Jahren, glaube ich, auch wenn es hochkommt, vielleicht einmal getroffen. Ich habe die letzten Jahre in den USA verbracht und sein Vater im Wesentlichen in Deutschland. Also von daher gibt es da keinen Zusammenhang.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ein Punkt wundert mich trotzdem: Sie haben gesagt, dass Sie sich einen Betrug bei Wirecard nicht haben vorstellen können. Das haben viele gesagt. Mich erinnert das auch an Ihre Dissertation. Damals hätte auch niemand gedacht, dass Sie Ihre Promotion plagiiert haben könnten. Sind Sie seitdem vorsichtiger als damals, wenn es um Einordnung, Einschätzung, aber auch insbesondere jetzt im Fall von Wirecard, ging? Also, geht man da mit Vorsicht ran?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Frau Abgeordnete, ich verstehe Ihre Frage nicht so ganz, versuche Sie aber trotzdem zu beantworten und in meine Antwort auch einfließen zu lassen. Nach meiner Kenntnis haben Sie viele Jahre bei VW gearbeitet. Ich schätze, dass Sie auch vorsichtiger geworden sind nach dem, was sich bei VW abgespielt hat. Also, um jetzt, sagen wir mal,



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

diesen Kontext auch mal in diese Richtung zu spielen und - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben sich aber über alle hier gut informiert, muss ich sagen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Na, Sie haben sich ja auch über mich informiert.

(Heiterkeit)

Cansel Kiziltepe (SPD): Allerdings.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Und von daher: Ich kann Ihnen eines versichern - ich glaube, das gilt für uns alle hier -: Viele, die jetzt - - Es sitzen ja auch hier einige, die ein paar Jahre sich bereits im Finanzausschuss befinden und die - - Jetzt mal mit Ausnahme von einem - das sind Sie;

(Der Zeuge deutet auf Abg.
Fabio De Masi (DIE
LINKE))

wir ticken ja nicht in dieselbe Richtung politisch - gab es erstaunlich viele dürre Stimmen, auch aus der zuständigen Ecke in der Politik. Ich sage das nicht vorwerfend, weil ich selbst auch so dürre war, ja? Ich glaube, da sitzen wir alle im selben Boot. Es gibt ganz wenige Ausnahmen: die „FT“ und der eine oder andere, der sich kritisch geäußert hat. - Ich bin mit der Erfahrung wahrscheinlich in Zukunft noch mal ein ganzes Stück vorsichtiger geworden. Ja, das mag so sein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Sie haben ja dann erneut promoviert. Zu welchem Thema eigentlich?

(RA Prof. Dr. Christian
Schertz: Das gehört nicht
zur Sache!)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist - - Ich kann das schon selber sagen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das gehört auch zur Sache. Also, ich frage deshalb, weil es zur Sache gehört.

(RA Prof. Dr. Christian
Schertz: Das gehört nicht
zur Sache, nein!)

- Doch.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich habe zu einem finanzpolitischen Thema promoviert, das mit Correspondent Banking zu tun hat. Und Correspondent Banking ist in meinen Augen mit Wirecard, glaube ich, nur mit einer unfassbaren Streckung in Einklang zu bringen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber es geht da auch um Geldwäsche, oder?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, das finde ich jetzt - - Da würde ich jetzt gerne von Ihnen - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Wie oft kommt das Wort „Geldwäsche“ in Ihrer Promotion vor? Was meinen Sie?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Dürfte ich zunächst einmal - - Bevor ich diese private Frage beantworte, möchte ich von Ihnen gerne den Kontext geschildert bekommen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Es geht um Geldwäsche. Bei Wirecard geht es auch um Geldwäsche. Es geht um die Geldwäschereaufsicht in Bayern. Es geht um die Geldwäschereaufsicht in Deutschland. Also - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So, und was ist der - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie sind als strategischer Unternehmensberater unterwegs. Meine Frage wird darauf hinauslaufen, ob Sie bei Wirecard überhaupt mal daran gedacht haben, dass es hier auch um Geldwäsche gehen könnte.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, zu keinem Zeitpunkt habe ich daran gedacht, dass es da um Geldwäsche gehen könnte. Und wenn in „FT“-Artikeln irgendwas auftauchte, habe ich das mit Sicherheit nicht mit meiner Arbeit an meiner Promotion in Verbindung gebracht. Also, das



Nur zur dienstlichen Verwendung

halte ich für wirklich nachgerade abwegig, Frau Abgeordnete.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Wussten Sie eigentlich, dass sich in Deutschland für die Geldwäscheaufsicht, was die Wirecard AG angeht, niemand für zuständig erklärt oder sieht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich mit einem gewissen Erschrecken im Nachhinein auch den Medien entnommen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aus unserer Sicht sind die bayerischen Behörden zuständig, weil es eben ein Technologieunternehmen ist. Aber zum Bayern-Komplex im Januar mehr. - Wussten Sie, dass Wirecard sich in den Anfängen seiner Geschichte im Pornogeschäft und mit Gambling beschäftigt war?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich schon beantwortet, Frau Abgeordnete. Und ich habe dem Abgeordneten - ich glaube, Hauer - vorhin schon gesagt gehabt - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Da war ich, glaube ich, Essen holen; Entschuldigung.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aber da gebe ich Ihnen gerne noch mal die Auskunft. - Wir haben bei unseren Recherchen, als wir um den ersten Vertrag uns Gedanken gemacht hatten mit Wirecard - - das war relativ leicht herauszufinden mit einer Google-Recherche sogar; da musste man, glaube ich, nicht sehr weit gehen. Ich habe die nicht selber gemacht; aber das wurde mir gesagt, dass da auch bereits von Anwürfen, ich glaube, aus den - - Wann war denn das jetzt? Ich glaube, noch vor 2010; aber ich weiß es nicht genau - - die Rede war, dass Wirecard seine Gelder unter anderem übers Glücksspiel und die Pornografie auch mit verdient hatte. Und ich habe bei dem Gespräch, das ich mit Herrn Ley und Herrn von Waldenfels hatte, klipp und klar deutlich gemacht, dass für mich es nicht infrage kommt, mich mit einem Unternehmen zu verbinden, das weiterhin genau damit zu tun hat. Und das wurde mir ebenso klar gesagt, dass das nicht mehr der Fall sei, dass das Geschichte sei und lange vorbei.

So. Jetzt kann man sich natürlich die Frage stellen, Frau Abgeordnete: Darf man überhaupt mit einem Unternehmen arbeiten, das eine Vergangenheit hatte, die möglicherweise grauselig ist? Dann kann ich bei VW bei Ihnen aber auch wieder ansetzen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das sehe ich nicht so.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Und das ist - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Abgeordneter, ich wollte noch mal darauf hinaus - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das bin ich lange nicht mehr.

Cansel Kiziltepe (SPD): „a. D.“, habe ich vergessen, Entschuldigung; genau. - Aber, Herr zu Guttenberg, war es deshalb Wirecard so wichtig, dass man hier versucht hat, kommunikativ auszuschließen, dass AllScore irgendetwas mit Porno und Gambling zu tun hat, um Sie an Bord zu halten, oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Nein, nein. Das ist mir ja auch erst im Nachhinein kommuniziert worden, jetzt in der Vorbereitung, wo ich gesagt habe: Ich bringe Ihnen die ganzen Details, die mein Team mir mitteilt. - Darauf habe ich vorhin hingewiesen, um zu sagen, dass es ja aus heutiger Sicht fast absurd klingt, dass die Vertreter dieses Unternehmens, denen man aber bislang - mit denen wir zu tun hatten - nicht das vorwerfen kann, was momentan einem Braun und anderen vorgeworfen wird - - dass die sich vor Ort so darum bemüht haben, dass diese Geschichten bei einer Übernahme eines chinesischen Unternehmens nicht vorkommen. Und das habe ich deswegen genannt, um noch mal zu zeigen, dass wir den Eindruck hatten - mein Team den Eindruck hatte -, dass man bei Wirecard enorm darauf bedacht war, dass da alles so sauber wie möglich läuft. Und das hat bei uns zu dem Eindruck der Seriosität des Unternehmens beigetragen. Dass wir am Ende falschlagen, ist richtig. Aber deswegen habe ich das auch noch mal in der Form geschildert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Und umgekehrt: Haben Sie als strategischer Berater Ihren Mandanten davor gewarnt, dass Wirecard sich da auch warm anziehen muss, weil die Chinesen alles durchleuchten werden, jetzt mal abgesehen vom Porno- und Gambling-Geschäft? Aber was Sie damals nicht wussten: die Geldwäschevorwürfe etc.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nachdem die Vorwürfe für uns nicht erkennbar waren, gab es für uns ja auch keinen Grund, Frau Abgeordnete, darauf hinzuweisen, dass es jemanden gibt, der sie bei Geldwäsche und anderen Sachen entsprechend am Kragen packen wird.

Was sich für uns erschlossen hatte damals, war, dass die PBoC bei diesen Themen, bei dem Übernahmeziel extrem genau hingeschaut hat und dass daraus natürlich erkenntlich wurde, dass, egal wer in China agiert, sich einer entsprechenden Regulierung und einer entsprechend harten Herangehensweise zu unterwerfen hat. Ich meine, ich bin fern davon, jetzt die chinesischen Umstände mit unseren hier zu vergleichen; aber man hat da eine relativ harte Gangart an den Tag gelegt aus unserer Sicht und Erkenntnis.

Cansel Kiziltepe (SPD): Mir ist auch aufgefallen zu den anderen Zeugen von EY, aber auch bei Herrn Stahl: Diese haben sich auf ihre Verschwiegenheitspflicht berufen. - Sie berichten hier sehr ausführlich.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, weil ich das auch als meine staatsbürgerliche Pflicht erachte in einem solchen Fall. Punkt! Und zum Zweiten habe ich auch darum gebeten - - Ich habe dem Insolvenzverwalter auch geschrieben, dass ich davon ausgehe, dass ich von meinen Verschwiegenheitspflichten, wenn es denn irgendwelche in den Verträgen geben möge, auch entbunden bin, und ich habe dann von ihm nichts mehr gehört. Also, da kann man sich es natürlich leicht - - Ich hätte mich berufen können, sicherlich, auf diese Vertragsgeschichten. Aber ich glaube, das ist dann ein interessanter juristischer Fall; aber das kann wahrscheinlich das Sekretariat besser beurteilen. Ich glaube mal, dass am Ende da auch juristisch der Untersuchungsausschuss vorgeht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. - Nun haben wir über Shortseller gesprochen, über Artikel der „Financial Times“, und Sie haben hier einen Rechtsbeistand, der in dem Bereich Kommunikation auch sehr versiert ist. Sie haben gesagt, Wirecard hatte auch ein Kommunikationsproblem. Sind Sie mal auf die Idee gekommen, mit der „Financial Times“ Kontakt aufzunehmen in der ganzen Phase jetzt seit 2017?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich hatte mit der „Finan- - Übrigens habe ich gelegentlich auch mal ein „op-ed“ bei der „Financial Times“ geschrieben. Also, ich hatte mit denen immer mal wieder auch Kontakt.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber nicht zu Leerverkäufen!)

Cansel Kiziltepe (SPD): Haben Sie die dann auch angesprochen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wie bitte?

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber nicht zu Leerverkäufen!)

- Nicht zu Leerverkäufen; da haben Sie wohl recht, ja. Ich habe es ihnen auch nicht angeboten. Aber das ist - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr zu Guttenberg, wenn Sie etwas näher ans Mikro kommen. Wir streamen hier in sechs andere Säle. Und mir wurde gerade zugetragen, je weiter Sie vom Mikro weggehen, desto schlechter wird der Ton.

(Heiterkeit - Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was für eine physikalische Erkenntnis! - Gegenruf der Abg. Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hammer, oder?)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Man könnte das aber auch mal länger machen hier, für die Zukunft; sonst muss man immer so sitzen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Man kann nicht wirklich bequem sitzen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich bin für vieles hier zuständig, aber nicht für die baulichen Maßnahmen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, gerne. Ich spreche etwas lauter ins Mikrofon, dass die Kollegen von der schreibenden und sendenden Zunft es dann nebendran auch entsprechend mitbekommen. - So. Wir waren jetzt wo?

Cansel Kiziltepe (SPD): Ob Sie zur „Financial Times“, zu Dan McCrum oder irgendwelchen Shortsellern, die -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Frau - -

Cansel Kiziltepe (SPD): - damit konfrontiert waren, hier zu spekulieren, Kontakt aufgenommen haben.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Es gab ja, wie ich geschildert habe, für uns auch keinen Anlass und Grund, es zu tun. Ich hätte, wie gesagt, gerne wie, glaube ich, alle anderen und viele auch aus dem journalistischen Bereich - das muss man auch mal sagen - die - - Ich kann mich an nicht nur eine Stimme - - mehrere Stimmen letzten Jahres, gerade aus der Zunft, die vor Häme gar nicht genug Purzelbäume machen konnten, was die „FT“ anbelangte, ja - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich meine, Sie haben auch erzählt vom World Economic Forum und hier und da. Sie sind ja viel unterwegs auf dem internationalen Parkett und treffen ja auch die ganzen Journalisten. Da hätte man ja mal fragen können.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, aber noch mal: Ich bin jetzt nicht jemand, der sagt: Ich habe jetzt einen kritischen Artikel einer Zeitung gele-

sen über ein Unternehmen, mit dem wir verbunden sind - in irgendwelcher Form auch immer -, jetzt gehe ich ganz gezielt mal auf die Zeitung zu.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, Sie haben nicht gefragt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, die „FT“ habe ich nicht gefragt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Ich habe noch eine letzte Frage, zur Bezahlung. Sie haben gesagt, Sie hatten eine erfolgsabhängige Vergütung. Können Sie zu den einzelnen Komponenten noch mal was sagen? Gab es da auch Stock-Options oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das ist die eine Frage. - Die zweite Frage: Haben Sie auch darüber gesprochen, wenn der Markteintritt in China erfolgreich ist, dass man über weitere Aufträge dann noch mal zusammenkommt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nach meiner Erinnerung: Letzteres nein. Also, aber, ich meine, das ist ja nie auszu- - Wir sind ja immer davon ausgegangen, als wir diesen Vertrag geschlossen haben, dass wir es mit einem seriösen Unternehmen zu tun haben und dass wir uns grundsätzlich dann - etwas, was wir immer sagen - gerne auch langfristig an ein Unternehmen binden, wenn man sich gegenseitig vertraut. Dass dieses Vertrauen mittlerweile fundamental erschüttert ist, darüber brauchen wir nicht reden.

Die erfolgsabhängige Komponente war an das China-Geschäft gebunden, und sie war - ich habe aber jetzt hier die genauen Zahlen nicht im Kopf - daran gebunden, dass man in - - Ich glaube, es war begrenzt auf einen Zeitraum von vier Jahren, nachdem das Closing von diesem Deal stattgefunden hätte, und wäre gebunden gewesen dann an die Erfolgsentwicklung dieses Unternehmens. Die Zahlen habe ich aber genau nicht im Kopf. Dass es dazu nicht kam, wissen wir auch, und ich glaube, da mit Zahlen um sich zu schmeißen, was das in der Konsequenz bedeutet hätte, wäre reine Hypothese jetzt hier.



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber hätten Sie auch Stock-Options gehabt, also - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Gar nicht. Okay. - Und wenn alles gut gegangen wäre, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Kiziltepe.

Cansel Kiziltepe (SPD): - wie viel Geld hätten Sie bekommen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Bitte?

Cansel Kiziltepe (SPD): Wenn alles gut gegangen wäre, wie hoch -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Letzte Frage.

Cansel Kiziltepe (SPD): - wäre die Vergütung gewesen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Och, wissen Sie, am liebsten hätten wir, glaube ich, wahrscheinlich 100 Milliarden verdient. - Nein, ich weiß es nicht. Es ist eine Hypothese. Ich weiß es nicht. „Wenn alles gut gelaufen wäre“: Das ist eine hypothetische Frage, und ich könnte es Ihnen nur hypothetisch beantworten. Das will ich hier nicht machen.

(RA Prof. Dr. Christian Schertz: Sie müssen es auch eigentlich nicht!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Kollegen der FDP-Fraktion. Dr. Florian Toncar, bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich will noch mal zurückkommen auf den 03.09. und noch mal rekapitulieren. Sie hatten vorhin ausgesagt, dass Sie zunächst einmal sich nicht sicher waren, ob es eine Gelegenheit geben würde, der Bundeskanzlerin gegenüber das Thema Wirecard anzusprechen, dass Sie aber vorbereitet gewesen seien. Aber wenn ich es auch richtig aufgefasst habe, waren Sie ja noch auf mindestens ein anderes

Unternehmen gewissermaßen vorbereitet, hatten das dabei. Der Name wurde vorhin schon genannt; will ich gar nicht vertiefen. Wie viele Unternehmensportfolien, Kurzinformationen hatten Sie sozusagen in Reserve für den Fall, dass sich eine Gelegenheit zur Ansprache geboten hätte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, das ist nun wirklich nach meiner Einschätzung nicht Gegenstand.

(RA Prof. Dr. Christian Schertz: Nee!)

Aber ich bin trotzdem - - Ich sage jetzt auch noch mal gerne einen Punkt: Ich habe in dem Gespräch mit der Frau Bundeskanzlerin - - weil Sie ja jetzt insinuiert auf das ominöse Unternehmen Augustus, nehme ich mal an, oder?

Dr. Florian Toncar (FDP): Darauf kommt es mir nicht an.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Doch, doch, darauf - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Mir geht es um was ganz anderes, und deswegen ist übrigens Ihre Einschätzung auch falsch, dass es nicht relevant ist.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Okay; aber dann gebe ich Ihnen trotzdem kurz dazu sozusagen noch mal - - Das Unternehmen Augustus habe ich im Gespräch mit der Bundeskanzlerin als Unternehmen überhaupt nicht angesprochen. Wir hatten über neue Technologien gesprochen, und wir hatten über Artificial Intelligence gesprochen. Und im Rahmen der Diskussion über Artificial Intelligence hatte ich gesagt, dass ich momentan in New York mit einem Unternehmen verbunden bin, das von zwei jungen deutschen Gründern, von zwei Deutschen, gegründet wurde. Und darauf hat sie so was Ähnliches gesagt: „Ist ja interessant; wir machen jetzt auch relativ viel in der Regierung mit AI“, ob ich denn die beiden Namen der beiden Gründer nicht mal an Frau Christiansen weitergeben könnte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

So. Und genau das habe ich danach - - Und diese zwei Gründer habe ich dann in einer E-Mail entsprechend weitergeleitet. So. Das ist der gesamte Hintergrund zu dem Komplex, der auch in wildesten Wirrungen und Schleifen, in den tollsten Artikeln durch die Medien gejagt wurde. Und das zu dem Hintergrund. Also - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber meine Frage haben Sie natürlich jetzt trotzdem nicht beantwortet, sondern Sie haben noch mal was gesagt, was ich gar nicht gefragt hatte, weil Sie vermutet haben, dass ich Sie da irgendwo - - Das geht mir gar nicht darum.

Meine Frage ist eigentlich was anderes. Wenn jemand sagt: „Eigentlich kam ich ein bisschen so dazu, spontan, dass es eine Gelegenheit gegeben hätte, das anzusprechen; aber es war nicht die Absicht“, und gleichzeitig hat er fünf Portfolien dabei, dann ist das was anderes, als wenn er eins dabei hatte. Sie verstehen das sicher.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich hatte keine fünf Portfolien dabei, auch keine drei - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber zwei.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich hatte auch keine zwei dabei. Ich hatte - - Das Einzige, was ich gesagt habe, ist: Wenn es passt und wenn ich mich dran erinnere, dann würde ich das China-Thema ansprechen, so wie ich es hier geschildert habe. Das andere war überhaupt nicht geplant, mit keinem Portfolio versehen, und das hatte auch überhaupt keinen Kontext gehabt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Einverstanden. Das ist für mich auch eine Aussage. Genau darauf wollte ich ja auch raus. - Dann würde ich gerne noch mal wissen: Sie haben die Strenge der People's Bank of China betont und da vor allem darauf abgestellt, dass man Wert drauf gelegt hat, dass AllScore seine Verpflichtungen, Strafen etc. erfüllt, und weiterhin auch, dass das Thema Glücksspiel oder Pornografie irgendwie im Griff ist. Hat denn die People's Bank of China darüber hinaus sich auch mal für die Solidität des Erwerbers, also der Wirecard AG, interessiert?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nach meiner Kenntnis nicht. Aber ob sie es letztlich getan hat, weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Was eigentlich in solchen Verfahren - jedenfalls in Deutschland - die erste Frage wäre: Was ist denn das für ein Erwerber? Und wir hatten im Herbst ja nun auch, zumindest im Oktober, mit dem „FT“-Bericht vom 15.10. tatsächlich den Bilanzfälschungsvorwurf unter Nennung der Tochtergesellschaften, in denen das ablief.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist eine sehr berechtigte Frage, Herr Abgeordneter; aber ich bin kein Mitglied der People's Bank of China.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut. Nein, nur, Sie hatten die These vertreten, dass die so streng gewesen seien, was in Ihrem Beobachtungsbereich - ich will das nicht in Abrede stellen - so gewesen sein mag. Aber mich verwundert das trotzdem ein bisschen, dass sie sich mehr um das Thema Glücksspiel als um das Thema Bilanz gekümmert hat. Aber was soll man sagen? Unsere deutschen Aufsichtsbehörden haben es ja nun auch nicht besser gemacht.

Ist Ihnen irgendwie aufgefallen möglicherweise - ist eine offene Frage -, dass sich die Haltung der deutschen Botschaft in Peking im Laufe des Novembers skeptischer dargestellt hat gegenüber dem AllScore-Erwerb als vorher?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ist es mir nicht, weil mir ja auch über diesen gesamten Komplex mit der deutschen Botschaft erst dann nachher sozusagen Bericht erstattet wurde.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben im Zuge der AllScore-Übernahme bei der Vorbereitung Erwägungen auch eine Rolle gespielt, dass das mögliche Synergien auch mit anderen Teilen des Asien-Geschäfts begründen könnte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nicht nach meiner Kenntnis.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Sie haben erwähnt, dass Bundesfinanzminister Scholz Anfang 2019 - das ist ja auch bekannt - sich eingesetzt hat für das Thema. Haben Sie von irgendeinem Engagement des heutigen Bundesfinanzministers Olaf Scholz zwischen Januar 2019 und September 2019 was mitbekommen? Hat er da noch mal eine persönliche Rolle gespielt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Sie haben angesprochen, dass es der Plan gewesen ist von Wirecard, in Nordamerika an, sagen wir mal, sehr prestigeträchtige Kunden wie Uber oder - - ich glaube, Facebook war es, jedenfalls bekannte, große Kunden zu kommen. Was ist daraus geworden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Unsere Aufgabe war es, die Introductions zu machen dort, und das ist dann die Aufgabe des Unternehmens von Wirecard gewesen, sich entsprechend um das Follow-up zu kümmern. Also, ich weiß nicht, in welcher Form es zu Kooperationen kam oder ja oder nein; das weiß ich nicht. Da fehlt mir die Kenntnis.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nun haben Sie, wenn Sie das Nordamerika-Geschäft ja dort auch sozusagen unterstützen wollten bei der strategischen Entwicklung oder der Gewinnung von Kunden oder Industriepartnerschaften, wie Sie ausgesagt haben - - hatte Wirecard ja auch vor 2016 schon eine Historie in Nordamerika. Sie mussten das Thema Onlinegambling dort irgendwann beenden, weil das lange schon illegal war. Und dort gab es also ganz dubiose Zahlungsströme auch. Hat das 2016 irgendwo noch eine Rolle gespielt? Ist das irgendwo aufgetaucht?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nichts zu meiner Kenntnis.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nichts. Okay. - Dann habe ich noch eine Frage: Wie oft werden Sie generell so für Edelman tätig? Sie haben ja gewissermaßen dann irgendwann im Dezember mit der

SMS oder mit der Textnachricht, die Sie geschildert haben, an Herrn Braun mit der Anregung, kommunikativ was zu machen, im Grunde den Hut von Spitzberg abgesetzt und sind eher so in eine Rolle in Bezug auf Edelman gelangt und in Richtung Kommunikation. Wie oft passiert das?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich sitze, Herr Abgeordneter, auf dem Board von Edelman, also - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich weiß; das haben Sie ja ausgesagt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So. Und da werden Sie halt schon einmal so oft tätig, wie Sie Board Meetings haben. Die sind ein paarmal - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich meinte jetzt eher in Bezug auf konkrete Mandate, die Sie vielleicht anbahnen, vermitteln oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, ich meine, natürlich - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist kein Vorwurf. Sie fühlen sich so ein bisschen - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir sind in einer freien Wirtschaft - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Mir geht es eher um eine objektive Darstellung.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir sind in einer freien Wirtschaft, und wenn ich das Gefühl habe, dass man, ich weiß nicht, mit einem CEO spricht und sagt: „Hier, man merkt, dass es möglicherweise eine Verbesserung in der PR, in der Kommunikation geben könnte“, ist es etwas, was man anspricht. Aber wie oft ich das mache, kann ich nicht sagen. Manchmal macht man vier Monate gar nichts, und manchmal macht man an einem Abend, wo man eine Runde hat mit zehn Wirtschaftsführern - - hat man plötzlich sechs, die es interessant finden, sich mit Edelman auseinanderzusetzen. Ich habe Ihnen aber auch gesagt, dafür gibt es allerdings keine Provision.



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Habe ich auch verstanden und auch nicht insinuiert. Und das steht auch nicht mit mir nächste Woche irgendwo in der Presse. Aber noch mal die Frage: Wie viele Edelman-Tätigkeiten hatten Sie denn, wo Sie aktiv eine Rolle gespielt haben Anfang 2020? Dass man das einordnen kann: War das das Einzige? Dann fände ich es auffälliger, als wenn Sie sagen: 10, 20.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das war ja in dem Sinne auch keine Edelman-Tätigkeit. Ich wurde von Edelman gefragt, ob ich an diesen beiden Telefonkonferenzen teilnehmen will. Und das hatte ich dann zugesagt. Ansonsten beschränkt sich meine Edelman-Tätigkeit auf das Board, ja? Und wenn Sie als Board- - Aber das wird im Zweifel von jedem Board Member - - Das werden Sie in jedem Unternehmen haben: Wenn Sie sehen, dass es eine Business Development Opportunity irgendwo gibt, dann sprechen Sie die an.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich entnehme dem jetzt: Sie haben kein weiteres Beispiel genannt. Das halte ich einfach fest, und das ist dann doch auch zum Einordnen hilfreich.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Also, Herr Toncar, wenn Sie jetzt insinuiieren wollen sozusagen, dass die Konzentration Anfang 2020 bei mir im Wesentlichen auf dem Wechselspiel von Edelman und Wirecard lag und Sie das sozusagen entsprechend so nach außen tragen wollen, dann ist das falsch. Ich habe sehr wohl mit Edelman auch - - Also, Sie denken an die Unternehmen, mit denen Sie verbunden sind, wenn Sie Gespräche führen. Ich kann sicher sagen, dass ich im Januar, Februar mehrere Gespräche über Edelman mit anderen auch geführt habe. Aber das hat hier in diesem Untersuchungsausschuss überhaupt nichts zu suchen, mit Verlaub, ja?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr zu Guttenberg, haben Sie denn die PR-Agentur

Edelman für das Wirecard-Mandat vermittelt oder dafür Leistungen erhalten?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich habe dafür keine Leistungen erhalten. Und ich habe vorhin in meiner Aussage relativ deutlich gesagt, dass ich nicht weiß, ob das Mandat letztlich auf meine Vermittlung zustande kam, weil ich im November einmal dieses Schreiben - - gesagt habe: Ich würde empfehlen, dass es bei der Roadshow in Europa, die stattgefunden hat, auch zu einem Treffen zwischen Richard Edelman, dessen Roadshow - - neben anderen CEOs auch zu einem Treffen mit dem CEO von Wirecard kommt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, das reicht mir. Aber es floss kein Geld. - Haben Sie bzw. Ihre Gesellschaften Markus Braun oder ihm zurechenbare Personen oder Gesellschaften zusätzlich zum Wirecard-Mandat beraten?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Warum sollte ich?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Kann ja sein. Gut. - Dann möchte ich Sie noch fragen: Haben Sie Kenntnisse davon, dass die Agentur StoryMachine für Wirecard tätig war?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann würde ich Sie gerne fragen, ob Sie zu irgendeinem Zeitpunkt sich mit österreichischen Politikern oder ehemaligen österreichischen Politikern oder Vertretern aus dem österreichischen Sicherheitsapparat über Wirecard ausgetauscht haben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich gerne über meinen Mitarbeiter eine Akte vorhalten lassen. Ich würde um die Unterbrechung der Zeit bitten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Unterlagen)

- Die MAT-Nummer?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Bitte?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Welche Nummer?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Die trage ich nach. - Dort befindet sich auf der linken Seite ein Absatz 2. Wenn Sie sich den kurz durchlesen würden.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Absatz oder Punkt 2?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Punkt 2, Verzeihung; Nummerierung 2. - Okay, ich würde Sie gerne dazu fragen, ob nach Ihrer Kenntnis der Aktivitäten auch der Bundesregierung im Zusammenhang mit Wirecard - dort wird ja von einem Treffen zwischen einer chinesischen Amtsperson und einer deutschen Amtsperson gesprochen - - ob Sie eine Idee, Vorstellung haben, welche deutsche Amtsperson gemeint sein könnte?

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Noch mal, Entschuldigung. Jetzt habe ich zwei Sachen gehört. Verzeihen Sie bitte, Herr De Masi. Noch mal, bitte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dort wird ja von einem Treffen zwischen einer chinesischen Amtsperson gesprochen und einer mit einer Abkürzung, einem Buchstaben, versehenen Amtsperson. Würden Sie meine Einschätzung teilen, dass es sich dort um Olaf Scholz handelt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter De Masi, Entschuldigung, ich kann es nicht einordnen; deswegen weiß ich es nicht. Also - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, das reicht ja.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, gut, also, ich kann es tatsächlich nicht einordnen, und ich weiß auch wirklich nicht, welche Treffen der Bundesminister in China in den letzten Jahren hatte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich Sie nur fragen: Aus der Kenntnis Ihrer Tätigkeiten oder von Spitzberg für Wirecard, würden Sie den Eindruck bestätigen, dass eben Wirecard nicht zufällig priorisiert wurde im Rahmen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs, sondern es auch einen aktiven Austausch mit Wirecard darüber gab, dass der deutsch-chinesische Finanzdialog in Ihrem Interesse gestaltet werden könnte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Darauf habe ich in meinem Statement bereits hingewiesen, Herr Abgeordneter, dass wir den Eindruck hatten und dass während des Jahreswechsels nach unserer Kenntnis auch Gespräche direkt zwischen Wirecard und der Botschaft stattfanden über eine Positionierung, zumindest des Anliegens, in dem Finanzdialog. Nach unserer Kenntnis ist zwar Wirecard in diesen - wie sagt man da? - Findings oder was auch immer nicht explizit genannt worden; aber es war wohl ein Punkt, der genau diesem Anliegen entsprach.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Darauf will ich auch hinaus.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist unser Kenntnisstand.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Verzeihung, ich falle nicht gerne aus Unhöflichkeit ins Wort, sondern aus zeitökonomischen Gründen. - Mein Eindruck aus den mir bekannten Akten ist, dass Wirecard durchaus als eine Priorität behandelt wurde, durchaus als ein politischer Erfolg, den man auch vorweisen wollte im Rahmen dieses Finanzdialogs, und das auch so verstanden wurde, auch von der Botschaft. Und deswegen: Was ich noch nicht zusammenbekomme, ist, dass einerseits über einen sehr langen Zeitraum dieser Prozess



Nur zur dienstlichen Verwendung

vorbereitet wird, Wirecard aber immer wieder ein Thema ist, und dann sind Sie rein zufällig bei der Kanzlerin. Deswegen will ich hier noch mal ansetzen mit meiner Frage: Sie hatten auch gar nicht im Blick, dass der Zeitpunkt Ihres Treffens sich ja auch anbietet, weil die Kanzlerin ja bald nach China fahren wird, was ja eine öffentlich bekannte Information war?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich hatte Ihnen das ja geschildert. Ich hatte das vorhin auch - - Ich lese Ihnen das gerne noch mal vor. Warten Sie schnell.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie brauchen das nicht vorlesen. Also, es - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nein. Wir sollten da schon sehr genau sein. Warten Sie mal schnell.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie mal die Zeit stoppen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ursprünglich hatte ich nicht geplant, sie zu unterrichten, weil ich es im BMF in den richtigen Händen gewähnt habe. - Hatte ich gesagt gehabt. So.

Meine Mitarbeiter, die von dem Termin wussten, sagten mir dann kurz vor diesem Termin, dass sie den Hinweis über ihre Kontakte vor Ort bekommen hätten, dass ein Schritt von dieser Tragweite in ihren Augen der Kenntnis und Zustimmung der politischen Spitze bedürfte und dass sich dafür die anstehende Reise anbieten würde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich gern noch einmal fragen, ob Ihnen - - Da Sie ja sich auskennen auch in den technologischen Aspekten auf dem Finanzmarkt in den USA: Sind Ihnen bekannt, sage ich mal, die Rahmenbedingungen für die Behandlung von Onlineglücksspielen in den USA gemäß Unlawful Gambling Act aus dem Jahre 2005, 2006?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, da bin ich noch nicht mal im Detail bewandert, was das anbelangt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Das heißt, Sie hatten bislang auch keine Kenntnisse, dass die Zahlungsabwicklung für Onlineglücksspiele in den USA verboten ist.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich habe zumindest jetzt keine aktive - - Ich habe mich damit wirklich nicht in der Form befasst.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie jemals Treffen mit Vertretern des Wirecard-Managements in den USA gehabt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich selbst nicht nach meiner Kenntnis, nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hat Ihre - - Spitzberg oder andere, haben Sie da Kenntnisse von solchen Treffen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, wir wurden ja unter anderem gebeten, diese ^{Intros} Infos zu den Techunternehmen an der Westküste, unter anderem an der Westküste, und auch an der Ostküste zu machen. Und ich glaube, dass bei mindestens einer dieser Reisen, ob es jetzt Herr Gartzke war oder ein anderer meiner Mitarbeiter, durchaus dabei war.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich frage deswegen, weil es bekannt ist, dass zum Beispiel Vertreter des Wirecard-Managements sogar befürchtet haben sollen, in den USA verhaftet zu werden bei Einreise, weil Zahlungsabwicklung für Onlineglücksspiel - Poker ist ein umstrittener Bereich; das wird oft als Geschicklichkeitsspiel gewertet - in den USA strafbewehrt ist. Und man ging davon aus, dass Wirecard gerade durch diese Verschärfung der Gesetzgebung sich neue Geschäftsfelder erschließen musste. Das war das erste Puzzlestück, über das die Marktbeobachter stolpten. Deswegen frage ich mich, wenn Sie so eine intensive Recherche machen, auch in China, warum Ihnen das nicht bekannt war, wenn Sie so ein - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war mir nicht bekannt. Und das, was Sie gerade schildern, ist mir tatsächlich auch nicht bekannt. Das höre ich zum ersten Mal.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. Meine Zeit ist um. Vielen Dank. - Ich werde die MAT-Nummer noch gerne nachtragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Gut, dann ist jetzt Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen dran.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr zu Guttenberg, Sie hatten ja in Ihren Ausführungen auch auf den deutsch-chinesischen Financial Dialogue verwiesen. Ich zitiere ihn da mal. Da heißt es in Punkt 30:

The Chinese side welcomes capable and willing German-funded enterprises to enter the Chinese payment service market on a nationwide scale to enhance the overall strength of the industry.

Das liest sich ja so für mich, dass der Punkt speziell für Wirecard da aufgenommen wurde. Können Sie rekonstruieren, wie dieser Punkt 30 es in die Abschlusserklärung geschafft hat?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter Dr. Bayaz, wie ich bereits gesagt habe, waren wir sozusagen an dieser Formulierung weder beteiligt, noch haben wir sozusagen da irgendjemandem die Hand oder die Schrift geführt, sondern das ist offensichtlich zustande gekommen in dem direkten Dialog, der zwischen Wirecard und der Botschaft bestand.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben auf die Meilensteine vorhin verwiesen, also die Sie mit Ihrem Mandanten, mit Ihrem Kunden, haben, dass sozusagen die Erwähnung oder irgendwie auch nur in die Richtung - - war nicht Teil -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, war nicht Teil.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - eines Meilensteins. - Lassen Sie uns noch einmal kommen zu der Telefonkonferenz Herr Braun und Herr Edelman. Das war ja ein besonderer Zeitpunkt, ja? Die warten da auf ein Sondergutachten. Also, da ging es um Krisenkommunikation. Wie muss ich mir das vorstellen? Also, es sollte ja um kommunikative Beratung gehen. Können Sie dazu vielleicht noch mal was sagen? Sie sagten vorhin, Sie können sich nicht an alles erinnern; aber vielleicht bemühen Sie sich noch mal.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja. Nein, ich bemühe mich dahin gehend, dass ich Ihnen das noch mal vorlese, weil das wirklich meiner Erinnerung entspricht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee, vorlesen - - Ich glaube, dann - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, gut. Dann muss ich es dabei belassen, nicht? Also, das ist - - Wissen Sie, Herr Dr. Bayaz, ich werde jetzt nicht in eigenen Worten noch mal schildern, was ich wirklich versucht habe mit sehr viel Intensität hier niederzuschreiben.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. Dann springe ich auch, nicht weil ich unhöflich bin. Es ist halt: kleine Fraktion, sechs Minuten, wenig Zeit. Sehen Sie es mir nach. - Okay. Sie sagten, am 22. oder 23.06. diesen Jahres haben Sie das Mandat beendet.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Am 23.06. dieses Jahres.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer genau hat das beendet? Sie haben das entschieden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nee, das hat Herr Dr. Gartzke beendet, glaube ich, mit einem - - nehme ich an, also, dass er das - - weil er da auch sozusagen der unterschreibende Vertragspartner auf den Verträgen jeweils war.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in der Laufzeit von vier Jahren: Gab es einen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Moment, wo Sie intern diskutiert haben, erörtert haben, vielleicht auch mal informell mit Herrn Gartzke „one-on-one“, ob man sich von dem Mandat trennt? Oder war das bis zu dem Zeitpunkt nie ein Thema?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Es war, ich würde mal sagen, bis zu dem Zeitpunkt, wo ich das Gespräch, dieses letzte Gespräch mit dem CEO von Wirecard, gesucht habe, kein Thema.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anfang Februar.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das letzte, im Juni.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die 760 000 Euro, die Sie sozusagen Gesamt-Revenues mit Wirecard gemacht haben, lässt sich das ausdrücken in Beratungsstunden, die Sie da vielleicht gebucht haben? Also, wie viel -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das hatte ich ja vorhin auch schon geschildert. Übrigens, die habe nicht ich eingenommen, sondern die hat die Company eingenommen, und die hat ja tatsächlich auch Mitarbeiter und Ähnliches. So. Also, im Wesentlichen war es von der Komponente geprägt, die einen „monthly retainer“ betraf. Also - - Und da habe ich ja gesagt, der bewegte sich meistens im Rahmen 10 000 Euro, und bei besonderen Anforderungen ging der auch mal auf 20. Und dann gab es eine Komponente, die an gewisse Benchmarks gebunden war. Das war dann wiederum nur mit dem China-Geschäft verbunden. Und, wie ich sagte, zu der dritten Komponente kam es ja letztlich nicht mehr, weil es ja auch nicht zu dem AllScore-Deal dann kam.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sagten „ergebnisorientiert“. Heißt für mich - das Projekt „Heron“, hieß es, ne? -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Projekt „Heron“, richtig.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Also, wenn das sozusagen erfolgreich über die

Bühne gegangen wäre, dann hätte das noch mal weitere Zahlungen ausgelöst.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das ist aber auch nicht unnormal in diesem Geschäft.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stelle ich auch nicht infrage. Ich wollte es verstehen, ja? Wir lernen ja alle gerne dazu. - War Ihnen - Sie hatten vorhin den Indien-Deal angesprochen - diese Indien-Geschichte zu dem Zeitpunkt bekannt, vielleicht auch, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass dort ein Unternehmen gekauft wurde, was dann wenige Monate später für den zehnfachen Kaufpreis veräußert wurde?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nach meiner Erinnerung nicht. Und ich habe das bewusst auch in meine Stellungnahme, diesen Indien-Deal, noch mal eingebaut, weil ich glaube, dass in den beiden Punkten, wo ich das benannt habe, man da tatsächlich auch eine Abgrenzung sehen kann. Aber die Kenntnis, die ich über den Indien-Deal habe, habe ich lediglich aus der Medienberichterstattung nach dem Zusammenbruch des Unternehmens.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten vorhin auch gesprochen, es gab Übernahme an Banklizenzen, an Banken. Sagt Ihnen in dem Kontext das „Project Panther“ etwas?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da geht es um die Idee der Übernahme der Deutschen Bank durch Wirecard.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ach, so wurde das genannt. Okay, also das ja. Das habe ich aber auch nur den Medien entnommen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war sozusagen, bevor das öffentlich war, auch nie Thema; Name „Deutsche Bank“ ist da nicht gefallen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ist nie gefallen. Aber ich habe eben aus der Kenntnis, die ich aus den Medien jetzt wiederum nach dem Zusammenbruch hatte, wo diese Deutsche-Bank-Geschichte auftauchte, kurz diese eine Erinnerung noch mit hineingenommen aus dem Gespräch damals im „Bayerischen Hof“, wo eben auch über Übernahmen mit Banken gesprochen wurde; aber da wurde nie - - da wurde keine Deutsche - - da wurde überhaupt keine Bank benannt. Also, das kann ein völlig banaler Punkt gewesen sein; aber es kann auch ein Punkt gewesen sein, der vielleicht schon in irgendwelchen Köpfen geboren war. Das kann ich nicht sagen; das weiß ich nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit einem deutschen führenden Banker, also Bankvorstand, mal über Wirecard gesprochen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten vorhin gesagt: drei Kontakte direkt zu Wirecard. - Nur damit ich sichergehe: Mitglieder des Aufsichtsrates auch nicht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie irgendwie mit der Wirecard Bank zu tun?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Meines Wissens nicht. Unser Vertrag war lediglich mit der Wirecard AG.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es in dem Kontext Wirecard Kontakt, den Sie initiiert haben oder dergleichen mit US-amerikanischen oder österreichischen Politikern oder Spitzenbeamten?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und allerletzte Frage - sehen Sie es mir nach -, einfach nur, um genau zu sein, weil wir haben in

dem Ausschuss auch schon vieles erlebt. Sie sagten vorhin, Sie haben keine Aktien. Jetzt ist die Frage: Schreibt man „Sie“ klein oder groß, also auch Spitzberg als Investor? Auch nicht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. Vielen Dank. - Keine weiteren Fragen.

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ihre
Frau auch nicht?)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Meine Frau auch nicht, nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Dr. Bayaz. - Ich frage jetzt mal unseren Zeugen und seinen Rechtsbeistand - wir haben so die magische Vierstundengrenze der Beweisaufnahme überschritten -: Brauchen Sie eine kurze Pause, oder sagen Sie: „Eine Runde können wir noch durchziehen“?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Machen wir weiter; machen wir noch eine Runde. Ich habe hier einen Müsliriegel dabei. Wenn ich den Kolleginnen und Kollegen mit vollem Mund antworten kann, ist alles gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich bin da ganz leidenschaftslos. - Dann nehmen Sie mir das Magenknurren nicht übel, und dann passt das. - Dann ist jetzt dran CDU/CSU, Matthias Hauer. Bitte schön.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr zu Guttenberg, Sie hatten geschildert, dass der Vorstand, also der Vorstand von Wirecard, an der China-Thematik nicht besonders interessiert schien aus Ihrer Sicht. Wie haben Sie sich das damals erklärt? Ist Ihnen das nicht irgendwie komisch vorgekommen, weil es war ja schon ein wichtiges Thema sicherlich für Wirecard, und die gingen sogar davon aus, dass so ein Markteintritt auch schwierig wäre, wenn man das nicht auch politisch in irgendeiner Weise flankiert. Und dann ist der eigene Vorstand noch nicht mal so richtig da begeistert dahinter. Wie haben Sie sich das erklärt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Damals war meine Erklärung die, dass ich davon ausging, dass es einfach auch eine hanebüchene Unkenntnis über die chinesischen Potenziale und den Markt geben könnte. Im Nachhinein - aber das ist jetzt auch wirklich nur Spekulation; aber deswegen habe ich es auch genannt - mag es sein, dass dieses China-Geschäft eben tatsächlich nicht in das übliche Konzept hineingepasst hat.

Ich gebe aber wirklich auch nur das wieder, was meine Eindrücke sind. Insbesondere hat der Herr von Waldenfels in dem einen Gespräch eben explizit darum gebeten, noch mal das Gespräch mit dem Dr. Braun über diese China-Perspektive zu suchen, weil er eben nicht die entsprechende Unterstützung dort fühlte oder sieht; die genauen Worte habe ich jetzt nicht mehr im Kopf. Und das habe ich gerne wahrgenommen; aber ich habe mir jetzt dann da auch nicht mehr noch tagelang danach den Kopf zerbrochen, warum.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Der Herr Ley hat ja Ende 2018, im November, Bundesaußenminister Maas nach China begleitet im Rahmen einer Delegationsreise. Waren Sie da einbezogen als Spitzberg Partners?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, das habe ich bereits in meiner Stellungnahme gesagt: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann frage ich mal anders: Wissen Sie, ob das von einem anderen Mitbewerber von Ihnen vielleicht begleitet wurde?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie kam das überhaupt dazu? Sie hatten ja gesagt, Sie waren von 2016 an mit Spitzberg Partners da in Beratungsleistungen gegenüber Wirecard. „Mit Unterbrechungen“, haben Sie gesagt. Gab es da irgendwelche Erklärungen für diese Unterbrechungen oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war tatsächlich projektgebunden. Das Erste war die explizite Bitte - - Und das ist ja auch nicht unnormale, dass man sagt: Wir machen erst mal etwas ganz gezielt. Das war damals auf das Thema Blockchain-Beratung plus die Identifizierung eventueller Ziele - - Die waren aber eben auch interessiert, in den Blockchain-Bereich in den USA damals hineinzugucken, waren aber auch ganz schön ahnungslos, was Blockchain anbelangte. Daran erinnere ich mich noch, also zumindest aus der Rückkoppelung, die ich von meinem Team bekommen habe. Und das Projekt war schlichtweg nach drei Monaten abgeschlossen oder nach vier Monaten; einen Monat wurde es ja noch verlängert. Der Vertrag wurde auch nur auf diese drei Monate geschlossen, dass man sagt: So lange läuft das Projekt, und bis dahin habt ihr hoffentlich anständige Ergebnisse durch die Expertise, und dann sieht man weiter.

Und dann waren ein paar Monate Pause. Und dann hat nach meiner Erinnerung - - weiß ich nicht, wer den Kontakt wieder gesucht hat, ob das dann Wirecard oder Dr. Gartzke war; das weiß ich nicht - - fand man sich wieder zusammen und hat dann sich deren Wünsche angehört, und die waren eben ganz gezielt auf den nordamerikanischen Kontinent - - Also, das war dann Kanada, USA mit den Zielen, die ich Ihnen vorhin geschildert hatte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hatten Sie diese Überlegung, Thema „Lobbying oder Beratungstätigkeit“, diese Entscheidung, jetzt in diesem einen Fall dann doch ein Stück weit Lobbying zu machen, mit dem Herrn Gartzke erörtert, oder wie ist das abgelaufen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So wie ich es Ihnen geschildert hatte: dass das Team mich ja kurz vorher noch mal darauf hingewiesen hatte, dass das durchaus nutzbringend sein könnte, und ich dem Team dann eben gesagt habe - ich glaube, das war Herr Gartzke, mit dem ich da gesprochen hatte -, dass ich das tatsächlich aufgrund des Charakters dieses Gesprächs, das wir da führen - - höchstens zur Sprache kommt, wenn ich mich dran erinnere.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ihre Vergütung bei - - Also, Spitzberg Partners' Abrechnungen gegenüber der Wirecard AG hatten Sie uns ja gerade erläutert: im Wesentlichen monatliche Zahlungen. - Aber dann gab es eben, so habe ich Sie verstanden, für das China-Thema Benchmarks oder Meilensteine, die dann vergütet wurden. Können Sie noch mal sagen, was denn diese Meilensteine waren?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Alle habe ich jetzt nicht im Kopf; aber das war beispielsweise der Abschluss eines LoIs oder der Abschluss eines MoUs. Also, das sind so typische Beispiele, dass man halt - - und dann entsprechende Elemente des Closings und, und, und. Aber es war jetzt da in meinen Augen wirklich nichts Ungewöhnliches dabei.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber zum Beispiel jetzt nicht die Ergebnisse des Finanzdialogs.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich schon angesprochen, Herr Abgeordneter: Das war explizit nicht Teil. - Und wir waren daran ja, an diesem Finanzdialog, auch nicht beteiligt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten ja vorhin gesagt zu dem Thema Lobbyarbeit: Das war nicht im Vertrag, und da wurde ich auch nicht für bezahlt. - Aber das ist natürlich vor dem Hintergrund, wenn man Meilensteine vereinbart, nicht ganz so abgrenzbar. Da geht es ja um den Erfolg, den man erzielt. Und wenn dann vielleicht Lobbyarbeit doch zum Erfolg beiträgt, würden Sie das dann nicht doch auch als Bezahlung dieser Lobbyarbeit verstehen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Die Erwartungshaltung wurde auch ganz klar von Wirecard nicht geäußert. Und wir haben auch eines deutlich gemacht: Wir sind bereit, zu unterstützen bei einer Strategie - und das ist bei einem Eintritt in China oder in einen schwierigen Markt überhaupt nicht ungewöhnlich -, wie man beispielsweise letztlich auch die entsprechende politische Unterstützung bekommt. Wir sind aber nicht bereit, diese politische Unterstützung selbst zu geben oder das sozusagen selbst vorzunehmen.

mir nach meiner Erinnerung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir wären dann so weit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Ich gucke noch mal zum Kollegen Brehm. - Gut, CDU/CSU ist durch. Dann bin ich dran. - Ich habe eigentlich nur noch mal ein paar Verständnisfragen. Sie haben ja gesagt: Wir wollen da besser werden. - Jetzt hatten Sie den Artikel, den Sie verfasst hatten zu Leerverkäufen. Wir hatten ja Dan McCrum hier, und ich habe auch mit vielen Ex-Kollegen darüber gesprochen, auch in Übersee mit einigen Kollegen mal gesprochen, und die testieren unisono Deutschland eine viel zu positive Haltung gegenüber Menschen, die „lang“ gehen, also einen Call erwerben. Und die Shortys oder diejenigen, die dann eben entsprechend so agieren am Markt, die haben von vornherein ein schlechtes Image. Nun ist mir dann noch mal erläutert worden: Die gehen mit einem viel größeren Risiko eigentlich rein. - Es gibt wie sicherlich auf jeder Seite gute und schlechte Absichten. Also, das könnte ich mir bei Calls oder wenn jemand „lang“ geht im Markt, auch vorstellen. Würden Sie nicht als Erkenntnis nennen, wenn wir jetzt „Financial Times“ nehmen - Sie haben es jetzt zwar anders geschrieben -, aber dass wir doch mal eine andere Sicht der Dinge auf Menschen und Unternehmen haben sollten, die auch durchaus aggressiv dann natürlich Leerverkäufe eingehen und damit eben „short“ gehen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Vorsitzender, ich habe wirklich meine Grundüberzeugung, was Shortselling anbelangt, in diesem Artikel kundgetan. Und davon rücke ich nicht ab. Das hat natürlich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich hatte jetzt einen Erkenntnisprozess mit den Dingen, die wir jetzt seit Frühjahr bis heute erlebt haben und dass da einige wohl eine gute Expertise hatten mit der „Financial Times“ zusammen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich glaube, dass - - Also, ich bin immer noch nicht überzeugt davon, dass das Prinzip Shortselling eines ist, was durchgehend nur nutzbringend ist, sondern ich - - Und insbesondere glaube ich mich richtig



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu erinnern, dass in dem Artikel, den ich allerdings, seitdem ich ihn verfasst habe, jetzt auch mir nicht mehr angeguckt habe - - Deswegen kam der für mich heute auch wirklich überraschend, ja? Vielleicht kann mir mal jemand noch mal eine Kopie geben, auch dass ich vielleicht auch noch mal drübergucken kann. Also, irgendjemand wird den ja haben hier. Dass ich vor dem Hintergrund - - Also, vom Grundsatz her bleibe ich bei meiner Aussage hier. Ich glaube mich aber auch zu erinnern, dass ich nach einer entsprechenden Regulierung da verlangt habe in dem Artikel bzw. ich einfach als Gegner da eine relativ klare Haltung habe.

Es gibt insgesamt aus der Erfahrung Wirecard unzählige Sachen, die es zu verbessern gilt, unzählige Dinge. Und in manchen mag ich eine kleine Expertise mitbringen, in anderen habe ich überhaupt keine Expertise. Also, wenn mich jetzt noch mal jemand fragt, wie man die BaFin letztlich besser aufstellen kann, dann werde ich sie weiter mit so hohlen Augen anschauen, wie ich es bereits getan habe, weil ich mich da einfach nicht auskenne. Und wenn ich mir allerdings - -

Ich meine, ich war beispielsweise damals auch im Verwaltungsrat von der KfW. Da sind einige Mitglieder in dieser Runde auch drin oder einer zumindest oder war einer zumindest drin; ich weiß es jetzt nicht. Also, ich meine, das ist halt immer die Frage: Was hätte man tun können oder müssen, auch da? Und 100 Millionen ungesicherter Kredit ist etwas, was nach meiner Erinnerung damals der Verwaltungsrat schon mitbekommen hat. Und - - So. Also, die Frage muss sich halt wirklich jeder selber stellen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Für mich jetzt noch mal wichtig, weil ich möchte tatsächlich - vielleicht ist das auch naiv -, dass wir alle was mitnehmen und dass wir eine kritische Grundhaltung alle zusammen entwickeln: Wie sieht so ein Tag bei Ihnen aus? Also, ich gehe jetzt davon aus - ich schließe jetzt mal von meiner Person auf Ihre Person -, dass man da morgens schon mit einer Presseschau beginnt und sagt: Okay, das, was in meinem wirtschaftlichen oder in meinem Ressort liegt - für Sie als Unternehmensberatung -, scanne ich durch. - Vielleicht gehört für uns alle

dann zukünftig die „Financial Times“ mit einer anderen Gewichtung ihrer Glaubwürdigkeit dazu. Wäre das ein Erkenntnisgewinn?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Dass man, ich glaube, rückblickend die „Financial Times“ nicht genug preisen kann, erschließt sich für uns alle, und dass man sich auch Gedanken machen muss, inwieweit es mit dem investigativen Journalismus im eigenen Lande gediehen ist, darf man sich vielleicht auch mal fragen.

Ich meine, da kam außer der „FT“ nun tatsächlich keiner drauf. Und wenn ich mich erinnere: Die nächste investigativ interessante Frage, die man irgendwo lesen konnte, war in der „Wirtschaftswoche“ vom Mai 2020. Und davor, wie ich gesagt habe, gab es nicht wenige, die auch ihrer Häme gegenüber der „FT“ Ausdruck gegeben haben. Egal, es ist ja auch wurscht.

Aber die - - Weil Sie die Frage gestellt haben, wie das bei mir ist: Ja, natürlich lassen wir uns auch vom Team zu den Mandaten, die wir haben, wenn es da irgendwelche Nachrichten gibt - - Und ich habe auch gesagt: Jedes Mal, wenn es aus der „FT“ oder woanders entsprechende kritische Berichterstattung gab, haben wir den Klienten damit auch entsprechend konfrontiert, wie wir es bei anderen auch machen. Die Aussagen und Reaktionen waren so, wie sie waren. Aus heutiger Sicht sind wir da alle, ja, hinter die Fichte geführt worden, und zwar gewaltig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Eine Frage noch - auch das fürs Protokoll dann -: Sind Sie zufrieden, im Berichtszeitraum mit Ihrer Compliance zu sagen: „Dort, wo wir tätig sind, dort, wo wir beraten, dort, wo wir uns engagieren - - ein absolutes Kaufverbot der Unternehmen oder entsprechender Derivate auf das Unternehmen“?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe ja Ihnen die Policy des eigenen Unternehmens schon geschildert, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - dass auch unsere Mitarbeiter dazu gehalten werden, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

keine - - irgendwelche Anteile von Klienten gehalten werden und für uns auch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wie überwachen Sie das?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, gut. Ich meine, Sie können die Mitarbeit - Ich meine, wir lassen uns von den Mitarbeitern nicht ihre Portfolios vorlegen; aber es ist eine klare Ansage.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, alles klar. Gut. - Dann letzte Frage: Sie sind da sehr auch drauf eingegangen auf die Prüfvermerke hier von EY. Speziell die testierte Bilanz 2018 der Wirecard AG wurde im April 2019 veröffentlicht. Hatte man in Ihrem Unternehmen auch ein Exemplar? Oder hat Wirecard Ihnen da eins zukommen lassen? Oder haben Sie sich eins irgendwo besorgt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, wir hatten uns weder eins besorgt noch eins zukommen lassen, noch hatten wir eins. Und noch mal: Zu diesem Zeitpunkt stellte sich für uns auch die Frage nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, zu dem Zeitpunkt ging man davon aus, dass EY eine entsprechend renommierte und sauber arbeitende Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Gut, das ist eine Punktlandung. Ich muss mich auch an die Zeit halten. - Dann schaue ich. - Dr. Zimmermann, bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr zu Guttenberg, klar, wir betreiben ja auch jetzt Textexegese von all dem, was Sie gesagt haben. Das ist klar. Aber Sie hatten vorhin gesagt, Sie würden das Gespräch mit der Bundeskanzlerin als „pro bono“ bezeichnen. Würden Sie dabei bleiben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich darf noch mal wiederholen, dass wir uns nicht kompensieren lassen für irgendeine aktive Lobbyarbeit.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich glaube, das ist eine sehr präzise Beschreibung: Sie lassen sich nicht aktiv dafür kompensieren.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Entschuldigung: Ich lasse mich nicht kompensieren für aktive Lobbyarbeit. - So habe ich das gesagt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau, Sie werden indirekt für passive Lobbyarbeit kompensiert.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich habe - noch einmal - gesagt, wir geben normalerweise - - Also, ein Teil dessen, was wir anbieten - und das ist ein geringer Teil dessen, was wir anbieten -, ist Beratung dahin gehend, wie man auch, wenn es notwendig ist, entsprechend mit regulatorischen Fragen und Regulatoren umgeht. Aber wir selbst leisten diesen Umgang nicht. Und wir selbst leisten das auch nicht, sondern verweisen in der Regel dann auf andere, die diese Dienstleistungen erbringen. Aber noch mal: Das ist ein untergeordneter Teil zu den normalen Dienstleistungen, die wir erbringen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sozusagen ich verstehe, dass Ihnen das wichtig ist, und ich erkenne auch von dem, was Sie geschildert haben, an, dass es definitiv viele andere gibt, die das ganz anders betreiben, die das als Hauptgeschäft betreiben. Allerdings will ich auch sagen: Am Ende - wie soll ich sagen? - kann ich Sie damit nicht so ganz durchkommen lassen, weil am Ende des Tages ist es natürlich so, dass Sie kompensiert werden für Ihre Beratungsleistung für Wirecard, dass Sie am Ende des Tages eine erfolgsabhängige Bezahlung bekommen hätten für den Deal in China. Und wenn Sie Ihre guten Kontakte - an denen ich überhaupt nichts verwerflich finde; will ich auch noch mal sagen -, nutzen, damit am Ende dieser Deal glattgeht, weil die Kanzlerin mit ihrem chinesischen Counterpart darüber spricht - und Sie haben das ja selbst gesagt, dass das wichtig war, die politische Begleitung -,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann haben Sie natürlich am Ende des Tages einen auch finanziellen Erfolg. Der ist nicht messbar, und das ist kein direkter Zusammenhang. Aber die Frage, die muss ja erlaubt sein: Wer sonst hat die Möglichkeit, beim Kaffee mit der ehemaligen Chefin - und das ist ja ein sehr hohes Privileg - zu sagen: „Ich komme bei der Bundeskanzlerin mal auf ein Gespräch vorbei und kann dann so ein Thema dort platzieren“? - Noch mal: Ich - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, sozusagen ich verstehe Ihren Ansatz; den kann ich nachvollziehen. Ich will allerdings auch noch mal ganz klar zum Ausdruck bringen: Wir sind nicht ansatzweise mit der Erwartung angeheuert worden, dass wir unsere Beziehungen - sei es ins Kanzleramt oder ins BMF oder mit einer Botschaft oder was auch immer - für diese Dienstleistung, für die wir vertraglich verpflichtet wurden, ins Spiel bringen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vollkommen d'accord.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Und deswegen habe ich gesagt, dass das von den Vertragsleistungen nicht umfasst ist und dass es etwas ist, was ich nicht betrachte als etwas, wofür ich Geld bekommen habe.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das sei Ihnen zugestanden. Ich betrachte es eben so nicht, weil Sie werden von Mandantinnen, Mandanten angeheuert aufgrund Ihrer Expertise als Team. Da gehören auch Sie als Person dazu. Und Sie werden am Ende auch in Zukunft oder wurden auch in der Vergangenheit aufgrund Ihres Track Records angeheuert. Wenn Sie am Ende aufgrund der Möglichkeiten, die Sie haben, dazu beitragen können, dass solche Engagements oder Beratungsmandate erfolgreich zu Ende gebracht werden, dann haben Sie am Ende natürlich auch einen finanziellen Nutzen daraus.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter Dr. Zimmermann, helfen Sie mir mal jetzt auf die Sprünge.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich irgendwo in einem deutschen Medium oder woanders in den Jahren, ^{gelesen hätte} bevor ich die Frau Bundeskanzlerin im September 2019 - wohlgemerkt acht Jahre nach meinem Rücktritt - in den Jahren davor die Frau Bundeskanzlerin für irgendwelche sozusagen unternehmerischen Tätigkeiten, Lobbytätigkeiten oder ein anderes Ministerium besucht hätte, geschweige denn versucht hätte, irgendwas durchzusetzen. Also, was Sie gerade aufbauen hier - - Das heißt, ich werde genau für etwas angestellt, wofür wir weder geworben haben, worüber nichts irgendwo gestanden hat. Sie sagen nur: Jemand, der früher Minister war, von dem geht man aus und dem stellt man an - auch wenn er vor acht Jahren Minister war -, dass der selbstverständlich Zugang zur Kanzlerin oder zu anderen hat. - Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie beschuldigen sich jetzt Dingen, die ich Ihnen gar nicht vorwerfe. Also, darum geht es gar nicht. Mein Punkt ist ganz einfach sozusagen: Sie haben einen Joker in der Hinterhand, um die Dinge, für die Sie angeheuert wurden, besonders gut umsetzen zu können. Und deswegen sage ich einfach nur - -

(RA Prof. Dr. Christian Schertz: Was ist die Frage?)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aber, Herr Dr. Zimmermann - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Meine Frage ist einfach - - Ich möchte herausarbeiten sozusagen, wo Ihr finanzielles Interesse möglicherweise gelegen haben könnte. Und ich finde, Sie haben das sehr elegant geschildert; aber es überzeugt mich nicht. Es überzeugt mich nicht, wenn Sie sagen, Sie waren bei Frau Merkel „pro bono“ unterwegs.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist Ihr gutes Recht - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber wenn der Rechtsbeistand mitdiskutieren will, sollten wir vielleicht eine Beratungssitzung machen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Zuruf von RA Prof.
Dr. Christian Schertz)

- Nö, ist es nicht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Alles gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr zu Guttenberg antwortet und - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So. Dadrauf lege ich auch Wert. - Herr Abgeordneter Dr. Zimmermann, wenn ich tatsächlich die Beziehung, die vertrauensvolle Beziehung, die ich zu der Frau Bundeskanzlerin habe, nutzen wollte, um daraus ein Geschäft zu machen, dann wäre es erstens mit dem Vertrauen schnell vorbei, und zweitens würde ich dann Preise aufrufen, die aber so fern von dem liegen, über was wir hier reden, und wo sich auch keine Firma darüber beschweren würde, wenn man solche Preise aufriefe, wenn man plötzlich mit einer Regierungschefin oder Ähnlichem über eine Firma redet. Also, von daher ist sozusagen Ihr - - Ich verstehe es ja, dass Sie es politisch machen wollen. Aber es ist vom - - Ich verstehe - - Ich kann Ihnen nur sagen: Es ist - - Dieser Winkelzug ist einer, der in meinem Kopf nicht vorkommt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es ist total witzig, weil Sie permanent auf Dinge antworten, die ich - - Ich versuche Ihnen nicht mal irgendwas in der Richtung unterzuschieben. Ich versuche, Ihnen unterzuschieben, dass sozusagen es für Sie - - Das finanzielle Interesse bei Ihnen liegt daran, die Leistungen, die Sie Ihren Geschäftspartnern angeboten haben, möglichst effektiv umzusetzen, weil daran der wirtschaftliche Erfolg Ihres Unternehmens hängt. Das ist das Einzige, und ich finde, das ist ja kein - - Also, deswegen hätte ich nicht gedacht, dass wir so lange darüber streiten. Das ist, finde ich ja, ein No-Brainer. Das ist doch vollkommen klar. Ihr Interesse ist gewesen, dass Sie das Mandat Wirecard als Spitzberg Partners so gut wie möglich betreuen.

Und jetzt will ich aber doch noch mal auf einen Punkt kommen, wo wir jetzt doch so ins Detail gehen. Um herauszufinden, wie groß Ihr finan-

zielles Interesse wirklich war, weil, wenn Sie sagen: „Na ja, also, andere würden da ganz andere Summen aufrufen“ - da haben Sie recht - - würde ich doch gerne noch mal wissen - das haben Sie vorhin bei meiner Kollegin so ein bisschen abgetan - die Frage, wie potenziell Ihre Kompensation für das Closing des AllScore-Deals gewesen wäre. Das würde mich interessieren.

Ich weiß, dass es zum Teil Spekulation ist, weil es erfolgsabhängig in die Zukunft Komponenten innehatte. Deswegen will ich im Zweifel gar keinen Euro- oder Dollarbetrag erfahren, sondern ich wüsste gerne: „Wie genau war das gestrickt?“, weil das natürlich schon eine Frage ist, also sozusagen: „Ja, wir haben irgendwie - - Was haben Sie gesagt? - 760 000 Euro für Ihr Unternehmen über vier Jahre; da steht sehr viel Arbeitsleistung dagegen; das ist - - Haken dran. Aber die Frage, die sich mir schon stellt, ist: Was wäre für Ihr Unternehmen drin gewesen, wenn die Nummer gelaufen wäre?“

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wenn die Nummer gelaufen wäre, Herr Abgeordneter, wäre sicher mehr drin gewesen als das, was wir erhalten haben bis dahin, vorausgesetzt dass Wirecard aus diesem China-Geschäft einen Erfolg gemacht hätte. Und das kann ich aus heutiger Sicht einfach nicht abschätzen, ja? Das kann ich nicht abschätzen. Und es war verhandelt, was ich weiß, in einem begrenzten Zeitraum.

Was ich hier nicht jetzt sozusagen abrufbar habe, ist genau wiederum: Waren da noch mal Benchmarks dabei? War da ein erstes Closing, zweites Closing? In welchem Jahr gab es einen Prozentsatz x, in welchem jenen? Das habe ich hier jetzt nicht abrufbar. Aber es ist - -

Natürlich wäre der Betrag höher gewesen. Und da kann ich auch nur sagen, das erwarte ich auch von meinem Team, dass ein solcher Vertrag so verhandelt wird, wenn man in der Kompensation über den Retainer vergleichsweise weit runtergeht - ich meine, es gibt ja auch - - und dass man dann einfach in diese Richtung geht, nicht? Ist normal.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und das, was ich vorhin auch gesagt habe, das unterstreicht ja auch noch mal die Gestaltung dieses Vertrages, unterstreicht ja auch noch mal, dass - - Wenn wir Ahnung gehabt hätten, was da in diesem unfassbaren Unternehmen abläuft, dann wären wir mit Sicherheit nicht auf eine Erfolgskomponente in die Zukunft gegangen, nicht? Also, das wäre ja völlig absurd gewesen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Klar. Also, ich meine, da bin ich sehr nahe bei Ihnen sozusagen, wer heute schon immer alles gewusst hat, also überhaupt keine Frage. Da sind Sie genauso Teil davon wie ich auch. - Mich würde, um den Punkt zu verlassen - - Also, es wäre deutlich mehr, wenn alles gut gelaufen wäre, als das drin gewesen, was Sie schon erhalten hatten. Das ist zumindest ja mal eine Richtung.

Eine Detailfrage: Hatten Sie - das ist mir vielleicht entfallen - mit Herrn Röllner mal telefoniert gehabt? - Nein.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Dann: Bei den anderen Kandidaten in China, die Ihr Unternehmen in dieser ersten Phase versucht hat zu identifizieren, andere Übernahmekandidaten - das war ja sozusagen Teil oder das war, wenn ich es richtig sehe, der Teil, den Ihr Unternehmen ja federführend gemacht hat -: Wie ist das abgelaufen? Wie viele andere Unternehmen waren da noch im Spiel? Was waren die Kriterien? Also, wie findet man diese Übernahmekandidaten in China?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen die wesentlichen Details geschildert, die ich weiß. Ich schaue gerade, ob ich noch eine zusätzliche Information hier habe.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Die wesentlichen Kriterien waren zunächst einmal - um das, was ich schon geschildert habe - -

Technologiekompatibilität - ein unaussprechbares Wort -, zum Zweiten ganz wesentlich die Lizenzen und zum Dritten natürlich eine gewisse Wachstumsperspektive. Dann erinnerte ich mich - - Also, die Liste war erst mal lang, und die wird halt dann immer kleiner, nicht? Also, ich glaube, am Anfang haben die sich 30 Companys angeschaut oder irgend so was.

Aber ich weiß die genaue Zahl auch nicht. Und ich glaube, genauer hat sich das Team mit Wirecard dann wahrscheinlich mit zwei Handvoll - vielleicht waren es ein paar weniger; vielleicht waren es ein paar mehr - befasst.

Ich hatte die Erinnerung eben, dass es para- - Ich weiß nicht, ob es parallel war oder ob es vorher diese intensiven - - Einer der Kollegen hat ja die Frage gestellt mit Ginkgo. Ich glaube, Sie waren das, nicht? - Nee. Wir sitzen schon zu lange zusammen. Sie waren es, Herr Hauer. Da gab es mit denen Verhandlungen, mit der Company Ginkgo. Ich glaube, dass das daran scheiterte, weil das Port- - das Lizenzportfolio offensichtlich nur auf ein paar Provinzen da zugeschnitten war. Aber das weiß ich jetzt heute auch nicht mehr ganz genau.

Ich meine mich aber zu erinnern, dass noch eine andere Company genannt war, die die sich auch näher angeschaut hatten noch dann in der letzten - in diesen Schlussrunden.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Moment, jetzt habe ich es, glaube ich, sogar gefunden. Ja, ich habe es, glaube ich, sogar gefunden. Will mal schauen. - Ein weiteres potenzielles Akquisitions... (~~akustisch-unverständlich~~) war die Beijing Huiyan Technology Company.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Das Wort hat Kollege Toncar, FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Ich will einfach auch noch mal bei den Meilensteinen ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

paar Dinge abklären final. Können Sie sagen, welche Meilensteine sozusagen 2020 noch unerfüllt waren, noch ausstanden, also welche definierten Meilensteine da noch zu erfüllen waren?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter Toncar, das kann ich Ihnen aus dem Ärmel jetzt nicht sagen. Ich weiß auch nicht, wann genau jetzt - - tatsächlich wann genau das MoU unterschrieben wurde.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wann genau, das weiß ich jetzt nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Waren die Meilensteine ausschließlich transaktionsbezogene Eckdaten, LOI oder MoU oder Closing oder was auch immer? Oder waren Meilensteine auch darüber hinaus bestimmte künftige geschäftliche Entwicklungen, das Erreichen bestimmter Kennzahlen bei dem Übernahmeziel?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, nein, die Meilensteine sind - - Die Meilensteine sind ja in dem, was ich Ihnen als Betrag geschildert habe, bereits inbegriffen gewesen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, nur, was - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, so. Und natürlich ging es dann in der Frage des - - Mit dem Projekt „Heron“ ging es am Ende des Tages darum, wie sich das Geschäft entwickelt in den kommenden Jahren.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, auch nach Abschluss gewissermaßen der Transaktion hätte es sein können, wenn es erfreulich verlaufen wäre, dass es weitere Meilensteine gegeben hätte, die erreicht wurden.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist eine völlig normale Vertragsstruktur, die Sie machen bei solchen - - bei solchen Dingen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hätte sich die Geschäftsentwicklung nur auf die Tochtergesellschaft AllScore oder auch auf den Wirecard-Konzern insgesamt bezogen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das, ganz ehrlich, weiß ich jetzt auch aus dem Ärmel nicht. Ich nehme mal an, auf die reine Geschäftsentwicklung - - Also sozusagen, was ich weiß, ist, dass es sich wohl lediglich auf den chinesischen Raum bezogen hätte. Ob das - das weiß ich jetzt - - kann ich Ihnen aber jetzt rechtlich nicht beantworten - - Ob dann Wirecard als Company in China tätig gewesen wäre oder ob das Ganze eine neue Company unter einem neuen Namen als Tochtergesellschaft von Wirecard gewesen wäre, das weiß ich jetzt nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, danke schön. - Dann habe ich noch eine Frage zu den Von-Kleist-Dinners. Können Sie zu dem Themenkomplex überhaupt was sagen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Zu dem ~~Thema~~ kann ich gar nichts sagen, weil das auch — thematisch völlig entkoppelt ist von Spitzberg. Das ist etwas, was Herr Gartzke privat macht. Das ist eine - - Ich glaube, es gibt dieses - - ein Potsdam-Institut, das dahintersteht. Und dazu kann ich nix sagen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann geht das Wort an Fabio De Masi, die Fraktion Die Linke. Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr zu Guttenberg, ich möchte noch einmal auf die E-Mail zurückkommen von diesem Botschaftsmitarbeiter, die ich Ihnen vorhin vorgelesen hatte, wo dieses Gespräch geschildert wurde, in dem Herr Gartzke aggressiv lobbyiert haben soll, so die Darstellung, und die Möglichkeit des gemeinsamen Besuchs mit dem Botschafter bei der People's Bank of China in Aussicht gestellt hat. Auch nach diesem Gespräch hat Herr Gartzke sich nie über dieses Gespräch mit Ihnen ausgetauscht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, ich habe das tatsächlich jetzt heute zum ersten Mal gehört.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Sie haben dargestellt, dass Sie vor allem im Rahmen Ihrer Beratungsleistungen auch Technologieberatung gemacht haben. Könnten Sie denn mal so klassisch schildern, also im Bereich der Blockchain, was das hieß in China? Also, was - - welchen Added Value haben Sie sozusagen hinein-gebracht, den Wirecard selber nicht hatte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das war ganz interessant. Wir waren relativ überrascht, diesen Auftrag da im Jahre 2016 zu bekommen, weil wir dachten, es mit einem hochmögenden Technologieunternehmen zu tun zu haben, das eigentlich genau diese Frage voll abdecken könnte. Und es wurde - - wir wurden gezielt darum gebeten, selbst die Basics von Blockchain in Memos darzustellen, sodass man letztlich die Blockchain als eine potenzielle Option auch sehen könnte für die Tätigkeiten von Wirecard.

Und da wurden dann regelmäßige, auch geschriebene Memos produziert. Da wurde - - Da ist, glaube ich - das weiß ich jetzt aber - - Nee, ich glaube, das war sogar - - Einer oder zwei unserer Mitarbeiter, die die Expertise aus New York haben, waren dafür auch mal in Aschheim und haben das vorgestellt. Und das war - - Also, das war aber alles im Jahre 2016/2017. Also, das - - Wann genau, weiß ich jetzt auch nicht. Und ich erinnere mich aber, dass - - Da erinnere ich mich an meine Reaktion, dass ich gesagt habe: Hier sprechen wir von dem neuen deutschen Technologie- Traum, und die sind erstaunlicherweise unbeleckt, was Blockchain anbelangt.

Ich meine, das mag ein unfaires Urteil sein, und man hat in den „ranks and files“ von Wirecard irgendwo hervorragende Blockchain-Experten. Diejenigen, die uns beauftragt haben, waren ahnungslos.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mit anderen Worten: Man hätte da jetzt, sage ich mal, für so eine

PowerPoint-Karaoke auch irgend so einen Praktikanten dransetzen können, der dann mal ein bisschen was zu Blockchain aufschreibt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, das haben wir nicht. Ich glaube, da sind wir schon etwas besser.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Na ja, weil ich ja auch frage - - Weil, ich sage mal, die Rechnung, die Sie dann gestellt haben, die, vermute ich mal, ja auch diesen Auftrag umfasste, die muss ja irgendwie gerechtfertigt sein.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, sicherlich. Aber sie umfasste ja nicht nur ein Memo für die Blockchain - übrigens ein, ich glaube - - wirklich eine sehr, sehr gute und wirklich sehr detaillierte und exzellente - - Briefing, was dieses Thema anbelangt -, sondern sie umfasste ja auch als Teil des Vertrages bereits die Identifizierung von Zielen in den USA für die. Es waren Intros, die in dem Rahmen ja auch schon gemacht wurden. Und da kann ich nur sagen: Also, das, was wir da aufgerufen haben, ist am unteren Rand dessen, was wir aufrufen normalerweise für solche Dinge.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Welche Bank wurde denn in den USA als mögliches Übernahmeziel identifiziert?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir haben sozusagen keine Banken - - Also, das weiß ich jetzt nicht. Da war ich jetzt auch nicht beteiligt. Aber ich glaube nicht, dass wir Banken identifiziert haben in der Zeit. Wir waren - - Das, was ich vorhin angesprochen habe mit der Bank, das war in der Zeit, als von der Citibank diese Tochtergesellschaft übernommen wurde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Diese Prepaid - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Genau. Das spielte da mit hinein.

Aber ich meine, für das, was wir - - Also, ich muss noch mal sagen: Für das, was wir da abgeliefert haben, auch an Qualität abgeliefert haben, ist das Pricing mehr als angemessen gewesen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, ich meine, wenn ich das vergleiche mit Unternehmensberatungen - ich meine, Sie waren Projektleiter bei BCG, wenn ich das richtig weiß -, da, glaube ich - - da hätten Sie - -

(Dr. Danyal Bayaz (BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN):
Nicht VW!)

- Wie bitte?

(Dr. Danyal Bayaz (BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN):
Nicht VW!)

- Na, aber BCG. Nee, nee, aber Sie waren ja bei BCG. Ich meine, da hätte - - Ich glaube, da würde man sich vor Lachen wegschütten für das, was wir da aufgeb- - was wir da aufgerufen haben. Aber gut, das können Sie besser beurteilen als ich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Könnten Sie noch mal darstellen - - Bei diesen Übernahmen - - Sie haben ja gesagt, vor allem die Payment-Lizenzen waren wichtig.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie im Rahmen dieser Frage der Payment-Lizenzen irgendwie mitbekommen, dass es Wirecard wichtig war, dass hinterher die Payment-Transaktionen auch über das eigene System, über die eigene IT abgewickelt werden, über Rechenzentren?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Herr Abgeordneter, das ist ein Detail, das mir weder bekannt ist noch womit ich mich befasst hätte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und dann würde ich gerne noch einmal wissen: Können Sie diese Zahlungsstränge noch mal darstellen? Sie haben ja gesagt, am Ende - - Ich glaube, Sie haben auf ein- - Sie haben dann keine weiteren Tranchen mehr in Auszug- - nicht mehr beansprucht eine Tranche, die Ihnen zugestanden hätte.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war eine Tranche, die bereits den Aspekt „Heron“ betraf-

fen hätte. Also, das war sozusagen schon eine Erfolgstranche, die jetzt nicht an diese erste Benchmark-Vereinigung - - Vereinbarung getroffen war, sondern die in die Zukunft gerichtet war. Das war ein - - Eine Tranche war mit irgendeinem Closing verbunden, das stattgefunden hatte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und wie hoch war diese Tranche - ungefähr?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Die Tranche, um die es da ging, wären - - Also, den Anspruch, den wir da gehabt hätten, wären vielleicht noch mal 140 000 Euro gewesen oder so was. Aber ich weiß es nicht genau.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und das haben Sie dann zurücküberwiesen an - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, wir haben es nicht bekommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach, Sie haben es nicht bekommen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, wir haben es nicht bekommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir hatten den Anspruch, und wir haben den Anspruch nicht in Rechnung gestellt. Punkt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach so. Gut. - Dann hätte ich noch - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aber nageln Sie mich jetzt auf die genaue Zahl nicht fest, ob das - - Das weiß ich jetzt wirklich nicht. Also, das - - Aber es ist in dem Rahmen irgendwo. Also, es war jetzt nichts Absurdes, sondern das war jetzt ein - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wenn Sie Zahlungen erhalten haben von Wirecard, wissen Sie zufällig, ob die über die Wirecard Bank kamen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass der Vertrag mit der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard AG abgeschlossen wurde. So wurde mir das bestätigt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich bin über der Zeit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann Dr. Bayaz. Bitte schön.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, ich gebe das Rederecht an die Kollegin ab. Die Zeit noch nicht loslaufen lassen!

Gerade wurde mein Atmosfair-Jahresausgleich quasi von meinem Konto abgezogen, und das lief über die Wirecard Bank. Das habe ich auch in dem Kontext gelernt. Nur als kleine Info an den Kollegen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wunder-schönen guten Tag auch von mir! Ich wollte noch mal fragen - - Sie hatten jetzt gesagt, Sie konnten das auch nicht richtig sehen, oder im Nachhinein denken Sie auch, ob Sie es sehen hätten können; sozusagen die staatliche Aufsicht usw. hat auch versagt.

Wie wählen Sie denn grundsätzlich Ihre Geschäftspartner aus? Ich frage das auch vor dem Hintergrund, weil auf das Amerika-Geschäft, was Wirecard ja früher schon mal hatte, bevor Sie 2016 mit denen in Kontakt getreten sind - - Hat das sozusagen 2016 bei der Kontaktaufnahme eine Rolle gespielt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, bei der Kontaktaufnahme hat es nach meiner Erinnerung keine Rolle gespielt. Es kann aber durchaus sein, dass, weil die Vertragsverhandlungen wurden von Dr. Gartzke geführt, und der ist Managing Partner - - dass er möglicherweise das auch zur Sprache gebracht hatte.

Ich habe vorhin gesagt, ich wusste davon nichts; mir war das nicht bekannt. Und von daher hat

das bei der Auswahl für mich keine Rolle gespielt. Ich glaube auch nicht, dass es Dr. Gartzke wusste; es würde mich wundern. Aber gut, egal.

Wie wählen wir generell aus? Natürlich danach, dass wir überhaupt kein Interesse daran haben, ein Unternehmen uns ans Bein zu binden, das plötzlich eine solche wunderbare Medien-aufmerksamkeit bekommt und mit Skandalen verwickelt sein könnte. Das ist das Letzte, was wir wollen. Das Letzte, was wir wollen, ist - - Ich meine, ich genieße das mit Ihnen hier, aber vor Weihnachten kann man sich auch eine andere Beschäftigung vorstellen. Und - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es da irgendeine Art von Überprüfung, außer Schufa oder so?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Natürlich. Ich meine, das ist ein - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder mit solchen Leuten haben Sie eh nichts zu tun.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ein Team - - Wenn ein potenzieller Klient an uns herantritt, dann wird natürlich genau geguckt, so genau wie möglich und nach bestem Wissen und Gewissen dann auch hoffentlich im Rückblick, dass man sagt: Ist das - - Was ist die Story dieses Unternehmens? Was ist das Geschäftsmodell dieses Unternehmens? Ist es - - Gibt es irgendwelche „red flags“, wie man das neudeutsch heute so sagt?

Und es kommt relativ häufig vor, dass es „red flags“ dann bei Unternehmen gibt und wir sagen: Machen wir nicht. - Es ist - - Und Sie können mir glauben: Ich habe ein Interesse daran, nicht wegen - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es da eine Abteilung in Ihrer Company oder - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wir nennen das nicht „Abteilung“, aber es gibt Mitarbeiter, die genau dafür zuständig sind und die in der Regel eine exzellente Arbeit machen und denen ich bei Wirecard nichts vorwerfen kann, wirklich nichts vorwerfen kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich noch mal fragen zum Thema Lobbying, und Sie haben ja gesagt: Das war pro bono. - Da hatten Sie auch mit Herrn Zimmermann sich jetzt schon intensiver ausgetauscht.

Sie haben ja sozusagen auch - - Sie gehören zu einem amerikanischen Unternehmen. In den USA ist es ja so, dass Lobbytätigkeiten dann ja auch ausgewiesen werden müssen mit entsprechenden Beträgen. Und deswegen wollte ich einfach wissen: Ist das grundsätzlich Standard, dass Sie das nicht machen, also dass Sie das - - sozusagen dass es dafür keine Inrechnungstellung gibt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: So wie ich es Ihnen vorhin schon geschildert habe, ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das hat nichts zu tun sozusagen mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die das auch - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das hat etwas mit meiner Unlust, das zu tun, zu tun.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hatten Sie noch mal gesagt, Sie hätten das auch explizit formuliert, dass Sie nicht bereit seien, Lobbying zu betreiben. Können Sie das noch mal erläutern?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das erläutere ich gerne noch mal. Ich gebe Ihnen auch noch mal sozusagen den mir hier vorliegenden Wortlaut, der mir da gegeben wurde, dass wir sagen, dass wir eben - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Das Höchste der Gefühle, das wir machen, ist, dass wir „advise on - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben Sie es ja geändert. Dann haben Sie ja gesagt, das war der Grund sozusagen, dass Sie gesagt haben, es gäbe ein besonderes staatspolitisches Interesse. Das war die Formulierung; so ungefähr muss es - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war sozusagen - - Wir haben gesagt: Vertraglich ist das erstens nirgends festgelegt, war auch keine Erwartungshaltung. - Und ich habe Ihnen vorhin ja geschildert, warum ich persönlich zu der Entscheidung kam, dass das in diesem Fall richtig war.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Können Sie noch mal sagen grundsätzlich: Was ist Ihre Aufgabe bei Spitzberg Partners?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich Ihnen auch schon geschildert, welche Aufgabe ich als Chairman bei Spitzberg habe. Aber ich lese es Ihnen gerne noch mal vor.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine jetzt so im normalen Doing.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich Ihnen vorhin auch schon gesagt. Ich verweise gerne noch mal auf meine Aussage. Ich lese es Ihnen auch gerne noch mal vor.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihnen wirklich sehr intensiv zugehört. Ich habe vor allen Dingen wahrgenommen, dass Sie ja doch vor allen Dingen sozusagen Termine ermöglichen haben. Das ist bei mir hängen geblieben. Und deswegen wollte ich eben noch ein bisschen einen Eindruck haben von Ihrem Alltag, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich lese es Ihnen gerne - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - inwieweit Sie eben dabei sind, sozusagen Termine zu ermöglichen, wie sozusagen Ihre zeitliche Aufteilung ist in Ihrem Job.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Frau Abgeordnete, ich werde also selbstverständlich zu meinem Alltag Ihnen heute keine Auskunft heute hier geben, weil das ist wirklich nicht der Auftrag des Untersuchungsausschusses. Ich glaube, das ist im Interesse auch der Kollegen, nehme ich mal an, dass mein Alltag vielleicht auch privat bleiben darf.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr beruflicher Alltag interessiert mich.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Auch der berufliche Alltag muss nur so weit vorgetragen werden, als es wirklich relevant fürs Thema ist, nach meinem Verständnis. Ich habe allerdings vorhin über meinen beruflichen Alltag schon mehr Auskunft gegeben, als ich eigentlich müsste, und ich lese Ihnen das gerne noch mal vor.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das müssen Sie nicht. Das kann ich gern im Protokoll noch mal nachlesen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Okay.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, dann hatten Sie gesagt, Sie wussten nichts von den weiteren Terminen, dass Herr Braun selber um einen Termin bei der Kanzlerin gebeten hatte, den er nicht bekommen hat, dass Herr Fritsche einen Termin gemacht hat, dass Herr von Beust - - Diese anderen Aktivitäten, die kannten Sie jetzt nicht. Wie bewerten Sie das?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Frau Abgeordnete, davon wusste ich nichts. Und wie bewerte ich das? Ja, dass es auch Dinge auf dieser Welt gibt, von denen ich mal nichts erfahre. Also, ich habe davon nichts erfahren, und mir wurde es nicht mitgeteilt. Aber es ist auch nicht meine unbedingte Erwartungshaltung gewesen, dass uns Wirecard mitteilt, mit wem sie alles noch so zusammenarbeiten und Ähnliches.

Also, das Einzige, worüber ich - - wo ich gesagt habe, dass ich überrascht - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ging ja um den gleichen Fall. Es ging ja um das Projekt „Heron“. So. Und in dem Projekt „Heron“ hat ja offenbar Wirecard, der Vorstand, der sich offenbar ansonsten nicht so interessiert, sich doch dann bemüht, entsprechende Kontakte zu machen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war, was ich Ihnen vorhin geschildert habe, wo ich gesagt habe, dass ich überrascht war, dass ich an dem

Tag, als ich bei der Frau Bundeskanzlerin war, im Nachhinein in einem Telefonat erfahren habe, von Herrn Gartzke, der offensichtlich an dem Tag darüber informiert wurde - wann genau, weiß ich nicht -, dass in etwa einer Woche oder so was ein Gespräch im Kanzleramt stattfinden sollte zwischen Herrn Ley und Herrn Dr. Röllner. So. Das habe ich - - Das habe ich vorhin auch gesagt: Darüber war ich überrascht.

Und das war das Einzige, was ich erfahren hatte - und da würde ich jetzt mal - - da hätte ich jetzt mal gesagt - - Aber ich weiß auch nicht, was da lief, weil es war - - Im Vorfeld war nicht bekannt meines - - nach meinem Wissen zumindestens, dass ich dieses - - bei Wirecard nicht bekannt, dass ich dieses Gespräch bei der Kanzlerin habe.

Und wenn aber der Gartzke an dem Nachmittag möglicherweise dem Ley gesagt hat, dass ich die Anfrage gestellt habe, um die Unterlagen zu bekommen, die ich dem Dr. Röllner weitergeben kann, dass er, wenn er ihm das da gesagt hatte, wenn dann zum gleichen Zeitpunkt ein Ley oder wer auch immer - - Wahrscheinlich hat er nicht mit Ley gesprochen; ich schätze, dass er mit Waldenfels gesprochen hat und ~~gesagt hat~~: Da findet demnächst ein Gespräch noch mal statt. Dann kann es - - Dann würde ich - - hätte ich mal gesagt, dass der Gartzke sagt: Es wäre mal interessant, dass wir das auch wüssten, wenn ihr über China spricht mit irgendjemandem, nachdem ich mit dem Bundesfinanzministerium gesprochen hatte in den letzten Tagen. - So. Gartzke. Aber ich extemporiere jetzt. Also, das ist - - Ich war in den Gesprächen nicht dabei. Es ist eine Annahme, eine Hypothese meiner Seite.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist um.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann schaue ich noch mal in die Runde. - Möchte die CDU/CSU noch mal? - Matthias Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr zu Guttenberg, Sie hatten ja gerade verdeutlicht, dass zum Thema Blockchain Sie da etwas überrascht waren, dass man da noch - - „Bei null anfangen“



Nur zur dienstlichen Verwendung

will ich jetzt nicht sagen, aber „die Basics erklären“ hatten Sie es genannt. Sie hatten gesagt: Tech-Traum und dann trotzdem unbeleckt, was Blockchain angeht. - So hatten Sie das geschildert. Und vor dem Hintergrund - wir reden ja jetzt über einen Zeitraum etwa 2016/2017 -: Wie haben Sie sich auf der Basis, dass Sie diese Einschätzung damals hatten, erklärt, dass dieses Unternehmen ja doch einen rasanten Aufstieg hingelegt hat? Der Technologievorsprung kann es ja jetzt nicht gewesen sein, fasse ich das jetzt mal zusammen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Na ja, wenn man - - Ich glaube, den Technologievorsprung kann man jetzt nicht nur alleine an einer Technologie aus Hunderten, Tausenden anderen Technologien herauslesen. Ich glaube - - Also, wir hatten damals schon den Eindruck vermittelt bekommen, dass dieses Unternehmen mit ihrer Kernleistung, die sie damals erbracht haben, diesem Payment-Bereich - - dass die da sehr wohl State of the Art waren. Und auch entsprechend traten die ja auf: dass man entsprechend weltweit tätig - - Und all das und jenes. So.

Also, ich war bloß - - Wie ich es Ihnen geschildert habe: Meine erste Einschätzung war: Wenn man ein Unternehmen hat, das ja damals auch schon eine nicht unerhebliche Zahl an Mitarbeitern hatte und sich im Technologierahmen bewegt, und es eine Zeit war, wo Blockchain so einen ersten großen Hype hatte - - Dass man sich damit einfach so wenig befasst hatte, das hatte mich gewundert. Aber das hat mir jetzt nicht den Eindruck hinterlassen, dass ich es mit einem Unternehmen zu tun hatte, das den ganzen Rest einfach komplett aufgeblasen hätte nur. Das war nicht der Eindruck, der sich daraus unmittelbar ergeben hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hatten Sie während der vier Jahre Tätigkeit irgendwann mal Kontakt mit jemandem von EY im Zuge von Wirecard?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, sicher nicht im Zuge von Wirecard. Ob ich irgendwann mal einen EY-Mitarbeiter getroffen habe, kann sein; weiß ich jetzt nicht mehr.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war auch nicht meine Frage. Das war schon bezogen auf Wirecard.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nee, sicher nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dieses Tätigwerden für Wirecard zu China und die AllScore-Übernahme, das war ja - - Das machte ja erst mal einen erfolgreichen Verlauf. Wenn das jetzt nicht so gut gelaufen wäre, hätten Sie dann - - Was hätten Sie dann für andere Möglichkeiten noch gehabt, da beratend tätig zu werden, dass es vielleicht doch noch zum Erfolg kommt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, wenn AllScore nicht gut gelaufen wäre, dann wäre unser Vertrag wahrscheinlich da entsprechend ausgelaufen und beendet gewesen. Also, das ist - - Aber auch das ist eine Hypothese. Ich bin - - Wir hatten sozusagen eine klar formulierte - Wir hatten klar formulierte Vertragsziele offensichtlich oder Dinge, die von uns erwartet wurden, und die waren in dem chinesischen Bereich an die Übernahme AllScore dann letztlich gebunden.

Kann es sein, dass wir noch weiter mit der Company, wenn sie denn so sauber gewesen wäre, wie sie dann nicht war, wenn sie jetzt immer noch tätig wäre - - ob wir - - Also, spielen wir mal die Hypothese weiter: AllScore hätte nicht geklappt. Wirecard wäre ein nur von Engeln geführtes Unternehmen und nichts wäre passiert: Hätten wir uns in dem Fall bemüht darum, zumindestens eine weiterhin „retainer-based“ Aufgabe mit denen durchzuführen? Vielleicht. Aber - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): War Ihr Vertrag denn irgendwie zeitlich befristet oder nur an diese Meilensteine geknüpft?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Meistens war - - Also, nach meiner Erinnerung, kann ich jetzt nur sagen, weil ich habe es jetzt hier nicht vorliegen - - Aber nach meiner Erinnerung waren die Verträge sowohl Meilenstein - - als auch zeitlich befristet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Sie wissen nicht, wann das ausgelaufen wäre?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann Sebastian Brehm.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Ja, herzlichen Dank. - Ich habe noch mal eine Nachfrage zu dem AllScore-Geschäft an sich. Ich weiß nicht, ob man das noch mal in der Klarheit vorhin dargestellt hat, wie der Auftrag zustande gekommen ist und wie Sie die Akquisition gemacht haben des AllScore-Unternehmens und wie es dann letztlich auch zu diesem ganzen Preisgefüge von über 100 Millionen Euro für die 80 Prozent der Anteile kam. Vielleicht können Sie da noch mal erhellen, weil das war, glaube ich, noch nicht in der - - in dem Detail.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, was das Preisgefüge anbelangt, war ich, habe ich vorhin schon gesagt, in so viel Detail, wie ich habe, und daraus ist aber auch deutlich geworden, dass die Zahl 100 Millionen in der Form so nicht zutrifft, also dass das ja noch erheblich geringer war. Auch da ist teilweise sehr - - Nach unseren Erkenntnissen ist da teilweise sehr - - oder zumindest viel zu vage berichtet worden, wenn nicht teilweise falsch.

Zustande kam das so, wie ich es auch geschildert hatte, dass wir im Jahre 2018 gebeten wurden, den Markt in China entsprechend zu screenen für möglicherweise - - mögliche Kooperations-, aber auch mögliche Übernahmekandidaten. Die Xi-Jinping-Entscheidung stand da mit im Hintergrund auch, die Erleichterung des - - potenzielle Erleichterung des Eintritts in den Markt. Und vor dem Hintergrund wurden wir dann eben gebeten, auch die Möglichkeit von Übernahmekandidaten zu identifizieren, diese Shortlist aufzustellen.

Und dann, wie es dazu letztlich kam, auch zu der Transaktion und Transaktionsstruktur - das habe ich ja auch relativ ausführlich geschildert -, das

war nicht unsere Aufgabe, sondern das ist etwas, wo wirklich die entsprechenden Fachleute - mit den Finanzen, auch die Anwälte als diejenigen, die - - die Wirtschaftsprüfer, die mit Wirecard verbunden waren - diejenigen waren, die das entsprechend auf den Weg zu heben hatten.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Wissen Sie, wer die Due Diligence gemacht hat für die Transaktion?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war eine Mischung aus unterschiedlichen Beteiligten. Also, da waren - - Natürlich hat die Due Diligence selbst ein Team von Wirecard verantworten müssen, und das war ein ziemlich großes Team, das daran beteiligt war. Dann war an der Due Diligence meines Erachtens Baker Tilly genauso beteiligt. Dann waren an der Due Diligence, in gewissen Aspekten der Due Diligence, chinesische Partnerkanzleien und Ähnliches mit beteiligt, möglicherweise noch andere Wirtschaftsprüfer. Also, das war ein Haufen Leute.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Das heißt, der Auftrag an sich ist sozusagen - - Das Screening ist von Ihnen erfolgt, aber die Feinanalyse des Unternehmens ist dann letztlich durch die rechtlichen - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich sogar gesagt: Wir wissen auch, was wir nicht können. Also, das ist - - Das hätte völlig - - Das wäre völlig jenseits unserer Kapazitäten gewesen.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Noch mal, um den - - Sie haben vorhin zum letzten Termin mit Herrn Braun noch mal gesagt, dass der doch relativ eigenartig war oder dass er zwar noch selbstbewusst war, aber trotzdem ein Stück weit aus Ihrer Wahrnehmung ein bisschen, wie auch immer, weg von der Realität oder wie auch immer war. So habe ich das zumindest verstanden. Vielleicht schildern Sie noch mal - - Was mich gewundert hat, ist: Sie haben vorhin gesagt, Sie haben auf der Arbeitsebene mit von Waldenfels usw. gearbeitet, also immer unter dem Vorstand, den Herrn Marsalek nicht getroffen als China-Verantwortlichen, obwohl er es vielleicht gar nicht war nach der Schilderung heute.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber wie kam es dann zu diesen Vorstandsterminen mit Herrn Braun? Weil wenn es auf der Arbeitsebene sozusagen in der Abarbeitung der Aufträge ist und man kommt nicht zu dem Vorstand, der für China zuständig ist, warum kommt man dann zum Vorstandsvorsitzenden? Oder was ist die Begründung?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich will noch mal sagen: Wir haben generell mit meiner Company mit denen zu tun, die unser Counterpart im Auftrag sind. Und das waren in dem Fall - - Also, das war am Anfang - - Nee, es war eigentlich immer im Wesentlichen der Herr von Waldenfels, weil - - Der Ley war ja am Ende ja noch - - Der war ja, glaube ich, nur noch Berater von - - Also, der war zwar immer wieder mit dem China-Geschäft mit befasst, aber im Wesentlichen als Berater. Und er war - - Am Anfang unserer Zeit war er noch CFO, in dem Fall auch Vorstandsmitglied. Punkt eins.

Punkt zwei. Wie kam es zu dem Gespräch mit Dr. Braun? Das habe ich ja geschildert, das erste Gespräch, das - - Genau vor dem Hintergrund, den Sie gerade genannt haben, nämlich um das China-Geschäft - - Das war ja die Zielsetzung von denen, die das Gespräch vermittelt haben. Wer das war, weiß ich nicht, ob das Waldenfels war oder ob das - - Ich glaube, es war Waldenfels, der das wollte, aber ich weiß es nicht mehr, weil der Termin von Wirecard - - die Anfrage kam. Ich weiß aber, dass mir der Waldenfels gesagt hat, ich sollte auf jeden - - es sei ihm wichtig, dass ich das Thema China da anspreche - weil, wie ich vorher gesagt hatte, offensichtlich der Vorstand das Thema relativ stiefmütterlich behandelt hatte -, was ich dann, wie ich auch festgestellt habe, mit ein paar Sätzen mehr oder weniger machen konnte, um dann in dieses relativ seltsame andere Gespräch abzuweichen.

Nach meiner Erkenntnis gab es - also, so wurde das uns geschildert - eben gerade keinen für China zuständigen Vorstand. Und ich glaube, es gab auch immer wieder mal eine Diskussion oder eine Debatte darüber - aber das ist wirklich ganz weit in meiner Erinnerung hintendrin -, dass ein - und ich weiß auch nicht mehr, ob es genau so war - - aber dass ein Herr von Waldenfels und

andere in meinen Augen wahrscheinlich zu Recht gesagt haben, diese Position müsste auf jeden Fall mal besetzt werden oder zumindest im Vorstand abgebildet werden, weil das - - die Option China einfach eine so maßgeblich wichtige sei für das Unternehmen.

Ich schnitze mir jetzt hier meine Dinge zurecht im Rückblick, wo ich sage: Es erschließt sich so gewissermaßen das Desinteresse für China daran, dass es offensichtlich eben gerade nicht dem üblichen Geschäftsmodell, dem verlausten und betrügerischen Geschäftsmodell des Unternehmens entsprach. - Aber noch mal: Das ist alles - - Das sind jetzt von meiner Seite Hypothesen. Da kann ich darüber hinaus wenig sagen.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Wir wollen ja ein bisschen den Charakter auch dieser Vorstandschaft und der einzelnen Typen, sage ich mal, dort untersuchen, wie das überhaupt funktionieren konnte, dass diese Geschichte aufgeht.

Aber der Herr Marsalek, sagen Sie - haben Sie ja nicht getroffen; ist auch alles einleuchtend - - aber er wird ja bei allen anderen immer beschrieben als derjenige, der für den kompletten asiatischen Raum zuständig ist.

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Und trotzdem ist er eigentlich nicht zuständig. Das zeigt ja eigentlich, dass er wahrscheinlich ganz andere Zuständigkeiten hatte. Aber da wissen Sie wahrscheinlich nix drüber.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Entschuldigung, Herr Abgeordneter, darüber weiß ich wirklich nichts. Also, mir ist dieser Mann genauso ein Rätsel wie Ihnen.

Sebastian Brehm (CDU/CSU): Gut. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann schaue ich noch mal: Noch jemand von der CDU/CSU? - Gut.

Dann hätte ich noch zwei Fragen, die jetzt bei mir aufgekommen sind, kleinere allerdings: Sind



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie, Ihr Unternehmen oder auch Augustus je von einem Brigadier Gustenau oder einem Herrn Gattringer aus Österreich kontaktiert worden?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Wer ist das?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Brigadier Gustenau ist jemand, der der Wirecard AG mehr oder minder helfen sollte, nach Aussagen eines Sachverständigen hier, ein Projekt in Libyen zu verfolgen, und der auch nach unserem Kenntnis- und meinem Kenntnisstand nach wie vor Mitglied - - im Innenministerium der Republik Österreich arbeitet.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Herr Abgeordneter, ich kann Ihre ^{Frage} ~~Antwort [sic]~~ relativ kurz und knapp beantworten: Nachdem mir die beiden Namen schon nichts sagen - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, damit hat sich auch meine zweite Frage erledigt: Kennen Sie die beiden? Das hätte ja auch umgekehrt mal komplementär sein können. - Okay, dann sind meine Fragen beantwortet.

Dann schaue ich in Richtung SPD. - Cansel Kiziltepe, bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal zurückkommen auf die Vergütungsstruktur; die habe ich nicht ganz verstanden. An was war die Vergütung gekoppelt, die Kompensation?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Frau Abgeordnete, ich habe Ihnen zu der Vergütungsstruktur das gesagt, was ich Ihnen heute sagen kann, auch umfassend bereits dazu Stellung genommen. Dabei kann ich es jetzt auch heute hier nur belassen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Sie haben sich hier wirklich sehr umfangreich vorgestellt, Herr zu Guttenberg. Sie haben hier fast zwei Stunden über diesen Vertrag sich geäußert. Sie sind Chairman von Spitzberg Partners. Wer unterschreibt eigentlich diese Verträge?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nicht ich, und deswegen kann ich mich eben auch nicht so äußern, wie Sie es heute gerne wollen. Die Verträge werden verhandelt und unterschrieben vom Managing Partner Dr. Gartzke.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie unterschreiben diese Verträge nicht.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber Sie müssten ja als Chairman, als Unternehmensgründer Interesse daran haben, dass sie auch vergütet werden, gut vergütet werden.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, sicher. Aber ich habe auch ein gewisses Vertrauen in meine Mitarbeiter, dass sie das anständig machen, und sie haben das in den letzten Jahren sehr anständig gemacht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber Sie haben eben auch gesagt: Die Vergütung war erfolgsabhängig.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ein Teil der Vergütung war erfolgsabhängig; das ist richtig. Aber ich kann Ihnen heute und hier nicht sagen, -

Cansel Kiziltepe (SPD): Können Sie sich - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - wie ich es Ihnen vorhin schon dargestellt habe, wie es sich im Einzelnen genau gestaltete. Ich bin Ihnen hier sozusagen zur Wahrheit verpflichtet in diesem Ausschuss, nehme das gerne wahr, aber ich werde mich nicht in Hypothesen bewegen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, können Sie sich vielleicht daran erinnern - - War das so: „Wenn der Kurs x ist, ist die Vergütung y“, „wenn der Kurs z ist, ist die - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Frau Abgeordnete, ich bitte um Verständnis, dass ich mich auf dieses Spiel hier nicht einlassen kann.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich möchte nur auch ein bisschen darlegen - - Weil das Problem solcher



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vergütungsstrukturen ist ja vielleicht, dass auch Lobbying befördert wird dadurch oder die Beeinflussung der öffentlichen Meinung dadurch befördert wird. Also, ich arbeite ja dann sehr viel stärker daran, dass dieses Unternehmen auch noch mehr Erfolg hat, im Vergleich zu einem Fix- - zu einer fixen Vergütung, dass meine Gesamtvergütung am Ende auch besser wird.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, der Rückschluss, bei allem Respekt, Frau Abgeordnete, erschließt sich mir nicht. Mein Verständnis von einer Dienstleistung ist die, egal ob das nun erfolgsvergütet ist oder ob das rein an einen Retainer gebunden ist, dass man für alles, was man macht - weil man hat auch als Unternehmen einen Ruf zu verlieren -, verdammt noch mal das Beste tut. Und daran ist das gekoppelt, und daran bleibt es auch gekoppelt.

Deswegen kann ich diesen Rückschluss nicht unterstreichen, und der gilt auch nicht für mich und mein Unternehmen. Aber ich finde es trotz allem vollkommen normal, dass man auch eine - - dass man auch mit Erfolgsvergütungen arbeitet. Ich meine, so funktioniert das da draußen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja. Ich will es ja nur wissen, wie es war. Und es wundert mich halt, dass Sie als Chairman von Spitzberg Partners über die Vergütungsstruktur, über das Vergütungsmodell nicht informiert sind.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe Ihnen das - - Frau Abgeordnete, ich darf Ihnen noch mal sagen: Das Modell habe ich Ihnen geschildert, und ich kann Ihnen nur nicht die entscheidenden Zahlen schildern, weil wir hier in die Zukunft gucken müssen und die Zukunft sich als solche nicht ereignet hat.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben ja diesen Artikel in der „FAZ“ über das Leerverkaufsverbot geschrieben, als es das Leerverkaufsverbot schon gab, und der KPMG-Bericht folgte ja dann einen Monat später etwa. Und es ist ja - - Wenn man sich mal so Leerverkaufsverbote anschaut - das gab es ja auch schon mal -, dann ist es oft so, dass sie sich nicht auf eine einzelne Aktie beziehen.

Haben Sie über das Verbot auch mal sich ausgetauscht mit dem BMF oder mit der BaFin?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Meines Wissens habe ich mich weder mit dem BMF noch mit der BaFin über das Leerverkaufsverbot ausgetauscht, also auch in meiner politischen Zeit nicht - meines Wissens. Das ist aber ein paar Jahre her.

Cansel Kiziltepe (SPD): Jetzt gab es ja auch viele Versuche, die Kanzlerin darin zu bestärken, sich für Wirecard einzusetzen. Herr Fritsche war bei ihr, Sie waren bei ihr. Und Sie haben ja auch gesagt, Sie wussten nichts von diesen Terminen, Sie waren verwundert darüber. Von wem kam eigentlich der Vorschlag, dass Sie dieses Thema auf die Agenda bei der Bundeskanzlerin setzen sollen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das habe ich ausgiebig - - Dazu habe ich ausgiebig Stellung genommen. Ich lese es Ihnen aber gerne noch mal vor, wenn Sie wollen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Nein, danke. - Besaßen Sie Anteile an den Unternehmen, für die Sie bei der Kanzlerin geworben haben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Noch mal - also, wir müssen ja genau differenzieren -: Ich habe - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Nicht nur über Wirecard. Sie haben ja auch verschiedene andere Unternehmen - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe vorhin schon gesagt, dass ich bei diesen Treffen für kein anderes Unternehmen geworben habe. Ich habe für zwei - - Ich habe zwei Mit- - zwei Gründer eines Unternehmens benannt. Und daraufhin wurde ich gebeten, diese beiden Namen weiterzugeben. So. Deswegen habe ich da nicht geworben.

Wenn Sie aber auf das Unternehmen Augustus anspielen, ist es richtig: Daran halte ich Anteile.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Haben Sie nach dem Ge- - Haben Sie Frau Bundeskanzlerin Merkel getroffen jetzt in der jüngsten Zeit oder nach dem September 2019?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das habe ich nicht, Frau Abgeordnete.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben nicht mit ihr darüber gesprochen, über diesen Bilanzbetrug?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Ich habe sie auch nicht in der Uckermark besucht. Ich war - - Nichts dergleichen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. Danke schön.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Gerne.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön, Frau Kiziltepe. - Jetzt schaue ich noch mal zum Kollegen Toncar. - Der lächelt; dann will er fragen. Bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ich habe noch eine Nachfrage, auch noch mal zu dem Thema „Meilensteine und erfolgsabhängige Vergütung“. Wie hätten sich denn die Meilensteine - - An was wären denn die Meilensteine bemessen worden nach einer Verschmelzung der AllScore auf die Wirecard AG?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das weiß ich nicht; kann ich Ihnen nicht beantworten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Weil man ja letztlich damit den isolierten Erfolg der AllScore gar nicht mehr messen kann.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, ich kann Ihnen - - Wie gesagt, ich kann Ihnen nicht die genaue Struktur und die - - An was das genau gebunden war und Ähnliches, kann ich Ihnen wirklich nicht schildern. Ich weiß es nicht. Also, es ist - - Ich würde es Ihnen jetzt gerne sagen, aber - - Also, das ist ja auch so ein abstraktes Element, das ich Ihnen gerne sagen würde, aber ich weiß es nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Fabio De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr zu Guttenberg, ich möchte jetzt noch mal fragen, auch vor dem Hintergrund Ihres politischen Erfahrungsschatzes - Sie waren ja auch mal Wirtschafts- und Verteidigungsminister -: Wenn so eine Bundeskanzlerin nach China fährt und auf politischer Ebene verhandelt, dann tut sie das nach meiner Erfahrung oder meiner Einschätzung nicht, ich sage mal, mit dem Hausmeister der People's Bank of China, sondern doch auch - das ist der Comment - mit jemandem, der auf einer ähnlichen protokollarischen Ebene ist. Wer wäre das denn nach Ihrer Einschätzung?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich kann da nur die gleiche Einschätzung wie Sie abgeben: dass üblicherweise die Treffen von der Frau Bundeskanzlerin sich jetzt nicht mit dem Bademeister aus Schanghai abspielen. Also, das ist - - Wahrscheinlich würde sie es sogar gerne machen, aber es ist - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Verzeihung, ich muss lächeln. Ich stelle mir das gerade bildlich vor.

(Heiterkeit)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: In der Regel - aber da sind wir doch beide nur Beobachter - finden diese Gespräche mit dem Staatspräsidenten und mit dem Ministerpräsidenten statt oder nur mit einem von beiden. Ich weiß noch nicht mal, wie ihr Programm da war, mit wem sie sich da getroffen hat. Wie gesagt, manchmal macht sie auf der - - an der Uni irgendwas oder - - Also, ich kannte noch nicht mal sozusagen, auch im Nachgang nicht, den Ablauf ihrer Reise; weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, vielen Dank. - Ich habe abschließend noch wenige Fragen. Sie haben ja berichtet, dass es doch sehr viele Beteiligte gab in diesem Prozess, auch der Due Dilligence, in China. Auch die Tatsache, dass AllScore auch Zahlungsabwicklung im Bereich Onlinepayment macht, ist da nie aufgestoßen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

war nie ein Thema in dieser Due Diligence, wenn da so viele Kanzleien und so beteiligt waren.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das mag ich nicht ausschließen, aber das kann ich Ihnen auch jetzt so nicht beantworten, weil ich da nicht beteiligt war. Also, deswegen weiß ich das nicht. Ich habe sozusagen das, was ich weiß, was da sich abgespielt hat - - habe ich Ihnen heute mitgeteilt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weil, ich sage mal, wenn man da so viel Manpower dransetzt, müsste das ja eigentlich aufgefallen sein, und auch in China gibt es ja offenbar da eine sehr strenge Regulierung. Es wurde ja eine Strafe verhängt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, aber was ich Ihnen hier mitgeteilt habe, Herr De Masi, war - - Also, das, was mir auch mitgeteilt wurde, war, dass man - - dass diese Firma - - AllScore war mit Händlern verbunden. Und da gab es - - In diesen Strukturen gab es nicht nur kleine Fragezeichen. Und da hat die PBoC klipp und klar gesagt: „So nicht!“, und hat diese Händler in großen Teilen abgeschaltet. Also, das war dann erst mal auch etwas, wo dann, als das offensichtlich wurde - - wo dann die Vertreter dort, die die Verhandlungen jetzt da für die Wirecard geführt hatten und das auch uns so mitgeteilt - - wo wir gesagt haben: So, und jetzt? Und dann haben die gesagt: Nee, nee, im Grunde ist uns das lieber so; wir wollen das eben wirklich sauber haben, dass da jetzt nicht irgendwelche alten Leichen da im Keller mit rüberkommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also „dirty business“ eben auch.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: „Dirty business“ raus! Das war die Maßgabe von der PBoC, aber so kommuniziert - deswegen habe ich vorhin ja gesagt: da wird man zum Zyniker - auch von der Wirecard. - Also, das ist der Kenntnisstand, den ich dazu habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann möchte ich Sie noch fragen: Kennen Sie den CSU-Stadtverordneten aus München Michael Dzeba? Also „D - Z - E - B - A“ gesprochen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sind Sie nie begegnet.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie hatten auch keinen Kontakt mit der Felix-Somary-Stiftung?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Was ist das?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist eine Stiftung, die ein Essen, bei dem auch Herr Stoiber und andere zugegen waren, Leute aus dem Sicherheitsbereich, für Herrn Marsalek organisiert hat, -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Kenne ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - das wohl mit diesem Stadtverordneten in Verbindung steht.

Dann möchte ich gerne nur noch wissen: Waren Sie in München schon öfters in der Prinzregentenstraße?

(Heiterkeit)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Beim Friedensengel? - Ach so, jetzt weiß ich, worauf Sie hinauswollen: weil da offensichtlich das Wohnhaus von diesem Herrn M. ist, über den wir heute schon gesprochen haben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Da ist eine Villa. Da wollte ich zunächst noch fragen: Kennen Sie denn Herrn Aleksander Vucak, den ehemaligen TUI-Manager?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der soll da Mitbewohner gewesen sein. Die hatten so eine wilde WG offenbar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nee. Die Prinzregentenstraße ist verdammt lang.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Die ist sehr lang. Da ist nämlich auch P1.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ganz unten. Deswegen heißt es auch „Prinzregentenstraße 1“. Da war ich aber auch seit 25 Jahren nicht mehr oder länger nicht mehr.

(Sebastian Brehm
(CDU/CSU): Da kommen wir auch nicht mehr rein!)

- Ja, da kommt man nicht mehr rein. Seit 40 Jahren nicht mehr.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber Sie kennen Oliver Kahn. Nein, Spaß beiseite!

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Also, nein. Um Ihre sozusagen - - Sie haben die Frage nicht gestellt, aber ich habe - - Wie gesagt, ich hatte mit Herrn Marsalek nichts, also gar nichts, zu tun, null. Null.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. Von meiner Seite keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Wer möchte? - Okay.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde eine Frage stellen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Dr. Bayaz, bitte schön.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach dem UA und wenn die Läden wieder auf sind, muss Herr De Masi, glaube ich, einmal ins P1.

(Fabio De Masi (DIE
LINKE): Das machen wir zusammen, oder?)

- Auf deine Kosten dann natürlich.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):
Florian auch! Zu dritt!)

Spaß beiseite! Es ist ja ein ernstes Thema.

Herr zu Guttenberg, eine Frage hatte ich noch mal: Sie hatten gesagt - - Sie hatten ja von sich aus angesprochen auch die Delegationsreise von Herrn Maas, wo Herr Ley mit dabei gewesen ist. Wie ist die Teilnahme von Herrn Ley da zustande gekommen?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das weiß ich nicht. Ich habe vorhin nur gesagt, dass wir an dieser Reise und an der Reiseorganisation nicht beteiligt waren.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und mit Herrn Maas oder dem AA in irgendeiner Form hatten Sie auch - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Über diese Reise, nein. Mit Herrn Maas habe ich, ich glaube, das letzte Mal zu meiner aktiven Zeit was zu tun gehabt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. Den Rest macht Frau Paus. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte schön, Frau Paus.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann sein, ich brauche noch eine - - Also, ich brauche noch mehr. Könnt euch schon mal drauf einstellen, ob ihr noch eine Runde wollt oder ob ich dann zweimal darf.

Sie hatten schon gesagt, dass Sie von den anderen Terminen da nichts wussten. So, jetzt ist ja da seitdem ein bisschen Zeit auch ins Land gegangen. Haben Sie sich danach dann auch mal - Sie kennen ja Herrn Fritsche, Sie kennen auch Herrn von Beust - mit denen darüber ausgetauscht? Und haben Sie sich auch - - Ja, genau. Die nächste Frage kommt dann gleich.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, Frau Abgeordnete.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen ja auch Roland Berger, nicht? Sie kennen auch August Hanning, und Sie kennen auch Stefan Klestil. Haben Sie sich mit denen jemals über Wirecard unterhalten?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich will Ihrer letzten Aussage widersprechen: Ich kenne Herrn Klestil nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Und ich habe mit Herrn Berger - - Wann habe ich denn den das letzte Mal gesehen? Vor ein paar Monaten. Haben wir da über Wirecard gesprochen? Kann ich nicht ausschließen, aber auf jeden Fall nicht irgendwie in einer Form inhaltlich, wie es hier relevant wäre.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wussten nicht, dass er auch Beratungstätigkeiten gemacht hat für Wirecard?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das ist mir neu.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Und wer war der andere?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): August Hanning und dann auch Ihr ehemaliger Mitarbeiter Ferdinand Prinz von Schönburg-Hartenstein.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Den Letzteren kenne ich auch wiederum nicht. Und Hanning kenne ich, aber mit Hanning habe ich über Wirecard nie gesprochen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann wüsste ich gerne noch von Ihnen - - Noch ein letzter Versuch zu dem erfolgsabhängigen Vertrag: Sie haben ja gesagt, er hat so verschiedene Stufen; aber eine zentrale Stufe ist ja, wenn das Geschäft zustande kommt. Da hatten Sie jetzt schon gesagt, da haben Sie jetzt aber keine Vorstellung, was dann für Sie dabei rausgekommen wäre. Aber ein erfolgsabhängiger Vertrag, da

kriegt man ja noch mal irgendwie Prozente vom Kaufvertrag - - ist jetzt keine gängige Kategorie. Ich nehme mal an, da hatten Sie doch wahrscheinlich einen Standardvertrag, und Ihre Standardverträge kennen Sie doch. Da müsste es doch eigentlich eine Orientierung geben, was bei Kaufabschluss zustande kommt.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Frau Abgeordnete, ich verstehe sozusagen den Versuch, es sozusagen erneut - - Ich kann nur das wiederholen, was ich vorhin schon gesagt habe, und insbesondere will ich auch Ihnen sagen: Nein, es gibt in dem Geschäft sehr selten *den* Standardvertrag, sondern jeder Vertrag wird für sich verhandelt. Und jeder Vertrag folgt seinen eigenen Parametern. Und da habe ich das entsprechende Vertrauen in meinen Mitarbeiter, der das in den letzten Jahren exzellent gemacht hat und der dafür gesorgt hat, dass es der Firma nicht schlecht geht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn den Vertrag unterschrieben?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Habe ich auch schon gesagt. Ich habe keinen dieser Verträge unterschrieben.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann trotzdem noch mal die Frage, weil es ja ein erfolgsabhängiger Vertrag war und weil ja jetzt doch rausgekommen ist, dass Sie ziemlich viel Zeit da investiert haben jetzt für ziemlich wenig Ertrag am Ende des Tages - das hat sich ja da unterwegs auch schon abgezeichnet, insbesondere als Ihnen klar wurde, dass der Vorstand nicht wirklich stramm hinter diesem Projekt steht -: Gab es da irgendeinen Zeitpunkt, wo Sie nicht Sorge hatten, dass dann sozusagen der Vertrag nicht zustande kommt? Hat das Diskussionen bei Ihnen in der Firma ausgelöst?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, das hatte es nicht, weil wir in den Jahren, in denen wir mit unseren Ansprechpartnern zusammengearbeitet hatten, das Gefühl hatten, dass sehr wohl das Projekt voranschritt. Und dass es Hindernisse in einer Firma gibt, was gewisse Projekte anbelangt, das ist nun wirklich nicht nur eine, sagen wir mal, Wirecard-spezifische Angelegenheit,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sondern das haben Sie woanders auch. Und dass man die dann tunlichst überwinden sollte, insbesondere die Leute, die dafür in einer Firma zuständig sind - - das auch.

Ich habe Ihnen auch gesagt: Ich wurde ja dann einmal gebeten, das spezifisch auch anzusprechen, dieses Thema China. Das hatte ich am 17.12.2019 dann auch gemacht, und ich hatte zumindestens nicht den Eindruck, dass nach dem Gespräch da eine Abwehrhaltung darüber entstanden wäre. Das hatte ich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten ja schon erläutert: Ihr Treffen mit Herrn Braun jedenfalls, da war jetzt der Gesprächsinhalt China, glaube ich, eine Minute; kann ich mich erinnern.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Bitte noch mal sozusagen genau differenzieren, Frau Abgeordnete, wie ich es dargestellt habe: Der Gesprächsinhalt China beim ersten Treffen, was eigentlich für das Thema China vorgesehen war, war vielleicht eine Minute. Beim zweiten Treffen, zwölf Monate später, am 17.12., worüber ich berichtet hatte, hatte Herr von Waldenfels um das gar nicht vorgesehene, sondern dann spontane Gespräch mit ihm gebeten wegen China. Da ging aber die Initiative von Herrn von Waldenfels aus.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber das war ja auch nicht - -

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das war dann ein sehr kurzes Gespräch, -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: - aber wo ich noch mal zusätzlich auch darauf hingewiesen habe, dass das ein wichtiger Markt sei und dass es auch für Wirecard ein wichtiger Markt sei, nach meiner Erinnerung; ich weiß jetzt auch den genauen Ablauf da auch nicht mehr. Und das ist entsprechend aufgenommen worden, so wie ich es Ihnen gerade geschildert habe: dass ich nicht das Gefühl hatte, dass da plötzlich ein negatives Sentiment da gewesen war.

Das negative Sentiment, was mir von dem Herrn von Waldenfels geschildert wurde, das habe ich Ihnen gesagt, einfach noch mal in den Kontext hineingesetzt, um zu sagen - noch mal: das ist aber von meiner Seite eine Hypothese -, dass man das Gefühl hat, dass dieses Geschäft nicht in das, was man heute über potenzielle betrügerische Absichten weiß, in irgendeiner Form hineingepasst hätte. Aber da stelle ich jetzt eine Hypothese auf.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir ging es jetzt nur darum, dass es ja dann normal ist, wenn Sie dann mitbekommen, dass eben der Chef nicht da so super interessiert ist und auch bei dem zweiten Termin ein Jahr später auch das Gespräch mit Herrn Braun zu China relativ kurz ist, dass man dann sich Sorgen macht als Vertragspartner, dass eben womöglich der Vertrag am Ende nicht erfolgsorientiert zu Ende kommt, und dass Sie das dann auch notieren und zurückmelden in Ihr Unternehmen, dass es womöglich nix wird mit der erfolgsabhängigen - - Vertragsabschluss.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Sie nehmen jetzt eine Interpretation sozusagen meiner Aussagen vor, die ich so nicht interpretiere. Und von der - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage ist: Aufgrund dieser Wahrnehmung, die Sie uns hier geschildert haben, hat es daraufhin eine Rückmeldung von Ihnen, eine E-Mail, eine - - irgendwas in das Unternehmen hinein, eine Frage noch mal gegeben, inwieweit man das Engagement mit der Wirecard AG zum China-Auftrag überdenken muss, weil es offenbar zu wenig Interesse von der Spitze gibt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein. Ich sage noch mal: Es gab für mich keinen Anlass nach diesem Treffen am 17.12., das China-Engagement zu überdenken, sondern es war ein Gespräch, wo ich versucht habe, den CEO darauf hinzuweisen, dass es wichtig ist, und ich habe von dem CEO nicht das Gefühl bekommen, dass diese Nachricht bei ihm nicht angekommen sei. Also, von daher gab es überhaupt keinen Grund,



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt noch mal das alles infrage zu stellen. Im Gegenteil: Es wurde einfach weitergearbeitet.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann noch eine Frage: Sie hatten ja - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Paus, ganz kurz. - Ich frage mal jetzt rum, weil die Zeit ist jetzt schon etwas rum: Wie ist das Interesse bei CDU/CSU? War kein Interesse mehr, eine Frage zu stellen?

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Das Interesse
ist groß, aber wir haben die
Fragen gestellt!)

- Alle gestellt so weit. - Ich gucke mal rüber zu den Kollegen der SPD: Dr. Zimmermann? - Ich habe auch keine Fragen mehr. Dr. Toncar? - Fabio De Masi? - Dann noch mal sechs Minuten. Gut.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Dann noch mal: Sie hatten ja gesagt, dass Sie Ihre Geschäftspartner doch intensiv auswählen, dass es auch Zuständige gibt bei Ihnen. So. Jetzt war die Geschäftsbeziehung mit Wirecard ja schon ein bisschen länger. Trotzdem: Dieses Engagement zu China ging ja erst dann 2018 los.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Richtig.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal zu der Frage, die auch Herr Brehm schon gestellt hatte: Herr Marsalek war ja der Zuständige für das Asien-Geschäft. Zu Beginn des Projektes: Warum haben Sie nicht - - Waren Sie nicht überrascht, dass der Zuständige im Vorstand für das Asien-Geschäft überhaupt nicht an Bord ist, dass er gar nicht auftauchte in der ganzen Auseinandersetzung?

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Das dritte
Mal!)

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ich habe die Frage schon beantwortet: weil er gar nicht in unserer Wahrnehmung auftauchte, auch weil sozusagen für uns nicht klar war, dass es überhaupt einen Zuständigen für das Asien-Geschäft gibt

und für China oder irgendwas. Das war gar nicht unser zuständiger Ansprechpartner.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten doch gesagt, Sie überprüfen genau, mit - - wenn Sie in solche Geschäfte und Projekte reingehen.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ja, noch mal: Aber zu dem damaligen Zeitpunkt haben wir die Überprüfung so vorgenommen, Frau Abgeordnete, dass man - - Wer wusste zu dem damaligen Zeitpunkt, als wir da im Jahre 2018 das China-Geschäft - - wer wusste damals von den Machenschaften von Herrn Marsalek? Sie? Sie nicht, ich auch nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war öffentlich, glaube ich, wissbar, dass er das Asien-Geschäft betreut in der Wirecard AG.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, aber es war - - Noch mal: Die Frage hat sich für uns überhaupt nicht gestellt, weil er nicht unser Counterpart, unser Ansprechpartner war. Und es gab für uns keinen Anlass im Jahre 2018, mit Herrn Marsalek in Kontakt zu treten. Für was?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil er der Zuständige im Vorstand ist fürs Asien-Geschäft.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, die zuständigen Leute für das China-Geschäft, Frau Abgeordnete, waren mit uns direkt in Kontakt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann noch eine allerletzte Frage: Sie hatten ja mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie finden, dass - - also dass der Schritt sozusagen, mit der Kanzlerin darüber zu sprechen, war, dass das im Sinne sozusagen der Bundesrepublik Deutschland gewesen ist. Wenn Sie anderer Meinung gewesen wären, hätten Sie das nicht getan. Und Sie haben auch gesagt: Es ist völlig klar, muss auch so sein, dass eben ab einer gewissen Größenordnung Unternehmen, deutsche Unternehmen in China keinen Erfolg haben, wenn sich die Bundesrepublik Deutschland, die Regierung nicht darum kümmert. - So.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Würden Sie jetzt heute sagen: „Die Standards in der Betreuung dieser Aufgabe des politischen Supports für deutsche Unternehmen, der Standard der Bundesregierung ist derzeit ausreichend“, oder hätten Sie da für uns noch Hinweise, was da verbessert werden sollte bei der Überprüfung im Vorfeld, welche Unternehmen man unterstützt?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Das ist eine sehr gute Frage, Frau Abgeordnete.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Ihre anderen waren auch exzellent.

(Heiterkeit)

Also, ich habe ja vorhin schon mal einen leisen Hinweis darauf gegeben, dass ich gesagt habe: Wir mussten darauf vertrauen, dass wir es, sagen wir mal, mit Counterparts zu tun haben, die im Zweifel über sehr viel mehr Informationen oder Zugang zu Informationen verfügen als beispielsweise jetzt ein Berater. - Trotzdem, glaube ich, müssen wir uns alle im Zuge dieser wahnsinnigen Geschichte hier die Frage stellen: Was kann man besser, was kann man mehr machen? Ich glaube, diese Aufgabe kommt sicher auch auf die Bundesregierung zu. Also, dass man Lehren aus dem Fall Wirecard zieht, versteht sich in meinen Augen von selbst.

Und dass es - - dass man - - Und jetzt bewegen wir uns wirklich in der Frage des „Hätten-wissen-Können“. Ich habe das ja versucht heute mal so ein bisschen zu differenzieren.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir machen ja auch Politikempfehlungen. Wir wollen ja auch was entwickeln für die Zukunft.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Beim „Hätten-wissen-Müssen“ ist das, glaube ich, schwierig. Oder: Sie wussten. Das können wir, glaube ich, ausschließen. Ein „Hätten-wissen-Müssen“ - - Wahrscheinlich geht es darum, wie man ein „Hätte-wissen-Müssen“ für die Zukunft ent-

sprechend einpackt. Und ein „Hätte-wissen-Können“, glaube ich - - müssen wir uns alle die Frage stellen: Hat man das Notwendigste getan? Und auf wen oder was hat man sich dabei verlassen?

Ich kann mir jetzt - - Und das wünsche ich mir jetzt nicht nur als einer, der jetzt nicht bei einem nächsten Klienten wieder fröhlich vor einem Untersuchungsausschuss sitzen will, sondern das wünsche ich mir jetzt als Staatsbürger dieses Landes, dass ich sage: Wenn ein großes Unternehmen, insbesondere das es in den DAX schafft, über Jahre hinweg mit so was durchkommt und im Grunde eine gesamte Nation inklusive ihrer hochmögenden wen auch immer, inklusive uns, der Medien, Ihnen, allen, entsprechend mit einer Geschichte zu täuschen weiß, dann wünsche ich mir, dass daraus Lehren gezogen werden, dass man Unternehmen, die man im Ausland unterstützt und wenn die dann auch entsprechend mit einer entsprechenden Größe oder entsprechenden Sichtbarkeit, etwa im DAX, abgebildet sind - - dass man die wahrscheinlich noch intensiver unter die Lupe nimmt, als das bislang der Fall war.

Also, das Vertrauen, dass ein DAX-Unternehmen als solches im Grunde allen Standards entsprechen könnte oder müsste - - Ich meine, das haben wir auch schon bei anderen Unternehmen gesehen, dass es vielleicht nicht immer der Fall ist, aber das ist schon, sagen wir mal, eine Geschichte, die mich bis heute, wahrscheinlich ähnlich wie Sie, sprachlos macht. Aber ich - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es noch weitere Standards, die Sie meinen, die man da beachten müsste?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Aus dem Ärmel fallen mir jetzt hier keine ein, aber, ich meine, ich kann Ihnen allen nur wirklich eine gute und eine gesegnete Hand hier wünschen, dass Sie das herauskitzeln in Ihren Untersuchungen und dass das, was heute hier spürbar ist, dass es jetzt hier nicht um ein rein parteipolitisches Instrument geht, was vor Wahlen in einem Untersuchungsausschuss nicht immer ganz leicht ist - aber das war ja heute explizit nicht der Fall - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

und dass der Untersuchungsauftrag, wie er formuliert ist, so wie ich ihn verstanden habe, ja zur Verbesserung dieser Standards am Ende dienen soll - - kann ich Ihnen nur eine gute Hand wünschen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten gesagt, das BMF haben Sie als stark unterstützend wahrgenommen. Insbesondere ist ja Wolfgang Schmidt hier sozusagen präsent. Sie hatten jetzt selber gesagt, Sie hatten jetzt keinen Kontakt zu Scholz oder so. Aber haben Sie - - Können Sie uns trotzdem noch mitgeben: „Gab es sozusagen in Ihrem Team weitere Hinweise, sozusagen welche Stellen im BMF noch zusätzlich, außer Herrn Wolfgang Schmidt, unterstützend waren?“

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nein, da habe ich jetzt keine Kenntnis. Aber ob es in meinem Team Kenntnis gibt, das weiß ich nicht. Also, das - - Aber ich selber habe da keine aktive Kenntnis.

Ich habe übrigens das auch nicht so formuliert, dass ich gesagt habe, dass das - - ich hätte gesagt, das BMF hätte stark unterstützt. Ich habe es so formuliert, wie ich - - Sie haben unterstützt. Aber ich habe diese Formulierung nicht so gewählt, wie Sie es jetzt gerade gesagt haben.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten einmal auf Herrn De Masi geantwortet. Da war eine andere - - etwas - - nicht genau „unterstützt“, aber unterstützend.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Paus, die sechs Minuten sind schon wieder rum.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann eine allerallerletzte Frage: Das Leerverkaufsverbot der BaFin - das hatten Sie auch in Ihrem Statement erläutert - war für Sie doch wichtig und einschneidend. Können Sie dazu noch zwei Sätze mehr sagen, welche Bedeutung Sie diesem Verbot zumessen würden in der ganzen Geschichte?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Na ja, es hat die Argumentation und die Kraft des Artikels der „Financial Times“ nachhaltig geschwächt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte noch eine allerallerletzte. Zur „Financial Times“ - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist aber sehr lang. Aber weil heute Weihnachten ist - - Wenn es denn die allerallerallerallerletzte ist, -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ist es wirklich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - dann bin ich dabei.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil er es selber angesprochen hat, die „Financial Times“. Sie lesen ja die „Financial Times“, nehme ich an.

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Nicht jeden Tag, aber schon gelegentlich.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, so. Also, wir hatten jetzt schon den Eindruck: Ansonsten wird sie in deutschen Behörden nicht gelesen. - Und da wollte ich einfach noch mal fragen: Als ehemaliger Minister, könnten Sie da uns noch was dazu sagen? Wie ist sozusagen die Wahrnehmung der nichtdeutschen Presse sozusagen in deutschen Behörden? Sehen Sie da auch Verbesserungsbedarf?

Zeuge Karl-Theodor zu Guttenberg: Och, das weiß ich wirklich nicht. Also, ich kann mich erinnern, dass zu meiner kurzen, dünnen Zeit als Kabinettsmitglied ich Wert darauf gelegt habe, auch die wesentlichen internationalen Briefings zu den Themen zu bekommen, und ich hatte jetzt nicht den Eindruck, dass man über diesen Wunsch jetzt über alle Maßen überrascht gewesen sei.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Dann schaue ich noch mal in die Runde. - Kopfschütteln überall. Gut. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne allerdings ist Ihre Vernehmung noch nicht abgeschlossen. Vielmehr wird



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich an dieser Stelle recht herzlich bei Ihnen bedanken, wünsche Ihnen nicht nur einen guten Tag, eine gute Heimreise und zur fortgeschrittenen Vorweihnachtszeit gesegnete Weihnachten, guten Rutsch! Bleiben Sie beide gesund! - Vielen Dank, dass Sie hier waren, im Namen des Ausschusses und der Abgeordneten.

Jetzt würde ich im eigenen Interesse ganz kurz mal bitten - Viertelstunde vielleicht -, dass wir um 17 Uhr fortsetzen. Ich würde mir einfach gerne einen Kaffee holen, was zu essen. Und ich glaube, vielleicht tut den anderen Kollegen eine Viertelstunde Pause auch ganz gut. Sie können die Presse informieren.

(Zuruf)

- Statements sind gewünscht; umso besser.

Dann bitte ich um sensible Handhabe und würde bis 17 Uhr in etwa unterbrechen. Und dann bitte ich trotzdem schon - der Kollege ist der Nächste, Papageorgiou -, dass der sich mit rechtlicher Vertretung dann bereithält. - Danke.

(Unterbrechung von
16.43 bis 17.11 Uhr)

Annex:

- Bzgl. meiner Erklärung auf S. 25/26 zu meiner Interaktion mit den Herren Ley und von Waldenfels habe ich das Protokoll zum Anlass genommen, auch dieses noch einmal im Nachgang zu überprüfen. In dem benannten Email Austausch, beginnend am 21.10.2019, wird ein Telefonat mit Ley und von Waldenfels am 29.10. erwähnt, an das ich mich aber nicht erinnern kann. Der kurze Email-Austausch begann am 21.10. und endete am 30.10., was mir aber zum Zeitpunkt der Vernehmung nicht innerlich war.
- Bzgl. meiner Erklärung auf S. 73 zu Kontakten zu Aufsichtsräten habe ich das Protokoll zum Anlass genommen, auch diese Frage noch einmal im Nachgang zu überprüfen. Ich habe nach meiner heutigen Erinnerung einmal Thomas Eichelmann getroffen, weiß aber noch nicht einmal mehr wo und genau wann (jedenfalls vor 2020) und ob er damals bereits Mitglied im Aufsichtsrat war. Keinesfalls war er Aufsichtsratsvorsitzender. Ansonsten kenne ich niemanden der Aufsichtsräte von Wirecard.
- Bzgl. meiner Erklärung auf S. 86 stelle ich fest, dass nach meinem Wissen im Vorfeld bei Wirecard nicht bekannt war, dass ich das Gespräch am 3.9.2019 bei der Bundeskanzlerin haben würde. Im Nachgang dieser Vernehmung wurde mir von meinem Team mitgeteilt, dass um den 30.8.2019 Dr. Gartzke mit Herrn von Waldenfels über mein geplantes Treffen im E-Mail-Austausch stand. Ich kannte diesen bilateralen Austausch nicht und war auch nicht an ihm beteiligt.

Anlage 2

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Michael Papageorgiou

3.UA Postfachaccount PA30

Von: [REDACTED]
Gesendet: Donnerstag, 14. Januar 2021 10:30
An: 3.UA Postfachaccount PA30
Cc: Raue Frank PA30; [REDACTED]
Betreff: Antwort: Ihre Zeugenvernehmung am 17. Dezember 2020
Anlagen: Anschreiben_Korr_Papageorgiou.pdf; Protokollausschnitt_Papageorgiou.pdf
Kategorien: Protokollkorrekturen - Ramona -

Sehr geehrte Frau Dr. Schimmel,

gemäß Anschreiben kann ich Korrekturen an offenkundigen Übertragungsfehlern vornehmen oder Ausführungen in der Sache richtigstellen. Nach Durchsicht des vorläufigen Protokolls möchte ich von dieser Möglichkeit an vier Stellen Gebrauch machen:

Seite 109 :

Korrektur eines Übertragungsfehlers (Änderung von "innerlich" in "erinnerlich") Zeuge Michael Papageorgiou: Diese Details sind mir nicht mehr innerlich.
Korrekt: Diese Details sind mir nicht mehr erinnernlich.

Seite 114:

Korrektur eines Übertragungsfehlers (Änderung von "innerlich" in "erinnerlich") Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist mir nicht innerlich, dass ich da so eine Einführung erhalten hätte. Ich verfasse - -
Korrekt: Das ist mir nicht erinnernlich, dass ich da so eine Einführung erhalten hätte. Ich verfasse - -

Seite 108:

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis davon, dass sich das Bundeskanzleramt oder das Bundesfinanzministerium für Wirecard in China eingesetzt haben?
Zeuge Michael Papageorgiou: Davon habe ich keine Kenntnis.

Nach meiner Erinnerung bezog sich die Frage darauf, ob „sich das Bundeswirtschaftsministerium oder das Bundesfinanzministerium für Wirecard in China eingesetzt haben?“. Für den Fall, dass es sich nicht um einen Übertragungsfehler handelt und tatsächlich nach dem Bundeskanzleramt und nicht nach dem Bundeswirtschaftsministerium gefragt wurde, habe ich das falsch verstanden und meine hierauf gegebene Antwort ist nicht zutreffend. Sachlich richtig ist in diesem Fall meine auch auf Seite 102 des Protokollentwurfs enthaltene Aussage: „Mir ist bekannt, dass die Bundeskanzlerin das Thema ‚Übernahme von AllScore durch Wirecard‘ bei ihrer China-Reise angesprochen hat.“

Seite 122:

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja. War das der einzige Kontakt mit dem Kanzleramt zwischen Ihrer Ladung und dem heutigen Tag, oder gab es noch mehr?
Zeuge Michael Papageorgiou: Das ist der einzige Kontakt, an den ich mich positiv erinnere.

Zur Klarstellung: Im Vorfeld dieses Kontakts gab es weitere Kontakte, die aber lediglich der Abstimmung meines Besuchstermins im Bundeskanzleramt dienten. Daher stelle ich hiermit klar, dass von meiner im Protokollentwurf auf Seite 122 enthaltenen Antwort die Kontakte zur Terminfindung nicht umfasst waren.

Für eine kurze Empfangsbestätigung wäre ich Ihnen verbunden.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Papageorgiou

Michael Papageorgiou
Deutsche Bundesbank
Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht

Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

E-Mail: [REDACTED]
<mailto:%20[REDACTED]>
www.bundesbank.de

--

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail oder von Teilen dieser Mail ist nicht gestattet.

Wir haben alle verkehrsüblichen Maßnahmen unternommen, um das Risiko der Verbreitung virenbefallener Software oder E-Mails zu minimieren, dennoch raten wir Ihnen, Ihre eigenen Virenkontrollen auf alle Anhänge an dieser Nachricht durchzuführen. Wir schließen außer für den Fall von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit die Haftung für jeglichen Verlust oder Schäden durch virenbefallene Software oder E-Mails aus.

Jede von der Bank versendete E-Mail ist sorgfältig erstellt worden, dennoch schließen wir die rechtliche Verbindlichkeit aus; sie kann nicht zu einer irgendwie gearteten Verpflichtung zu Lasten der Bank ausgelegt werden.

This e-mail may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this e-mail in error) please notify the sender immediately and destroy this e-mail. Any unauthorised copying, disclosure or distribution of the material in this e-mail or of parts hereof is strictly forbidden.

We have taken precautions to minimize the risk of transmitting software viruses but nevertheless advise you to carry out your own virus checks on any attachment of this message.

We accept no liability for loss or damage caused by software viruses except in case of gross negligence or willful behaviour.

Any e-mail messages from the Bank are sent in good faith, but shall not be binding or construed as constituting any kind of obligation on the part of the Bank."3.UA Postfachaccount PA30" ---04.01.2021 19:43:40---Sehr geehrter Herr Papageorgiou, beigefügt übersende ich Ihnen das vorläufige stenografische Protoko

Von: "3.UA Postfachaccount PA30" <3.untersuchungsausschuss@bundestag.de>

An: [REDACTED] [REDACTED]

Kopie: "Raue Frank PA30" [REDACTED] "3.UA Postfachaccount PA30" <3.untersuchungsausschuss@bundestag.de>

Datum: 04.01.2021 19:43

Betreff: [EXTERN] Ihre Zeugenvernehmung am 17. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Papageorgiou,

beigefügt übersende ich Ihnen das vorläufige stenografische Protokoll nebst Anschreiben Ihrer Zeugenvernehmung am 17. Dezember 2020.
Die Originale gehen Ihnen per Post zu.

Bitte bestätigen Sie kurz den Erhalt der Unterlagen, gerne auch per E-Mail.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

--
Dr. Dominique Schimmel
Sekretariat PA 30
3. Untersuchungsausschuss (Wirecard)

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
10117 Berlin
Telefon: +49 30 227-32062 (Vz)
Telefon: [REDACTED]
Telefax: +49 30 227-36333

3.untersuchungsausschuss@bundestag.de

[REDACTED]
www.bundestag.de

Datenschutzhinweise: www.bundestag.de/datenschutz
(See attached file: Anschreiben_Korr_Papageorgiou.pdf)(See attached file: Protokollausschnitt_Papageorgiou.pdf)

Anlage 3

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Jan-Ole Peters

3.UA Postfachaccount PA30

Von: Gerhard Michael [REDACTED]
Gesendet: Montag, 18. Januar 2021 19:17
An: Schimmel Dominique PA30
Cc: 3.UA Postfachaccount PA30; [REDACTED]
Betreff: 3. UA Aussage Zeuge Peters

Sehr geehrte Frau Schimmel,

der Einfachheit halber bestätige ich im Auftrag und nach Rücksprache mit dem Zeugen den Inhalt des Protokolls auf diesem Weg mit folgender Maßgabe:

Auf S. 151, rechte Spalte, 3. Absatz, muss es nicht „Induzierung“, sondern „Indossierung“ heißen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael

V.: Frist streichen, 3 Mo.

.....

GÖHMANN

Rechtsanwälte Abogados Advokat Steuerberater Partnerschaft mbB

Dr. Gerhard Michael*

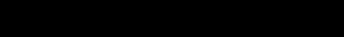
Rechtsanwalt

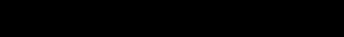
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Tauentzienstraße 11

Europa-Center

10789 Berlin

Tel.: 

Fax: 

Web: www.goehmann.de <<http://www.goehmann.de/>>

Partnerschaft mbB, Sitz Berlin (Liste der Partner: www.goehmann.de/goehmann/partner
<<http://www.goehmann.de/goehmann/partner>>)

eingetragen im Partnerschaftsregister Berlin, Amtsgericht Charlottenburg, PR 512 B

*Partner i.S.d. PartGG

Soweit Sie uns eine E-Mail-Adresse mitteilen, uns per E-Mail kontaktieren oder unsere E-Mail ohne Vorbehalt entgegennehmen, willigen Sie darin ein, dass wir Ihnen per unverschlüsselter E-Mail Informationen aller Art (einschließlich Dokumente und Entwürfen) zusenden dürfen, obwohl diese Form der Kommunikation nur eingeschränkte Vertraulichkeit und Integrität gewährleistet. Soweit Sie den Einsatz von Verschlüsselungsverfahren wünschen, teilen Sie uns dies bitte mit.

Anlage 4

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Wolfgang Schmidt



Wolfgang Schmidt
Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Deutscher Bundestag
3. Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode,
z.Hd. Frau Dr. Dominique Schimmel
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

TEL

FAX

E-MAIL

DATUM 02. März 2021

vorab per E-Mail:

[REDACTED]

BETREFF **Berichtigungen und Ergänzungen Protokoll der Vernehmung Staatssekretär Wolfgang Schmidt**

GZ **PA 30 – 5452-1**

Sehr geehrte Frau Dr. Schimmel,

beigefügt erhalten Sie meine schriftlichen Berichtigungen und Ergänzungen der vorläufigen Fassung des Protokolls meiner Vernehmung am 17. Dezember 2020. In beiden Teilen des Protokolls habe ich handschriftliche Anmerkungen vorgenommen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese berücksichtigen würden.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 13. Sitzung - vorläufige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den, 17. Dezember 2020, 11.00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal 2.600

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einziger Punkt der Tagesordnung	Seite
<u>Öffentliche Zeugenvernehmung</u>	
Karl-Theodor zu Guttenberg (Beweisbeschluss Z-2)	9
Michael Papageorgiou (Beweisbeschluss Z-34)	101
Jan-Ole Peters (Beweisbeschluss Z-52)	131
Wolfgang Schmidt (Beweisbeschluss Z-9)	180
Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller (Beweisbeschluss Z-15)	siehe separates Protokoll
Joschka Langenbrinck (Beweisbeschluss Z-30)	siehe separates Protokoll
Ole von Beust (Beweisbeschluss Z-29)	siehe separates Protokoll

* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann dem endgültigen Protokoll beigelegt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen
Wolfgang Schmidt

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann bitte ich - und ich sehe, er ist schon da - unseren vier-ten Zeugen heute, Herrn Wolfgang Schmidt, in den Sitzungssaal. Herr Staatssekretär, ich heiße Sie zu späterer Stunde - ist noch nicht eine späte Stunde - recht herzlich willkommen.

Herr Schmidt, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen Wahrheitspflichten wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür vielen Dank, weil in der Summe der vielen Zeugen spart das richtig Zeit.

(Der Zeuge nickt)

Damit kann ich mich auf einige technische Hinweise beschränken, die ich Ihnen jetzt geben möchte.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis; der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, herzlichen Dank, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann haben Sie auch schon - ich sehe schon, Sie sind auch öfters hier - das Mikro bedient. Das ist ganz wichtig, weil eine Tonaufnahme mitläuft.

Insoweit: Immer wenn Sie sprechen, das Mikro betätigen.

Herr Schmidt, insoweit würde ich Sie jetzt zu Ihrer Person kurz vernehmen. Ich würde Sie daher kurz bitten, sich uns vorzustellen mit Vornamen, Namen, Alter, Beruf, Wohn- oder Dienstort.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Mein Name ist Wolfgang Schmidt. Ich bin 50 Jahre alt, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und wohne in [REDACTED].

Vorsitzender Kay Gottschalk: Prima. - Herr Schmidt, Sie können dann nun, wenn Sie es wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich auch, nun bei Ihnen sein zu dürfen. Ich bin ja im Bundesministerium der Finanzen für die Abteilung I, die volkswirtschaftliche Grundsatzabteilung, zuständig, mit der damaligen Unterabteilung I C; jetzt sind das zwei Unterabteilungen, I C und I D, die ~~damit~~ ^{HS} unter anderem zuständig sind für die internationale Finanz- und Währungspolitik.

Das setzt ein bisschen an an meine vorherige Tätigkeit, bevor ich 2018 ins Finanzministerium gewechselt bin, als ich sieben Jahre lang als Staatsrat und Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg unter anderem auch für die auswärtigen Angelegenheiten zuständig war. Und da Hamburg historische Beziehungen zu China hat, hatte ich damals schon etwas mehr mit der Volksrepublik zu tun.

Für mich ist jetzt ein bisschen die Herausforderung - und für Sie damit auch -, bei dem heutigen Zeugenauftritt hier zu unterscheiden zwischen dem Wissen heute, nach der Insolvenz der Wirecard AG im Sommer 2020, und dem Wissen damals, zum Zeitpunkt des zweiten hochrangigen deutsch-chinesischen Finanzdialogs und meiner Mail an den chinesischen Vizeminister Liao Min in der ersten Hälfte 2019. Denn wie einige von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen mitbekommen haben, habe ich mich auch ab dem Sommer 2020 gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im BMF sehr intensiv mit der Aufklärung der Vorgänge um die Wirecard AG beschäftigt. Mit vielen von Ihnen und euch bin ich dann ja durchaus in den letzten Monaten auch im regen Austausch gewesen und auch in der ein oder anderen kontroversen Diskussion. Ich bin also tief in die Details eingestiegen und habe, wie viele von Ihnen ja auch, die Sommerferien weitgehend mit Wirecard verbracht. Das bringt aber jetzt natürlich die Gefahr mit sich, dass dieses heutige Wissen sich bei meiner Darstellung, meinen Antworten vermengt mit den Kenntnissen und dem Wissen damals und dass dann der Eindruck entstehen könnte, ich hätte damals das Wissen gehabt, über das ich heute verfüge. Das war naturgemäß nicht der Fall; insofern müssen wir gemeinsam ein bisschen gucken, dass wir das hinkriegen.

Wie Sie wissen, sind die Prämissen von Bundesminister Olaf Scholz sehr klar im Umgang mit dem Betrugsfall Wirecard: volle Transparenz herstellen, die Aufklärung vorantreiben und Konsequenzen ziehen. Das teile ich voll und ganz, und so sind wir auch zum Themenkomplex China vorgegangen. Daher freut es mich, dass wir hier zusammen sind und ich bei Ihnen sein darf und hoffentlich mithelfen kann bei der Aufklärung der Frage, ob die Bundesregierung Wirecard bei deren geschäftlichen Aktivitäten in China in unbotmäßiger Weise begleitet hat.

95 Andererseits freue ich mich, dass gestern im Kabinett der Entwurf des Gesetzes zur Stärkung der Finanzmarktintegrität beschlossen wurde, das die erkennbar dringend notwendigen Reformen der Bilanzkontrolle, des Wirtschaftsprüferrechts und anderer Dinge vorsieht. Ich glaube, dass das auch unabhängig von Ihren weiteren Erkenntnissen wichtig ist: dass die jetzt schon erkannten Regelungslücken schnell geschlossen werden, damit sich so ein Skandal nicht wiederholen kann.

Heute geht es ja insbesondere um China und Wirecard, und dabei spielen die Aktivitäten der Bundesregierung im Rahmen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs eine besondere Rolle. Ich

möchte Ihnen daher gerne die Hintergründe dieses hochrangigen Dialogs schildern und dann erläutern, dass sich die Bundesregierung im Rahmen der dort getroffenen Vereinbarungen bewegt hat, und das gilt auch für mich persönlich. - Und um das auch gleich vorneweg zu sagen: Anders als manchmal unterstellt, war Wirecard kein Liebling der Bundesregierung und hat auch keine Sonderbehandlung genossen.

Bei dem deutsch-chinesischen hochrangigen Finanzdialog im Januar 2019 ging es um eine Vielzahl von Themen. Da ging es zum einen um politische Aspekte, wie die bilaterale Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten, aber vor allem auch die Zusammenarbeit im internationalen Bereich, also insbesondere bei den G20 und zur WTO. Zum anderen - und das ist der Teil, der hier natürlich besonders interessant ist - ging es darum, die deutsch-chinesische Zusammenarbeit im Finanzbereich zu vertiefen, konkret also auch den chinesischen Markt für deutsche Finanzunternehmen, wie Banken und Versicherungen, zu öffnen. Da geht es zunächst darum, dass die chinesische Regierung diese Marköffnung für möglichst viele Bereiche zusagt; aber es geht dann in der Folge auch darum, dass die mit der Volksrepublik China vereinbarten Marköffnungen auch tatsächlich Wirklichkeit werden.

Und dazu ist es sehr üblich, dass deutsche Unternehmen um Unterstützung der Auslandsvertretung und auch der Bundesregierung oder der Landesregierung bitten. Sich dieser Anliegen anzunehmen, gehört zu den üblichen Maßnahmen der Außenwirtschaftsförderung übrigens nicht nur der Bundesrepublik Deutschland und auch nicht nur in China. Aber in China ist das wegen der Besonderheiten des dortigen Wirtschaftssystems mit der starken Stellung der Kommunistischen Partei von besonderer Bedeutung. Daher sind die Bundesministerien und das Bundeskanzleramt sowie die deutsche Botschaft regelmäßig mit den chinesischen Gesprächspartnern im Kontakt und weisen auch häufiger auf entsprechende Vereinbarungen sowie das konkrete Interesse deutscher Unternehmen an der Umsetzung dieser Vereinbarungen hin.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Auch wenn sich dieser Untersuchungsausschuss natürlich auf *ein* Unternehmen fokussiert, ist mir das ganz wichtig, festzustellen: Es ging bei der Markttöffnung im Rahmen des Finanzdialogs um eine Vielzahl von Einzelpunkten und um viele verschiedene Unternehmen.

Im Ergebnis des Dialogs wurden mehrere Vereinbarungen unterzeichnet - das sollte beachtet werden, wenn heute immer wieder nur von dem einen Unternehmen die Rede ist -; unterzeichnet wurden unter anderem ein Abkommen zur deutsch-chinesischen Kooperation bei der Bankenregulierung, ein Abkommen zur Kooperation beim Wertpapierhandel und ein Memorandum of Understanding zwischen der Bundesbank und der chinesischen Zentralbank, der People's Bank of China.

Daher ein paar Bemerkungen zum zweiten hochrangigen deutsch-chinesischen Finanzdialog, der am 17. und 18. Januar 2019 in Peking stattfand mit Bundesminister Olaf Scholz, Bundesbankpräsident Weidmann, BaFin-Präsident Hufeld; und auch der Kollege Kukies und ich und eine Vielzahl von Fachkolleginnen und Fachkollegen aus dem BMF waren dabei, ebenso wie viele Journalistinnen und Journalisten, die ausgiebig über das Treffen und die Ergebnisse und die Reise berichtet haben.

Wie der Name schon suggeriert, haben wir beim *zweiten* hochrangigen deutsch-chinesischen Finanzdialog nicht bei null oder bei eins angefangen, sondern es gab einen ersten Finanzdialog, und zwar im Jahre 2015, und schon bei diesem ersten Dialog ging es auch um das Thema Marktzugang und das Thema Zahldienste. Damals wurde das in der Vereinbarung unter Punkt 12 benannt - ich zitiere -: Both sides agree to strengthen cross-border payment services, also: Beide Seiten kommen überein, die grenzüberschreitenden Bezahl Dienste zu stärken. - Oder in der damaligen Nummer 17 - ich zitiere wieder -: China and Germany encourage financial institutions in both countries to strengthen communication and deepen cooperation, also ungefähr: China und Deutschland bestärken die Finanz-

institutionen in beiden Staaten, ihre Kommunikation zu stärken und ihre Zusammenarbeit zu ~~stärken~~.

u vertiefen

Wenn ich mich richtig erinnere, war das Thema „Fortsetzung des Finanzdialogs“ relativ schnell Thema, als ich Mitte März 2018 in das Finanzministerium kam und meine Tätigkeit als Staatssekretär dort aufgenommen habe. Ich habe jetzt noch mal nachgeschaut, auch in Vorbereitung auf diesen Ausschuss, und gesehen, dass mich der ~~chinesische Botschafter~~ ^{T damalige} Shi Mingde, am 5. April besucht hat und bei seinem Antrittsbesuch ausweislich der Gesprächsvorbereitung auch die Fortsetzung des Finanzdialogs schon Thema war. Es gab ein sehr großes Interesse der chinesischen Seite daran; denn beim Nationalen Volkskongress 2018 hatte Premierminister Li Keqiang weitere Markttöffnungen für ausländische Finanzdienstleister angekündigt.

H S

Und dann gab es im August 2018 ein Gespräch des Botschafters Shi Mingde mit dem Minister. Auch da war der hochrangige Finanzdialog schon Thema, und da wurde auch schon ein Datum vorgesehen, nämlich damals noch der 17. bis 19. Januar 2019.

Wir haben da auch ein Anliegen - das ist ein kleiner Dauerbrenner seit 2019 - angebracht schon gleich, nämlich einen Letter of Intent, der zwischen BaFin und dem chinesischen Counterpart, der CBIRC, der China Banking and Insurance Regulatory Commission, geschlossen werden soll. Und wir haben auch das Anliegen Deutschlands vorgebracht, dass wir gerne einen europäischen Hub einer chinesischen Bank in Deutschland, konkret in Frankfurt, sehen würden.

Es hat dann in der Folge die Überlegung gegeben, den Vizepremier Liu He nach Deutschland, konkret nach Hamburg, einzuladen; denn dort sollte am 27. November 2018 der sogenannte „Hamburg Summit: China meets Europe“ stattfinden. Aus protokollarischen Gründen hat es dann auch eine Einladung des Vizekanzlers an den Vizepremier gegeben und einen Termin mit Liu He.

Wir haben dieses Treffen ~~bezusagen~~ auch gleich nutzen können, einen ersten Erfolg in Sachen

H S



Nur zur dienstlichen Verwendung

Marktöffnung in China für deutsche Unternehmen der Öffentlichkeit vorzustellen: mit der Zusage einer Lizenz für die Allianz-Versicherung sozusagen im Vorgriff auf den deutsch-chinesischen hochrangigen Finanzdialog.

In Vorbereitung sowohl dieses Besuches von Liu He als auch des Finanzdialogs hat es dann sehr viele Gespräche und Termine gegeben. Ich glaube, das ist ganz gut, Ihnen das noch mal zu schildern, damit Sie einen Eindruck auch bekommen von diesem Finanzdialog und dem Kontext, in dem sich das Ganze abspielte.

Am 15. November 2018 hat sich der Vizeminister Liao Min bei Botschafter Goetze gemeldet. Das ist jetzt ein DKOR, der Ihnen auch vorliegt, der allerdings VS ist; insofern kann ich ihn nur schwer hier zitieren, aber wenn Sie ihn sich angucken, werden Sie sehen, dass dort die Bitte übermittelt wurde, über den Vizeminister, vom Vizepremier an den Botschafter, dass man konkrete und messbare Fortschritte haben wollte - um auch gegenüber Deutschland die Ernsthaftigkeit des Anliegens der chinesischen Seite - (deutlich machen wollte an der Marktöffnung und an der Beseitigung von Handels- und Investitionshemmnissen.

Und wer sich ein bisschen mit dem deutsch-chinesischen Verhältnis oder China insgesamt beschäftigt, weiß, dass diese Frage der Marktöffnung in China ganz besonders wichtig ist. Wir sind ja relativ offen als Volkswirtschaft und als westliche, marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaften, aber haben diesen gleichen Zugang in China nicht, und das ist immer wieder eine Beschwerde für deutsche Unternehmen.

Der Vizeminister hat dann darum gebeten, zeitnah eine entsprechende Liste mit Petita deutscher Unternehmen zu erhalten aus dem Bereich „Wirtschaft und Finanzen“. Die deutsche Seite wollte die deutschen Anliegen kennenlernen und aufgreifen, die insbesondere China kurzfristig erfüllen könne, und wollte zugleich die chinesischen Marktöffnungsabsichten belegen, sozusagen plausibel überprüfbar und messbar. Das waren natürlich gute Nachrichten für uns.

Und wenn Sie dann den DKOR weiterlesen, den Drahtbericht vom 16.11., wird da aufgeführt, welche Anliegen der deutschen Wirtschaft in China bei der deutschen Botschaft in Peking anhängig sind. Wenn ich richtig gezählt habe - ich glaube, bei Ihnen sind das ein bisschen geschwärzte Sachen -, waren das neun Anliegen aus dem Finanzwesen, und eines davon betraf Wirecard, nämlich die Vergabe von vier landesweiten Payment-Lizenzen. Um das auch gleich dazuzusagen: Ich habe dem damals keine weitere Bedeutung beigemessen und habe das so zur Kenntnis genommen.

Mich hat dann auch der Botschafter, gleich noch am 15.11., angerufen. Wir haben telefoniert, sowohl zum Finanzdialog als auch zur Vorbereitung des Besuches des Vizepremiers Liu He in Deutschland. Und dann ist die Maschine sozusagen angelaufen. In der Folge hat es dann eine Zusammenstellung dieser Petita gegeben, eine interne Vorbereitung einer umfassenden Liste; auch die liegt Ihnen im VS-Teil geschwärzt vor. Gesammelt hat das der Federführer BMWi; aber die bei mir zuständige Referentin aus dem Fachreferat I C 2, Frau Dr. Braun-Werner, hat dann am 21.11. an das BMWi sehr viele Finanzanliegen gemeldet, unter anderem die zeitnahe Erteilung von Lizenzen für deutsche Banken, die Sitzverlagerung einer Tochter einer chinesischen Bank nach Frankfurt, die Zusage regulatorischer Erleichterungen, die Unterzeichnung eines Letter of Intent im Bankenbereich durch die Aufsichtsbehörden, den ich vorhin erwähnte, die zeitnahe Erteilung von Lizenzen für die Betätigung von deutschen Versicherungen in China, die Vereinbarung eines MoU zwischen der BaFin und der CBIRC im Wertpapierbereich. Und das sollte dann die Grundlage sein auch für die Gespräche mit Liu He in Deutschland, auch wieder in Vorbereitung des deutsch-chinesischen Finanzdialogs im Januar.

Ich habe dann im Nachgang zu dem Gespräch mit dem Botschafter und im Vorgriff der Reise von Liu He am 23.11. auch mit Liao Min, dem Vizeminister, der dann später von mir diese Mail bekam, telefoniert. Auch da sind wir noch mal den Finanzdialog durchgegangen, die verschiedenen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Interessen und den Besuch von Liu He. Er hat ^{7te zum} ~~ge-~~schickt den Entwurf einer Agenda, also was den Ablauf anbelangt, das Setting und die Themen, also so eine Art annotierte Agenda, wo auch schon bestimmte Themen drinstanden. Wir haben dann diskutiert und bestimmte Themen gestrichen, die politisch nicht opportun waren oder ^{H S} ~~die eben~~ nicht in die Zuständigkeit des Finanzministeriums fielen; wir wollten daraus ja keine kleine Regierungskonsultation machen. Auch da hat mir Liao Min noch mal deutlich gesagt, dass die chinesische Seite substantielle Ergebnisse erwartet - wir übrigens auch -, und wir haben dann auch schon mal ein bisschen angerissen, was auf der politischen Ebene von besonderer Wichtigkeit war im Zusammenhang mit G20, dem Pariser Club als Club der Gläubigerstaaten und - insbesondere im Hinblick auf Afrika - ~~Schulden- und Staatsverschuldungsfragen~~. Wir haben dann vereinbart, dass die Fachebene an der Agenda, also der Tagesordnung, weiterarbeiten sollte, und wir waren uns einig, dass es konkrete Ergebnisse bringen sollte, insbesondere natürlich auch im Hinblick auf die Regulatorien.

Wirecard war nicht Thema - um das auch gleich zu sagen -, und auch das Thema Bezahl Dienste hat keine Rolle gespielt.

^{in Berlin} Am 26.11. kam es dann zum Gespräch von Bundesminister Scholz mit dem Vizepremier Liu He. Auch da wurde über die Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich „Finanzen und Haushalt“ gesprochen, einschließlich zweiter Finanzdialog. Wir haben die internationale Finanzlage erörtert, Reformen der EU im Finanzbereich, die Global Governance im Finanz- und Wirtschaftsbereich. - Auch da hat Wirecard keine Rolle gespielt.

(Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie noch mal eben sagen: In welchem Jahr befinden Sie sich? 2018?)

- Wir sind 2018, November 2018.

(Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke!)

Und vielleicht auch das als Einschätzung, weil das, glaube ich, wichtig ist: Die chinesische Seite stand damals, 2018, Ende 2018, in gewisser Form unter Druck, weil es diese harten Spannungen mit der US-amerikanischen Administration gab. Die G7-Staaten hatten alle sehr stark gedrungen auf ~~die~~ Marköffnung. ^{H S} ~~Große Verärgerung über~~ ^{es gab} ~~das Thema~~ ^{die Themen} Exportkredite, State-owned Enterprises, dieses ganze Thema der unfairen Bedingungen, auch gerade für die entwickelten Industriestaaten. Sie kennen die Blockade der WTO. Deswegen war es auch im G7-Kreis immer wieder Thema: Wie kriegen wir die Chinesen dazu, bestimmte Zugeständnisse - übrigens auch im Hinblick auf das Thema Schuldentransparenz, das ja jetzt gerade eine ganz besondere Rolle auch bei der Pandemie spielt - zu bewegen? - Und das Thema „Steuervermeidung bei der OECD“ - Sie kennen jetzt das Thema in der Folge auch -, was also den BEPS-Prozess anbelangt, war eben auch von großem Interesse und ~~von~~ Thema. ^{H S}

Ich komme zurück wieder zu der Vorbereitung dieses Finanzdialogs. Bis Januar ist dann auf der Fachebene, insbesondere bei mir, ^{T durch} ~~das~~ Referat IC 2, die Agenda, also erst mal die Tagesordnung, wo aber dann schon einzelne Themen mit benannt wurden, hin und her diskutiert worden. Ich sage mal ein Thema, das der eine oder die andere vielleicht auch kennt: Belt and Road Initiative. Die Chinesen wollten im Prinzip ein Endorsement, dass wir das gut finden. Das wollten wir auf keinen Fall, weil es ja auch gerade, was das chinesische Engagement im Rahmen von Belt and Road in Europa anbelangt, große Zurückhaltung gibt. Also, ~~um~~ solche Themen ^{H S} ~~es~~ da ^{es sind} diskutiert worden.

Und dann wurde ab Anfang Dezember auch am Entwurf - was die Chinesen zunächst eine ^{7"} ~~List of~~ ^{7"} Outcomes ^{7"} nannten und was dann später die ^{7"} ~~Joint~~ Declaration ^{7"} ~~oder das~~ ^{7"} Joint Statement wurde - verhandelt. Ich habe mir das jetzt auch noch mal angeguckt und nachgefragt, wie der genaue Ablauf ist, weil das ja eine spannende Frage für Sie ist, woher denn dieser berühmte Punkt 30 kam. Ich muss Sie allerdings enttäuschen: Der kam von der chinesischen Seite.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es war so, dass am 9. und 10. Dezember der erste Entwurf durch die Chinesen geschickt wurde für diese List of Outcomes. Ist auch klar, die Chinesen waren Gastgeber; deswegen hatten sie sozusagen das Erstschreibrecht. Das war ein umfangreiches Papier, damals auch 34 Punkte, politisch vor allem, was ich vorhin sagte: G20, aber dann Belt and Road und verschiedenes anderes. Der jetzige Punkt 30 war damals interessanterweise noch nicht enthalten.

78 TS Dann hat das zuständige Fachreferat, I C 2, diese Mail erhalten und hat sie dann, wie das üblich ist, am 11. Dezember, an die fachlich zuständigen Referate für die einzelnen Punkte im Haus verteilt; das waren dann natürlich besonders viele Referate aus der Abteilung VII, der Finanzmarkt-Abteilung. Dann ist das kommentiert worden, bewertet worden.

Und am 14.12., ohne Anlage, und am 16.12., mit Anlage - aufgrund des Versehens der Kollegin -, ist es dann mit den deutschen Kommentaren an die Chinesen zurückgeschickt worden. Auch da war dann das, was sich später als Punkt 30 wiederfindet, noch nicht enthalten, also kein Petition der deutschen Seite, das an die Chinesen gegangen ist.

Am 18.12. kam die Rückmeldung der Chinesen - wieder etwas ausführlicher -, und dann wuchs das ganze Ding schon an, sodass eine Ziffer 38 enthalten war, die weitgehend der heutigen Ziffer 30 entspricht. Es war also nicht das BMF, das diese Klausel da eingefügt hat zu den Cross-Border-Payment-Systemen, sondern die chinesische Seite.

7A Die Rückmeldung der Fachebene bei uns war dann - das war das Referat VII B 3 -, dass man dazu bitte die Bundesbank kontaktieren solle wegen des Cross-Border Payment Systems CIPS, und das ist dann auch geschehen. Da gab es aber offensichtlich dann - das konnte ich jetzt so schnell nicht nachvollziehen - keine weiteren Bedenken. Es hat dann allerdings noch eine kleinere Änderung gegeben an dem Text der inzwischen zu Ziffer 32 gewordenen Ziffer, die heute die Ziffer 30 ist, und zwar durch die Botschaft,

Herrn Putscher - das ist der Referatsleiter Finanzreferat, also der Chef sozusagen von Herrn Peters, mit dem Sie ja, glaube ich, eben schon ein bisschen Zeit verbracht hatten -, und der hat darum gebeten und vorgeschlagen dem BMF, dass man ein „nationwide scale“ in diesen Text einfügen möge, und verband das mit dem Hinweis, dass - das hatte er vorher, zwei, drei Ziffern vorher, ausgeführt - es ein vergleichbares Problem bei der Zulassung von Versicherungen in China gebe. Und wenn die eben nicht „on a nationwide scale“ arbeiten könnten, dann müssten sie in jeder einzelnen Provinz das Genehmigungsverfahren durchlaufen, und eine große deutsche Versicherung hat wohl mal ausgerechnet, das würde dann 70 Jahre dauern, und damit wäre die Lizenz vielleicht dann doch nicht so wertvoll. Das sind so die Kleinigkeiten, auf die man bei solchen Verhandlungen gerade mit unseren chinesischen Freunden immer besonders aufpassen muss; da geht es wirklich um einzelne Wörter; es ist immer wieder spannend, zu sehen, was sich hinter bestimmten Formulierungen versteckt. - Auch da - nur um das auch gleich zu sagen - keinerlei Hinweis auf Wirecard zu finden. 7 ist

Die Ziffer war ansonsten immer unstrittig - also, ich habe mir das noch mal angeguckt, auch in den verschiedenen Entwurfsvarianten, die ich jetzt so schnell sehen konnte, die allerdings auch nicht veraktet sind, sondern die ich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern persönlich in den E-Mails noch mal mir habe geben lassen -, die war unstrittig, und wenn ich das richtig sehe, ist sie nicht weiter bearbeitet worden. Ich weiß allerdings sicher, dass ich mich mit dieser Ziffer niemals beschäftigt habe und sie mir auch niemals als problematisch geschildert wurde, anders als ganz, ganz viele andere, über die wir dann zum Teil in China auch noch richtig spät und lange verhandelt haben.

Im späteren Verlauf gab es dann zu einzelnen Punkten auch Rückkopplungen sowohl mit der BaFin, die ja betroffen war, als auch mit der Bundesbank und verschiedenen Unternehmen, die Anliegen hatten, also zum Beispiel die Deutsche Bank, die Allianz. Das ist dann im Wesentlichen über die Abteilung VII, den damaligen Kollegen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herrn Holle, geschehen, manchmal auch über Herrn Kukies oder auch mich.

Und am Ende - vielleicht das auch noch mal wichtig -: Bei den ganzen Verhandlungen auch für die deutsche Seite hat nach Auskunft meiner Kolleginnen und Kollegen Wirecard keine oder, wenn, eine untergeordnete Rolle gespielt. Die haben sich auch nicht gemeldet. Für uns standen andere Themen und Unternehmen im Zentrum, etwa die Deutsche Bank, die Versicherungen, diese Frage des European Hub für eine chinesische Bank, die Deutsche Börse mit der CEINEX, einem gemeinsamen Joint Venture mit den Chinesen, und vor allem natürlich auch die politischen Themen, von denen ich ein paar schon erwähnt hatte, was den G20-Prozess angeht: Steuervermeidung, Schuldentransparenz und Chinas Kooperation mit dem Pariser Club bei der Schuldenrestrukturierung. - Und um auch das gleich vorneweg zu sagen: Ich bin im Zusammenhang mit den Verhandlungen zum Finanzdialog und diesem Joint Statement oder List of Outcomes oder wie auch immer weder von Wirecard noch von Dritten auf Wirecard angesprochen worden.

Die Joint Declaration, die dann verabschiedet worden ist - und die kennen Sie -, vom 18.01.2019, umfasst jetzt, am Ende 34 Punkte. Die letzten Details haben wir in China bis spät in die Nacht verhandelt. Und da ist der Punkt 30, der sich besonders jetzt auf den sich ja auch Wirecard beruft. Wenn Sie sich diese Joint Declaration angucken, sehen Sie, dass da eine große Zahl von Öffnungen des chinesischen Marktes vereinbart werden konnte für deutsche Unternehmen. Und der Punkt 30 - ich weiß nicht, ob der Ihnen allen vor- / gegenwärtig ist; ich will ihn deswegen vielleicht doch noch mal vorlesen -, da geht es nämlich um den Bereich Bezahldienste - ich zitiere -:

The Chinese side welcomes more qualified German institutions to join the RMB cross-border payment system (CIPS) for cross-border RMB clearing and settlement business. The Chinese side welcomes capable and willing German-funded enterprises to enter

the Chinese payment service market on a nationwide scale to enhance the overall strength of the industry.

Zitat Ende. - Sie sehen also, „nationwide scale“ haben wir reingekriegt. - Die chinesische Seite begrüßt also das Engagement deutscher Unternehmen auf dem, wie man sagen muss, großen Markt für Bezahldienste in China und für das grenzüberschreitende Abrechnungs- und Clearinggeschäft. Das war aus unserer Sicht ein sehr gutes Ergebnis insgesamt. Das wurde auch insgesamt so gesehen; wenn Sie sich die Presseberichterstattung der auch mitreisenden Presse angucken, glaube ich, gibt es ein sehr positives Bild. Das ist übrigens etwas, was mir auch und dem Bundesfinanzminister im Kreise der Kolleginnen und Kollegen der G7 entgegengekommen ist: dass wir, zumindest auf dem Papier, sehr viel erreicht hatten, sowohl zum Bereich Marktöffnungen, aber insbesondere auch dadurch, dass wir das Thema Schuldentransparenz, wo sich die chinesische Seite sehr, sehr schwer tut, also Staatsschuldentransparenz - hinzugekommen sind. Ich glaube - ich hatte ja eben schon ein bisschen die geopolitische Lage erwähnt -, dass es eben auch damit zu tun hatte, dass sie ein paar Erfolge nach außen verkaufen wollten.

Was die Erfahrung mit China allerdings grundsätzlich ist, ist, dass Papier sehr geduldig ist und deswegen Vereinbarungen immer auch nachgehalten werden müssen; denn sonst gibt es immer irgendeine Unterbehörde oder eine Provinz, die noch mal eigene Anforderungen entwickelt - - und man dann trotz einer sehr schönen Vereinbarung und eines Agreements nie zu einem Ergebnis kommt. Und - ich glaube, das gehört auch zur Wahrheit dazu, wenn man mit China zu tun hat -: China ist ein Zentralstaat mit einer sehr, sehr starken Rolle der Zentralregierung und auch der Kommunistischen Partei, und manche Dinge sind eben nur über die Einschaltung der Führung zu lösen - dann aber geht es häufig auch.

Und das war auch der Grund, warum ich noch auf dem Rückflug zusammen mit dem Kollegen Holle, dem Abteilungsleiter der Abteilung VII - das macht man dann ja so, wenn man da mit den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kolleginnen und Kollegen noch zusammensitzt -, die zuständige Unterabteilungsleiterin Frau Kothé gebeten habe, mit dem Monitoring der Ergebnisse, dieser 34 Punkte, zu beginnen. Frau Kothé hat - die liegt Ihnen auch vor, wenn ich das richtig sehe - eine Mail am 23.01. ~~hant~~ geschrieben an die Kolleginnen und Kollegen und hat darum gebeten, mit ausreichend zeitlichem Vorlauf vor der IWF-Frühjahrstagung eine erste Bestandsaufnahme zu den Vereinbarungen zu machen, sodass ich das Thema mit meinem chinesischen Counterpart, also Vizeminister Liao Min, aufnehmen kann. Die Unterabteilungsleiterin hat dann um eine Steuerungsmatrix und eine Zeitplanung gebeten. Botschaft und Abteilung VII, also Finanzabteilung, seien einzubeziehen, erster Entwurf bis Ende Januar. Das war auch 2015 mit dieser Steuerungsmatrix schon so.

Auch auf der chinesischen Seite gab es offenbar das gleiche Interesse; denn - im sogenannten DKOR vom 02.12.2019 - in einem Gespräch von Botschafter Goetze mit dem Vizeminister Liao Min sagte der, er lasse sich auch vierteljährlich einen Umsetzungsbericht vorlegen und wolle gegebenenfalls nachsteuern.

Und um auch das noch mal deutlich zu sagen, weil es da ja so Presseveröffentlichungen letzte Woche gegeben hatte mit dem Eindruck, ich hätte in Bezug auf Wirecard um ein enges Nachvollziehen gebeten mit dem, was die Anliegen des Unternehmens anbelangt: Nein, ich habe nicht in Bezug auf Wirecard mit dem Finanzreferenten Herrn Peters gesprochen oder korrespondiert; es war diese allgemeine Aufforderung, wie man der Mail von der Unterabteilungsleiterin Frau Kothé entnehmen kann. Wirecard - noch mal - war bei mir da kein besonderes Thema - bis zum Anruf von Herrn Gartzke im Juni 2019.

Wenn man sich den DKOR zum zweiten Finanzdialog anguckt, vom 31. Januar 2019, sieht man, dass auch der Botschafter Wirecard nicht erwähnt. Er referiert den großen Erfolg nach ~~zehn~~ Verhandlungen: so viel Marktöffnung wie noch nie.

Ihnen liegt vor der erste Monitoring-Bericht, der dann am 05.03.2019 erschienen ist; da geht es

viel um die internationalen Aspekte und den Umsetzungsstand Schuldentransparenz - Engagement Chinas bei der Schuldentransparenz -, bilaterale Zusammenarbeit hinsichtlich des Informationsaustausches über die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen sowie, als Drittes, die Umsetzung der deutschen Forderungen nach verbessertem Marktzugang für deutsche Unternehmen im Finanzbereich in China. Zu jedem der 34 Punkte findet sich in so einer Excel-Tabelle etwas. Die liegt Ihnen ja, zumindest immer in teils geschwärzten Auszügen, vor, und da können Sie sehen, wie viele Aspekte tatsächlich dieser Finanzdialog umfasste.

Das Vorgehen wurde von der Fachabteilung in dem Vermerk vom 7. März, den ich am 15.03. abgezeichnet habe, weiter geschildert, und es wurde vorgeschlagen, dass jeweils zum Quartalsende berichtet werden solle, dass das Referat I C 2 die Steuerung übernehmen solle bei den Fachreferaten, dass die Monitoring-Tabelle, die Sie in den Unterlagen haben, jeweils erstellt wird und dass ein regelmäßiger Kontakt des Finanzreferenten der deutschen Botschaft mit Vertretern der deutschen Banken und Versicherungen vor Ort in Peking erfolgen solle und eine Rückmeldung an das Steuerungsreferat I C 2. Und dann soll es auch einen Austausch des Finanzreferenten und von I C 2, also unserem Fachreferat in Berlin, mit dem chinesischen MoF, dem Ministry of Finance, geben, zur Umsetzung der Vereinbarungen des Finanzdialogs.

Und wenn Sie sich die Tabelle vom 5. März, die da diesem Vermerk vom 7. März beigelegt war, anschauen - ich glaube, Sie haben das auch in meinem Rücklauf -, dann habe ich da einige Anmerkungen zu einzelnen Einträgen gemacht und auch Nachfragen gestellt, aber zu Wirecard nur so kurz unterstrichen den Eintrag, dass dort die Nachfrage durch die Botschaft im Mai stattfinden solle, also unter dem Punkt 30. - Meine Erinnerung daran ist jetzt, dass Wirecard nicht weiter beachtet wurde, für mich keine Rolle spielte; das war eben ein Unternehmen unter vielen, das aber da keine besonderen Auffälligkeiten zeigte.

Ich war mit dem Vizeminister Liao Min mehrfach in Kontakt. Das war das vereinbarte Verfahren, da



Nur zur dienstlichen Verwendung

79 ja auch die chinesische Seite konkrete Fortschritte wollte. Dabei habe ich mich zum Beispiel im Januar 2019 schon für die Deutsche Bank und das Thema Lizenzen eingesetzt, dann im März 2019 noch mal eine Mail geschrieben auch zur Deutschen Bank und einem IPO, einem Börsengang eines chinesischen Unternehmens. Da hat er mir dann sehr freundlich zurückgeantwortet, das sei die unabhängige Entscheidung des Unternehmens, darauf könne das MoF keinerlei Einfluss nehmen.

H In Mit dem Gespräch mit dem Botschafter im April 2019 hat Olaf Scholz noch mal den EU-Hub in Frankfurt angesprochen, was ja auch ein Outcome des Finanzdialogs war. Ich habe im August 2019 Liao Min wiederum geschrieben, auch wieder zum EU-Hub, zur Frage der Lizenzen in China, und den Vorschlag gemacht, wir sollten doch ein Stocktaking im Herbst vornehmen. Ich habe dann im September eine Antwort darauf bekommen. Und dann hat tatsächlich auch die Deutsche Bank eine sogenannte A-Lizenz erhalten.

7n Ich hatte angedacht, nach China zu fahren. Weil ich das auch schon gerücheweise hörte, dass wir das irgendwie verschwiegen hätten, dass ich nach China gefahren sei: Nein, ich bin nicht nach China gefahren; aber in der Tat, es war angedacht, dass ich nach China fahre. Ich habe davon dann aber, auch angesichts der außenpolitischen Lage, abgesehen. Einige Kolleginnen und Kollegen von Ihnen war die Einreise, wenn ich mich richtig erinnere, verwehrt worden, und ich hatte das dann für nicht so glücklich gehalten, wenn dann ein Staatssekretär dorthin fährt und diese Missbilligung dann unterläuft.

Im Juli 2020 habe ich dann noch mal geschrieben, habe wieder das Stocktaking angemahnt, auch ein bisschen die Unzufriedenheit mit den Fortschritten zum Ausdruck gebracht. Da ging es dann insbesondere um CEINEX und die Deutsche Bank. Auch da habe ich wieder eine Antwort gekriegt, im Oktober. Und jetzt zuletzt im November haben wir noch mal einen intensiven Austausch gehabt, auch wieder zum Thema „Deutsche Bank, CEINEX und Lizenzen im Versicherungsbereich“.

In diesem Kontext ist dann auch meine Mail vom 27. Juni 2019 zu sehen, in der ich meinen chinesischen Counterpart über das konkrete Interesse von Wirecard an der Übernahme eines chinesischen Zahlungsdienstleisters informiert habe, der AllScore Payment. Und vielleicht jetzt zu diesem Komplex, weil der ja der ist, der Sie besonders interessiert, wenn ich das richtig wahrnehme.

Da war es so, dass mich Dr. Ulf Gartzke von Spitzberg Partners im Juni anrief und sich auf den Finanzdialog und diese Nummer 30 in dem Joint Statement, der Joint Declaration berief. Er hat mir berichtet von der Idee, dass dieses Unternehmen Wirecard eine Cross-Border-Payment-Lizenz erlangen wolle und es dazu einer Genehmigung durch die People's Bank of China bedürfe. Ich habe jetzt nicht mehr so ganz konkrete Erinnerung an das Telefonat, sondern mehr so vage Erinnerung an die Einzelheiten; aber ich weiß, dass ich dann gesagt habe, ich könnte mich ja an Liao Min wenden, das sei das übliche Verfahren. Allerdings - das war ja die Erfahrung meiner Mail aus dem März zu der Frage „IPO und Unterstützung durch die Deutsche Bank“ - habe ich ihm auch gesagt, dass ich vermute, dass er sagen werde, die People's Bank of China sei ja doch unabhängig und da könne man leider nichts machen. - Wenn mich jemand angesprochen hätte und gebeten hätte, ich möge bei der Bundesbank etwas tun, hätte ich ja auch auf die Unabhängigkeit der Bundesbank hingewiesen. - Trotzdem habe ich gesagt, das mache ich. Weil Wirecard als DAX-30-Unternehmen auch auf der Monitoring-Liste des Ministeriums stand, hatte ich keinen Grund gesehen, diese Mail nicht zu schreiben. - Ich ging davon aus und gehe das auch weiterhin, dass ich mich vollständig im Rahmen der Vereinbarungen des Finanzdialogs bewegte. - Ich habe ihn deswegen gebeten, dass er mir dazu was aufschreiben möge und schicken möge, also insbesondere die Namen der Beteiligten, dann die Technik - weil mir jetzt das Cross-Border-RMB-Clearing- und Settlements-Business nicht so ganz geläufig ist - und das Ganze auf Englisch, weil ihm das als jemand, der nun schon sehr lange in den USA lebt, leichter fällt als mir. Und dann habe ich diese Mail, die erbetene, von Gartzke am 22. Juni erhalten mit einer Sachverhaltsschilderung auf Deutsch und dann einer

Hing
(-)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Anlage mit so einer Art Mustermail. Die ist ja öffentlich bekannt, durch die IFG-Anfrage auch, und findet sich auch auf der Homepage des BMF und natürlich auch in Ihren Akten.

Am 26. Juni - vielleicht auch das noch wichtig - hat es dann den nächsten Fortschrittsbericht meiner Abteilung gegeben, kurz vor meinem Abflug nach Osaka. Da wird im Monitoring auch wieder Wirecard erwähnt, auch wenn lustigerweise in der Liste, die das Datum vom 29.05. trägt, bei Punkt 30 noch steht: BMF-Nachfrage im Mai. - Sie erinnern sich, das hatte ich mal so unterstrichen. Aber das zeigt vielleicht auch, wie wenig zentral das Thema Wirecard tatsächlich bei uns im Finanzministerium im Hinblick auf die Frage des deutsch-chinesischen Finanzdialogs und die Begleitung der Aktivitäten war.

Hendet Ich habe dann diese Mail geschrieben, das, was der Gartzke mir geschrieben hatte, umformuliert, am 27. Juni 2019 ~~geschrieben~~ um 0.57 Uhr. Nach meinem Blick in den Kalender habe ich mich da irgendwo im Flugraum befunden, auf dem Flug nach Osaka zum G20-Treffen. Es hat dann kein weiteres Follow-up gegeben, also weder hat sich mein chinesischer Kollege bei mir gemeldet, noch habe ich mich dann weiter bei ihm gemeldet. Ich habe das auf sich beruhen lassen, ein bisschen vor dem Hintergrund dessen, was ich Ihnen geschildert hatte. - Und ansonsten - auch um das deutlich zu sagen - war Wirecard bei meinen Gesprächen mit der chinesischen Seite kein Thema; auch in der dann ja von mir geschriebenen Mail im August war es kein Thema.

Vielleicht das noch: Sie kennen die Haltung - das habe ich gesagt - von Finanzminister Scholz, was Transparenz, Aufklärung und auch Konsequenzen anbelangt. Wir sind uns, glaube ich, alle einig - und Sie werden das ja noch sehr präzise rausarbeiten, was da alles genau passiert ist -, dass wir es hier mit einem riesengroßen Skandal zu tun haben und viele Tausende Anlegerinnen und Anleger um ihr Geld gebracht worden sind. Wir haben deswegen, wie Sie wissen, im BMF sofort angefangen, für die Sondersitzungen des Finanzausschusses und Ihre vielen, vielen und sehr umfangreichen und detaillierten Fragen - - uns

entschieden, sofort umfangreich auch zu antworten. Ich habe auch darum gebeten, dass wir eine Sonderseite auf der BMF-Homepage einrichten: <http://www.bundesfinanzministerium.de/wirecard>; da findet sich seit dem Moment der Übermittlung die Chronik, die Sie kennen, die für die Sitzung des Sonderausschusses erstellt worden ist; da finden sich auch, gesammelt, alle parlamentarischen Anfragen und auch andere Anfragen, damit alle Bürgerinnen und Bürger sich schnell und einfach ein eigenes Bild machen können. Und natürlich gehört zu dieser Transparenz auch dazu, dass in der Chronik vom 16. Juli für Sie, für den Finanzausschuss, auf Seite 15 meine Mail an den Vizeminister Liao Min aufgeführt worden ist. Und, wie ich schon sagte, über die IFG-Anfrage ist auch die Mail von Gartzke zu finden.

Gleichzeitig, praktisch mit dem Bericht an Sie im Ausschuss, hat es eine Anfrage des „Spiegel“ gegeben; der hat sich dem Thema China ja auch sehr liebevoll gewidmet. Diese Anfrage vom „Spiegel“ ist auch in den Ihnen übermittelten Akten zu finden, und zwar deswegen, weil ich das dann alles mal zusammengestellt habe und dann, ich glaube, am 28. Juli an Ihren Kollegen Lothar Binding übermittelt habe; das dürfte sich in den Sachen zum 21er-Beschluss finden. Das haben wir dann mal zusammengestellt. Sie können dem entnehmen, dass wir auch da volle Transparenz gewahrt haben, schnell geantwortet haben und uns bemüht haben, alles zu erläutern, was es dazu zu erläutern gibt - weil ich felsenfest davon überzeugt bin, das ist der einzige Weg, in einem solchen Fall zu verfahren.

Wie Sie den vorliegenden Mails interner Natur auch entnehmen können - einer Mail von mir vom 23. Juli, die im 21er-Beschluss als VS-Sache vorgelegt worden ist -, hätte ich Ihnen meine Mail an den Vizeminister Liao Min gerne auch schon im Sommer im Original vorgelegt, über die Geheimschutzstelle; aber die rechtliche Bewertung durch das Haus hat ergeben, dass dies wegen der Beziehung zu anderen Staaten und dem Präjudiz nicht möglich ist. Das ist jetzt so. Aber jetzt liegt die Mail ja vor, und wir können uns damit intensiver befassen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe dann übrigens noch mal im Sommer - das findet sich auch in Ihren Akten - nachgefragt bei den Kolleginnen und Kollegen, ob Wirecard eine Rolle gespielt hat bei den Gesprächen von Scholz oder mir im Vorfeld des Finanzdialogs - das ist eine Mail vom 23. Juli -, und das Ergebnis war klar: Nein, Wirecard war nicht Thema. - Also, auch die Fachkolleginnen und Fachkollegen sind noch mal die Dinge durchgegangen. Meine Erinnerung war das eben auch, dass Wirecard keinerlei Rolle gespielt hatte.

Vielleicht gestatten Sie mir zum Abschluss meiner einführenden Bemerkungen dann noch drei bewertende Anmerkungen.

Die erste ist, dass Wirecard kein besonderer Liebling der Bundesregierung war - weil ich das ja hin und wieder mal lese. Der Vorstandsvorsitzende hat sich kein einziges Mal mit dem Finanzminister getroffen, obwohl es sich um ein DAX-30-Unternehmen und ein Fintech handelt. Mit dem zuständigen Staatssekretär für die Finanzmarktpolitik, der ja doch den Kontakt zur Industrie pflegt normalerweise, hat er sich, wie Sie alle wissen, ein einziges Mal für eine Stunde getroffen, mit der Kanzlerin kein einziges Mal; und bei Anfragen nach Terminen wurde er auf den zuständigen Abteilungsleiter, Röllner, verwiesen. Das zeigt, er war nicht ein Liebling der Regierung, er hat keine besondere Behandlung erfahren. Aber es ist eben auch ein DAX-30-Unternehmen gewesen, und daher war es normal, das Anliegen ernst zu nehmen und auch aufzunehmen.

Zweitens. Ich habe Ihnen geschildert, dass der Finanzdialog neben diesen politischen Themen auch viele Anliegen von einzelnen Unternehmen berücksichtigt. Das Thema Marköffnung war und ist im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Deswegen ist es auch normal, dass solche Anliegen - insbesondere im Hinblick auf China - auch politisch adressiert werden; das war ja genau das Ziel des Finanzdialogs und der Rahmen, in dem wir uns bewegt haben. Sonst sind Unternehmen alleine und stoßen auf unüberwindbare Hürden; das kenne ich übrigens auch aus meiner alten Tätigkeit in Hamburg noch. Deswegen ist es auch

ganz normal, dass die Bundesregierung sich regelmäßig für die wirtschaftlichen Interessen deutscher Unternehmen in anderen Ländern einsetzt. Das gilt insbesondere auch für die Volksrepublik China. Da geht es im Allgemeinen und auch in Einzelfällen vor allem um die wirtschaftliche Öffnung, zum Beispiel durch die Aufhebung von Investitionsbeschränkungen oder die Beseitigung anderer rechtlicher Hürden. Und Sie alle wissen, dass China für deutsche Unternehmen ein wichtiger, aber oft auch sehr schwieriger Markt ist; denn eigentlich vereinbarte Marköffnungen stoßen in der Praxis häufiger auf Schwierigkeiten, wenn staatliche Stellen zu beteiligen sind, und aufgrund der politischen Struktur des Landes kommt der politischen Ebene - ich hatte das eingangs erwähnt - eine besondere Bedeutung zu.

Die Wirecard AG wollte als eines von vielen Unternehmen von dieser Marköffnung, die wir vereinbart hatten, Gebrauch machen. Und um mit der Volksrepublik China vereinbarte Marköffnungen dann tatsächlich Wirklichkeit werden zu lassen, bitten deutsche Unternehmen häufiger um Unterstützung der Bundesregierung. Ich glaube, Sie haben gesehen - und werden das ja sicher mit dem Kollegen Röllner auch noch erörtern -, dass regelmäßig, wenn die Kanzlerin, der Wirtschaftsminister, der Finanzminister nach China fliegt, der Flieger voll ist auch mit Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertretern, weil es immer wieder Anliegen gibt, die eben nur auf der politischen Ebene dann auch den letzten Anstoß kriegen. Und die chinesische Seite schätzt es auch sehr, in Anwesenheit der Politik Vereinbarungen zu schließen.

Sich dieser Anliegen von Unternehmen anzunehmen, gehört zu den üblichen Maßnahmen der Außenwirtschaftsförderung. Das ist, deswegen, auch der Grund, warum Bundesministerium, Kanzleramt und die Botschaft die chinesischen Gesprächspartner regelmäßig kontaktieren und auf die entsprechenden Vereinbarungen hinweisen.

Vielleicht als Allerletztes - das wird sicherlich noch ein interessant zu diskutierender Teil -: Wir haben uns ja alle die Berichterstattung noch mal genau angeschaut: Was war wann, wie und wo

H 24



Nur zur dienstlichen Verwendung

bekannt im letzten Jahr? - Ich persönlich - aber darüber bin ich mit einigen von Ihnen ja auch schon dissent - bin der Meinung, wir müssen sehr deutlich unterscheiden zwischen dem, was im Januar und Februar bekannt war zu den Unregelmäßigkeiten bei der Wirecard-Tochter in Singapur - die sich auf das Jahr 2018 ja insbesondere beziehen und die dann ja auch Gegenstand der Bilanzpressekonferenz Ende April 2019 waren und die mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers EY endeten - und den Vorwürfen von Mitte Oktober 2019, die sich auf die Betrugereien mit den Drittpartnern bezogen und dann ja nicht nur Anlass für die forensische Prüfung durch die 40 Prüferinnen und Prüfer, wenn ich das richtig gelesen habe, der KPMG waren, sondern am Ende auch zur Aufdeckung der Betrugereien und zur Insolvenz des Unternehmens geführt haben. Diese konkreten Vorwürfe gab es auch in der „Financial Times“ erstmals im Oktober 2019, also, um Sie zu erinnern, nach den Mails oder der Mail und nach der Reise auch der Kanzlerin, und - das haben Sie ja auch sehr sorgfältig erörtert, öffentlich und, ich nehme an, mit dem Kollegen Peters eben auch - die haben ja dann auch zu einem deutlich geänderten Verhalten etwa in der deutschen Botschaft in Peking nach der Veröffentlichung dieser Dinge im Oktober 2019 geführt.

Zusammengefasst also: Ich hielt das für einen normalen Vorgang, dass ein DAX-30-Unternehmen sich meldet mit einem Anliegen im Bereich der Markttöffnung, so wie es andere Unternehmen auch getan hatten. Und da Herr Gartzke Bezug nahm auf die Vereinbarungen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs und sich das Interesse von Wirecard am Markteintritt mit dem übergeordneten strategischen Interesse unseres Landes an der Öffnung des chinesischen Marktes für deutsche Unternehmen deckte, sah ich keinen Grund, mich diesem Anliegen zu verschließen, und habe so gehandelt.

So weit als Einleitung. Jetzt freue ich mich auf vermutlich einige Fragen und das Gespräch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Schmidt. Das waren sehr ausführliche und gute Einlassungen von Ihnen.

Ja, ich würde einfach mal einsteigen und schon so ein bisschen reagieren. Was wäre denn aus Ihrer Sicht ein besonderer Liebling des BMF? Sie sagten, er [sic!] war kein besonderer Liebling. Das heißt ja für mich, es gibt eine andere Seite der Medaille. Gibt es denn besondere Lieblinge des BMF?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wir haben ja die meisten lieb; aber wir haben vor allem die lieb, die sich ehrlich, steuerehrlich vor allem, verhalten, die keine Steuerhinterziehung betreiben.

Und in der jetzigen Zeit, muss ich Ihnen ehrlich sagen - das gehört ja im Moment zu meinen Haupttätigkeiten -, treiben uns die Auswirkungen der Krise und der sehr schwierige Zustand der Unternehmen schon sehr um. Gibt ja einige, die sehr deutliche staatliche Unterstützung, zum Beispiel beim Wirtschaftsstabilisierungsfonds, auch nachsuchen, und viele, viele, viele andere, die sich melden in ihrer großen Not, wo wir uns eben bemühen, zu helfen, wo wir können, weil ich glaube, dass unsere Volkswirtschaft darauf angewiesen ist, dass wir gute Unternehmen haben, die auch die Stärke, die Deutschland eben hat, die Exporte - - dass das funktioniert. Insofern versuchen wir, uns zu kümmern. Aber ich würde mich schwertun, jetzt einzelne Unternehmen als echte Lieblinge rauszugreifen. Aber ich habe mich bezogen - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann bot es sich jetzt an. - Okay.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe mich ein bisschen bezogen auf diesen Eindruck, den der eine oder die andere aus meiner Sicht erweckt hat, dass es hier um eine bevorzugte Behandlung von Wirecard gegangen wäre, dass die besonders gut behandelt worden seien; deswegen kam ich auf den Gedanken des Lieblings. Also, das war ja, glaube ich, auch hin und wieder mal dieser Gedanke: Deutschland, Institutionen in Deutschland seien der Meinung gewesen, der Anglo-Saxon Kapitalismus, das System, wolle zurückschlagen gegen das einzig erfolgreiche Fintech, wehre sich sozusagen dagegen und schließe die Reihen. - Kann ich nur sagen: Zumindest seit dem Zeitpunkt, an dem der Bundesminister



Nur zur dienstlichen Verwendung

Scholz die Geschäfte führt und seitdem ich im Bundesministerium der Finanzen bin, kann ich das nicht bestätigen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Das war ja seit 2018; das hatten Sie ja gesagt.

(Der Zeuge nickt)

- Genau. Gut. - Uns geht es ja auch darum - das ist, glaube ich, auch klar -, dass doch irgendwas in der Zusammenarbeit - ob nun der Ministerien, innerhalb der Bundesregierung, wenn ich die jetzt als Gesamtkörper sehe, auch mit vielen, vielen unterschiedlichen Ministerien und Abteilungen - - ja schon disharmonische Abläufe für mich festzustellen sind. Für mich ist jetzt schon klar - das sage ich einfach so -, dass, glaube ich, Governance und vor allen Dingen Compliance Potenzial haben, also wenn ich jetzt an den Kollegen der APAS denke. Deswegen habe ich mir jetzt zum Grundsatz gemacht - egal, wie ungeheuerlich die Frage ist oder auch nicht - - Besaßen oder besitzen Sie Wirecard-Aktien?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, ich besitze und besaß keine Wirecard-Aktien und habe auch nicht vor, welche zu erwerben.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das halte ich für klug. Derivate auch nicht? Ich bin da jetzt sehr genau.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Okay.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Auch keine Derivate. Ich finde auch ehrlicherweise, das gehört sich nicht, um das mal zu sagen. Ich bin Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, ich handle nicht mit Aktien. Ich habe noch welche aus alter Tätigkeit. Aber ich kann Ihnen meine Gesamtpformance nennen; die ist so, dass Sie eine Spendenbüchse rumgehen lassen würden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, also so, wie ich mir den deutschen Beamten vorstelle. Gut. - Ich hatte eben über Disharmonien gesprochen. Die betreffen ein wenig auch Ihr Haus und die BaFin. Also, ich fand das in Ordnung, als Sie eben geschildert haben - und das klang auch in der Botschaft durch, wo Herr Fuhrmann - - da war vom Bauchgefühl des Kollegen Peters die Rede. Sie haben ja auch gesagt, dann, nachdem die KPMG mit der Sonderprüfung ansetzte - ich habe es so genannt -, setzte die deutsche Botschaft in Peking zunächst mal die Zeichen generell auf Stopp, wenn wir jetzt uns über Wirecard unterhalten. Das ist für mich was Positives.

Auf der anderen Seite haben wir ja auch - und da komme ich gleich noch mal drauf zu sprechen - einen Anknüpfungspunkt: die BaFin, die noch im Februar - das wissen Sie ja auch - ein Leerverkaufsverbot, 2019, verhängte. Und da hatte ich schon immer den Eindruck - das ging jetzt mir so -, dass die vielleicht ein Liebling der BaFin sei, und würde Sie im Zusammenhang mit der BaFin zunächst, bevor ich auf China komme - - einige Fragen für mich erörtert wissen.

Also, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat dem BMF gemäß der Chronologie Ihres Hauses - die haben Sie ja eben auch noch mal erklärt - im Verlauf des Untersuchungszeitraums, also 1. Januar 2014 bis Oktober des Jahres 2020, über Wirecard Bericht erstattet.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich würde jetzt Ihnen gegenüber rauslassen - - aber doch fragen wollen, weil Sie da noch nicht Staatssekretär im Finanzministerium waren: Am 11. Mai 2016 zum Thema Marktmanipulation anlässlich eines Berichts des „Spiegels“ zum sogenannten Zatarra-Bericht - klang auch an - - Dann haben wir am 14. Februar 2019, dass die BaFin die Prüfung des verkürzten Abschlusses der Wirecard zum 30. Juni einschließlich des Lageberichts von der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung, DPR, verlangt und eine mutmaßliche Marktmanipulation in alle Richtungen, das heißt auch gegen Wirecard, untersucht. Am 21. März aktueller Stand usw.; ich könnte es jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

fortsetzen. Am 1. April - kein Aprilscherz - 2019 einen aktuellen Sachstand zum Themenkomplex Wirecard - - Und das gipfelte dann am 15. April 2019 in der Erstattung der Strafanzeige der BaFin gegen Marktteilnehmer - ich hatte es eben angedeutet: Marktmanipulation in Form eines Aufbaus einer Short-Position - zum Bußgeld in Höhe von 1,52 Millionen Euro usw.

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

Wann hatten Sie, inwiefern, über diese BaFin-Berichte in Ihrem Hause, vor allen Dingen Sie jetzt als Person, Kenntnis erhalten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, also ich erinnere mich ehrlicherweise nicht genau. Und das ist jetzt so ein bisschen das, was ich ganz am Anfang gesagt habe: dass jetzt natürlich das Wissen, das ich mir jetzt angeeignet habe, sehr umfangreiche Wissen, ein bisschen interferiert mit dem Gedächtnis. Wenn ich es richtig sehe, habe ich erst im Zuge der Aufarbeitung - - Also, ich lasse mir normalerweise immer vorlegen die Kleinen Anfragen, natürlich insbesondere hier aus dem Bereich, und hatte zur Kenntnis genommen, was damals im April, ich glaube, der Kollege Bayaz als Anfrage gestellt hatte, aber auch De Masi, und habe aber, weil wir eine relativ klare Trennung haben - wir haben die Finanzmarktabteilung, in der Kollege Kukies zuständig ist - - es handelt sich ja zum Teil auch um kapitalmarktrelevante Dinge. Da müssen wir auch aufpassen; denn wenn ich jetzt jemand wäre, der Aktien handeln würde und dann solche Insiderinformationen, die dann zwar draufstehen - aber da steht dann immer „Insiderinformationen und deswegen vertraulich zu behandeln“ -, bekommen würde, hätten wir ja auch ein Problem.

Aber vielleicht lassen Sie mich noch mal, weil ich jetzt natürlich ein bisschen „tempted“ bin, auch ~~das zu~~ sagen - zu dem ich eigentlich nicht zuständig bin, aber was, glaube ich, politisch ja wichtig ist. Und ich hatte das ein bisschen in meiner Eingangsbemerkung auch gesagt: Wir haben in der Tat mit dem Februar nach den Berichten der „Financial Times“ das Agieren der BaFin

in alle Richtungen, Marktmanipulation, Ermittlungen, aber auch Beauftragung der dafür zuständigen DPR als Bilanzpolizei mit der Überprüfung des Halbjahresberichts 2017, erstes Halbjahr. 78

Und dann haben wir aber ja in der Tat im April, ich glaube, 24., 25. April, die Vorlage des uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes von EY für den gesamten Abschluss 2018. Und da wurde dann ja, wie wir alle wissen, auch auf die Vorgänge in Singapur eingegangen; das hat ja, wenn ich das richtig jetzt nachgelesen habe, dann auch KPMG noch mal ausführlich erläutert. Und wenn Sie auch die Presseberichterstattung, was ich dann natürlich auch noch mal angeguckt habe, zur Bilanzpressekonferenz und Vorlage des Jahresberichtes und zu dem Bestätigungsvermerk von EY angucken und auch die Berichterstattung zu dem vorläufigen Bericht von Rajah & Tann, der Rechtsanwaltskanzlei in Singapur, dann sehen Sie, dass sich da so ein Eindruck entwickelte, der dahin ging: Ja, ein Unternehmen, das sehr schnell gewachsen ist, ein Unternehmen, das die Compliance- und die Kontrollmechanismen nicht ordentlich ausgeführt hat, das sozusagen sich nicht verhält wie ein DAX-30-Unternehmen. - Das wurde deutlich ~~aus meiner Sicht~~ auch sehr deutlich, zu Recht kritisiert. Und wenn ich das aber richtig wahrnehme auch in der Berichterstattung - immer jetzt mit der Ex-ante-Perspektive und nicht mit unserer heutigen Ex-post-Perspektive -, dann war das was, wo man sagte: So, jetzt haben die den Schuss vor den Bug. - Und dann gab es weiterhin Fragen - und die „Financial Times“ hat dann ja auch im März und Mai Fragen insbesondere dann zu dem Neuen, dem TPA, dem Third Party Acquiring, und der Frage der Drittgeschäftspartner aufgestellt. 7 < > P, H §

Aber der eigentliche, echte Punkt - schreibt auch die „Financial Times“ dann im Oktober - kam im Oktober. Und der hat dann, wie Sie gesehen haben, sowohl, glaube ich, in der Öffentlichkeit - bei dem Aufsichtsrat selber ja auch übrigens mit dem Austausch des Aufsichtsratsvorsitzenden und der Beauftragung von KPMG - als auch bei zum Beispiel der deutschen Botschaft zu diesem Umdenken noch-mal geführt. H §



Nur zur dienstlichen Verwendung

7, 7<> 7. PU Ich habe ehrlicherweise, weil ich ja nicht damit befasst bin, aber aus der Aktenlage keinen Anhaltspunkt, dass die Kollegen im BMF oder in der BaFin nicht das sehr ernst genommen hätten, sondern ich glaube, auch aus der Chronologie ergibt sich - vielleicht auch ein bisschen abweichend zu dem, was in vorigen Jahren mal gewesen sein mag; weil Sie das ja auch erwähnt haben; das entzieht sich aber meiner Kenntnis, nur aus dem, was ich so lese -, dass dem schon sehr deutlich nachgegangen worden ist und, wie gesagt, in alle Richtungen und die dafür zuständige DPR geprüft hat und dann ja im Oktober auch noch mal hingewiesen wurde auf den KPMG-Bericht. Und das hat ja dann zu dem Ergebnis geführt, was wir dann im April 2020 gesehen haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wurde denn innerhalb des BMF - - Haben Sie sich da auch ausgetauscht? Weil ein - - Ich glaube, was uns allen auch in vielen Sitzungen, ob nun im Juli, im August aufgefallen ist, ist, dass so gewisse Behörden, die zum einen an das BMF, aber auch eben entsprechend an andere Ministerien angedockt oder eben autonomer Teil innerhalb eines Ministeriums sind, bisher - ich sage es mal sehr diplomatisch - nicht die Neigung hatten unbedingt, Informationen auszutauschen oder in einen doch informativen Austausch zu treten. Insbesondere wenn Sie eben sagen, Sie sind in China, Sie haben den Summit dort im Januar 2019 gehabt, Sie sind ja da - das war ja allen geläufig - mit dem Thema Wirecard befasst, dann denke ich oder erwarte ich - vielleicht ist „denken“ an der Stelle falsch -, dass natürlich jemand, auch wenn der in einer anderen Abteilung zur BaFin oder zur DPR entsprechend Kontakt hat - - dass es da auf hoher Ebene innerhalb des Ministeriums natürlich einen Austausch auch mit Ihnen gerade gibt, der Sie ja quasi mit Herrn Kukies außerhalb Europas unterwegs sind, zumindest, sagen wir mal, als Schuhlöffel zu dienen, um Wirecard vielleicht in den Schuh zu helfen, aber nicht aktiv auch noch sozusagen die Bewegung auszuführen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, es ist immer wieder wichtig, und vielleicht muss man sich das noch mal so in einer Chronologie dar-

stellen: Wann passierte was? - Wenn Sie jetzt sagen, wir waren ja in China unterwegs, dann handelt es sich um den 17. und 18. Januar 2019. Die ersten Berichte - also in der „Financial Times“ - waren am 30. Januar, also deutlich nach dem deutsch-chinesischen Finanzdialog. Deswegen: Als wir in China waren - und ich hatte ja geschildert, dass Wirecard und auch dieser Passus 30 überhaupt keine Rolle gespielt haben in der Wahrnehmung jetzt auf unserer Ebene -, hat das natürlich keine Rolle gespielt, weil a) die Berichte noch nicht da waren und weil b) Wirecard da nicht Gegenstand war. Wir hatten andere Dinge, die zentraler waren, und andere Unternehmen. Ich hatte das vorhin ja versucht zu schildern: Der Passus kam aus der chinesischen Seite rein und lief sozusagen so durch. Und das war ein Anliegen, das ja offenbar als Petitum an der - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war diese 38, die dann zur 30 wurde?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Genau. 38, die zur 32 und dann zur 30 wurde. - Das ist etwas gewesen, das ja offensichtlich dann an der deutschen Botschaft auch in dieser Liste der Petita der deutschen Wirtschaft, die sich in China gemeldet hatten, vorlag und deswegen da dann in dieser Liste auch als Konkretisierung dieses späteren Punktes 30 nachvollzogen wurde. Und dann ist das in der Folge immer so durchgelaufen. Deswegen, Nachfrage im Mai: Da hat niemand von uns, also weder Kukies noch ich, Veranlassung gesehen, nachzufragen.

Der Austausch findet natürlich statt; deswegen hatte ich Ihnen das geschildert, dass die Koordinierung der Liste zum Finanzdialog, dieser Matrix, die Sie auch in den Unterlagen haben, über das Referat I C 2, also in der Grundsatzabteilung für den internationalen Bereich, stattfand, die aber dann immer wieder die einzelnen Fachreferate - und in diesem Fall zuständig dann, ich glaube, VII A 2 und vorher mal VII B 3 - befasst haben. Und insbesondere bei der Erarbeitung der Joint Declaration wurde praktisch jede einzelne Ziffer zugeordnet den Fachreferaten, die dann die Meldungen zugeliefert haben, oder zum Teil eben



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch dem Finanzreferenten oder dem Finanzreferat an der deutschen Botschaft. Und das wird dann zusammengeführt, wie sich das in einer ordentlichen Verwaltung gehört.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber im Zuge der Nachbereitung und dann des Flows, weil wir dann ja das Leerverkaufsverbot bekommen, nach dem Summit in Peking wir uns ja dann auch irgendwo in einer Geschwindigkeit dem Oktober mit all den vielen Friktionen nähern, da gab es diesen Austausch dann?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Na ja, das hatte ja jetzt mit der Frage, was im deutsch-chinesischen Finanzdialog vereinbart war, und der Frage, ob ein - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, aber wir müssen ja eine Zeitfolge hinbekommen. Ich verstehe - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, deswegen sage ich ja: Das hatte damit nichts zu tun. Also, ich hatte ja geschildert, dass das Thema dieser Nummer 30 keine Rolle spielte. Wenn Sie sich das angucken: Das wird in den verschiedenen Etappen, in denen diese Matrix fortgeführt wird, im Prinzip unverändert fortgeführt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das war also kein Gegenstand, wo irgendjemand gesagt hätte: Weil in Deutschland jetzt dieses passiert, verändert sich etwas in Bezug auf die Frage, ob die da eine Payment-Lizenz erwerben wollen oder nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Ich würde dann noch mal auf den Fragenkatalog der FDP zu sprechen kommen und das noch mal konkretisieren wollen. Gemäß Antwort des BMF vom 29. Juli 2020 zum Fragenkatalog der FDP zur Chronologie im Wirecard-Fall hatten die chinesischen Behörden im Vorfeld des Finanzdialoges - über den haben wir ja eben gesprochen -, **Januar** 19 bis November 18, um die Übermittlung der wichtigsten deutschen Beanstandungen in den deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehun-

gen gebeten. Könnten Sie mir da noch mal erläutern, wie Sie uns - - oder wie wir den anschließenden Ablauf uns im BMF da vorstellen können? Sie hatten ja jetzt eben den Nachlauf geschildert. Wie kann man so eine Vorbereitung - und was die Priorisierung angeht: welche Referate sind dort eingebunden? - sich vorstellen?

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hatte gedacht, ich hätte das so klargestellt am Anfang, aber ich versuche das dann noch mal. Es ist so, dass aufgrund dieses Drahtberichts der Botschaft aus dem Gespräch von Botschafter Goetze mit dem Vizeminister dann mit übermittelt wurde der Hinweis - und das ist der DKOR vom 16.11., den ich vorhin erwähnte -, die Anliegen der deutschen Wirtschaft, die hier ~~Anliegen~~ sind. Und dann kommt da eine ganze Auflistung. Neun Anliegen habe ich gezählt, und eines davon betraf Wirecard mit dem Thema „Vergabe von vier landesweiten Payment-Lizenzen“. Ist übrigens noch mal was anderes als das, was dann hinterher Wirecard wollte, wenn ich das richtig sehe, nämlich diese Frage „Cross-Border“. Da ging es ja auch nicht nur um innerchinesische, sondern auch nach China - - also rein und raus.

H vorliegend
(oder
anliegend)

Und diese Liste ist praktisch dann für ganz viele Bereiche - Landwirtschaft und alle möglichen Wirtschaftsbereiche - im BMWi als Federführer zusammengetragen worden. Und die zuständige Referentin im BMF, aus dem Hause, hat mit den verschiedenen Stellen im BMF Kontakt aufgenommen und hat praktisch dann in ~~seinen~~ ^{ihren} Entwurf im Änderungsmodus die Punkte, die aus BMF-Sicht eine Rolle spielten, reingeführt. Da stand, wenn ich das richtig sehe, nichts von Wirecard oder Payment - das wurde offensichtlich für nicht so wichtig erachtet -, sondern da standen: „Zeitnahe Erteilung von Lizenzen für deutsche Banken“, „Sitzverlagerung einer Tochter einer chinesischen Bank nach Frankfurt“, „Zusage regulatorischer Erleichterung“, „Unterzeichnung dieses LoI im Bankenbereich durch die Aufsichtsbehörden“, „zeitnahe Erteilung von Lizenzen für die Betätigung von deutschen Versicherungen in China“, „Vereinbarung eines MoU

H 8 H 9

H geschrieben

T
(Trennung)



Nur zur dienstlichen Verwendung

zwischen der BaFin und der SRC im Wertpapierbereich“.

Und das sollte dann - so war meine Wahrnehmung - eigentlich den Chinesen übermittelt werden. Dann hat man sich aber wohl entschieden, dass das besser in dem Gespräch mit Liu He, das dann am 26.11. in Berlin stattfand unter anderem mit Scholz - - quasi übermittelt. Und dann ist es auf Fachebene, nachdem ich ja auch noch mal mit meinem Counterpart gesprochen hatte, diskutiert worden, damals - ich hatte das vorhin versucht zu erläutern - im Rahmen der Agenda, also praktisch der Tagesordnung. Aber die Tagesordnung war jetzt nicht nur TOP 1, sondern TOP 2, soundso, sondern da haben die versucht, Cluster zu bilden mit einzelnen Themenbereichen. Und darum haben wir dann gerungen: Welche Themen gehören da rein, und welche gehören da nicht rein? - Und dann ist im Folgeprozess, nachdem sozusagen die Agenda mit den Grobthemen feststand und auch der Gewichtung, dieses, was am Anfang hieß „List of Outcomes“, von der chinesischen Seite erstellt und übermittelt worden und dann in dem Prozess, den ich geschildert hatte - -

Aber noch mal: Bei all diesen Dingen, bis zur sozusagen zweiten Version der Rückmeldung der Chinesen auf die deutschen Kommentare vom 18.12., war weder Wirecard als Name - das tauchte auch nie auf - - noch war das Thema „Payment Systems“ oder „Cross-Border Clearance and Billing“ oder so was Gegenstand.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
„Settlement“!)

- Settlement, danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Ich glaube, da werden die Kollegen auch noch Fragen haben. - Ich würde noch mal zu einem anderen Bereich springen wollen, bevor ich an die Kollegen der CDU/CSU abgebe, weil das tauchte heute mehrmals auf. Vielleicht hatte das BMF oder Sie da Kenntnis zu.

Gemäß einem Bericht des „Spiegel“ - und zwar beigelegt habe ich sonst auch die Anlage E, wenn Sie das einsehen möchten - begleiteten Wirecard-Berater bzw. -Manager Burkhard Ley und Georg von Waldenfels Bundesaußenminister Heiko Maas bei einer Reise nach China, bei der auch die Abschlusserklärung des Finanzdialogs eben eine Rolle spielen sollte. Da würde mich interessieren: Hatten Sie Kenntnis, wann genau diese besagte Reise stattfand? Hat da das Außenministerium mit Ihnen Kontakt aufgenommen? Und Sie sind ja die Leitungsabteilung des BMF und in diesem Zusammenhang für die Koordination, denke ich mal, der SPD-geführten Ressorts zuständig. Also, inwieweit haben Sie sich sozusagen da ausgetauscht mit dem Kollegen Maas?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein, auf der Leitungsebene - Das wäre auch etwas ungewöhnlich. Da hätten wir sehr viel zu tun, weil der Kollege Maas ja doch relativ viel reist - also vor Corona reiste -, wie auch der Kollege Altmaier und auch die Bundeskanzlerin. Das gehört ja zum täglichen Geschäft, und das machen die Ressorts schon in eigener Verantwortung. Ob es dazu einen Austausch gegeben hat auf der Fachebene, kann ich nicht sagen. Was auf Fachebene dann miteinander passiert, das kriegen die Leitungen dann sehr häufig nicht mit. Und das ist auch gut so, sonst könnten wir 24 Stunden im Büro verbringen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber Sie haben sich nicht über dieses Treffen ausgetauscht

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

und wussten auch nicht, dass in dieser Sache, wie hier behauptet, Manager des Wirecard-Konzerns in Begleitung - - oder Herrn Heiko Maas, unseren Außenminister, dort begleiteten?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, ex ante nicht. Jetzt ex post habe ich mit den Fragen natürlich auch befasst, habe diese Berichte gelesen. Ich habe jetzt nicht genau vor Augen, welchen „Spiegel“-Artikel Sie da haben; aber ich glaube, es gibt ja auch entsprechende Hinweise in den Unterlagen. Wenn ich es richtig erinnere aus dem Gedächtnis - aber, wie gesagt, das ist ein anderes



Nur zur dienstlichen Verwendung

H bei Ressort -, dann war da der Herr Ley - glaube ich, heißt er - mit dabei in der Delegationsreise, weil das, wenn ich mich auch richtig erinnere, insbesondere um das Thema Digitalisierung ging.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, ist der „Spiegel“ vom 12.12.2020,

(Der Zeuge zuckt mit den Schultern)

also ganz aktuell. - Okay, das heißt, Sie hatten von der Reise keine Kenntnis.

Okay, dann würde ich zunächst mal weitergeben und das Staffelholz übergeben an den Kollegen Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! - Herr Staatssekretär, vielen Dank, dass Sie uns heute Rede und Antwort stehen. - Vielleicht eine Vorabbemerkung, verbunden auch mit einer Frage. Sie hatten ja vorhin die Prämisse von Herrn Scholz geschildert: volle Transparenz. Und dieser Untersuchungsausschuss hat ja einen breiten Untersuchungsauftrag, und wir nehmen das hier alles sehr ernst. Und seitens des BMF liegen noch nicht alle Unterlagen vor, obwohl die Frist für die Unterlagen schon über anderthalb Monate abgelaufen ist; 30.10. war die Frist. Wann können wir denn mit den restlichen Unterlagen, die ja dann auch für Ihre Vernehmung heute relevant wären, rechnen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ernsthafterweise nicht beantworten, aber vielleicht kann das Herr Fritz sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, wir arbeiten wirklich extrem hart daran, dass das schnell passiert. Es ist natürlich so, dass, wie Sie sich vorstellen können, wir im Moment genau wie Sie auch noch viele, viele andere Sachen zu tun haben. Und ich will das nicht als Ausrede sagen, weil ich nehme das hier sehr ernst, und wir haben uns ja auch bemüht, so schnell wie möglich - Deswegen ja auch in Teillieferungen. Ich habe deswegen zugesehen, dass Sie auch in dem 21er-Beschluss schon sehr viel von dem, was eigentlich in den 25er-Beschluss gehört, aus meinem Büro und auch aus der Leitungsabteilung bekommen haben, und habe auch

dafür gesorgt, dass die Sachen aus dem 25er^f jetzt T Beschluss in der letzten Woche noch an Sie gegangen sind.

Ich bitte nur ein bisschen um Verständnis. Wir arbeiten im Moment fast rund um die Uhr, weil natürlich die Bekämpfung der Pandemie auch uns in den Häusern sehr, sehr fordert. Und ich will das nur mal schildern, dass die Abteilung VII im Moment zusammen mit den Kollegen der Abteilung VIII bei dem Thema WSF, bei dem Thema KfW-Sonderprogramme und wir in der Grundsatzabteilung ganz intensiv mit dem Kollegen Altmaier und dem BMWi bei den ganzen Hilfen, also bei den Soforthilfen } Überbrückungshilfe I, Überbrückungshilfe II und jetzt Novemberhilfe, Dezemberhilfe } aktiv sind. H Minister T Überbrückungshilfe III

Und wir versuchen das. Also, ich habe neulich, glaube ich, bis 4 Uhr nachts Akten, damit Sie die rechtzeitig haben, noch mal angeguckt, weil ich natürlich auch sicherstellen will, dass Sie alles haben, und ich mich bemühe, dafür auch persönlich zu sorgen. Insofern: Ich kann Ihnen nur versichern, das soll alles so schnell wie möglich gehen, weil wir auch ein großes Interesse haben; aber wir können auch nicht schneller, als wir können. Und da bitte ich ein bisschen um Verständnis. Wir hatten neulich auch den Fall, dass ein Referat komplett in Coronaquarantäne musste, weil da ein Fall aufgetreten war. So was passiert leider in Ministerien auch. T daran

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, es geht ja, ich sage mal, allen Ressorts so derzeit. Insofern hätte ich da jetzt auch bei zwei, drei Wochen nichts gesagt; aber wir sind jetzt anderthalb Monate drüber. Die anderen haben geliefert, das BMF - - da steht noch einiges aus. Hier noch mal die freundliche Erinnerung: Liefern Sie es bitte nach. Wir brauchen die Unterlagen, um auch Sie sachgerecht befragen zu können.

Vielleicht als erste Frage mal vorab, weil das sicherlich auch viele Anlegerinnen und Anleger interessiert: Sehen Sie Fehler beim BMF im Fall Wirecard?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nun habe ich ein bisschen die Schwierigkeit, dass ich nicht für die Finanzmarktabteilung zuständig bin - ich mache



Nur zur dienstlichen Verwendung

das jetzt ein bisschen beamtisch -, sondern für die Leitungsabteilung und die Grundsatzabteilung. Aber aus meinem, was ich jetzt - - natürlich intensiv mich beschäftigt mit dem Fall, kann ich das nicht sehen. Ich glaube, das ist ein sehr unbefriedigendes Ergebnis, wenn man sieht, dass so viele Anlegerinnen und Anleger geschädigt worden sind. Aber ich glaube, man sollte auch immer wieder darauf hinweisen, dass es sich zunächst mal um schwerstkriminelles Verhalten mutmaßlich handelt; deswegen sitzen ja auch die maßgeblichen Beteiligten - und hoffentlich wird es den einen auch noch erwischen - in Untersuchungshaft. Und ihnen wird hoffentlich der Prozess gemacht. Und die Vorwürfe, die erhoben worden sind, sind ja auch ausreichend schwerwiegend, weil das, was da geschehen ist, ja auch sehr schwerwiegend ist.

Und dann wird ja dieser Untersuchungsausschuss - so ist ja mein Verständnis, dass es ihn dafür gibt - rausfinden und bewerten, ob es Dinge gibt, wo etwas nicht richtig gelaufen ist in den Aufsichtsstrukturen. Sie wissen, dass das, was wir, was der Bundesfinanzminister erkannt hat und meint, was nötig ist - - er jetzt durch den Gesetzentwurf, den er zusammen mit der Bundesjustizministerin und dann dem Bundeswirtschaftsminister erarbeitet und gestern im Kabinett vorgelegt und der dann gestern auch beschlossen worden ist - - als Konsequenzen gezogen hat. Ich glaube, das ist wichtig. Ich erlaube mir mal den Hinweis: Mir ist nicht aufgefallen - auch nicht aus dem parlamentarischen Raum -, dass bis zum Aufkommen des Wirecard-Skandals zum Beispiel eine grundlegende Reform in der Bilanzkontrolle gefordert worden ist, sondern ich glaube, wir sind alle gemeinsam durch diesen Fall mit offenbaren Lücken konfrontiert worden. Und die werden jetzt gesetzgeberisch, so der Bundestag sich den Gesetzentwurf des Kabinetts zu eigen macht, der Bundesregierung zu eigen macht, geschlossen. Und das ist, glaube ich, dringend nötig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, den Gang der Gesetzgebung kennen wir ganz gut. Der Unterschied ist aber ja, dass Sie mitten im BMF tätig ist und wir eben nicht. Und wenn Sie gerade

quasi fordern: „Wieso hat keiner bei der Bilanzkontrolle irgendwie Veränderungen gefordert?“, dann muss ich ja erst mal feststellen, dass offensichtlich seitens BaFin und DPR und BMF natürlich in dem Zuge auch - - diese drei Institutionen bei dem Thema am nächsten dran waren und trotzdem offenbar keine Veranlassung gesehen haben. Ich meine, Sie als Ministerium können ja innerhalb der Bundesregierung auch dafür sorgen, dass eine entsprechende gesetzliche Änderung auf den Weg gebracht wird, und Sie sind ja am nächsten dran gewesen bei diesem Thema. Aber da kommen wir sicherlich gleich noch dazu.

Mich interessiert jetzt erst mal die Abgrenzung der Tätigkeiten von Herrn Kukies und Ihnen, und zwar jetzt konkret im Fall Wirecard. Können Sie uns das mal darlegen? Weil Sie waren da ja beide involviert.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn ich nachfragen darf: Was meinen Sie jetzt mit „involviert“?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, gut, Sie haben uns ja über Ihre Tätigkeiten gerade schon berichtet.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hatte aber relativ deutlich gesagt, dass Wirecard bis auf eine Mail keine Rolle gespielt hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann komme ich da gleich noch mal drauf zurück und frage jetzt erst mal was anderes weiter, und zwar: 18.01., in Peking dieser hochrangige deutsch-chinesische Finanzdialog. Da hatten wir schon jetzt ausgiebig über Ziffer 30 und die Entstehungsgeschichte gesprochen. Ich habe Sie so verstanden, dass der Vorschlag von der chinesischen Seite kam. Und dann gab es noch eine kleinere Änderung durch die Botschaft, durch Herrn Putscher, den Chef von Herrn Peters. Dann ging es noch um dieses „nationwide scale“. Und inwieweit war denn die Frau Sigl-Glückner da einbezogen?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Die war die zuständige Referentin - oder, ich glaube, damals sogar noch Geschäftsstellenaushilfe - in dem Referat I C 2, die dann unter der Anleitung sozusagen von Frau Dr. Braun-Werner die tatsächlichen Verhandlungen dann am Ende auch geführt hat, weil sie das auch aufgrund ihrer hervorragenden Englischkenntnisse besonders gut konnte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, wer hat jetzt die Ziffer 30 da verändert oder den Vorschlag gemacht?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

War das der Herr Putscher, oder war das die Frau Sigl-Glückner oder die Frau Dr. Braun-Werner?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Die Veränderung der Ziffer 32, der damaligen, kam von Herrn Putscher. Das hatte ich versucht zu schildern. Das war in einer Mail, wo er - das hatte ich erläutert - darauf hinwies, dass es sinnvoll sei, dieses „on a nationwide scale“ einzufügen, genauso wie für die entsprechende Ziffer für den Versicherungsbereich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. Ich hatte das verstanden, wie Sie es sehen. - Ich hatte jetzt konkret nach den anderen beiden gefragt. Die waren da jetzt nicht involviert, in diese Änderung von damals Ziffer 32?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das kann ich Ihnen ehrlicherweise nicht sagen. Aber was sich aus den Mails ergibt, waren die die Empfänger der Mails. Jetzt müssten Sie mir erläutern, ob das aus Ihrer Wahrnehmung ein Involvieren ist oder nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich hatte vorhin Herrn Peters gefragt, deshalb frage ich jetzt da so hartnäckig nach. Der sagte mir nämlich, dass die Änderung - -

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

oder die Ziffer 30, wer die formuliert habe. Da hatte er uns oder mir gesagt, dass das Frau Braun-Werner und Frau Sigl-Glückner gewesen seien. Passt jetzt nicht so ganz zu dem, was Sie geschildert haben, deshalb habe ich nach.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, ich habe jetzt natürlich den Vorteil - nun weiß ich nicht genau, was er gesagt hat; vielleicht können Sie das noch mal vortragen - -

H. nach
H. dass
T weiß

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das habe ich Ihnen ja gerade vorgetragen. Ich habe ja jetzt nicht das Protokoll da, weil wir noch keines haben. Aber da müssen Sie sich mit -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, das ist für mich natürlich ein bisschen schwierig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - zufriedengeben.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber jetzt unterstelle ich mal, dass das, was Sie sagen, richtig ist. Dann sage ich - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie können mir einfach schildern, wie es nach Ihrer Wahrnehmung gewesen ist. Das würde mir schon reichen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das mache ich gerne. - Dann lese ich Ihnen jetzt mal vor eine Mail von Donnerstag, dem 10. Januar 2019, mit der Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden, von 5.51 Uhr, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte.

Zeuge Wolfgang Schmidt: - von Herrn Putscher, Nikolai, FIN-1:

Liebe Frau Sigl-Glückner,

- das war also die An-Empfängerin, und cc waren Frau Braun-Werner, Frau Kothé, Herr Peters und Herr Olbermann -

leider habe ich Ihre Mail erst heute Morgen in Peking Zeit gelesen und einige Ergänzungen zu

H. H. B.
T würde nur
noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

den wichtigen Anmerkungen von Jan geben zu den Paras, die Liberalisierungsfragen betreffen. (?)

Dann geht es los, Para 10, 19, 21, 22, 24, 27 und dann 32:

Zur Klärung, dass es sich um eine landesweite Lizenz handeln sollte, wäre gut die Formulierung „to enter the Chinese payment service market on a nationwide scale to enhance the overall strength of the industry“. Andernfalls könnten deutsche Service-Anbieter in die Problematik regional begrenzter Lizenzen fallen (s) Versicherungen). (?)

Und dann bei den Versicherungen - das ist Para 24 -:

Zentraler Para für den Beleg chinesischer Seite zu ernsthaften Liberalisierungsschritten. Den deutschen Versicherern hier vor Ort ist wichtig, ihre Produktpalette ausbauen zu können. Die neuen Formulierungen sind fast perfekt, aber zum Verständnis der Lizenzen (hier haben wir uns von der Botschaft vermutlich nicht eindeutig genug ausgedrückt): China vergibt Lizenzen für bestimmte Geschäftsbereiche landesweit, aber um das Geschäft konkret aufnehmen zu können, muss die Versicherung auch noch in jeder Provinz eine Zweigstelle beantragen. Und diese Genehmigungen kommen sehr langsam. Die

- deutsches Versicherungsunternehmen -

sagte mal, dass sie für alle chinesischen Provinzen rund 70 Jahre benötigen würde. (?)

Das hatte ich vorhin erläutert.

Das zentrale Stichwort ist hier „operational licences“, da die genau das Problem sind. Es wäre sehr günstig, wenn dieses

Wording noch in den Text käme.

So, das ist also Verweis 32 auf den 24, Absender Putscher, Empfängerin Sigl-Glöckner. Jetzt bitte ich Sie, das zu bewerten, ob sie involviert war oder nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das mache ich.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Aber die Formulierung ist relativ klar von Herrn Putscher.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde jetzt als Nächstes mal gerne zu Herrn Dr. Gartzke von Spitzberg Partners fragen. Duzen Sie den Herrn Dr. Gartzke?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist jetzt ja, glaube ich. Also, Sie haben die Akten ja gelesen; dann wissen Sie, dass das der Fall ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das stimmt. Ich frage Sie trotzdem: Sie duzen ihn?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil er Sie ja auch duzt - ne? - in seinem - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, das wäre jetzt - - Es gibt dieses Du-Sie-Verhältnis, aber das kenne ich nur von etwas antiquierten Arbeitgebern, -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das war jetzt eine schöne Einleitung -

Zeuge Wolfgang Schmidt: - die ihre Angestellten duzen und sich siezen lassen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - zum Juni 2019. Da haben Sie ja mit Herrn Gartzke telefoniert und im Anschluss eine Mail erhalten. Und in dieser Mail hatte Herr Gartzke ja gleich so als Service Ihnen ein Entwurf für ein Schreiben an die chinesische Regierung beigelegt, in dem ja dann auch um mehr Unterstützung für Wirecard gebeten wird.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und den Brief an Ihren chinesischen Kollegen, den haben Sie dann ja auch abgeschickt, jetzt nicht eins zu eins, aber nahezu eins zu eins. Und da würde ich mich natürlich mal - - oder das wundert mich jetzt erst mal, dass auf dieser hochrangigen Ebene, auf der Sie da unterwegs sind, solche von Beratungsunternehmen vorformulierten Briefe nahezu eins zu eins weitergeschickt werden. Ist das so üblich bei Ihnen im Hause?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe jetzt eine kleine Schwierigkeit, weil Sie jetzt aus einer Mail zitieren, die VS-V eingestuft ist. Ich schlage fast vor - aber das muss der Herr Vorsitzende dann entscheiden -, dass wir die Frage, wie genau die sich wiederfindet oder nicht, entweder nur sehr abstrakt beantworten oder uns nachher noch mal in einem anderen Raum wiederfinden.

Vielleicht kann ich Ihnen schildern, dass, wenn Sie sich - Sie werden das ja auch verglichen haben, nehme ich an - insbesondere den neuen, zweiten Absatz angucken mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass ich durchaus wisse, dass das MoF, also das Ministry of Finance, nicht die eigentlich zuständige Institution sei, und auch in den vorletzten Absatz gucken, in dem ich noch mal auf das Finanzreferat der deutschen Botschaft und den bisherigen Kontakt Bezug nehme, ich aus meiner Sicht die wesentlichen Punkte, die den Tonfall ja ausmachen, verändert habe. Das war mir auch wichtig. Ich hatte ja in meiner Schilderung gesagt - und das ist ja auch sehr transparent von uns gemacht worden -, dass ich in der Tat den Gartzke gebeten hatte, mir das mal zu schicken - ich sage Ihnen ganz offen -, weil ich wenig Lust hatte, mir jetzt am Telefon Namen wie „AllScore Payment Services“ zu merken oder die „Cross-Border Clearance and Settlement“, weil das tatsächlich nicht mein ureigenstes Gebiet ist. Und deswegen hatte ich auch zur Arbeitserleichterung ihn gebeten, mir das zu schicken, sodass ich dann damit weiterarbeiten kann.

Das ist im Übrigen kein so ungewöhnliches Verfahren. Das ist ja was, was in einem Haus von

den eigenen Leuten ständig passiert: dass man sich Antwortentwürfe schreiben lässt - das kennen Sie ja wahrscheinlich auch -, die man da verändert. Und ich finde, natürlich muss man bei Leuten, die von außen einem das machen als Unternehmen, besonders aufmerksam sein, dass man jetzt nicht, was ja hin und wieder auch vorkommen soll, Textteile einfach kopiert, insbesondere in Gesetzentwürfe, und übernimmt, sondern immer die Verantwortung dafür übernimmt, dass das, was man schreibt, mit dem eigenen Meinen übereinstimmt. Und das war hier der Fall.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, erst mal zu Ihrer Anmerkung zu VS-Vertraulich: Ich habe nicht aus dieser Mail zitiert, sondern es gibt einmal die MAT-Nummer MAT A BMF-23.02, Blatt 4 und Blatt 5 - das ist die E-Mail von Herrn Gartzke an Sie -, und dort ist eine Anlage beigelegt; das ist dieser Entwurf. Ansonsten haben Sie, glaube ich, mehr aus dieser Mail vorhin in Ihrer einleitenden Stellungnahme verraten als ich. Und im Übrigen habe ich Ihrem Kollegen vorhin auch diese Mail vorgelegt, und da habe ich deutlich weniger verraten als Sie. Insofern habe ich mich da korrekt verhalten.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Entschuldigung, ich wollte Ihnen auch nicht unterstellt haben, dass Sie sich nicht korrekt verhielten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich hatte nur gesagt: Wenn wir in die Textexegese einsteigen wollen, wozu ich jederzeit bereit wäre, müssten wir das ~~H~~ Das war nur der Hinweis, weil ich weder Sie noch mich in Schwierigkeiten bringen möchte.

H im VS-Teil machen

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Da sind wir uns einig, dass wir uns nicht in Schwierigkeiten bringen wollen und hier nicht aus vertraulichen Dingen zitieren wollen.

Ich halte an meiner Einschätzung fest, dass das weitgehend eins zu eins ist, also der Inhalt dieser Mail. Wir können das gern noch mal durchgehen; das werden wir gleich sicherlich noch mal beraten. Aber vorab noch mal die Frage: Ich habe das



Nur zur dienstlichen Verwendung

so verstanden, dass es schon üblich ist, dass Unternehmen oder Beratungsunternehmen Ihnen was schicken als Texte, auch mehrere Absätze, die dann weiterverwendet werden, nahezu identisch?

H gedreht
Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich kann Ihnen jetzt ehrlicherweise aus den - ich weiß nicht - 60 000 Mails, die ich in meinem Sein im BMF gemacht habe, bei wie vielen, die nach außen gehen, das der Fall ist oder nicht der Fall ist. Aber es kommt schon mal vor.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber ein Störgefühl haben Sie da jetzt ja nicht bei, erkenne ich jetzt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich habe Ihnen das ja versucht zu schildern. Ich hätte dann ein Störgefühl, wenn ich etwas übernommen hätte, wo ich das Gefühl hätte, es ist irgendwie nicht in Ordnung. Ich hatte ja gesagt, dass sich das Anliegen von Wirecard, über Herrn Gartzke vermittelt, auf der Basis der Vereinbarungen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs befand, in dem Rahmen. Wir hatten ein strategisches Interesse als Bundesregierung und als Bundesrepublik Deutschland an der Markttöffnung in China und an der Möglichkeit für deutsche Unternehmen, dort tätig zu sein. Es hat sich um ein DAX-30-Unternehmen gehandelt. Und insofern hatte ich - habe ich ja versucht, deutlich zu machen - zu dem Zeitpunkt, im Sommer 2019, keine Veranlassung, das nicht zu tun.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie lange kennen Sie den Herrn Gartzke eigentlich schon? Kannten Sie den schon vor dieser Wirecard-Thematik?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, lange. Ich kann Ihnen allerdings nicht sagen, wie lange. Ich kenne ihn noch aus seiner Zeit, als er der Vertreter der Hanns-Seidel-Stiftung in Washington war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und aus den Zeiten duzen Sie sich auch noch?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, ungefähr. Also, nicht sofort, nehme ich an; aber ich kann Ihnen das ehrlicherweise nicht mehr sagen, wann das mit dem Duzen begann. Aber diejenigen, die

mich kennen, wissen, dass ich da weniger hanseatisch bin als andere.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, aber gehören ja immer zwei dazu, zum Duzen.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist keine aufgedrängte Bereicherung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nein, weil dieses Schreiben auch recht vertraut klingt: „Mit herzlichem Gruß“ und „Lieber“ und - - Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist aber auch mein Stil, dass ich normalerweise „Mit freundlichen Grüßen“ oder „Mit herzlichem Gruß“ schreibe. Ich weiß nicht, wie Sie das so halten, aber ich finde, das gehört zum Umgangston dazu.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war ja auch eine Mail an Sie. Insofern: Es geht ja gar nicht darum, was Sie schreiben, sondern das ist ja von Herrn Dr. Gartzke Ihnen so geschrieben worden.

Haben Sie den Herrn Scholz in irgendeiner Weise über diesen Kontakt zur chinesischen Regierung informiert?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nö.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist auch so üblich, dass Sie dann auf Ihrem Pendant eines so bedeutenden Landes wie China - - Ist ja jetzt nicht Kleinstland, sage ich mal?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nee, das ist völlig üblich. Aber ich glaube, wenn Sie *T sich* die Arbeitsbelastung eines Bundesfinanzministers *H 3* sich angucken: Der würde sich bedanken, wenn ihn sein Staatssekretär mit jeder Mail - und sei es auch an einen chinesischen Vizeminister - behelligen würde.

Ich meine, ich will Ihnen das mal schildern: Wir sind im Kreise der sogenannten G20- oder G7-Deputies ständig im Austausch. Zum Beispiel vor jedem G20-Gipfel, vor jedem G7-Treffen tauschen wir uns im G7- oder im G20-Kreis aus. Scholz würde sich ordentlich bedanken und mir vermutlich meine Papiere überreichen, wenn ich ihn jetzt behelligen würde mit dieser Art *T von Mails* Also, dafür



Nur zur dienstlichen Verwendung

HS
7 handelt
r des BMF
war

gibt es ein abgestuftes System, und dafür sind ehrlicherweise Staatssekretäre auch da, dass sie in ihrem Verantwortungsbereich die Dinge lösen. Und wenn es sich um etwas handelt, wo man das Gefühl hat, das ist politisch heikel, es übersteigt sozusagen „my pay grade“, dann würde ich darüber natürlich mit einem Minister reden. Aber hier - - weil das ~~fich~~ (hatte ich ja geschildert, dass ich im Rahmen der Vereinbarungen, die wir getroffen hatten, das Unternehmen in der Monitoring-Liste ~~F~~ - und deswegen mit der Kenntnis ex ante ich null Veranlassung gesehen hätte, Olaf Scholz mit so was zu behelligen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Auch nicht bei einem Land wie China, auch nicht bei einem DAX-Konzern, auch nicht - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, es mag Sie jetzt erstaunen; aber ich bin in der Tat - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann brauchen Sie den Minister doch gar nicht. Dann können Sie das doch alles eigentlich alleine klären.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, ich vertraue dem Minister, und erfreulicherweise vertraut der Minister erkennbar auch mir. Ich kann Ihnen ja nur schildern: Also, ich bin jetzt 50 Jahre, mache den Job schon etwas länger, habe vielleicht auch gewisse China-Erfahrung durch meine Tätigkeit in Hamburg. Hamburg hat eine Städtepartnerschaft mit Shanghai seit über 30 Jahren. Ich glaube, ich war zweimal im Jahr in China, habe mich sehr intensiv auch um dieses Land gekümmert, nehme für mich in Anspruch, dass - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, dass Sie China-Expertise haben, will ich Ihnen gar nicht abstreiten. Ich will nur - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, aber Sie haben ja was gefragt - - Wenn ich Kontakt mit Chinesen habe - also, ich hatte Ihnen ja geschildert - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber nur durch Kenntnis hat man ja nicht automatisch die Zuständigkeit für irgendwas und ist davon entbunden quasi, -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja, aber die Zuständigkeit für die internationalen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): - den Minister zu informieren. Nur, zu diesem Zeitpunkt, über den wir jetzt reden - und wir reden ja über Juni 2019; da möchte ich noch mal auf diesen Zeitpunkt zu sprechen kommen -, da waren ja die Vorwürfe gegen Wirecard - also, „die Vorwürfe“ ist natürlich sehr abstrakt, ist mir schon klar - - So, über welche Vorwürfe reden wir? Wir reden aber zumindest über das, was die Finanzaufsicht BaFin, die ja vom BMF beaufsichtigt wird, der DPR im Februar 19 - - den Auftrag gegeben hat, sich mit der Prüfung der Wirecard-Bilanz zu befassen. Und da würde mich erst mal interessieren: Was war Ihnen dazu bekannt, zu diesem Zeitpunkt, als Sie diese Mail geschrieben haben?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, zunächst mal noch - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Letzte Frage.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war die letzte Frage, genau.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Zunächst mal noch, weil ich glaube, dass es schon wichtig ist im Hinblick auf China und die Frage, was zu den Zuständigkeiten eines Staatssekretärs gehört: Ich hatte Ihnen ja geschildert eingangs, ich bin für den Bereich der internationalen Politik verantwortlich im Ministerium. Deswegen treffe ich - das wird Sie vielleicht erstaunen - auch selbstständig Gouverneure von chinesischen Provinzen und auch den chinesischen Botschafter, ohne darüber dem Minister zu rapportieren. Also, das würde tatsächlich seinen und meinen Zeitrahmen vollständig sprengen.

Sie haben ja zu Recht gefragt, welche Vorwürfe - - Und deswegen wäre ich schon noch mal interessiert, von Ihnen zu erfahren, was Sie meinen, welcher Vorwurf im Juni sowohl ja dann die Kanzlerin als auch mich hätte hindern sollen, diese Frage „Wirecard“ anzusprechen. Ich hatte das ja versucht ganz anfangs zu machen; wir können das aber gern auch noch mal ein bisschen ausführlicher machen. Das ist dann aber sicher

H eingangs



Nur zur dienstlichen Verwendung

keine Debatte, die ich aus Kenntnis damals, sondern das ist dann ein absolut klarer Fall von ex post - - habe mit der Frage: Was ist eigentlich bei der Vorlage der Bilanz und dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers EY geschehen? - Da ist ja genau zu den Vorwürfen, zu denen die BaFin, wenn ich das richtig sehe, Ende oder Mitte Februar die DPR nach § 108 II WpHG in Bewegung gesetzt hat, erörtert worden sehr ausgiebig. Und dann sind im Oktober die neuen Vorwürfe, die dann ja auch, was die Third Party Acquire^{Fr} anbelangt, zu der Insolvenz des Unternehmens am Ende geführt haben nach der KPMG-Prüfung und der sich anschließenden zweimonatigen EY-Prüfung, erstmals aufgedeckt^{H S} -- oder gekommen.

Insofern sage ich noch mal: Aus meiner Perspektive, auch jetzt in der Ex-post-Betrachtung, mit dem Ex-ante-Wissen, gab es im Juni weder für mich noch im September für die Frau Bundeskanzlerin Anhaltspunkte, zu sagen: Es handelt sich um ein DAX-30-Konzern, um ein Unternehmen; das machen wir nicht. - Also, auf welcher Grundlage denn eigentlich? Ich sage mal ganz vorsichtig entre nous: Die Hälfte des - ich habe ja nur die Liste gesehen, die sich in dem Flieger der Bundeskanzlerin nach China befanden - - Wenn Sie die Frage, ob Ermittlungen geführt werden, zur Grundlage nehmen, ob jemand mitfliegen darf oder angesprochen werden darf, hätten Sie - ich will jetzt nicht lügen - einen Drittel des Fliegers leeren können.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Die Antwort oder die Erläuterung bleibt der Kollege Hauer dann bis zur nächsten Runde schuldig. - Und jetzt habe ich den Kollegen Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, vielen Dank. - Da würde ich aber gern einfach auch noch mal nachhaken. Haben Sie denn, als Sie diese E-Mail am 27.06. verschickt haben, vorher einen Sachstand im Haus oder über das Haus bei der BaFin abgefragt, was denn Sachstand bei Wirecard ist?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Nein. Das habe ich auch nicht für nötig erachtet, weil ja sich das im

Rahmen der Vereinbarungen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs befand. Und ich hatte ja geschildert: Am 26. hatte ich noch aus dem Haus die Matrix mit dem Follow-up zum Finanzdialog erhalten -

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, Sie haben es - - Die Antwort ist: Nein, Sie haben es nicht gemacht.

Zeuge Wolfgang Schmidt: - Herr Toncar, wenn ich darf, würde ich gerne ausreden - und habe deswegen das, was ich vorliegen hatte, nämlich den Bericht aus dem Hause, wo Wirecard weiterhin als im Finanzdialog umfasstes Unternehmen aufgeführt war - - keinerlei Schwierigkeiten gesehen und deswegen auch nicht noch mal jetzt extra nachgefragt. Das würde dann ehrlicherweise auch ein bisschen die Kapazitäten des Hauses sprengen, wenn man ständig nachfragt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, nun gut, es gibt wenige Unternehmen, die so im Gerede waren. Aber okay, Sie haben nicht nachgefragt. Das war ja meine Frage, und das war die Antwort.

Haben Sie eigentlich im Rahmen des deutsch-chinesischen Finanzdialogs vergleichbare E-Mails für andere deutsche Unternehmen verfasst bei der Umsetzungen?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn Sie verfolgt haben, was ich am Anfang gesagt hatte, hätten Sie wahrgenommen, dass ich das gesagt hatte, zum Beispiel für die Deutsche Bank im März und für CEINEX und für andere.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Nun war ja die Entwicklung bei Wirecard eigentlich so schlecht nicht. Beispielsweise gibt es einen Vermerk: Monitoring des deutschen-chinesischen Finanzdialogs, aktueller Stand: Mitte Juni 2019, datiert vom 20. Juni. Da gibt es drei Fälle, wo es gut lief, drei Fälle, wo es teilweise gut lief, und dann gab es noch ein Beispiel, wo es nicht gut lief. Und Sie haben sich jetzt ausgerechnet eingesetzt für einen der Fälle, wo es gut lief. War das irgendwie eine Freundlichkeit für Herrn Gartzke, oder hatten Sie irgendwelche Hinweise, dass Ihr Einsatz nötig sein würde?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Schmidt: Wenn ich das richtig erinnere, ging es um die Frage bei dem, was gut lief und was schon sozusagen weitgehend auf gutem Wege war, um die inländischen Payment-Lizenzen. Das waren die ursprünglich mal genannten vier. Und Herr Gartzke wollte ja diese Cross-Border, also das Grenzüberschreitende, für den Erwerb von AllScore. Da ging es nicht, wenn ich das richtig erinnere, um die Frage der vier landesweiten Payment-Lizenzen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie je eine Antwort erhalten auf Ihre E-Mail?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das hatte ich vorhin auch erläutert - ich bin jetzt etwas irritiert, weil dafür macht man eigentlich ein Eingangsstatement -, dass ich gesagt habe, ich habe keine Reaktion -

Dr. Florian Toncar (FDP): Keine Reaktion. Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: - des chinesischen Partners gehabt; das heißt keine Antwort.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Und das hatten wir ehrlicherweise in verschiedenen Antworten auf verschiedene Fragen, die im Umfeld der Sonderausschusssitzungen waren, auch schon beantwortet. Wir geben uns sehr viel Mühe. Ich merke aber immer wieder, dass viele Fragen -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich habe die Antwort gekannt, Herr Schmidt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: - immer wieder gestellt worden sind. - Ja, aber -

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber Sie sitzen ja hier unter einer anderen Pflichtenstellung. - Und meine Folgefrage wäre - meine Folgefolgefrage wäre -, ob es denn irgendeine Form von Nachhalten oder Nachfragen dann noch mal gegeben hat oder ob es irgendwie normal ist, dass es da keine, also gar keine Reaktion gibt auf so was.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das hatte ich auch schon im Eingangsstatement erläutert, dass ich

gesagt habe, ich habe das nicht nachgehalten, ich habe das Thema Wirecard nicht noch mal angesprochen den Chinesen gegenüber. Und ich hatte Ihnen auch einen Grund erläutert, und der bezog sich auf die Frage, dass ich auf meine Mail zu dem Unternehmen, das ich auch erwähnt hatte, nämlich die Deutsche Bank, als ich da im März geschrieben hatte wegen des IPO und dem Wunsch der Deutschen Bank, dort, ich glaube, Konsortialführer zu werden, eine freundliche Reaktion meines chinesischen Counterparts erhielt, die besagte, das ist eine autonome Entscheidung des Unternehmens. Und ich hatte Ihnen geschildert, dass mein Eindruck - - und so findet sich das, wenn Sie die Mail, die leider ja nun VS-V ist, noch mal genau angucken - - auch ein Hinweis auf die Frage der Zuständigkeit. Deswegen hatte ich nicht mit einer Antwort gerechnet, weil ich ein bisschen unter dem Eindruck stand, dass die Antwort, die ich im März auf das Anliegen bekommen hatte von meinem Counterpart, ich diesmal auch wieder zu erwarten hätte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Es gab ja dann - das haben Sie auch schon angesprochen - die „Spiegel“-Anfrage dieses Jahr. Und da gab es ja eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem BMF und dem Bundeskanzleramt, nämlich über die Frage einer Formulierung, aus der hervorgehen sollte, dass das Bundeskanzleramt nicht über die DPR-Prüfung informiert worden sei. Und da hat das BMF vorgeschlagen, diese Formulierung zu streichen. Ist Ihnen dieser Sachverhalt geläufig?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Müssten Sie mir vielleicht noch mal zeigen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das zeige ich Ihnen gern.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, ich erinnere mich an verschiedene Diskussionen, wie was aussehen soll.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, es sollte die Formulierung gestrichen werden:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dem Bundeskanzleramt lagen 2019 keine Informationen vor, dass die DPR von der BaFin mit der Überprüfung der Bilanzen der Wirecard AG beauftragt wurde.

(Der Zeuge blättert und liest in den vorgelegten Unterlagen)

Das Bundeskanzleramt hat erst im Zusammenhang mit der öffentlichen Berichterstattung über die laufende DPR-Prüfung ab Mitte Mai 2020 Kenntnis erlangt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich bin zwar ein Mann und grundsätzlich multitaskingfähig, aber wenn Sie mir kurz gestatten, erst mal zu lesen, und dann - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich habe es auch für die, die mithören, vorgetragen.

Hguit **Zeuge Wolfgang Schmidt:** Ja, ~~nur~~ dann muss ich Ihnen nicht zuhören; dann lese ich selber.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das wollte ich nur wissen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich war mir nicht sicher, ob das jetzt was ist, worauf ich unmittelbar reagieren soll, oder ob ich erst mal lesen darf.

(Der Zeuge blättert und liest in den vorgelegten Unterlagen)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nur als Bitte: Könnten Sie die MAT-Nummer noch mal nachtragen für die Protokollierung? Das macht es dann einfacher. Und wir haben ja noch den Stenodienst da. Dann - - Wäre toll. Danke.

Dr. Florian Toncar (FDP): Na klar. Das ist - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: So, wenn ich das richtig sehe - es ist so ein bisschen verwirrend hier mit diesem cc usw. usf. - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Schmidt, wenn Sie ganz kurz warten, dann könnte eben Herr Dr. Toncar die MAT-Nummer nachtragen. Wir haben die Zeit auch noch gestoppt. Und dann geht es weiter.

Dr. Florian Toncar (FDP): MAT A BKAm-7.07, Blatt 159.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und jetzt läuft die Zeit weiter, und Sie haben Möglichkeit, zu antworten. Bitte schön, Herr Schmidt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja. - Also, wenn ich das richtig sehe - aber, Herr Toncar, Sie korrigieren mich bitte sofort, wenn ich das jetzt hier falsch zuordne -, war das ein Mailverkehr erst zwischen den Redaktionen. Ich war, wenn ich das richtig sehe, hier dann irgendwann zwischendurch cc. Und dann wird irgendwann Bezug genommen:

Lieber Herr Schließ

- von einer Frau Glas aus dem Büro des Chef Bundeskanzlerin -

wie besprochen unten der neue Vorschlag von BMF (St Schmidt) mit der Bitte um Ihre Einschätzung, ob wir auf dieser Grundlage weiterkommen und die Richtung aus Ihrer Sicht passt.

Liebe Frau Glas,

auch nach „einmal darüber schlafen“ ist der neue Formulierungsvorschlag gut vertretbar, da er jetzt ausgewogen ist.

Wenn auch Sie einverstanden sind, würden wir ihn dem Cvd zur Weiterleitung zusenden.

CvD sagt - wenn ich das hier richtig sehe, Frau Rülke -:

FS



Nur zur dienstlichen Verwendung

... auch aus meiner Sicht ist das vertretbar und kann so raus.

Und da steht - - Wenn ich das richtig sehe - das scheint offensichtlich mein - - ich erinnere mich aber ehrlicherweise jetzt nicht mehr dran -, scheine ich das geschrieben zu haben. Und da steht dann unten drunter:

Ein ausdrücklicher Hinweis auf das Verlangen der BaFin an die DPR zur Prüfung des verkürzten Abschlusses der Wirecard AG zum 30. Juni 2018 wäre auch unüblich gewesen, da es sich um vertrauliche marktsensible Daten handelt.

Und dann gibt es keinen Austausch zum Thema zwischen Kanzleramt und BMF und auch, dass geantwortet worden ist. - Und da Sie sich ja auch gut auskennen, gibt das nur die Rechtslage wieder.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja - -

Zeuge Wolfgang Schmidt: Die DPR-Untersuchungen dürfen ja, wie wir gelernt haben, nach der Verfahrensordnung der DPR nicht mal dem Bundesministerium der Finanzen - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Es gab aber auch eine Marktmissbrauchsuntersuchung. Die unterliegt nicht den Regeln der DPR. Warum haben Sie die nicht gemeldet?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das weiß ich nicht; aber Sie hatten jetzt nach der DPR gefragt, und darauf habe ich geantwortet.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nee, das war die Folgefrage. Aber vielleicht haben Sie es in Ihrem Eingangsstatement ja schon erwähnt.

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ich glaube, Sie hatten das schon verstanden. Ich bin zuständig für den Bereich der internationalen Finanzmärkte. Ich habe nicht den Eindruck, dass die DPR dazugehört, sondern die ist auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschränkt - eines

der Probleme, das wir bei der Frage der Überprüfung von international tätigen Unternehmen hier haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Ich glaube, ich bin vorläufig nicht mehr redeberechtigt, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frageberechtigt. Redeberechtigt immer.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann übergebe ich an den Kollegen Dr. Zimmermann von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Staatssekretär, ich würde noch mal auf sozusagen den deutsch-chinesischen Finanzdialog eingehen, auch da die Zusammenarbeit mit der Botschaft, weil wir das heute ja hier auch schon als Thema hatten mit anderen Zeugen. Da würde mich noch mal die Frage interessieren allgemein: Gab es da - - Das haben Sie auch im Eingangsstatement gesagt. Aber noch mal: Wie genau sah die Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft in Peking aus rund um den Finanzdialog?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, zunächst mal: Der Teil, den ich unmittelbar wahrgenommen habe, ist, dass die uns da betreut haben, wie das ja üblich ist, in Empfang nehmen und dann begleiten. Aber wie sich aus den verschiedenen E-Mails ergibt, sind die sehr stark auch eingebunden in die ganze Frage: Was liegt vor Ort an? - Und das ist ja auch die Aufgabe der Auslandsvertretung und natürlich auch sowohl der Wirtschaftsreferenten für die Unternehmen als auch der Finanzreferentinnen und Finanzreferenten für die Finanzunternehmen, den Kontakt zu den vor Ort befindlichen Unternehmen zu halten, offensichtlich hin und wieder auch Weihnachtsfeiern zu veranstalten und dann sozusagen die Petita aufzunehmen und so ein bisschen das Ohr an der Schiene zu haben. Und das wiederum fließt dann ein, deswegen war ja bei dem, was ich in meinem Eingangsstatement versucht habe zu erläutern, der Erstellung der Matrix ist so, H, Hesse, H auf mit T. PD 7 der



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass vereinbart war, dass dann auch immer der Finanzreferent mit berichten sollte und dass dann auch das Nachhalten der Ergebnisse, also letztendlich denen auf die Finger klopfen nach dem Motto „Hier gibt es keine Fortschritte“, sowohl von dem Referat in Berlin im BMF, I C 2, als auch vom Finanzreferenten, nachvollzogen und nachgehalten werden sollte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ist das bei Ihnen angekommen gewesen, dass der Finanzreferent, die Botschaft auch, in Peking Kontakte zu Wirecard pflegt explizit?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Also, jetzt weiß ich es. Aber aus dem Wissen damals, wenn ich es richtig erinnere: Nein, also mir ist das nicht in Erinnerung. Und ich hatte ja auch geschildert in meinem Eingangsstatement, dass Wirecard für mich bis zu dem Anruf von Gartzke nach meiner Erinnerung kein Thema war.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Um an diese Aussage auch noch mal anzuknüpfen: Also, bis dahin war Wirecard kein Thema. Dann war diese Mail an Ihren Counterpart, und danach gab es aber eine Beschäftigung mit Wirecard erst wieder dann im Zuge „Aufarbeitung Vorwürfe, Pleite“ usw.?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Ja. Und kein Thema, um das zu präzisieren, ist natürlich immer: Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die in der Matrix auftauchten als Thema; aber es war nichts, wo irgendwie ich ein Gefühl hatte oder eine Aufforderung hatte, weiter tätig zu werden. Und es gab zwischendurch - die sind ja auch in den Akten - immer mal so Erfolgsmeldungen - darauf hatte der Abgeordnete Toncar ja hingewiesen -, dass Wirecard einer der Fälle war, wo es tatsächlich dann mal so war, dass die vereinbarte Marktöffnung sich dann auch auf chinesischer Seite zu realisieren schien.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Um noch mal mit der Botschaft weiterzumachen - ich glaube, das habe ich auch richtig verstanden, aber ich frage trotzdem noch mal nach -: Sie hatten mit Herrn Peters in der Sache keinen direkten Kontakt?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Das ist richtig. Ich habe ihn dann, wenn ich das richtig erinnere, in Peking bei der Betreuung des Finanzdialoges erlebt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und das Unternehmen, wo es ja dann später um die Akquisition ging, um diesen Markteintritt für Wirecard zu ermöglichen, AllScore Payment, hat das irgendwann dann mal eine Rolle gespielt, ist der Name über - Wann ist der das erste Mal aufgetaucht?

Zeuge Wolfgang Schmidt: Mir zumindest ist der Name das erste Mal aufgetaucht in dem Anruf von Herrn Gartzke und dann seiner folgenden Mail, wo er das erläuterte. Ich habe ja jetzt auch zur Kenntnis genommen, dass einige aus diesem Kreise hier gefragt haben, warum wir darüber keine Ermittlungen anstellten, also in diesem Fall insbesondere das Bundeskanzleramt, und warum wir von der Verurteilung oder der Strafzahlung, die dem Unternehmen auferlegt worden sei durch die People's Bank of China, keine Kenntnis hatten. Wenn ich das richtig sehe, war das im Mai 2020. Und ich habe dann schon auch im Vorfeld, als es noch keinen Untersuchungsausschuss gab, darauf hingewiesen: Wir können viel, aber in die Zukunft schauen können wir nicht. Insofern hat das keine Rolle gespielt für uns, das Unternehmen.

(Schluss der stenografischen Protokollierung:
0.00 Uhr)